

BRAUNBUCH

**KRIEGS- UND NAZIVERBRECHER IN DER
BUNDESREPUBLIK UND IN WESTBERLIN**

**STAAT • WIRTSCHAFT • VERWALTUNG • ARMEE •
JUSTIZ • WISSENSCHAFT**



Hinweis

Dieses hier vorgestellte Buch stammt aus dem Jahr 1968. Viele der aufgeführten Personen sind in der Zwischenzeit verstorben, auch wenn dies in dem Buch nicht angegeben ist.

Herausgeber

Nationalrat der Nationalen Front des Demokratischen Deutschland
Dokumentationszentrum der Staatlichen Archivverwaltung der DDR

Staatsverlag der Deutschen Demokratischen Republik
Berlin 1968

Staatsverlag der Deutschen Demokratischen Republik
ES 6 B 3 • VLN 610/62 • 134/68 DDR
Lektor: Otfried Schmack
Technischer Redakteur: Gisela Ostberg
Hersteller: Gerhard Kurth
Typografie: Günter Woinke
Satz, Druck und Bindearbeit: Karl-Marx-Werk Pößneck V 15/30
EVP: 5,80

VORWORT ZUR DRITTEN AUFLAGE

Am 2. Juli 1965 war das Braunbuch auf einer internationalen Pressekonferenz von Prof. Albert Norden der Öffentlichkeit übergeben worden. Es hat seitdem in der ganzen Welt großes Aufsehen erregt. Die Nachfrage nach diesem umfassenden Nachschlagewerk, in dem erstmals das ganze Ausmaß der Renazifizierung Westdeutschlands offenkundig gemacht wurde, wuchs von Jahr zu Jahr und machte wiederholte Nachauflagen und die Übersetzung ins Englische, Französische und Spanische erforderlich.

Während die Verbreitung dieses Dokumentarwerkes im Ausland nicht behindert wurde, versuchten es allein die Behörden in der westdeutschen Bundesrepublik durch ungesetzliche Beschlagnahmung, rechtswidrige Verbote und skandalöse Gerichtsbeschlüsse in Acht und Bann zu tun. Die Bonner Hexenjagd auf dieses Buch wirft ein bezeichnendes Licht auf die Haltung der Regierung der Bundesrepublik zur Bewältigung der unseligen Nazivergangenheit. Während die Deutsche Demokratische Republik im Interesse der Sicherheit und des Friedens in Europa und eingedenk der Verpflichtungen des Potsdamer Abkommens alles tut, um die Wahrheit über jenen im westdeutschen Staat fortwuchernden Nazismus und Neonazismus aufzudecken, geht die Regierung der Bundesrepublik mit Polizeigewalt gegen die Wahrheit vor und stellt sich schützend vor die Nazi- und Kriegsverbrecher.

Ein Kommentator des niederländischen Fernsehens zog am 12. Oktober 1967 aus der Bonner Hetzjagd auf das Braunbuch eine Schlußfolgerung, die inzwischen in immer mehr Ländern der Welt zu einer wichtigen politischen Erkenntnis geworden ist: *„Es gibt zwei Deutschlands - ein linkes und ein rechtes, ein antifaschistisches und ein neonazistisches, ein sozialistisches und ein imperialistisches.“*

Die Bonner Regierung hat selbst dafür gesorgt, daß durch ihre Haltung in der Nazi- und Kriegsverbrecherfrage und durch ihre aggressive Innen- und Außenpolitik aller Welt klarzuwerden beginnt: Die Fälle Lübke und Kiesinger, Globke und Oberländer, Fränkel und Krüger, die Hitlergeneräle in den Führungsstäben der Bundeswehr, die Blutjuristen der nazistischen Ausnahmegerichte in der westdeutschen Justiz, die Ribbentrop-Diplomaten im Brandt-Ministerium und die Wehrwirtschaftsführer an den Schalthebeln der Wirtschaft waren und sind nicht Einzelfälle, sondern sind der Fall Bonn. Die Experten des verbrecherischen Nazi-Regimes, die nach 1945 in Westdeutschland gebraucht wurden, um die alten Machtverhältnisse zu restaurieren, gehören heute zu den aktivsten Gehilfen des westdeutschen Monopolkapitals bei der Durchsetzung seiner verschärften Expansionspolitik.

Zugleich mit dem durch Bonner Amnestiegesetze und das sogenannte 131er Gesetz ermöglichten Wiedereintrücken schwerbelasteter Nazi in die Schlüsselstellungen des westdeutschen Staates, seiner Wirtschaft und Justiz verstärkten sich die Angriffe gegen die Nürnberger Prinzipien und das Potsdamer Abkommen, die aggressiven Forderungen nach atomarer Bewaffnung der Bundeswehr, nach Veränderung der europäischen Grenzen und nach Liquidierung der DDR.

Die innere Kontinuität der Innen- und Außenpolitik des heute in Westdeutschland herrschenden Regimes mit der Politik des Nazi-Staates hatte die Verwendung des gleichen Personals zur Folge. Deshalb auch wurden die Hauptverantwortlichen der Kriegs- und Naziverbrechen in der Bundesrepublik zu keiner Zeit ernsthaft verfolgt. Die Haftverschonung des KZ-Adjutanten von Auschwitz, Mulka, die Entlassung der Angeklagten im Essener KZ-DORA-Prozeß aus der Untersuchungshaft, die Freilassung des „Polizeichemikers“ Albert Widmann, dem 97000facher Mord zur Last gelegt wurde, der Freispruch des Mörders von Warschau, Reinefarth, „mangels Beweises“ und viele andere Beispiele machen sichtbar, daß in Westdeutschland schon heute eine schleichende Generalamnestie der SS- und KZ-Henker praktiziert wird.

In über 20 Jahren ihrer Tätigkeit prägten die im Braunbuch beispielhaft genannten schwerbelasteten Nazi den Charakter dieses Bonner Staates. Sie taten alles, um große Teile der nachrückenden Generation von Politikern, Juristen, Diplomaten, Offizieren, Wirtschaftlern und Beamten im gleichen Ungeist zu erziehen.

Inzwischen mußten auf Grund der Enthüllungen des Braunbuches und unter dem Druck der weltweiten Proteste gegen die Renazifizierung im westdeutschen Staat in den letzten 3 Jahren mehr als 300 Nazi- und Kriegsverbrecher aus ihren Ämtern entfernt werden. Viele von ihnen erhalten jetzt hohe Pensionen aus Steuergeldern. Dennoch hat sich die Zahl der heute namentlich bekannten, aus der Nazi-Zeit belasteten Personen in den Schlüsselstellungen des westdeutschen Staates nicht verringert, sondern erhöht. Das hat seine Ursache darin, daß sich die Konzentration von NS-Belasteten in den leitenden Stellungen einiger westdeutscher Ministerien in den letzten Jahren durch Beförderungen noch verstärkt hat. Außerdem sind durch jüngste Nachforschungen viele Hunderte weiterer schwerbelasteter Nazi im Bonner Staatsapparat und im öffentlichen Leben Westberlins bekannt geworden. Entsprechende Angaben und 517 Namen sind in dem neu eingefügten Kapitel „Verstärkte Renazifizierung unter Kiesinger“ dieser Neuauflage enthalten. Danach amtieren heute noch immer weit über 2300 Nazi- und Kriegsverbrecher und NS-Belastete in Machtpositionen des Staates und der Wirtschaft.

Gestützt auf diesen tiefbraunen Machtapparat, will Finanzminister Franz-Joseph Strauß, der starke Mann in der Kiesinger-Regierung, die expansionistischen Ansprüche des westdeutschen Rüstungs- und Finanzkapitals durchsetzen, die er in seinen programmatischen Forderungen nach einer „*Neuordnung Europas vom Atlantik bis zum Bug und zum Schwarzen Meer*“ formuliert hat.

Auf diesem Nährboden ist in Westdeutschland der organisierte Neonazismus in Gestalt der NPD üppig gediehen, was in aller Welt Bestürzung und Empörung ausgelöst hat. Die alten Nazi-Aktivisten schützen und fördern die Neonazi von Staats wegen. Der westdeutsche

Kanzler Kiesinger und prominente CDU/CSU-Politiker erklärten sich ausdrücklich gegen ein Verbot dieser Partei. Die Bonner Minister Strauß (zugleich Vorsitzender der CSU) und Heck (zugleich Generalsekretär der CDU) sowie Bundestagspräsident Gerstenmaier (CDU) bezeichneten sogar eine künftige Koalition mit der NPD als nicht ausgeschlossen. In der Bundeswehr gilt jeder vierte Soldat und jeder zweite Offizier als potentieller Wähler der Thadden-Partei.

Die Stadtverwaltung von Nürnberg hatte den Neonazi auf Grund der Proteste der Bevölkerung im Mai 1967 die Genehmigung zur Durchführung eines NPD-Parteitages in städtischen Gebäuden entziehen müssen. Westdeutsche Gerichte verurteilten sie daraufhin zur Zahlung von 20000 DM „Entschädigung“ an die NPD. Aus Kreisen des Großkapitals und auch aus Staatsgeldern fließen diesen Neonazi erhebliche Beträge zu: Allein aus der Schleswig-Holsteinischen Landeskasse erhielten sie zur „Erstattung von Wahlkampfkosten“ 184000 DM.

Solche Art staatlicher Förderung erleichterte es der neonazistischen Partei, bisher 61 Mandate in 7 westdeutschen Landtagen zu erringen. 38 davon erhielten sie nach Eintritt sozialdemokratischer Minister in das Bundeskabinett, deren Partei dafür 28 Abgeordnetensitze einbüßte. Die Mitgliederzahl der NPD stieg von 1200 im Februar 1965 auf 36000 im Februar 1968. Sie hat offen das Erbe der Hitler-Partei angetreten, indem sie die Wiederherstellung der Grenzen von 1939 verlangt und Gebietsansprüche an 10 Staaten Europas stellt.

Die Funktion dieser Partei im westdeutschen Staat besteht einerseits darin, die revanchistischen Forderungen des westdeutschen Imperialismus in doppelter Lautstärke zu vertreten, um es der Bonner Regierung zu ermöglichen, die gleichen Ansprüche in gedämpfter Lautstärke, aber um so hartnäckiger erheben zu können. Andererseits soll sie die Wählerstimmen derjenigen in der westdeutschen Bundesrepublik auffangen, die mit der Politik der großen Koalition unzufrieden sind.

Eine große Verantwortung für das Aufkommen des Neonazismus in der westdeutschen Bundesrepublik tragen die sozialdemokratischen Minister im Bonner Kabinett. So, wie die sozialdemokratischen Führer vor 1933 durch ihre Politik des „kleineren Übels“ und des Antikommunismus, durch ihr Paktieren mit der Monopolbourgeoisie das Zustandekommen einer antifaschistischen Einheitsfront verhinderten und das Aufkommen der Nazi-Diktatur objektiv begünstigten, verhalten sie sich im Prinzip auch heute. Seit ihrem Eintritt in die Regierung der großen Koalition wird das besonders deutlich. Sie tragen heute die volle Mitverantwortung für die Renazifizierung in allen Bereichen des westdeutschen Staates und der Bonner Regierungspolitik. Sie traten in eine Regierung ein, an deren Spitze mit dem aktiven Nazi-Propagandisten Kiesinger als Kanzler ein aus der Nazi-Zeit schwer belasteter Mann steht, ganz zu schweigen vom KZ-Baumeister Lübke, dem derzeitigen Präsidenten der westdeutschen Bundesrepublik, den auch SPD-Führer gegen die Anklagen der Weltöffentlichkeit immer wieder in Schutz genommen haben.

Unter den sozialdemokratischen Ministern hat sich die Konzentration von Nazi- und Kriegsverbrechern und schuldbeladenen Nazi-Experten in den Ressorts, für die sie zuständig sind, sogar noch verstärkt. Die sozialdemokratischen Minister Schiller, Schmid und Lauritzen sind aus der Hitlerzeit selbst belastet.

Vor allem aber machen sich die sozialdemokratischen Minister im Kiesinger-Kabinett zu eifrigen Verfechtern der vom neonazistischen und revanchistischen Ungeist getragenen

Politik der Veränderung des Status quo in Europa, der aggressiven Alleinvertretungsanmaßung gegen die DDR und des verschärften Vorgehens gegen die demokratische Opposition im Innern.

Während die neue Nazi-Partei staatlich gehegt und gepflegt wird, ist die Kommunistische Partei Deutschlands, deren Mitglieder am konsequentesten gegen Nazismus und Krieg, Neonazismus und Kriegsvorbereitung kämpften und kämpfen, nach wie vor verboten. SPD-Minister Heinemann bekräftigte jüngst, daß er nicht gewillt sei, daran etwas zu ändern. Schon die Popularisierung des neuen Programms der KPD wird in Westdeutschland mit allen polizeistaatlichen Mitteln unterdrückt und verfolgt.

Der für die westdeutsche Bevölkerung gegenwärtig gefährlichste Ausdruck des Neonazismus ist die Notstandsverfassung. Diese Neuauflage des Hitlerschen Ermächtigungsgesetzes bedroht die Grundrechte jedes Bundesbürgers. Die Notstandsgesetze wurden ausgearbeitet von im Braunbuch namentlich benannten Naziverbrechern in der Bonner Ministerialbürokratie, sie sollen praktiziert werden von SS- und Gestapo-Leuten in der Bonner Notstandsexekutive, deren Namen gleichfalls in diesem Braunbuch zu finden sind.

Die Bonner Notstandsverfassung ist angesichts der gegenwärtig in Westdeutschland wachsenden inneren Widersprüche vor allem auf die Knebelung der außerparlamentarischen Opposition und die Unterdrückung aller demokratischen Bestrebungen gerichtet. Sie gefährdet zugleich den europäischen Frieden und die Sicherheit der Völker Europas, denn mit ihr sollen die inneren Voraussetzungen für die Bonner Expansions- und Revanchepolitik, für die Verwirklichung des Anspruchs des westdeutschen Imperialismus auf Vorherrschaft in Europa geschaffen werden, wofür der „starke Mann“ in der Bonner Regierung, der jetzige Finanzminister Strauß, in seinem Buch „Entwurf für Europa“ die strategische und taktische Grundkonzeption geliefert hat.

Den Völkern wurde von der UNO-Vollversammlung mit der Resolution 2331 (XXII. vom 18. Dezember 1967) über „zu ergreifende Maßnahmen gegen Nazismus und Rassismus“ eine wichtige Waffe in die Hand gegeben. Diese Resolution fordert alle Staaten auf, wirksame Maßnahmen gegen Nazismus und Rassismus zu ergreifen, damit nicht neues Unheil über die Völker kommt. (Weitere wichtige Dokumente siehe dazu auszugsweise am Ende dieses Kapitels) Dem gleichen Ziel, nämlich zu verhindern, daß auf deutschem Boden ein neuer Faschismus sein Haupt erheben und einen neuen Krieg entfesseln kann, dient die Staatspolitik der Deutschen Demokratischen Republik.

Dieser antifaschistische, sozialistische deutsche Staat, in dem sich alle antifaschistischen Kräfte fest verbunden haben, hat dem westdeutschen Neonazismus und Militarismus durch seine Existenz, seine unaufhaltsam erstarkende sozialistische Gesellschaftsordnung und seine konsequente Friedenspolitik einen festen Riegel vorgeschoben. In ihrer neuen sozialistischen Verfassung bekräftigt die DDR, daß sie niemals eine Aggression unternehmen noch ihre Streitkräfte gegen die Freiheit eines anderen Volkes einsetzen wird. Sie macht damit ihre gegen Neonazismus und Revanchismus gerichtete Politik, ihr Streben nach Sicherheit in Europa und nach einer stabilen Friedensordnung in der Welt zum staatsrechtlichen Grundsatz.

Das Braunbuch über die Kriegs- und Naziverbrecher in der Bundesrepublik will mit der 3., überarbeiteten und erweiterten Auflage erneut und eindringlich vor dem fortschreitenden Prozeß der Renazifizierung in diesem Staat warnen. Es ist sein Grundanliegen, allen verantwortungsbewußten Menschen in der westdeutschen Bundesrepublik und im Ausland

diese gefährliche Entwicklung bewußt zu machen und sie zum rechtzeitigen und aktiven Handeln aufzurufen.

Berlin, im Mai 1968

Die Herausgeber

Auszug aus der Resolution der XXII. Tagung der UNO-Vollversammlung vom 18. Dezember 1967

ZUR FRAGE DER BESTRAFUNG VON KRIEGSVERBRECHERN UND VON
PERSONEN, DIE VERBRECHEN GEGEN DIE MENSCHLICHKEIT BEGANGEN
HABEN (Resolution 2338 [XXII])

Die Vollversammlung...

feststellend, daß keine der feierlichen Erklärungen, Beschlüsse oder Konventionen in bezug auf die Verfolgung und Bestrafung von Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit eine Verjährung vorsieht,

ausgehend davon, daß Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit zu den schwersten Verbrechen im internationalen Recht gehören,...

feststellend, daß die Anwendung innerstaatlicher Verjährungsfristen für gewöhnliche Verbrechen auf Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit die ... Verfolgung und Bestrafung von Personen verhindert, die für jene Verbrechen verantwortlich sind,...

5. *empfiehlt*, daß bis zur Annahme einer Konvention durch die Vollversammlung keine gesetzliche oder andere Maßnahme ergriffen wird, die den Grundsätzen und Zielen einer Konvention über die Nichtverjährung von Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit zuwiderlaufen könnte ...

*

Auszug aus der Resolution der XXIV. Tagung der UNO-Menschenrechtskommission vom 8. März 1968

ÜBER MASSNAHMEN, DIE GEGEN NAZISMUS UND RASSENHASS ZU ERGREIFEN
SIND (Resolution 15 [XXIV])

Die Kommission für Menschenrechte...

5. *ersucht* den Wirtschafts- und Sozialrat, der Vollversammlung die Annahme folgenden Resolutionsentwurfs zu empfehlen:

Die Vollversammlung...

1. *verurteilt erneut* mit Entschiedenheit den Nazismus, die Apartheidpolitik und alle ähnlichen Ideologien und Praktiken, die sich auf Rassenhaß und Terror gründen,... als eine Bedrohung des Weltfriedens und der Sicherheit der Völker,

2. *fordert* alle Staaten *dazu auf*, unverzüglich... gesetzgeberische und andere positive Maßnahmen zu treffen, um Gruppen und Organisationen, die für den Nazismus, die Politik der Apartheid und andere Formen des Rassenhasses Propaganda betreiben, zu verbieten und gerichtlich zu verfolgen,

3. *fordert* alle Staaten und Völker sowie nationale und internationale Organisationen *dazu auf*, für die unverzügliche und unwiderrufliche Ausmerzung der nazistischen und ähnlicher Ideologien und Praktiken, einschließlich der Apartheid, die sich auf Rassenhaß und Terror gründen, zu wirken...

EINFÜHRUNG

Im Mai 1968 jährt sich zum 23. Male der Tag der Befreiung der Menschheit von den Schrecken des zweiten Weltkrieges und der faschistischen Barbarei.

Der opferreiche Kampf der in der Antihitlerkoalition vereinten Völker, dessen Hauptlast die Sowjetunion trug, endete mit der völligen Niederlage des faschistischen Aggressors, mit dem totalen Zusammenbruch eines Systems, das durch eine Kette von Angriffsakten und militärischen Überfällen, durch eine Herrschaft des Terrors und der Willkür, durch Massenmorde und schwerste Kriegsverbrechen den Tod von 55 Millionen Menschen verschuldete.

Der Begriff „Kriegs- und Naziverbrechen“ war zum Synonym für Völkermord, Barbarei und Sadismus geworden, und die Regierungen der Antihitlerkoalition drückten das Empfinden und die Forderungen der ganzen friedliebenden Menschheit aus, als sie in der Krim-Deklaration verkündeten:

„Es ist unser unbeugsamer Wille, den deutschen Militarismus und Nationalsozialismus zu zerstören und dafür Sorge zu tragen, daß Deutschland nie wieder imstande ist, den Weltfrieden zu stören. Wir sind entschlossen, alle Kriegsverbrecher vor Gericht zu bringen und einer schnellen Bestrafung zuzuführen...“

Die DDR machte die Ziele der antifaschistischen Widerstandsbewegung und der Antihitlerkoalition, die im Potsdamer Abkommen ihren Ausdruck fanden, zur Richtschnur ihres Handelns. Aus allen Bereichen des öffentlichen Lebens wurden jene Kräfte entfernt, die den zweiten Weltkrieg vorbereiteten und die Völker Europas in Krieg und Elend stürzten. Das lag sowohl im Interesse des Friedens und der Sicherheit der europäischen Nachbarvölker als auch im Interesse des deutschen Volkes.

Die DDR erfüllte den Auftrag des deutschen Volkes und der Völker der Welt, alle Kriegs- und Naziverbrechen zu ahnden und gerecht zu sühnen. In der Zeit von Mai 1945 bis Ende 1967 wurden in der sowjetischen Besatzungszone und in der DDR insgesamt

16583 Personen wegen Beteiligung an Verbrechen gegen den Frieden und die Menschlichkeit und wegen Kriegsverbrechen angeklagt. Davon wurden

12818 verurteilt,

1578 freigesprochen. Die Verfahren gegen

2187 Angeklagte wurden wegen Abwesenheit, Tod oder auf Grund des von der Sowjetischen Militär-Administration erlassenen Amnestiebefehls Nr. 43/48 vom 18. März 1948 eingestellt, da keine höhere Freiheitsstrafe als ein Jahr zu erwarten war.

Von den 12807 gerichtlich zur Verantwortung gezogenen Personen wurden 119 zum Tode, 239 zu lebenslangem Zuchthaus und 5090 zu einer höheren Freiheitsstrafe als 3 Jahre verurteilt.

23 Jahre nach der Befreiung vom Faschismus, 23 Jahre nach dem Beginn des Nürnberger Völkertribunals gegen die Hauptkriegsverbrecher steht die Welt jedoch vor der Tatsache, daß in der westdeutschen Bundesrepublik zu Tausenden Verantwortliche für Nazi- und Kriegsverbrechen nicht nur unbestraft blieben, sondern führende Positionen in Wirtschaft und Staat, in Bundeswehr und Polizei, in Bildungseinrichtungen sowie in Verlagen und in den Massenmedien einnehmen. Die westdeutsche Regierung setzte sich rigoros über die gerechten Forderungen aller Völker hinweg, mißachtete das Potsdamer Abkommen und die Nürnberger Rechtsprechung, stellte die Verfolgung der Kriegsverbrecher unmittelbar nach Gründung der Bundesrepublik fast völlig ein und beförderte Hauptschuldige und Hintermänner der schlimmsten Naziverbrechen in entscheidende Staatsstellungen.

Die widerrechtliche Übernahme von Gesetzen des Bonner Staates durch Westberlin, das nicht zur Bundesrepublik gehört und bekanntlich auf dem Territorium der DDR liegt, hat dazu geführt, daß auch hier in zunehmendem Maße schwerbelastete Faschisten in hohen Positionen der Verwaltung, Justiz und Polizei Wiederverwendung gefunden haben. Diese Kräfte sind es in erster Linie, die als Stützen der Bonner Machthaber in Zusammenarbeit mit den Spionagezentralen und Diversantengruppen durch Provokationen an der Staatsgrenze der DDR, durch Menschenraub und andere Terrorakte ständig eine Verschärfung der Lage anstreben und alle Verhandlungsbemühungen der DDR zur Normalisierung des Verhältnisses zwischen dem Senat von Westberlin und der Regierung der DDR zu torpedieren versuchen.

Obwohl nach 1945 der weitaus größte Teil der Kriegs- und Naziverbrecher in die westlichen Besatzungszonen flüchtete, wurden in der westdeutschen Bundesrepublik, deren Bevölkerungszahl dreimal so groß ist wie die der DDR, bis zum 1. Januar 1964 nur 12457 Personen angeklagt. Bis März 1965 wurden von den Gerichten der Bundesrepublik nur 5234 Personen rechtskräftig verurteilt, in über 7000 Fällen erging Freispruch, wurde das Verfahren eingestellt oder die Hauptverhandlung gar nicht erst eröffnet. In den Fällen aber, in denen eine Verurteilung erfolgte, standen die Urteile in der Regel in keinem Verhältnis zur Straftat. Von 5234 verurteilten Naziverbrechern und Massenmördern wurden nur 80 zur Höchststrafe (9 zum Tode, 71 zu lebenslangem Zuchthaus) verurteilt! (Die Zahlen sind der letzten offiziellen Veröffentlichung des Bundesjustizministeriums entnommen. Hinsichtlich der rechtskräftig Verurteilten hat sich bis heute nichts Wesentliches verändert.)

Wenn in den letzten Jahren - nach langer Pause - in der Bundesrepublik wieder einige Verfahren gegen Nazi-Massenmörder stattfinden, so muß dazu festgestellt werden: Erstens erfolgen sie unter dem Druck der Enthüllungen durch die DDR und nur in solchen Fällen, in

denen die internationale Empörung der westdeutschen Justiz keine andere Möglichkeit läßt. Zweitens richten sie sich fast ausschließlich gegen die untersten Chargen der SS- und KZ-Mörder, während die in exponierten Stellungen tätig gewesenen Schreibtischmörder und Hintermänner verschont bleiben. Drittens schließlich ergehen in diesen Verfahren haarsträubend milde Urteile, so daß sogar Eichmann-Mitarbeiter, wie die SS-Führer Hunsche und Krumei, die an der Deportation und Ermordung von Hunderttausenden ungarischer Juden mitwirkten, 1964 in Frankfurt a. M. freigesprochen beziehungsweise mit Bagatellstrafen belegt wurden. Diese Verfahren ändern nichts daran, daß Westdeutschland heute ein Paradies für Nazi- und Kriegsverbrecher ist.

Dieses Braunbuch enthält - als unvollständige Zusammenfassung - die Namen von 2300 führenden Nazi-Funktionären und Kriegsverbrechern, die sich heute ungehindert in entscheidenden Stellungen des westdeutschen Staats- und Wirtschaftsapparates betätigen oder aber hohe Staatspensionen für ihre „verdienstvolle“ Tätigkeit im „Dritten Reich“ beziehen.

Das Braunbuch weist nach: Zu den Stützen der Hitlerdiktatur, den Wegbereitern und Nutznießern der Judenverfolgung, den Organisatoren und Kommandeuren der Überfälle auf fast alle Länder Europas, zu den überführten Mördern von Antifaschisten und Widerstandskämpfern, die heute in Westdeutschland wieder tätig sind, zählen:

- der Bundespräsident,
- 20 Angehörige des Bundeskabinetts und Staatssekretäre,
- 189 Generale, Admirale und Offiziere in der Bundeswehr oder in den NATO-Führungsstäben sowie Beamte im Kriegsministerium,
- 1118 hohe Justizbeamte, Staatsanwälte und Richter,
- 244 leitende Beamte des Auswärtigen Amtes, der Bonner Botschaften und Konsulate,
- 300 Beamte der Polizei und des Verfassungsschutzes sowie anderer Bundesministerien.

Als höchster Repräsentant der Bundesrepublik fungiert mit Heinrich Lübke ein KZ-Baumeister der Nazi und Vertrauensmann der Gestapo. Als Beauftragter für Arbeitskräfteeinsatz bei geheimen Rüstungsvorhaben des „Dritten Reiches“ zeichnet er mitverantwortlich für das verbrecherische System der Vernichtung durch Arbeit.

In der Person des Kurt-Georg Kiesinger setzte sich ein leitender Ribbentrop-Mitarbeiter und Goebbels-Journalist an die Spitze der Bundesregierung, der maßgeblichen Einfluß auf die nazistische Propaganda ausübte, nachweislich die Pogromhetze gegen Juden im Ausland lenkte und die 5. Kolonne Hitlers über den Äther organisieren half.

Dieses Braunbuch enthält ausschließlich die Namen solcher Personen, die durch ihre führende Tätigkeit bei der Vorbereitung und Durchführung der nazistischen Verbrechen und Aggressionsakte tatsächlich belastet sind beziehungsweise unmittelbar an Massentötungen teilgenommen, dafür die Befehle erteilt oder sie als intellektuelle Urheber vorbereitet haben. Es wurde bewußt darauf verzichtet, auch solche durchaus nicht unbelasteten Personen aufzunehmen wie den CSU-Vorsitzenden und Finanzminister Franz-Josef Strauß, obwohl er als NS-Führungsoffizier das Hitlerregime aktiv unterstützt hat. Selbstverständlich enthält das Braunbuch keine Namen nomineller Mitglieder der NSDAP. Die DDR hat immer konsequent zwischen der Millionenzahl ehemaliger Mitglieder der Nazi-Organisationen unterschieden, die selber irreführt und betrogen wurden, und jener abscheulichen Gruppe von Hintermännern, Initiatoren und Profiteuren der Naziverbrechen. Wir denken nicht daran, irgend jemandem, der einmal einen politischen Irrtum beging, inzwischen aber längst seinen

Fehler erkannt und einen neuen Weg beschütten hat, aus seiner Vergangenheit einen Vorwurf zu machen - schon gar nicht 23 Jahre danach.

Schließlich muß darauf hingewiesen werden, daß die Bonner Regierung die hier aufgeführten Naziverbrecher nicht etwa in Unkenntnis, sondern im Gegenteil in voller Kenntnis ihrer Vergangenheit in ihre gegenwärtigen Stellungen berief. Im Braunbuch wird anhand vieler Beispiele exakt nachgewiesen, seit wieviel Jahren die Belastungsmaterialien über den Betreffenden in Bonn bekannt sind.

Die DDR hat es stets als ihr Recht und ihre Pflicht angesehen, die Öffentlichkeit über die gefährliche Entwicklung in Westdeutschland zu informieren und ihren Teil dazu beizutragen, daß die Vergangenheit in ganz Deutschland bewältigt wird. Seit 1955 nannte die DDR auf zahlreichen Pressekonferenzen die Namen von insgesamt 1583 ehemaligen Juristen der nazistischen Ausnahmegerichte, die in Westdeutschland wieder zu Amt und Würden kamen. Den westdeutschen Justizbehörden wurden seit 1959, nachdem sie sich jahrelang dagegen sträubten, über 2000 Todesurteile übermittelt, an denen in Westdeutschland tätige Juristen während der Nazi-Zeit mitwirkten. Ferner wurden 8000 Dokumente, Personalakten usw. über andere Nazi- und Kriegsverbrecher übergeben oder übersandt. In über 200 Prozessen gegen Nazi- und Kriegsverbrecher in Westdeutschland leistete die DDR mit Dokumenten, Zeugen und Sachverständigen Rechtshilfe, um zur Aufdeckung der vollen Wahrheit beizutragen.

Die Ursache für die Nichtverfolgung und Wiederverwendung von Kriegs- und Naziverbrechern in Westdeutschland besteht also nicht darin, daß den Bonner Behörden die Belastungsdokumente unbekannt wären oder vorenthalten würden. Die Nichtverfolgung und Wiederverwendung von Nazi- und Kriegsverbrechern ist auch kein Zufall. Sie ist vielmehr Bestandteil der Politik der Bonner Regierung, die auf die Revision der Ergebnisse des zweiten Weltkrieges, auf die Veränderung der Grenzen gerichtet ist. Die letzte Ursache für die Wiederverwendung der Nazi- und Kriegsverbrecher liegt darin, daß im westdeutschen Staat die gleichen verhängnisvollen Kräfte der Rüstungsindustrie Politik und Wirtschaft in den Händen haben, die Hitler zur Macht brachten, den zweiten Weltkrieg vorbereiteten und heute Revanche für ihre Niederlage nehmen und erneut die Grenzen der Nachbarstaaten überrennen wollen. Weil diese Kräfte heute die gleiche verderbliche Politik wie zur Zeit des Faschismus zu betreiben versuchen, bedienen sie sich der gleichen faschistischen Verbrecher. Weil die gesellschaftlichen Wurzeln des Faschismus, die Machtkonzentration in den Händen der Rüstungsmonopole, in Westdeutschland nicht beseitigt wurden, deshalb werden die Naziverbrecher rehabilitiert.

Das ist der Grund, weshalb durch das berüchtigte 131er Gesetz den westdeutschen Behörden seit 1951 die Wiedereinstellung der ehemaligen Nazi-Beamten auf allen Ebenen zur Pflicht gemacht wurde.

Das ist der Grund, weshalb Bonn schon am 8. Mai 1960 die Masse der Nazi- und Kriegsverbrechen als „Totschlags“-Verbrechen wegen „Verjährung“ außer Strafverfolgung gesetzt hat.

Das ist der Grund, weshalb die Bundesregierung den Beschluß faßte, daß auch die schlimmsten Nazi-Massenmorde am 8. Mai 1965 verjähren sollten, was nur durch die internationale Protestbewegung verhindert wurde.

Das ist schließlich der Grund für den Beschluß des Bonner Bundestages vom 25. März 1965, ungeachtet der Weltproteste die Verjährung der Nazi-Mordtaten lediglich um 4 Jahre zu verschieben.

Die Verantwortlichen für die Verbrechen des Faschismus sind heute Haupteinpeitscher der Bonner Revanchepolitik.

Die Verantwortlichen für die Verbrechen des Faschismus erarbeiteten und praktizieren die Notstandsgesetze, die zur Vorbereitung der Aggression nach außen die demokratischen Rechte im Innern vernichten sollen.

Die Verantwortlichen für die Verbrechen des Faschismus fordern heute Mitspracherecht und Verfügungsgewalt über Atomwaffen, um andere Mächte in ihre Kriegsabenteuer gegen die DDR und die anderen sozialistischen Länder hineinzuziehen.

Die Verantwortlichen für die Verbrechen des Faschismus entfesseln heute in der Bundesrepublik eine Welle des Nationalismus und Chauvinismus, um die Bevölkerung für diese Pläne reif zu machen.

Das Braunbuch beweist: Hunderte von Kriegs- und Naziverbrechern, deren Beteiligung an gemeinen und blutigen Verbrechen bekannt und dokumentarisch belegt ist, sind in der Bundesrepublik nicht zur Verantwortung gezogen worden. Hunderte von Kriegs- und Naziverbrechern nehmen exponierte Stellungen im Staatsapparat und im gesellschaftlichen Leben Westdeutschlands ein. Die Herrschaft dieser Kräfte in Bonn, die keine Lehren aus der Vergangenheit gezogen haben, ist eine Gefahr für den Frieden der Welt.

Der Kampf für die gerechte Bestrafung aller Nazi- und Kriegsverbrecher, für die Entfernung ehemals führender Faschisten aus leitenden Positionen des westdeutschen Staatsapparates ist deshalb ein untrennbarer Bestandteil des Kampfes für Frieden und Entspannung. Wem Frieden und Sicherheit am Herzen liegen, der fordert gemeinsam mit allen demokratischen und antifaschistischen Kräften der ganzen Welt:

Anerkennung des völkerrechtlichen Prinzips der Nichtverjährung von Nazi- und Kriegsverbrechen durch die Bonner Regierung!

Gerechte Bestrafung aller Nazi- und Kriegsverbrecher entsprechend der Schwere ihrer Tat!

Ausschaltung der schuldbeladenen Kräfte der Vergangenheit aus den führenden Positionen in Politik und Wirtschaft der westdeutschen Bundesrepublik!

Schluß mit der Bonner Politik der Grenzforderungen, der Notstandsgesetze und der atomaren Kriegsvorbereitung!

Auch in Westdeutschland muß die Befreiung vom Faschismus und Militarismus, die am 8. Mai 1945 eingeleitet, aber dort wieder rückgängig gemacht wurde, endlich verwirklicht werden.

Braunbuch

Die Rüstungsmonopole erneut am Hebel der Macht

- Auftraggeber und Nutznießer des Hitlerregimes
 - Hitler zur Macht verholten
 - An der „Arisierung“ bereichert
 - Angriffskrieg vorbereitet
 - Fremde Völker ausgeplündert
 - Zur Sklavenarbeit verschleppt
 - „Segensreiche Freundschaft“ mit der SS
 - Vernichtung durch Arbeit
 - Kriegsprofite - Millionenprofite
 - Das Urteil der Völker

- Sie bestimmen im Bonner Staat
 - 94 Männer beherrschen die Wirtschaft
 - Wieder im Rüstungsgeschäft
 - Haupteinpeitscher des Revanchismus
 - **Ambras, Otto:** Freund und Förderer der SS
 - **Bütefisch, Heinrich:** Ranggleich mit dem Auschwitz-Kommandanten
 - **Sohl, Hans-Günther:** Organisator der faschistischen Kriegswirtschaft
 - **Abs, Hermann:** Sowjetische Kinder zu Tode geschunden
 - **Flick, Friedrich:** Kommissionär Görings
 - **Friedrich, Otto Andreas:** Reichsbeauftragter der Hitlerregierung

- Handlanger der Monopolherren
 - **Lübke, Heinrich:** KZ-Bauführer
 - **Westrick, Ludger:** „Bewährter“ Wehrwirtschaftsführer
 - **Blessing, Karl:** Freund Himmlers
 - **Vialon, Karl Friedrich:** Buchhalter der SS-Mörder
 - **Hettlage, Karl-Maria:** SS-Hauptsturmführer und Rüstungsexperte

- Nazi-Rüstungsexperten - Machthaber Bonns (Namenliste)

Auftraggeber und Nutznießer des Hitlerregimes

Um viele Jahrzehnte eines glücklichen Lebens ist das deutsche Volk betrogen worden. Immer wieder wurde es in den Teufelskreis Konjunktur-Krise-Krieg hineingetrieben. Im Verlauf der letzten 50 Jahre gingen von deutschem Boden zwei verheerende Kriege aus, in denen 65 Millionen Menschen den Tod fanden.

Wer brachte der Welt solches Unheil? Wer trägt die Hauptschuld an den millionenfachen Verbrechen?

Dieses Unheil kommt auf das Konto des erobierungswütigen deutschen Imperialismus. Die Rüstungsmonopole und Großbanken - IG-Farben, Flick, Thyssen, AEG, Siemens, Krupp, Haniel, die Deutsche Bank, die Dresdner Bank, die Commerz-Bank und andere -, sie bestimmten maßgeblich die Politik des Hitlerregimes und sind hauptverantwortlich für die Kriegs- und Naziverbrechen.

HITLER ZUR MACHT VERHOLFEN

Von den Herren der Banken und Konzerne erhielt die Nazi-Bewegung Millionenbeträge zur Finanzierung ihrer Wahlen, zur Unterdrückung der Arbeiterbewegung und aller demokratischen Kräfte durch faschistische Terrorbanden. Als Gegenleistung erwarteten sie von Hitler lohnende Rüstungsgeschäfte.

Lange vor 1933 bereiteten die Rüstungsmonopole die Hitlerdiktatur vor. Emil Kirdorf, Gründer und langjähriger Leiter des Rheinisch-Westfälischen Kohlesyndikats, schrieb am 31. Januar 1934 in der „Preußischen Zeitung“:

„Im Jahre 1927 bin ich zum ersten Male mit dem Führer zusammengekommen ... In der Erkenntnis, daß nur die Politik Adolf Hitlers zum Ziele führen werde, habe ich mich in der Folgezeit ganz seiner Bewegung zur Verfügung gestellt. Kurz nach der Münchener Unterredung landeten dann als Auswirkung der vom Führer vertagten und von mir verbreiteten Broschüre mehrere Zusammenkünfte des Führers mit leitenden Persönlichkeiten des Industriereviere statt, in denen dann Adolf Hitler in knappen und klaren Worten seine Ansicht darlegte.“

Das Ergebnis der Übereinkunft mit Hitler: Die Kohlesyndikate führten fünf Pfennig vom Verkaufserlös jeder Tonne Kohle an die Nazi-Partei ab. Durch diese Zahlungen erhielt die Hitlerpartei schon vor 1933 jährlich 6150000 RM allein vom Kohlesyndikat!

Das starke Interesse, das die Konzernherren an der Errichtung der faschistischen Diktatur hatten, wurde auch bei der Zusammenkunft Hitlers mit den Rhein- und Ruhrindustriellen im Industrieklub Düsseldorf am 27. Januar 1932 deutlich. Über diese Zusammenkunft schrieb Fritz Thyssen in seinem 1941 erschienenen Buch „Ich bezahlte Hitler“:

„...praktisch führte ich die Verbindung zwischen Hitler und den maßgeblichen rheinisch-westfälischen Industriellen herbei. Es ist allgemein bekannt, daß am 27. Januar 1932 - ein Jahr, bevor er die Macht ergriff - Adolf Hitler eine zweieinhalbstündige Rede vor dem Industrieklub Düsseldorf hielt. Diese Rede machte einen tiefen Eindruck auf die versammelten Industriellen, und als Ergebnis floß eine Zahl von bedeutenden Zuwendungen aus den Quellen der Schwerindustrie in die Kassen der NSDAP ... In den letzten Jahren vor der Machtergreifung leisteten die großen industriellen Verbände laufend Kontributionen.“

Als die KPD bei den Reichstagswahlen am 6. November 1932 einen Sieg errang (rund sechs Millionen Stimmen), die NSDAP jedoch 2 Millionen Wähler verlor, schrieb Schacht am 12. November 1932 an Hitler:

„Es unterliegt für mich gar keinem Zweifel, daß die gegenwärtige Entwicklung der Dinge nur das eine Ende haben kann, und das ist Ihre Kanzlerschaft. Es scheint, als ob unser Versuch, eine Reihe von Unterschriften aus der Wirtschaft dafür zu bekommen, doch nicht ganz umsonst ist...“ (Prozeß gegen die Hauptkriegsverbrecher vor dem Internationalen Militärgerichtshof Nürnberg, 42 Bände, Nürnberg 1947-1949, Bd. I, S. 196, im folgenden: IMT)

In gleichlautenden Schreiben forderten mehrere Großindustrielle und Bankherren noch im gleichen Monat vom damaligen Reichspräsidenten Hindenburg, Hitler zum Kanzler zu ernennen. (Siehe Tafel 1, Deutsches Zentralarchiv Potsdam, Bestand: Büro des Reichspräsidenten, Akte Nr. 47)

Nachdem die großen Monopole Hitler an die Macht gebracht hatten, flössen noch größere Beträge in die Kassen der Nazi-Partei und ihrer Gliederungen. Unter der Bezeichnung „Adolf-Hitler-Spende der deutschen Wirtschaft“ (Siehe Tafel 2, Archiv des VEB Filmfabrik Wolfen) stellten die kapitalistischen Unternehmer auf Initiative der großen Konzerne - insbesondere von Krupp, IG-Farben, Flick, Thyssen und anderen - der faschistischen Partei von 1933 bis 1945 jährlich über 60 Millionen RM zur Verfügung. Allein die Dresdner Bank zahlte im Jahre 1934 über 120000 RM für die Nazi-Partei. (Siehe Tafel 2, Archiv der Deutschen Notenbank Dresden, Bestand: Dresdner Bank)

Außer den Zahlungen für die „Hitler-Spende“ machten die Rüstungsmonopole große finanzielle Zuwendungen an die SS und andere Organe des nazistischen Terrorapparates.

Zu den eifrigsten Geldgebern und Förderern der Nazi-Partei zählte Friedrich Flick. Neben ständigen Zahlungen an den sogenannten Freundeskreis Himmler - sie machten jährlich über 100000 RM aus - zahlte Flick große Summen zur „Hitler-Spende“ sowie an die örtlichen Stellen der Nazi-Partei. So überwies z. B. das zu seinem Konzern gehörende Stahlwerk Riesa in der Zeit vom 24. Februar 1933 bis Ende 1934 über 34000 RM an örtliche SA- und SS-Verbände. Nach der Unterzeichnung des Münchner Abkommens am 30. September 1938 sicherte der Vorstandsvorsitzende der IG-Farben, Hermann Schmitz, Hitler weitgehende finanzielle Unterstützungen zu:

„Unter dem Eindruck der von Ihnen, mein Führer, erreichten Heimkehr Sudetendeutschlands ins Reich, stellt Ihnen die IG-Farbenindustrie Aktiengesellschaft zur Verwendung für das sudetendeutsche Gebiet einen Betrag von einer halben Million Reichsmark zur Verfügung.“ (Nürnberger Prozeß, Fall VI, Prozeß gegen Carl Krauch und andere Vertreter des IG-Farben-Konzerns, Dok. NI 2795, im folgenden NG, IG-Farben-Prozeß, siehe Tafel 3)

Insgesamt stellte der IG-Farben-Konzern (ohne Tochtergesellschaften) der Hitlerclique in den Jahren von 1933 bis 1945 über 84 Millionen RM zur Verfügung.

Die Einflußnahme der Rüstungsmonopole beschränkte sich aber keineswegs auf finanzielle Zuwendungen an das Nazi-Regime. Sie fand ihre Krönung in der engen personellen Verflechtung der Monopol- und Bankbeauftragten mit dem faschistischen Staat. Vertreter der mächtigsten Konzerne waren in allen zentralen Regierungsstellen zu finden. Sie nahmen dort Schlüsselstellungen ein.

So war der Aufsichtsratsvorsitzende der IG-Farben-Industrie AG, Carl Krauch, gleichzeitig „Generalbevollmächtigter für Sonderfragen der chemischen Erzeugung“ und Leiter des „Reichsamtes für Wirtschaftsausbau“. In dieser Funktion war er praktisch der staatliche Befehlshaber über die gesamte chemische Industrie Hitlerdeutschlands. Führende IG-Direktoren nahmen ebenfalls Funktionen im faschistischen Machtapparat ein, z. B. in der Deutschen Arbeitsfront (Christian Schneider), im Auswärtigen Amt (von Maltzan), im Ostministerium (Felix Prentzel), im OKW Abwehr Inland (Christian Schneider, Hauptwehrbeauftragter der IG-Farben), im Rüstungsministerium (Ambros, Bütefisch und Wurster), in der Reichsbank (Schmitz), in der Reichsgruppe Industrie (Schmitz), im Wirtschaftsministerium (E. R. Fischer), im Länderausschuß für Afrika und Sowjetunion (W. R. Mann als Vorsitzender), im Sonderausschuß für Südost-Europa und Ungarn (Ilgner und Reithinger als Vorsitzender), im Wehrwirtschaftsstab Thomas (Krüger und Erich von der Heyde).

Dazu kam eine große Anzahl mittlerer und unterer IG-Farben-Angestellter, die in verschiedenen Staats- und Parteidienststellen Hitlerdeutschlands sowie in den besetzten Gebieten bei den Militärbefehlshabern und Reichskommissaren die Interessen dieses Mammutkonzerns durchsetzten. (Vgl. NG, IG-Farben-Prozeß, Dokumentenbuch der Anklage, Nr. 62, S. 253 ff.)

AN DER „ARISIERUNG“ BEREICHERT

Die einflußreichsten Konzernunternehmen begingen gemeinsam mit der Hitlerclique das große Verbrechen der „Arisierung“ Deutschlands. Die sogenannte Arisierung jüdischer Handwerksbetriebe, Geschäfte und Unternehmen wurde dazu benutzt, sich das persönliche Hab und Gut der jüdischen Bevölkerung zu eigen zu machen. Wer „arisieren“ und sich auf diese Weise bereichern konnte, das bestimmten die Monopolgewaltigen. Sie selbst sicherten sich den Löwenanteil. Für die jüdischen Bürger bedeutete das: Entziehung jeglicher Existenzgrundlage, Raub des letzten Eigentums, Isolierung vom gesamten öffentlichen Leben, Heranziehung zur Zwangsarbeit und später Zentralisierung in Ghettos und ihre vollständige Ausrottung.

Der Mannesmann-Konzern „arisierter“ z. B. die acht eisenverarbeitenden Werke der Firma Wolf, Netter & Jacobi und andere Betriebe. Krupp nutzte die Judenverfolgung dazu aus, um sich Reedereien anzueignen. Friedrich Flick raubte die Betriebe Rawack und Guenfeld AG, Berlin, und das Hochofenwerk Lübeck AG.

Hauptinitiatoren bei der Aneignung jüdischen Vermögens waren die großen Banken, die ihre Stammkunden aus den Kreisen der Rüstungswirtschaft regelmäßig über die Vermögensbeschlagnahme von „Staatsfeinden“ und sogenannten Nichtariern informierten. (Siehe Tafel 4, Deutsches Zentralarchiv Potsdam, Bestand: Deutsche Länderbank Nr. 196). Schon lange vor der berüchtigten Kristallnacht zum 9. November 1938 - dieser Pogrom war

der Auftakt zu Verfolgungen größten Ausmaßes - beschaffte sich die Deutsche Bank einen genauen Überblick über Vermögenswerte, um dann bei der Großaktion gegen das jüdische Eigentum sofort dabeizusein. (Siehe Tafel 5, Deutsches Zentralarchiv Potsdam, Bestand: De-Di-Bank Nr 261)

Der faschistische Staatsapparat und die Konzerne arbeiteten Hand in Hand. Die von dem späteren Staatssekretär in der Bonner Regierung, Globke, mitverfaßten und kommentierten Nürnberger Rassengesetze wurden auf Intervention Friedrich Flicks um den Erlaß der Verordnung über den Einsatz jüdischen Vermögens vom 3. Dezember 1938 (Reichsgesetzblatt I, S. 1709) erweitert. Flick wurde dadurch ermöglicht, sich wesentlich an den Braunkohlengruben des daraufhin arisierten Ignaz-Petschek-Konzerns zu bereichern.

ANGRIFFSKRIEG VORBEREITET

Im Januar 1944 bestätigte Gustav Krupp von Bohlen und Halbach in einer Rede, daß die deutschen Rüstungsmonopole unmittelbar nach dem verlorenen ersten Weltkrieg damit begannen, die wirtschaftlichen Voraussetzungen für ein neues Völkermorden zu schaffen. Krupp erklärte:

„Es ist das große Verdienst der gesamten deutschen Wehrwirtschaft, daß sie in diesen schlimmen Jahren nicht untätig gewesen ist, mochte auch aus einleuchtenden Gründen ihre Tätigkeit dem Lichte der Öffentlichkeit entzogen sein. In jahrelanger stiller Arbeit wurden die wissenschaftlichen und sachlichen Voraussetzungen geschaffen, um zu gegebener Stunde ohne Zeit- und Erfahrungsverlust wieder zur Arbeit für die deutsche Wehrmacht bereitzustehen... Nur durch diese verschwiegene Tätigkeit deutschen Unternehmertums ... konnte nach 1933 unmittelbar der Anschluß an die neuen Aufgaben der Wiederwehrhaftmachung erreicht, konnten dann auch die ganz neuen vielfältigen Probleme gemeistert werden.“ (IMT, Bd. I, S. 203 f.)

Nachdem Hitler an die Macht gebracht worden war, begannen die Großindustriellen mit der direkten Orientierung auf den Angriffskrieg. Aus den Monopolen wurden Experten in die staatlichen Rüstungsstellen lanciert. Hier schufen sie gemeinsam mit den Militärs im Interesse ihrer Gesellschaften die Aggressionspläne.

So wurde z. B. der „Wehrwirtschaftsstab beim Oberkommando der Wehrmacht“ von General Thomas, einem Aufsichtsratsmitglied des Rheinmetall-Borsig-Konzerns, geleitet. Dieser „Wehrwirtschaftsstab“ war das staatliche Instrument zur Vorbereitung des „totalen Krieges“ sowie des Raubes und Abtransportes der Industrieanlagen, Rohstoffe und Lebensmittel aus den besetzten Ländern.

„Generalbevollmächtigter für Sonderfragen der chemischen Erzeugung“ und Leiter des „Reichsamtes für Wirtschaftsausbau“ wurde Carl Krauch, Aufsichtsratsvorsitzender der IG-Farben-Industrie AG. Leiter des Sonderausschusses „Chemische Kampfstoffe“ beim „Beauftragten für den Vierjahresplan“, Göring, wurde Otto Ambros, Vorstandsmitglied der IG-Farben-Industrie AG, der außerdem als Leiter des „Hauptausschusses für Pulver und Sprengstoffe“ beim Rüstungsamt fungierte. In diesen Positionen wirkten die Monopolvertreter unmittelbar an der Vorbereitung und Organisation des Angriffskrieges mit.

Der Leiter des Wehrwirtschaftsstabes, General Thomas, beteiligte sich bereits 1940 an der Ausarbeitung des „Barbarossa-Planes“. In einer Aktennotiz über eine Besprechung mit seinen

Mitarbeitern, die er am 28. Februar 1941 zur Vorbereitung des bevorstehenden Überfalls auf die Sowjetunion durchführte, heißt es:

„...Hauptaufgabe der Organisation werde in der Erfassung von Rohstoffen und in der Übernahme aller wichtigen Betriebe bestehen. Für die letztere Aufgabe würden zweckmäßigerweise von Anfang an zuverlässige Persönlichkeiten deutscher Konzerne eingeschaltet werden, da nur mit Hilfe ihrer Erfahrungen von Beginn an eine erfolgreiche Arbeit geleistet werden könne.“ (IMT, Bd. XXVII, Dok. 1317-PS, S. 170 ff.)

Der IG-Farben-Konzern schuf Anfang 1935 eine eigene IG-„Vermittlungsstelle W“ (Wehrmacht), die mit dem „Wehrwirtschaftsstab bei OKW“ die wirtschaftlichen Kriegsvorbereitungen und Mobilisierungspläne zu organisieren hatte. Allen IG-Direktoren wurde schon 1935 von der „Vermittlungsstelle W“ mitgeteilt, daß diese Instanz folgende Aufgaben habe:

„...die zentrale Bearbeitung der Mobilmachungspläne, die Fragen der Umstellung der Produktion und der Verlegung der Produktion, die Sicherstellung von Rohstoffen, die Fragen der Lagerhaltung, Transportfragen, Sicherstellung bzw. Verschiebung von Arbeitskräften.“ (Archiv des VEB Elektrochemisches Kombinat Bitterfeld, Dok. vom 28. August 1935)

Bereits am 23. Oktober 1935 informierte die IG-„Vermittlungsstelle W“ die Konzernleitung über den Wehrwirtschaftsmechanismus und dessen Arbeitsweise im Kriegsfall.

Die Rüstungsindustriellen bestimmten maßgeblich die Ziele des hitlerfaschistischen Raub- und Vernichtungskrieges. Noch ehe z. B. Hitlerdeutschland mit der französischen Vichy-Regierung den für Frankreich schmachvollen Waffenstillstandsvertrag von Compiègne schloß, hatte die IG-Farben begonnen, Pläne für die Einverleibung der chemischen Industrie des ganzen europäischen Kontinents auszuarbeiten. Am 21. Juni 1940 lud Georg von Schnitzler, der Vorsitzende des Kaufmännischen Ausschusses, einen auserwählten Kreis zu einer Tagung nach Frankfurt a. M. ein. Und noch bevor die faschistische Kriegsmaschine ganz Europa okkupiert hatte, wurde hier über die „im künftigen Friedensvertrag zu verankernde Ordnung der gesamten europäischen Belange auf dem Chemie-Sektor“ beraten und über die chemischen Industrien der mit Hitlerdeutschland im Kriege befindlichen, aber auch der neutralen und verbündeten Länder entschieden.

Auch für den Überfall auf Großbritannien lieferte IG-Farben dem Faschismus die entsprechenden Kriegsziele. Bereits bei der Ausarbeitung der „Operation Seelöwe“ legte man fest, welche Industriebetriebe Englands von den IG-Farben nach Abschluß der militärischen Operationen okkupiert werden sollten.

Von Schnitzler sah sich am 8. August 1945 zu dem Eingeständnis gezwungen:

„Durch diese Handlungsweise übernahm die IG eine große Verantwortung und stellte eine wesentliche und auf dem chemischen Gebiet entscheidende Hilfe für Hitlers Außenpolitik, die zum Krieg und zu Deutschlands Ruin führte. So muß ich den Schluß ziehen, daß die IG weithin für Hitlers Politik verantwortlich ist.“ (NG, IG-Farben-Prozeß, Dok. NI 5196)

Die Forderung der IG-Farben war eindeutig: Europäischer Großraum unter Führung Hitlerdeutschlands, auf dem Gebiet der chemischen Produktion unter Führung der IG-Farben.

Krupp, Flick, Thyssen, Siemens, AEG und andere Konzerne forderten den Führungsanspruch für die Kohle-, Stahl- und Elektroindustrie in Europa.

FREMDE VÖLKER AUSGEPLÜNDERT

Der imperialistische Krieg und die damit gebotene Chance, sich auf Kosten der europäischen Völker zu bereichern, befreite die Rüstungsindustriellen von den letzten Hemmungen. Im Sommer 1942, als die Hitlerfaschisten ihren Sieg über die Völker in greifbarer Nähe glaubten, sagte Propagandaminister Goebbels triumphierend, daß Hitlerdeutschland den Krieg nicht um schöne Ideale führe, sondern um materielle Dinge. Es gehe um das ukrainische Getreide, um Kohle und Erz und das kaukasische Erdöl. Hitlerdeutschland werde sich in der Ukraine, im Kubangebiet und im Kaukasus gesundstoßen.

Schon bevor die faschistische Wehrmacht die auszuplünderten Gebiete erobert hatte, präsentierte die Rüstungsindustrie ihre speziellen Ansprüche. In einem Schreiben der Wirtschaftspolitischen Abteilung der IG-Farben vom 15. Juli 1940 an den Direktor des Konzerns, Otto, forderte der IG-Abwehrbeauftragte des „Büros Berlin NW 7“ die Direktoren auf, Adressen von Patentämtern, Konstruktionsbüros, Forschungsinstituten usw. zu nennen, die nach der geplanten Besetzung Großbritanniens für die IG zu beschlagnahmen seien. Besonders weitreichende Pläne entwickelten die großen Rüstungsmonopole zur Ausplünderung der Sowjetunion. Kennzeichnend dafür ist, daß z. B. die IG-Farben schon wenige Tage nach dem Überfall eine umfassende Liste der sowjetischen Chemiebetriebe vorlegte, die ihrem Machtbereich einverleibt werden sollten. Auch die AEG war zur Stelle. Für den Beutezug in die Sowjetunion gründete sie eigens die „AEG Ostlandwerk G.m.b.H.“.

Aus einem als „Staatsgeheimnis“ deklarierten Schreiben der Wirtschaftspolitischen Abteilung der IG-Farben vom 17. Januar 1945 über den „Stand der deutsch-ungarischen Wirtschaftsbeziehungen“ geht hervor, daß die Konzernherren noch angesichts der totalen Niederlage fieberhaft bemüht waren, Industrieanlagen und Wirtschaftsgüter für den deutschen Imperialismus zu rauben. (Siehe Tafel 6, Deutsches Zentralarchiv Potsdam, Bestand: IG-Farben, Nr. 1080)

ZUR SKLAVENARBEIT VERSCHLEPPT

Über 20 Millionen Menschen aus nahezu allen Ländern Europas wurden von den deutschen Faschisten als Arbeitssklaven nach Hitlerdeutschland verschleppt, viele Hunderttausend von ihnen geschunden, erschlagen, erschossen und vergast. Das umfangreiche Beweismaterial über die schrankenlose Ausbeutung und Unterdrückung ausländischer Zwangsarbeiter durch die deutschen Konzerne veranlagte den Internationalen Militärgerichtshof in Nürnberg zu der Schlußfolgerung: „*Die Verschleppung zur Sklavenarbeit war vielleicht das schrecklichste und größte Sklavenunternehmen der Geschichte.*“ (IMT, Bd. II, S. 164)

Für die ungeheuren Verbrechen der Massendeportation von Millionen Menschen wurde Reichsstatthalter Fritz Sauckel, Gauleiter und General der SS, „Generalbevollmächtigter für den Arbeitseinsatz“, als einer der Hauptkriegsverbrecher in Nürnberg vor Gericht gestellt und zum Tode verurteilt. Die Rüstungsindustriellen jedoch, die sich am Einsatz von Zwangsarbeitern maßlos bereicherten, wurden nicht zur Verantwortung gezogen.

In vielen Betrieben bestand die Mehrheit der Belegschaft aus Zwangsarbeitern. So betrug der Anteil der ausländischen Arbeiter, KZ-Häftlinge und Kriegsgefangenen in den Mitteldeutschen Stahlwerken (Flick-Konzern) 52 Prozent der gesamten Belegschaft. Bei der

AEG Hennigsdorf waren es sogar 61 Prozent. Das Krupp-„Familienunternehmen“ beutete in seinen Betrieben insgesamt 97952 ausländische Zivilarbeiter, Kriegsgefangene und KZ-Häftlinge aus. Unter Bruch des Artikels 13 der Genfer Konvention wurden viele Kriegsgefangene zur Sklavenarbeit in der Rüstungsindustrie eingesetzt.

In allen Großbetrieben glichen sich die mörderischen Ausbeutungsmethoden sowie die Lebensbedingungen der Deportierten und Kriegsgefangenen. In seiner eidesstattlichen Erklärung vor dem Nürnberger Tribunal schilderte Dr. W. Jäger die Lage der französischen Kriegsgefangenen in den Betrieben des Kriegsverbrechers Krupp:

„Das französische Kriegsgefangenenlager in der Nöggerathstraße war durch einen Luftangriff zerstört worden, und die Insassen wurden für fast ein halbes Jahr in Hundehütten, Pissoiren und alten Backöfen untergebracht. Die Hundehütten waren 1 m hoch, 3 m lang und 2 m breit. Fünf Mann schliefen in einer jeden Hütte. Die Gefangenen mußten auf allen Vieren in diese Hundehütten hineinkriechen. In diesem Lager gab es keine Tische, Stühle oder Schränke. Es waren auch nicht genügend Decken vorhanden. Im ganzen Lager gab es kein Wasser. Die ärztlichen Untersuchungen, die stattfanden, mußten im Freien vorgenommen werden.“ (IMT, Bd. III, S. 497)

Von den ausländischen Zwangsarbeitern gehörten die sowjetischen und polnischen Menschen zu den Ausländergruppen, die der größten Diskriminierung ausgesetzt waren. Sie wurden so wie alle jüdischen Menschen gezwungen, ein diskriminierendes Kennzeichen zu tragen. Die Auffassung der Rüstungsindustriellen, daß die slawischen Völker nur „minderwertige Rassen“ darstellen und diese Menschen noch weit mehr ausgebeutet werden können als die aus den westlichen europäischen Ländern verschleppten Zwangsarbeiter, spiegelt sich besonders in einer von den IG-Farben erlassenen Weisung wider:

„Russische Frauen können ohne weiteres an Männerarbeit gestellt werden, wie überhaupt irgendwelche Rücksichten auf Schutzbestimmungen der Arbeitszeit oder Gewerbeordnung unangebracht sind.“ (Archiv des VEB Filmfabrik Wolfen, Bestand: IG-Farben)

Nach der Niederlage der Hitlertruppen im Dezember 1941 vor Moskau wurde der Schrei der Konzernherren nach Arbeitskräften immer lauter. Die deutschen Imperialisten machten sich jetzt Gedanken, wie sie die Arbeitskraft der sowjetischen Menschen, insbesondere der Kriegsgefangenen, besser ausnutzen könnten.

In einem Aktenvermerk des Ministerialdirektors des Reichsarbeitsministeriums, Dr. Mansfeld, vom 20. Februar 1942 heißt es:

„Die gegenwärtigen Schwierigkeiten im Arbeitseinsatz wären nicht entstanden, wenn man sich rechtzeitig zu einem großzügigen Einsatz russischer Kriegsgefangener entschlossen hätte. Es standen 3,9 Millionen Russen zur Verfügung. Davon sind nur noch 1,1 Millionen übrig.“ (Beweisdokumente für die Spruchgerichte in der Britischen Zone, 15. Mai 1946, Dok. Nr. 84)

Über die Auswirkungen der grausamen Ausbeutung sowjetischer Menschen in den Krupp-Werken sagte Dr. W. Jäger in Nürnberg unter Eid aus:

„Der Versorgungsplan schrieb eine kleine Menge Fleisch pro Woche vor. Dafür durfte nur Freibankfleisch verwendet werden, welches entweder pferdetuberkulöses oder vom Tierarzt verworfenes Fleisch war... Flecktyphus war auch unter diesen Arbeitern verbreitet. Läuse,

die Träger dieser Krankheit, zusammen mit unzähligen Flöhen, Wanzen und anderem Ungeziefer plagten die Insassen dieser Lager. Als Ergebnis der schmutzigen Zustände in diesen Lagern hatten fast alle Ostarbeiter Hautkrankheiten. Die mangelnde Ernährung verursachte Fälle von Hunger-Ödem, Nephritis und Shighekruse.“ (IMT, Bd. III, S. 495)

Mit welchen bestialischen Methoden ausländische Zwangsarbeiter von Rüstungsindustriellen zu Tode geschunden wurden, kam auch in den von ihnen angewandten Strafsystemen zum Ausdruck. Das vom Graetz-Konzern während des zweiten Weltkrieges entwickelte und praktizierte betriebseigene Strafsystem ermöglichte dem Konzern die Ausplünderung der Zwangsarbeiter und Juden bis zur völligen physischen Erschöpfung. Folgende Strafen wendete dieser Konzern, dessen „Betriebsführer“ Erich Graetz von Hitler zum „Wehrwirtschaftsführer“ ernannt worden war und in dessen Aufsichtsrat die Deutsche Bank vertreten war, an:

„Ordnungsübung nach der Arbeitszeit, Zuteilung zum Strastrupp nach der Arbeitszeit, Entziehung der Mittagsverpflegung bis zu 3 Tagen, Dunkelhaft bei Wasser und Brot ohne Schlafgelegenheit, Verbot von ärztlicher Betreuung.“ (Archiv des VEB Werk für Signal- und Sicherungstechnik, Berlin-Treptow, Bestand: Graetz-Konzern)

Oftmals griffen die Rüstungsindustriellen zur Prügelstrafe, um die ausländischen Zwangsarbeiter einzuschüchtern. Außerdem waren diese Arbeiter der „... ständigen Aufsicht der Gestapo und der SS unterworfen, und wenn sie versuchten, ihre Arbeitsstellen zu verlassen, wurden sie in Erziehungs- oder Konzentrationslager überführt“. (IMT, Bd. I, S. 276)

Der Hescho-Konzern in Hermsdorf/Thür., dessen Belegschaft zu 53 Prozent aus ausländischen Zwangsarbeitern bestand, übergab ständig deutsche und ausländische Arbeiter der Gestapo, um die „Betriebsruhe“ zu wahren und jeden Willen zum Widerstand zu brechen. Die Rüstungsindustriellen fürchteten die Solidarität der deutschen mit den ausländischen Arbeitern. In Betriebsbekanntmachungen drohten sie deutschen Arbeitern mit Schwerststrafen und in vielen Fällen sogar mit der Todesstrafe. (Siehe [Tafel 7](#), Archiv des VEB Galvanik Leipzig, Bestand: Langbein Pfanhauser Werke AG und Archiv des VEB Keramische Werke Hermsdorf, Bestand: Hescho-Konzern)

Die Großindustriellen schreckten nicht davor zurück, auch Kinder nach Hitlerdeutschland zu deportieren, um sie der Rüstungsproduktion nutzbar zu machen. Weil das faschistische Regime für polnische und russische Kinder einen Kinderschutz ausschloß, wurde die Kinderarbeit zum lukrativsten Geschäft überhaupt. Viele Konzerne forderten Kinder an und führten sie unter Angabe ihrer Tätigkeitsbereiche in den Personalakten. So befanden sich z. B. beim Hescho-Konzern, der aufs engste mit der Deutschen Bank liiert war, Kinder im Alter von acht Jahren. Für sie wurde ein Stundenlohn von 11 Pfennig festgelegt. (Siehe [Tafel 8](#), Archiv des VEB Keramische Werke Hermsdorf, Bestand: Hescho-Konzern) Der Reingewinn des Hescho-Konzerns erhöhte sich auf diese Weise von 774 000 RM im Jahre 1938 auf 10,4 Millionen RM im Jahre 1942.

Viele Kinder, die mit ihren Müttern oder auch getrennt von ihren Eltern nach Deutschland deportiert waren, wurden Opfer der deutschen Konzernherren. Sie starben an den Folgen unmenschlicher Ausbeutung und Mißhandlung.

„SEGENSREICHE FREUNDSCHAFT“ MIT DER SS

Ein besonders enges Verhältnis hatten die deutschen Rüstungsindustriellen zur SS, die vom alliierten Militärgerichtshof in Nürnberg zur „verbrecherischen Organisation“ erklärt wurde. Der „Freundeskreis des Reichsführers SS“, der auf ihre Initiative geschaffen wurde, vereinte unter anderem Vertreter folgender Konzerne:

- Siemens-Schuckert-Werke AG,
- IG-Farben-Industrie AG,
- Mitteldeutsche Stahlwerke (Flick-Konzern),
- Wintershall AG,
- Vereinigte Stahlwerke AG,
- Portland-Zement AG,
- Braunkohle-Benzin AG, Berlin,
- Robert-Bosch-Konzern, Stuttgart,
- Rheinmetall Borsig,
- Ilseder Hütte,
- Deutsch-amerikanische Petroleum-Gesellschaft,
- Hamburg-Amerika-Linie,
- Norddeutscher Lloyd, Bremen,
- Deutsche Continental-Gas-Gesellschaft, Dessau,
- Deutsche Bank,
- Dresdner Bank,
- Commerz- und Privatbank AG, Berlin,
- Bankhaus Stein.

Die im „Freundeskreis“ zusammengeschlossenen Konzerne und Banken überwiesen „für besondere Aufgabengebiete“ jährlich über eine Million RM an die SS. Sie unterstützten diese Verbrecherorganisation beim Aufbau ihrer Vernichtungslager und bei der Ausrottung der politisch und rassistisch Verfolgten.

Über den „Freundeskreis“, der monatlich unter Leitung Himmlers zu „zwanglosen Unterhaltungen“ zusammentraf, sicherten sich die Bank- und Konzernherren die Kontrolle und den Einblick in die geheimsten Sphären der Hitlerdiktatur. Die Zusammenarbeit zwischen den Rüstungsmonopolen und der SS charakterisierte der frühere SS-General Karl Wolff in seiner eidesstattlichen Erklärung:

„Das Verhältnis zwischen Himmler und den Mitgliedern des Freundeskreises, solange ich an den Zusammenkünften des Freundeskreises teilgenommen, war so ein gutes, und Himmler nahm die Herren öfters auf Führung mit, um sie mit der Arbeit und den Problemen der SS vertraut zu machen und ihnen zu zeigen, wofür ihre Geldspenden verwendet werden. Ich glaube, es war 1937, als Himmler die Mitglieder des Freundeskreises zu einer Besichtigung seiner Porzellanfabrik Allach und des Konzentrationslagers in Dachau einlud.“ (NG, IG-Farben-Prozeß, Dokumentenbuch der Anklage, Nr. 91, S. 23 f.)

Die Konzernherren konnten nicht oft genug hervorheben, daß sich ihre „Freundschaft mit der SS sehr segensreich auswirkt“ (IG-Farben-Vorstandsmitglied Otto Ambros in einem Brief), und dabei lobend erwähnen, daß die Wünsche der Monopole von der SS voll befriedigt wurden.

Großbetriebe gingen dazu über, Gestapo-Gefängnisse zur eigenen Verwendung einzurichten. In einem Schreiben der AEG, Apparatewerke Treptow, vom 14. September 1944 heißt es unter anderem:

„Mit Einverständnis des Herrn Kommissar Refeldt haben wir zur Entlastung der Geheimen Staatspolizei im Lager Johannisthal zwei Zimmer eingerichtet, eins für Männer, eins für Frauen, die wir zu erzieherischen Zwecken unserer ausländischen Arbeitskräfte benötigen“ (Archiv des VEB Elektroapparate-Werke, Berlin Treptow, Bestand: AEG-Konzern)

Die großen Konzerne errichteten in den Jahren des Krieges sogar betriebseigene „Arbeitserziehungslager“, die den Konzentrationslagern ähnlich waren. Auf der Direktionssitzung des IG-Farben-Konzerns in Ludwigshafen am 5. Juni 1943 wurde zur Einrichtung betriebseigener „Arbeitserziehungslager“ mitgeteilt:

„Im Einvernehmen mit der Gestapo wurde im Laufe dieser Woche ein Arbeitserziehungslager, vorläufig für Gefolgschaftsmitglieder ausländischer Nationalitäten, in Betrieb genommen, von dem wir uns nach den Erfahrungen aus anderen Werken ein wirksames Abstellen von Verstößen gegen die Arbeitsordnung versprechen.“ (Archiv des VEB Filmfabrik Wolfen, Bestand: IG-Farben)

Den Rüstungsmonopolen genügte selbst der Terror der Gestapo gegenüber den Zwangsarbeitern nicht. So beschwerte sich das IG-Farben-Werk Auschwitz (!) über das zu „schlappe“ Auftreten der Gestapo und forderte schärferes Durchgreifen.

VERNICHTUNG DURCH ARBEIT

Eine Aktennotiz des IG-Farben-Konzerns über eine Besprechung der Gestapo mit Direktoren Berliner Konzernbetriebe am 9. Februar 1942 beweist, daß die Monopolherren schon einige Tage nach der berüchtigten Wannsee-Konferenz eingehend über die bevorstehenden Maßnahmen der Gestapo unterrichtet wurden. (Auf der Tagung am 20. Januar 1942 in Berlin-Wannsee beschlossen führende Faschisten - unter ihnen der 1962 in Jerusalem hingerichtete Massenmörder Eichmann und der in Nürnberg abgeurteilte Globke-Vorgesetzte, Staatssekretär Stuckart - die sogenannte Endlösung der Judenfrage, d. h. die Ermordung von 11 Millionen Juden.)

In Treblinka, Belzec und Auschwitz begann die systematische Ausrottung von Kindern, Frauen und Greisen. Die mächtigsten Monopole stiegen sofort in dieses verbrecherische Geschäft ein. Sie erdachten und praktizierten die Methode „Vernichtung durch Arbeit“. In unmittelbarer Nähe der Vernichtungslager errichteten sie riesige Werke. Hier wurden die Juden ohne Entlohnung, bei schlechtester Verpflegung und völlig unzureichenden sanitären Einrichtungen zur Arbeit getrieben.

Der KZ-Kommandant von Auschwitz, Rudolf Höß, nannte in seiner eidesstattlichen Erklärung (NG, IG-Farben-Prozeß, NI 034) unter anderem folgende Monopole, die in umfangreichem Maße KZ-Häftlinge auf das unmenschlichste ausbeuteten: IG-Farben, Siemens & Halske, Krupp, Daimler-Benz und Henschel.

Eine besonders schändliche Rolle bei der Ausplünderung der jüdischen Häftlinge spielten die IG-Farben. Für den Ausbau des KZ Auschwitz zum größten Massenvernichtungslager gaben sie der SS Geld und Baumaterialien. Die Konzernherren wollten massenhaft KZ-Häftlinge in Auschwitz unterbringen, um die durch Arbeit Vernichteten ständig ersetzen zu können.

In der Regel wurden die arbeitsfähigen Häftlinge von den IG-Farben in drei bis sechs Monaten zugrunde gerichtet. Anschließend wurden die Opfer, auf Veranlassung der

Monopolherren, als ungeeignete Arbeitskräfte zur Vernichtung in die Gaskammern der SS abgeschoben.

Die deutschen Monopole, und hier in besonderem Maße wieder die IG-Farben, verdienten aber auch an den Sterbenden: Sie wurden mit dem in den Laboratorien der IG-Farben entwickelten Giftgas „Zyklon B“ ermordet.

Den Monopolen der pharmazeutischen Industrie bot die „Endlösung“ noch weitere gewinnbringende Möglichkeiten. Um kostenintensive und langwierige pharmakologische Untersuchungen zu vermeiden, wurden mit wenig oder nicht erprobten Medikamenten Experimente an Häftlingen vorgenommen. Zu diesem Zweck versandten die IG-Farben massenweise „Medikamente“ an die KZ-Ärzte. Die Versuche führten zum qualvollen Tod vieler Häftlinge.

KRIEGSPROFITE-MILLIONENPROFITE

Das Aufrüstungsprogramm der Hitlerregierung und der imperialistische Raubkrieg brachten den großen Konzernen in den Jahren 1933 bis 1945 riesige Profite. So heißt es z. B. im Vorstandsbericht des Konzernbetriebes Elbtalwerk (EAG), Heidenau, und seiner Zweigwerke vom 30. Dezember 1943 (Tochtergesellschaft des Mansfeld-Konzerns):

„Zunächst die Umsätze, rückschauend auch auf die vorausgegangene Zeit seit Beginn des Krieges:

<i>Gesamtumsatz 1939</i>	<i>5246000 RM</i>	<i>Gesamtbelegschaft</i>	<i>648</i>
<i>Gesamtumsatz 1940</i>	<i>6463000 RM</i>	<i>Gesamtbelegschaft</i>	<i>747</i>
<i>Gesamtumsatz 1941</i>	<i>8382000 RM</i>	<i>Gesamtbelegschaft</i>	<i>1000</i>
<i>Gesamtumsatz 1942</i>	<i>13414000 RM</i>	<i>Gesamtbelegschaft</i>	<i>1434</i>
<i>Gesamtumsatz 1943</i>	<i>27000000 RM</i>	<i>Gesamtbelegschaft</i>	<i>2581</i>

Bei einem Durchschnittsumsatz von 3 Millionen pro Monat, den wir unbedingt zu halten hoffen, werden wir bei dem gegenwärtigen Auftragsbestand etwa 2 bis 2½ Jahr voll zu tun haben“ (Archiv des VEB Elbtalwerk, Heidenau, Bestand: Elektrizitäts-AG)

Die IG-Farben wiesen von 1932 bis 1943 folgende Gewinnentwicklung in Millionen RM aus:

1932	1937	1939	1943
48	231	363	822

(Nach Berechnungen des Komitees zum Studium der gesellschaftlichen Verhältnisse und ihrer Veränderungen in Westdeutschland.)

Jahresumsatz der IG-Farben in Millionen RM:

1933	1938	1939	1943
------	------	------	------

894,3 1645,4 1988,0 3115,6

Das Aktienkapital der IG-Farben wurde von 720 Millionen RM im Jahre 1938 auf 1400 Millionen RM bis zum Jahre 1942 erhöht. Die in Bilanzen ausgewiesenen Reserven stiegen von 292,3 Millionen auf 440,2 Millionen RM.

Der Siemens-Konzern hielt, ebenso wie die meisten anderen Großunternehmen, in den Kriegsjahren seine Umsätze geheim; allein von 1933 bis 1938 stiegen sie durch seine Beteiligung an der Aufrüstung von 329 Millionen auf 964 Millionen RM. Die ausgewiesenen Reserven erhöhten sich von 204,7 Millionen RM Ende 1938 auf 280,3 Millionen RM Ende 1942. Das Aktienkapital vergrößerte sich in dieser Zeit sogar von 227,1 Millionen auf 640 Millionen RM.

Die Aufrüstung Hitlerdeutschlands sicherte auch dem Krupp-Konzern riesige Profite. Nach den Angaben des USA-Hauptanklägers im Nürnberger Hauptkriegsverbrecherprozeß, Jackson, stiegen in den Jahren 1935 bis 1941 die offiziell ausgewiesenen, in Wirklichkeit aber wesentlich höheren Gewinne nach Abzug der Steuern, Geschenke und Reserven auf fast das Doppelte an, und zwar von 57 Millionen auf 111 Millionen RM.

Beim Mannesmann-Konzern wuchsen die Umsätze von 88,7 Millionen RM im Jahre 1933 auf 466 Millionen RM im Jahre 1943. Die aus den veröffentlichten Bilanzen nach Vornahme aller Sonderabschreibungen zu errechnenden Reingewinne erhöhten sich in den gleichen Jahren von 11,3 Millionen auf 83,6 Millionen RM.

Die Bilanzsumme des AEG-Konzerns stieg in den Jahren des Krieges von 598 Millionen auf 1,2 Milliarden RM.

Ähnlich sah es auch bei den anderen Konzernen aus.

DAS URTEIL DER VÖLKER

Das Unheil, das vom Hitlerregime der Rüstungsmonopole und Großbanken über Deutschland und die anderen Länder gebracht wurde, ist unermeßlich. Es war ein Glück für die Menschheit, ein Glück besonders für das deutsche Volk, daß die Armeen der Antihitlerkoalition - vor allem die Truppen der Sowjetarmee - Deutschland von der faschistischen Schreckensherrschaft befreiten. Einmütig forderten die Völker, alle Schuldigen an den Verbrechen gegen den Frieden und gegen die Menschlichkeit gerecht zu bestrafen.

Diese entschlossene Forderung zwang auch die westlichen Alliierten, die Anklage auf einen Teil der Rüstungsgewaltigen auszudehnen. Auf sie traf das Urteil des Internationalen Militärgerichtshofes in erster Linie zu:

„Die Diktatur, hinter der sich diese Menschen zu verschanzen suchten, war ihre eigene Schöpfung. Von dem Wunsche getrieben, sich selbst eine Machtstellung zu schaffen, haben sie das System aufgebaut, von dem sie ihre Befehle empfangen. Der Fortbestand dieses Systems hängt von ihrer dauernden Unterstützung ab.“ (IMT, Bd. XIX, S. 515)

Auch das Potsdamer Abkommen enthielt die Forderung, die Machtkonzentration des deutschen Monopolkapitals zu beseitigen. Es wurde festgelegt:

„In praktisch kürzester Frist ist das deutsche Wirtschaftsleben zu dezentralisieren mit dem Ziel der Vernichtung der bestehenden Konzentration der Wirtschaft, dargestellt insbesondere durch Kartelle, Syndikate, Truste und Monopolvereinigungen.“ (Das Potsdamer Abkommen und andere Dokumente, Kongress-Verlag, Berlin 1950, S. 18)

Das Urteil der Völker war eindeutig und klar:

Die Monopolgewaltigen, die die Politik des Hitlerregimes maßgeblich bestimmten und hauptverantwortlich für die Kriegs- und Naziverbrechen sind, müssen entmachtet und bestraft werden. Das ist die wichtigste Voraussetzung für die Entwicklung Deutschlands zu einem einheitlichen, friedlichen und demokratischen Staat, die wichtigste Voraussetzung dafür, daß von deutschem Boden nie wieder ein Krieg ausgeht.

Sie bestimmen im Bonner Staat

Über 20 Jahre sind seitdem vergangen. Was geschah mit den Auftraggebern und Nutznießern des Hitlerregimes? Wurden sie entmachtet und bestraft? Und wurde in ganz Deutschland, im Herzen Europas, mit dem Streben nach Eroberung anderer Länder, nach Herrschaft über andere Völker, mit Völkerhaß und Aggression für alle Zeiten Schluß gemacht?

„Wir haben in der Deutschen Demokratischen Republik, also dort, wo die Werktätigen das Heft in der Hand haben, die Grundsätze der Anti-Hitler-Koalition für die Gestaltung der deutschen Nachkriegsverhältnisse konsequent entwickelt. Wir haben in jeder Beziehung die Lehren des zweiten Weltkrieges beherzigt. Der preußisch-deutsche Militarismus, Geißel der Deutschen und Geißel anderer Völker, wurde mit der Wurzel gerodet. Jedem Drang nach Eroberungen, jedem Streben nach Raub und Beute, nach dem Territorium anderer Völker wurde der Boden entzogen.“

Bei uns gilt der Revanchismus als Verbrechen, das gerichtlich geahndet wird. Kriegs- und Naziverbrecher wurden entmachtet und bestraft. Bei uns gibt es keine Fabrik, kein Werk, kein Büro, kein Stück Boden, die den Interessen von Kriegs- und Rüstungsgewinnlern dienen. Wer bei uns gegen andere Völker hetzt, wer zum Krieg auffordert, wird als Feind des Volkes angesehen.

Die Grundforderungen der deutschen Arbeiterbewegung, die menschlichsten Ideen aller großen deutschen Humanisten: Frieden, sozialer und kultureller Fortschritt, internationale Zusammenarbeit und Völkerverständigung sind die Grundlage der Staatsdoktrin der Deutschen Demokratischen Republik.“ (Aus dem von der Volkskammer der DDR am 5. Mai 1965 einmütig gebilligten „Manifest an das deutsche Volk und an die Völker und Regierungen der Welt“, Neues Deutschland, Berlin, 6. Mai 1965)

94 MÄNNER BEHERRSCHEN DIE WIRTSCHAFT

In Westdeutschland wurde das Urteil der Völker, die Monopolgewaltigen zu entmachten, nicht vollstreckt. Die Festlegungen des Potsdamer Abkommens wurden unter der

Schutzherrschaft vor allem der amerikanischen Besatzungsmacht gebrochen. Die Monopolgesellschaften - die Konzerne, Kartelle, Trusts - blieben erhalten.

Nach der separaten Währungsreform in Westdeutschland 1948 waren die meisten Konzerne in der Lage, die durch die Kriegsgewinne enorm erhöhten Reichsmark-Aktien zu günstigen Bedingungen in neue DM-Aktien umzutauschen. So erhielten, um nur ein Beispiel zu nennen, die Aktionäre der Vereinigten Stahlwerke, insbesondere die Familie Thyssen, für eine alte Aktie im Nominalwert von 1000 RM neue Aktien im Nominalwert von mehr als 3000 DM. Wenn man noch die Reserven mit einrechnet, erhöhte sich das Gesamtkapital dieses Konzerns von 731,5 Millionen RM im Jahre 1938 auf nun 3655,3 Millionen DM; bei der „Ausgründung“ seiner 18 Nachfolgeunternehmen im Bonner Staat ist es durch seine Kriegsgewinne nahezu verfünffacht worden.

Die IG-Farben konnten ebenfalls ihre Kriegsgewinne voll und ganz realisieren. Die Badische Anilin- und Sodafabrik AG, Ludwigshafen (BASF), - eine der drei Nachfolgegesellschaften der IG-Farben - zahlte für das Wirtschaftsjahr 1963 eine Dividende von 18 Prozent und wies in der Bilanz einen Gewinn von 144 Millionen DM aus.

Die Farbwerke Hoechst AG zahlten 139 Millionen und die Farbenfabriken Bayer AG 150 Millionen DM an ihre Aktionäre.

Die aus den Bilanzen zu errechnende Mindestsumme der wirklichen Reingewinne betrug nach den Angaben des Deutschen Wirtschaftsinstituts allein bei den drei großen Stammgesellschaften der IG-Farben im Jahre 1963 1782 Millionen DM. Somit stecken die gleichen Konzernherren, die unter Hitler Milliarden Profite zusammenrafften, auch heute Milliarden in die Taschen.

Der Einfluß und die Macht dieser Konzernherren haben einen Grad erreicht, den die westdeutsche regierungstreue bürgerliche Wochenzeitung „Christ und Welt“ als „Die totale Macht der hundert Männer“ charakterisiert, die voll des sozialen Sprengstoffs ist:

„Zusammengerechnet sind es 94 Männer, die in der kombinierten Funktion als Vorstände und Aufsichtsräte den Kern der westdeutschen Wirtschaft beherrschen. Sie sind als Kollektiv nur sich selbst verantwortlich.“ (Christ und Welt, Stuttgart, 4. September 1964)

Fragt man, wer diese Männer sind und wie sie heißen, so erhält man eine erschreckende Antwort: Es sind zum überwiegenden Teil die gleichen Personen wie vor 1945, ja, es sind jene Kriegsverbrecher, die nach dem Urteil der Völker entmachtet und bestraft werden sollten.

Nur einige der Rüstungsindustriellen wurden vom amerikanischen Militärgericht zu geringen Strafen verurteilt, die sie dank der Fürsprache der Bonner Regierung nicht einmal abzusetzen brauchten. Heute gehören die Hauptverantwortlichen für die Kriegs- und Naziverbrechen, die IG-Farben-Direktoren, Flick, Krupp und andere Rüstungsindustrielle, zu den mächtigsten Männern Westdeutschlands. Über die von ihnen dirigierten Unternehmerverbände bestimmen sie maßgeblich die revanchistische und aggressive Innen- und Außenpolitik des Bonner Staates. Ohne ihre Zustimmung erfolgt keine wesentliche Entscheidung der westdeutschen Regierung.

Im Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI), der Nachfolge-Organisation des faschistischen „Reichsverbandes der Deutschen Industrie“, sind 38 Spitzenverbände vereinigt.

Zu ihnen gehören rund 400 Fachverbände. Präsident des BDI ist Fritz Berg, ein mittlerer Unternehmer Westfalens, der 1949 seinen Namen hergeben mußte, um die damals bereits perfekte Restaurierung der Herrschaft der Rüstungsmonopole zu verschleiern. Zu den Vizepräsidenten zählen Wilhelm Alexander Menne, Vorstandsmitglied der Farbwerke Hoechst AG (IG-Farben), Otto A. Friedrich, Geschäftsführer der Friedrich-Flick KG, Düsseldorf, und Aufsichtsrat der Benzin-Petroleum GmbH, sowie Hans-Günther Sohl, Vorstandsvorsitzender der August-Thyssen-Hütte AG und Aufsichtsrat der Deutschen Bank.

Die Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände (BDA) vereinigt 55 „sozialpolitische“ Fachspitzen- und Landesverbände. Ihnen gehören mehr als 850 Arbeitgeberverbände der Industrie, des Handels, der Banken und Versicherungen, des Verkehrs und anderer Branchen an.

Von 1953 bis 1964 fungierte hier Hitlers Wehrwirtschaftsführer H. C. Paulssen als Präsident - ein ehemaliger Prominenter der faschistischen Rüstungsindustrie, Vertreter der Deutschen Bank und Generaldirektor der Aluminiumindustrie Singen AG. Sein Nachfolger wurde der IG-Farben-Beauftragte, Atomminister a. D. und Strauß-Intimus Siegfried Balke. Allein von den 22 Präsidiumsmitgliedern des Verbandes vertreten 14 die nach dem zweiten Weltkrieg als Kriegsverbrecher-Konzerne bezeichneten Rüstungsmonopole.

Die Ziele der Verbände sind dementsprechend die gleichen wie die vor 50 Jahren. Die Rüstungswirtschaft, mit anderen Worten die Kriegsvorbereitung, wurde von ihnen bereits 1955 offiziell organisiert. Im BDI-Geschäftsbericht 1955/56, Seite 178, heißt es:

„In der Überzeugung, daß es erforderlich und zweckmäßig ist, den Träger des Rüstungspotentials so früh wie möglich in alle verteidigungswirtschaftlichen Angelegenheiten einzuschalten und den Sachverstand der Industrie nicht ungenutzt zu lassen, hat er seine verteidigungswirtschaftlichen Organe den maßgeblichen Stellen zur Verfügung gestellt und diesen damit wertvolle Unterlagen für ihre Entscheidungen geliefert.“

WIEDER IM RÜSTUNGSGESCHÄFT

Die Untersuchungen des Deutschen Wirtschaftsinstituts Berlin (DWI-Berichte Nr. 9/1963 und Nr. 2/1964) ergaben, daß Ende 1964 bereits 109 westdeutsche Unternehmen an der unmittelbaren Rüstungsproduktion beteiligt waren. Zu diesen Unternehmen gehört der mit der IG-Farben-Gruppe liierte Rheinstahl-Konzern, der heute am stärksten in der Rüstung engagierte Stahlkonzern Westdeutschlands.

Die Produktion von chemischen Kampfstoffen, Sprengstoffen und Spezialtreibstoffen (Düsen- und Raketentreibstoffen) ist die Domäne der Nachfolger des IG-Farben-Kriegsverbrecher-Konzerns (BASF, Bayer und Höchst), des Flick-Konzerns (Dynamit Nobel AG) und des Krupp-Konzerns (Wasag-Chemie AG und Nitrochemie GmbH).

In der Forschung und Produktion auf dem Gebiet der chemischen Kampfstoffe arbeitet die IG-Farben-Nachfolgegesellschaft Farbenfabriken Bayer AG, Leverkusen, eng mit amerikanischen Firmen und militärischen Stellen zusammen. Nach den internationalen Abmachungen, insbesondere der Genfer Konvention über Kampfstoffe, ist es Westdeutschland untersagt, chemische Kampfstoffe zu produzieren. Die Bayer AG entzieht sich den Verpflichtungen des Völkerrechts, indem sie den Hauptteil ihrer Arbeiten auf diesem Gebiet direkt in den USA durchführt, da die USA die Genfer Konvention über Kampfgase nicht ratifiziert haben. Zu diesem Zweck gründete die Bayer AG 1951 eine amerikanische

Tochtergesellschaft, die Chemagro Corporation in Kansas City im Staate Missouri. Diese Gesellschaft verfügt über die umfangreichen, in zwei Weltkriegen gewonnenen Erfahrungen ihres Stammhauses und liefert gegenwärtig Kampfgase an die US-Armee.

Die Chemagro Corporation, bei der neben den amerikanischen auch westdeutsche Spezialisten tätig sind, arbeitet eng mit dem US Army Chemical Corps zusammen und beeinflusst die chemische Strategie der amerikanischen Armee unmittelbar. Auf diesem Weg leistet die westdeutsche Bayer AG einen direkten Beitrag zum chemischen Krieg der USA gegen das vietnamesische Volk. Außer den finanziellen Vorteilen, die die Bayer AG aus dem Verkauf von Patenten und Lizenzen an die USA erzielt, bringt ihr die praktische Anwendung der Kampfgase Nutzen für die Erprobung ihrer theoretischen Entdeckungen.

Unter der Leitung der Spezialisten Dr. Schrader und Dr. Wirth führt die Bayer AG auch in Westdeutschland Forschungen, Versuche und Entwicklungen chemischer Waffen unter dem Aushängeschild des Pflanzenschutzes und der Insektenbekämpfung durch. In den Labors der Bayer AG in Wuppertal-Elberfeld und des Biologischen Instituts in Leverkusen werden zur Zeit unter strenger Geheimhaltung Phosphorverbindungen erprobt, die eine hohe Giftwirkung auf das Nervensystem warmblütiger Wesen ausüben. Gegenwärtig sind die Fabriken für Insekten- und Unkrautbekämpfungsmittel der Bayer AG bereits in der Lage, chemische Kampfstoffe herzustellen, die - an ihrer Wirkung gemessen - das berühmte Zyklon B vielfach übertreffen. Die Umstellung auf die Giftgasproduktion erfordert im Höchstfall einen Tag. (Siehe auch France Nouvelle, Paris, 30. Juni 1965)

Zum Bereich des Flick-Konzerns gehörten nach dem Stand vom 31. Dezember 1962 15 Aktiengesellschaften, 89 Gesellschaften mit beschränkter Haftung und sechs Gesellschaften anderer Rechtsformen, die zusammen ein Kapital von 993,3 Millionen DM repräsentieren und etwa 7500 Millionen DM Jahresumsatz erzielen.

Neun der bedeutendsten Unternehmen des Flick-Konzerns widmen sich fast ausschließlich der Rüstungsproduktion. Dieser Konzern liefert unter anderem Kraftfahrzeuge, Dieselmotore und Panzermotore, Panzer, Infanteriewaffen, Munition, Sprengstoffe und Raketentreibsätze an die Bundeswehr.

Der Flick-Konzern besitzt staatliche Konzessionen für die wichtigsten Uranerzvorkommen in Westdeutschland, deren Abbau für Kriegszwecke immer mehr beschleunigt wird. Diese Vorkommen gelten unter anderem als Rohstoffbasis für die geplante eigene Atomrüstung des westdeutschen Staates.

Mit der Gründung der KRT Kernreaktorteile GmbH, Großwelzheim, durch den AEG-Rüstungskonzern in Frankfurt a. M. und der General Electric, einem der größten USA-Atomrüstungsunternehmen, im Juni 1965 wurde die rüstungswirtschaftliche Zusammenarbeit zwischen den USA und dem Bonner Staat außerordentlich vertieft. Der AEG-Kriegsverbrecherkonzern, der bereits auf dem Gebiet der Plutonium-Gewinnung - dem Grundstoff zur Herstellung atomarer Waffen - mit der General Electric zusammenarbeitet, ist mit 55 Prozent an der neuen Gesellschaft beteiligt.

Nach dem Stand vom 31. Dezember 1962 gehören zum Krupp-Konzern 24 Aktiengesellschaften, 72 Gesellschaften mit beschränkter Haftung und sieben Gesellschaften anderer Rechtsformen, die ein Kapital von 632,8 Millionen DM repräsentieren. Ihr Jahresumsatz beläuft sich auf etwa 5900 Millionen DM.

Vier bedeutende Unternehmen des Konzerns sind direkt in der Rüstungsproduktion engagiert. Der Konzern liefert unter anderem Spiegelantennen für das NATO-Radarsystem, Raketentreibstoffe und Sprengkörper und ist an den Flugzeugbauprogrammen für Starfighter und Transall-C-160 beteiligt.

HAUPTGEHEIMNIS DES REVANCHISMUS

Die westdeutschen Monopole geben sich mit den Kriegsgewinnen und den heutigen Rüstungsprofiten nicht zufrieden. Seit Jahren führen sie in den Geschäftsberichten ihre „Ostwerte“ auf. In den Jahresberichten sprechen die Vorstände der heutigen westdeutschen IG-Nachfolgegesellschaften davon, „daß die Liquidierung erst mit der Wiedervereinigung abgeschlossen werden kann“.

Die westdeutschen Konzerne streben danach, etwa tausend Betriebe in der DDR, der Volksrepublik Polen, der CSSR und im Bereich der Sowjetunion zurückzugewinnen. Die Rüstungsgewaltigen sind die Hintermänner der Revanchistenverbände, deren Führer ihre Handlanger. Sie sind auch die Geldgeber der revanchistischen Einrichtungen und bestimmen maßgeblich die Politik des Kuratoriums „Unenteilbares Deutschland“ sowie der eigens im Dienste des Revanchismus stehenden Ministerien und anderer Revancheorganisationen.

Der Revanchistenführer und Bundesminister Seehofer z. B. ist ein alter Vertrauter der IG-Farben. Seine Familie leitete die Einverleibung der chemischen Industrie der ČSR in den IG-Farben-Konzern.

Siegfried Balke, IG-Farben-Repräsentant, ist als Präsident der Bundesvereinigung der Arbeitgeber-Verbände Mitglied des Kuratoriums „Unenteilbares Deutschland“ und vertritt hier die Interessen der IG-Farben und der anderen Rüstungskonzerne, deren Ziel ein atomarer Revanchekrieg gegen die DDR und das sozialistische Lager ist.

Im IG-Farben-Prozeß vor dem amerikanischen Gerichtshof in Nürnberg lautete die Anklage gegen die leitenden Angestellten der IG-Farben-Industrie auf: Planung, Vorbereitung, Beginn und Führung von Angriffskriegen und Einfällen in andere Länder; Plünderung und Raub; Versklavung und Massenmord; Mitgliedschaft in der SS; gemeinsamer Plan und Verschwörung. Die Verbrechen sind noch ungesühnt, die Hauptverantwortlichen der IG-Farben aber sind heute in den einflußreichsten Positionen der westdeutschen chemischen Industrie zu finden.

Ambros, Otto

FREUND UND FÖRDERER DER SS

heute:

Einflußreiches Mitglied zahlreicher Aufsichtsorgane großer Chemie- und anderer Konzerne, z. B. der Scholven-Chemie AG, Gelsenkirchen Buer, der Feldmühle Papier- und Zellstoffwerke AG, Düsseldorf, der Vereinigten Industrie Unternehmen AG (Viag), Bonn/Rhein.

Prof. Otto Ambros war Mitglied des Vorstandes des Technischen und des Chemikalien-Ausschusses der IG-Farben-Industrie AG. Er gehörte zu den prominenten Wehrwirtschaftsführern des faschistischen Staates. Neben seinen Leitungsfunktionen in der IG fungierte er als Sonderbeauftragter für Forschung und Entwicklung beim „Beauftragten für

den Vierjahresplan“, Göring, als Leiter des Sonderausschusses „Chemische Kampfmittel“ und des Hauptausschusses „Pulver und Sprengstoffe“ beim Rüstungsamt.

Als Buna-Spezialist war Ambros hauptverantwortlich für den Bau des 4. Buna-Werkes der IG-Farben in Auschwitz. Von ihm wurde das Gelände ausgewählt, das er für die barbarische Ausbeutung von KZ-Häftlingen und ausländischen Zwangsarbeitern am zweckmäßigsten fand. Anlässlich der Gründungssitzung des Werkes Auschwitz besiegelte Ambros die enge Zusammenarbeit mit der Leitung des Konzentrationslagers. In einem Brief nannte er die „neue Freundschaft mit der SS“, die mindestens 370000 Opfer allein im Buna-Werk Auschwitz und in den dazugehörigen IG-Nebenbetrieben forderte, „sehr segensreich“.

Ambros traf mehrmals mit dem KZ-Kommandanten Höß zusammen, koordinierte die Zusammenarbeit mit der SS und besichtigte das Konzentrationslager Auschwitz. Er ließ dem Konzentrationslager umfangreiche finanzielle Mittel, Baumaterialien usw. zufließen, die dessen Ausbau zum größten Massenvernichtungslager ermöglichten.

Als Hauptbetriebsführer und Mitglied des Technischen Ausschusses bestätigte Ambros die Kreditanforderungen für den Bau eines IG-eigenen Konzentrationslagers in Monowitz sowie für die Errichtung von Gefängnis- und Gestapo-Gebäuden auf dem Gelände des Auschwitzer Buna-Werkes. Ihm ging der gesamte Schriftwechsel des Werkes Auschwitz zu. Ambros hatte Kenntnis von den unmenschlichen Arbeits- und Lebensbedingungen der Häftlinge, für die die IG-Farben verantwortlich waren. Er wußte vom Einsatz der Häftlinge auch in den IG-Nebenbetrieben um Auschwitz und vom Handel mit der Habe vergaster Juden im Buna-Werk. Er reiste zu Himmler und vereinbarte mit ihm, den Einsatz von Häftlingen noch weiter auszudehnen. Ambros selbst gestand in Nürnberg unter Eid (NG, IG-Farben-Prozeß, NI 9542), bereits im Frühjahr 1942 von Häftlingsverbrennungen Kenntnis gehabt zu haben.

Auch bei der Ausplünderung fremder Völker hatte Ambros seine Hände im Spiel. Als Mitglied des Vorstandes und des Technischen Ausschusses war er mitverantwortlich für die Einverleibung der polnischen, tschechischen und französischen chemischen Industrie in den Herrschaftsbereich der IG-Farben.

Für diese „Verdienste“ wurde er von den Faschisten mit dem „Ritterkreuz zum Kriegsverdienstkreuz“ dekoriert.

Ambros, der vom amerikanischen Militärgericht in Nürnberg als Kriegsverbrecher verurteilt worden war, wurde auf Intervention der Bonner Regierung sehr bald wieder freigelassen, weil er als Rüstungsexperte zur Militarisierung Westdeutschlands unbedingt gebraucht wurde.

Bütefisch, Heinrich

RANGGLEICH MIT DEM AUSCHWITZ-KOMMANDANTEN

heute:

Als Aufsichtsratsmitglied der bundeseigenen Ruhrchemie AG und anderer chemischer Großunternehmen ein bedeutender Wirtschaftsexperte des Bonner Staates. In der „Woche der Brüderlichkeit“ im März 1964, die der Bonner Staat alljährlich veranstaltet, um angeblich insbesondere der jüdischen Opfer der Nazi-Barbarei zu gedenken, wurde Bütefisch durch den westdeutschen Bundespräsidenten Lübke das Große Verdienstkreuz des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland verliehen. Erst nachdem Prof. Jürgen Kuczynski aus der DDR am 19. März 1964 als Gutachter im Frankfurter Auschwitz-Prozeß die maßgebliche

Mitschuld Bütefischs an der Ermordung vieler Tausend jüdischer Menschen nachwies, und auf Grund der Massenproteste im In- und Ausland wurde die Verleihung am 25. März 1964 rückgängig gemacht.

Dr.-Ing. Heinrich Bütefisch gehörte zu den einflußreichsten IG-Farben-Vertretern im faschistischen Staat. Er war Mitglied des Vorstandes und des Technischen Ausschusses, Stellvertreter des Leiters der Sparte I der IG-Farben (Chemikalien, Spreng- und Kunststoffe). Bütefisch vertrat den IG-Farben-Konzern in den Aufsichtsräten und Vorständen zahlreicher in- und ausländischer Unternehmen auf dem Gebiet der chemischen Bergwerksindustrie.

Im faschistischen Staatsapparat fungierte er als Mitarbeiter des Generalbevollmächtigten für die chemische Erzeugung und als Produktionsbeauftragter für Öl des faschistischen Rüstungsministeriums.

Als SS-Obersturmbannführer, ranggleich mit dem KZ-Kommandanten von Auschwitz, Höß, vertrat Bütefisch den IG-Farben-Konzern im „Freundeskreis des Reichsführers SS“. In dieser Eigenschaft führte er, der gleichzeitig hauptverantwortlich für den Syntheseteil des IG-Farben-Werkes Auschwitz war, die grundlegenden Verhandlungen mit dem SS-Obergruppenführer Wolff über die Bedingungen des Häftlingseinsatzes in Auschwitz. So legten sie beispielsweise den Preis für den gelernten Häftling auf vier RM und für den ungelerten auf drei RM fest. (Siehe Tafel 9)

Als Verantwortlicher für den Syntheseteil des IG-Werkes besuchte Bütefisch Auschwitz mehrmals. Er erhielt Kenntnis von allen das Auschwitzer Werk betreffenden Angelegenheiten. In seiner Erklärung unter Eid (NG, IG-Farben-Prozeß, NI 4182) bestätigte er, daß die Programme über die Errichtung des IG-eigenen KZ Monowitz von ihm bestätigt und weitergereicht wurden. Er war ebenfalls über die umfangreiche finanzielle und materielle Unterstützung des KZ Auschwitz durch die IG informiert.

Hitler ernannte ihn 1939 zum Wehrwirtschaftsführer und verlieh ihm später das „Ritterkreuz zum Kriegsverdienstkreuz“.

Im Nürnberger Kriegsverbrecherprozeß des amerikanischen Militärtribunals gegen die IG-Farben erhielt er lediglich eine sechsjährige Gefängnisstrafe, die auch er auf Fürsprache der Bonner Regierung nur zum Teil zu verbüßen brauchte, um als Rüstungsfachmann in der bundeseigenen Ruhrchemie AG zur Verfügung zu stehen.

Sohl, Hans-Günther

ORGANISATOR DER FASCHISTISCHEN KRIEGSWIRTSCHAFT

heute:

Vorsitzender des Vorstandes der August-Thyssen-Hütte AG, Duisburg-Hamborn, Vorsitzender der Wirtschaftsvereinigung Eisen- und Stahlindustrie, Vizepräsident des Bundesverbandes der Deutschen Industrie, Aufsichtsratsfunktionen in zahlreichen westdeutschen Konzerngesellschaften.

Hans-Günther Sohl begann seine Laufbahn als Rüstungsexperte beim Krupp-Konzern. Als Abteilungsdirektor der Friedrich Krupp AG sowie als Vorstandsmitglied der Vereinigten Stahlwerke AG, Düsseldorf, und als Aufsichtsratsmitglied weiterer Großunternehmen half er tatkräftig mit, das Rüstungsprogramm der Hitlerregierung zu verwirklichen. Nach der

Entfesselung des faschistischen Aggressionskrieges zum Wehrwirtschaftsführer ernannt, wurde ihm im Jahre 1942 die Geschäftsführung der Reichsvereinigung Eisen (RVE) übertragen. In dieser Eigenschaft nahm er mit den Wehrwirtschaftsführern Friedrich Flick, Alfried Krupp, Paul Pleiger, Ernst Poensgen, Walter Rohland, Hermann Röchling und Wilhelm Zangen an Beratungen der Zentralen Planung im Reichsministerium für Rüstung und Kriegsproduktion (Speer-Ministerium) über den rücksichtslosen Einsatz von Menschen und Material aus Deutschland und allen von der Hitlerclique eroberten Gebieten teil.

Die Geschäftsführung der Reichsvereinigung Eisen unter Sohl und Beck hatte nicht nur einen bestimmenden Einfluß bei der zwangsweisen Heranschaffung ausländischer Arbeitskräfte für die deutsche Rüstungsindustrie, sondern sie unterstützte die Gestapo und SS auch bei der Aussonderung von „politisch Verdächtigen“ unter den sowjetischen Kriegsgefangenen, deren weiteres Schicksal damit besiegelt war. So heißt es in einem Rundschreiben der Geschäftsführung der Reichsvereinigung Eisen vom 16. September 1943 an die Außenstellen, daß alle angeschlossenen Betriebe „russische Kriegsgefangene mit Goldplomben im Gebiß“ den „zuständigen Abwehrstellen“ (Gestapo) zu melden haben.

Ein besonderes Geschäftsinteresse und eine rege Tätigkeit entwickelte Hitlers Wehrwirtschaftsführer Hans-Günther Sohl auch bei der Ausplünderung der von der Nazi-Wehrmacht besetzten jugoslawischen Gebiete. Als bewährter Organisator der wirtschaftlichen Kriegführung erlangte er schließlich einen solchen Einfluß, daß er zu den engsten Vertrauten von Göring, Sauckel und Speer zählte und zu ihren geheimen Beratungen hinzugezogen wurde. So gab Sohl z. B. in einer Besprechung, die am 17. März 1937 bei Göring stattfand, Anregungen, wie in den nächsten Jahren die Erzgruben Schwedens in die Kriegsrüstungspolitik Hitler-Deutschlands einbezogen werden könnten. Gemeinsam mit diesen Spitzen der Nazi-Führung entschied Sohl über Fragen des „totalen Krieges“, über Leben und Tod von Millionen Menschen, die dem faschistischen Aggressionskrieg zum Opfer fielen.

Abs, Hermann

SOWJETISCHE KINDER ZU TODE GESCHUNDEN

heute:

Generaldirektor, Vorsitzender des Aufsichtsrates der Deutschen Bank, des IG-Farben-Nachfolgekonzerns Badische Anilin- und Sodafabrik AG und des Krupp-Konzerns, Vizepräsident des Verwaltungsrates der Deutschen Bundesbahn, stellvertretender Verwaltungsratsvorsitzender der Kreditanstalt für den Wiederaufbau, Vorsitzender und Mitglied in über 40 Vorständen und Aufsichtsräten, exponierter Vertreter in unzähligen Unternehmerverbänden und sonstigen Organisationen in Westdeutschland. Gilt als „Bonns ungekrönter Finanzminister“.

In den Betrieben, in denen Dr. h. c. Hermann Abs vor 1945 im Aufsichtsrat saß - Abs war damals Direktor der Deutschen Bank -, wurden die ausländischen Zwangsarbeiter besonders rücksichtslos ausgebeutet. Welches Ausmaß die Menschenschinderei in diesen Betrieben erreichte, zeigt z. B. die Behandlung von sowjetischen und polnischen Kindern, die dort durch Zwangsarbeit zu Tode gequält wurden. So protestierte selbst der Lagerarzt Dr. Römer von der Vereinigten Glanzstoff-Fabrik AG., Wuppertal-Elberfeld, Werk Elsterberg, entschieden gegen die Weiterbeschäftigung eines zehnjährigen unterernährten Mädchens, weil sein weiterer Einsatz, wie er schrieb, Kindesmord bedeuten würde. Hermann Abs, den Vorsitzenden des

Aufsichtsrates dieses Betriebes, interessierte nicht, wieviel Kinder zugrunde gingen. Hauptsache, der Profit konnte durch Kinderarbeit gesteigert werden.

„Abs war der spiritus rector der niederträchtigen Deutschen Bank, die eine ungewöhnliche Konzentration wirtschaftlicher Macht mit aktiver Teilhaberschaft an der verbrecherischen Politik des Naziregimes verband. Die Deutsche Bank des Hermann Abs handelte wie eine Spitzeninstitution der deutschen Regierung und diente der wirtschaftlichen Durchdringung der Satellitenstaaten und der in Europa besetzten Länder... Abs setzte seine ganze Kraft ein zur Ausdehnung der Herrschaft Deutschlands über Europa.“ (OMGUS-Office of Military Gouvernement of the USA, Bericht vom November 1946, S. 2, 5, 51, 171 f., Einheit, Berlin 1951, Heft 17, S. 1235 f.)

Nach dem zweiten Weltkrieg wurde Hermann Abs in Jugoslawien in Abwesenheit zu 15 Jahren Zwangsarbeit verurteilt. Er hat seine Strafe nicht verbüßt. Als geschätzter „Finanzberater“ in britisch-amerikanische Obhut genommen, konnte er bereits 1950 als Mitglied des wirtschafts-technischen Ausschusses in der Schuman-Plan-Kommission wieder offiziell internationale staatliche Aufgaben ausführen.

In den folgenden Jahren widmete er sich als Chef der größten westdeutschen Monopolbank der Restauration des deutschen Finanzkapitals und gilt als der ungekrönte westdeutsche Finanzminister. Bezeichnenderweise wurde die westdeutsche Delegation bei der Londoner Schuldenkonferenz 1951/52 nicht vom westdeutschen Finanzminister, sondern von Hermann Abs geleitet.

Dieser Kriegsverbrecher wurde bereits im Jahre 1953 für seine Tätigkeit zur Wiederherstellung und Festigung der Macht des deutschen Finanzkapitals in der Bundesrepublik mit einer der höchsten Auszeichnungen Westdeutschlands, dem Großen Bundesverdienstkreuz mit Stern, dekoriert.

Auch das Franco-Regime verlieh 1960 Hermann Abs für seine „Verdienste“ um das faschistische Spanien einen hohen Orden.

Flick, Friedrich

KOMMISSIONÄR GÖRINGS

heute:

Einer der einflußreichsten Monopolisten des deutschen Imperialismus, der seine Macht nach dem faschistischen Raubkrieg wesentlich erweitern konnte. Flick ist heute erneut führend an der Rüstungsproduktion Westdeutschlands beteiligt. Er erwarb rechtzeitig staatliche Konzessionen für die wichtigsten Uranerzvorkommen in Westdeutschland, um sich das Geschäft einer geplanten westdeutschen Atomrüstung nicht entgehen zu lassen.

Friedrich Flick raubte schon vor Jahrzehnten durch hemmungslose Spekulationen auf Kosten des deutschen Volkes ein ungeheures Vermögen zusammen. Er unterstützte stets die reaktionärsten Gruppen der deutschen Politik mit hohen Geldbeträgen. Schon im November 1932 überwies Flick dem „Sonderfonds Himmler“ einen Vorschuß von 100000 RM „für besondere Zwecke“. Gleichzeitig unterzeichnete er mit den deutschen Großindustriellen und den Bankherren ein Schreiben an Hindenburg, in dem die Ernennung Hitlers zum Reichskanzler gefordert wurde.

Als „Kommissionär Görings“, wie sich Flick selbst bezeichnete, bereicherte er sich hemmungslos an den Arisierungmaßnahmen der Faschisten. Während des zweiten Weltkrieges übernahm er in den okkupierten Ländern zahlreiche „Treuhanderschaften“. In einem Schreiben an Göring vom 1. November 1940 forderte Flick einen großen Teil der Lothringischen Eisenindustrie, den er dann auch von Göring bereitwilligst erhielt.

Bei der „Ausschlachtung“ ukrainischer Hüttenwerke, wie der Flick-Konzern-Beauftragte Hüttner diesen Raub in der Sowjetunion bezeichnete, war Flick mit von der Partie. In den Betrieben des Flick-Konzerns waren über 40000 ausländische Zwangsarbeiter, KZ-Häftlinge und Kriegsgefangene eingesetzt.

Die Millionen, die ihm die Inflation nach dem ersten Weltkrieg eingebracht hatte, wurden im zweiten Weltkrieg zu Milliarden. Als Wehrwirtschaftsführer und Mitglied des „Freundeskreises“ Himmlers machte er seine schmutzigen Geschäfte mit dem Blut der Völker.

Nach Kriegsende stand Flick unter der Anklage, als Ausbeuter von Sklavenarbeitern Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit begangen zu haben. Flick wurde zwar zu sieben Jahren Haft verurteilt, doch wurde ihm während der Haft gestattet, Vorstandssitzungen abzuhalten! Bereits am 25. August 1950 wurde Flick ebenfalls auf Fürsprache der Bonner Regierung wieder entlassen.

Friedrich, Otto Andreas

REICHSBEAUFTRAGTER DER HITLERREGIERUNG

heute:

Geschäftsführer und persönlich haftender Gesellschafter der Friedrich-Flick-KG, Düsseldorf, durch zahlreiche Schlüsselfunktionen einer der einflußreichsten Vertreter der westdeutschen Unternehmensverbände.

Otto Andreas Friedrich erwarb sich schon frühzeitig das Vertrauen führender deutscher Rüstungskonzerne. Nachdem er zunächst als Vorstandsmitglied und Direktor der Harburger Phoenix-Gummiwerke seine Bereitschaft zur Wiederaufrüstung Deutschlands unter Beweis stellte, wurde er als Geschäftsführer des Reichsverbandes der deutschen Kautschukindustrie und Leiter der Reichsstelle Kautschuk sowie gleichzeitig als Mitarbeiter des faschistischen Reichswirtschaftsministeriums eingesetzt. Friedrich nutzte seine Machtfülle, um die faschistische Kriegsmaschine auf Hochtouren zu bringen. Die von ihm erlassenen Anweisungen zur rücksichtslosen Ausplünderung der von der Nazi-Wehrmacht besetzten europäischen Länder entsprachen in jeder Weise den Erwartungen der deutschen Rüstungskonzerne. Selbst als der faschistische Aggressionskrieg sich seinem Ende näherte, veranlagte Friedrich vor dem Rückzug der faschistischen Wehrmacht den Ausbau und den Transport ganzer Industrieanlagen aus Italien und Polen nach Deutschland.

Diese Tatsachen waren auch dem amerikanischen Militärgerichtshof in Nürnberg bekannt. Während jedoch der Leiter des Planungsamtes im Reichsministerium für Rüstung und Kriegsproduktion, das Mitglied des „Freundeskreises des Reichsführers SS, Himmler“, Hans Kehrl, wegen seiner maßgeblichen Mitwirkung an der Deportation von Ausländern und an der Ausplünderung der besetzten Gebiete im sogenannten Fall XI zu 15 Jahren Gefängnis verurteilt werden mußte, blieb Friedrich, der als „Entlastungszeuge“ geladen war,

ungeschoren. Ihm wurde sehr bald wieder die Möglichkeit gegeben, seine Erfahrungen in der Rüstungswirtschaft westdeutschen Konzernen nutzbar zu machen.

Als Geschäftsführer und Gesellschafter des Flick-Konzerns übte er bereits kurze Zeit nach Kriegsende wieder einen maßgeblichen Einfluß in der westdeutschen Wirtschaft aus. Er ist Vizepräsident und Schatzmeister im Bundesverband der Deutschen Industrie, Köln, Mitglied des Präsidiums der Bundesvereinigung der Arbeitgeberverbände, Köln, Vorstandsmitglied im Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft e. V., Essen, Mitglied des Wissenschaftsrates der Deutschen Kommission für Weltraumforschung, Mitglied des Ausschusses für verteidigungswirtschaftliche Angelegenheiten im BDI, des Personalgutachterausschusses für westdeutsche Streitkräfte und des Kuratoriums „Unenteilbares Deutschland“, Vorsitzender des Vorstandes der Stiftung „Die Welt“ im Springer-Konzern, Mitglied des Aufsichtsrates der Siemens AG, der Phoenix-Gummiwerke AG, Hamburg, sowie zahlreicher weiterer Gesellschaften.

Diese vielfältigen Schlüsselpositionen kennzeichnen ihn als einen der einflußreichsten Monopolherren Westdeutschlands. Zusammen mit dem Chef des Konzerns, Friedrich Flick, gehört Friedrich zu den aggressivsten und reaktionärsten Kräften des westdeutschen Imperialismus.

Die Bundesregierung überreichte Friedrich in „Anerkennung seines Wirkens in Vergangenheit und Gegenwart“ das „Große Verdienstkreuz mit Stern“ und den „Verdienstorden“ der BRD.

Handlanger der Monopolherren

Die engsten Vertrauensleute der Kriegsverbrecher-Konzerne aus dem faschistischen Staats- und Wirtschaftsapparat übernahmen hohe Regierungsfunktionen im Bonner Staat.

Lübke, Heinrich

KZ-BAUFÜHRER

heute:

Präsident der Bundesrepublik.

Jahrelang konnte sich Dr. Heinrich Lübke der westdeutschen Bevölkerung als Verfolgter des Naziregimes präsentieren, bis im Jahre 1965 von der DDR an Hand von Originaldokumenten der ehemaligen Gestapo-Leitstelle Stettin vor der internationalen Presse nachgewiesen werden konnte: Heinrich Lübke war zumindest seit 1940 Vertrauensmann der Gestapo. Als Stellvertreter des Leiters der „Baugruppe Schlempp“ - zu Kriegsbeginn ein Rüstungsbaustab des „Generalbauinspektors für die Reichshauptstadt“, später des NS-Rüstungsministers Speer innerhalb des sogenannten Jägerstabes - war Lübke an der Errichtung eines „Sonderlagers der Geheimen Staatspolizei Peenemünde“ beteiligt. Er drohte, arbeitsunwillige Belegschaftsmitglieder dorthin einzuweisen. Die Gestapo-Leitstelle notierte dazu, „*daß in der weiteren Bearbeitung des Vorganges besonders... auf Lübke zurückgegriffen werden kann*“. (Siehe Tafel 10)

1934 wurde Lübke auf Grund eines faschistischen Gesetzes über die Gewährung von Straffreiheit erstmals Nutznießer des Hitlerregimes. Eine Strafkammer beim Landgericht Berlin beschloß, ein Strafverfahren gegen Lübke und Komplizen wegen „*Veruntreuung, Urkundenbeseitigung und anderen groben Unredlichkeiten*“ einzustellen. Dabei wurde jedoch ausdrücklich betont, daß „*das Verfahren weder ihre Unschuld ergeben noch dargetan hat, daß gegen sie ein begründeter Verdacht nicht vorliegt.*“ (Siehe Tafel 11, Mecklenburgisches Landeshauptarchiv, Bestand: Mecklenburgisches Staatsministerium, Siedlungsgesellschaft Bauernland AG, S. 47)

Seit dieser Zeit gehört Lübke zu denen, die den Faschismus bis zur bedingungslosen Kapitulation ebenso bedingungslos unterstützten.

Als Organisator geheimster und kriegswichtigster Rüstungsvorhaben der faschistischen Führung war Lübke maßgeblich am massenweisen Einsatz von KZ-Häftlingen beteiligt. Er arbeitete als stellvertretender Leiter der „Baugruppe Schlempp“ beim Aufbau der Produktionsstätten der berühmten V-Waffen. Im Raum von Peenemünde leitete er 40 Baustellen persönlich!

1944 wurde Lübke der Aufbau der Außenlager Leau und Neu-Staßfurth des Konzentrationslagers Buchenwald, eine besonders wichtige und äußerst geheime Aufgabe, übertragen. Um den verheerenden Verlusten der faschistischen Luftwaffe zu begegnen, war im Frühjahr 1944 ein sogenannter Jägerstab gebildet worden. Der „Jägerstab“ erhielt von Kriegsverbrecher Speer die Aufgabe, die Rüstungsbetriebe der Flugzeugindustrie aus den bombengeschädigten oder gefährdeten Betrieben in unterirdische Produktionsstätten zu verlagern und die Produktion mit allen Mitteln auf Hochtouren zu bringen. Ihm wurde auch die „Baugruppe Schlempp“ mit ihrem stellvertretenden Leiter Lübke zugeteilt.

Hierzu forderte Lübke als oberster Bauführer dieser Baugruppe 2000 KZ-Häftlinge aus dem KZ Buchenwald an, die in Peißen bei Bernburg schwerste Betonierungs- und Transportarbeiten unter Tage in zwei Schichten zu je 12 Stunden ausführen mußten. Die ersten Häftlinge wurden Ende August 1944 in Zelten untergebracht. Die katastrophalen Verhältnisse begünstigten eine Ruhrepidemie. Viele Häftlinge starben. Für die weiteren Häftlinge wurde ein Konzentrationslager in 400 Meter Tiefe angelegt. Hier siehten 500 Menschen unter grausamen Bedingungen dahin. Anlässlich einer Besprechung auf dem Gelände des KZ Leau, Anfang September 1944, die Lübke leitete, wurde mit Genugtuung festgestellt, daß „*die Arbeiten nunmehr auf breitester Front sichtbare Fortschritte machen*“. (Siehe Tafel 12, Archiv des VEB Kaliwerk Bernburg, Bestand: Kali-Werk Friedenshall) Die in dem Dokument über diese Besprechung genannte Firma ATG Leipzig gehörte dem Kriegsverbrecher Flick.

Die vorliegenden Dokumente, deren Echtheit von dem amerikanischen Sachverständigen Howard Hearing überprüft wurde, beweisen eindeutig: Lübke plante und leitete den Bau von Konzentrationslagern. Es gehörte zu seinen Aufgaben, das Jägerprogramm durch Sklavenarbeit von KZ-Häftlingen, Kriegsgefangenen und Zwangsverschleppten zu verwirklichen. Lübke war mitverantwortlich für die mörderischen Arbeits- und Lebensbedingungen, denen Hunderte Polen, Franzosen, Italiener, Sowjetbürger und Deutsche zum Opfer fielen. Bisher sind aus Listen des KZ Buchenwald die Namen von 267 ermordeten politischen Häftlingen bekannt, für deren Tod Lübke in hohem Maße verantwortlich ist. (Vgl. Tafel 13)

Westrick, Ludger

„BEWÄHRTER“ WEHRWIRTSCHAFTSFÜHRER

heute:

Bundesminister a. D. und ehemaliger Leiter des Bundeskanzleramtes. In dieser Schlüsselposition wirkte er in der Regierung Erhard als Nachfolger des in der Deutschen Demokratischen Republik zu lebenslangem Zuchthaus verurteilten Judenmörders Dr. Globke bis September 1966. Er benutzte die Krise der Bonner Regierung, um noch vor dem Rücktritt Erhards als Bundesminister und Leiter des Bundeskanzleramtes auszuscheiden, und übernahm den Vorsitz des Aufsichtsrates der Honeywell GmbH, der Tochtergesellschaft eines amerikanischen Meß- und Reglertechnik-Konzerns.

Kurz vor dem Machtantritt des Faschismus war Dr. Ludger Westrick für einen der größten Förderer des Faschismus, den nachmaligen Kriegsverbrecher Krupp, als Verkaufsleiter des Vereinigten Stahlwerke-Konzerns in Südosteuropa tätig.

Nach 1933 wurde Westrick Generaldirektor der Vereinigten Aluminiumwerke AG Berlin (VAW), die zur Vereinigten Industriewerke AG (VIAG) gehörte, und übernahm damit die Leitung einer für die faschistische Aufrüstung, vor allem für die Luftwaffe, außerordentlich wichtigen Industrie. In der Folgezeit hat sich Westrick durch nicht weniger als 27 Vorstands- bzw. Aufsichtsratsposten, unter anderem bei der Vereinigte Industriewerke AG, Berlin, Reichskreditgesellschaft AG, Berlin, und Vereinigte Deutsche Metallwerke AG, Frankfurt a. M., bei der erst geheimen, später offenen Kriegsvorbereitung besonders hervorgetan. Für diese „Verdienste“ wurde Westrick von Hitler zum Wehrwirtschaftsführer ernannt und kam als Mitglied in den zehnköpfigen Industrierat für die Entwicklung von Luftwaffengerät, der Göring unterstand.

Im November 1941 schreibt Westrick voll Pathos in der Zeitung „Der Deutsche Volkswirt“: *„Solange noch die Kriegsfanfaren dröhnen, hat die deutsche Leichtmetallindustrie nur eine Aufgabe und ein Ziel, worauf alle Maßnahmen ausgerichtet sind und sein müssen: Deutschlands Endsieg!“*

Kurz darauf nahm Westrick an einer Besprechung beim Stellvertreter Görings, Generalfeldmarschall Milch, teil, wobei es um die Aufteilung der europäischen Interessengebiete auf die einzelnen Aluminium-Interessenten ging. In den Jahren 1941/42 forderte er in Verhandlungen mit Bevollmächtigten Frankreichs und Ungarns, die Rohstoffvorkommen völlig den Interessen des deutschen Imperialismus unterzuordnen. Brutalster Behandlung waren die ausländischen Zwangsarbeiter und Kriegsgefangenen in dem von Westrick geleiteten VAW-Konzern ausgesetzt. Ihr Anteil machte im Verlauf des Krieges über 75 Prozent der Gesamtstärke der Belegschaft aller VAW-Werke aus. Wie aus einem

Schreiben des Lagerarztes des Lautawerkes der VAW vom 28. August 1942 hervorgeht, wurden dort ausländische Kinder im Alter von 13 Jahren und ausländische Frauen von 60 bis 62 Jahren zur Zwangsarbeit gepreßt. Sie litten an chronischen Krankheiten und vegetierten unter unmenschlichsten Arbeits- und Lebensbedingungen.

Diesem Terror fielen unzählige Menschen zum Opfer. Wie aus dem Sterberegister des Standesamtes Lauta hervorgeht, wurden dort Hunderte Sterbefälle beurkundet. Als Todesursache ist neben der zynischen Formulierung „allgemeine Körperschwäche“ Selbstmord infolge Überfahrenlassens durch die Werkeisenbahn, „Schädelbruch“, Tuberkulose und andere Infektions- und Mangelkrankheiten verzeichnet. Bei einem französischen Zwangsarbeiter ist als Todesursache „wegen Widerstand von einem Gendarmeriebeamten erschossen“ vermerkt. In den Totenlisten sind Menschen aus fast allen europäischen Nationen aufgeführt. (Siehe Tafel 14, Totenlisten des Standesamtes der Stadt Lauta) Bei dem Lautawerk handelt es sich nur um ein Werk unter vielen anderen Aluminium-Werken, die Westrick verantwortlich unterstanden.

Nach 1945 wurde Kriegsverbrecher Westrick gleich wieder als Wirtschaftskapitän von den Monopolen verwendet. Bereits 1951 lancierten die Rüstungskonzerne ihn auf den Posten des Staatssekretärs im Bundeswirtschaftsministerium. 1963 trat Westrick die Nachfolge Globkes im Bundeskanzleramt an. Seit September 1966 ist er wieder in der westdeutschen Wirtschaft tätig.

Blessing, Karl

FREUND HIMMLERS

heute:

Präsident der Deutschen Bundesbank.

Karl Blessing gehörte vor 1945 zum berüchtigten „Freundeskreis“ Himmlers und wurde von Hitler zum Wehrwirtschaftsführer ernannt. 1933 bei der Deutschen Reichsbank tätig, ging er 1934 als Generalreferent in das faschistische Reichswirtschaftsministerium. 1937 wurde er Mitglied des Reichsbankdirektoriums und später Mitglied des engeren Beirats der Deutschen Reichsbank. In dieser Vertrauensstellung war Blessing maßgeblich an der Finanzierung, Vorbereitung und Durchführung der Aufrüstung und Kriegsvorbereitung beteiligt.

Unter seiner Mitwirkung gründete Schacht als Reichsbankpräsident bereits im Mai 1933 in Berlin - mit Beteiligung der Reichsbank mit den Rüstungskonzernen Krupp, Siemens, Rheinmetall und Deutsche Werke die Metallurgische Forschungs-GmbH (Mefo). Sie war eine Scheinfirma, die eine weitgehende Tarnung der damals noch geheimen Aufrüstung ermöglichte.

Durch die exponierte Stellung hatte Blessing damals engste Bindung zur IG-Farben-Industrie AG. Die IG-Farben charakterisierten Blessing in einem Schreiben an eine südafrikanische Firma „als eine der führenden Persönlichkeiten im Reichswirtschaftsministerium und einen der engsten Mitarbeiter von Schacht“ und wiesen damit auf die bedeutende Rolle Blessings im Nazi-Staat hin.

Blessing wurde ständig zu Beratungen führender Gremien der Faschisten hinzugezogen, so auch zu der Besprechung Görings über die „Rückgliederung Österreichs“ am 11. März 1938. Auf der Tagesordnung dieser Besprechung, an der Blessing in seiner Eigenschaft als

Generalreferent für Angelegenheiten des Landes Österreich im Reichsbankdirektorium teilnahm, stand unter anderem die Arisierungspolitik in Österreich. In einer weiteren Sitzung, von Göring als die wichtigste im Rahmen des Vierjahresplanes eingeschätzt, referierte Blessing zu Fragen der Mineralölversorgung im „A-Falle“. Im Dezember 1939 fand beim Oberkommando der Wehrmacht unter Leitung von General Thomas eine Beratung über Rüstungsfragen statt. Hier sprach Blessing in der Diskussion zu Fragen des Verkehrsproblems und zur Rohstoffbeschaffung und brüstete sich damit, an der Einrichtung eines Überwachungssystems selbst beteiligt zu sein.

Im Januar 1944 beauftragte der Leiter des Planungsamtes des Generalbevollmächtigten für Rüstungsaufgaben die Dresdner Bank mit „... der laufenden Beobachtung und Prüfung der wirtschaftlichen Verhältnisse in Schweden; der Erkundung über die spezielle handelspolitische Lage; der Unterrichtung über ausländische Persönlichkeiten“ und anderes mehr. Der Beauftragte weist dann die Dresdner Bank an: „Die laufende Fühlungnahme mit Ihnen und die Zusammenarbeit im einzelnen erfolgt über Herrn Direktor Karl Blessing, Continentale Oel AG, der die Koordinierung und Auswertung der Vorschläge und Berichte der einzelnen Mitarbeiter in meinem Auftrage übernommen hat.“ (NG, Fall XI, Akte Nr. 422, Dok. NI2031)

Blessing beteiligte sich aber nicht nur aktiv an der Versklavung und Ausplünderung der okkupierten Länder, sondern er half auch bei der Vorbereitung von geplanten Aggressionen auf neutrale Länder.

Nach Kriegsende wurde Blessing - für kurze Zeit interniert - von den westdeutschen Monopolen mit offenen Armen empfangen und bereits 1957 auf den Posten des Bundesbankpräsidenten lanciert.

Vialon, Karl-Friedrich

BUCHHALTER DER SS-MÖRDER

heute:

Bonner Staatssekretär a. D. im Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit, zuvor Ministerialdirektor im Bundeskanzleramt und Berater Adenauers in Wirtschafts- und Finanzfragen. Mit der Bildung der Großen Koalition am 1. Dezember 1966 „in Ehren“ aus der Regierung ausgeschieden.

Karl Friedrich Vialon begann seine Karriere bei der faschistischen Justiz. Zuletzt war er Landgerichtsrat beim Oberlandesgericht in Karlsruhe. Dann wechselte er zum Reichsfinanzministerium über. Zu Anfang des zweiten Weltkrieges half er als Oberregierungsrat mit, das okkupierte Elsaß auszuplündern. Nach dieser „Bewährung“ wurde er Regierungsdirektor und Leiter der Finanzabteilung des Reichskommissariats für das Ostland in Riga. Hier hat Vialon unverwischbare Spuren hinterlassen, die ihn schwerster Verbrechen überführen.

In seinem Wirkungsbereich, den estnischen, lettischen, litauischen und bjelorussischen Gebieten, wurde die sogenannte Endlösung unter führender Beteiligung Vialons am perfektsten durchgeführt. Es gelang kaum einem der jüdischen Bürger, mit dem Leben davonzukommen. Nach Angaben im „Einsatzgruppen-Prozeß“ 1947/48 in Nürnberg wurden allein im estnischen, lettischen und litauischen Raum 118430 jüdische Menschen ermordet. Dazu kommen annähernd eine halbe Million Opfer aus den bjelorussischen Gebieten. Vialon

besorgte die Ausplünderung dieser Unglücklichen. Er sammelte das Vermögen und die Habe der Ermordeten und machte sie dem faschistischen Regime für die Durchführung neuer Mordtaten nutzbar.

Am 16. März 1943 wies Vialon in einem Geheimerlaß - er betraf die „*Ablieferung der durch die Polizei beschlagnahmten jüdischen Vermögenswerte*“ - den Generalkommissar in Minsk an, „*daß die Zahlstellen des Befehlshabers der Sicherheitspolizei und des SD*“ die beschlagnahmten Wertgegenstände und Gelder an die Amtskassen der Generalkommissare abzuführen haben. Schon am 2. Mai 1943 rügte Vialon den Befehlshaber der Sicherheitspolizei und des Sicherheitsdienstes Ostland dafür, daß „*die in Aussicht gestellte Ablieferung beschlagnahmter Vermögenswerte in Höhe von über einer Million Reichsmark ... noch nicht eingegangen sei*“. Er verlangte zu wissen, wann mit der Ablieferung „*an meine Hauptkasse gerechnet werden kann*“. (Zentralarchiv der Lettischen SSR, Riga, Bestand: Reichskommissariat für das Ostland - siehe auch Tafel 15)

Vialon organisierte nicht nur den Raub jüdischen Vermögens, er war auch an der „Endlösung der Judenfrage“ beteiligt. Am 31. Juli 1943 ordnete er an: „*Die Leitung dieses zu errichtenden Konzentrationslagers soll nach meinem Wunsch vom Generalkommissar Riga übernommen werden... Der finanzielle Ertrag soll, wie bisher, meinem Haushalt zufließen.*“ (Siehe Tafel 16)

Im April 1942 bewilligte er, um den Widerstand der lettischen, estnischen und bjelorussischen Bevölkerung gegen die faschistische Zwangsherrschaft zu brechen und neue Arbeitssklaven zusammenzutreiben, dem „Befehlshaber der Sicherheitspolizei und des Sicherheitsdienstes Ostland“ nicht weniger als 25000 RM für die sogenannte Bandenbekämpfung. Der „Befehlshaber“ hatte diese Summe bei Vialon für die „*zusätzliche Betreuung der zur Bandenbekämpfung eingesetzten... Hilfskräfte*“ beantragt. Diese Terroraktionen gegen die Partisanen, die für die Befreiung ihrer Heimat kämpften, bedeuteten: Aussiedlung, Evakuierung der Bewohner zur Zwangsarbeit, Abbrennen von Dörfern, öffentliche Exekutionen. Vialon wußte nicht nur von der Ermordung sowjetischer Partisanen, er organisierte sie als Leiter der Finanzabteilung mit seinen Haushaltsmitteln.

1963 leistete Vialon wider besseres Wissen einen Meineid, als er in einem Strafverfahren gegen den SS-Massenmörder Hausser aussagte: „*Ich verneine ausdrücklich die Frage nach meinem Wissen von Judenvernichtungsaktionen.*“

Trotz neuen Belastungsmaterials und der bereits vor Jahren veröffentlichten Dokumente wurde Vialon nicht zur Verantwortung gezogen.

Hettlage, Karl-Maria

SS-HAUPTSTURMFÜHRER UND RÜSTUNGSEXPERTE

heute:

Staatssekretär für Sonderaufgaben im Bundesfinanzministerium und Mitglied der Hohen Behörde der Montanunion.

Prof. Dr. Karl-Maria Hettlage avancierte 1934 zum Stadtkämmerer von Berlin. In den folgenden Jahren setzte er seinen ganzen Ehrgeiz daran, die faschistische Aufrüstung durch rigorose Eintreibung von Steuern zu forcieren. Im August 1935 gab er die Weisung, „*daß die Steuergesetze nach nationalsozialistischer Weltanschauung auszulegen sind*“. Vorher hatte er

erklärt: „Die Sicherheit der Nation auf die Wehrkraft neu zu gründen, ist das Werk des Führers und Ziel unser aller Bemühungen.“ In dieser Zeit wurde Hettlage SS-Hauptsturmführer (SS-Nr. 276909) und enger Mitarbeiter des vom Nürnberger Militärtribunal verurteilten Kriegsverbrechers Speer. Dieser holte Hettlage später in sein Ministerium für Rüstung und Kriegsproduktion.

In einer eidesstattlichen Erklärung vor dem Nürnberger Militärtribunal nannte der später hingerichtete SS-Obergruppenführer und Leiter des SS-Wirtschaftsverwaltungshauptamtes, Pohl, auf die Frage, mit welchen Personen er im Laufe seiner Amtstätigkeit persönliche Berührung hatte, auch den Namen Hettlage und stellte fest: „Dr. Hettlage von der Commerzbank war der Finanzmann von Speer.“

Das entsprach den Tatsachen; denn Hettlage wurde auf Vorschlag des Kriegsverbrechers Speer Aufsichtsratsvorsitzender der Montanindustrie GmbH. Am 31. März 1942 betreute dieses Mammutunternehmen 52 Firmen mit 122 Werken, rund drei Milliarden RM treuhänderisch verwaltetem - also geraubtem -Anlagevermögen und einer Belegschaftsstärke von 178970 Arbeitern, Angestellten, Kriegsgefangenen und Zwangsarbeitern. Zu den Mitgliedern des Aufsichtsrates zählte auch der Kriegsverbrecher Flick.

Im Mai 1943 fand im Auswärtigen Amt eine Besprechung über deutschschweizerische Wirtschaftsverhandlungen statt. Im Verlauf dieser Besprechung erklärte Hettlage, „daß die Auftragsverlagerung nach der Schweiz einen zu kleinen Prozentsatz des deutschen Gesamtüstungsumfanges ausmacht, als daß zu ihrer Erzwingung Druckmittel angewandt werden sollten, die zu Schwierigkeiten mit Italien führen könnten... Unter diesen Umständen erscheine es zweckmäßig, als Druckmittel nötigenfalls zunächst die Sperre der schweizerischen Ausfuhr und sodann die Verhinderung der Einfuhr (Durchfuhr) ins Auge zu fassen.“ (Deutsches Zentralarchiv Potsdam)

Im Herbst 1943 fand eine Sitzung des Interministeriellen Ausschusses für italienische Angelegenheiten statt, an der, neben dem Schreibtischmörder Globke, auch Hettlage teilnahm. In dieser Besprechung taten sich beide durch chauvinistische Reden hervor.

Im April 1944 gab Hettlage in Vertretung des Kriegsverbrechers Speer einen Erlaß über die Umsetzung von Betrieben und Betriebsstellen heraus, in dem es unter anderem heißt: „... habe ich die Stilllegung von Fertigungen, die zur Fortsetzung des Krieges nicht zwingend benötigt werden, und die Umsetzung der dadurch freigewordenen Arbeitskräfte zu Gunsten vordringlicher Fertigungen angeordnet.“ (Ebenda)

Bis zur letzten Minute setzte sich Hettlage für die Fortführung und Unterstützung des totalen Krieges ein und propagierte den faschistischen „Endsieg“. Nachdem er 1945 in Westdeutschland kurz untergetaucht war, ließen ihn die Monopolvertreter 1956 wieder zum Ministerialdirektor aufsteigen. Wenig später vermittelte Hettlage seine Erfahrungen aus der Nazi-Zeit als Staatssekretär bei der Finanzierung der Aufrüstung.

Nachdem er wegen der Übernahme dieses Ressorts durch Minister Dahlgrün als Staatssekretär des Bundesfinanzministeriums für kurze Zeit pausieren mußte, holte ihn Franz-Josef Strauß mit Billigung der Koalitionsregierung im Herbst 1967 erneut als Staatssekretär für Sonderaufgaben in das Bundesfinanzministerium zurück.

Die Rüstungsmonopole erneut am Hebel der Macht

Nazi-Rüstungsexperten - Machthaber Bonns

Liste bedeutender Rüstungsexperten und Wehrwirtschaftsführer des Hitlerregimes, die heute einflußreiche Machtpositionen im Bonner Staat ausüben.

Abs, Hermann, Dr.

vor 1945: Vorstand: Deutsche Bank, Berlin, Böhmisches Union-Bank, Prag; Vorsitzender des Aufsichtsrates: Deutsche Überseeische Bank, Berlin, Schlesische Bergwerks- und Hütten AG, Beuthen, Vereinigte Glanzstoff-Fabriken AG, Elberfeld-Wuppertal u.a.; Stellvertretender Vorsitzender des Aufsichtsrates: Generalbank Luxemburg AG, Luxemburg, Deutsch-Asiatische Bank, Schanghai/Berlin u. a.; Aufsichtsrat: Deutsche Solvay-Werke AG, Bernburg, IG-Farben-Industrie AG, Frankfurt a. M., und Aufsichtsratsmandate in zahlreichen anderen Unternehmen

nach 1945: Als Kriegsverbrecher verurteilt, jedoch als „Finanzberater“ in Obhut der britisch-amerikanischen Besatzungsbehörden genommen; Vorsitzender des Aufsichtsrates der Deutschen Bank AG, Frankfurt a. M.; Ehrenvorsitzender des Aufsichtsrates der Deutschen Überseeischen Bank, Hamburg/Westberlin; Vorsitzender des Aufsichtsrates: BASF Badische Anilin-Soda-Fabrik AG, Ludwigshafen (Rhein), Daimler Benz AG, Stuttgart, Vereinigte Glanzstoff-Fabriken AG, Wuppertal-Elberfeld, und weitere Aufsichtsratsmandate in zahlreichen Unternehmen; Vorsitzender des Verwaltungsrates: Kreditanstalt für Wiederaufbau, Frankfurt a. M.; Deutsche Bundesbahn u. a.

Achter, Wilhelm

vor 1945: Wehrwirtschaftsführer

nach 1945: Vorstand der Gladbacher-Wollindustrie AG, vormals L. Josten, Mönchengladbach (Henkel-Konzern); Stellvertretender Vorsitzender des Vereins der Unternehmer der Textilindustrie

Albert, Werner, Dr.-Ing.

vor 1945: Wehrwirtschaftsführer

nach 1945: Vorstand der Kronprinz AG, V Solingen (Mannesmann-Konzern)

Ambros, Otto, Dr.

vor 1945: Wehrwirtschaftsführer; Vorstandsmitglied der IG-Farben-Industrie AG, Frankfurt a. M.; Mitglied des Technischen Ausschusses; Verantwortlicher für den gesamten Buna-Sektor der IG-Farben; Betriebsführer der IG-Farben-Industrie AG, Werk Auschwitz (bis 1942); Stellvertretender Geschäftsführer der Buna-Werke GmbH, Schkopau; Leiter des Sonderausschusses C (Chemische Kriegsführung); ausgezeichnet mit dem Ritterkreuz zum Kriegsverdienstkreuz

nach 1945: Vom amerikanischen Militärgericht im Nürnberger IG-Farben-Prozeß als Kriegsverbrecher verurteilt; Stellvertretender Aufsichtsratsvorsitzender der Süddeutschen Kalkstickstoff-Werke AG, Trostberg; Aufsichtsratsmitglied: Telefunken-AG, Westberlin, Vereinigte Industrie-Unternehmungen AG (VIAG), Bonn und Braunschweig, Bergwerksgesellschaft Hibernia AG, Herne, Scholven-Chemie AG, Gelsenkirchen; Verwaltungsrat der Berliner Handelsgesellschaft (BHG), Westberlin/Frankfurt a. M.

Andrae, Christoph

vor 1945: Wehrwirtschaftsführer; Leiter einer Fachuntergruppe der Wirtschaftsgruppe Maschinenbau und der Arbeitskammer Rheinland

nach 1945: Inhaber der August Hoenig Feuerwehrgerätefabrik und Filigranstaahlbau, Köln-Nippes; Vorsitzender: Ausschuß des Industrieschutzes des BDI, Luftschutzgemeinschaft der Spitzenverbände der gewerblichen Wirtschaft; ausgezeichnet mit dem Großen Verdienstkreuz des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland

Benning, Bernhard, Dr.

vor 1945: Direktor der Reichs-Kredit-Gesellschaft AG, Berlin; initiativ bei der Aufrüstungs- und Kriegsfinanzierung beteiligt; Vertrauensperson der Gestapo und des OKW-Wehrwirtschaftsstabes

nach 1945: Bankdirektor; Mitglied des Zentralbankrates und des Direktoriums der Deutschen Bundesbank

Bergemann, Günther, Dr.

vor 1945: Ministerialdirigent im Reichswirtschaftsministerium; wirkte maßgeblich an der Ausplünderung der okkupierten Länder Frankreich, Norwegen und Jugoslawien mit

nach 1945: Stand auf der jugoslawischen Kriegsverbrecherliste Nr. 56/51; Staatssekretär im Bundesministerium für Verkehr a. D.; Geschäftsführer der Margarine-Union GmbH, Hamburg, (Unilever-Konzern); Mitglied der Geschäftsleitung der westdeutschen Unilever-Gruppe (inzwischen verstorben)

Berning, Alfred

vor 1945: Wehrwirtschaftsführer; Leiter der Fachuntergruppe Schuh- und Lederindustrie-Maschinen der Wirtschaftsgruppe Maschinenbau; Leiter der Fachabteilung Eisen- und Kurzwarenindustrie der Wirtschaftsgruppe Werkstoffverfeinerung

nach 1945: Inhaber der Firmen: Gustav Rafflenbeul, Schwelm/Westfalen und Frankenberg/Eder, und Motorenbau Alfred Berning, Schwelm/Westfalen

Biedenkopf, Wilhelm

vor 1945: Direktor der IG-Farben-Industrie AG, Frankfurt a. M.; Mitwisser des millionenfachen Verbrechens in Auschwitz (Oswiecim)

nach 1945: Vorstand: DECHEMA Deutsche Gesellschaft für chemisches Apparatewesen, Frankfurt a. M., Dynamit Nobel AG, Troisdorf (Flick-Konzern), Arbeitsring der Arbeitgeberverbände der Westdeutschen Chemischen Industrie e. V., Wiesbaden

Birrenbach, Kurt, Dr.

vor 1945: Auslandsvertreter Krupps; 1939 mit Empfehlungsschreiben des IG-Farben-Konzerns nach Buenos Aires geschickt, wo er mit den V-Leuten und Mitarbeitern der faschistischen „Fünften Kolonne“ zusammentraf und wirkte; 1933 NSDAP und SA

nach 1945: Vorsitzender des Aufsichtsrates: August Thyssen-Hütte AG, Duisburg/ Hamborn, Vorsitzender des Kuratoriums der Fritz-Thyssen-Stiftung, Köln; Zentralbeirat der Dresdner Bank; Mitglied: Gemeinsame Versammlung der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl, Europäisches Parlament; Sonderbeauftragter der Bonner Regierung zur Herstellung diplomatischer Beziehungen mit Israel; Mitglied der Bundestagsfraktion der CDU

Blessing, Karl

vor 1945: Generalreferent im Reichswirtschaftsministerium; Reichsbankdirektor; Mitglied des „Freundeskreises des Reichsführers SS“; Geschäftsführer der Margarine-Verkaufsunion GmbH, Berlin (Unilever-Konzern); Vorstand der Aktiengesellschaft für Fettindustrie, Wien, Continentale Oel AG, Berlin; Vorsitzender des Aufsichtsrates der „Nordsee“ Deutsche Hochseefischerei AG, Wesermünde, und Inhaber weiterer Aufsichtsratsmandate; Mitglied des engeren Beirates der Reichsbank

nach 1945: Präsident der Deutschen Bundesbank; Deutscher Gouverneur im Internationalen Währungsfonds, Washington; Mitglied des Verwaltungsrates der Bank für internationalen Zahlungsausgleich, Basel

Blohm, Rudolf

vor 1945: Persönlich haftender Gesellschafter Blohm&Voß, Hamburg; Leiter des Hauptausschusses Kriegsschiffe beim Reichsminister für Rüstung und Kriegsproduktion

nach 1945: Stand auf der amerikanischen Kriegsverbrecherliste; Vorsitzender des Aufsichtsrates der Blohm & Voß AG, Hamburg (inzwischen verstorben)

Boden, Hans Constantin, Dr.

vor 1945: Wehrwirtschaftsführer; Vorstand der AEG, Berlin; Aufsichtsratsmitglied der AEG-Union, Wien, und in weiteren Konzerngesellschaften

nach 1945: War 1956 bis 1962 Chef des AEG-Konzerns; wurde mehrmals von der Bonner Regierung bei internationalen Verhandlungen eingesetzt; Ehrenvorsitzender des Aufsichtsrates der Allgemeinen Elektrizitäts-Gesellschaft (AEG), Westberlin/ Frankfurt a. M.; Vorsitzender des Aufsichtsrates der Kernreaktor Finanzierungsgesellschaft mbH, Frankfurt

a.M.; Aufsichtsratsfunktionen in weiteren Gesellschaften des AEG-Konzerns; Aufsichtsratsmitglied: Mannesmann-AG, Düsseldorf, Dresdner Bank AG, Frankfurt a. M.; Vorsitzender des Außenhandelsausschusses beim Bundesverband der Deutschen Industrie; Ehrenpräsident der Internationalen Handelskammer, Paris; Mitglied: Außenhandelsbeirat beim Bundeswirtschaftsminister, Beirat für Entwicklungshilfe; ausgezeichnet mit dem Großen Bundesverdienstkreuz mit Stern und Schulterband der Bundesrepublik Deutschland

Boeder, Erich, Dr.

vor 1945: Wehrwirtschaftsführer

nach 1945: Aufsichtsratsmitglied der Hafen-Dampfschiffahrt AG, Hamburg; Mitglied der Hamburger Bürgerschaft 1957; bis 1957 Stellvertretender Vorsitzender des Vorstandes der Deutschen Shell AG; von der Bonner Regierung mit der Koordinierung der Energiepolitik im Rahmen der EWG für die Bundesrepublik beauftragt; Berater der westdeutschen Mineralölindustrie bei der OECD und des Bundeswirtschaftsministeriums im Ölausschuß der OECD, Paris; Vorsitzender des Landesausschusses der CDU für Wirtschaftspolitik; ausgezeichnet mit dem Großen Verdienstkreuz des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland

Burkart, Odilo, Dr. jur. Dr. rer. pol.

vor 1945: Generalbevollmächtigter der Friedrich Flick KG, Berlin

nach 1945: Stand auf der amerikanischen Kriegsverbrecherliste ; Vorsitzender des Vorstandes: Eisenwerk-Gesellschaft Maximilianshütte AG, Sulzbach-Rosenberg (Flick-Konzern)

Bütefisch, Heinrich, Dr.

vor 1945: Vorstandsmitglied der IG-Farben-Industrie AG, Frankfurt a. M.; Mitglied des Technischen Ausschusses; Geschäftsführer des Ammoniakwerkes Merseburg GmbH, Leuna-Werke; verantwortlich für den Leuna-Teil der IG-Farben-Industrie AG, Werk Auschwitz; Vorstandsmitglied der Braunkohle-Benzin AG, Berlin, und weiterer in- und ausländischen Unternehmen; Mitglied des „Freundeskreises des Reichsführers SS“; ausgezeichnet mit dem Kriegsverdienstkreuz I. und II. Klasse und dem Ritterkreuz zum Kriegsverdienstkreuz

nach 1945: Angeklagter im Nürnberger IG-Farben-Prozeß; Aufsichtsratsvorsitzender der Kohle-Öl-Chemie GmbH, Gelsenkirchen; Aufsichtsrat der Ruhrchemie AG, Oberhausen-Holten; Leiter des Technischen Expertenkomitees der Internationalen Konvention der Stickstoffindustrie

Claussen, Wilhelm, Dr.

vor 1945: Leiter der Wirtschaftspolitischen Abteilung der IG-Farben-Industrie AG, Frankfurt a. M.; Militäroberverwaltungsrat beim Generalbevollmächtigten für die Wirtschaft Serbiens; leitete die wirtschaftliche Ausplünderung des Landes und organisierte ein System der Sklavenarbeit

nach 1945: Staatssekretär im Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung; ausgezeichnet mit dem Großen Bundesverdienstkreuz mit Stern und Schulterband der Bundesrepublik Deutschland

Dahlgrün, Hans-Georg, Dr.

vor 1945: Oberregierungsrat beim Chef der Zivilverwaltung im okkupierten Lothringen; arbeitete unmittelbar mit dem damaligen Referenten für Lothringen, Elsaß und Luxemburg im Reichsministerium des Innern, Globke, zusammen

nach 1945: Stellvertretender Vorsitzender und Mitglied des Zentralbankrates der Deutschen Bundesbank; Präsident der Landeszentralbank in Rheinland-Pfalz, Mainz; Finanzminister von Rheinland-Pfalz a. D.

Dahlgrün, Rolf

vor 1945: Justitiar der Phoenix-Gummiwerke AG; Mitglied verschiedener Ausschüsse der Fahrzeugindustrie; Teilnehmer an Geheimbesprechungen über Fragen der Ausplünderung der okkupierten Länder und über den Einsatz von Zwangsarbeitern; von Göring zum Stellvertretenden Gaujägermeister ernannt; 1933 NSDAP (Nr. 2957575); BNSDJ (49050)

nach 1945: Bundesminister der Finanzen a. D.; Bundesvorstandsmitglied der FDP

Dichgans, Hans

vor 1945: Ministerialrat beim Reichskommissariat für die Preisbildung und Leiter eines Arbeitsstabes beim Reichsminister für Rüstung und Kriegsproduktion

nach 1945: Hauptgeschäftsführer, später geschäftsführendes Vorstandsmitglied der Wirtschaftsvereinigung Eisen- und Stahlindustrie, Düsseldorf; Bundestagsabgeordneter und Mitglied des Finanzausschusses des Bundestages; CDU-Bundestagsabgeordneter

Dinkelbach, Heinrich, Dr. h. c.

vor 1945: Vorstand der Vereinigten Stahlwerke AG, Düsseldorf

nach 1945: Stand auf der amerikanischen Kriegsverbrecherliste, Aufsichtsratsmitglied der Rheinischen Stahlwerke, Essen; ausgezeichnet mit dem Stern zum Großen Verdienstkreuz des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland (inzwischen verstorben)

Dörge, Friedrich

vor 1945: Wehrwirtschaftsführer; Mitglied des Landesausschusses bei der Zentrale der Dresdner Bank, Berlin; Vorsitzen-, der des Rüstungsausschusses III, Berlin

nach 1945: Geschäftsführer der Mauser-Meßzeug GmbH, Oberndorf; Vorstandsmitglied des Arbeitgeberverbandes der Metallindustrie (1963)

Dürrfeld, Walther, Dr.-Ing.

vor 1945: Oberingenieur der IG-Farben-Industrie AG, Werk Leuna; Betriebsführer der IG-Farben-Industrie AG, Werk Auschwitz (ab 1943), Bezirksobmann für Oberschlesien bei der Wirtschaftsgruppe Chemische Industrie

nach 1945: Wurde als Kriegsverbrecher im Nürnberger IG-Farben-Prozeß angeklagt; Vorstandsmitglied der Scholven-Chemie AG, Gelsenkirchen-Buer; Aufsichtsrat: Phenolchemie GmbH, Gladbeck i. W., Friesecke & Hoepfner GmbH, Erlangen (inzwischen verstorben)

Eisfeld, Kurt, Dr.

vor 1945: Verantwortlicher Chemiker der IG-Farben-Industrie AG, Werk Auschwitz; trieb dort Schleichhandel mit Wertgegenständen der Ermordeten

nach 1945: Vorstand der Dynamit Nobel AG, Troisdorf (Flick-Konzern); Vorsitzender des Aufsichtsrates der Chemischen Werke Witten GmbH, Witten/Ruhr (Flick-Konzern)

Eychmüller, Karl

vor 1945: Wehrwirtschaftsführer; Stellvertretender Leiter der Wirtschaftsgruppe Metallindustrie, Berlin

nach 1945: Generaldirektor, Vorsitzender des Vorstandes der Wieland Werke AG, Ulm (Donau); Ehrensensator der Technischen Hochschule Stuttgart und Universität Tübingen; ausgezeichnet mit dem Großen Bundesverdienstkreuz der Bundesrepublik Deutschland

Fahr, Otto, Dr.-Ing.

vor 1945: Wehrwirtschaftsführer; Fachgruppenleiter in der Wirtschaftsgruppe Maschinenbau; leitender Mitarbeiter im Fachamt Eisen und Metall der Reichsleitung der Deutschen Arbeitsfront (DAF)

nach 1945: Vorsitzender des Aufsichtsrates der Maschinenfabrik Fahr AG, Gottmadingen (Großaktionär der Familie Fahr und im Klöckner-Konzern); Stellvertretender Vorsitzender des Beirates der Deutschen Bank, Bezirk Württemberg; Aufsichtsrat: Daimler-Benz AG, Stuttgart (Flick-Konzern), Württembergische Metallwarenfabrik, Geislingen (Röchling-Konzern); Ausschußmitglied für internationale Beziehungen beim Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI); ausgezeichnet mit dem Großen Bundesverdienstkreuz des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland

Faust, Max

vor 1945: Stellvertretender Betriebsführer und Bauleiter der IG-Farben-Industrie AG, Werk Auschwitz; mitverantwortlich für die Vernichtung von 370000 KZ-Häftlingen durch Sklavenarbeit

nach 1945: Mitarbeiter der Keram-Chemie, Siershahn/Westerwald

Fieseler, Gerhard

vor 1945: Wehrwirtschaftsführer

nach 1945: Geschäftsführer der Gerhard Fieseler Werke GmbH, Königstein (Taunus)

Fischer, Ernst Rudolf, Dr.

vor 1945: Wehrwirtschaftsführer; Direktor der IG-Farben-Industrie AG, Frankfurt a. M.; Stellvertretender Geschäftsführer des Ammoniak-Werkes Merseburg GmbH, Leuna-Werke; Stellvertretender Vorsitzender des Aufsichtsrates der Oberschlesischen Hydrierwerke AG, Blechhammer/Oberschlesien; Leiter der Wirtschaftsgruppe Kraft-Stoffindustrie, Berlin; Abteilungsleiter im Reichswirtschaftsministerium, Abteilung Mineralöl, und im Reichsministerium für Rüstung und Kriegsproduktion; Vorsitzender des Verwaltungsrates: Continentale Öl AG, Berlin; Mitglied im Verwaltungsrat der Dynamit Nobel AG, Preßburg/Slowakei (Bratislava)

nach 1945: Langjähriger Vorsitzender des Vorstandes der Dynamit Nobel AG, Troisdorf; Vorsitzender des Aufsichtsrates: Dynamit Nobel Genschow GmbH, Köln, Chemische Werke Witten GmbH, Witten/Ruhr (Flick-Konzern), Mitteldeutsche Sprengstoffwerke GmbH, Langelsheim; Beirat der Deutschen Bank für Köln/Aachen/Siegen (inzwischen verstorben)

Fischer-Dieskau, Joachim

vor 1945: Wehrwirtschaftsführer; Ministerialrat im Reichsarbeitsministerium

nach 1945: Stellvertretender Vorsitzender des Aufsichtsrates der Wohnungs-AG Salzgitter, Salzgitter-Lebenstedt; Funktionen in weiteren Unternehmen und Gremien der Bau- und Wohnungswirtschaft; Mitverfasser der Kommentare zum I. und II. Wohnungsgesetz und zum Bundesmietrecht ; ausgezeichnet mit dem Großen Bundesverdienstkreuz der Bundesrepublik Deutschland

Flick, Friedrich, Dr.-Ing. h. c. Dr. rer. pol. h.c.

vor 1945: Wehrwirtschaftsführer; Persönlich haftender Gesellschafter der Friedrich Flick KG, Düsseldorf; Vorsitzender des Aufsichtsrates: Anhaltische Kohlenwerke, Berlin, Eisenwerk-Gesellschaft Maximilianshütte, Sulzbach-Rosenberg-Hütte, Essener Steinkohlenbergwerke AG, Essen, Harpener Bergbau AG, Dortmund, Mitteldeutsche Stahlwerke AG, Riesa/Elbe, Sächsische Gußstahl-Werke Dohlen AG, Freital u.a.; Stellvertretender Vorsitzender des Aufsichtsrates: Linke-Hoffmann-Werke AG, Breslau, Waggon- und Maschinenfabrik AG, vorm. Busch, Bautzen, u. a.; Aufsichtsratsmitglied: Allgemeine Elektrizitäts-Gesellschaft, Berlin, Allianz Versicherungs AG, Berlin, ATG Allgemeine Transportanlagen GmbH, Leipzig, Dresdner Bank, Berlin, Dynamit AG, vorm. Alfred Nobel u. Co., Hamburg, Vereinigte Stahlwerke AG, Düsseldorf; Beirat der Deutschen Reichsbank, Berlin

nach 1945: Hauptangeklagter im Nürnberger Flick-Prozeß; verurteilt wegen Kriegsverbrechen, Verbrechen gegen die Menschlichkeit und Ausbeutung von Sklavenarbeitern; Persönlich haftender Gesellschafter und Geschäftsführer der Friedrich Flick KG, Düsseldorf; Vorsitzender des Aufsichtsrates Dynamit AG, vorm. Alfred Nobel & Co., Troisdorf; Aktionär oder Mitglied von Aufsichtsorganen einer Vielzahl weiterer Unternehmen

Frank-Fahle, Guenther, Dr.

vor 1945: Direktor der IG-Farben-Industrie AG, Vermittlungsstelle W (Wehrmacht); Prokurist der Ammoniakwerke Merseburg GmbH, Leuna; Verbindungsmann der IG-Farben zu amerikanischen Chemiekonzernen

nach 1945: Geschäftsführender Gesellschafter der Deutschen Commerz GmbH, Frankfurt a. M.; Geschäftsführer der Continentalen Commerz GmbH, Frankfurt a. M., Beirat der Deutschen Bank AG

Frauendorfer, Max, Dr.

vor 1945: Langjähriges Mitglied der NSDAP und der SS; Angehöriger des Stabes des Reichsführers SS, Himmler; Leiter des Amtes für ständischen Aufbau der NSDAP; Hauptabteilungsleiter des Reichsrechtsamtes; Präsident der Hauptabteilung Arbeit des „Generalgouvernements“; hier hauptverantwortlich für die Deportation Hunderttausender polnischer Bürger

nach 1945: Direktor: Allianz Lebensversicherungs-AG, Stuttgart, Allianz Versicherungs AG, Westberlin-München; stellvertretender Schatzmeister der CSU

Fremerey, Gustav

vor 1945: Regierungsdirektor im Reichswirtschaftsministerium; war für die Wehrwirtschaftsplanung verantwortlich und hat aktiv bei der Aufrüstung und Kriegsvorbereitung mitgewirkt

nach 1945: Präsident des Bundesamtes für gewerbliche Wirtschaft, dem u. a. die Erfassung und Genehmigung des Umgangs mit Kriegswaffen, die Entwicklungshilfe und die Untersuchung der Konzentration in der Wirtschaft obliegt

Freudenberg, Richard, Dr. h. c.

vor 1945: Wehrwirtschaftsführer; Aufsichtsratsmitglied der Deutschen Bank, Berlin

nach 1945: Gesellschafter der Firma Freudenberg und Co., KG, Weinheim; Aufsichtsrat: Farbenfabriken Bayer AG, Leverkusen (IG-Farben-Gruppe), Deutsche Bank AG; Vorstand des Deutschen Industrie- und Handelstages (DIHT) Bonn; Präsident der Industrie- und Handelskammer Mannheim; Präsidialmitglied des Bundesverbandes der Deutschen Industrie; 1949-1953 Mitglied des Bundestages; ausgezeichnet mit dem Großen Bundesverdienstkreuz des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland

Frydag, Karl

vor 1945: Wehrwirtschaftsführer; Leiter des Hauptausschusses Flugzeugbau beim Reichsminister für Rüstung und Kriegsproduktion

nach 1945: Langjähriger Präsidial-Geschäftsführer im Bundesverband der Deutschen Luft- und Raumfahrtindustrie e. V., Bad Godesberg; Aufsichtsrat der Henschel-Flugzeugwerke, Kassel

Gajewski, Fritz, Dr. Dr. h. c.

vor 1945: Wehrwirtschaftsführer; Mitglied des Vorstandes der IG-Farben-Industrie AG, Frankfurt a. M.; Leiter der Sparte III der IG-Farben (Photographica, Kunststoffe, Kunstseide); Stellvertretender Vorsitzender des Aufsichtsrates: Dynamit AG, Troisdorf; Verwaltungsrat der Dynamit Nobel AG, Preßburg/Slowakei (Bratislava); Fachgruppenleiter der Wirtschaftsgruppe Chemische Industrie; an Geheimverhandlungen mit der Wehrmacht über chemische Kriegsproduktion beteiligt; Mitverantwortlicher für den Einsatz von KZ-Häftlingen als Sklavenarbeiter

nach 1945: Angeklagter im Nürnberger IG-Farben-Prozeß; Aufsichtsratsmitglied: Chemie-Verwaltungs-AG, Frankfurt a. M., Chemische Werke Hüls AG, Marl, Kreis Recklinghausen; Ehrenvorsitzender des Aufsichtsrates: Dynamit Nobel AG, Troisdorf (Flick-Konzern), IG-Farben-Industrie AG i. A. Frankfurt a. M.; ausgezeichnet mit dem Großkreuz des Verdienstordens der Bundesrepublik (inzwischen verstorben)

Gattineau, Heinrich, Dr.

vor 1945: Direktor der IG-Farben-Industrie AG, Frankfurt a. M.; Leiter der volkswirtschaftlichen Abteilung und Leiter der wirtschaftspolitischen Abteilung der I. G.; Betriebsführer der Dynamit Nobel AG, Preßburg/(Bratislava), und der Donau Chemie AG, Wien; Freund Himmlers und Görings; SS-Standartenführer

nach 1945: Angeklagter im Nürnberger IG-Farben-Prozeß; Vorstand: Wasag-Chemie AG, Essen (Krupp-Konzern), Guano-Werke AG, Hamburg (Krupp- und Guano-Konzern); Aufsichtsrat: Mitteldeutsche Sprengstoffwerke GmbH, Langelsheim u. a. Unternehmen; Beirat der Dresdner Bank AG, Düsseldorf

Goldschmidt, Bernhard, Dr.

vor 1945: Wehrwirtschaftsführer; Vorsitzender des Aufsichtsrates Th. Goldschmidt AG, Essen

nach 1945: Stand auf der amerikanischen Kriegsverbrecherliste; Ehrenpräsident des Aufsichtsrates der Th. Goldschmidt AG, Essen; ausgezeichnet mit dem Großen Verdienstkreuz des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland

Goetz, Carl

vor 1945: Vorsitzender des Aufsichtsrates der Dresdner Bank, Berlin

nach 1945: Stand auf der amerikanischen Kriegsverbrecherliste; Ehrenvorsitzender des Aufsichtsrates der Dresdner Bank AG, Frankfurt a. M.; ausgezeichnet mit dem Großen Verdienstkreuz des Verdienstordens mit Stern (inzwischen verstorben)

Gräbner, Georg, Dr.

vor 1945: Wehrwirtschaftsführer; Leiter der Reichsstelle für Holz

nach 1945: Geschäftsführer: Vereinigung der Holzhandelsverbände Hannover, Verband der Holzhändler Niedersachsen und Bremen e. V., Hannover

Graetz, Erich

vor 1945: Wehrwirtschaftsführer; Vorsitzender des Vorstandes und Betriebsführer der Ehrlich & Graetz AG, Berlin; an der Ausplünderung der Zwangsarbeiter maßgeblich beteiligt

nach 1945: Fabrikant, Mitinhaber der Graetz KG, Altona/Westfalen; Vorstandsmitglied der Graetz AG, Hamburg (1963)

Haver, Kurt

vor 1945: Wehrwirtschaftsführer

nach 1945: Vorsitzender des Vorstandes der Verkaufsvereinigung für Teererzeugnisse AG; Vorsitzender der Geschäftsführung der Ruhrkohlen-Beratung GmbH, Essen; Vorsitzender des Aufsichtsrates der Westfälischen Transport AG, Dortmund (Hoesch- und Hoogovens-Konzern); Aufsichtsrat der Essener Steinkohlenwerke AG, Essen (Mannesmann-Konzern)

Hettlage, Karl, Prof. Dr.

vor 1945: SS-Hauptsturmführer; Stadtkämmerer von Berlin; Generalreferent im Reichsministerium für Rüstung und Kriegsproduktion; Vorstand der Commerzbank AG, Hamburg-Berlin; Vorsitzender des Aufsichtsrates: Hansa-Bank, Riga, Verwertungsgesellschaft für Montanindustrie GmbH u. a.; Mitglied der Akademie für deutsches Recht; Professor für Rechtswissenschaft

nach 1945: Staatssekretär des Bundesfinanzministeriums; Mitglied der Hohen Behörde für Montanunion; Stellvertretender Vorsitzender des Aufsichtsrates: Vereinigte Elektrizitäts- und Bergwerks AG, Hamburg-Bonn; Aufsichtsrat: Vereinigte Industrie-Unternehmungen AG (VIAG), Bonn, Volkswagenwerk AG, Wolfsburg, Kernreaktor Bau- und Betriebsgesellschaft mbH, Karlsruhe u. a.; Professor für öffentliches Recht an der Universität Mainz

Heyne, Hans, Dr.

vor 1945: Wehrwirtschaftsführer; Vorstandsmitglied und Generalbevollmächtigter der AEG Berlin; Vorsitzender des Aufsichtsrates der AEG: Leiter des Hauptausschusses Flugzeugausrüstung beim Reichsminister für Rüstung und Kriegsproduktion; Mitglied des Industrierates für die Entwicklung von Luftwaffengeräten; Heyne erhielt wegen seiner „Verdienste“ um die faschistische Luftwaffe das Ritterkreuz zum Kriegsverdienstkreuz

nach 1945: Vorsitzender des Aufsichtsrates: AEG Allgemeine Elektrizitäts-Gesellschaft, Westberlin/Frankfurt a. M., Telefunken AG, Westberlin (AEG-Konzern), (AEG und Telefunken sind durch Beteiligung am Starfighter-Programm und am Hawk-Raketenbau maßgeblich für die Aufrüstung Westdeutschlands tätig), Olympia-Werke AG, Wilhelmshaven (AEG-Konzern), Osram GmbH, München/Westberlin (AEG, Siemens, General Electric Co.); Aufsichtsratsfunktionen in weiteren AEG-Gesellschaften; Aufsichtsrat der Deutschen Bank AG; ausgezeichnet mit dem Großen Verdienstkreuz mit Stern des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland

Hinsel, Paul, Dr.-Ing.

vor 1945: Wehrwirtschaftsführer

nach 1945: Vorstandsmitglied im Verein der Bayrischen Metallverarbeitenden Industrie; Ehrenszenator der Universität für Wirtschafts- und Sozialwissenschaft Erlangen-Nürnberg

Hinz, Fritz, Dr.-Ing.

vor 1945: Wehrwirtschaftsführer; Betriebsführer der Henschel und Sohn GmbH, Kassel; Aufsichtsratsmitglied: Oberschlesische Lokomotivwerke AG, Kattowitz (Katowice), Steana Motrica Bukarest, Wiener Locomotiv-Fabriks-AG, Wien

nach 1945: Persönlich haftender Gesellschafter: Hessisches Metallwerk Imfeld&Co., Kassel; Ehrenpräsident der Vereinigung Deutscher Lokomotivfabriken, Frankfurt a. M.; ausgezeichnet mit dem Großen Bundesverdienstkreuz der Bundesrepublik Deutschland

Holtz, Wolfgang

vor 1945: Ministerialdirigent im Reichswirtschaftsministerium; arbeitete eng mit den Kohlen- und Stahlkonzernen zusammen

nach 1945: Ministerialdirektor und Leiter der Abteilung Verteidigungswirtschaft im Bonner Kriegsministerium; Aufsichtsrat der Monopol-Bergwerks GmbH, Kamen (Flick-Konzern)

Hopf, Volkmar

vor 1945: Landrat in Pommern; dort verantwortlich für die Verschleppung von Antifaschisten ins KZ; Kreishauptmann in der CSR, verfolgte tschechische Patrioten

nach 1945: Staatssekretär im Bundesverteidigungsministerium a. D. (durch die Spiegelaffäre zum Rücktritt gezwungen); Präsident des Bundesrechnungshofes; Vorsitzender des Aufsichtsrates: Industrieverwaltungsgesellschaft mbH, Bad Godesberg, Deutsche Revisions- und Treuhand AG, Westberlin/Frankfurt a. M., AG für Wirtschaftsprüfung Westberlin/Düsseldorf

Hunke, Heinrich, Prof. Dr.

vor 1945: Wehrwirtschaftsführer; Präsident des Werberates der deutschen Wirtschaft; Ministerialdirektor und Leiter der Abteilung Ausland im Reichsministerium für Volksaufklärung und Propaganda; Hauptlektor der parteiamtlichen Prüfungskommission im Reichsministerium für Volksaufklärung und Propaganda u. a.

nach 1945: Ministerialdirigent im Niedersächsischen Ministerium der Finanzen, Leiter der Abteilung II - Vermögen und Finanzhilfen -; Vorsitzender des Aufsichtsrates: Niedersächsische Zahlenlotto GmbH, Hannover, Fußballtoto GmbH, Hannover; Stellvertretender des Vorsitzenden des Aufsichtsrates der Niedersächsischen Heimstätte GmbH, Hannover u. a.

Jähne, Friedrich, Dr.-Ing. h. c.

vor 1945: Wehrwirtschaftsführer; Mitglied des Vorstandes der IG-Farben-Industrie AG, Frankfurt a. M.; Mitglied des Technischen und Finanzausschusses der IG; Vorsitzender der Technischen Kommission der IG, Mitglied in Aufsichtsräten mehrerer IG-Unternehmen; Mitglied des Großen Beirates bei der Reichsgruppe Industrie

nach 1945: Angeklagter im Nürnberger IG-Farben-Prozeß, verurteilt zu langjähriger Gefängnisstrafe; Ehrenvorsitzender des Aufsichtsrates der Farbwerke Höchst AG, Frankfurt a. M. - Höchst (IG-Farben-Gruppe); Vorsitzender - des Aufsichtsrates der Adolf Messer GmbH, Frankfurt a. M.; ausgezeichnet mit dem Großen Verdienstkreuz mit Stern des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland (inzwischen verstorben)

Kaletsch, Konrad

vor 1945: Wehrwirtschaftsführer; Generalbevollmächtigter der Friedrich Flick KG, Düsseldorf; Vorstand der Mitteldeutschen Stahlwerke AG, Riesa; Stellvertretender Vorsitzender des Aufsichtsrates der Eisenwerk-Gesellschaft Maximilianshütte; Aufsichtsratsmitglied in vielen Konzernen

nach 1945: Angeklagter im Nürnberger Flick-Prozeß; Persönlich haftender Gesellschafter der Friedrich Flick KG, Düsseldorf; Geschäftsführer: Mitteldeutsche Stahlwerke GmbH, Westberlin, Verwaltungsgesellschaft für Steinkohlenbergbau und Hüttenbetrieb mbH, Düsseldorf; Aufsichtsratsmitglied: Daimler-Benz AG, Stuttgart/Untertürkheim, Dynamit Nobel AG, Troisdorf, Süd-Chemie AG, München, Eisenwerk-Gesellschaft Maximilianshütte mbH, Sulzbach-Rosenberg; ausgezeichnet mit dem Großen Bundesverdienstkreuz des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland

Keyserlingk, Wedig Freiherr von

vor 1945: Wehrwirtschaftsführer

nach 1945: Geschäftsführer der Deuta-Werke, vormals Deutsche Tachometerwerke GmbH, Bergisch-Gladbach

Kiehn, Fritz

vor 1945: Wehrwirtschaftsführer; Aufsichtsratsmitglied: Deutsche Effekten- und Wechselbank, Frankfurt a. M., Berlin, NSU-Werke AG, Neckarsulm; Beirat der Reichswirtschaftskammer Berlin

nach 1945: Gesellschafter und Geschäftsführer der Efka-Werke Fritz Kiehn GmbH, Trossingen/Württemberg

Knieriem, August von, Dr.

vor 1945: Mitglied des Vorstandes der IG-Farben-Industrie AG, Frankfurt a. M.; Leiter des IG-Rechtsausschusses (Chefsyndikus); Mitglied des Zentral- und Arbeitsausschusses der IG-Farben; Mitglied des Aufsichtsrates der Anorgana GmbH, Frankfurt a. M. (Giftgaswerk der IG-Farben)

nach 1945: Angeklagter im Nürnberger IG-Farben-Prozeß; langjähriger Vorsitzender des Aufsichtsrates der IG-Farben-Industrie AG i. L., Frankfurt a. M.

Knott, Carl, Dr.

vor 1945: Wehrwirtschaftsführer; Vorstandsmitglied der Siemens-Schuckert-Werke AG, Berlin-Siemensstadt

nach 1945: Langjähriger Vorstand der Siemens-Schuckert-Werke AG, Westberlin/Erlangen; als Vertreter des Siemens-Konzerns in einer Reihe von Gremien der Atomwirtschaft und -forschung, u. a. Präsidium Deutsche Atomkommission, Bonn; Mitglied der Bayerischen Atomkommission, München; Beirat Kernenergie beim Wirtschaftsministerium Baden-Württemberg; Vorstand des Rationalisierungs-Kuratoriums der Deutschen Wirtschaft (RKW), Frankfurt a. M.; Verwaltungsratsmitglied der Siemens Industrie Electrica S. A., Madrid; Ehrendoktor, -bürger und -Senator der Universität Erlangen; ausgezeichnet mit dem Großen Bundesverdienstkreuz mit Stern des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland

Könecke, Fritz, Dr. Dr.-Ing. h. c.

vor 1945: Wehrwirtschaftsführer; Vorsitzender des Vorstandes der Continental Gummi-Werke AG, Hannover; Vorsitzender eines Rüstungsausschusses

nach 1945: Stand auf der amerikanischen Kriegsverbrecherliste; Vorsitzender des Aufsichtsrates der Holzindustrie Bruchsal GmbH, Bruchsal; ausgezeichnet mit dem Großen Verdienstkreuz mit Stern des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland

Kreibich, Emil, Dr.

vor 1945: Wehrwirtschaftsführer; Aufsichtsratsmitglied der Deutschen Bank Berlin; Präsident der Industrie- und Handelskammer Reichenberg (Liberec), Leiter der Außenhandelsstelle für das Sudetenland, Reichenberg

nach 1945: Inhaber der Firma Wegena, Dr. Kreibich KG, Westberlin und Hamburg

Krupp von Bohlen und Halbach, Alfred, Dr.-Ing. h. c. Dr. rer. pol. h. c.

vor 1945: Wehrwirtschaftsführer; Mitglied des Rüstungsrates; Vorstand der Friedrich Krupp AG, Essen (bis 1943); Inhaber Friedrich Krupp, Essen (ab 1943); Mitglied des Präsidiums der Reichsvereinigung Kohle

nach 1945: Hauptangeklagter im Nürnberger Krupp-Prozeß; als Kriegsverbrecher vom amerikanischen Militärgerichtshof 1948 zu 12 Jahren Gefängnis und Einziehung seines gesamten Vermögens verurteilt; seit 1951 auf Betreiben der Bonner Regierung wieder Inhaber der Friedrich Krupp, Essen; Vorsitzender des Aufsichtsrates: Aktien-Gesellschaft „Weser“, Bremen, Siepmann Werke AG, Belecke/Mohne; Aufsichtsratsmitglied der Dresdner Bank AG, Frankfurt a. M. (inzwischen verstorben)

Kugler, Hans

vor 1945: Direktor der Verkaufsgemeinschaft der IG-Farben-Industrie AG, Frankfurt a.M.; Mitglied des Südost-Europa-Ausschusses der IG-Farben; hauptverantwortlich an der Okkupation und Ausplünderung der französischen Chemie-Industrie beteiligt; Kommissar des Reichswirtschaftsministeriums für die Aussig-Falkenau Werke in der CSR

nach 1945: Angeklagter im Nürnberger IG-Farben-Prozeß, zu Gefängnis verurteilt; Vorstandsmitglied: Casella-Farbwerke Mainkur AG, Frankfurt a. M., Riedel de Haen AG, Seelze bei Hannover; Mitglied des Hauptausschusses des Verbandes der Chemischen Industrie e. V., Frankfurt a. M.

Küppenbender, Heinrich, Dr.-Ing. Dr.-Ing. h. c.

vor 1945: Wehrwirtschaftsführer; Vorstandsmitglied der Zeiss-Ikon AG, Dresden; Betriebsführer der Zeiss-Werke, Jena; erhielt wegen „besonderer Verdienste“ für die faschistische Kriegsproduktion das „Ritterkreuz des Kriegsverdienstkreuzes mit Schwertern“; terrorisierte Tausende von ausländischen Zwangsarbeitern

nach 1945: Vorstandsmitglied des widerrechtlich von ihm unter Mißbrauch des Namens Carl Zeiss errichteten Zeiss-Konzerns. Oberkochen; Vorsitzender des Aufsichtsrates: Voigtländer AG, Braunschweig, Zeiss-Ikon AG, Stuttgart und anderer; ausgezeichnet mit dem Großen Verdienstkreuz des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland

Lautz, Julius von

vor 1945: Oberregierungsrat im Reichswirtschaftsministerium. Wehrwirtschaftliche Abteilung; wirkte bei der Kriegsvorbereitung und Kriegsführung der Faschisten auf dem Gebiet der Wirtschaft mit

nach 1945: Saarländischer Minister der Justiz; Landesvorsitzender der CDU Saarland, -Mitglied des Vermittlungsausschusses des Bundestages und des Bundesrates

Loew, Gottfried

vor 1945: Wehrwirtschaftsführer; Stellvertretender Betriebsführer und Werkleiter des Werkes Lemwerder der „Weser“ Flugzeugbau GmbH, Bremen

nach 1945: Geschäftsführer der Vereinigten Flugtechnischen Werke GmbH, Bremen (Krupp, United Aircraft Corp.)

Lübke, Heinrich, Dr. h. c.

vor 1945: Direktor einer Siedlungsgesellschaft; stellvertretender Leiter der Baugruppe Schlempp; V-Mann der Gestapo; entwarf KZ-Baupläne; leitete 1944 den Aufbau von Außenlagern des Konzentrationslagers Buchenwald; verantwortlich für den Tod Hunderter Polen, Franzosen, Italiener, Sowjetbürger und Deutscher durch Sklavenarbeit

nach 1945: Präsident der Bundesrepublik Deutschland, zuvor Bundesminister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten, Landwirtschaftsminister von Nordrhein-Westfalen

Lüdinghausen-Wolff, Reinhold Freiherr von

vor 1945: Vorstand der Böhmisches Escompte-Bank, Prag; Stellvertretender Vorsitzender des Verwaltungsrates der Skoda-Werke in Pilsen (Plzn); Präsident der Ungarischen Blechemballagenwerke AG, Győr

nach 1945: Stand auf der amerikanischen Kriegsverbrecherliste; Direktor der Dresdner Bank AG, Hannover; Vorsitzender des Aufsichtsrates der Sichel-Werke AG, Hannover-Limmer; Inhaber weiterer Aufsichtsratsmandate

Mahle, Hermann

vor 1945: Wehrwirtschaftsführer

nach 1945: Kommanditist der Mahle KG, Stuttgart-Bad Cannstadt; Gesellschafter der Mahle-Werke GmbH, Fellbach bei Stuttgart u. a. Familien-Unternehmen; Beirat der Deutschen Bank AG; Ehrensensator der Technischen Hochschule Stuttgart

Malaisè, Gerhart von, Dr.

vor 1945: Wehrwirtschaftsführer

nach 1945: Vorstandsmitglied der Hamburger Elektrizitätswerke AG, Hamburg; Vorsitzender des Aufsichtsrates der Deutschen Porenbeton GmbH, Hamburg; Mitglied des Landesausschusses Hamburg der Commerzbank AG

Martini, Herbert, Dr.

vor 1945: Ministerialdirigent und Reichskommissar bei der Berliner Börse; an der Arisierung verschiedener Banken beteiligt; Experte der Kriegs- und Rüstungsfinanzierung im Reichswirtschaftsministerium

nach 1945: Stellvertreter des deutschen Beraters für den Marshallplan; Vorstandsmitglied der Kreditanstalt für den Wiederaufbau Frankfurt a. M.; Aufsichtsrat: Deutsche Effekten- und Wechselbank, Frankfurt a. M., Industriekreditbank AG Düsseldorf, Hoesch-AG, Dortmund, Hugo Stinnes AG, Düsseldorf, u. a.; Verwaltungsrat der Europäischen Investitionsbank, Brüssel, u. a.

Mauterer, Arthur, Dr. Ing. h. c.

vor 1945: Vorstand der Dortmunder Union Brückenbau AG, Dortmund; Leiter des Hauptausschusses Stahl- und Eisenbau beim Reichsminister für Rüstung und Kriegsproduktion

nach 1945: Stand auf der amerikanischen Kriegsverbrecherliste, Vorstand der Rheinstahl-Union, Maschinen- und Stahlbau AG, Düsseldorf

Meer, Fritzter, Dr. Dr.-Ing. h. c.

vor 1945: Wehrwirtschaftsführer; Vorstandsmitglied und einer der Großaktionäre der IG-Farben-Industrie AG, Frankfurt a. M., - Mitglied ihres Zentralausschusses; Geschäftsführer der Buna-Werke GmbH, Schkopau; Mitglied zahlreicher Aufsichtsorgane in IG-Farben-Unternehmen, Tochtergesellschaften und Affiliationen im In- und Ausland; Beauftragter des Reichsministers für Rüstung und Kriegsproduktion für Italien; hauptschuldig an den Verbrechen der IG-Farben in Auschwitz; war führend an der Einverleibung der Chemischen Industrie der okkupierten Länder beteiligt

nach 1945: Hauptbelasteter im IG-Farben-Prozeß in Nürnberg, zu einer langjährigen Gefängnisstrafe verurteilt; Ehrenvorsitzender des Aufsichtsrates und des Vorstandes der Farbenfabriken Bayer AG, Leverkusen (inzwischen verstorben)

Merck, Karl, Dr. Dr. rer. nat. h. c.

vor 1945: Wehrwirtschaftsführer; Mitinhaber und Betriebsführer E. Merck, Chemische Fabrik, Darmstadt

nach 1945: Gesellschafter Emanuel Merck oHG, Darmstadt, Aufsichtsratsmitglied der Gothaer Lebensversicherungs AG, Göttingen; Ehrenmitglied verschiedener Unternehmervverbände der Chemischen Industrie; ausgezeichnet mit dem Großen Bundesverdienstkreuz des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland

Merker, Otto, Dr.-Ing.

vor 1945: Wehrwirtschaftsführer; Stellvertretender Vorsitzender des Vorstandes der Klöckner-Humboldt-Deutz AG, Köln-Deutz; Leiter des Hauptausschusses Schiffbau beim Reichsministerium für Rüstung und Kriegsproduktion

nach 1945: Aufsichtsratsfunktionen in verschiedenen in- und ausländischen Gesellschaften des Rheinstahl-Konzerns; Mitglied des Vorstandes im Gesamtverband der Metallindustriellen Arbeitgeberverbände e. V., Köln; Beirat der Deutschen Bank AG; ausgezeichnet mit dem Bundesverdienstkreuz des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland

Messerschmitt, Willy, Prof. Dr. Ing. h. c.

vor 1945: Wehrwirtschaftsführer; Träger des faschistischen Titels „Pionier der Arbeit“, Vorstand der Messerschmitt AG, Augsburg; mitverantwortlich für den Einsatz von Häftlingen der KZ in Dachau, Mauthausen und Flossenbürg zur Zwangsarbeit

nach 1945: Stand auf der amerikanischen Kriegsverbrecherliste; Beirat des Bankhauses Aufhäuser; Stellvertretender Vorsitzender des Aufsichtsrates der Messerschmitt AG, Augsburg; Beirat des Bundesverbandes der Deutschen Luft- und Raumfahrtindustrie e. V., Düsseldorf; ausgezeichnet mit dem Bayerischen Verdienstorden, dem Großkreuz des Verdienstordens für die Luftfahrt Spaniens (für den Anteil an der Entwicklung eines spanischen Düsenjägers nach Kriegsende 1954 vom Franko-Regime verliehen)

Michel, Elmar, Dr.

vor 1945: Ministerialdirigent im Reichswirtschaftsministerium; Generalreferent für Rohstofffragen; war maßgeblich an der wirtschaftlichen Vorbereitung und Durchführung der faschistischen Aggression, vor allem gegen die westeuropäischen Länder, beteiligt; im Verlauf des zweiten Weltkrieges als Militärverwaltungschef beim Militärbefehlshaber in Frankreich; Mitinitiator der Maßnahmen zur Ausplünderung, Ausbeutung, Verklavung und Verschleppung der französischen Bevölkerung

nach 1945: Ministerialdirektor im Bundeswirtschaftsministerium a. D.; Vorsitzender des Vorstandes der Salamander AG, Kornwestheim/Württemberg; Vorsitzender des Aufsichtsrates der Cornelius Heyl AG, Worms/Rhein u. a.; Vorsitzender des Arbeitskreises für verteidigungswirtschaftliche Fragen des Deutschen Industrie- und Handelstages, Bonn

Mittelstraß, Fritz, Dr.

vor 1945: Abwehrbeauftragter und V-Mann der Gestapo im Reichsministerium für Rüstung und Kriegsproduktion; vorher im Reichswirtschaftsministerium tätig

nach 1945: Ministerialrat im Bundeswirtschaftsministerium; langjähriger Leiter des Aufgabenbereiches Wirtschaftspolitische Grundsatzfragen der zivilen und militärischen Verteidigung; beteiligt an der Ausarbeitung der geplanten, z. T. bereits vom Bonner Bundestag sanktionierten Notstandsgesetzgebung auf dem Gebiet der Wirtschaft

Möhlenbeck, Wilhelm

vor 1945: Wehrwirtschaftsführer; Leiter der Fachgruppe Ledererzeugende Industrie; Vorsitzender des Centralvereins der Deutschen Lederindustrie Berlin

nach 1945: Inhaber der Firma Wilhelm Möhlenbeck KG, Wolfenhausen/Taunus

Nallinger, Fritz, Prof. Dr.-Ing. h. c.

vor 1945: Wehrwirtschaftsführer

nach 1945: Vorstandsmitglied und Cheffingenieur der Daimler-Benz AG, Stuttgart/Untertürkheim; Stellvertretender Vorsitzender des Aufsichtsrates der Auto-Union, Düsseldorf; Mitglied: Deutsche Atomkommission, Luftfahrtbeirat beim Bundesminister für Verkehr; ausgezeichnet mit dem Großen Bundesverdienstkreuz mit Stern des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland

Neef, Fritz

vor 1945: Volkswirt im Reichswirtschaftsministerium; war für die wirtschaftlichen Maßnahmen der totalen Kriegsführung mitverantwortlich

nach 1945: Staatssekretär im Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

Oehme, Adolf

vor 1945: Wehrwirtschaftsführer

nach 1945: Langjähriges Vorstandsmitglied der Firma Voigtländer AG, Braunschweig

Pierburg, Alfred, Dr.-Ing. h. c. Dr. h. c.

vor 1945: Wehrwirtschaftsführer

nach 1945: Allgemeiner Geschäftsführer und Kommanditist: Deutsche Vergaser GmbH & Co KG, Neuss (Rhein), A. Pierburg, Auto- und Luftfahrt-Gerätebau KG, Neuss (Rhein), Deutsche Vergaser Gesellschaft (KG), Westberlin; Kommanditist: Bankhaus C. G. Trinkaus, Düsseldorf; Vorstandsmitglied des Verbandes der Automobilindustrie e. V., Frankfurt a. M.

Pohle, Wolfgang, Dr.

vor 1945: Direktor und Generalbevollmächtigter der Mannesmann AG; engster Mitarbeiter des Generaldirektors Zangen

nach 1945: Übernahm im Nürnberger Prozeß die Verteidigung der angeklagten Konzernherren Krupp und Flick und setzte sich für die Rehabilitierung der Großindustriellen

ein; Geschäftsführer und Persönlich haftender Gesellschafter der Friedrich Flick KG, Düsseldorf; Vorsitzender des Aufsichtsrates des IGT International Computers and Tabulators GmbH, Düsseldorf; Vorsitzender der Ständigen Kommission für deutsch-spanische wirtschaftliche Zusammenarbeit; Vorsitzender bzw. Mitglied verschiedener Ausschüsse des BDI und des Deutschen Industrie- und Handelstages (DIHT) sowie der Wirtschaftsvereinigung Stahl und Eisen; 1953 bis 1957 Bundestag, CDU-Fraktion; CDU-Bundestagskandidat 1965 und Vertrauensmann von Strauß

Prentzel, Felix-Alexander, Dr.

vor 1945: Prokurist der IG-Farben-Industrie AG, Frankfurt a. M.; leitender Mitarbeiter der Wirtschaftspolitischen Abteilung und Ressortleiter der Direktionsabteilung der IG-Farben; Mitarbeiter im Reichsamt für Wirtschaftsausbau

nach 1945: Ministerialdirigent im Bundeswirtschaftsministerium a. D., u. a. für die „Entflechtung“ der IG-Farben-Gruppe verantwortlich; Vorsitzender des Vorstandes Deutsche Gold- und Silber-Scheideanstalt, vormals Roessler (Degussa), Frankfurt a. M.; Aufsichtsrat: Metallgesellschaft Frankfurt a. M., Farbwerke Höchst AG, Frankfurt a. M., u. a.; Mitglied: Direktionskommission für die Verwendung von Atomenergie bei der OECD, Verwaltungsrat beim Institut für Entwicklungsländer; Vizepräsident des Verbandes der Chemischen Industrie

Reuleaux, Otto, Dr.-Ing. Dr.-Ing. h. c.

vor 1945: Wehrwirtschaftsführer

nach 1945: Langjähriger Vorsitzender des Vorstandes der Kali Chemie Engelhard-Katalysatoren GmbH, Hannover; Vorsitzender des Geld-, Kredit- und Währungsausschusses des Bundesverbandes der Deutschen Industrie, Köln; Aufsichtsratsfunktionen im Solvay-Konzern; Vorsitzender des Beirates der Deutschen Bank, Hannover; Aufsichtsratsmitglied des Gerling-Konzerns, Lebensversicherungs-AG, Köln; ausgezeichnet mit dem Großen Verdienstkreuz mit Stern des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland

Reuter, Franz, Dr.

vor 1945: Wehrwirtschaftsführer

nach 1945: Aufsichtsratsmitglied: Hütten- und Bergwerke Rheinhausen AG, Rheinhausen (Krupp-Konzern), Kronprinz AG, Solingen-Ohligs (Mannesmann-Konzern); Mitglied des Beirates des Bundesministeriums für Wirtschaftlichen Besitz des Bundes; Herausgeber der Zeitschrift „Der Volkswirt“, dem Scharfmacherorgan der Unternehmer; Vorsitzender des Wirtschaftsausschusses der FDP

Rienäcker, Waldemar

vor 1945: Wehrwirtschaftsführer; Gauamtsleiter im Amt für Technik Niederschlesien, Schlesische Elektrizitäts- und Gas AG, Gleiwitz (Gliwice); Mitglied der Zulassungsstelle für Wertpapiere an der Schlesischen Börse zu Breslau (Wroclaw)

nach 1945: Vorsitzender des Aufsichtsrates der Rheingau-Elektrizitätswerk AG, Eltville; Aufsichtsratsmitglied der Elektrizitäts AG, vorm. Lahmeyer & Co, Frankfurt a. M.; Beirat der Dresdner Bank, Hessen

Rinn, Hans

vor 1945: Direktor der Dresdner Bank, Berlin; war maßgeblich an der sogenannten Arisierung, vor allem jüdisch-holländischen Eigentums, beteiligt

nach 1945: Vorstandsmitglied der Dresdner Bank AG, Westberlin; Vorsitzender des Aufsichtsrates der Prix-Werke AG, Hamburg, und weiterer 6 Aktiengesellschaften; Stellvertretender Vorsitzender des Aufsichtsrates: Bank für Handel und Industrie AG, Westberlin, Deutsche Hypothekenbank, Bremen, u. a.

Rohland, Walter, Dr.-Ing.

vor 1945: Wehrwirtschaftsführer; Leiter des Hauptausschusses Panzerwagen beim Reichsminister für Rüstung und Kriegsproduktion; Geschäftsführer des Industrierates des Oberkommandos des Heeres; Vorstand der Vereinigten Stahlwerke AG, Düsseldorf

nach 1945: Stand auf der amerikanischen Kriegsverbrecherliste; Mitinhaber der Stahlwerk Mannheim AG, Mannheim-Rheinau, und weitere Aufsichtsratssitze im Thyssen-Konzern; Beirat der Bergischen Stahl-Industrie, Remscheid

Rothe, Leo S., Dr.

vor 1945: Wehrwirtschaftsführer, Vorsitzender des Vorstandes der Junkers Flugzeug- und Motorenwerke AG, Dessau

nach 1945: Stand auf der amerikanischen Kriegsverbrecherliste; Köln-Deutz; Inhaber zahlreicher Aufsichtsratsmandate; Ehrenpräsident des Bundesverbandes der Deutschen Luft- und Raumfahrtindustrie e. V., Bad Godesberg; Vorstandsmitglied des BDI

Sander, Hermann

vor 1945: Wehrwirtschaftsführer; Betriebsführer der Firma Carlshütte-Maschinen- und Stahlbau GmbH, Waldenburg-Altwasser/Schlesien (Walbrzych); Stellvertretender Vorsitzender des Aufsichtsrates der „Glückauf“ AG für Braunkohlenverwertung, Lichtenau, Bezirk Liegnitz (Legnica)

nach 1945: Vorstandsmitglied der Firma Ehrhardt & Sehmer Maschinenfabrik AG, Saarbrücken; Präsidialmitglied des Verbandes der Eisen- und Metallverarbeitenden Industrie des Saarlandes

Saur, Karl-Otto

vor 1945: Hauptdienstleiter und Amtschef im Reichsministerium für Rüstung und Kriegsproduktion; Chef des „Jägerstabes“ und Stellvertretender Leiter des Rüstungsstabes; in Hitlers Testament zum Nachfolger von Speer bestimmt

nach 1945: Leiter des technischen Büros in München-Pullach; beteiligt an der westdeutschen Raketenproduktion

Schattenberg, Horst-Henner

vor 1945: Stellvertretender Polizeipräsident von Koblenz; Oberregierungsrat im Reichsinnenministerium; Abteilungsleiter beim Reichsstatthalter in Posen (Poznan)

nach 1945: Ministerialrat im Bundeswirtschaftsministerium; langjähriger Leiter des Aufgabenbereiches Vorsorge und Notstände; Ministerialdirigent und Leiter der Unterabteilung H/A im Bundesministerium für „Gesamtdeutsche Fragen“

Schirner, Karl

vor 1945: Wehrwirtschaftsführer; Vorsitzender des Vorstandes der Deutschen Erdöl AG, Berlin; Aufsichtsratsmitglied: Deutsche Bank, Berlin, Continental Oel AG, Berlin; 1933-1939 Vorsitzender des Vorstandes: Vereinigte Aluminium-Werke, Berlin, und Vereinigte Industrie-Unternehmungen AG, Berlin

nach 1945: Vorsitzender des Aufsichtsrates der Vereinigten Aluminium-Werke AG, Bonn; Stellvertretender Vorsitzender des Aufsichtsrates: Deutsche Erdöl AG (DEA), Hamburg, Vereinigte Industrie-Unternehmungen AG (VIAG), Bonn, Ilseder Hütte AG, Feine; Aufsichtsratsmitglied: Farbwerke Höchst AG, Frankfurt a. M.; ausgezeichnet mit dem Großen Bundesverdienstkreuz mit Stern der Bundesrepublik Deutschland

Schlosser, Hermann

vor 1945: Vorsitzender des Vorstandes der Deutschen Gold- und Silber-Scheideanstalt vorm. Roessler (Degussa), Frankfurt a. M.; Produktionsbeauftragter für die Chemische Industrie des Reichsministers für Rüstung und Kriegsproduktion

nach 1945: Stand auf der amerikanischen Kriegsverbrecherliste; Ehrenvorsitzender des Aufsichtsrates der Degussa, Frankfurt a. M.; ausgezeichnet mit dem Großen Bundesverdienstkreuz des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland

Schmid-Lossberg, Heinz

vor 1945: Wehrwirtschaftsführer; Geschäftsführer des Rüstungskontors im Reichsministerium für Rüstung und Kriegsproduktion

nach 1945: Generalbevollmächtigter der Berliner Handels-Gesellschaft, Westberlin - Frankfurt a. M.; Vorstandsmitglied der Berliner Handelsbank AG, Westberlin; Vorsitzender des Aufsichtsrates: Frankfurter Kredit-Bank GmbH, Frankfurt a. M., Berliner AG für Vermögensverwaltung, Westberlin; Stellvertretender Vorsitzender des Aufsichtsrates: Kabelwerke Wilhelminenhof AG, Westberlin, Neckermann Versand KG, Frankfurt a. M., u. a.

Schneider, Christian, Dr.

vor 1945: Wehrwirtschaftsführer; Vorstandsmitglied der IG-Farben-Industrie AG, Frankfurt a. M.; Hauptabwehrbeauftragter und Hauptbetriebsführer der IG-Farben; Betriebsführer der Ammoniakwerke Merseburg GmbH, Leuna-Werke

nach 1945: Angeklagter im Nürnberger IG-Farben-Prozeß; Aufsichtsratsmitglied: Süddeutsche Kalkstickstoff-Werke AG, Trostberg, (Hauptaktionär der IG-Farben-Gruppe und Vereinigte Industrie-Unternehmungen AG)

Scholz, William, Dr.-Ing. h. c.

vor 1945: Wehrwirtschaftsführer

nach 1945: Aufsichtsrat: Deutsche Werft AG, Hamburg (AEG- und Haniel-Konzern). Germanische Lloyd, Hamburg, Vorstand der Kernenergie-Studiengesellschaft, Hamburg; Beirat der Deutschen Bank, Hamburg/Schleswig-Holstein ; Fachausschuß „Kernenergie für Schiffe“ der Deutschen Atomkommission, Bonn; ausgezeichnet mit dem Großen Bundesverdienstkreuz des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland (inzwischen verstorben)

Schulze-Fielitz, Günter

vor 1945: Staatssekretär im Reichsministerium für Rüstung und Kriegsproduktion; Stellvertreter Speers; Generalinspekteur für Wasser und Energie

nach 1945: Regierungs-Baumeister a.D.; Vorstandsmitglied der Hochtief AG für Hoch- und Tiefbauten, Essen; Beirat der Deutschen Bank, Essen/Dortmund/Duisburg

Schwede, Walter

vor 1945: Vorstand der Vereinigten Stahlwerke AG, Düsseldorf

nach 1945: Stand auf der amerikanischen Kriegsverbrecherliste; Ehrenvorsitzender des Aufsichtsrates der Handelsunion AG (Thyssen-Konzern), Düsseldorf; ausgezeichnet mit dem Großen Verdienstkreuz des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland (inzwischen verstorben)

Siemens, Hermann von

vor 1945: Chef des Siemenskonzerns

nach 1945: Stand auf der amerikanischen Kriegsverbrecherliste; Aufsichtsrat der Siemens AG, Westberlin/München; ausgezeichnet mit dem Großen Verdienstkreuz des Verdienstordens mit Stern und Schulterband der Bundesrepublik Deutschland

Ter-Nedden, Wilhelm, Dr.

vor 1945: Ministerialrat; „Ostspezialist“ im Reichswirtschaftsministerium; später im Reichsministerium für die besetzten Ostgebiete als Stellvertretender Leiter des Wirtschaftsstabes Ost, Chefgruppe W tätig; an der Ausplünderung der okkupierten Länder beteiligt

nach 1945: Ministerialdirektor und Leiter der Abteilung Allgemeine Verkehrspolitik und Verkehrswirtschaft im Bundesverkehrsministerium

Thalau, Karl, Prof. Dr.-Ing.

vor 1945: Wehrwirtschaftsführer

nach 1945: Geschäftsführer der Ernst Heinkel Flugzeugbau GmbH, Speyer und München; Stellvertretender Vorsitzender des Aufsichtsrates der Junkers Flugzeug- und Motorenwerke AG, München

Thiedemann, Richard

vor 1945: Wehrwirtschaftsführer; Direktor der Junkers Flugzeug- und Motorenwerke AG, Dessau

nach 1945: Langjähriges Vorstandsmitglied der Henschel Flugzeugwerke AG, Kassel, jetzt Aufsichtsratsmitglied

Tix, Arthur, Dr.-Ing. h. c.

vor 1945: Wehrwirtschaftsführer, Vorstand des Bochumer Vereins für Gußstahlfabrikation AG, Bochum; Leiter des Hauptausschusses Warfen beim Reichsminister für Rüstung und Kriegsproduktion; Mitglied des Industrierates des Oberkommandos des Heeres; Träger des Ritterkreuzes

nach 1945: Stand auf der amerikanischen Kriegsverbrecherliste; Vorstand des Bochumer Vereins für Gußstahlfabrikation AG (Krupp-Konzern), Bochum; ausgezeichnet mit dem Großen Verdienstkreuz des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland

Tüngeler, Johannes

vor 1945: Reichsbankrat im Reichswirtschaftsministerium; Abwehrbeauftragter; Verbindungsmann zur Gestapo und zum SD

nach 1945: Bankdirektor und Direktoriumsmitglied der Deutschen Bundesbank und Zentralbank, Frankfurt a. M.

Vialon, Karl, Prof. Dr.

vor 1945: Landgerichtsrat beim Oberlandesgericht Karlsruhe; Oberregierungsrat beim Reichsfinanzministerium; half mit, das okkupierte Elsaß auszuplündern; Regierungsdirektor und Leiter der Finanzabteilung des Reichskommissariats für das Ostland in Riga, beteiligte sich an der „Endlösung der Judenfrage“ nicht nur durch den Raub jüdischen Vermögens und der Habe der Ermordeten, sondern organisierte als Leiter der Finanzabteilung die Errichtung von Konzentrationslagern und die Durchführung von Terroraktionen gegen die lettische, estnische und bjelorussische Bevölkerung

nach 1945: Staatssekretär im Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit; zuvor Ministerialdirektor im Bundeskanzleramt und Berater Adenauers in Wirtschafts- und Finanzfragen

Vits, Ernst-Hellmuth, Dr. Dr. h. c.

vor 1945: Wehrwirtschaftsführer; Vorsitzender des Vorstandes und Betriebsführer: Vereinigte Glanzstoff-Fabriken AG, Wuppertal/Elberfeld, Österreichische Glanzstoff-Fabriken AG, St. Polten, Glanzstoff-Fabrik Lobositz AG (Sudetenland); Aufsichtsratsmitglied der Allgemeine Kunstzijde Unic, Arnhem/Holland

nach 1945: Vorsitzender des Vorstandes der Vereinigten Glanzstoff-Fabriken AG, Wuppertal/Elberfeld (AKU-Konzern) u. a. Aufsichtsratsfunktionen in verschiedenen Gesellschaften des Konzerns; Aufsichtsrat: Deutsche Erdöl AG (DEA), Hamburg, Zellstofffabrik Waldhof, Mannheim, Hamburg-Amerika-Linie, Hamburg; Vorsitzender: Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft, Präsidium Deutsche Forschungsgemeinschaft, Beirat Fritz Thyssen-Stiftung; ausgezeichnet mit dem Großen Bundesverdienstkreuz mit Stern der Bundesrepublik Deutschland

Voith, Hanns, Dr.-Ing. h. c. Dr. rer. pol. h. c.

vor 1945: Wehrwirtschaftsführer

nach 1945: Geschäftsführer der Firma J. M. Voith GmbH, Heidenheim (Brenz); ausgezeichnet mit dem Großen Bundesverdienstkreuz mit Stern des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland

Wagner, Alfons

vor 1945: Wehrwirtschaftsführer; Vorsitzender des Vorstandes der Vereinigten Oberschlesischen Hüttenwerke AG, Gleiwitz (Gliwice); Vorsitzender des Beirates der Schlesischen Montan GmbH, Breslau (Wroclaw); Beirat der Deutschen Bank, Berlin

nach 1945: Stand auf der polnischen Kriegsverbrecherliste Nr. 10/185; Vorsitzender des Aufsichtsrates der Warsteiner Eisenwerke AG Warstein; Aufsichtsrat: Eisenwerk-Gesellschaft Maximilianshütte mbH, Sulzbach-Rosenberg (Flick-Konzern), Gerling-Konzern, Lebensversicherungs-AG, Köln u. a., ausgezeichnet mit dem Großen Bundesverdienstkreuz der Bundesrepublik Deutschland

Waldschmidt, Herbert

vor 1945: Wehrwirtschaftsführer

nach 1945: Geschäftsführer Knorr-Bremse GmbH, München; Vorstand der Süddeutschen Bremsen AG, München; Aufsichtsrat: Knorr-Bremse KG, München, Motoren-Werke Mannheim AG, Mannheim

Walz, Hans

vor 1945: Wehrwirtschaftsführer; SS-Hauptsturmführer; Mitglied des „Freundeskreises des Reichsführers SS“; Geschäftsführer der Robert Bosch GmbH, Stuttgart

nach 1945: Stand auf der amerikanischen Kriegsverbrecherliste; Ehrenvorsitzender des Hauses Bosch; ausgezeichnet mit dem Großen Verdienstkreuz mit Stern des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland

Weiss, Bernhard

vor 1945: Generalbevollmächtigter der Friedrich Flick KG, Berlin

nach 1945: Stand auf der amerikanischen Kriegsverbrecherliste; Geschäftsführer der Siemag Siegener Maschinenbau GmbH, Dahlbusch; Vizepräsident des Bundesverbandes der Deutschen Industrie e. V., Köln

Werner, William

vor 1945: Wehrwirtschaftsführer; Vorstand, Direktor und Betriebsführer der Auto-Union AG, Chemnitz; Vorsitzender des Technischen Ausschusses der Wirtschaftsgruppe Fahrzeugindustrie, Berlin; Reichsausschuß für Leistungssteigerung

nach 1945: Langjähriger Geschäftsführer und Technischer Leiter der Auto-Union GmbH, Düsseldorf-Ingolstadt; Aufsichtsratsmitglied der Zweirad-Union AG, Nürnberg (1963)

Westrick, Ludger, Dr.

vor 1945: Wehrwirtschaftsführer; Vorsitzender des Vorstandes der Vereinigten Aluminium Werke, Berlin, in deren Werken überwiegend Kriegsgefangene und ausländische Zwangsarbeiter tätig waren, die unter den unmenschlichsten Arbeits- und Lebensbedingungen zu Hunderten zu Tode geschunden wurden; Vorstandsmitglied Innwerk AG, München; Vorsitzender des Aufsichtsrates: E. F. Ohle's Erben AG, Breslau (Wroclaw), Rheinische Blattmetall AG, Grevenbroich, Vereinigte Wiener Metallwerke AG, Wien u. a.; Mitglied des Industrierates für die Entwicklung von Luftwaffengerät

nach 1945: Bundesminister und Leiter des Bundeskanzleramtes a. D., zuvor Staatssekretär im Bundeswirtschaftsministerium; Vorsitzender des Aufsichtsrates: Bergwerksgesellschaft Hibernia AG, Herne, Vereinigte Industrie-Unternehmungen AG, Bonn, Innwerk AG, Töging (Inn), Vereinigte Aluminium-Werke AG, Bonn u. a.; ausgezeichnet mit dem Großen Bundesverdienstkreuz mit Stern und Schulterband der Bundesrepublik Deutschland

Weydenhammer, Rudolf, Dr.

vor 1945: Wehrwirtschaftsführer; Generaldirektor und Vorsitzender des Vorstandes der Österreichischen Magnesit AG, München; Vizepräsident der Forsikringsaktienelskabet Nordeuropa, Kopenhagen, Nippon Magnesium Metals Company Ltd., Konau/Japan, Riunione Adriatica di securita; Direktionsrat, Wien-Triest; Mitglied der Board of Directors, American Magnesium Metals Corporation, Pittsburgh, P.; Beauftragter des Reichsprotektors in Böhmen und Mähren

nach 1945: Präsident und Direktor der Oberrheinischen Handels-AG, Zürich; Ehrensensator der Universität München

Wieland, Walter, Dr.

vor 1945: Wehrwirtschaftsführer; Beirat der Deutschen Bank, Berlin

nach 1945: Stellvertretender Vorsitzender des Aufsichtsrates: Omnipetrol GmbH für Erdölverwertung, Hamburg, Deutsch-Überseeische Petroleum AG, Hamburg; Aufsichtsratsmitglied: Bayerische Rohrhandelsgesellschaft München, IG-Farben-Industrie i. L., Frankfurt a. M.

Winnacker, Karl, Prof. Dr.-Ing.

vor 1945: Direktor der IG-Farben-Industrie AG, Farbwerke Höchst AG, Frankfurt a. M.

nach 1945: Vorstandsvorsitzender der Farbwerke Höchst AG, Frankfurt a. M.; Aufsichtsratsfunktionen in verschiedenen Gesellschaften der IG-Farben-Gruppe; außerdem Aufsichtsrat: Demag AG, Duisburg, Degussa, Deutsche Gold- und Silber-Scheideanstalt vorm. Roessler, Frankfurt a. M.; Vorsitzender der DECHEMA, Deutsche Gesellschaft für chemisches Apparatewesen e. V., Frankfurt a. M.; Vizepräsident Verband der Chemischen Industrie; Vorsitzender des Aufsichtsrates der Gesellschaft für Kernforschung mbH, Karlsruhe; Stellvertretender Vorsitzender des Aufsichtsrates der Dresdner Bank, AG, Frankfurt a. M.; Stellvertretender Vorsitzender der Deutschen Atomkommission; ausgezeichnet mit dem Großen Bundesverdienstkreuz mit Stern und Schulterband der Bundesrepublik Deutschland

Wisselmann, Heinrich

vor 1945: Wehrwirtschaftsführer; Generaldirektor der Preußischen Bergwerks- und Hütten-AG, Berlin; Leiter der Wirtschaftsgruppe Bergbau, Berlin; Beirat der Deutschen Reichsbank Berlin und der Reichsgruppe Industrie, Berlin

nach 1945: Vorsitzender des Aufsichtsrates der Eisenwerk Weserhütte AG, Bad Oynhausen (Otto-Wolff-Konzern); Stellvertretender Vorsitzender des Aufsichtsrates der Vereinigten Kaliwerke Salzdettfurth AG, Hannover (Salzdettfurth-Konzern, Werhahn-Gruppe); Aufsichtsrat: Mansfeld AG für Bergbau und Hüttenbetrieb, Hannover (Salzdettfurth-Konzern), Klöckner-Werke AG, Duisburg u. a.; ausgezeichnet mit dem Großen Bundesverdienstkreuz der Bundesrepublik Deutschland (inzwischen verstorben)

Witzleben, Wolf-Dietrich von, Dr.

vor 1945: Wehrwirtschaftsführer; Vorstandsmitglied der Siemens- und Halske AG, Berlin, Personalchef des Siemens-Konzerns

nach 1945: Langjähriger Stellvertretender Vorsitzender des Aufsichtsrates der Siemens-Schuckert-Werke AG, Westberlin-Erlangen, Ehrenpräsident der Gesellschaft zur Förderung des Unternehmensnachwuchses Köln (1963)

Wurster, Carl, Prof. Dr.-Ing.

vor 1945: Wehrwirtschaftsführer; Vorstandsmitglied der IG-Farben-Industrie AG, Frankfurt a. M.; Leiter der Betriebsgemeinschaft Oberrhein der IG-Farben, Verwaltungsrat der Deutschen Gesellschaft für Schädlingsbekämpfung mbH (DEGESCH), Frankfurt a. M. (Vertriebsgesellschaft des „Zyklon B Giftgases“, mit dem mehrere Millionen Menschen ermordet wurden); mit dem Ritterkreuz zum Kriegsverdienstkreuz ausgezeichnet

nach 1945: Angeklagter im Nürnberger IG-Farben-Prozeß; Vorsitzender des Vorstandes der Badischen Anilin- und Soda-Fabrik AG, Ludwigshafen/Rhein; Vorsitzender des Aufsichtsrates BASF Badische Anilin- und Soda-Fabrik AG, Ludwigshafen; Aufsichtsratsmitglied: Degussa, Deutsche Gold- und Silber-Scheideanstalt, Frankfurt a. M., Deutsche Bank AG, Frankfurt a. M., Buna-Werke Hüls GmbH, Marl, Vereinigte Glanzstoff-Fabriken AG, Wuppertal-Elberfeld; Vorstand des Stifterverbandes für die Deutsche Wissenschaft; Mitglied: Präsidium des Verbandes der Chemischen Industrie, Kuratorium der

Stiftung Volkswagenwerk; Träger des Großen Bundesverdienstkreuzes mit Stern und Schulterband der Bundesrepublik Deutschland u. a. Auszeichnungen

Zangen, Wilhelm, Dr. h. c.

vor 1945: Wehrwirtschaftsführer; Generaldirektor des Mannesmann-Konzerns; Mitglied des Rüstungsrates und Leiter des Hauptausschusses Wehrmacht beim Reichsminister für Rüstung und Kriegsproduktion; Leiter der Reichsgruppe Industrie; wurde von Hitler und Göring als „überragende Führerpersönlichkeit“ gefeiert; war vor allem für die Ausplünderung der ausländischen Industrie verantwortlich; SS- und NSDAP-Mitglied; arisierte verschiedene Firmen

nach 1945: Stand auf der amerikanischen Kriegsverbrecherliste; Vorsitzender des Aufsichtsrates der Mannesmann AG, Düsseldorf; Stellvertretender Vorsitzender des Aufsichtsrates der Demag AG, Duisburg; Aufsichtsrat: Deutsche Bank, Salzdettfurth AG, Hannover, Wasag-Chemie AG, Essen (Krupp-Konzern); ausgezeichnet mit dem Großen Bundesverdienstkreuz mit Stern der Bundesrepublik Deutschland

Gestapo, SS und SD in Staat und Wirtschaft

- Millionenfache Mörder
 - Anklage von Nürnberg
 - Reichssicherheitshauptamt
 - Verbrechen im Velodrome d’Hiver
 - Einsatzgruppen in Aktion
 - Terrorregime der Gestapo
 - Ordnungspolizei - eine Sadistenhorde
 - Im Bonner Staat herzlich willkommen
- Amtschefs Himmlers und seine Sonderbevollmächtigten
 - Best, Werner: Mordete dänische Patrioten
 - Streckenbach, Bruno: Bests würdiger Nachfolger
 - Six, Franz: Chef des „Vorkommandos Moskau“
 - Werner, Hans-Ulrich: Taktiker der „Verbrannten Erde“
 - Bilfinger, Rudolf: Spezialist für die „Endlösung der Judenfrage“
 - Krumey, Hermann: Veranlagte „Sonderbehandlung“ für die Kinder von Lidice
 - Hunsche, Otto: „Juristischer Berater“ Eichmanns
 - Thümmeler, Johannes: Gestapo-Chef in Chemnitz und Kattowitz
 - Lammerding, Heinz: SS-Henker von Oradour und Tulle

- Wolff, Karl: Adjutant Himmlers
 - Winkelmann, Otto: SS- und Polizei-Standortkommandant in Ungarn
 - Skorzeny, Otto: Mussolini-Befreier leitet Flucht von Massenmördern
- SS-Mörder und Nazi-Führer (Namenliste)
 - Angehörige der Gestapo, des SD und der SS in der Westberliner Polizei (Namenliste)

Millionenfache Mörder

Der Bonner Verjährungsbeschluß schließt auch die von Angehörigen der „Geheimen Staatspolizei“ (Gestapo), der SS und des SD begangenen Verbrechen ein, jener Organisationen, die in allen Ländern zum Inbegriff für Nazi- und Kriegsverbrechen geworden sind. Sie waren das Hauptinstrument des deutschen Faschismus zur Aufrechterhaltung seiner Terrorherrschaft und zur Verwirklichung seiner verbrecherischen Ziele.

Fiel ihnen zunächst die Aufgabe zu, das deutsche Volk brutal zu unterdrücken, die antifaschistischen und demokratischen Kräfte in Deutschland durch Konzentrationslager und Fallbeil auszumerzen, so erweiterte sich ihr verbrecherischer Wirkungskreis mit der Entfesselung des faschistischen Raubkrieges. Gestapo, SS und SD waren es in erster Linie, die die „Neuordnung Europas“ in den zeitweilig okkupierten Ländern durch Verschleppung von Millionen Menschen in die Konzentrationslager, durch Massenerschießungen, Exekutionen von Kriegsgefangenen, durch Ausrottung ganzer Volksgruppen zu verwirklichen versuchten.

Buchenwald, Sachsenhausen, Ravensbrück, Auschwitz, Maidanek, Treblinka, Sobibor, Bergen-Belsen, Ammersfort, Oradour, Lidice, Marzabotto, Putten, Minsk, Kiew und andere Stätten unvorstellbaren Leides sind untrennbar mit den Begriffen Gestapo, SS und SD verknüpft.

Allein in den nazistischen Konzentrationslagern fanden 11 Millionen Menschen den Tod. Die Gesamtzahl der Frauen, Männer und Kinder, die von Angehörigen der Gestapo, der SS und des SD ermordet wurden, ließ sich bis zum heutigen Tage nicht ermitteln. Noch 20 Jahre nach Kriegsende werden neue Exekutionsstätten aufgefunden und freigelegt.

Im sogenannten Einsatzgruppen-Prozeß (Fall IX) sprach das amerikanische Militärgericht von grauenvollen Verstößen gegen das Völkerrecht, von Verbrechen nie dagewesener Brutalität

und unfassbarer Grausamkeit. Weder das Vorstellungsvermögen noch die menschliche Sprache reichen aus, diese barbarischen Verbrechen in Worte zu kleiden.

Handelte es sich bei diesen Verbrechen gegen die Menschlichkeit um Übergriffe oder Ausschreitungen einzelner Angehöriger oder Einheiten dieser Organisationen? Der „Reichsführer SS und Chef der Deutschen Polizei“, Himmler, erklärte in seiner Rede am 4. Oktober 1943 in Posen (Poznan) vor dem NS-Führerkorps:

„Wie es den Russen geht, wie es den Tschechen geht, ist mir total gleichgültig. Das, was in den Völkern an gutem Blut unserer Art vorhanden ist, werden wir uns holen, indem wir ihnen, wenn notwendig, die Kinder rauben und sie bei uns großziehen. Ob die anderen Völker in Wohlstand leben oder ob sie verrecken vor Hunger, das interessiert mich nur soweit, als wir sie als Sklaven für unsere Kultur brauchen, anders interessiert mich, das nicht. Ob bei dem Bau eines Panzergrabens 10000 russische Weiber an Entkräftung umfallen oder nicht, interessiert mich nur insoweit, als der Panzergraben für Deutschland fertig wird... Von Euch werden die meisten wissen, was es heißt, wenn hundert Leichen beisammen liegen, wenn fünfhundert daliegen oder wenn tausend daliegen. Dies durchgehalten zu haben und dabei - abgesehen von Ausnahmen menschlicher Schwächen - anständig geblieben zu sein, das hat uns hart gemacht. Dies ist ein niemals geschriebenes und niemals zu schreibendes Ruhmesblatt unserer Geschichte...“ (IMT, Bd. XXIX, S. 144)

ANKLAGE VON NÜRNBERG

Das in Nürnberg vorliegende erdrückende Beweismaterial veranlaßte das Internationale Militärtribunal, Gestapo, SS und SD in ihrer Gesamtheit als verbrecherisch zu charakterisieren. In der Begründung führte der Internationale Gerichtshof als hauptsächlichste Verbrechen dieser Organisationen an:

- Grausamkeiten und Morde in den Konzentrationslagern;
- Verfolgung und Ausrottung der Juden,
- Terror, Verhaftungen und Massaker in den besetzten Gebieten;
- Geiselschießungen;
- Mißhandlung und Ermordung von Kriegsgefangenen sowie Kriegsverbrechen der verschiedensten Art;
- Massendeportationen und Durchführung des Zwangsarbeiterprogramms.

Im Artikel 10 des Statuts des Internationalen Militärtribunals heißt es:

„Ist eine Gruppe oder Organisation vom Gerichtshof als verbrecherisch erklärt worden, so hat die zuständige nationale Behörde jedes Signatars das Recht, Personen wegen ihrer Zugehörigkeit zu einer solchen verbrecherischen Organisation vor Nationalen-, Militär- oder Okkupationsgerichten den Prozeß zu machen. In diesem Falle gilt der verbrecherische Charakter der Gruppe oder Organisation als bewiesen und wird nicht in Frage gestellt.“
(IMT, Bd. I, S. 13)

Unter Bruch aller völkerrechtlichen Verpflichtungen wurden die Initiatoren und Hauptverantwortlichen der von diesen Terrororganisationen begangenen Verbrechen in leitende Stellungen des Staates und der Wirtschaft übernommen. „Spezialisten“ der Gestapo, der SS und des SD schufen den sogenannten Verfassungsschutz zur Unterdrückung der demokratischen und fortschrittlichen Kräfte in Westdeutschland. „Spezialisten“ der Gestapo, der SS und des SD befinden sich an einflußreicher Stelle in der westdeutschen Polizei; sie

üben heute ihre verbrecherische Tätigkeit im Bundesnachrichtendienst und in Sondereinheiten der Bundeswehr aus.

Die Gestapo-Kommissare und SS-Sturmbannführer treten vor die Schranken des Gerichts, nicht als Angeklagte, sondern als Entlastungszeugen. Staatssekretär a. D. Dr. Globke, Kommentator der Judengesetze, wurde als Experte für die faschistischen Rassengesetze im Treblinka-Prozeß vernommen. Der ehemalige „Kriegsverwaltungschef in Frankreich“ und „Reichsbevollmächtigter“ in dem von den Nazis okkupierten Dänemark, Dr. Werner Best, heute Justitiar des Hugo-Stinnes-Konzerns, wurde in Frankfurt a. M. als „Sachverständiger“ zum Auschwitz-Prozeß geladen.

Als weitere „Entlastungszeugen“ traten in diesem bzw. in anderen Kriegsverbrecherprozessen in den Zeugenstand:

Dr. Emil Finnberg, SS-Sturmbannführer

heute: Rechtsanwalt in Hamburg;

Dr. Kurt Nieding, SS-Untersuchungsführer und Gerichtsoffizier in Krakau (Krakow)

heute: Rechtsanwalt in Wiesbaden;

Walter Entrich, Gendarmeriehauptmann in der Ukraine

heute: Polizeihauptkommissar in Neuhaus (Kr. Paderborn);

Dr. Kurt Uhlenbroock, SS-Sturmbannführer und KZ-Arzt im Lager Auschwitz (Oswiecim)

heute: Arzt in Hamburg;

Helmut Bartsch, SS-Hauptsturmführer und Mitglied einer Untersuchungskommission in Auschwitz (Oswiecim)

heute: Kriminalhauptkommissar in Krefeld;

Dr. Johannes Thümmeler, SS-Obersturmbannführer und Leiter der Gestapo-Leitstellen Chemnitz und Kattowitz (Katowice)

heute: Leitender Angestellter eines feinmechanisch-optischen Werkes in Oberkochen;

Joseph Schreieder, SS-Sturmbannführer und Kriminaldirektor im besetzten Holland

heute: Oberregierungsrat in München;

Günther Burmeister, SS-Standartenführer und Amtschef im Hauptamt SS-Gericht

heute: Oberlandesgerichtsrat in Schleswig;

Dr. Hans Lauffs, SS-Hauptsturmführer und SS-Richter

heute: Ministerialrat in Bonn;

Hans Zentgraf, SS-Obersturmbannführer und Chef eines SS- und Polizeigerichts in Riga

heute: Rechtsanwalt in Aachen;

Willy Osthues, SS-Hauptsturmführer und Richter am SS- und Polizeigericht in Krakau (Krakow)

heute: Rechtsanwalt in München;

Gustav Adolf Nosske, (Düsseldorf), SS-Obersturmbannführer und Leiter der Gestapo-Leitstelle Düsseldorf;

Albert Hartl, SS-Sturmbannführer und Gruppenleiter im RSHA;
heute: Schriftsteller in Braunschweig

Friedrich Dern, (Offenbach), SS-Standartenführer und Leiter des „Reichsführerbegleitbataillons“;

Dr. Richard Wendler, Gouverneur von Krakau (Krakow);
heute: Rechtsanwalt in München

Dr. Horst Barth, SS-Obersturmbannführer und Leiter der Kriminalpolizei in Krakau (Krakow);

Globke, Best, Streckenbach, KZ-Ärzte, SS-Sturmbannführer, SS-Richter und andere „Hoheitsträger“ des faschistischen Deutschlands werden von den SS-Verteidigern in unbegrenzter Zahl aufgeboten, um zu bezeugen, daß die faschistische Gesetzgebung rechtens und die Durchführung der Befehle des RSHA eine selbstverständliche Pflicht war, daß folglich die angeklagten SS- und Gestapo-Mörder von jeder Schuld freizusprechen seien.

Und hier die offizielle Stellungnahme der westdeutschen Regierung: In der Bundestagsdebatte über die Verjährung von Kriegs- und Naziverbrechen erklärte der ehemalige Bonner Justizminister, daß man sich allmählich daran gewöhnen müsse, notfalls mit Mördern unter einem Dach zu leben.

REICHSSICHERHEITSHAUPTAMT

Im Reichssicherheitshauptamt (RSHA) wurden die zentralen Ämter der Sicherheitspolizei und des SD, des Hauptamtes Sicherheitspolizei, des Sicherheitshauptamtes des Reichsführers SS, des Geheimen Staatspolizeiamtes und des Reichskriminalpolizeiamtes auf Grund einer Verfügung Himmlers am 27. September 1939 zusammengeschlossen.

Dieser Apparat beschäftigte Tausende hauptamtliche und Zehntausende nebenberufliche „freie“ Mitarbeiter. Sie entschieden teils auf Weisung, teils aus eigenem Ermessen über Leben und Tod in Hitlers und Himmlers Machtbereich. Mit dem RSHA hatte sich eine neue Instanz der „Führergewalt“ gebildet, die im faschistischen Staat eine fast uneingeschränkte, den Interessen der Monopole dienende Macht ausübte. Sie besaß sowohl staatliche als auch parteiliche Kompetenzen.

Zu den Hauptaufgaben des Reichssicherheitshauptamtes gehörte unter anderem die „Endlösung der Judenfrage“. Auf Befehl des RSHA wurden allein durch die „Einsatzgruppen“ zwei Millionen und in den faschistischen Konzentrationslagern weitere vier Millionen Juden ermordet. Darüber hinaus kommen alle Exekutivmaßnahmen innerhalb und außerhalb Deutschlands - von der Einweisung in die Konzentrationslager, der Zwangsverschleppung von Ausländern, der Errichtung von Ghettos, der Folterung und Entwürdigung von Antifaschisten bis zu Euthanasie- und anderen Verbrechen - auf das Konto des RSHA, seiner Amtsleiter und des größten Teils seiner Mitarbeiter.

VERBRECHEN IM VELODROME D'HIVER

Sie tragen die Schuld an der Ermordung von 4051 jüdischen Kindern, die mit ihren Eltern - insgesamt etwa 7000 Menschen - im Juli 1942 bei einer Razzia in Paris festgenommen worden waren. Im Hof des Velodrome d'Hiver, einer großen Radrennbahn, wurden sie fünf Tage lang ohne jegliche Nahrung gefangen gehalten. Trinkwasser gab es nur aus einem Hydranten an der Straße. Frauen mußten unter diesen Bedingungen entbinden. 30 Menschen starben sofort, viele wurden irrsinnig.

Am 5. Tage wurden die Eltern von ihren Kindern gerissen und abtransportiert. Sie starben in den Gaskammern des Konzentrationslagers Auschwitz. Obwohl die französische Regierung sich dafür einsetzte, die zurückgebliebenen 4051 Kinder in Kinderheimen unterzubringen, entschied das Reichssicherheitshauptamt, die Kinder ebenfalls zu vergasen. Ohne jegliche Fürsorge wurden sie in Waggonen verladen und rollten in den Tod.

Trotz des Urteils von Nürnberg, die Verbrecher des Reichssicherheitshauptamtes zu bestrafen, wo immer sie auftauchen, wurden die meisten dieser Verbrecher, selbst die Amtschefs, nicht zur Verantwortung gezogen. Aber gerade sie waren die unmittelbaren Organisatoren der Mordtaten, aus ihren Reihen rekrutierten sich die Leiter der sogenannten Einsatzgruppen.

EINSATZGRUPPEN IN AKTION

Diese Gruppen wurden auf Grund eines Abkommens zwischen dem RSHA, dem Oberkommando der Wehrmacht (OKW) und dem Oberkommando des Heeres (OKH) gebildet. Das Abkommen bestimmte, daß den jeweiligen Heeresgruppen oder Armeen ein Vertreter des Chefs der Sicherheitspolizei und des SD zuzuteilen ist, der mobile Einheiten in Form einer „Einsatzgruppe“ zur Verfügung hat. Die Einsatzgruppen wiederum waren in „Einsatzkommandos“ und „Sonderkommandos“ gegliedert.

„Unter dem Vorwand der politischen Sicherung der eroberten Gebiete in den besetzten sowohl als auch in den rückwärtigen Gebieten der Wehrmacht sollten die Einsatzgruppen rücksichtslos allen Widerstand gegen den Nationalsozialismus liquidieren - nicht nur den Widerstand in der Gegenwart, sondern ebenso den der Vergangenheit und der Zukunft. Ganze Klassen von Menschen sollten ohne Untersuchung, ohne Mitleid oder Reue getötet werden. Die Frauen sollten zusammen mit ihren Männern umgebracht werden, und auch die Kinder sollten hingerichtet werden, da sie sonst zu Gegnern des Nationalsozialismus aufwachsen würden und sogar den Wunsch hegen könnten, sich an den Mördern ihrer Eltern zu rächen.“ (NG, Fall IX, S. 32)

Diese Aufgaben - sie entsprachen einem „Führerbefehl“ - erfüllten die Einsatzgruppen mit der größtmöglichen Präzision. Sie zogen durch die besetzten Gebiete, jagten Juden, Kommunisten, Partisanen, politische Funktionäre, Geisteskranke und „rassisch Minderwertige“. Die Opfer wurden erschossen, erschlagen, erhängt, wo man sie traf. Zu Hunderten und Tausenden füllten ihre Leichen die Massengräber. Die Bevölkerung ganzer Dörfer und Ortschaften wurde zusammengetrieben, ermordet oder nach Deutschland zur Zwangsarbeit verschleppt. Die Gehöfte wurden niedergebrannt.

Wie sich solche Schreckensszenen abspielten, geht aus der Schilderung des deutschen Bauingenieurs Hermann Grabe hervor, der am 5. Oktober 1942 auf dem Flugplatz Dubno folgendes erleben mußte und in seiner eidesstattlichen Erklärung vor dem Nürnberger Gericht schilderte:

„...Eine alte Frau mit schneeweißen Haaren hielt das einjährige Kind auf den Armen und sang ihm etwas vor und kitzelte es. Das Kind quietschte vor Vergnügen. Das Ehepaar schaute mit Tränen in den Augen zu. Der Vater hielt an der Hand einen Jungen von etwa zehn Jahren, sprach leise auf ihn ein. Der Junge kämpfte mit den Tränen. Der Vater zeigte mit dem Finger zum Himmel, streichelte ihm über den Kopf und schien ihm etwas zu erklären. Da rief schon der SS-Mann an der Grube seinem Kameraden etwas zu. Dieser teilte ungefähr 20 Personen ab und wies sie an, hinter den Erdhügel zu gehen. Die Familie, von der ich hier sprach, war dabei. Ich entsinne mich noch genau, wie ein Mädchen, schwarzhaarig und schlank, als sie nahe an mir vorbeiging, mit der Hand an sich herunterzeigte und sagte: ‚23 Jahre‘.

Ich ging um den Erdhügel herum und stand vor dem riesigen Grabe. Dicht aneinandergedrängt, lagen die Menschen so aufeinander, daß nur die Köpfe zu sehen waren. Von fast allen Köpfen rann Blut über die Schultern. Ein Teil der Erschossenen bewegte sich noch. Einige hoben ihre Arme und hoben den Kopf, um zu zeigen, daß sie noch lebten. Die Grube war bereits dreiviertel voll. Nach meiner Schätzung lagen darin bereits ungefähr tausend Menschen. Ich schaute mich nach dem Schützen um. Dieser, ein SS-Mann, saß am Rand der Schmalseite der Grube auf dem Erdboden, ließ die Beine in die Grube herabhängen, hatte auf seinen Knien eine Maschinenpistole liegen und rauchte eine Zigarette. Die vollständig nackten Menschen gingen auf einer Treppe, die in die Lehmwand der Grube gegraben war, hinab, rutschten über die Köpfe der Liegenden hinweg bis zu der Stelle, die der SS-Mann anwies. Sie legten sich vor die toten oder angeschossenen Menschen, einige streichelten die noch Lebenden und sprachen leise auf sie ein. Dann hörte ich eine Reihe Schüsse. Ich schaute in die Grube und sah, wie die Körper zuckten oder die Köpfe schon still auf den vor ihnen liegenden Körpern lagen. Von den Nacken rann Blut.

Ich wunderte mich, daß ich nicht fortgewiesen wurde, aber ich sah, wie auch zwei oder drei Postbeamte in Uniform in der Nähe standen. Schon kam die nächste Gruppe heran, stieg in die Grube herab, reihte sich an die vorherigen Opfer an und wurde erschossen. Als ich nun um den Erdhügel zurückging, bemerkte ich wieder einen soeben angekommenen Transport von Menschen. Dieses Mal Kranke und Gebrechliche dabei. Eine alte, sehr magere alte Frau mit fürchterlich dünnen Beinen wurde von einigen anderen schon nackten Menschen ausgezogen, während zwei Personen sie stützten. Die Frau war anscheinend gelähmt. Die nackten Menschen trugen die Frau um den Erdhügel herum. Ich entfernte mich mit Moennikes (einem Polier) und fuhr mit dem Auto nach Dubno zurück.

Am Morgen des nächsten Tages, als ich wiederum die Baustelle besuchte, sah ich etwa 30 nackte Menschen in der Nähe der Grube, 30 bis 50 Meter von dieser entfernt, liegen. Einige lebten noch, sahen mit stierem Blick vor sich hin und schienen weder die Morgenkälte noch die da herumstehenden Arbeiter meiner Firma zu beachten. Ein Mädchen von etwa 20 Jahren sprach mich an und bat um Kleider und um Hilfe zur Flucht. Da vernahmen wir schon das Herannahen eines schnell fahrenden Autos, und ich bemerkte, daß es das SS-Kommando war. Ich entfernte mich zu meiner Baustelle. Zehn Minuten später hörten wir einige Schüsse aus der Nähe der Grube. Man hatte die Leichen durch die noch lebenden Juden in die Grube werfen lassen, sie selbst mußten sich daraufhin in diese legen, um den Genickschuß zu erhalten.“ (G. Reitlinger, Die Endlösung, Colloquium-Verlag, Westberlin, S. 231 ff.)

So sah die „politische Sicherung“ der besetzten Gebiete aus. Die Aktionen der Einsatzkommandos hatten mit einer militärischen Kriegführung nicht das geringste zu tun. Sie waren gemeine Massenmorde an unschuldigen Männern, Frauen und Kindern.

Von den Einsatzgruppen sind besonders die Gruppen A bis D zu erwähnen. Jede hatte eine Stärke von 800 bis 1200 Mann und setzte sich aus Angehörigen der Allgemeinen SS, der Gestapo, des SD, der Ordnungspolizei und der Waffen-SS zusammen. Die Waffen-SS und die Ordnungspolizei stellten mit etwa 47 Prozent den weitaus größten Teil der Mannschaften.

Von diesen mehreren Tausend Verbrechern wurden im Einsatzgruppenprozeß 1947/48 lediglich 24 führende Vertreter angeklagt:

- 6 SS-Generale,
- 5 SS-Standartenführer,
- 6 SS-Obersturmbannführer,
- 4 SS-Sturmbannführer und
- 3 SS-Offiziere niederen Ranges.

Gegen 24 Angeklagte wurden 14 Todesurteile ausgesprochen, von denen jedoch lediglich vier bestätigt worden sind. Alle übrigen, zu langjährigen Freiheitsstrafen Verurteilten wurden bereits 1951 begnadigt und größtenteils aus der Haft entlassen. Darunter befanden sich u. a.

- der Leiter des „Einsatzkommandos“ 1 a, SS-Standartenführer Sandberger;
- der Leiter des „Einsatzkommandos“ 7a, SS-Sturmbannführer Steimle;
- der Leiter des „Einsatzkommandos“ 7b, SS-Sturmbannführer Ott;
- der Leiter des „Einsatzkommandos“ 6, SS-Sturmbannführer Biberstein;
- der Leiter der „Einsatzgruppe“ D, SS-Standartenführer Seibert;
- der Leiter des „Sonderkommandos“ 11b, SS-Obersturmführer Schubert;
- der Leiter des „Einsatzkommandos“ 4b, SS-Sturmbannführer Haensch.

Das Gros dieser bestialischen Mörder lebt heute unbehelligt in Westdeutschland oder im Ausland. Nur unter dem äußersten Druck der Öffentlichkeit wurden in einzelnen Fällen Verfahren eingeleitet.

TERRORREGIME DER GESTAPO

Eine nicht minder verbrecherische Rolle spielten innerhalb des Reichssicherheitshauptamtes die Geheime Staatspolizei (Gestapo) und der Sicherheitsdienst (SD). Die Gestapo war aus dem Preußischen Geheimen Staatspolizeiamt und der Politischen Polizei der Länder des Deutschen Reiches entstanden. Als Himmler 1936 Polizeichef wurde, bildete er aus der Gestapo und der Kriminalpolizei die Sicherheitspolizei. Zusammen mit dem SD unterstellte er sie dem SS-Führer Heydrich. Der Erlaß Himmlers vom 27. September 1939 zum Zusammenschluß im Reichssicherheitshauptamt war somit nur noch ein formeller Akt.

Die Gestapo und der SD beteiligten sich durch den brutalen Einsatz gegen die revolutionäre Arbeiterklasse und andere demokratische Kräfte unmittelbar an der Vorbereitung und Durchführung des zweiten Weltkrieges. Die Gestapo und der SD waren es auch, die in den Ländern, die von der faschistischen Kriegsmaschine überrollt werden sollten, „5. Kolonnen“ schufen und den Okkupanten (vor allem in der CSR und Österreich) den Weg bereiteten.

Auch der „äußere Anlaß“ für den Beginn des zweiten Weltkrieges, der Überfall auf den Sender Gleiwitz (Gliwice), wurde von der Gestapo organisiert. Dieser fingierte Überfall stand unter der direkten Leitung des Gestapo-Chefs Müller. Der mit der Durchführung beauftragte SS-Sturmbannführer Naujocks lebte bis Anfang 1967 in Hamburg. Obwohl die von ihm

begangenen Verbrechen den westdeutschen Justizorganen bekannt waren, wurde erst 1966 ein Verfahren wegen eines der Verbrechen eingeleitet.

Im Innern Deutschlands schuf die Gestapo ein Terrorregime, das nicht seinesgleichen in der Welt hat. Zehntausende Kommunisten und Sozialdemokraten, christliche Arbeiter, Juden und fortschrittliche Intellektuelle wurden verhaftet. In den Gestapo-Gefängnissen begann ihr Leidensweg. Eines der berüchtigtsten war das in der Berliner Prinz-Albrecht-Straße 8. Hier richtete die Gestapo wahre Blutbäder an, um Aussagen zu erzwingen. Diejenigen, die die Foltern überstanden, wurden in Konzentrationslager verschleppt.

Für die Einweisung in die Konzentrationslager war allein die Gestapo zuständig. Ihre Mitarbeiter hatten sich selbst in diesen Mordhöhlen des Faschismus eingenistet und tragen die Schuld am qualvollen Tod Hunderttausender Häftlinge. Die Gestapo wurde vom Militärgerichtshof in Nürnberg als verbrecherische Organisation gebrandmarkt. Die sich daraus ergebende Verpflichtung, belastete Angehörige der Gestapo und des SD zu verurteilen, wurde jedoch in Westdeutschland nicht eingehalten, obwohl die Verbrechen von kaum zu überbietender Grausamkeit und von einem nicht zu übersehenden Ausmaß waren.

„Die Gestapo und der SD wurden für Zwecke verwandt, die gemäß dem Statut verbrecherisch waren; dazu gehören die Verfolgungen und Ausrottung der Juden, Grausamkeiten und Morde in Konzentrationslagern, Ausschreitungen in der Verwaltung der besetzten Gebiete, die Durchführung des Zwangsarbeiterprogrammes und Mißhandlung und Ermordung von Kriegsgefangenen ... Bei der Gestapo schließt der Gerichtshof alle Exekutiv- und Verwaltungsbeamten des Amtes IV des RSHA oder solche, die sich mit Gestapo-Angelegenheiten in anderen Abteilungen des RSHA befaßten, sowie alle örtlichen Gestapobeamten ein, die innerhalb oder außerhalb Deutschlands ihren Dienst versahen“ (IMT, Bd. I, S. 300)

Auch der zum SD gehörende Personenkreis wurde in Nürnberg genau festgelegt:

„Was den SD anbelangt, schließt der Gerichtshof die Ämter III, VI und VII des RSHA und alle anderen Mitglieder des SD ein, unter Einbeziehung der örtlichen Vertreter und Agenten, gleichgültig, ob sie ehrenhalber tätig waren oder nicht, und gleichgültig, ob sie nominelle Mitglieder der SS waren oder nicht.“ (A. a. O., S. 301)

ORDNUNGSPOLIZEI - EINE SADISTENHORDE

Die sogenannte Ordnungspolizei war mit der SS eng verbunden. Das zeigte sich besonders darin, daß der „Reichsführer SS“ bereits 1936 auch „Chef der Deutschen Polizei“ wurde. Neben ihm übernahmen andere SS-Führer wie Heydrich, Kaltenbrunner und Daluge im Polizeiapparat führende Positionen. Gleichzeitig wurden hohe Polizeioffiziere wie Otto Winkelmann in die SS übernommen.

Mit ihren militärisch aufgezogenen Polizeidivisionen, -regimentern und -bataillonen war die Ordnungspolizei in gleichem Maße wie die SS an zahllosen Verbrechen beteiligt. So machte z.B. das Polizeibataillon Nr. 11 aus Kaunas (Litauen) innerhalb von zwei Tagen, am 27. und 28. Oktober 1942, die Stadt Sluzk „judenfrei“. In einem Bericht an den Generalkommissar von Minsk heißt es über diesen „Einsatz“:

„Was im übrigen die Durchführung der Aktion anbelangt, muß ich zu meinem tiefsten Bedauern hervorheben, daß letzteres bereits an Sadismus grenzte. Die Stadt selbst bot

während der Aktion ein schreckenerregendes Bild. Mit einer unbeschreiblichen Brutalität... wurde das jüdische Volk, darunter aber auch Weißruthenen, aus den Wohnungen herausgeholt und zusammengetrieben. Überall in der Stadt knallte es, und in den Straßen häuften sich die Leichen der Juden... Abgesehen davon, daß das jüdische Volk, darunter auch die Handwerker, fürchtbar roh vor den Augen des weißruthenischen Volkes brutal mißhandelt worden ist, hat man das ruthenische Volk ebenfalls mit Gummiknüppeln und Gewehrkolben bearbeitet.“

Die nachfolgenden Dokumente geben Aufschluß über den Terror des 15. Polizeiregiments:

„O.U., den 22. September 1942

Einsatzbefehl zur Vernichtung von Ortschaften

- *Batl. vernichtet am 23. 9. 1942 die im Raum nordostwärts von Mokrany bandenverseuchten Ortschaften Borki, Zablocie und Borysowka.*

Kp. Nürnberg vernichtet Kortelisy.

- *Es werden eingesetzt:*

9. Kp. - ohne Zug Frohn - mit unterstelltem Gend.-Zug (mot) 16 in Borysowka,

10. Kp. und 1/7 der Stabswache sowie 3 Kraftfahrer in Borki,

11. Kp. dazu (Zug) Frohn und 14 Mann Pzkw/10 in Zablocie.

- *Die Kompanien - ohne Verstärkungskräfte - erreichen am 22. 9. bis 18.00 Uhr die Ortschaften:*

9. Kp.: im Fußmarsch Dywin,

10. u. 11. Kp.: mit eigenen Kfz. den Westausgang Mokrany.

- *Verstärkungskräfte werden zugeführt:*
- *Gend.-Zug (mot) 16 meldet sich am 22. 9. bis 18.00 Uhr beim Kp. Führer der 9. Kp. in Dywin vor dem Gebäude des Kreislandwirts.*
- *1/7 Stabswache, 3 Kraftfahrer, Zug Frohn und 14 Mann Pzkw/10 werden am 22. 9. bis 18.00 Uhr der 10. bzw der 11. Kp. in Mokrany zugeführt.*
- *Baus.-Reserve: Rest des Gend.-Zuges (mot) 15 und 4 Nachrichtenmänner.*
- *Beginn des Unternehmens: 23. 9.1942, 5.30 Uhr.*

Bis 4.35 sind die Ortschaften umstellt (äußere Absperrung).

- *Durchführung des Unternehmens gemäß meiner Anweisung in der Offiziersbesprechung vom 21.9. 42.*
- *Sicherstellung des Viehbestandes, landw. Geräte, Erntevorräte u. sonstiger Wirtschaftsgüter ist gemäß meiner mündlichen Anweisung durchzuführen.*
- *Zum Abtransport der in Ziffer 7.) genannten Güter ist von den Kp. ein Treck aus Panjefahrzeugen zusammenzustellen und in die Nähe der Einsatzorte zu führen. (Mündlich voraus) ...*

gez. Holling“

(SZAOR der UdSSR, fonds 7021, Liste 148, Akte 3, Bl. 20)

„O. U. Kobryn

22. September 1942

Aus dem Kriegstagebuch des III. Bataillons des Polizeiregiments 15.

Das Unternehmen ‚Dreieck‘ wird vorübergehend ausgesetzt. Das Batl. erhält den Befehl, mit den unterstellten Einheiten und dem zugeteilten Gend.-Zug 16 (mot) die nördlich und nordostwärts von Mokransy gelegenen Orte Borki, Zablocie und Borysowka, die als Bandenstützpunkte festgestellt worden sind, zu vernichten. Die 9. Komp. erreicht mit dem Gend.-Zug 16 (mot) am Abend Dywin; die 10. und 11. Komp. erreichen Mokransy. In jedem Stützpunkt bleibt eine Gruppe zurück. Der Batl.-Gefechtsstand wird in Mokransy eingerichtet.

O. U. Kobryn

23. September 1942

Batl.-Gefechtsstand Mokransy. Die Aktion beginnt mit der Umstellung der Ortschaften, die in den frühen Morgenstunden beendet ist. Bei Tagesanbruch werden die Einwohner zusammgeholt und vom SD überprüft. Nach Ausscheiden von einwandfrei zuverlässigen Familien werden befehlsgemäß in Borysowka 169 Männer, Frauen und Kinder erschossen. Es beginnt sodann die Sicherstellung des Vieh's, der Geräte und des Getreides.“

(A. a. O., Akte 4, Bl. 193)

Solche und ähnliche Beispiele lassen sich von allen Polizeiformationen bringen, die in den von den Faschisten zeitweilig besetzten Gebieten wüteten.

IM BONNER STAAT HERZLICH WILLKOMMEN

Tausende dieser Verbrecher, zum größten Teil namentlich bekannt und durch unwiderlegbare Beweise schwer belastet (vor allem durch Dokumente, die die DDR der Weltöffentlichkeit vorlegte und westdeutschen Instanzen zur Verfügung stellte bzw. zur Einsichtnahme anbot), leben unbehelligt in Westdeutschland. Mehr noch: Die in Westdeutschland lebenden SS- und Polizeiangehörigen erhielten Gelegenheit, sich in sogenannten Traditionsverbänden zu organisieren.

Bereits 1951 wurden die als „Soziale Hilfsgemeinschaft“ getarnten SS-Verbände (HIAG = Hilfsgemeinschaft auf Gegenseitigkeit ehemaliger Angehöriger der Waffen-SS) gegründet. Ein Jahr später gab es bereits 75 örtliche SS-Gemeinschaften, deren Zahl in den folgenden Jahren auf 80 anstieg. Über 40 weitere SS-Traditionsverbände existieren außerhalb der HIAG, als „Suchdienst-Verbindungen“ des Roten Kreuzes getarnt. Die Führer dieser Verbände sind ausnahmslos Personen, die an Kriegsverbrechen gegen die Menschlichkeit teilgenommen haben.

Am 29. Juni 1961 beschloß der Bonner Bundestag, daß auch alle Angehörigen der ehemaligen SS-Verfügungstruppe, die am 8. Mai 1945 länger als zehn Jahre im Dienste Himmlers und Hitlers standen, versorgungsberechtigt sind. Dieser Beschluß öffnete Tausenden Judenmördern und KZ-Henkern den Weg in den westdeutschen Staatsapparat.

Amtschefs Himmlers und seine Sonderbevollmächtigten

Nach einer Schätzung des ehemaligen stellvertretenden Hauptanklägers der USA im Nürnberger Hauptkriegsverbrecherprozeß, Dr. Robert Kempner, leben heute noch rund 10000 SS- und Naziverbrecher unbehelligt in Westdeutschland.

Der Bonner Staat zwingt die westdeutsche Bevölkerung, selbst mit den berufsmäßigen Henkern des Reichssicherheitshauptamtes unter einem Dach zu leben.

Die nachfolgenden Beispiele stehen für viele.

Best, Werner

MORDETE DÄNISCHE PATRIOTEN

heute:

Leitende Tätigkeit als Wirtschaftsjurist beim Hugo-Stinnes-Konzern (Mülheim/Ruhr) und Gutachter beim westdeutschen Auswärtigen Amt.

Dr. Werner Best trat bereits am 1. November 1930 in die NSDAP ein (Nr. 341338). Im Jahre 1931 verfaßte er das berüchtigte „Boxheimer Dokument“. Diese von den faschistischen Führern auf dem Boxheimer Hof (Hessen) verfaßte „Regierungsproklamation“ nahm den Mordterror der Jahre 1933 bis 1945 bereits vorweg. Sie sah vor, daß alle Antifaschisten, die eine Nazi-Regierung ablehnten, mit dem Tode bestraft werden sollten.

Die Autorenschaft an diesem Dokument war natürlich die beste Empfehlung für die Verbrecherlaufbahn, die Best 1934 mit seinem Eintritt in den SD des „Reichsführer SS“ fortsetzte. Man schätzte Best dort als „Polizeirechtler“, der einen großen Teil der juristischen Grundlagen für das brutale Vorgehen der Polizei und des SD gegen das deutsche Volk, insbesondere gegen die Arbeiterklasse, sowie gegen die vom Hitlerfaschismus überfallenen Völker schuf.

Als Chef des Amtes I des RSHA (bis 1940) und Kriegsverwaltungschef beim Militärbefehlshaber in Frankreich, schließlich (1942) als „Bevollmächtigter des Reiches in Dänemark“ setzte er seine „Theorie“ in die Praxis um. Auf seine Anordnung wurden am 30. Dezember 1943 der Redakteur Christian Damm, am 4. Januar 1944 der bekannte Dichter Kaj Munk und im August 1944 der Ingenieur Snog Christensen ermordet.

Für diese und andere Verbrechen wurde Best in Dänemark zum Tode verurteilt, nach kurzer Zeit jedoch auf Drängen der Bonner Regierung begnadigt und schließlich freigelassen.

Streckenbach, Bruno

BESTS WÜRDIGER NACHFOLGER

heute:

Kaufmännischer Angestellter in Hamburg.

In Bruno Streckenbach fand Best einen würdigen Nachfolger als Chef des Amtes I im Reichssicherheitshauptamt. Streckenbach, SS-Gruppenführer und Generalleutnant der Polizei, war bereits vor 1933 Mitglied der NSDAP (Nr. 489972) und der SS (Nr. 14713). Best rief ihn aus Polen nach Berlin. In Polen war er für die „Befriedung“ durch die SS und Polizei verantwortlich und tat sich bei der „Germanisierungspolitik“, vor allem bei der Ausrottung der Vertreter der polnischen Intelligenz, hervor.

Auch im RSHA wütete er gegen „Angehörige der Ostvölker“. Am 5. November 1942 sandte er einen Schnellbrief an alle Sicherheitspolizei- und SD-Dienststellen über die „Strafrechtspflege gegen Polen und Angehörige der Ostvölker“. Danach sollte auf die Durchführung ordentlicher Strafverfahren verzichtet und eine unmittelbare Auslieferung an die Henker erfolgen.

Für seine Verbrechen, vor allem als „Kommandeur der 19. lettischen SS-Grenadierdivision“, wurde er in der Sowjetunion zu lebenslangem Zuchthaus verurteilt, später als nicht amnestierter Kriegsverbrecher an die Bundesrepublik übergeben. Entgegen der übernommenen Verpflichtung, ihn weiter in Haft zu halten, ließ der Bonner Staat ihn frei.

Six, Franz

CHEF DES „VORKOMMANDOS MOSKAU“

heute:

Werbechef der Porsche-Diesel-Motoren-GmbH Friedrichshafen, einer Tochtergesellschaft der Mannesmann AG; Agent mit „besonderen Erfahrungen“ beim „Bundesnachrichtendienst“ (mit 4000 anderen SS-Offizieren und SD-Spitzeln).

Dr. Franz Six trieb es bereits 1930 in die NSDAP (Nr. 245670) und 1935 in die SS (Nr. 107480). Schon am 20. April 1935 wurde er Chef des Amtes II im Sicherheitshauptamt der Reichsführung SS, später Leiter des Amtes II und des daraus hervorgegangenen Amtes VII des Reichssicherheitshauptamtes. Damit brachte er alle Voraussetzungen eines Chefs des „Vorkommandos Moskau“ mit. Diesen Posten übernahm er im Jahre 1941.

Im Verlauf des Einsatzgruppenprozesses (Fall IX), zu deren 24 Angeklagten er zählte, wurde unter anderem festgestellt, daß Six und Konsorten der Verbrechen gegen die Menschlichkeit, Kriegsverbrechen und Mitgliedschaft in verbrecherischen Organisationen für schuldig befunden sind. Sie sind verantwortlich für den Tod von über einer Million Menschen. (Vgl. NG, Fall IX, S. 27)

Als Chef des „Vorkommandos Moskau“ kam Six im Juli 1941 in Smolensk an, er blieb dort bis Ende August 1941 und kehrte dann nach Berlin zurück. Dieses Kommando sollte, sobald die deutschen Truppen in Moskau einträfen, die dortigen Archive und Dokumente sicherstellen. Tatsache ist, „daß das Vorkommando Moskau, während es unter der Leitung von Six stand, zur Liquidierungsaktion gebraucht wurde und daß außerdem die Sicherstellung von Dokumenten in Rußland nicht aus wirtschaftlichen und kulturellen Gründen geschah, sondern in der Absicht, Listen kommunistischer Funktionäre zu erhalten, die selbst Kandidaten für die Liquidierung geworden wären“. (A. a. O., S. 161)

„Für besondere Verdienste im sicherheitspolizeilichen Osteinsatz“ wurde Six am 9. November 1941 zum SS-Oberführer befördert.

Am 10. April 1948 wurde Six von einem amerikanischen Militärgericht zu 20 Jahren Gefängnis verurteilt, jedoch am 31. Januar 1951 auf zehn Jahre begnadigt und kurze Zeit später vorzeitig freigelassen.

Werner, Hans-Ulrich

TAKTIKER DER „VERBRANNTEN ERDE“

heute:

Kommandeur der Schutzpolizei in Westberlin

Werner trat 1936 in die Schutzpolizei ein. 1939 hieß es in einer Beurteilung, daß er es verstehe, „nationalsozialistisches Gedankengut seinen Untergebenen zu vermitteln und sie zur vollen Hingabe zum nationalsozialistischen Staat zu erziehen“. Im gleichen Jahr wurde er Oberleutnant, 1943 Hauptmann der Gendarmerie und kam als Kompanieführer in den Generalbezirk Nord-Kaukasien.

Die Einheit wurde in der Ukraine als „Einsatzkommando Bürger“ für die Massen Vernichtung von sowjetischen Bürgern sowie zur Zerstörung von Dörfern und Städten verwendet. Anfang 1944 wurde das Einsatzkommando nach „Oberitalien Mitte“ verlegt und zur Bekämpfung der italienischen Widerstandsbewegung eingesetzt. Für „tapfere Teilnahme“ an diesen Aktionen erhielt er unter anderem das „Bandenkampfabzeichen“. Seit 9. August 1944 war er Erster Staboffizier beim „SS- und Polizeiführer Oberitalien Mitte“. Im Januar 1945 wurde er für einen Generalstabslehrgang der Polizei und zur Beförderung vorgesehen. Werner war seit 1941 Mitglied der NSDAP (Nr.8390372) und seit 1942 SS-Anwärter. (Aus Personalunterlagen, veröffentlicht in: „Strauß und Brandt mobilisieren die SS“, Nationalrat der Nationalen Front des demokratischen Deutschland, Berlin, August 1962)

Ab Herbst 1945 mit Billigung der britischen Besatzungsbehörden in der Polizeischule Hilstrup zur Ausbildung von Fachlehrern geschult und eingesetzt; zuletzt Stellvertreter des Schulleiters des Polizei-Instituts Hilstrup. Seit 1962 ist er Kommandeur der Schutzpolizei in Westberlin.

Bilfinger, Rudolf

SPEZIALIST FÜR DIE „ENDLÖSUNG DER JUDENFRAGE“

heute:

Bis vor kurzem Obergerverwaltungsgerichtstat beim Verwaltungsgerichtshof Baden-Württemberg in Mannheim. Mußte auf Druck der Öffentlichkeit im März 1965 suspendiert und im Juni 1965 in den Ruhestand geschickt werden.

Dr. Rudolf Bilfinger, SS-Obersturmbannführer und stellvertretender Chef des Amtes II im Reichssicherheitshauptamt, nahm an allen grundlegenden Besprechungen des RSHA über die „Endlösung der Judenfrage“ teil. Am 6. März 1942, in einer Nachfolgebeförderung der berüchtigten „Wannsee-Konferenz“ - sie fand in Eichmanns Referat IV B 4 statt -, wurde die Zwangssterilisierung der sogenannten Mischlinge I. Grades behandelt. „*Es war keinesfalls beabsichtigt, die Mischlinge als dritte kleine Rasse auf die Dauer am Leben zu erhalten*“, heißt es im Protokoll dieser Besprechung. (R. M. W. Kempner, Eichmann und Komplizen, Europa-Verlag, Zürich-Stuttgart-Wien 1961, S. 170)

Am 27. Oktober 1942 fand am gleichen Ort eine weitere Besprechung statt, die Einzelheiten über die Sterilisierung von „Mischlingen I. Grades“ festlegte. Danach wurden Kinder eines jüdischen Elternteiles vor die „Wahl“ gestellt, sich sterilisieren oder in ein Konzentrationslager einweisen zu lassen.

Hervorgetan hat sich Bilfinger auch beim Raub jüdischen Eigentums. Er erarbeitete hierfür die „juristischen Grundlagen“. Am 14. Mai 1942 sandte er an verschiedene Nazi-Ministerien, an die „Höheren SS- und Polizeiführer“, die SD-Leitstellen usw. ein Rundschreiben, in dem er verfügte: *„Juden, die neben der deutschen Staatsangehörigkeit eine fremde Staatsangehörigkeit besitzen, verlieren die deutsche Staatsangehörigkeit... ebenso verfällt ihr Vermögen ... zu Gunsten des Reiches.“* (A. a. O., S. 257)

Die Dokumente, die Bilfinger dieser und anderer schwerer Verbrechen überführen, wurden von den staatlichen Organen der DDR seit Jahren der westdeutschen Regierung angeboten. Bonn zeigte für diese Dokumente kein Interesse. So konnte dieser Blutjurist bis zum März 1965 als Oberverwaltungsgerichtsrat fungieren. Der Druck der Öffentlichkeit, die sich auf das von der DDR erbrachte Beweismaterial stützte, wurde schließlich so stark, daß man Bilfinger suspendierte. Er zählt zu jenen „Schreibtischmördern“, die bis zum heutigen Tage nicht zur Verantwortung gezogen wurden.

Krumey, Hermann

VERANLASSTE „SONDERBEHANDLUNG“ FÜR DIE KINDER VON LIDICE

heute:

Nach skandalösem Urteil in Frankfurt a. M. wieder Inhaber einer mit staatlichen Krediten eingerichteten Drogerie in Korbach/Hessen.

Hermann Krumey brachte es bis zum SS-Obersturmbannführer im Reichssicherheitshauptamt. Unmittelbar nach dem Überfall der Hitlerfaschisten auf Polen, im November 1939, wurde ihm die Leitung der „Umwanderungszentrale, Zweigstelle Lodz“, übertragen. Krumey organisierte die zwangsweise Aussiedlung und Vernichtung von 12000 jüdischen Menschen allein aus diesem Gebiet. Im Sommer 1942 veranlagte er die Einweisung von 88 nach Lodz verschleppten Kindern aus Lidice in ein Konzentrationslager; hier wurden sie ermordet.

Im März 1944 beauftragte ihn Eichmann mit der Deportation aller in Ungarn lebenden Juden. In enger Zusammenarbeit mit dem juristischen Berater Eichmanns im Amt IV des RSHA, Otto Hunsche, organisierte Krumey den Transport von 400000 Männern, Frauen und Kindern in die Vernichtungslager. In Auschwitz wurden innerhalb weniger Monate 300000 dieser unglücklichen Menschen ermordet.

Krumey war der Initiator des Tauschgeschäftes „Blut gegen Ware“; er bot dem Mittelsmann Joel Brand das Leben von einer Million Juden gegen die Lieferung von 10000 Lastwagen aus dem Ausland an. Krumey drängte auf die Beschleunigung der Verhandlungen mit dem Argument: *„Jeder Tag kostet 12000 Menschenleben!“*

Diese und andere Tatsachen waren dem Frankfurter Schwurgericht bekannt; als es im Februar 1965 nach neunmonatiger Verhandlung das Urteil verkündete. Krumey wurde zu einer fünfjährigen Zuchthausstrafe verurteilt, die sich mit der bis dahin abgesehenen

Untersuchungshaft von vier Jahren, neun Monaten fast deckte und demzufolge einem Freispruch gleichkam.

Als Krumei festgenommen wurde, lebte er nicht nur als biederer Geschäftsmann, sondern gehörte auch als Abgeordneter der BHE dem Kreistag in Korbach an.

(Externer Link: [Gedenkstätte Lidice](#))

Hunsche, Otto

„JURISTISCHER BERATER“ EICHMANNS

heute:

Rechtsanwalt in Datteln/Westfalen.

In Anerkennung seiner Verdienste als „juristischer Berater“ des Deportationsspezialisten Adolf Eichmann im Amt IV B 4 des Reichssicherheitshauptamtes wurde SS-Hauptsturmführer Dr. Otto Hunsche der Titel eines Regierungsrates verliehen. Zu den zahllosen Verbrechen, an denen Hunsche maßgeblichen Anteil hat, gehört die Mitwirkung an der Ermordung von 1200 ungarischen Juden aus dem Sammellager Kistarosa.

Als Angehöriger des Stabes Eichmann begleitete Hunsche SS-Obersturmbannführer Krumei Anfang 1944 nach Ungarn. Ihr Auftrag bestand darin, die ungarischen Juden in kürzester Frist zum Transport in die Vernichtungslager zusammenzutreiben. Bis zum Einmarsch der sowjetischen Truppen in Budapest wurden auf diese Weise 400000 jüdische Menschen verschleppt, von denen der größte Teil im Konzentrationslager Auschwitz qualvoll umgebracht wurde.

Erst als Überlebende Anklage erhoben und Beweise vorlegten, wurde Hunsche vor Gericht gestellt und im April 1962 in Frankfurt wegen „Beihilfe zum Mord an 600 Menschen“ zu fünf Jahren Zuchthaus verurteilt. Hunsche war auch diese Strafe noch zu hoch; als „erfahrener Jurist“ erreichte er, daß das Urteil aufgehoben und ein neues Verfahren eingeleitet wurde.

Im April 1964 begann die zweite Verhandlung vor dem Frankfurter Schwurgericht, die seine Freilassung zur Folge hatte und ihm die Möglichkeit gab, wieder zu praktizieren.

Thümmler, Johannes

GESTAPO-CHEF IN CHEMNITZ UND KATTOWITZ

heute:

Leitender Angestellter eines Werkes in Oberkochen („Carl-Zeiss-Stiftung“).

SS-Obersturmbannführer und Oberregierungsrat im RSHA, Dr. Johannes Thümmler, gehörte bereits vor 1933 der NSDAP (Nr. 1425547) an. In der SS führte er die Mitglieds-Nr. 323711. Nach der Errichtung der Hitlerdiktatur war er zunächst im Polizeipräsidium Dresden und bei der Amtshauptmannschaft Schwarzenberg tätig. Hier bewährte er sich bei der rücksichtslosen Verfolgung und Unterdrückung der Gegner des Terrorregimes so gut, daß er als Leiter der Staatspolizei(leit)stellen Dresden und Chemnitz eingesetzt wurde.

Während des zweiten Weltkrieges entschied er als Leiter der Gestapo in Kattowitz (Katowice) über Leben und Tod polnischer Menschen, die auf seine Anweisung mit dem Hinweis auf „Sonderbehandlung“ in das Konzentrationslager Auschwitz eingeliefert wurden, da „ohnehin Todesstrafe“ zu erwarten sei.

Längere Zeit war er Leiter des Einsatzkommandos 16 der Einsatzgruppe E, die im Südosten Europas Massenverbrechen verübte.

Im November 1964 wurde dem ehemaligen Gestapo-Chef Gelegenheit gegeben, im Frankfurter Auschwitz-Prozeß als „Entlastungszeuge“ aufzutreten.

Das Auftreten Thümmers veranlagte die Rechtsorgane der DDR, den westdeutschen Justizbehörden Dokumente über die von ihm begangenen Verbrechen zu übergeben. Ein Rechtsverfahren wurde bis zum heutigen Tage nicht eingeleitet, obwohl er während seiner Zeugenaussage eingestehen mußte, in einigen hundert Fällen als Standgerichtsvorsitzender fungiert zu haben. Thümmel erklärte, daß in diesen Verhandlungen etwa 60 Prozent Todesurteile gefällt wurden, der Rest der „Angeklagten“ sei ins KZ eingewiesen worden.

Lammerding, Heinz

SS-HENKER VON ORADOUR UND TÜLLE

heute:

Diplom-Ingenieur und Bauunternehmer in Düsseldorf; führend in der SS-Organisation HIAG.

Heinz Lammerding, der sich frühzeitig der NSDAP (Nr. 722395) und der SS (Nr. 247062) angeschlossen hatte, wurde durch Himmler der Rang eines SS-Oberführers und Generals der Waffen-SS verliehen. Er befehligte unter anderem die berüchtigte SS-Panzerdivision „Das Reich“.

Der Weg dieser SS-Division durch die von der Hitlerarmee besetzten Gebiete ist durch Galgen und Massengräber gekennzeichnet. Am 10. Juni 1944 überfielen die SS-Horden den französischen Ort Oradour. 548 Einwohner wurden in der Kirche zusammengetrieben und auf Befehl Lammerdings bestialisch ermordet. Die friedliche Ortschaft wurde dem Erdboden gleichgemacht.

Um den wachsenden Widerstand des französischen Volkes gegen die faschistische Okkupation mit allen Mitteln zu brechen, ließ SS-Kommandeur Lammerding in Tulle 120 Franzosen aus der zivilen Bevölkerung öffentlich erhängen.

Für diese und andere in Frankreich begangenen Verbrechen wurde Lammerding von einem Gericht in Bordeaux in Abwesenheit zum Tode verurteilt. Nachdem er zunächst unter dem Namen Braune in Wiesbaden lebte, ließ er sich in Düsseldorf als Bauunternehmer unter seinem richtigen Namen nieder.

Auslieferungsanträgen Frankreichs an westdeutsche Rechtsorgane wurde nicht stattgegeben.

Wolff, Karl

ADJUTANT HIMMLERS

heute:

Wolff wurde 17 Jahre nach Kriegsende in seiner Villa am Starnberger See verhaftet und wegen der Ermordung von 300000 Juden zu 15 Jahren Zuchthaus verurteilt - für jeden Mord 30 Minuten Haft.

SS-Obergruppenführer und General der Waffen-SS, Karl Wolff, war „Chef des Persönlichen Stabes des Reichsführers SS“ und „Verbindungsoffizier des Reichsführers zum Führer“. Mit allen Sondervollmachten ausgerüstet, hatte Wolff einen maßgeblichen Anteil an der sogenannten Endlösung der Judenfrage. Er trug die Hauptverantwortung für die Ermordung von 300000 polnischen Juden im Vernichtungslager Treblinka.

Als „Höchster SS- und Polizeiführer“ in Italien beging er seit September 1943 zahllose Verbrechen. Wolff ließ 15000 italienische Männer, Frauen und Kinder umbringen. Auf sein Schuldkonto kommen die an Häftlingen im KZ Dachau durchgeführten verbrecherischen Experimente.

Obwohl Wolff unter seinem richtigen Namen lebte und auch in der westdeutschen Presse wiederholt auf seine Machtbefugnisse innerhalb der SS-Führung hingewiesen wurde, führte erst die Strafanzeige eines israelischen Journalisten zu seiner Festnahme. Das Urteil lautete:

„Schuldig des gemeinschaftlichen Mordes an 300000 Juden, mitschuldig an der Ermordung von 15000 italienischen Juden und verantwortlich für die medizinischen Experimente im KZ Dachau.“

Winkelmann, Otto

SS- UND POLIZEI-STANDORTKOMMANDANT IN UNGARN

heute:

Ratsherr in Kiel, Vorsitzender der Vereinigung ehemaliger Polizeioffiziere.

Otto Winkelmann brachte es während des faschistischen Raubkrieges vom Oberstleutnant der Schutzpolizei bis zum Generalleutnant der Polizei und SS-Gruppenführer. Seit 1939 war er mit der Leitung des „Kommando-Amtes des Hauptamtes Ordnungspolizei“ beauftragt, das unter anderem für die Aufstellung und Ausrüstung der vorwiegend im Osten eingesetzten Polizei-(später SS-Polizei-)regimenter und -bataillone zuständig war.

Im März 1944, mit dem Einmarsch der faschistischen Truppen im verbündeten Horthy-Ungarn, wurde er durch Himmler als Höherer SS- und Polizeiführer in Ungarn eingesetzt. Nach Angaben Winkelmanns erklärte ihm Himmler:

„Sie sind in Ungarn genauso wie der Militärattache und der Luftattache mein Attache. Sie sind mein Verbindungsoffizier zu den ungarischen Stellen und, wenn es sein muß, auch zu Gesandten. Sie haben die Aufgabe, für die Koordinierung der Tätigkeit aller in Ungarn eingesetzten SS- und Polizeidienststellen zu sorgen... Sie haben ferner die Aufgabe des SS- und Polizeistandortkommandanten.“ (IMT, Fall XI, Bd. 217, S. 25 653)

Neben Eichmann trägt Winkelmann die Hauptverantwortung für die Deportierung und Ermordung der 400000 Juden aus Ungarn.

Trotz der ihm nachgewiesenen Verbrechen erhält Winkelmann eine Generalspension.

Skorzeny, Ott

MUSSOLINI-BEFREIER LEITET FLUCHT VON MASSENMÖRDERN

heute:

Inhaber eines „Ingenieur- und Maklerbüros“ in Madrid; Begründer und Chef der nazistischen Geheimorganisation „Die Spinne“, die von Spanien aus bisher über 500 Kriegs- und Naziverbrechern zur Flucht verhalf.

Otto Skorzeny, SS-Obersturmbannführer, war seit April 1943 Gruppenleiter VI S des Reichssicherheitshauptamtes und damit Kommandeur des „Sonderverbandes Oranienburg“. Die Aufgaben dieses streng geheimen Sonderverbandes bestanden darin, schnellstmöglich einen total wirkenden Geheimdienst aufzubauen und ihn global einzusetzen, das heißt: Bombenattentate, Diversion, Menschenraub, Sabotage, Mord. Die von Skorzeny ausgebildeten und ausgerüsteten Agenten sollten im Iran und in Indien, in England und in den USA, vor allem aber in der Sowjetunion die Niederlage der Faschisten aufhalten.

Am 12. September 1943 organisierte Skorzeny mit seinem „SS-Sonderverband“ im Auftrage Hitlers die Entführung des italienischen Faschistenführers Mussolini aus der Haft der Badoglio-Regierung. Ab Januar 1945 wütete Skorzeny als Führer einer Diversanten-Truppe an der Ostfront, die inzwischen die Oder erreicht hatte.

Nach dem Zusammenbruch blieb auch Skorzeny, was er war - ein führender Faschist und Geheimdienst-Chef. Er begann eine vielseitige Tätigkeit, um die Verbindung zwischen den ehemaligen Angehörigen der Waffen-SS wieder herzustellen. Sein Werk ist die Gründung der nazistischen Geheimorganisation „Die Spinne“, die nicht nur über umfangreiche finanzielle Mittel aus dem Raubgut der SS verfügt, sondern sich auch der besonderen Unterstützung führender westdeutscher Konzerne erfreut. Sitz dieser Geheimorganisation ist Denia (Spanien). Dorthin siedelte Skorzeny 1953 über.

Gestützt auf die Freundschaft mit Franco und dem spanischen Informationsminister unterhält Skorzeny von seiner feudalen Villa im Stadtbezirk Velasques von Madrid aus enge Verbindungen zu einflußreichen westdeutschen Kreisen sowie zu seinen früheren SS-Kumpanen in der Bundesrepublik und in anderen Ländern.

Zu den über 500 belasteten Kriegs- und Naziverbrechern, denen die SS-Untergrundorganisation „Die Spinne“ die Flucht aus Westdeutschland ermöglichte, gehören unter anderen die SS- und KZ-Mörder Eisele, Mengele und Zind.

Obwohl der Bonner Regierung die Verbrechen bekannt sind, die Skorzeny beging, hat sie nichts unternommen, ihn aburteilen zu lassen oder zumindest seine neofaschistische Tätigkeit zu unterbinden. Im Gegenteil. Die Bonner Regierung duldet die Tätigkeit dieses Kriegsverbrechers und unterstützt die „Spinne“ durch ihre enge Zusammenarbeit mit dem Franco-Regime.

SS-Mörder und Nazi-Führer

Listen weiterer SS-, SD- und Gestapo-Mörder sowie Nazi-Führer, die den Staats-, Polizei- und Wirtschaftsapparat Westdeutschlands und des besonderen Territoriums Westberlin durchsetzen oder angesehene Stellungen im öffentlichen Leben bekleiden.

Ahlborn, Hermann

vor 1945: SS-Hauptsturmführer (Nr. 421625); 1933 NSDAP

nach 1945: In Norwegen bis 1956 wegen Kriegsverbrechen interniert; Polizeihauptkommissar in Hannover

Albrecht, Benno

vor 1945: Major der Feldgendarmerie in Litzmannstadt (Lodz); NSDAP

nach 1945: Gendarmerie-Bezirkschef in Koblenz

Altmeyer, Josef

vor 1945: SS-Unterrführer in der „Leibstandarte Adolf Hitler“ (Nr. 326109)

nach 1945: Ministerialrat und Leiter der Polizeiabteilung im Innenministerium Rheinland-Pfalz

Amthor, Paul

vor 1945: SS- und Polizeigebietsführer im besetzten Stalino

nach 1945: Bezirkshauptmann der Gendarmerie in Bayern

Appen, Hermann von

vor 1945: SS-Hauptsturmführer: Adjutant des SS- und Polizeiführers in Charkow; Kommandeur im SS-Polizeiregiment „Todt“ und beim SS-Polizeibataillon Dänemark

nach 1945: Polizeihauptkommissar in Hamburg

Auerswald, Heinz

vor 1945: NSDAP (Nr. 4830479); Oberwachtmeister der Schupo, Unterscharführer der SS (Nr. 216399); beteiligt an der Annexion des Sudetenlandes und am Oberfall auf Polen; 1940 aus der Schutzpolizei ausgeschieden, um in die Zivilverwaltung zu gehen; ab April 1941 Kommissar des „Warschauer Ghettos“, mitverantwortlich für die Vernichtung von über 300000 Juden

nach 1945: Rechtsanwalt in Düsseldorf, Königsallee 40

Bach-Zelewski, Erich von dem

vor 1945: SS-Obergruppenführer (Nr. 9831) und General der Polizei; NSDAP (Nr. 489101); bis 1933 Abschnittsführer des SS-Abschnittes XII, dann Oberabschnittsführer des SS-Oberabschnittes Nordost in Königsberg, später des SS-Oberabschnittes Südost in Breslau (Wroclaw); 1941 höherer SS- und Polizeiführer in Breslau, später Rußland-Mitte; 1943 von Himmler zum „Chef der Bandenkampfverbände“ ernannt; Oktober 1943 bis August 1944 kommandierender General des Raumes Warschau; übernahm den Auftrag, Warschau dem Erdboden gleichzumachen, und führte diesen Auftrag der völligen Zerstörung und der Vernichtung bis zum Einmarsch der sowjetischen Truppen durch

nach 1945: 1951 zu zehn Jahren Sonderarbeit verurteilt; das Urteil wurde aufgehoben und B. aus der Haft entlassen; 1960 wegen Mordes aus dem Jahre 1934 (Röhm-Affäre) angeklagt und 1961 zu viereinhalb Jahren und 1962 vom Nürnberger Schwurgericht zu lebenslangem Zuchthaus verurteilt

Banneck, Max

vor 1945: Aktives Mitglied der NSDAP; 1938 SD; für Kolonialeinsatz vorgesehen

nach 1945: Kriminalobersekretär in Kiel

Bartmann, Fritz, Dr.

vor 1945: SS-Sturmbannführer (Nr. 308192); Kriminalrat; NSDAP (Nr. 5919716); Lehrer an der Polizeioffiziersschule Berlin-Charlottenburg und der Führerschule in Wien (1941); Mitarbeiter des RSHA

nach 1945: Leiter der Kriminalpolizei in Krefeld

Barz, Heinz

vor 1945: SS-Hauptsturmführer (Nr. 45536) bei Einsatzgruppen

nach 1945: Polizeirat, Kommando V, Schupo-Amt Hamburg 13

Bauer, Lorenz

vor 1945: Angehöriger des Einsatzkommandos 8

nach 1945: Polizeimeister in Amberg

Beck, Friedrich

vor 1945: SS-Sturmbannführer; Kommandeur einer „Bandenkampfschule“

nach 1945: Polizeirat in Darmstadt

Benecke, Adolf

vor 1945: „Osteinsatz“ bei der SS-Polizeidivision, 2. Polizeischutzmannschaftsregiment

nach 1945: Polizeihauptkommissar in Hamburg

Benkmann, Adolf

vor 1945: SS-Hauptsturmführer und Referent im Hauptamt Ordnungspolizei; Ordonnanzoffizier beim Befehlsstab des Sonderbeauftragten Minsk

nach 1945: Leiter des Gendarmeriekreises Oberwesterwald

Berger, Gottlob

vor 1945: SS-Obergruppenführer und General der Waffen-SS; Leiter des SS-Führungshauptamtes; 1940 Chef des SS-Hauptamtes Erbwesen für die Waffen-SS in Berlin; 1932 NSDAP (Nr. 426875); 1936 SS (Nr. 275991)

nach 1945: Vom alliierten Militärtribunal zu 25 Jahren Gefängnis verurteilt, 1951 jedoch entlassen; in Westdeutschland Mitarbeiter der Monatszeitschrift „Nation Europa“, Coburg

Berger, Heinz

vor 1945: 1931 NSDAP, SA und SS

nach 1945: Polizeisekretär in Darmstadt

Besekow, Arno

vor 1945: SS-Hauptsturmführer beim SD (Sonderverband Skorzenys) und bei der Gestapo Magdeburg

nach 1945: Kriminalkommissar in Kiel und Leiter der Abteilung I des Kriminalamtes Schleswig-Holstein

Best, Werner, Dr.

vor 1945: SS-Gruppenführer (Nr. 23377); NSDAP (Nr. 341338); Verfasser des berüchtigten „Boxheimer Dokuments“; 1934 beim SD des „Reichsführers SS“; Chef des Amtes I des RSHA; Kriegsverwaltungschef beim Militärbefehlshaber in Frankreich; Bevollmächtigter des Reiches in Dänemark

nach 1945: In Dänemark wegen mehrfachen Mordes zum Tode verurteilt, auf Drängen der Bonner Regierung begnadigt und freigelassen; leitende Tätigkeit als Wirtschaftsjurist beim Hugo-Stinnes-Konzern in Mülheim/Ruhr; Gutachter beim westdeutschen Auswärtigen Amt

Biberstein, Ernst

vor 1945: SS-Obersturmbannführer (Nr. 272692); NSDAP (Nr. 40718); Leiter des Einsatzkommandos 6; Biberstein hieß ursprünglich Scymanowsky und war Pfarrer der evangelischen Kirche in Kating/Schleswig-Holstein; 1935 trat er in das Reichsministerium für kirchliche Angelegenheiten ein und wurde 1936 zum Oberregierungsrat im Staatsdienst, 1940

zum SS-Sturmbannführer befördert; im Oktober 1940 begann er seine Tätigkeit als Chef der Gestapo Oppeln (Opole); vom September 1942 bis Juni 1943 leitete er das Einsatzkommando 6 der Einsatzgruppe C in der Sowjetunion. In seiner eidesstattlichen Erklärung vom 25. Juni 1947 gab er die Zahl der unter seinem Befehl getöteten Menschen mit „zwei- bis dreitausend“ an

nach 1945: 1948 zum Tode verurteilt; 1958 aus der Haft entlassen; lebt heute unbehelligt in Westdeutschland

Bilfinger, Rudolf, Dr.

vor 1945: SS-Obersturmbannführer (Nr. 335627); NSDAP (Nr. 5892661); Stellvertretender Chef des Amtes II im RSHA, juristischer Fachmann; maßgeblich beteiligt an der „Endlösung der Judenfrage“

nach 1945: Oberverwaltungsgerichtsrat beim Verwaltungsgerichtshof Baden-Württemberg in Mannheim; März 1965 vom Dienst suspendiert, Juni 1965 in den Ruhestand versetzt

Blankenbach, Johann

vor 1945: SS-Untersführer, Gestapo Karlsruhe

nach 1945: Kriminalinspektor in München

Blings, Josef

vor 1945: SS-Obersturmführer und Polizeiführer in Lodz; Oberleutnant der Schutzpolizei

nach 1945: Gendarmerieoberrat im Ministerium des Innern Rheinland-Pfalz und verantwortlich für Einsatz und Schulung der Polizei in Rheinland-Pfalz

Blümlein, Georg

vor 1945: NSDAP und SS; Bezirksleiter der Gendarmerie in Radom

nach 1945: Gendarmerie-Oberinspektor in Neustadt a. d. Weinstraße

Boeddecker, Werner

vor 1945: SS-Untersturmführer (Nr. 421449)

nach 1945: Polizeihauptkommissar in Hamburg

Boldt, Berthold

vor 1945: SS-Obersturmführer, Einsätze im Polizeibataillon 104, Lublin, Polizeiregiment „Todt“ und Polizei-Freiwilligen-Regiment Schlauders

nach 1945: Polizeihauptkommissar in Hamburg

Borrmann, Ernst

vor 1945: SS-Obersturmführer und Gendarmerieführer im Polizei-Freiwilligenbataillon VIII „Kroatien“

nach 1945: Polizeidirektor in Stuttgart

Boysen, Carl

vor 1945: NSDAP seit 1.5.37 (Nr. 5362839); 1942/43 Bataillonskommandeur beim II./16. SS-Polizeiregiment in Litauen und Lettland; anschließend Ia-Offizier beim Befehlshaber der Ordnungspolizei in Paris; Major der Schupo

nach 1945: Bundesministerium des Innern, Abteilung VI, Inspekteur der Bereitschaftspolizeien der Länder

Braschwitz, Rudolf, Dr.

vor 1945: SS-Sturmbannführer (Nr. 458447); NSDAP (Nr. 2633264); Angehöriger des RSHA, Gestapo- Leitstelle Berlin

nach 1945: Kriminalrat und stellvertretender Leiter der Kriminalpolizei in Dortmund

Braunschmidt, Waltet

vor 1945: 1933 NSDAP; 1938 SS (Nr. 358741); Einsatz beim Höheren SS- und Polizeiführer in Shitomir, Nikolajew und in Kirowograd

nach 1945: Leiter der Kriminalpolizei in Aachen

Brunke, Franz

vor 1945: SS-Hauptsturmführer; Offizier beim SS-Polizeiregiment 3, Niederlande, und beim Befehlshaber der Ordnungspolizei Krakau (Krakow)

nach 1945: Polizeihauptkommissar; Leiter des Polizeiabschnittes Landkreis Braunschweig

Budenop, Franz

vor 1945: Polizeigeneral; Polizeichef von Essen; nach der Annexion Österreichs Polizeichef in Wien

nach 1945: Polizeidirektor in Kiel; im Ruhestand

Busch, Friedrich

vor 1945: Angehöriger des SS-Einsatzkommandos 8

nach 1945: Polizeimeister in Dortmund-Martens

Cerff, Karl

vor 1945: SS-Brigadeführer (Nr. 323782); NSDAP (Nr. 30314); gehörte dem „Persönlichen Stab Reichsführer-SS“ an; 1942 führender Mitarbeiter der Reichspropagandaleitung der NSDAP

nach 1945: 2. Bundessprecher der SS-Organisation HIAG

Christ, Oskar

vor 1945: SS-Hauptsturmführer; Kommandeur im SS-Polizeibataillon 314

nach 1945: Polizeiobererrat in Wiesbaden

Christmann, Kurt, Dr.

vor 1945: SS-Obersturmbannführer (Nr. 103057); NSDAP (Nr. 3203399); Oberregierungsrat; 1934 bereits beim SD des Reichsführers SS, dann Bayerische politische Polizei; 1939 Leiter der Staatspolizeileitstelle Salzburg, Leiter des SS-Sonderkommandos 10a

nach 1945: Immobilienbesitzer in München

Conring, Hermann, Dr.

vor 1945: Feldkommandantur Groningen/Holland; Oberkriegsverwaltungsrat; Sonderbeauftragter des Nazi-Kommissars Seyß-Inquart (Der niederländische Historiker, Prof. Dr. Presser, weist in seinem Dokumentenwerk „Der Untergang“ auf S. 402 nach: „*Dieser Mann dringt schon im Jahre 1942 darauf, daß die Juden aus seinem Gebiet verschwinden.*“)

nach 1945: Bundestagsabgeordneter der CDU seit 1953; Bundestagskandidat 1965; ausgezeichnet mit dem Bundesverdienstkreuz des Verdienstordens der Bundesrepublik

Cornely, Fritz

vor 1945: SS-Sturmbannführer; Kriminalkommissar; 1944 Führer einer Sonderkommission im KZ Sachsenhausen

nach 1945: Kriminalhauptkommissar in Köln

Debring, Johannes

vor 1945: 1a-Offizier und Bataillonsführer des IH./SS-Polizeiregiments 15 in Triest und Norwegen

nach 1945: Polizeirat; Leiter der Polizeiinspektion und stellvertretender Kommandeur der Schutzpolizei beim Präsidium des Verwaltungsbezirks Oldenburg

Deppner, Erich

vor 1945: 30. Januar 1941 SS-Sturmbannführer (Nr. 177571); NSDAP (Nr. 1254844); als Leiter der Gestapo in Holland mitschuldig am Mord von 65 sowjetischen Kriegsgefangenen im KZ-Lager Ammersfort (Holland) und an der Deportierung von 11000 holländischen Juden

nach 1945: Tätig als Industrie- und Wirtschaftsberater; Anfang 1964 erfolgte vor dem Schwurgericht I, München, der Freispruch wegen „Mangels an Beweisen“

Dietrich, Josef

vor 1945: SS-Obergruppenführer (Nr. 1177) und Panzergeneral der Waffen-SS; NSDAP (Nr. 89015); Kommandierender General des I. SS-Panzerkorps „Leibstandarte“ und Führer des SS-Oberabschnittes Spree; unter seiner Führung verübte diese Einheit: Verbrechen gegen die Menschlichkeit in der Sowjetunion, in Italien und Frankreich; mitverantwortlich an der Ermordung amerikanischer Kriegsgefangener bei Malmedy

nach 1945: Im Malmedy-Prozeß zu lebenslanger Haft verurteilt; 1955 vorzeitig entlassen; wegen Beteiligung an der Ermordung des SA-Stabschefs Röhm wurde er zu 18 Monaten Haft verurteilt; führend in der SS-Organisation HIAG tätig (inzwischen verstorben)

Dietz, Wilhelm

vor 1945: Kriminalkommissar in Konstanz und Tilsit; Teilnehmer an Führerschulungen der Sicherheitspolizei und des SD

nach 1945: Mitarbeiter des Landesamtes für Verfassungsschutz in Stuttgart

Dippelhofer, Otto, Dr.

vor 1945: SS-Sturmbannführer (Nr. 77517); NSDAP (Nr. 2243882); Major der Gendarmerie; 1939 bis 1941 Führer eines Feldgendarmerietrupps im „Fronteinsatz“ in Böhmen und Mähren, Polen, Holland, Belgien und Frankreich; 1942/43 RMdl Leiter der Untergruppe I im Hauptamt Ordnungspolizei (SS- und Polizeigerichtsbarkeit); 1944 bis Kriegsende Bataillons- und Regimentskommandeur von Polizeieinheiten, die Tausende Slawen und Juden in Osteuropa viehisch ermordeten

nach 1945: Brigadegeneral im Bundesgrenzschutz

Drescher, Heinz

vor 1945: SS-Hauptsturmführer; Kriminalrat und Referatsleiter im Amt V des RSHA **nach 1945:** Kriminalrat im Bundeskriminalamt Wiesbaden

Dullien, Reinhard

vor 1945: 1933 NSDAP (Nr. 1853922); 1933 SS; Leiter der Hauptabteilung III im Generalkommissariat Wolhynien und Podolien des Reichskommissars Ukraine; die von ihm geführte Abteilung war verantwortlich für die wirtschaftliche Ausplünderung des besetzten Gebietes; unterstand dem NS-Gauleiter und Kriegsverbrecher Koch

nach 1945: Chef des Bundeskriminalamtes in Wiesbaden bis Anfang 1965, wurde dann abgelöst und ging in das Versicherungswesen

Dusenschön, Willi

vor 1945: SS-Obersturmbannführer (Nr. 10984); NSDAP (Nr. 75582); I. Kommandant der KZ Fuhlsbüttel und Papenburg; Kommandeur in der 2. SS-Totenkopfstandarte „Brandenburg“, der II. SS-Panzerdivision „Das Reich“ und in der SS-Gebirgsjägerdivision N

nach 1945: Im September/Oktober 1962 wurde er vom Schwurgericht Hamburg wegen „Mangels an Beweisen“ freigesprochen

Eder, Josef

vor 1945: SS-Unterführer und Gendarmerieunterführer

nach 1945: Oberkommissar bei der Grenzpolizei in München

Eggart, Karl

vor 1945: Gendarmerieführer und Inspektionsoffizier beim Beauftragten des Reichsführers SS, dem „Sonderbevollmächtigten des Deutschen Reiches“ in Albanien

nach 1945: Leiter eines Polizeiabschnittes in Cloppenburg

Egle, Karl

vor 1945: SS- und Gendarmerie-Führer in Jugoslawien

nach 1945: Kriminalhauptkommissar und Leiter der Kriminalpolizei in Freiburg

Erdmann, Kurt

vor 1945: SS-Hauptscharführer und Leiter der sogenannten Politischen Abteilung des KZ Sachsenhausen

nach 1945: Kriminalpolizei-Obermeister in Stade

Espey, Oswald

vor 1945: Gerichtsoffizier am SS-Polizeigericht II, Düsseldorf; 1941 RSHA; Gendarmeriekommandeur in Riga und 1944/45 im Raum Danzig (Gdansk)

nach 1945: Leiter der Landespolizeischule Niedersachsen in Hannover

Eweler, Heinrich, Dr.

vor 1945: SS-Hauptsturmführer (Nr. 308193) im SD; 1933 NSDAP

nach 1945: Leiter der Kriminalpolizei in Essen

Fähnrich, Kurt

vor 1945: Kriminaldirektor im RSHA, Amt V

nach 1945: Leiter der Kriminalpolizei in Hameln

Favorke, Rolf

vor 1945: 1941 bis 1944 Ib-Offizier beim Befehlshaber der Ordnungspolizei Riga; anschließend SS-Polizeiregiment 4 (ehemaliges Mordbataillon 316)

nach 1945: Polizeihauptkommissar in Baden-Württemberg

Fermer, Andreas

vor 1945: Angehöriger der Gestapo in Weimar; 1942 bis 1943 Osteinsatz bei der Einsatzgruppe X des SD; Gestapo-Dienst in Den Haag

nach 1945: Kriminalkommissar in Dortmund

Fiehler, Karl

vor 1945: SS-Obergruppenführer (Nr. 91724); Reichsleiter der NSDAP (Nr. 37); Oberbürgermeister von München

nach 1945: Lebt unbehelligt in München

Fischer, Kurt

vor 1945: SS-Sturmbannführer (Nr. 337725); Major der Schutzpolizei

nach 1945: Verborg sich zunächst unter dem Namen Karschner; inzwischen unter seinem richtigen Namen Mitarbeiter in der Abteilung VI des Bundesamtes für Verfassungsschutz

Fleschütz, Eugen

vor 1945: Angehöriger des Einsatzkommandos 8

nach 1945: Polizeimeister in Augsburg

Florian, Friedrich Karl

vor 1945: NSDAP-Gauleiter von Niederrhein in Düsseldorf; SA-Obergruppenführer und Chef der SA-Gruppe Niederrhein

nach 1945: Sechs Jahre Gefängnis; führendes Mitglied der als Sammelbecken von Antikommunisten und Antisemiten bekannten Organisation „Deutsches Kulturwerk europäischen Geistes“

Frank, Johannes

vor 1945: 1934 Gestapo in Leipzig; zuletzt beim SD in den Niederlanden

nach 1945: Kriminalsekretär in Essen

Frees, Friedrich

vor 1945: 1938 Angehöriger der Gestapo Stuttgart; ab 1940 Gestapo Litzmannstadt (Lodz)

nach 1945: Polizeiinspektor in Stuttgart

Furck, Herbert

vor 1945: SS-Sturmbannführer (Nr. 337727); Major der Schupo; Kommandeur des III./Polizeiregiments 16, Riga, und Kommandeur des I./SS-Polizeiregiments 3, Niederlande

nach 1945: Polizeirat in Kiel

Geigenmüller, Otto, Dr.

vor 1945: Regierungsassessor und Leiter der Gestapo in Halle, später Berlin

nach 1945: Regierungsrat Finanzamt Köln-Land

Geißler, Kurt

vor 1945: SS-Sturmbannführer; Kriminaldirektor im Amt IV RSHA (Gestapo); seit 1933 Mitarbeiter der Gestapo; Leiter der Gestapo-Stelle Berlin

nach 1945: Dienststellenleiter der Kriminalpolizei in Köln

Gemmeker, Albert Konrad

vor 1945: SS-Obersturmführer und Kommandant des Auffanglagers Westerbork

nach 1945: Kaufmann in Düsseldorf

Gerken, Richard

vor 1945: SS-Hauptsturmführer

nach 1945: Regierungsdirektor im Bundesinnenministerium; Leiter der Abteilung IV im Bundesamt für Verfassungsschutz; seit 1966 im Ruhestand

Gerloff, Walter

vor 1945: Major der Gendarmerie; NSDAP; SS (Nr. 432 435)

nach 1945: Polizeioberrat, Leiter der Schupo-Schule Hamburg-Alsterdorf

Gille, Herbert

vor 1945: SS-Gruppenführer und Generalleutnant der Waffen-SS (Nr. 39854); NSDAP (Nr. 537337); Kommandeur der 5. SS-Panzerdivision „Wiking“

nach 1945: Mitbegründer der SS-Organisation HIAG; Inhaber einer Versandbuchhandlung in Stemmen bei Hannover, die vor allem neofaschistische Literatur vertreibt (inzwischen verstorben)

Gontard, Christoph

vor 1945: SS-Sturmbannführer; Mitarbeiter des RSHA; Einsatz in Prag, Paris und Innsbruck; NSDAP (Nr. 713377); SA; 1931 SS (Nr. 272 233)

nach 1945: Leitende Stellung in einem Unternehmen in München

Görtz, Heinrich, Dr. med.

vor 1945: Angehöriger des SS-Sonderkommandos 10a, das im Jahre 1941 mehrere Hundert Einwohner der sowjetischen Stadt Mariupol (Shdanow) ermordete

nach 1945: Lebt unbehelligt in Westdeutschland

Grandke, Fritz

vor 1945: SS-Obersturmbannführer (Nr. 323895); NSDAP (Nr. 5 681 746); Kommandeur SS-Polizeiregiment 1; später Waffen-SS

nach 1945: Leiter der Bereitschaftspolizei in Niedersachsen; seit Mai 1965 im Ruhestand

Grobben, Jakob

vor 1945: SS-Sturmbannführer (Nr. 327406); NSDAP (Nr. 3566691); Major der Schupo; Adjutant beim Befehlshaber der Ordnungspolizei Polen; 1944 als SS- und Polizeigebietsführer in Kopenhagen

nach 1945: Oberkreisdirektor und Leiter der Kreispolizeibehörde Jülich

Grote, Willi

vor 1945: Untergruppenleiter (Oberregierungsrat) im Hauptamt Ordnungspolizei in Himmlers Innenministerium

nach 1945: Leiter des Referates Sicherheit und Ordnung bei der Landespolizeibehörde

Güdler, Kurt

vor 1945: Major der Polizei und Sonderbeauftragter des Chefs der Sicherheitspolizei und des SD; NSDAP; SS-Führer z.b.V.; Polizeiberater des als Kriegsverbrecher verurteilten slowakischen Innenministers Mach

nach 1945: Leiter der Polizeidirektion Kiel

Gustke, Walter

vor 1945: SS-Hauptsturmführer (Nr. 421176), 1941 bis 1944 I./SS-Polizeiregiment 24 im Raum Minsk

nach 1945: Polizeihauptkommissar in Hamburg

Güttinger, Wilhelm

vor 1945: Ab 1939 Angehöriger der Gestapo Stuttgart

nach 1945: Kriminalkommissar in Stuttgart

Haasche, Erich

vor 1945: Gendarmeriehauptmann; 1944 Gendarmeriegebietsführer in Luzk; Sondereinsatz zur Niederschlagung des Warschauer Aufstandes

nach 1945: Leiter des Polizeiabschnittes Norden in Niedersachsen

Hahn, Ludwig, Dr.

vor 1945: SS-Sturmabführer; 1930 NSDAP (Nr. 194463); Leiter von Gestapo-Dienststellen, Anfang 1940 Kommandeur der Sipo und des SD in Krakau (Krakow); Ende 1940 Sonderbeauftragter des Reichsführers SS und Chef der Deutschen Polizei beim Deutschen Gesandten in Preßburg (Bratislava)

nach 1945: Handelsvertreter in Hamburg

Halswick, Gustav, Dr.

vor 1945: SS-Obersturmbannführer (Nr. 337658); NSDAP (Nr. 5850390); Kriminaldirektor RSHA; Lehrer an der Reichskriminalschule; beteiligt an Kriegsverbrechen in Polen und der Sowjetunion

nach 1945: Sonderbeauftragter des Präsidenten des Bundesamtes für Verfassungsschutz

Hamann, Heinrich

vor 1945: 1931 NSDAP; 1934 SD

nach 1945: Polizeiobermeister in Wiesbaden

Haneklau, Alfred

vor 1945: Einsatzkommando 8

nach 1945: Polizeimeister in Recklinghausen

Hanner, August

vor 1945: Kommandeur des HI./SS-Polizeiregiments „Todt“; SS-Führer und Aufsichtsoffizier für das Schutzmanschaftsbataillon 105

nach 1945: Polizeirat in Hamburg-Wandsbeck

Haensch, Walter, Dr.

vor 1945: SS-Obersturmbannführer (Nr. 272573); NSDAP (Nr. 537265); Angehöriger des SD; Leiter des Einsatzkommandos 4b; Stellvertretender Leiter der Gruppe I D des RSHA; 1942 übernahm er die Führung des Sonderkommandos 4b. Durch dieses Sonderkommando wurden im April 1942 im Raum Shitomir aus dem Ort Gayßin 50 Geiseln verhaftet, von denen die Hälfte sofort erschossen wurde. Unter der Führung von Haensch stieg der blutige Terror in dem Gebiet sprunghaft an, was die Einsatzgruppenberichte beweisen.

nach 1945: 1948 im Einsatzgruppenprozeß zum Tode verurteilt; 1951 begnadigt; kurze Zeit später entlassen; lebt heute unbehelligt in Westdeutschland

Harster, Wilhelm, Dr.

vor 1945: SS-Brigadeführer (Nr. 225 932); NSDAP (Nr. 3226954); Generalmajor der Polizei; Befehlshaber der Sicherheitspolizei und des SD in Nord- und Mittelitalien (Verona), später in Holland; an der Ermordung unschuldiger Menschen beteiligt; mitverantwortlich für die Deportierung von 11000 holländischen Juden

nach 1945: 1947 in Holland zu 12 Jahren Gefängnis verurteilt; 1953 auf Intervention der Bonner Regierung freigelassen und sofort im bayrischen Innenministerium als Oberregierungsrat eingestellt; 1963 in den Ruhestand getreten.

Hayler, Franz, Dr.

vor 1945: SS-Gruppenführer im RSHA (Nr. 64697); NSDAP (Nr. 754133); Staatssekretär im Reichswirtschaftsministerium und Vizechef der Militärverwaltung Ost **nach 1945:** Leiter einer Ex- und Import KG in München

Heißmeyer, August

vor 1945: SS-Obergruppenführer (Nr. 4370); NSDAP (Nr. 21573); General der Waffen-SS und der Polizei; Chef des SD-Hauptamtes in der Reichsführung SS; Inspekteur der nationalpolitischen Erziehungsanstalten

nach 1945: Wegen Führung des falschen Namens „Stuckebrode“ zu 18 Monaten Gefängnis verurteilt; 1949 amnestiert; Direktor einer Coca-Cola-Fabrik in Westdeutschland

Hellersen, Heinrich

vor 1945: 1933 NSDAP und SS (Nr. 78005); vom SD für den Kolonialeinsatz vorgesehen

nach 1945: Kriminalobersekretär in Darmstadt

Hellmuth, Otto, Dr.

vor 1945: 1919 beim Volkswehrregiment „Würzburg“ gegen die bayrische Räteregierung eingesetzt; 1922 an Hitlers Marsch nach Koburg beteiligt; NSDAP-Gauleiter, 1927 von Unterfranken und später Mainfranken; Regierungspräsident

nach 1945: Von einem amerikanischen Militärgericht wegen der Erschießung eines amerikanischen Fliegers zum Tode verurteilt; zu 20 Jahren begnadigt und 1955 aus der

Strafanstalt Landsberg entlassen; erhielt eine Haftentschädigung von über 5000 DM; praktiziert als Zahnarzt in Reutlingen

Herrmann, Günther

vor 1945: SS-Obersturmbannführer (Nr. 267283) im RSHA; NSDAP (Nr. 2475252); Leiter der Gestapo-Dienststellen in Kiel und Brunn (Brno); Mitarbeiter im Stab des Chefs der Sicherheitspolizei und des SD in Österreich; Leiter des SS-Einsatzkommandos Troppau (Opava) bzw. Prag sowie der Einsatzkommandos 4b und 12 in der Sowjetunion

nach 1945: Lebt unbehelligt in Westdeutschland (Siehe Tafel 17)

Herrmann, Gustav

vor 1945: SS-Hauptsturmführer (Nr. 487520)

nach 1945: Polizeioberkommissar in Leer

Hersmann, Werner

vor 1945: SS-Sturmbannführer (Nr. 9416); Major der Schutzpolizei; 1930 NSDAP (Nr. 298562); 1941 Kommandeur der Schutzpolizei im okkupierten Estland; 1942 Offizier in der Einsatzgruppe D, Einsatzkommando 11b

nach 1945: Nach Verbüßung einer geringen Freiheitsstrafe lebt Hersmann als Maschinenbau-Ingenieur in Westdeutschland

Herz, Hermann

vor 1945: SS-Sturmbannführer (Nr. 211028); Kriminalrat beim RSHA; NSDAP (Nr. 4340641)

nach 1945: Kriminalrat in Stuttgart

Hierl, Josef

vor 1945: SS-Hauptsturmführer und Gendarmeriekommandeur in Kroatien

nach 1945: Polizeiinspektor in Wiesbaden

Hochgräbe, Hans-Joachim

vor 1945: SS-Hauptsturmführer und Kriminalrat im RSHA

nach 1945: Stellvertretender Leiter der Kriminalpolizei in Duisburg

Hödl, Ludwig

vor 1945: SS-Untersturmführer; 1941 im „Bandeneinsatz“; Hauptmann im I./Polizeiregiment
3

nach 1945: Polizeiamtmann in Rosenheim; Leiter des Kommandos der bayrischen Grenzpolizei

Hofer, Franz

vor 1945: NSDAP-Gauleiter von Tirol und Vorarlberg; Reichsstatthalter; beteiligt an der Ermordung von 600 bis 700 österreichischen Juden und mitschuldig an der Ermordung von 30 000 Menschen

nach 1945: Seit 1945 in Österreich wegen Mordes zur Verhaftung ausgeschrieben; wurde von den amerikanischen Besatzungsbehörden verhaftet; konnte 1948 fliehen; kehrte unter falschem Namen nach Mülheim/Ruhr zurück; lebt dort heute wieder unter seinem richtigen Namen als selbständiger Geschäftsmann; konnte in einem UPI-Interview öffentlich erklären: „Ich war, ich bin und ich bleibe Nationalsozialist“

Hoffelder, Johann

vor 1945: SS- und Polizeigebietsführer

nach 1945: Gendarmerieamtmann in Kaiserslautern

Hoffmann, Max, Dr.

vor 1945: SS-Sturmbannführer (Nr. 340711); NSDAP (Nr. 1496604); Regierungsrat und Referent im Amt II B/l des RSHA

nach 1945: Polizeioberinspektor in Wiesbaden (Siehe Tafel 18)

Höfling, Wilfried

vor 1945: Gendarmeriehauptmann und SS-Sturmbannführer

nach 1945: Polizeihauptkommissar in Wuppertal

Holzbecher, Helmut

vor 1945: SS-Obersturmführer; Einsatz im Polizeibataillon 215 in Norwegen und im SS-Polizeiregiment 26 in der Sowjetunion und Polen

nach 1945: Polizeihauptkommissar in Hamburg

Hörath, Siegfried

vor 1945: SS-Hauptsturmführer (Nr. 419861) und Hauptmann der Schutzpolizei; Offizier in einer SS-Polizeidivision

nach 1945: Polizeirat im Innenministerium von Nordrhein-Westfalen

Hörn, Rudolf, Dr.

vor 1945: SS-Sturmbannführer (Nr. 353366); Regierungs- und Kriminalrat im RSHA; 1933 NSDAP (Nr. 462825)

nach 1945: Leiter der Landeskriminalpolizeistelle Aurich

Hucko, Wilhelm

vor 1945: SS-Sturmbannführer (Nr. 375079) im RSHA; NSDAP (Nr. 3512041)

nach 1945: Stellvertreter des Leiters der Kripo in Köln

Hudy, Wilhelm

vor 1945: Angehöriger der Gestapo in Karlsbad (Karlovy Vary), SS-Führer

nach 1945: Polizeiinspektor der Polizeidirektion Hannover

Hunsche, Otto, Dr.

vor 1945: SS-Hauptsturmführer im RSHA, Amt IV B 4 (Judenreferat Eichmanns); „Juristischer Berater“ Eichmanns

nach 1945: Rechtsanwalt in Datteln/Westfalen

Huppenkothen, Walter

vor 1945: SS-Standartenführer (Nr. 126785); Gruppenleiter im Amt IV/E (Gestapo) des RSHA; Kommandeur der Sicherheitspolizei und des SD in Krakau (Krakow) und Lublin; NSDAP (Nr. 1950150)

nach 1945: War in den Jahren 1951, 1952, 1955 und 1956 wegen Mordes an dem militärischen Spionagechef Hitlers, Canaris, und anderen Teilnehmern der Verschwörung vom 20. Juli 1944 angeklagt; lebt nach Freispruch unbehelligt als Angestellter einer Versicherungsfirma in Mannheim

Hüttemann, Peter

vor 1945: SS-Hauptsturmführer beim Befehlshaber der Sicherheitspolizei und des SD in Frankreich

nach 1945: Präsident der Wehrbereichsverwaltung III in Düsseldorf (für das Land Nordrhein-Westfalen)

Jost, Heinz

vor 1945: SS-Brigadeführer (Nr. 36243) und Generalmajor der Polizei; 1928 NSDAP (Nr. 75946); Leiter des Amtes VI des RSHA; Leiter der Einsatzgruppe A; Befehlshaber der Sicherheitspolizei und des SD „Ostland“ in Riga

nach 1945: 1948 von einem amerikanischen Militärgericht zu lebenslanger Haft verurteilt; 1951 zu zehn Jahren begnadigt, kurze Zeit danach freigelassen; selbständiger Wirtschaftsjurist (inzwischen verstorben)

Kammer, Heribert

vor 1945: SS-Sturmbannführer (Nr. 205196); SS- und Polizeiführer in Danzig (Gdansk); Polizeidirektor; NSDAP (Nr. 501681)

nach 1945: Leiter des Polizeiamtes Herford

Kaufmann, Heinz, Dr.

vor 1945: SS-Obersturmbannführer (Nr. 358719); NSDAP (Nr. 824859),- Mitarbeiter des Gestapo-Amtes Sachsen; ab 1938 Gestapo-Leitstelle Dresden

nach 1945: 1948 wurde ein Ermittlungsverfahren gegen ihn eingeleitet, das mit seiner Verurteilung zu einem Jahr und zwei Monaten Gefängnis endete, die durch die Internierung als abgeleistet galten

Kaufmann, Karl

vor 1945: SS-Obergruppenführer (Nr. 119495); 1921 NSDAP (Nr. 95); Reichskommissar für den Wehrbereich X und für die Seeschifffahrt; Gauleiter der NSDAP und Reichsstatthalter in Hamburg

nach 1945: Lebt als Kaufmann in Hamburg

Kehrer, Walter

vor 1945: Angehöriger des Sonderkommandos 10a; SS-Führer

nach 1945: Lebt unbehelligt in Westdeutschland

Keunecke, Fritz, Dr.

vor 1945: SS-Sturmbannführer im RSHA

nach 1945: Kriminalrat und stellvertretender Kripo-Leiter in Essen

Kiehne, Helmut

vor 1945: Oberleutnant der Schutzpolizei und Offizier in der Polizeireiterabteilung II beim Befehlshaber der Ordnungspolizei; in der Ukraine im „Bandeneinsatz“

nach 1945: 1956 als Kriegsverbrecher an die westdeutsche Regierung übergeben; sofort wieder eingestellt als Polizeihauptkommissar in den Hamburger Polizeidienst; Leiter der Reiter- und Diensthundeführerabteilung

Kiehne, Karl

vor 1945: SS-Sturmbannführer (Nr. 375136); Kriminalrat im RSHA; Mitglied der NSDAP (Nr. 5528055)

nach 1945: Kriminaloberrat und Leiter der Kriminalpolizei in Köln

Kocks, Herbert

vor 1945: SS-Hauptsturmführer beim II./SS-Polizeiregiment 24 und Polizei-Freiwilligenregiment I in Kroatien

nach 1945: Polizeirat; Leiter der Inspektion Delmenhorst

Kölble, Josef, Dr.

vor 1945: Assessor beim Reichskommissar für Preisbildung; dann Wehrmachtsoffizier; seit 1932 NSDAP

nach 1945: Ministerialdirigent im BMDI

Konitzki, Gerhard

vor 1945: Angehöriger des Einsatzkommandos 8

nach 1945: Polizeibeamter in Essen

Koppe, Wilhelm

vor 1945: SS-Obergruppenführer (Nr. 25955) und General der Waffen-SS; NSDAP (Nr. 305584); Staatssekretär und „Höherer SS- und Polizeiführer“ im okkupierten Polen; verantwortlich für die Vernichtung von 350000 polnischen Juden, von 1500 Geisteskranken in Ostpreußen, von 20000 Tbc-Kranken im KZ Chelmno und 80 polnischen Widerstandskämpfern im KZ Dachau.

nach 1945: Lebte bis 1960 mit Wissen westdeutscher Behörden unter dem falschen Namen „Lohmann“ in Bonn; lange Zeit Direktor einer Nebenstelle der Firma Sarotti

Kordts, Helmut

vor 1945: NSDAP (Nr. 7040308), Sturmbannführer der SS (Nr. 174902); 1939 an der Vorbereitung der Provokation auf den Sender Gleiwitz beteiligt

nach 1945: Polizeirat in Hamburg; Leiter des Kommandos „Ziviler Bevölkerungsschutz“

Kosching, Maximilian

vor 1945: Ab 1938 Gestapo Trier; 1931 SA; später SS

nach 1945: Leiter des Polizeiamtes in Oberlahnstein-Niederlahnstein

Kraiker, Hermann

vor 1945: Angehöriger des Einsatzkommandos 8

nach 1945: Polizeimeister in Wattenscheid

Kraiker, Hermann

vor 1945: SS-Sturmbannführer (Nr. 354185); NSDAP (Nr. 1545743); Major der Schutzpolizei; Kommandeur von Bataillonen im SS-Polizeiregiment Gieseke und in der berüchtigten Kampfgruppe des SS-Obergruppenführers Prützmann (Siehe Tafel 19)

nach 1945: In leitender Stellung in der Polizeiverwaltung Bochum

Krüger, Bernhard

vor 1945: SS-Sturmbannführer (Nr. 15249) im RSHA; NSDAP (Nr. 528739); Chef der Fälscherzentrale der Gruppe F im Amt VI des RSHA; sorgte für die Ausrüstung von SD-Agenten mit falschen Papieren und gefälschten ausländischen Banknoten; verantwortlich für die Ermordung der zu dieser Arbeit gezwungenen KZ-Häftlinge des KZ Sachsenhausen

nach 1945: Standard-Elektrik-Lorenz AG; erst im März 1964 wurde beim Landgericht Göttingen ein Ermittlungsverfahren gegen ihn eingeleitet

Krumey, Hermann

vor 1945: SS-Obersturmbannführer (Nr. 310441) im RSHA; Mitarbeiter Eichmanns im Judenreferat

nach 1945: Inhaber einer Drogerie in Korbach/Hessen

Lammerding, Heinz

vor 1945: SS-Oberführer (Nr. 247062); General der Waffen-SS; Befehlshaber der SS-Panzerdivision „Das Reich“; NSDAP (Nr. 722395)

nach 1945: Bauunternehmer in Düsseldorf; führend in der SS-Organisation HIAG

Lauterbacher, Hartmann

vor 1945: SS-Obergruppenführer (Nr. 382406); NSDAP (Nr. 86837); Gauleiter von Hannover-Süd, Braunschweig; beteiligt an der Deportierung von Juden zu Massenvernichtungen in die Ghettos, Einlieferung von Gegnern des Faschismus in die Konzentrationslager, Massenerschießungen von sowjetischen Kriegsgefangenen auf dem Seelhorster Friedhof; schickte Kinder und Greise mit Panzerfäusten an die Front und opferte sie sinnlos

nach 1945: Tauchte 1956, nachdem er sich jahrelang versteckt gehalten hatte, wieder offiziell in München auf und betreibt seitdem ein lukratives Geschäft mit seiner Firma „Laboratoriums-Industrieprojektierungen-Außenhandelsagentur“

Lindner, Kurt

vor 1945: SS-Hauptsturmführer (Nr. 310260); Lehrer an der Führerschule des SD

nach 1945: Leiter der Kriminalpolizei in Duisburg

Lischka, Kurt

vor 1945: SS-Obersturmbannführer (Nr. 195590) im RSHA; NSDAP (Nr. 4583185); leitete im Auftrage Himmlers die Untersuchungen gegen die Hitlergegner vom 20. Juli 1944

nach 1945: Prokurist eines großen Unternehmens in Köln

Lorenz, Werner

vor 1945: SS-Obergruppenführer (Nr. 6636) und General der Polizei; NSDAP (Nr. 397994); Leiter der Volksdeutschen Mittelstelle; Bevollmächtigter des Beauftragten für außenpolitische Fragen der NSDAP

nach 1945: Lebt unbehelligt in Westdeutschland; enge Beziehungen zum Chef des Springer-Presse-Konzerns, Hamburg

Ludwig, Wilhelm, Dr.

vor 1945: SS-Obersturmführer (Nr. 307478); Offizier der 87. SS-Standarte in Innsbruck

nach 1945: Regierungsdirektor; Leiter der Abteilung V im Bundesamt für Verfassungsschutz in Köln

Lütgering, Hans

vor 1945: Adjutant beim Polizeibataillon I/1 in Prag und beim Polizeiregiment Süd der Einsatzgruppe Süd des SD

nach 1945: Polizeihauptkommissar; Leiter des Polizeiabschnitts Lüneburg

Marbach, Hubert

vor 1945: Adjutant und Kompanieführer bei Einsatzgruppen des RSHA, so beim SS-Polizeiregiment 2

nach 1945: Leiter der Landespolizeischule Bonn

Meier, Paulus

vor 1945: Bataillonskommandeur des durch seine Massenmorde berüchtigten 9. Polizeibataillons und des II./SS-Polizeiregiments 14; Major der Polizei

nach 1945: Polizeirat in Bonn

Mengele, Josef, Dr.

vor 1945: SS-Hauptsturmführer; SS-Lagerarzt in Buchenwald und Auschwitz (Oswiecim); war in den genannten Konzentrationslagern an Selektionen und medizinischen Experimenten maßgeblich beteiligt

nach 1945: Nachdem er viele Jahre unbehelligt in Westdeutschland lebte, konnte er sich einer Bestrafung rechtzeitig durch die Flucht in einen südamerikanischen Staat entziehen

Menke, Josef, Dr.

vor 1945: SS-Sturmbannführer (Nr. 351096); Regierungsrat; Mitarbeiter im Hauptamt Sicherheitspolizei, später RSHA; 1933 NSDAP (Nr. 3152619)

nach 1945: Kriminaloberrat und Leiter der Kripo in Dortmund

Merveldt, Gisbert Graf von

vor 1945: Major der Schutzpolizei und Offizier beim Befehlshaber der Ordnungspolizei Ukraine in Luzk; Förderer der SA und SS

nach 1945: Leiter der Landespolizeischule von Rheinland-Pfalz

Messer, Hermann

vor 1945: Bezirkshauptmann der Gendarmerie; Angehöriger des Gendarmerie-Einsatzkommandos Charkow; zuletzt SS- und Polizeigebietsführer in Gaybin/Ukraine; 1933 NSDAP

nach 1945: Polizeihauptkommissar bei der Polizeiverwaltung Stuttgart

Methfessel, Fritz

vor 1945: SS-Führer und Gestapo-Beamter; mißhandelte während des Krieges alliierte Flieger

nach 1945: Vom amerikanischen Militärgericht zu zwei Jahren Zuchthaus verurteilt dessenungeachtet Leiter der Kriminalpolizei in Grewen/Ems

Metschullat, Herbert

vor 1945: SS-Obersturmführer, H./SS-Polizeiregiment 10

nach 1945: Polizeihauptkommissar in Hamburg

Miethe, Erhard

vor 1945: Als Hauptmann der Schutzpolizei im Osteinsatz

nach 1945: Leiter des Landespolizeikommissariats in Reutlingen

Müller, Balduin

vor 1945: Angehöriger des Stabes beim SS-Polizeigebietsführer Litzmannstadt (Lodz); NSDAP; SS (Nr. 344999)

nach 1945: Polizeimeister in Düsseldorf

Müller, Eugen

vor 1945: Bezirkshauptmann der Gendarmerie; Gendarmerie-Abteilungsführer im Kreis Ilkenau im Regierungsbezirk Kattowitz (Katowice); 1943 im Bereich des „Höheren SS- und Polizeiführers Rußland-Süd und Ukraine“

nach 1945: Leiter des Landespolizeikommissariats in Freudenstadt, Polizeioberkommissar

Nägele, Friedrich

vor 1945: SS-Sturmbannführer; NSDAP von 1922-1923; Wiedereintritt 1937 (Nr. 5021878); 1942 SS- und Polizeigebietsführer in Kaukasien (Pjatigorsk); 1944 Adjutant im Stab des Kommandeurs der Ordnungspolizei für die Operationszone Alpenvorland

nach 1945: Leitender Beamter im Polizeipräsidium Stuttgart

Neher, Konstantin

vor 1945: Hauptmann der Gendarmerie und Leiter eines Einsatzkommandos im Osten. 1944 Angehöriger der 30. Waffen-SS-Grenadierdivision

nach 1945: Polizeioberkommissar, Leiter des Landespolizeikreiskommissariats Ehingen/Württemberg

Noack, Egon

vor 1945: Im Bereich des RSHA tätig, Angehöriger einer Einsatzgruppe

nach 1945: Kriminaloberkommissar in Kiel

Obstfelder, Kurt

vor 1945: Kommandoführer der Feldgendarmerie

nach 1945: Wegen seiner Kriegsverbrechen gegenüber der Zivilbevölkerung der UdSSR zu 15 Jahren Zuchthaus verurteilt; Polizeichef von Hannover

Ochs, Josef, Dr.

vor 1945: Kriminalkommissar im RSHA, SS-Obersturmführer

nach 1945: Kriminalrat im Bundeskriminalamt

Odewald, Walter

vor 1945: SS-Sturmbannführer (Nr. 323731); ab 1937 Führungsstab des SD in Paris und später in Prag; RSHA

nach 1945: Oberregierungsrat im Niedersächsischen Landesamt für Verfassungsschutz

Oehl, Gerhard

vor 1945: SA-Obersturmführer; Hilfsoffizier beim Kommandeur der Gendarmerie in Simferopol/Krim und Leiter der Gendarmerie-Hauptmannschaft an der Adriaküste

nach 1945: Polizeiobermeister in Stuttgart

Olbrich, Erhard

vor 1945: SS-Obersturmbannführer (Nr. 337745); NSDAP (Nr. 579317); Chef des Stabes beim Befehlshaber der Ordnungspolizei, SS-General Daluege; Organisator des faschistischen Terrors im okkupierten Ungarn

nach 1945: Major im Polizeipräsidium Mannheim

Opitz, Paul

vor 1945: SS-Sturmbannführer (Nr. 332 024); Kriminal- und Oberregierungsrat im Amt IV/E 1 (Gestapo) des RSHA

nach 1945: Mitarbeiter im Bundesamt für Verfassungsschutz in Köln

Ottersbach, Arnold, Dr.

vor 1945: Regierungsdirektor, Referent für die Reichsverteidigung und Sachbearbeiter des Reichsverteidigungskommissars für den Bereich des Wehrkreises VI in München; NSDAP (Nr. 5410609)

nach 1945: Stellvertretender Leiter der Landespolizeibehörde Münster

Papenkort, Willi

vor 1945: SS-Sturmbannführer (Nr. 313915); NSDAP (Nr. 206471); Major der Schutzpolizei; mitschuldig an Judenerschießungen in der Sowjetunion

nach 1945: Polizeioffizier in Essen; organisierte im Zusammenhang mit dem „Salzburger Kreis“ entlastende Zeugenaussagen in Prozessen gegen Angehörige der faschistischen Schutzpolizei (siehe Tafel 19)

Paulat, Bodo

vor 1945: Oberleutnant der Schutzpolizei; Dienst beim berüchtigten Polizeibataillon 251, welches unter anderem im März 1941 in Norwegen stationiert war

nach 1945: Polizeihauptkommissar und Leiter des Polizeiabschnittes Bad Gandersheim

Peiper, Joachim

vor 1945: SS-Obersturmbannführer (Nr. 132496); Angehöriger der Waffen-SS mit dem gleichen Dienstgrad; verantwortlich für die Niederbrennung des Ortes Boves in Italien, die er als Kommandeur eines Panzerregiments der SS-Panzerdivision „Leibstandarte Adolf Hitler“ befahl, und für die Ermordung von 71 unbewaffneten amerikanischen Kriegsgefangenen im Dezember 1944 südöstlich von Malmedy

nach 1945: Von einem amerikanischen Militärgericht zum Tode verurteilt, später zu 25 Jahren begnadigt und 1956 entlassen; tätig in den Porsche-Werken; zuletzt Werbechef eines VW-Autohauses in Reutlingen

Poethke, Herbert

vor 1945: SS-Hauptsturmführer und Oberleutnant der Schutzpolizei; 1941 bei einem Einsatzkommando im Osten

nach 1945: Polizeioberkommissar in Mönchengladbach

Pötke, Karl

vor 1945: Hauptmann der Schutzpolizei und SS-Führer z.b.V.; Führer des II./SS-Polizeiregiments 16 und Regimentskommandeur in der Gruppe SS-Polizei-Ost

nach 1945: Leitender Polizeidirektor; verantwortlich für Schulung und Ausbildung der Hamburger Polizei

Preckel, Erich

vor 1945: SS-Sturmbannführer (Nr. 342786) im RSHA Amt IV (Gestapo); NSDAP (Nr. 1 947 373)

nach 1945: Leiter der Kriminalpolizei in Opladen

Priller, Franz

vor 1945: Kommandoführer des SD im Distrikt Radom, Außenstelle Kielce; Mitglied der NSDAP und der SS; tätig beim sogenannten SS-Hilfswerk im KZ Dachau; SD-Beauftragter bei der Annexion Österreichs und Mitarbeiter der Gestapo in Oppeln (Opole)

nach 1945: Leiter eines Kommandos der bayrischen Grenzpolizei

Pruss, Hans

vor 1945: SS-Sturmbannführer (Nr. 450691); 1933 NSDAP (Nr. 2955038); Major der Schutzpolizei; Ordonnanzoffizier in einer SS-Polizeidivision

nach 1945: Polizeioberrat und Vertreter des Kommandeurs der Schutzpolizei beim Regierungspräsidenten Hildesheim; Leiter der Polizeiinspektion Hildesheim

Puchta, Adolf

vor 1945: SS-Sturmbannführer (Nr. 107193); NSDAP (Nr. 3469510); vor 1934 führend in der SA; 1931 Reichsführerschule der SA; RSHA; Gestapo in der CSR; Leiter eines Einsatzkommandos in Norwegen, später in der Sowjetunion

nach 1945: Referent im Landesamt für Verfassungsschutz in Bayern; führendes Mitglied des revanchistischen „Witikobundes“

Rabe, Karl-Hermann

vor 1945: SS-Obersturmbannführer (Nr. 54628); NSDAP (Nr. 259544); Leiter des Einsatzkommandos 7b, das 4000 Männer, Frauen und Kinder ermordete

nach 1945: Lebte unbehelligt in Westdeutschland; 1965 wurde gegen ihn ein Ermittlungsverfahren eingeleitet (siehe Tafel 20)

Radtke, Albert

vor 1945: Mitarbeiter des SD-Spionageapparates

nach 1945: Vizepräsident des Bundesamtes für Verfassungsschutz; seit 1966 im Ruhestand

Reinefarth, Heinz, Dr.

vor 1945: SS-Gruppenführer (Nr. 56634) und Generalleutnant der Polizei; NSDAP (Nr. 1268933); Führer des SS-Oberabschnittes „Warthe“ und Höherer SS- und Polizeiführer im Wehrkreis XXI (Warthe); 1933 „Rechtsberater“ des SS-Abschnittes XII, dessen Führer von dem Bach-Zelewski war; mitverantwortlich für die Mordtaten und Zerstörungen in Warschau, besonders bei der Niederschlagung des Warschauer Aufstandes

nach 1945: Bis 1962 BHE-Landtagsabgeordneter in Schleswig-Holstein; bis 1963 Bürgermeister von Westerland/Sylt; das 1961 gegen ihn eingeleitete fünfte Verfahren wurde Ende 1966 auf Antrag der Flensburger Staatsanwaltschaft wegen Mangels an Beweisen“ eingestellt; Zeugenaussagen und Auslieferungsanträge aus der VR Polen blieben unberücksichtigt; Anfang 1967 Zulassung als Rechtsanwalt

Reinhard, Hellmuth

vor 1945: SS-Sturmbannführer (Nr. 121174) im RSHA; NSDAP (Nr. 2382157); verantwortlich für die Deportation und den Tod von insgesamt 690 norwegischen Juden, die er als leitender Mitarbeiter der Gestapo-Stelle Oslo veranlagte

nach 1945: Unter seinem früheren Namen Patzschke Redakteur, Chefredakteur und schließlich Verlagsleiter in Baden-Baden; im Dezember 1964 verhaftet, wegen Ermordung eines norwegischen Patrioten verurteilt

Remold, Josef

vor 1945: Regimentskommandeur und SS- und Polizeigebietsführer

nach 1945: Präsident der Bayrischen Bereitschaftspolizei

Reuscher, Fedor, Dr.

vor 1945: Oberregierungsrat; Landrat in Königsberg (Kaliningrad); Stellvertreter des Generalkommissars für Weißruthenien, Gauleiter Kube; Vertreter des Regierungspräsidenten von Litzmannstadt (Lodz)

nach 1945: Bundesverwaltungsamt; Leiter der Abteilung III; jetzt im Ruhestand

Rheindorf, Konrad

vor 1945: Oberstleutnant; 1a-Offizier beim Stab des SS-Polizeiregiments 26,- 1943 SS-und Polizeigebietsführer in Krakau (Krakow) und Lublin

nach 1945: Stellvertretender Leiter der Landespolizeidirektion Schwaben

Riedel, Fritz

vor 1945: SS-Hauptsturmführer; Feldgendarmerieführer in Lettland

nach 1945: Kriminalkommissar in München

Riese, Werner

vor 1945: Taktikoffizier in mehreren SS-Einsatzgruppen, Major der Polizei

nach 1945: Polizeihauptkommissar in Hamburg

Rippich, Friedrich, Dr.

vor 1945: SS-Sturmbannführer (Nr. 185093); NSDAP (Nr. 2586731); Regierungsrat im RMdI; Landrat des Kreises Sieratz bei der Regierung Litzmannstadt (Lodz); tätigte Einweisungen in die Konzentrationslager

nach 1945: In Argentinien untergetaucht; 1954 auf Grund eines Erlasses des damaligen Innenministers Schröder über die Verwendung von ehemaligen SS-Leuten im Bundesministerium des Innern eingestellt; jetzt Leiter des Referates I B 5; Ministerialrat

Röhl, Friedrich

vor 1945: Zuletzt Hauptmann der Gendarmerie; ab Januar 1943 beim Befehlshaber der Ordnungspolizei in Riga; NSDAP

nach 1945: Polizeiamtman; stellvertretender Leiter der Landespolizeischule Rheinland-Pfalz

Rohlfs, Willi

vor 1945: Hauptmann der Gendarmerie; 1942 im Polizeiregiment 17 in der Sowjetunion gewütet

nach 1945: Polizeihauptkommissar; Leiter des Polizeiabschnittes Wesermünde in Bremerhaven

Rösch, Heinrich

vor 1945: Bezirkshauptmann der Gendarmerie; 1941 als Gendarmerie-Kreisführer in Grodno, Bez. Bialystok, tätig; 1943 beim Kommandeur der Ordnungspolizei in Marseille; 1944 bei der Gendarmerie-Einsatzabteilung in Thorn (Torun)

nach 1945: Leiter der Gendarmerie im Kreis Pirmasens; seit August 1964 im Ruhestand

Rosendahl, Johannes

vor 1945: SS-Hauptsturmführer; Hauptmann der Gendarmerie

nach 1945: Polizeihauptkommissar und Leiter des Polizeiabschnittes Landkreis Lüchow-Dannenberg (siehe Tafel 20)

Rottach, Josef

vor 1945: SS-Sturmbannführer (Nr. 263 095); SS-Truppenübungsplatz „Kurmark“; NSDAP (Nr. 4458951)

nach 1945: Polizeiobermeister in Speyer

Rutz, Horst

vor 1945: SS-Hauptsturmführer im ukrainischen Schutzmannschaftsbataillon 61 sowie im Schutzmannschaftsregiment 57; SS- und Polizeiobereichsführer

nach 1945: Polizeihauptkommissar in Hamburg

Sandberger, Martin, Dr.

vor 1945: SS-Standartenführer (Nr. 272495); NSDAP (Nr. 774980); Stellvertretender Gruppenleiter im Amt I/E des RSHA; Leiter des Einsatzkommandos Ia der Einsatzgruppe A; im Dezember 1941 Kommandeur der Sicherheitspolizei und des SD in Estland

nach 1945: 1948 zum Tode verurteilt, später begnadigt und entlassen

Schäfer, Eugen

vor 1945: Angehöriger der Gestapo Meißen und von Einsatzgruppen des SD

nach 1945: Kriminaloberkommissar in Cuxhaven

Schäfer, Johannes Robert

vor 1945: SS-Untersturmführer im RSHA; Kripo-Leitstelle Köln

nach 1945: Kriminalkommissar in Wiesbaden

Schaefer, Oswald

vor 1945: SS-Obersturmbannführer (Nr. 272488); NSDAP (Nr. 1772081); Krimmaldirektor, Leiter der Gestapo-Leitstelle München und Nachfolger von Wiebens in der Leitung des Einsatzkommandos 9, das über 6500 Männer, Frauen und Kinder ermordete

nach 1945: Im März 1950 in München vor Gericht; Urteil: Freispruch; im zweiten Urteil 2 Jahre Gefängnis unter Anrechnung der Untersuchungshaft; im Schwurgerichtsverfahren 1966 in Westberlin erfolgte erneut Freispruch „wegen Mangels an Beweisen“

Schatteburg, Wolf gang

vor 1945: SS-Hauptsturmführer (Nr. 311870); Hauptmann der Schutzpolizei; zeitweise Beisitzer des SS- und Polizeigerichts III in Prag; SS- und Polizeigebietsführer in der Ukraine

nach 1945: Polizeihauptkommissar in Hamburg

Schaub, Julius

vor 1945: SS-Obergruppenführer (Nr. 7); NSDAP (Nr. 81); Adjutant Hitlers

nach 1945: Drogist in Westdeutschland; 1949 von der Anklage wegen Beihilfe zum Mord „wegen Mangels an Beweisen“ freigesprochen

Scheffler, Herbert

vor 1945: Nachrichtenoffizier im RSHA; 1941 beim Beauftragten des Reichsführers SS für die Errichtung von SS- und Polizeistützpunkten im neuen Ostraum

nach 1945: Polizeidirektor in Recklinghausen

Schindhelm, Hans Gerhard

vor 1945: SS-Obersturmbannführer (Nr. 353427),- NSDAP (Nr. 2452706); nach Bradfisch und Richter übernahm er den Befehl über das Einsatzkommando 8 in Mogilew

nach 1945: Im Juli 1961 fand der Prozeß gegen den Leiter des Einsatzkommandos 8, Dr. Otto Bradfisch, statt, der wegen Beihilfe zum Mord in 15 000 Fällen zu zehn Jahren Zuchthaus verurteilt wurde; Schindhelm blieb unbehelligt

Schlieffe, Waldemar

vor 1945: Angehöriger von SS-Einsatzkommandos

nach 1945: Wegen Kriegsverbrechen zum Tode verurteilt, später zu 25 Jahren Freiheitsentzug begnadigt; 1953 vorfristig entlassen; Polizeihauptkommissar in Hof

Schloemp, Georg

vor 1945: SS-Untersturmführer (Nr. 424361); Oberleutnant der Feldgendarmarie

nach 1945: Polizeihauptkommissar bei der Polizeidirektion Hamburg

Schloer, Hans Karl

vor 1945: SS-Obersturmführer; Adjutant des Abschnittskommandanten „Reichswerke Hermann Gering“

nach 1945: Hauptkommissar und Stellvertretender Leiter der Polizeidirektion Neumünster

Schmidle, Adolf

vor 1945: Major der Polizei; Stabsoffizier „beim Höheren SS- und Polizeiführer“ Hannover; NSDAP

nach 1945: Polizeirat in Düsseldorf

Scholz, Herbert

vor 1945: SS-Sturmbannführer (Nr. 308265); NSDAP (Nr. 2840674); Major der Schutzpolizei; SS- und Polizeigebietsführer in Norwegen und Den Haag

nach 1945: Polizeidirektor in Augsburg

Schrübbbers, Hubert

vor 1945: Staatsanwalt bei der Generalstaatsanwaltschaft Hamm/Westfalen; befaßte sich hauptsächlich mit Hochverratsprozessen gegen fortschrittliche Kräfte und sprach hohe Zuchthausstrafen aus

nach 1945: Präsident des Bundesamtes für Verfassungsschutz

Schuler, Anton

vor 1945: SS-Sturmbannführer (Nr. 87344); NSDAP (Nr. 1232958); Major der Schutzpolizei; 1935 Absolvent der SS-Junkerschule in Braunschweig

nach 1945: Polizeioberkommissar; Leiter des Landespolizeikreiskommissariats Wolfach in Südbaden

Schüler, Walter

vor 1945: Offizier bei SD-Einsatzkommandos in Polen

nach 1945: Vom polnischen Militärgericht verurteilt, 1953 entlassen; Polizeikommissar in Ansbach

Schutz, Erwin

vor 1945: SS-Brigadeführer (Nr. 107484); Generalmajor der Polizei; Leiter des Amtes I im RSHA; 1941 Leiter des SS-Einsatzkommandos 5 der Einsatzgruppe C; NSDAP (Nr. 2902238)

nach 1945: Kaufmännischer Angestellter in Bremen

Schulze, Albert

vor 1945: Angehöriger der „SS-Leibstandarte Adolf Hitler“ und der Bewachungsmannschaft des KZ Sachsenhausen; Einsatz in der „Bandenbekämpfung“ innerhalb einer SS-Brigade

nach 1945: Regierungsamtmann im Verwaltungsamt der hessischen Landespolizei in Wiesbaden

Schwerdt, Otto

vor 1945: SS-Obersturmführer; seit 1942 im „Sonderverband Friedenthal“, ging im Dezember 1943 nach Kopenhagen; organisierte den Terror gegen die dänische Widerstandsbewegung, führte die von SS-Obergruppenführer Dr. Best angeordneten Morde an dänischen Patrioten, u. a. an Kaj Munk, aus (Vergl. Dr. Best, S. 67)

nach 1945: Tauchte nach einem Gerichtsverfahren 1948 in Kopenhagen in Westdeutschland unter

Seibert, Willi

vor 1945: SS-Standartenführer (Nr. 272375); NSDAP (Nr. 1886112); Stellvertretender Chef des Amtes III des RSHA; Leiter der Einsatzgruppe D in der Sowjetunion

nach 1945: Zum Tode verurteilt, später begnadigt und 1955 entlassen

Settels, Franz

vor 1945: SS-Sturmbannführer (Nr. 353 365) im SD-Hauptamt; Gestapo; NSDAP (Nr. 4 189 335)

nach 1945: Leiter der Kriminalpolizei in Leverkusen

Siemens, Karl-Heinz

vor 1945: SS-Obersturmführer in der „Leibstandarte Adolf Hitler“; war an den berüchtigten Verbrechen dieser Einheit beteiligt

nach 1945: Lebte zunächst unter dem Namen Dr. Kaiser in Westdeutschland; ist jetzt unter seinem richtigen Namen Oberregierungsrat der Abteilung III des Bundesamtes für Verfassungsschutz

Siemers, Otto

vor 1945: Hauptmann der Schutzpolizei und Adjutant beim Polizeipräsidenten im besetzten Posen (Poznan)

nach 1945: Polizeioberst und Leiter des Kommandos 1 der Führungsabteilung des Kommandos der Schutzpolizei in Hamburg

Sinnhuber, Fritz

vor 1945: SS-Sturmbannführer (Nr. 393357) im Hauptamt Ordnungspolizei Berlin; SS-Gerichtsoffizier

nach 1945: Stellvertretender Leiter der Polizeischule Schleswig-Holstein

Six, Franz, Prof. Dr.

vor 1945: SS-Oberführer (Nr. 107480) ; NSDAP seit 1930 (Nr. 245670); 1935 Chef des Amtes II im Sicherheitshauptamt des Reichsführers SS, später Amt VII des ESHA; 1941 Leiter des „Vorkommandos Moskau“

nach 1945: 1948 durch ein amerikanisches Militärgericht zu 20 Jahren Gefängnis verurteilt, 1951 zu zehn Jahren begnadigt, kurz danach freigelassen; selbständiger Werbekaufmann in Westdeutschland; Agent des Bundesnachrichtendienstes

Skorzeny, Otto

vor 1945: SS-Obersturmbannführer (Nr. 295979); NSDAP (Nr. 1083671); RSHA Amt VI; Leiter der Gruppe S; Kommandeur des „Sonderverbandes Oranienburg“; Chef einer Diversantengruppe an der Ostfront

nach 1945: Inhaber eines Ingenieur-und Maklerbüros in Madrid; Begründer und Chef der nazistischen Geheimorganisation „Die Spinne“

Staake, Hermann

vor 1945: SS-Hauptsturmführer (Nr. 337329); NSDAP seit 1. 9. 1932 (Nr. 1327266); Hauptmann der Schupo

nach 1945: Polizeihauptkommissar in Hamburg

Stadie, Paul

vor 1945: SS-Obersturmführer,- Oberleutnant der Schutzpolizei; während des Krieges als „Feldjäger“ tätig

nach 1945: Polizeihauptkommissar der Polizeidirektion Hamburg

Steeger, Christian

vor 1945: Gruppenführer im Polizeiregiment 27 und beim H1./Polizeiregiment 15

nach 1945: Polizeiobermeister in Linz

Steimle, Eugen Karl

vor 1945: SS-Obersturmbannführer (Nr. 272575); Mitarbeiter des Amtes IV/B (Gestapo) des RSHA; NSDAP (Nr. 1075555); Führer des SD-Leitabschnittes Stuttgart; 1941 Leiter des Einsatzkommandos 7a der Einsatzgruppe B; 1942 Leiter des Einsatzkommandos 4a der Einsatzgruppe C

nach 1945: Zum Tode verurteilt, 1951 begnadigt und kurz darauf entlassen

Steiner, Felix Martin

vor 1945: SS-Obergruppenführer und General der Waffen-SS (Nr. 253351); NSDAP (Nr. 4264295); Kommandeur von SS-Panzerdivisionen und -korps in der Sowjetunion

nach 1945: Mitbegründer der SS-Organisation HIAG (inzwischen verstorben)

Stieler, Adam

vor 1945: Angehöriger der Gestapo Liegnitz (Legnica) und eines Einsatzkommandos der Ordnungspolizei in Lublin

nach 1945: Oberkreisdirektor und Leiter der Kreispolizeibehörde Monschau

Stratmann, Johannes

vor 1945: Hauptmann der Gendarmerie und Führer eines motorisierten Feldgendarmerietrupps in der Sowjetunion

nach 1945: Polizeihauptkommissar im Landkreis Norden in Niedersachsen

Streckenbach, Bruno

vor 1945: SS-Gruppenführer (Nr. 14713) und Generalleutnant der Polizei; NSDAP (Nr. 489972); Chef des Amtes I des RSHA; Kommandeur der 19. Lettischen SS-Grenadierdivision, Kommandeur der 8. SS-Kavalleriedivision

nach 1945: Für seine Verbrechen in der Sowjetunion zu lebenslangem Zuchthaus verurteilt, als nichtamnestierter Kriegsverbrecher an die Bundesrepublik übergeben, dort auf freien Fuß gesetzt; kaufmännischer Angestellter in Hamburg

Strübing, Johann

vor 1945: SS-Hauptsturmführer im Amt IV (Gestapo) des RSHA; an Mißhandlungen und Folterungen antifaschistischer Häftlinge beteiligt

nach 1945: Mitarbeiter des Bundesamtes für Verfassungsschutz; eingesetzt als Spitzel gegen aufrechte westdeutsche Gewerkschafter

Terrée, Werner

vor 1945: Leutnant der Schutzpolizei; 1944 Offizier im H./SS-Polizeiregiment 2 in Bialystok

nach 1945: Polizeihauptkommissar; Leiter des Abschnittes Landkreis Osnabrück

Tezlaff, Otto

vor 1945: SS-Staffelanwärter; 1939 in die Stuttgarter Gestapo übernommen

nach 1945: Kriminalpolizeimeister bei der Landeskriminalbehörde in Niedersachsen

Thümmler, Johannes, Dr.

vor 1945: SS-Obersturmbannführer (Nr. 323711); NSDAP (Nr. 1425547); Oberregierungsrat im RSHA; Leiter der Gestapo-Leitstellen Dresden, Chemnitz und Kattowitz (Katowice); Leiter des Einsatzkommandos 16 der Einsatzgruppe E in Südosteuropa

nach 1945: Leitender Angestellter eines optischen Werkes in Oberkochen (Zeiß-Stiftung); Entlastungszeuge im Auschwitz-Prozeß

Toyka, Rudolf, Dr.

vor 1945: Regierungsrat beim Reichsstatthalter in Posen (Poznan), Verbindungsmann zur Gestapo und zum SD; später Sicherheitsbeauftragter beim Generalgouverneur

nach 1945: Im Bundesinnenministerium Stellvertreter des Leiters der Abteilung VI (Öffentliche Sicherheit); Leiter der Unterabteilung für Staats- und Verwaltungsrecht; in Prozessen gegen fortschrittliche Organisationen (KPD, VVN) als Vertreter des Bundesinnenministeriums aufgetreten; an der „Nacht- und Nebelaktion“ gegen das westdeutsche Nachrichtenmagazin „Der Spiegel“ beteiligt; sollte auf Grund dessen am 1.8.1964 von seinem Amt entbunden werden; avancierte statt dessen zum Stellvertreter des Leiters der Abteilung I; gehört jetzt als Leiter des Planungsstabes zur unmittelbaren Führungsspitze des BMdI; Ministerialdirigent

Trimborn, Curt

vor 1945: SS-Obersturmführer (Nr. 2558); NSDAP (Nr. 175815); als Leiter eines Sonderkommandos in Krasnodar an der Ermordung von 214 Zöglingen eines sowjetischen Kinderheimes beteiligt

nach 1945: Lebt unbehelligt in Wuppertal

Trossmann, Hans

vor 1945: 1940 bis 1945 beim Reichskommissar für die Preisbildung; 1942 in der Ghetto-Verwaltung von Litzmannstadt (Lodz) tätig und für seine dortige Tätigkeit zum Oberregierungsrat befördert

nach 1945: Seit 1947 führend in der CSU tätig; seit 1953 Direktor des westdeutschen Bundestages

Ulrich, Fritz

vor 1945: 1933 Mitarbeiter der Gestapo; 1939 beim SD in Linz

nach 1945: Verwaltungsleiter bei der Landeskriminalpolizei in Niedersachsen

Unger, Walter

vor 1945: Ausbildungsoffizier im Polizeibataillon Recklinghausen, späteres Mordbataillon 316; 1943 beim SS-Polizeiregiment Griese

nach 1945: Polizeirat in Köln

Volkman, Heinz

vor 1945: Leiter der Gestapo-Stelle Elbing

nach 1945: Kriminaloberkommissar bei der politischen Polizei in Stuttgart

Voss, Ludwig

vor 1945: Bis 1939 SD in Magdeburg; gehörte später der geheimen Feldpolizei an

nach 1945: Kriminalkommissar in Lüneburg

Wachtendong, Walter

vor 1945: Angehöriger des Einsatzkommandos 8

nach 1945: Polizeibeamter in Reckimghausen

Wagner, Wilhelm

vor 1945: SS-Hauptsturmführer; als Mitarbeiter der Gestapo-Stelle Oslo mitverantwortlich für die Verbrechen an 690 jüdischen Bürgern

nach 1945: Lebt unbehelligt in Bonn

Waldbillig, Hermann

vor 1945: Leiter des Judendezernats in der Gestapo-Dienststelle Düsseldorf; 1930 NSDAP

nach 1945: Polizeihauptkommissar in Köln

Weber, Friedrich

vor 1945: SS-Sturmbannführer im RSHA; 1933 NSDAP

nach 1945: Kriminaldirektor im Innenministerium von Nordrhein-Westfalen

Wehner, Bernhard, Dr.

vor 1945: SS-Hauptsturmführer und Kriminalkommissar im Amt V des RSHA; an der Tötung von sowjetischen Kriegsgefangenen im KZ Buchenwald beteiligt

nach 1945: Leiter der Düsseldorfer Kriminalpolizei

Weigold, Hermann

vor 1945: SS-Hauptsturmführer beim SS- und Polizeigebietsführer in Holland

nach 1945: Polizeikommissar in Stuttgart; seit Juli 1967 im Ruhestand

Wendt, Erich

vor 1945: SS-Hauptsturmführer und Kompanieführer beim Polizei-Freiwilligenregiment 2

nach 1945: Polizeihauptkommissar in Essen

Wenzel, Erich

vor 1945: Nahm 1942 als SS-Angehöriger an Judenerschießungen in Shitomir teil

nach 1945: Kriminalsekretär in Essen

Wenzky, Oskar, Dr.

vor 1945: Kriminalkommissar beim Befehlshaber der Sicherheitspolizei und des SD in Den Haag; erhielt persönliches Anerkennungsschreiben von Himmler

nach 1945: Landeskriminaldirektor in Düsseldorf; Beauftragter für Kriminalistik an der Universität in Köln; Mitherausgeber der Zeitschrift „Die Polizei“, die sich besonders für die Einführung der Notstandsgesetze einsetzt

Wicke, Oswin

vor 1945: Führer von SS-Einsatzkommandos

nach 1945: In der Sowjetunion als Kriegsverbrecher verurteilt; Polizeirat bei der Landespolizeibehörde Hannover

Wilhelm, Georg

vor 1945: SS- und Gendarmerieunterführer; Mitglied der SA und der NSDAP seit 1929

nach 1945: Polizeiobermeister in Kassel

Winkelmann, Otto

vor 1945: SS-Gruppenführer (Nr. 308238) und Generalleutnant der Polizei; NSDAP (Nr. 1373131); Leiter des Kommandoamtes des Hauptamtes Ordnungspolizei; Höherer SS- und Polizeiführer in Ungarn

nach 1945: Ratsherr in Kiel; Vorsitzender der Vereinigung ehemaliger Polizeioffiziere; erhält eine Generalspension von über 1700 Mark monatlich

Wittmann, Max

vor 1945: SS-Sturmbannführer (Nr. 309825); NSDAP (Nr. 5063331); SS- und Polizeigebietsführer in Litzmannstadt (Lodz); Major der Schutzpolizei

nach 1945: Polizeioberrat in Hamburg

Wohlauf, Julius

vor 1945: SS-Hauptsturmführer und Kompaniechef in Krakau (Krakow); 1943 II./SS-Polizeiregiment 7 Oslo

nach 1945: Polizeihauptkommissar in Hamburg

Wolff, Karl

vor 1945: SS-Obergruppenführer (Nr. 14235) und General der Waffen-SS; NSDAP (Nr. 695131); „Chef Persönlicher Stab Reichsführer SS“; Höchster SS- und Polizeiführer in Italien; Verbindungsoffizier des Reichsführers SS zum „Führer“

nach 1945: Bis 1962 Generalspensionär am Starnberger See; 1964 wegen der Ermordung von über 300000 Juden zu 15 Jahren Zuchthaus verurteilt

Wolschina, Wilhelm

vor 1945: SS-Hauptsturmführer und Hauptmann der Gendarmerie; war unter anderem in Brunn (Brno) und Tabor tätig

nach 1945: Polizeihauptkommissar und Leiter des Polizeikommissariats Offenbach

Wurbs, Alfred

vor 1945: SS-Offizier des SD; Angehöriger des Einsatzkommandos der Sicherheitspolizei in Kristiansand/Norwegen; beteiligt an der Zusammenstellung von Transporten norwegischer Juden in die Vernichtungslager

nach 1945: Wurde mit Wissen der Bundesregierung bis 1956 im Bundesamt für Verfassungsschutz unter Decknamen beschäftigt, arbeitet jetzt dort unter seinem richtigen Namen als Gruppenleiter in der Zentralabteilung V

Zapf, Willi

vor 1945: Angehöriger der SS-Bewachungsmannschaft im KZ Sachsenhausen und Auschwitz (Oswiecim)

nach 1945: Sachbearbeiter im Verwaltungsamt der hessischen Landespolizei in Wiesbaden

Zech-Nenntwich, Hans-Walter

vor 1945: SS-Obersturmführer

nach 1945: Wegen Beihilfe zum Mord an polnischen Juden im April 1964 zu vier Jahren Zuchthaus verurteilt

Zietlow, Fritz

vor 1945: SS-Hauptsturmführer im Amt VI des RSHA; Schriftleiter und Regierungsrat im Propagandaministerium; NSDAP (Nr. 36519); SS (Nr. 6126)

nach 1945: Schriftleiter und Korrespondent in Hamburg-Volksdorf

Zillmann, Kurt

vor 1945: Kriminalrat im Reichssicherheitshauptamt; besuchte die Führerschule des RSHA; dann Einsatz in Luxemburg; anschließend mit der Leitung der Kriminalpolizeistelle Trier betraut

nach 1945: Oberregierungs- und Kriminalrat; Leiter der Abt. I 40 (Pol. Abt. Kripo) im Innenministerium Schleswig-Holstein; damit gleichzeitig Leiter des Landes-kriminalamtes

Zirpins, Walter, Dr.

vor 1945: SS-Sturmbannführer (Nr. 342009); Kriminaldirektor im Amt IV (Gestapo) des RSHA; Einsatz bei der „Endlösung der Judenfrage“ in Warschau und Litzmannstadt (Lodz)

nach 1945: Oberregierungsrat und Leiter des Landeskriminalamtes von Niedersachsen

Angehörige der Gestapo, des SD und der SS in der Westberliner Polizei

Altmann, Johannes

vor 1945: Kriminalsekretär im Amt IV A 3 des RSHA; 1933 NSDAP (Nr. 2579 426)

nach 1945: Übt die gleiche Dienststellung als Kriminalsekretär aus

Anton, Max

vor 1945: 1933 Gestapo-Leitstelle Berlin

nach 1945: Kriminalsekretär

Birr, Franz

vor 1945: SS-Hauptsturmführer; Oberleutnant der Schutzpolizei und Kompanieführer der faschistischen Ordnungspolizei in Graudenz (Grudziadz)

nach 1945: Polizeihauptkommissar

Bosfeld, Walter

vor 1945: SS-Obersturmführer (Nr. 254223); Adjutant beim SS- und Polizeiführer in Dnjepropetrowsk, später beim Polizei-Wachbataillon in Dänemark; Führer in der 1. SS-Totenkopf Standarte „Oberbayern“ im KZ Dachau

nach 1945: Zugführer im Einsatzkommando der Polizeiinspektion Westberlin-Steglitz (Siehe Tafel 21)

Burkhardt, Martin

vor 1945: Angehöriger der Gestapo-Leitstelle Berlin; 1943 bis 1945 in Norwegen

nach 1945: Kriminalsekretär

Durek, Josef

vor 1945: Angehöriger der Gestapo-Leitstelle Berlin

nach 1945: Polizeiangehörtter

Ebel, Rudolf

vor 1945: Angehöriger der SS; Kriminaloberassistent bei der Gestapo-Leitstelle Berlin

nach 1945: Polizeiangehörtter

Emmersleben, Erich

vor 1945: Seit 1938 bei der Staatspolizeileitstelle Berlin; Kriminaloberassistent

nach 1945: Mitarbeiter der Westberliner Kriminalpolizei

Gabriel, Kurt

vor 1945: Polizeiassistent in der Gestapo-Leitstelle Berlin

nach 1945: Regierungsinspektor

Gehrmann, Kurt

vor 1945: Kommandeur des I./SS-Polizei-Regiments 4; beteiligte sich u. a. an Judenverfolgungen

nach 1945: Vom sowjetischen Militärgericht zu 25 Jahren Freiheitsentzug verurteilt; 1955 den Westberliner Behörden zur weiteren Strafverbüßung übergeben; dort jedoch als Kommissar in die Westberliner Polizei eingestellt

Götsche, Ernst

vor 1945: SS-Obersturmführer in einer SS-Polizeidivision

nach 1945: Polizeihauptkommissar im Einsatzkommando in Westberlin-Charlottenburg

Graurock, Wilhelm

vor 1945: SS-Hauptsturmführer; beging Kriegsverbrechen in der Sowjetunion, in Kroatien und Dänemark

nach 1945: Hauptinspektor beim Kommando der Westberliner Schutzpolizei

Groß, Gerhard

vor 1945: SS-Sturmbannführer (Nr. 422185); Kommandeur in der 4. SS-Polizeipanzergrenadierdivision ;

nach 1945: Leiter der Verkehrsstaffel Nord

Günther, Johannes

vor 1945: Kriminaloberassistent bei der Gestapo-Leitstelle Berlin

nach 1945: Kriminalsekretär

Haak, Wilhelm

vor 1945: Kriminalsekretär im Amt IV/A 4 des RSHA

nach 1945: Kriminalsekretär

Hartmann, Willi

vor 1945: Kompaniechef und Bataillonskommandeur im SS-Polizeiregiment 15; Einsatz gegen Juden in der Sowjetunion; 1944 Leiter des II. Bataillons, das in Italien den SS-Einheiten des SS-Brigadeführers Zimmermann unterstand

nach 1945: Polizeihauptkommissar der Westberliner Schutzpolizei

Hayn, Wilhelm (früherer Name Wojtecki)

vor 1945: 1937 bis 1945 Kriminalsekretär und SS-Untersturmführer im RSHA

nach 1945: Kriminalobersekretär

Helbing, Willi

vor 1945: Angehöriger der Gestapo

nach 1945: Polizeiinspektor

Herden, August

vor 1945: Polizeisekretär im Amt IV/E2 des RSHA

nach 1945: Kriminalbeamter

Heublein, Adolf

vor 1945: Angehöriger der Gestapo

nach 1945: Kriminalkommissar

Hild, Hermann

vor 1945: SS-Hauptsturmführer der Waffen-SS (Nr. 326677)

nach 1945: Polizeikommissar der Polizeiinspektion Westberlin-Tempelhof

Holzhäuser, Walter

vor 1945: Angehöriger des RSHA und Kriminalassistent der Gestapo

nach 1945: Kriminalobersekretär

Huhn, Kurt

vor 1945: 1943 Hauptmann und Kompaniechef des SS-Polizeiregiments 14; Adjutant beim Befehlshaber der Ordnungspolizei in Kroatien; beteiligt an Verbrechen gegen Polen, Juden und Jugoslawen

nach 1945: Polizeioberrat; Gruppenkommandeur für den US-Sektor in Westberlin

Jaeger, Augustinus

vor 1945: SS-Untersturmführer und Polizeiobersekretär der Gestapo-Leitstelle Berlin

nach 1945: Polizeiobersekretär

Johanningmeier, Wilhelm

vor 1945: SS-Obersturmbannführer (Nr. 313901); Major der Schutzpolizei; Angehöriger der Feldgendarmarie; Kommandeur des III./Polizeiregiments 9 in der Sowjetunion; NSDAP (Nr. 1169368)

nach 1945: Polizeikommissar; Reviervorsteher der Polizeiinspektion Westberlin-Tiergarten

Jungnickel, Helmut

vor 1945: Polizeiobersekretär im Amt IV/C2 des RSHA; vorübergehend bei der Polizei in Litzmannstadt (Lodz)

nach 1945: Polizeisekretär

Kamptz, Immanuel von

vor 1945: Freiwilliger der Waffen-SS; Hauptmann der Schutzpolizei

nach 1945: Polizeikommissar, z b. V.Mann der Inspektion Westberlin-Kreuzberg

Kania, Josef

vor 1945: Angehöriger der Gestapo

nach 1945: Kriminalsekretär

Kirsch, Georg

vor 1945: SS-Hauptsturmführer und Hauptmann der Schutzpolizei; Angehöriger der SS-Freiwilligen-Division „Prinz Eugen“, die an Verbrechen gegen jugoslawische Bürger beteiligt war

nach 1945: Kommandeur des Einsatzkommandos der Inspektion Wilmersdorf

Kleist-Bornstedt, Artur von

vor 1945: SS-Sturmbannführer (Nr. 340713); Major der Schutzpolizei, Stab des SS-Oberabschnitts Fulda-Werra

nach 1945: Polizeikommissar, Leiter des Polizeireviers 122

Kohlmorgen, Hans-Joachim

vor 1945: SS-Obersturmführer; Leiter einer Gendarmeriehauptmannschaft; beteiligt an Massenerschießungen der Zivilbevölkerung in Mosyr und Umgebung (UdSSR)

nach 1945: Polizeioberrat in der Inspektion Westberlin-Charlottenburg

Kramer, Otto

vor 1945: Angehöriger der SS, Einsatzkommando III Kroatien

nach 1945: Kriminalsekretär

Krumholz, Kurt

vor 1945: SS-Sturmbannführer (Nr. 493015); NSDAP (Nr. 4313349); Stabsführer beim Höheren SS- und Polizeiführer in Ungarn

nach 1945: Leiter des Einsatzkommandos der Polizeiinspektion Westberlin-Charlottenburg

Mehl, Gerhard

vor 1945: Kriminalsekretär bei der Gestapo; 1933 NSDAP

nach 1945: Kriminalobersekretär bei der Kriminalpolizei

Menzel, Hubert I

vor 1945: Angehöriger des Einsatzkommandos 8

nach 1945: Polizeimeister in Westberlin-Spandau

Nawrot, Hans

vor 1945: Angehöriger der Gestapo

nach 1945: Kriminalbeamter

Neumann, Kurt

vor 1945: Angehöriger des SD und der Gestapo-Leistelle Berlin und Königsberg

nach 1945: Kriminalsekretär

Paetzold, Erich

vor 1945: Angehöriger des SS-Polizeiregiments 4; beteiligt am sogenannten Bandenkampf; Major der Schutzpolizei

nach 1945: Angehöriger der Westberliner Polizei

Paulie, Reinhold

vor 1945: Angehöriger der Gestapo

nach 1945: Kriminaloberassistent

Remer, Willi

vor 1945: SS-Obersturmführer im Amt IV/C 4 des RSHA

nach 1945: Polizeioberinspektor

Rosbach, Hermann

vor 1945: Angehöriger der 1. SS-Brigade

nach 1945: Kriminalsekretär

Samuel, Hermann

vor 1945: Polizeiinspektor und SS-Hauptsturmführer im RSHA, Amt IV/C 1, zuletzt Amt IV/F 5; Stellvertretender Referatsleiter

nach 1945: Polizeiinspektor

Schild, Karl

vor 1945: Angehöriger der Gestapo-Leitstelle Berlin; Kriminalsekretär

nach 1945: Polizeisekretär

Schitnkat, Hellmut

vor 1945: Oberleutnant der Schutzpolizei und SS-Hauptsturmführer Nr. 46052)

nach 1945: Polizeiinspektor

Schulz, Karl

vor 1945: SS-Hauptsturmführer im Führerbegleitkommando

nach 1945: Leiter des Einsatzkommandos der Inspektion Westberlin-Tiergarten

Sommer, Ferdinand

vor 1945: Kriminaloberassistent im Amt IV/A 1 des RSHA

nach 1945: Kriminalsekretär

Sperber, Paul

vor 1945: SS-Hauptsturmführer; Angehöriger der Gestapo und des SD; NSDAP

nach 1945: Kriminalrat, Leiter der Kriminalinspektion Westberlin-Wilmersdorf

Stubbe, Erwin

vor 1945: 1934 Eintritt in die Gestapo; zuletzt Polizeioberinspektor in der Gestapo-Stelle Berlin

nach 1945: Polizeioberinspektor

Togotzes, Werner

vor 1945: SS- Hauptsturmführer; SD-Hauptamt

nach 1945: Leiter der Kriminalgruppe Nord

Uhden, Johannes (bis 1942 Urbanowicz)

vor 1945: SS-Hauptsturmführer (Nr. 323863); NSDAP (Nr. 5507790) seit 1.3.1938; er war Angehöriger der „Leibstandarte SS Adolf Hitler“; danach im Stab der Ordnungspolizei tätig; bis 1942 gehörte er verschiedenen SS-Polizeidivisionen an; 1943 wurde er Kommandeur eines SS-Panzerausbildungsbataillons; letzter Polizeidienstgrad: Hauptmann der Schupo

nach 1945: Stellvertreter des Leiters der Schutzpolizei-Einsatzkommandos Westberlin-Tiergarten

Wassenberg, Hans

vor 1945: SS-Sturmbannführer im Amt IV/K 1 des RSHA (Nr. 280100); NSDAP (Nr. 1772317)

nach 1945: Polizeibeamter

Werner, Hans-Ulrich

vor 1945: Bereits 1936 in der faschistischen Polizei; 1943 Hauptmann der Gendarmerie und Kompanieführer der berüchtigten Sondereinheit „Bürger“; diese war maßgeblich an der Austreibung und Massenvernichtung von Sowjetbürgern beteiligt; Ende 1944 bis Kriegsende 1. Stabsoffizier beim SS- und Polizeiführer Oberitalien-Mitte; verantwortlich für die Ausarbeitung der Operationen der Gendarmerie- und Polizeikommandos gegen die Zivilbevölkerung

nach 1945: Polizeioberrat; stellvertretender Leiter des Polizeiinstituts Hiltrup; jetzt Kommandeur der Westberliner Schutzpolizei; Mitherausgeber der Zeitschrift „Die Polizei“

Wittek, Josef

vor 1945: Kriminalassistent in der Gestapo-Leitstelle Berlin

nach 1945: Kriminalassistent

Die Auferstehung der Terrorjustiz

- Bonns Recht fußt auf Nazi-Unrecht
 - Der Verfasser ist Bonns Ministerialdirektor
 - 80000 Todesurteile
 - Säuberung der Justiz - verbindliche Pflicht

- DDR schuf Ordnung
- Umfassende Rechtshilfe
- Bonn schützt die Mörder
- Lohn des Verbrechens
- Hitlers Sondergerichte als Vorbild
- 200000 politische Verfahren
- Das neue Strafgesetzbuch - ein Nazi-Gesetz
- Diktatur-Spezialisten schufen Notstandsgesetze
- KZ-Mörder und Gestapo-Spitzel erteilt Generalamnestie
- Sie fällten Bluturteile
 - **Berthold, Wolfgang**: Todesstrafe für ein Liebesverhältnis
 - **Dally, Karl**: Konstruierte Mordversuch
 - **Dreher, Eduard**: Schärfer als das Sondergericht
 - **Felmy, Heimfried**: Die Gestapo war ihm zu mild
 - **Ganser, Josef**: Todesstrafe, weil sie ein Kind beherbergte
 - **Hoogen, Matthias**: Durchhaltepolitiker des totalen Krieges
 - **Hüpers, Franz**: Todesstrafe wegen Verteidigung und Notwehr
 - **Krebs, Heinrich**: Todesstrafe für den, der die Wahrheit suchte
 - **Liebau**: Todesstrafe auf Verdacht
 - **Meusel, Johannes**: Todesstrafe, weil sie sich Eßwaren beschafften
 - **Neidhard, Friedrich**: Todesstrafe wegen patriotischer Haltung
 - **Ottersbach, Karl-Heinz**: Juden der Gestapo ausgeliefert
 - **Rhode, Werner**: Todesstrafe als „Abschreckung“
 - **Schule, Erwin**: Verurteilter Kriegsverbrecher wurde Bonner Nazi-„Jäger“
- Ein feingesponnenes Netz
 - Der Oberlandesgerichtsbezirk Hamm
 - Terrorrichter amtieren in Dortmund...
 - ...in Bielefeld...
 - ...in Bochum ...
 - ...in Münster...
 - ...und in Hamm
 - Ein unheilvoller Verstoß
- **Nazi-Juristen prägen die Bonner Justiz (Namenliste)**
- **Nazi-Juristen in Westberlin (Namenliste)**

Bonns Recht fußt auf Nazi-Unrecht

Auch die Justiz war eines der grausamen Terrorinstrumente des „Dritten Reiches“. Sie half mit ihren Mitteln, der reaktionären faschistischen Unterdrückung im Innern und der aggressiven Politik nach außen den Weg zu ebnen. Nachdem die Nazi-Diktatur errichtet worden war, begann die Justiz mit der Verfolgung der Hitlergegner aller Bevölkerungsschichten und Weltanschauungen. Die in den Jahren 1933/34 erlassenen Verordnungen und Gesetze boten den NS-Juristen eine willkommene Handhabe, jeden Widerstand gegen die Tyrannei blutig zu unterdrücken. Es sei an solche Gesetzesmachwerke erinnert, wie

- die „Verordnung gegen den Verrat am Deutschen Volk und hochverräterische Umtriebe“ vom 28. Februar 1933,
- die „Verordnung zur Beschleunigung des Verfahrens in Hochverrats- und Landesverratsachen“ vom 18. März 1933,
- die „Verordnung zur Abwehr heimtückischer Angriffe gegen die Regierung der nationalen Erhebung“ vom 21. März 1933,
- die „Verordnung über die Bildung von Sondergerichten“ vom 21. März 1933,
- die „Verordnung über die Zuständigkeit der Sondergerichte“ vom 6. Mai 1933,
- das „Gesetz über Verhängung und Vollzug der Todesstrafe“ vom 29. März 1933,
- das „Gesetz zur Abwehr politischer Gewalttaten“ vom 4. April 1933,
- das „Gesetz zur Gewährleistung des Rechtsfriedens“ vom 13. Oktober 1933,
- das „Gesetz zur Änderung von Vorschriften des Strafrechts und Strafverfahrens“ vom 24. April 1934,
- das „Heimtückegesetz“ vom 20. Dezember 1934,
- das „Gesetz gegen gefährliche Gewohnheitsverbrecher und über Maßregeln der Sicherung und Besserung“ vom 24. November 1933.

DER VERFASSER IST BONNS MINISTERIALDIREKTOR

Der Mann, der damals am Entstehen dieser Mordgesetze maßgeblich mitwirkte, Regierungsrat im Nazi-Justizministerium Dr. Josef Schafheutle, nutzt seine Erfahrungen heute als Ministerialdirektor im Bundesjustizministerium. Er kommentierte seine Machwerke triumphierend: *„Die wichtigste Änderung ist die Verschärfung der Strafen.“* (Die Strafgesetznovellen von 1933 und 1934, Berlin 1934, S. 137)

Schafheutle sollte recht behalten: Abertausende deutscher Antifaschisten wurden auf Grund dieser Gesetze eingekerkert, in Konzentrationslager verschleppt, dem Henker übergeben oder in den Gestapo-Kellern zu Tode gefoltert.

Mit Hilfe der „Verordnung über die Bildung von Sondergerichten“ und des „Gesetzes zur Änderung von Vorschriften des Strafrechts und des Strafverfahrens“ wurde in Deutschland in Form des berüchtigten Volksgerichtshofes und der Sondergerichte ein ganzes Netz von Ausnahmegerichten zur Terrorisierung der Bevölkerung geschaffen.

Schon vor bzw. sofort nach der Okkupation der Nachbarstaaten des faschistischen Deutschlands wurden neue Terrorgesetze gegen die deutsche Bevölkerung und gegen die unterdrückten Völker erlassen, die ausnahmslos den Vernichtungszielen der Nazis gegen Andersdenkende, gegen andere Völker und Rassen untergeordnet waren. Es waren solche Gesetze, wie

- die „Volksschädlingsverordnung“ vom 5. September 1939,
- die „Kriegssonderstrafrechtsverordnung“ vom 17. August 1938,
- die „Gewaltverbrecherverordnung“ vom 5. Dezember 1939,
- die „Verordnung des Reichsprotectors in Böhmen und Mähren gegen Sabotagehandlungen“ vom 26. August 1939,
- das „Gesetz zur Änderung von Vorschriften des allgemeinen Strafverfahrens, des Wehrstrafverfahrens und des Strafgesetzbuches“ vom 16. September 1939,
- die „Verordnung über die Strafrechtspflege gegen Polen und Juden“ vom 4. Dezember 1941,
- die „Verordnung des Militärbefehlshabers in Belgien und Nordfrankreich“ vom 13. Juni 1940,
- der „Erlaß über die Ausübung der Wehrmichtsgerichtsbarkeit in Dänemark gegen Personen nichtdeutscher Staatsangehörigkeit“ vom 1. August 1940,
- die „Verordnung über das Verbot der politischen Parteien in Norwegen“ vom 25. September 1940,
- die „Verordnung über das Verbot der Betätigung zugunsten des norwegischen Königshauses“ vom 7. Oktober 1940,
- die „Verordnung des Reichskommissars der besetzten norwegischen Gebiete über den zivilen Ausnahmezustand“ vom 31. Juli 1941,
- der „Nacht- und Nebelerlaß“ vom 7. Dezember 1942 usw.

Diese Zwangs- und Terrorgesetze waren weitgehend „rechtliche“ Grundlagen für die Tätigkeit der nazistischen Ausnahmegerichtsbarkeit: Diese bestand aus:

- den Sondergerichten, die nach der „Verordnung über die Bildung der Sondergerichte“ vom 21. März 1933 in jedem Oberlandesgerichtsbezirk Deutschlands geschaffen wurden,
- dem „Volksgerichtshof“, der - wie bereits erwähnt - auf der Grundlage der „Strafgesetznovellen“ Schafheutles entstand,
- den Kriegsgerichten, die durch Gesetz der Hitlerregierung vom 12. Mai 1933 wieder eingeführt wurden,
- dem Reichskriegsgericht, oberstes Wehrmichtsgericht, das am 26. Juni 1936 seine Tätigkeit aufnahm, und den berichtigten
- „Standgerichten“, die auf „Befehl des Führers“ durch „Verordnung des Reichsjustizministers“ während des Krieges aufgebaut wurden.

Die Sondergerichte hatten das Ziel, zunächst alle Hitlergegner mundtot zu machen, um durch „Friedhofsruhe“ im Innern die Aggression nach außen vorbereiten zu können. Die Angeklagten waren praktisch aller Rechte beraubt.

Diesen Charakter der Sondergerichte bestätigte das Reichsgericht in einer Entscheidung vom 9. November 1938 - Aktenzeichen 5 T 537/38 -, wo es heißt, daß die Sondergerichte „*nicht nur ihrem Namen, sondern auch ihrem Wesen nach außerhalb der öffentlichen Gerichtsbarkeit stehende Gerichte*“ seien.

Wolfgang Idel, heute Landgerichtsdirektor in Krefeld, schrieb in seiner Dissertation „Die Sondergerichte für politische Strafsachen“, Freiburg 1935, auf Seite 36, daß die Aufgabe dieser Gerichte darin bestehe, „die Gegner des 3. Reiches, hauptsächlich Kommunisten und Sozialdemokraten, vollständig auszurotten“.

Zu ähnlichen Schlußfolgerungen kamen in ihren Dissertationen Robert Fuchs, „Die Sondergerichtsbarkeit in Deutschland“, Tübingen 1937, und Adolf Schlesinger, „Die Entwicklung der deutschen Gerichtsorganisation seit 1879“, Jena 1938.

Aus der Aufgabenstellung für diese Terrorgerichte geht hervor, daß die Richter und Staatsanwälte die bewährtesten und rücksichtslosesten Faschisten gewesen sind.

Nach dem Überfall Hitlerdeutschlands auf die Nachbarstaaten wurden in fast allen okkupierten Ländern unter Mißachtung der Haager Landkriegsordnung Sondergerichte gebildet. Sie verwirklichten mit den Mitteln der „Rechtsprechung“ die hitlerschen und himmlerschen Ausrottungsbefehle.

Die grauenvollste Bilanz weisen die Nazi-Sondergerichte in Polen aus. Auf der Grundlage der berüchtigten Polen-Strafrechtsverordnung wurden Tausende polnische Bürger dem Schafott ausgeliefert, nur weil sie sich zu Polen bekannten, weil sie sich der Aushungerungspolitik widersetzen oder weil sie durch die globkeschen Volkslistenrichtlinien als „unwertes Leben“ gestempelt wurden.

Die Sondergerichte, die zunächst zur Aburteilung politischer „Delikte“ geschaffen wurden, verhängten unter den Bedingungen des totalen Krieges in Deutschland sowie in den okkupierten Staaten wegen unbedeutender Verfehlungen, z.B. geringfügigen Lebensmitteldiebstahls, der in zivilisierten Ländern als Mundraub unbestraft bleibt, Todesstrafen.

Der Volksgerichtshof wurde 1934 gebildet und war zunächst für Hoch- und Landesverratsachen zuständig. Der Aufbau des Volksgerichtshofes läßt klar erkennen, daß er ein wesentlicher Bestandteil der Sondergerichtsorganisation des faschistischen Staates war. Sichtbar zum Ausdruck kommt das darin, daß die Mitglieder des Volksgerichtshofes von Hitler persönlich ernannt wurden, und die übrigen Mitarbeiter des Volksgerichtshofes von dem Reichsminister der Justiz. Neben den Berufsrichtern waren in jedem Senat Vertreter der Nazi-Partei und der faschistischen Wehrmacht als „Fachrichter“ zugegen.

Der Volksgerichtshof wurde besonders berüchtigt unter dem Vorsitz des Blutjuristen Freisler und durch Verfahren gegen solche aufrechte Deutsche wie Lieselotte Hermann, Judith Auer, Werner Seelenbinder, Anton Saefkow, Franz Jacob, Hilde und Hans Coppi, Georg Schumann, Bernhard Bästlein, Adam Kuckhoff sowie den tschechoslowakischen Patrioten und Journalisten Julius Fučík. Auch die Verfahren gegen die Beteiligten des Offiziersaufstandes vom 20. Juli 1944 vor dem Volksgerichtshof lenkten das Augenmerk der Weltöffentlichkeit auf dieses oberste Blutgericht.

Eine ähnliche Ausnahme Justiz wie die faschistischen Sondergerichte und der Volksgerichtshof war die Kriegsgerichtsbarkeit der Nazi-Wehrmacht. Sie wurde fast zu gleicher Zeit wie die Sondergerichte eingeführt. Als oberstes Wehrmachtsgesicht fungierte ab 26. Juni 1936 das Reichskriegsgericht. Die Wiedereinführung der Kriegsgerichte in Friedenszeiten beweist unter anderem, daß die Nazis vom ersten Tage ihrer Herrschaft im Jahre 1933 an einen Krieg gegen die europäischen Völker vorbereiteten; denn die

Kriegsgerichte wurden geschaffen, um den Aufbau der Angriffsarmee gegen alle „zersetzenden“ Ideen der Demokratie und des Friedens abzusichern. Das wird noch dadurch unterstrichen, daß bereits am 17. August 1938 die „Verordnung über das militärische Strafverfahren im Kriege und bei besonderem Einsatz“ und die berüchtigte „Verordnung über das Sonderstrafrecht im Kriege und bei besonderem Einsatz“ erlassen wurden.

Während des Krieges maßen sich die Kriegsgerichte Hitlers zudem in einigen okkupierten Staaten, wie Holland, Belgien, Frankreich, Norwegen und Dänemark, die Rolle von Sondergerichten gegen die Zivilbevölkerung an. Auch in der Tschechoslowakei und in Polen wüteten sie vor der Einrichtung der Sondergerichte gegen Zivilisten.

80000 TODESURTEILE

Dieses finsterste Kapitel deutscher Justizgeschichte leitete der damalige Staatssekretär des Nazi-Justizministeriums, Dr. Roland Freisler, am 24. Oktober 1939 auf einer Tagung der Sondergerichts-Vorsitzenden und Sachbearbeiter für Sondergerichts-Sachen im Nazi-Justizministerium mit diesen Worten ein:

„Das Verfahren der Strafrechtspflege gestaltet er (der Gesetzgeber - d. Hrsg.) zu einem überlegen zu handhabenden Schwert in der Hand des Richters ... daneben gestattetet (der Gesetzgeber - d. Hrsg.), wo es irgend erforderlich ist, ein Hinausgehen über den allgemeinen, als angemessen angesehen gewesenen Strafraumen, oft bis zur Todesstrafe... Der Gesetzgeber tut dies und tut es weiter.“ Im selben Atemzuge kam er zu der Feststellung: *„Entscheidend aber ist, daß die Strafrechtspflege es tut! Daß sie es will, ist selbstverständlich. Daß sie es tut, aber ist entscheidend.“*

Sie haben es getan. Sie haben ihre Aufgabe als „Standgerichte der inneren Front“ - wie der Nazi-Justizminister Thierack die Sondergerichte in einem Schreiben vom 5. Juli 1943 an die Oberlandesgerichtspräsidenten und Generalstaatsanwälte nannte - mit höchster Präzision erfüllt. Ihre grauenvolle Bilanz nach unvollständig erhalten gebliebenen Statistiken: etwa 50000 Todesurteile. Dazu kommen von den Kriegsgerichten über 25000 weitere Todesurteile. Darin sind die Urteile des Reichskriegsgerichtes nicht enthalten (Verurteilungen laut Wehrmachts-Kriminalstatistik des OKW HR b - III d und IV c für die Zeit vom 26. August 1939 bis November/Dezember 1944 beim Heer und bis einschließlich II. Quartal 1944 bei der Luftwaffe und der Kriegsmarine).

Da das Wüten der Kriegs- und Standgerichte in den letzten Kriegsmonaten seinen Höhepunkt erreichte, kann man mit Sicherheit die Zahl der Todesurteile der Kriegsgerichte - ohne Reichskriegsgericht - auf mindestens 30000 festsetzen. Damit beläuft sich die Gesamtzahl der Bluturteile auf mindestens 80000.

Die Juristen, die mittelbar durch „Gesetzesschöpfungen“ oder unmittelbar durch „Rechtsprechungen“ an der nazistischen Ausnahmegerichtbarkeit mitwirkten, sind also mitschuldig,

daß die Hitlerdiktatur errichtet und 12 Jahre aufrechterhalten werden konnte;

durch Aggression nach innen die Aggression nach außen vorbereitet werden konnte;

das Okkupations-Regime Hitlers aufgebaut werden konnte und bis fünf Minuten nach zwölf bestehen blieb;

die im Nürnberger Juristen-Prozeß als verbrecherisch charakterisierten Gesetze entstanden und in die Tat umgesetzt wurden;

in vielen Fällen sogar das unmenschliche Strafmaß der nazistischen Terrorgesetze überschritten wurde;

Zehntausende um ihre Nation oder um ihr nacktes Leben Kämpfende hingemordet wurden.

Sie standen ausnahmslos im Dienste des Unrechts und der Unmenschlichkeit, ob sie in Deutschland gegen Deutsche oder gegen Zwangsarbeiter urteilten, die ohnehin der bittersten Not ausgesetzt waren, oder ob sie an der Front gegen deutsche Soldaten bzw. in den okkupierten Staaten gegen die entrechtete, erniedrigte und ausgeplünderte Bevölkerung vorgingen.

SÄUBERUNG DER JUSTIZ - VERBINDLICHE PFLICHT

Im Nürnberger Juristen-Prozeß kam der USA-Gerichtshof zu dem Ergebnis:

„Der Kern der Anklage in diesem Falle besteht ja gerade darin, daß die Gesetze, die Hitler-Erlasse und das drakonische, korrupte und verderbte nationalsozialistische Rechtssystem als solches in sich selbst Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit darstellen und daß eine Teilnahme an dem Erlaß und der Durchführung dieser Gesetze verbrecherische Mittäterschaft bedeutet ... Die Beschuldigung, kurz gesagt, ist die der bewußten Teilnahme an einem über das ganze Land verbreiteten und von der Regierung organisierten System der Grausamkeit und der Ungerechtigkeit unter Verletzung der Kriegsgesetze und der Gesetze der Menschlichkeit, begangen im Namen des Rechts und der Autorität des Justizministeriums und mit Hilfe der Gerichte. Der Dolch des Mörders war unter der Robe des Juristen verborgen.“ (Das Nürnberger Juristenurteil - Allgemeiner Teil, Hamburg 1948, S. 42)

Deshalb verfügte der Alliierte Kontrollrat im Artikel IV seines Gesetzes N. 4 vom 30. Oktober 1945 auf der Grundlage des Potsdamer Abkommens:

„Zwecks Durchführung der Umgestaltung des deutschen Gerichtswesens müssen alle früheren Mitglieder der Nazipartei, die sich aktiv für deren Tätigkeit eingesetzt haben, und alle anderen Personen, die an den Strafmethoden des Hitler-Regimes direkten Anteil hatten, ihres Amtes als Richter und Staatsanwalt enthoben werden und dürfen nicht zu solchen Ämtern zugelassen werden.“

Auf der Grundlage des demokratischen Völkerrechts beschloß der Wirtschafts- und Sozialrat der UNO (ECOSOC) am 28. Juli 1965 folgende Resolution:

„1. Alle Staaten werden aufgefordert, ihre Anstrengungen fortzusetzen, um zu sichern, daß in Übereinstimmung mit dem Völkerrecht und der nationalen Gesetzgebung die für Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit verantwortlichen Verbrecher aufgespürt, ergriffen und durch die zuständigen Gerichte angemessen bestraft werden. Zu diesem Zweck sollten sie zusammenarbeiten, insbesondere durch Zurverfügungstellung aller in ihrem Besitz befindlichen Dokumente über solche Verbrechen.

2. Alle betreffenden Staaten, die der Konvention zur Verhütung und Bestrafung von Genocidverbrechen (Völkermord - d. Hrsg.) vom 9. Dezember 1948 noch nicht beigetreten sind, werden aufgefordert, dies sobald als möglich zu tun.“

DDR SCHUF ORDNUNG

In der Deutschen Demokratischen Republik wurden diese Verpflichtungen erfüllt. Juristen, die aktive Mitglieder der NSDAP und an der Gesetzgebung oder Rechtsprechung des „Dritten Reiches“ beteiligt waren, wurden 1945 fristlos aus dem Justizdienst entfernt. An ihre Stelle traten antifaschistische Juristen, Widerstandskämpfer, Arbeiter, Bauern, Angestellte. Es gibt in der DDR keinen Richter oder Staatsanwalt, der der NSDAP angehörte.

Die Juristen, die an Terrorurteilen mitwirkten, wurden gerecht bestraft, wie der frühere Staatsanwalt beim Sondergericht Leipzig, Dr. Dr. Anger, der im Jahre 1945 nachweislich an einem Justizmord beteiligt war. Nachdem er in der DDR eine langjährige Zuchthausstrafe verbüßt hatte, wurde er in Westdeutschland willkommen geheißen und in Essen als Staatsanwalt eingesetzt. Selbst ein Blutjurist wie der frühere Beisitzer beim Sondergericht Posen (Poznan) Johannes Breier, dem es gelungen war, einige Jahre als Archivar in einem Betrieb unterzutauchen, entging seiner Strafe nicht. Als Dokumente über seine Mitwirkung an Todesurteilen aufgefunden wurden, verurteilte ihn das Bezirksgericht Schwerin zu acht Jahren Zuchthaus.

Seine noch stärker belasteten Vorgesetzten beim Nazi-Sondergericht Posen, Bömmels und Hucklenbroich, dagegen wurden wohlbestallte Juristen in Westdeutschland, Bömmels als Senatspräsident in Saarbrücken und Hucklenbroich als Landgerichtsdirektor in Wuppertal. Heute erhalten sie hohe Ruhestandsbezüge; der Strafverfolgung wurden sie bis heute entzogen. Ihr Komplize, Dr. Jungmann, früher Staatsanwalt beim Sondergericht Posen, amtierte bis Ende 1967 als Staatsanwalt in Essen.

Es war für die Justiz der DDR, die auf der Grundlage humanistischer deutscher Rechtstraditionen völlig neu aufgebaut wurde, eine Selbstverständlichkeit, alle Nazi- und Kriegsverbrechen zu ahnden und gerecht zu sühnen.

UMFASSENDE RECHTSHILFE

Die DDR hat es stets als ihr Recht und ihre Pflicht angesehen, auf die gefährliche Entwicklung in Westdeutschland hinzuweisen und eine konsequente Bewältigung der Vergangenheit zu fordern. In 113 Prozessen gegen Nazi- und Kriegsverbrecher in Westdeutschland leistete sie Rechtshilfe. Ungezählte Ermittlungsverfahren gab sie an westdeutsche Justizbehörden ab, z. B. allein der Kreis Bernburg im Jahre 1948 Verfahren gegen 78 Personen. Im Auschwitz-Prozeß in Frankfurt a. M., dem größten westdeutschen Nachkriegsprozeß gegen Nazi- und Kriegsverbrecher, war die DDR durch den Anwalt der Nebenkläger, Prof. Dr. Kaul, vertreten.

Den westdeutschen Justizbehörden wurden weiterhin 1580 Todesurteile übermittelt, an denen in Westdeutschland tätige Juristen mitwirkten, sowie 4000 Dokumente über andere Nazi- und Kriegsverbrecher übergeben oder übersandt.

Schließlich nannte die DDR seit 1955 auf zahlreichen Pressekonferenzen insgesamt 1310 ehemalige Juristen der nazistischen Ausnahmegerichte, die in Westdeutschland wieder zu Amt und Würden kamen.

Was geschah mit den belasteten Nazi-Juristen in Westdeutschland?

Wurden sie aus ihren Ämtern entfernt?

Wurden sie gerecht bestraft?

BONN SCHÜTZT DIE MÖRDER

Entgegen den offiziellen Verlautbarungen des Bundesjustizministeriums sind heute in Westdeutschland noch über 800 Juristen der nazistischen Ausnahmegerichte tätig. Nicht einer der zum Teil mit über 100 Bluturteilen belasteten Nazi-Juristen wurde vor Gericht gestellt. Diese „Rechtsprecher“, die ausnahmslos im Dienste der Unmenschlichkeit, des Unrechts und der Aggression standen, sind bis in die höchsten Positionen des westdeutschen Staats- und Justizapparates gelangt.

Westdeutsche Gerichte stellten sogar die Ermittlungsverfahren ein, die auf Grund von Strafanzeigen gegen Nazi-Juristen eingeleitet worden waren. Selbst von Staaten der Antihitlerkoalition rechtskräftig verurteilte Nazi- und Kriegsverbrecher wurden in voller Kenntnis ihrer Vergangenheit in Bonner Dienste übernommen. So wurde z. B. Dr. Leonhard Drach 1956 als Staatsanwalt in Frankenthal eingesetzt und später zum Oberstaatsanwalt befördert, obwohl er als Nazi-Staatsanwalt an Stand- und Sondergerichten im okkupierten Luxemburg zahlreiche Bluturteile beantragt hatte, denen auch entsprochen worden war. In Luxemburg wurde Drach nach 1945 wegen seiner Verbrechen zu 20 und 15 Jahren Zuchthaus verurteilt.

Der frühere Staatsanwalt beim Sondergericht in Luxemburg, Josef Wienecke - nach 1945 in Luxemburg in Abwesenheit (weil er von einem Urlaub auf „Ehrenwort“ nicht zurückkehrte) zu zehn Jahren Zuchthaus verurteilt -, wurde 1953 Staatsanwalt in Koblenz. Später wurde er, obwohl auch seine Vergangenheit bekannt war, zum Ersten Staatsanwalt befördert.

Auch dem nach der Befreiung Luxemburgs zu vier Jahren Gefängnis verurteilten ehemaligen Mitarbeiter der Nazi-Justizverwaltung Dr. Otto Bauknecht wurden in Westdeutschland 1956 Amt und Würden - zunächst als Landgerichtspräsident in Kreuznach - verliehen. Bis Ende 1967 hatte der Juristennachwuchs vor ihm als Präsident des Justizprüfungsamtes seine Befähigung für den westdeutschen Justizdienst in der 1. und 2. Staatsprüfung nachzuweisen.

Sogar der Vorsitzende des Sondergerichts in Luxemburg Adolf Raderschall - in Abwesenheit zum Tode verurteilt - fungierte in Rheinland-Pfalz als Landgerichtsdirektor a.D. auf einer Amtsgerichtsrats-Planstelle und ist jetzt Alterspensionär mit Bezügen, die die seiner Opfer um ein mehrfaches übersteigen. Drach, Wienecke und Bauknecht sind bis heute trotz luxemburgischer Proteste noch nicht zur Verantwortung gezogen worden. (Angaben aus: Der Spiegel, Hamburg, 5. Mai 1965 und 3. Febr. 1965, und Die Welt, Hamburg, 15. Juli 1965)

Der in der CSR zu lebenslanger Freiheitsstrafe verurteilte und als Nichtamnestierter der Bundesrepublik übergebene Blutrichter von Prag, Dr. Kurt Bellmann, wurde Landgerichtsdirektor in Hannover. Bellmann hatte an 110 nachgewiesenen Todesurteilen gegen tschechoslowakische Bürger mitgewirkt. Heute bezieht er als Lohn seiner Morde über 2000 DM Monatspension.

Welche Auswirkungen die Bonner Politik des Schutzes und der Förderung der Nazi- und Kriegsverbrecher hat und wie sich Bonn mit dem „Dritten Reich“ identifiziert, spiegelt sich deutlich in der Familie Schlegelberger wider.

Der Vater, Dr. Franz Schlegelberger, war 1941/42 amtierender Justizminister der Hitlerregierung. Während seiner Amtszeit und mit seiner Zustimmung töteten die

Justizorgane Tausende deutsche und ausländische Gegner des Hitlerkrieges. Juden, die von den Gerichten zu Gefängnis verurteilt worden waren, sind auf Anzeige Schlegelbergers hingerichtet worden. Der berühmte „Nacht- und Nebelerlaß“, der die Einkerkung aller Hitlergegner ohne Haftbefehl vorsah, wurde von ihm mitgearbeitet. In seine Amtszeit fällt die „Polen-Strafrechtsverordnung“, die alle Sondergerichte anwies, für die geringsten Vergehen die Todesstrafe zu verhängen. Er persönlich machte den Vorschlag, die Halbjuden zu sterilisieren oder zu deportieren.

Für seine Verbrechen wurde Schlegelberger im Nürnberger Juristen-Prozeß zu lebenslanger Haft verurteilt. Doch Bonn honoriert seine Blutschuld heute mit 1450 DM Monatspension.

Sein Sohn Hartwig verurteilte als Oberstabsrichter der Nazi-Marine deutsche Soldaten zum Tode und nahm an ihrer Hinrichtung im Zuchthaus Brandenburg teil. (Siehe Tafel 22)

Heute sorgt Dr. Hartwig Schlegelberger als Innenminister Schleswig-Holsteins dafür, daß dieses Land ein Paradies für Kriegsverbrecher ist. Seine besondere Fürsorge gilt der Vorbereitung der Notstandsdictatur. Anlässlich eines offiziellen Besuchs des dänischen Ministerpräsidenten Krag versuchte Hartwig Schlegelberger in Faschisten-Manier, diesem die Einbeziehung Dänemarks in seine Notstandspläne zu oktroyieren. Ministerpräsident Krag quittierte diesen Eingriff in die Souveränität seines Landes, indem er die Darlegungen Schlegelbergers „nicht zur Kenntnis nahm“. (Süddeutsche Zeitung, Stuttgart, 26.7.27. Juni 1965)

Der zweite Sohn des führenden Blutjuristen Hitlerdeutschlands, Günther Schlegelberger, diente früher dem Ribbentropschen Außenministerium. Von der Erhard-Regierung wurde er ausgerechnet zum Botschafter in Saigon ernannt, wo er als offizieller Vertreter der Bundesrepublik einer der Drahtzieher für die Unterstützung und Ausweitung des barbarischen Invasionskrieges der USA war.

LOHN DES VERBRECHENS

Alle schwer belasteten Nazi-Juristen, die auf Grund der Enthüllungen der DDR, der CSSR, der Volksrepublik Polen, Frankreichs und der Proteste demokratischer Kräfte aus aller Welt ihre Versetzung in den Ruhestand beantragten, erhalten vom Tag ihres Ausscheidens an hohe Pensionen, die die Entschädigungen ihrer Opfer weit übertreffen.

Durch §116 des westdeutschen Richtergesetzes vom 8. September 1961 wurde dieser Lohn des Verbrechens gesetzlich fixiert. Danach erhalten die Blutjuristen, die zurücktraten, die volle Pension, auch vor Erreichen ihrer Altersgrenze. Alle diejenigen, die ihren Machtbereich nicht freiwillig bis zum 30. Juni 1962 aufgaben, sollten auf Bundestagsbeschluß vom 14. Juni 1961 ohne Pensionszahlung ihrer Ämter enthoben werden. Doch bis heute wurde kein Fall bekannt, in dem einer der schwer belasteten Nazi-Juristen unbelohnt und zwangsweise aus seiner Position entfernt worden wäre. Das heißt, in Bonn wurden selbst die eigenen milden Bestimmungen mißachtet, um die Mörder in Richterroben zu schützen. Folgende schwer belastete Juristen quittierten ihren Dienst und erhalten Pensionen in Höhe von 1300 bis 2000 DM:

Name des Juristen

pensioniert

**Zahl der von
der DDR bzw.
CSSR**

		nachgewiesenen Todesurteile
Bruchhaus, Dr. vor 1945: Staatsanwalt beim „Volksgerichtshof“ nach 1945: Staatsanwalt in Wuppertal	Mai 1961	33
Bömmels, Dr. vor 1945: Landgerichtsdirektor beim Sondergericht Posen (Poznan) nach 1945: Senatspräsident beim Oberlandesgericht Saarbrücken	September 1961	44
Dannegger, Johannes, Dr. vor 1945: Landgerichtsrat beim Sondergericht Prag nach 1945: Oberamtsrichter in Wiedenbrück	Mai 1961	29
Fränkel, Wolfgang vor 1945: Stellvertretender Reichsanwalt beim Reichsgericht in Leipzig 1962: Generalbundesanwalt	Juli 1962	50
Eisele, Walter, Dr. vor 1945: Amtsgerichtsrat und Senatsvorsitzender beim Sondergericht Prag; Kriegsverbrecherliste der CSR A- 38/65 nach 1945: Oberlandesgerichtsrat in Stuttgart	Juli 1962	32
Heine vor 1945: Amtsgerichtsrat beim Sondergericht Prag nach 1945: Amtsgerichtsrat in Duisburg	Mai 1961	46
Hucklenbroich, Dr. vor 1945: Landgerichtsrat beim Sondergericht Posen (Poznan) nach 1945: Landgerichtsdirektor in Wuppertal	März 1961	63
Jaager vor 1945: Staatsanwalt beim Sondergericht Wien und Ankläger beim „Volksgerichtshof“ nach 1945: Erster Staatsanwalt beim Oberlandesgericht Schleswig	August 1959	13
Lenhardt, Dr. vor 1945: Landgerichtsdirektor, Ankläger beim „Volksgerichtshof“ nach 1945: Oberlandgerichtsrat in Neustadt a. d. Weinstraße	Juni 1960	24
Ludwig, Franz, Dr. vor 1945: Oberstaatsanwalt beim Sondergericht Prag nach 1945: Staatsanwalt in Düsseldorf	März 1961	77
Michalowski vor 1945: Landgerichtsrat beim Sondergericht Bromberg (Bydgoszcz); Kriegsverbrecherliste von Polen	März 1963	58

HI/18

nach 1945: Amtsgerichtsrat in Mönchengladbach**Mohs, Dr.**

Januar 1961 81

vor 1945: Landgerichtsrat beim Sondergericht Hohensalza (Jnowraclaw)**nach 1945:** Landgerichtsrat in Frankenthal**Reimers, Dr.**

Januar 1963 124

vor 1945: Kammergerichtsrat, Richter beim Sondergericht Berlin und beim „Volksgerichtshof“**nach 1945:** Landgerichtsrat in Ravensburg**Weiß, Klaus**

Mai 1962 127

vor 1945: Landgerichtsdirektor beim Sondergericht Zichenau (Ciechanow)**nach 1945:** Landgerichtsrat in Oldenburg**Zeschau, von**

Dezember 1962 18

vor 1945: Landgerichtsrat, Ankläger beim „Volksgerichtshof“**nach 1945:** Landgerichtsrat in Nürnberg**Zeynek, Wolfgang von, Dr.**

Dezember 1962 112

vor 1945: Staatsanwalt beim Sondergericht Prag**nach 1945:** Landgerichtsrat in Nürnberg

Die Ermittlungsverfahren, die auf Grund von Strafanzeigen des Verbandes der antifaschistischen Widerstandskämpfer der CSSR oder westdeutscher Bürger eingeleitet werden mußten, stellten die westdeutschen Gerichte ein. Das geschah beispielsweise im Fall des ehemaligen Stellvertretenden Reichsanwalts Wolfgang Fränkel. Dieser Nazi-Jurist war 1962 in Westdeutschland Generalbundesanwalt!

Im Beschluß über die Einstellung des Ermittlungsverfahrens sagte das Oberlandesgericht Karlsruhe am 3. September 1964, „*es fehlt... an der Möglichkeit des Nachweises, der Beschuldigte habe während des Krieges ... die Gültigkeit der genannten Bestimmungen auch nur bezweifelt, geschweige denn ihre Ungültigkeit erkannt*“. Fränkel, der von der DDR des 50fachen Mordes überführt wurde, wird in diesem Beschluß „*Tatbestandsirrtum*“ zugebilligt, „*der den Vorsatz ausschließt*“.

Das heißt nichts anderes, als die Untaten der Mörder in der Robe gutzuheißen und das Nazi-Regime reinzuwaschen.

Der Grund dieser ausgeklügelten Argumentation wird offensichtlich, wenn man die Rolle kennt, die diesen Dienern des Unrechts in Westdeutschland zugedacht wurde. Sie standen in der ersten Reihe beim Aufbau einer politischen Sonderjustiz, bei der Ausarbeitung neuer Willkürgesetze und schließlich bei der Vorbereitung einer Militärdiktatur.

HITLERS SONDERGERICHTE ALS VORBILD

Am Aufbau der politischen Sonderjustiz Westdeutschlands nach dem Vorbild der nazistischen Sondergerichte war der ehemalige Richter am Reichsgericht, Chefrichter im okkupierten Dänemark und Generalrichter der Nazi-Wehrmacht, Dr. Ernst Kanter, maßgeblich beteiligt.

Kanter waren von der DDR und von dänischen Bürgern und Dienststellen schwerste Verbrechen nachgewiesen worden.

Von Bonn wurde er als oberster politischer Gesinnungsrichter, und zwar als Senatspräsident des 3. Strafsenats des Bundesgerichtshofes, eingesetzt. Hier durchleuchtete er die in seinem Bereich tätigen Nazi-Juristen. Am 26. November 1957 schrieb er z. B. an die „Deutsche Volkszeitung“, Düsseldorf, es könne *„ohne weiteres festgestellt werden, daß Vorwürfe, die zu strafrechtlichen oder disziplinarischen Strafen Anlaß geben könnten, nicht begründet sind“*.

Unter seiner Oberaufsicht entstand ein ganzes Netz politischer Sonderstrafkammern. So wie die Nazis in jedem Oberlandesgerichtsbezirk ein Sondergericht hatten, existiert in Westdeutschland jetzt in jedem Oberlandesgerichtsbezirk eine politische Sonderstrafkammer. Einer der berüchtigtsten Juristen dieser politischen Sonderstrafkammern war der Lüneburger Staatsanwalt Ottersbach, der sich seine „Lorbeeren“ als Staatsanwalt beim Sondergericht Kattowitz (Katowice) holte. (Siehe Tafel 23)

200000 POLITISCHE VERFAHREN

Die juristische Grundlage für die Wiedereinführung der politischen Gesinnungsjustiz ist das 1. Strafrechtsänderungsgesetz (Blitzgesetz) vom 30. August 1951. Ausgearbeitet wurde dieses Gesetz von dem bereits genannten ehemaligen Regierungsrat im Nazi-Justizministerium und heutigen Ministerialdirektor im Bundes Justizministerium, Dr. Josef Schafheutle. Seine „Erfahrungen“ schöpfte er aus seinen Terrorgesetzen von 1933/34, auf deren Grundlage der berüchtigte Volksgerichtshof und die Nazi-Sondergerichte entstanden, die Zehntausende Bürger fast aller europäischen Länder dem Henker auslieferten.

Seit dem Inkrafttreten des Blitzgesetzes von Schafheutle im Jahre 1951 bis Ende 1961 wurden nach Angaben der 11. Arbeitstagung des westdeutschen Amnestie-Ausschusses und der Verteidiger in politischen Strafsachen 200000 politische Verfahren durchgeführt, durch die 500000 westdeutsche Bürger in Mitleidenschaft gezogen wurden. Seit Jahren fordern prominente Vertreter der CDU/CSU die Wiedereinführung der Todesstrafe für politische Taten. Der Vizepräsident des Bundestages Jaeger (CSU) verlangte dies bereits 1957 (Frau und Politik, Bonn, 15. Dezember 1957), und kein geringerer als der seinerzeitige Justizminister Schärfer (CSU) wollte die Todesstrafe für „Landesverrat“ 1958 einführen. (Neue Ruhr-Zeitung, Essen, 14. Juni 1958) Auf einer Pressekonferenz am 25. Juni 1965 in Berlin enthüllte der 1. Sekretär der Kommunistischen Partei Deutschlands, Max Reimann, die alarmierende Tatsache, daß die Bestrebungen der westdeutschen Notstandspolitiker beim Rechtsausschuß des Bundestages - der bei der Vorbereitung volksfeindlicher Gesetze stets eng mit Schafheutle zusammenarbeitete - schon bis zum Gesetzentwurf für die Wiedereinführung der Todesstrafe gediehen sind.

DAS NEUE STRAFGESETZBUCH - EIN NAZI-GESETZ

Schafheutle ist zugleich der Verantwortliche im Bundesjustizministerium für die Ausarbeitung des Strafgesetzbuch-Entwurfs, der eine Reihe von verschärfenden Strafbestimmungen z. B. für „Hoch- und Landesverrat“ enthält, die zum Teil inhaltlich und wörtlich mit den von ihm selbst geprägten Formulierungen aus den Jahren 1933/34 übereinstimmen.

Neben Schafheutle wirken bzw. wirkten in der „Großen Strafrechtskommission“ 23 namhafte westdeutsche Juristen. 16 von ihnen hatten bereits während der nazistischen Gewaltherrschaft wichtige Justizfunktionen inne, unter ihnen

- der ehemalige Senatspräsident des Bundesgerichtshofes, Dr. Kanter,
- der Generalbundesanwalt von 1962, Fränkel, den die DDR des 50fachen Mordes überführte und der heute monatlich mindestens 2500 DM Pension bezieht, und
- der frühere Sachbearbeiter für politische Strafsachen im Nazi-Justizministerium, Dr. Wilkerling, viele Jahre Ministerialdirigent im Justizministerium Niedersachsens.

Mit dem neuen Strafgesetzbuch-Entwurf soll die politische Gesinnungsjustiz, soll das Vorgehen gegen Patrioten, Atomkriegs- und Notstandsgegner weiter verschärft werden. Darüber hinaus dient er unmittelbar den aggressiven Absichten Bonns. In der amtlichen Begründung zu §3 („Das deutsche Strafrecht gilt für Taten, die im Inland begangen werden“) heißt es z. B.:

„Das Inland umfaßt nach der gegenwärtigen völkerrechtlichen Lage außer den Gebieten, die zum räumlichen Geltungsbereich des Strafgesetzbuches (also der Bundesrepublik) gehören, auch solche, die außerhalb dieses Geltungsbereiches liegen. Dazu gehören die sowjetische Besatzungszone Deutschlands, der Sowjetsektor von Berlin und die übrigen Gebiete des deutschen Reiches in den Grenzen vom 31. Dezember 1937, die zur Zeit unter fremder Verwaltung stehen.“

Im Entwurf heißt es weiter, daß ein Einführungsgesetz das Inkrafttreten der Strafbestimmungen für Taten regeln müsse, *„die auf deutschem Gebiet, aber außerhalb des räumlichen Geltungsbereichs des Strafgesetzbuches (also Bundesrepublik) begangen werden“*. Es wird aber ausdrücklich betont: *„Der Entwurf sieht jedoch davon ab, diese Grundsätze (für die Übergangszeit) in dem auf die Dauer bestimmten Strafgesetzbuch zu regeln.“*

Damit wird offen gesagt, welche Gebiete zu annektieren beabsichtigt sind. So steht das westdeutsche Strafgesetzbuch ganz im Dienst der Rüstungsmonopole und der Hitlergeneralität, deren einziges Ziel es ist, für die Niederlage im zweiten Weltkrieg Revanche zu nehmen.

Welche Wirkung das Strafgesetzbuch schon vor seiner Verabschiedung hat, zeigte die Verhaftung des Chefredakteurs des Deutschlandsenders, Dr. Grasnick, Ende Juli 1962. Selbst Bundesanwalt Loesdau hatte zugeben müssen, daß sich Dr. Grasnick auf dem Territorium Westdeutschlands nichts zuschulden kommen ließ. Der Grund seiner Verhaftung bestünde allein in seinem Wirken in der DDR.

DIKTATUR-SPEZIALISTEN SCHUFEN NOTSTANDSGESETZE

Ebenso wie beim neuen Strafgesetzbuch - das als Bestandteil einer Notstandsordnung gedacht ist - standen Hitlers Diktatur-Spezialisten auch bei den Notstandsgesetzen Pate. Hauptverantwortlich für den Entwurf der Notstandsgesetze ist Bonns ehemaliger Innenminister und heutiger Landwirtschaftsminister Höcherl, der der Hitlerdiktatur als Staatsanwalt in Regensburg diente.

Als bisheriger Vorsitzender des Rechtsausschusses des Bundestages - jetzt Wehrbeauftragter des Bundestages - drängte Matthias Hoogen (CDU/CSU), diese Diktaturgesetze so schnell

wie nur möglich unter Dach und Fach zu bringen. Hoogen war Kriegsgerichtsrat bei der Nazi-Luftwaffe und Oberstabsrichter bei der „Kurlandarmee“. (Siehe Tafel 24) Auch der in der DDR zu lebenslangem Zuchthaus verurteilte ehemalige Staatssekretär Adenauers, Dr. Hans Globke, wirkte an der Ausarbeitung der Notstandsgesetz-Entwürfe mit. Neben seinen ausgeklügelten Morddirektiven gegen die jüdische Bevölkerung machte sich Globke für die Nazis durch die Ausarbeitung des „Gesetzes zur Behebung der Not von Volk und Land“ vom 1. Juni 1933 (Hitlers Ermächtigungsgesetz für Preußen) „verdient“.

Ferner zählte auch der heutige Ministerialdirigent und Leiter der Abteilung „Verfassung, Staatsrecht und Verwaltung“ im Bonner Innenministerium, Dr. Rudolf Toyka, zu den Mitschöpfern der Notstandsgesetze. Während des zweiten Weltkrieges war Toyka Regierungsrat beim „Reichsstatthalter im Warthegau Posen“ (Poznan), Verbindungsbeamter zur Gestapo und zum Sicherheitsdienst Himmlers.

Zu den Notstandsexperten des Innenministeriums gehört auch Ministerialrat Rippich, der das Referat Verfassungsstreitigkeiten in der Unterabteilung IA leitet. Seine Erfahrungen für diese Tätigkeit holte er sich unter Himmler als SS-Führer; deshalb hielt er es nach 1945 auch für zweckdienlich, in Argentinien unterzutauchen. 1954 wurde er dann „auf Grund zuverlässiger Empfehlungen ... im Bundesministerium des Innern eingestellt“, wie das „Hamburger Echo“ vom 18. November 1958 mitteilte.

Im Bonner Innenministerium sorgte er als Leiter des Sonderstabes „psychologische Verteidigung“ für die Bekämpfung der demokratischen Volksbefragungsaktion gegen die Atombewaffnung der Bundeswehr.

Das Notdienstgesetz arbeitete der bis 1962 als leitender Verwaltungsdirektor in der Bundesanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung des Bundesarbeitsministeriums tätige Dr. Stothfang aus. Unter Hitler holte er sich seine Sporen als Ministerialrat beim berüchtigten „Generalbevollmächtigten für den Arbeitseinsatz“, Sauckel. Im Nürnberger Prozeß wurde Nazi-Gauleiter und SS-General Sauckel, der die Zwangsverschleppung Hunderttausender Bürger aus den okkupierten Staaten und ihren Einsatz als Sklavenarbeiter in Deutschland organisierte, zum Tode verurteilt.

Wer diese Umstände kennt, den kann es nicht mehr verwundern, daß die Notstandsgesetze den Diktatur- und Zwangsarbeitsgesetzen Hitlers gleichkommen - nämlich Friedhofsruhe im Innern zu sichern, um die aggressiven außenpolitischen Ziele realisieren zu können. Von den Gesetzgebern des faschistischen Deutschlands, die heute genau wie damals den Interessen der aggressiven Rüstungsmonopole dienen, war nichts anderes zu erwarten.

KZ-MÖRDER UND GESTAPO-SPITZEL ERTEILT GENERALAMNESTIE

Die Durchsetzung des westdeutschen Justizapparates mit Blutjuristen, seine Ausrichtung auf Bonns Aggressionspolitik und gegen politisch Andersdenkende ist eine der Ursachen, daß es keine echte Verfolgung von Nazi- und Kriegsverbrechen in Westdeutschland gibt.

Es wurden zwar bis 1. Januar 1964 insgesamt 12 457 Personen wegen NS-Verbrechen angeklagt. Aber nur

5 234 von ihnen, das sind 42 Prozent, wurden verurteilt.

3 872 Angeklagte, d. h. fast jeder dritte wurde freigesprochen. Die Verfahren gegen

2539 Personen wurden eingestellt. (Angaben aus: Die Verfolgung nationalsozialistischer Straftaten im Gebiet der Bundesrepublik Deutschland seit 1945, Bonn 1964)

Der Schutz der Nazi- und Kriegsverbrecher durch Bonn wird besonders augenscheinlich, wenn man das Strafmaß der Verurteilten betrachtet. Die westdeutsche Staatsanwältin Dr. Barbara Just-Dahlmann stellte fest:

„Eine Mark pro Mord“ oder *„zehn Minuten Gefängnis pro angeklagten Mord“*. (Der Spiegel, Hamburg 1961, Nr. 51). Die sogenannten Schreibtischtäter, deren Federstrich mitunter Hunderttausende von Menschenleben auslöschte, wurden von vornherein von jeder Strafverfolgung ausgeschlossen.

Die Bestrebungen Bonns, allen Kriegs- und Naziverbrechern Generalamnestie zu erteilen, sind so alt wie die Bundesrepublik selbst. Bereits 3 Monate nach ihrer Bildung wurde am 1. Dezember 1949 ein Amnestiegesetz („Gesetz über die Gewährung von Straffreiheit“) verabschiedet. Ihren Höhepunkt fanden diese Bestrebungen in dem „Gesetz über die Berechnung strafrechtlicher Verjährungsfristen“, das am 13. April 1965 vom Vertrauensmann der Gestapo-Leitstelle Stettin (Szczecin) und KZ-Mörder von Leau, Bundespräsident Lübke, verkündet wurde.

Danach werden die Verjährungsfristen für Nazi-Mord und Völkermord willkürlich auf den 31. Dezember 1969 festgesetzt. Dieses Gesetz bricht mit allen Normen des Völkerrechts, das keine Verjährungsfristen für Verbrechen gegen den Frieden und die Menschlichkeit, keine Verjährungsfristen für Kriegsverbrechen kennt. Es richtet sich gegen den in einer antifaschistischen Weltbewegung zum Ausdruck gebrachten Willen der Völker, alle Kriegs- und Naziverbrecher gerecht zu bestrafen.

Ausgearbeitet wurde dieses völkerrechtswidrige Gesetz - einer Meldung der amerikanischen Presseagentur UPI vom 18. März 1965 zufolge - von dem bereits mehrfach genannten Gesetzgeber Hitlers, Dr. Josef Schafheutle.

Sie fällten Bluturteile

Berthold, Wolfgang

TODESSTRAFE FÜR EIN LIEBESVERHÄLTNIS

heute:

Senatspräsident beim Finanzgericht in Hannover.

Der am 10. August 1911 geborene Paul Berkheim hatte sich jahrelang als Gelegenheitsarbeiter durchs Leben schlagen müssen. Für ihn als „Halbjuden“ „war es unter dem Regime der globkeschen Rassengesetze sehr schwer, eine feste Arbeitsstelle zu finden. Endlich, im Jahre 1941, gelang es ihm, der nach Globkes Namensrecht den zweiten Vornamen Israel tragen mußte, als Hausdiener und Aushilfskellner eine Anstellung zu bekommen. Doch kurze Zeit darauf wurde er wieder aus dem Arbeitsverhältnis gerissen - diesmal für immer.

Paul Berkheim besaß eine „arische“ Freundin. Nach dem „Blutschutzgesetz“ Globkes war das ein Verbrechen, denn nach seinen Paragraphen 2 und 5 war der Verkehr zwischen Juden und „Ariern“ unter Zuchthausstrafe gestellt. In seinem Kommentar zu §2 des „Blutschutzgesetzes“ schrieb Globke sogar: *„Sie (die Nürnberger Gesetze - d. Hrsg.) zwingen den Mischling, den Bastard, zum Aussterben.“*

Laut Urteil habe Paul Berkheim *„innerhalb eines Zeitraumes von weniger als 5 Jahren drei vorsätzliche Verbrechen begangen... Die Gesamtwürdigung der Tat ergibt, daß er ein gefährlicher Gewohnheitsverbrecher ist.“*

Eine ursprünglich vom Sondergericht Berlin verhängte Strafe von sieben Jahren Zuchthaus war dem Reichsgericht noch nicht hoch genug. Es wurde Nichtigkeitsbeschwerde eingelegt. Die Strafsache ging zur nochmaligen Verhandlung nach Berlin.

In dieser zweiten Verhandlung, die am 9. April 1943 vor dem Sondergericht III Berlin stattfand, wirkte der damalige Staatsanwalt Dr. Wolfgang Berthold als Ankläger. Auf seinen Antrag wurde Berkheim *„wegen Rassenschande in drei Fällen zum Tode... verurteilt“*. (Aktenzeichen: Sond.III 1DKLs 35/42 -783/42) Die Urteilsbegründung zeigt, wie gering das Leben eines jüdischen Bürgers von den Nazi-Juristen eingeschätzt wurde. Es heißt dazu unter anderem: *„Die Rassenschande ist an und für sich schon ein Verbrechen..., das sich gegen den Bestand des deutschen Volkstums richtet..., wo sich das deutsche Volk im Kampf um seine vom Weltjudentum bedrohte ... Zukunft befindet... Der Unwert seiner Persönlichkeit... läßt seine weitere Duldung ... als untragbar erscheinen.“*

Dieses Schandurteil wurde bereits vor vier Jahren vom Ausschuß für Deutsche Einheit in der Dokumentation „Belohnte Mörder“ veröffentlicht. Inzwischen wurden noch weitere fünf Todesurteile aufgefunden, an denen Berthold mitwirkte. Dieser Mörder wurde 1966 sogar zum Senatspräsidenten beim Finanzgericht ernannt. (Siehe Tafel 25)

Dally, Karl

KONSTRUIERTE MORDVERSUCH

heute:

Landgerichtsdirektor in Duisburg.

Der heute in Duisburg lebende und zum Landgerichtsdirektor avancierte ehemalige Nazi-Richter Karl Dally verurteilte am 5. November 1941 vor dem Sondergericht in Bromberg (Bydgoszcz) den polnischen Staatsbürger Ignatz Lorenz wegen „Mordversuchs“ zum Tode. (Aktenzeichen: 6 SD KLs. 46/41)

Wenige Tage nach dem Überfall Hitlerdeutschlands auf Polen, während Teile der von den Nazis als 5. Kolonne mißbrauchten deutschen Minderheit im Hinterland der polnischen Truppen massenhaft Sabotageakte begingen, soll Lorenz angeblich auf einen verhafteten „Volksdeutschen“ geschossen haben, der von einem polnischen Bahnschutzmann begleitet wurde. Nach seinen Aussagen dagegen hatte Lorenz, der den beiden durch Zufall begegnet war, einen Schuß in die Luft abgefeuert, als der Verhaftete floh. Weder das Gericht noch die sich widersprechenden Zeugen konnten das Gegenteil beweisen. Trotzdem konstruierte der damalige Nazi-Richter Dally daraus einen Mordversuch. Er sah es als „erwiesen“ an, daß der Angeklagte aus einem „niedrigen Beweggrunde“ einen „wehrlosen Deutschen“, dessen Schandtaten in dem Urteil schamhaft verschwiegen werden, vernichten wollte. Zwei Jahre nach der angeblichen Tat verurteilte er ihn unter rückwirkender Anwendung der Nazi-Gesetze zum Tode.

Den Gnadenerweis verweigerte Dally ebenfalls. Im ablehnenden Gnadenbericht des Oberstaatsanwalts vom 26. November 1941 mußte noch zugegeben werden: *„Daß Lorenz auf einen flüchtenden Deutschen geschossen hat, konnte nicht festgestellt werden. Hingegen hat das Gericht als erwiesen angesehen, daß Lorenz auf den Verhafteten einen Schuß abgegeben hat...“*

Am 20. Januar 1942 wurde das Urteil durch den Scharfrichter vollstreckt.

Dally hat nach bisher unvollständigen Angaben 23 polnische Staatsbürger zum Tode verurteilt. Auf Grund dieser Verbrechen gegen die Menschlichkeit wurde Dally von der polnischen Regierung auf die Kriegsverbrecherliste gesetzt. Von der DDR wurden Dokumente von Dally seit 1959 veröffentlicht. Der Sozialistische Studentenbund Westdeutschlands erstattete schon vor mehreren Jahren Strafanzeige gegen diesen Nazi-Juristen. Trotz der vielen belastenden Beweise stellte die Staatsanwaltschaft in Duisburg das gegen Dally eingeleitete Ermittlungsverfahren am 16. August 1962 (Aktenzeichen: 14 Js 4p9/60) ein. Dally saß noch jahrelang in Amt und Würden und durfte „Recht“ sprechen.

Dreher, Eduard

SCHÄRFER ALS DAS SONDERGERICHT

heute:

Ministerialdirigent im Bundesjustizministerium Bonn.

In der Verhandlung des Sondergerichts Innsbruck am 15. April 1942 beantragte Staatsanwalt Dr. Eduard Dreher gegen die österreichische Hausiererin Karoline Hauser die Todesstrafe. Frau Hauser hatte von einem Altstoffhändler Kleiderkarten gekauft, die dieser zum Einstampfen geben sollte. Dadurch konnte sie mit Kleidern und Wäschestücken, die seit der nazistischen Okkupation in Österreich zwangsbewirtschaftet wurden, frei handeln. Das Sondergericht folgte dem Antrag Dreher's nicht. Es verurteilte Frau Hauser zu 15 Jahren Zuchthaus.

Dreher genügte das nicht. Er wollte unter allen Umständen die Todesstrafe und beantragte die Nichtigkeitsbeschwerde. Das Reichsgericht hob daraufhin den Strafausspruch auf und verwies die Angelegenheit zur neuen Entscheidung nochmals an das Sondergericht Innsbruck. Am 14. August 1942 beantragte Dreher erneut die Todesstrafe. Auch diesmal entsprach das Sondergericht nicht seinem Antrag und verfügte zum zweitenmal 15 Jahre Zuchthaus. Dreher

setzte jedoch die Unterbringung in einem „Arbeitshaus“, d. h. in einem Konzentrationslager durch, was meist einem Todesurteil gleichbedeutend war. (Aktenzeichen: KLs. 37/42)

Ein weiteres Opfer der „Rechtsauffassungen“ Dreher's ist der Gärtner Josef Knoflach. Gegen ihn erwirkte Dreher beim Sondergericht Innsbruck das Todesurteil, weil er ein Fahrrad unbefugt benutzt hatte und einige Lebensmittel entwendete, also Mundraub beging.

Obwohl Dreher's Name schon 1959 in der Dokumentation „Wir klagen an“ genannt wurde, wovon das Bundesjustizministerium und alle wichtigen Justizinstitutionen Kenntnis erhielten, wurde Dreher dennoch kein Haar gekrümmt. Im Gegenteil. Nachdem zwei Beauftragte des Generalstaatsanwalts der DDR in Westdeutschland zwei Todesurteile übergeben hatten, an denen Dreher mitwirkte, avancierte er - gleichsam als Prämierung für seine Verbrechen - vom Ministerialrat zum Ministerialdirigenten.

Als Koordinierungsreferent und Berichterstatter der Großen Strafrechtskommission übte er maßgeblichen Einfluß auf den Strafgesetzbuchentwurf aus. So will er z.B. den Gegnern der Bonner Politik das Wahlrecht nehmen:

„Meines Erachtens geht das Grundgesetz davon aus, daß der Staatsbürger einerseits zwar abstimmen kann, wie er will, daß er andererseits jedoch so abstimmen soll, wie es nach seiner Auffassung für das Wohl des Staates am besten ist. Wenn ein Staatsbürger nun aber sozusagen einen Dolchstoß in den Rücken des Staates führt und damit zeigt, daß er gegen das Wohl der Gemeinschaft eingestellt ist, dürfte es durchaus sinnvoll sein, ihm das Wahlrecht zu nehmen.“ (Protokoll der Großen Strafrechtskommission, Bd. X, S. 253)

Bei der Beratung des „Landesverrates“ forderte Dreher, im Grundtatbestand ein Gefährdungsdelikt genügen zu lassen: *„An sich hätte ich keine Bedenken, im Grundtatbestand ein Gefährdungsdelikt genügen zu lassen...“* (A. a. O., S. 210) Den Streik sieht Dreher als verbotenes *„Mittel der Parlamentsnötigung“*. (A. a. O., S. 261)

Der Rechtsverdrehen und Feind der Demokratie Dreher ist der Typ eines „erfahrenen Nazi-Juristen, auf den die Bonner Regierung im Interesse ihrer volksfeindlichen Politik nicht verzichten will.

Felmy, Heimfried

DIE GESTAPO WAR IHM ZU MILD

heute:

Staatsanwalt in Oldenburg.

Weil er seine alte Mutter nicht verlassen wollte und außer ihr noch eine kranke Schwester ernähren mußte, bat der nicht vorbestrafte Tiefbauarbeiter Franz Koslowski, geboren am 3. September 1912, die zuständigen Okkupationsbehörden der Nazis, ihn nicht nach Deutschland zu verschleppen. Vom Arbeitsamt war ihm versprochen worden, seine Bitte zu berücksichtigen. Er müsse aber bis zum nächsten Tag eine Bescheinigung über Vollbeschäftigung in der Umgebung vorlegen. Als er dieser Aufforderung nachkam, wurde er von einem Angestellten des Arbeitsamtes als arbeitsunwillig bezeichnet, am Kragen gepackt und der Polizei übergeben. Nach Aussagen der Beamten soll es zu einem Handgemenge zwischen beiden gekommen sein.

Der polnische Bürger wurde von der Gestapo einige Wochen in Haft gehalten, dann aber freigelassen, weil man dort laut Urteil den Fall „*als nicht sonderlich schwer*“ ansah.

Dr. Heimfried Felmy, der Staatsanwalt beim Sondergericht Graudenz (Grudziadz), war anderer Auffassung. Am 7. November 1941 berichtete er an das Nazi-Justizministerium: „*Der Vorfall ist mir erst durch eine telefonische Mitteilung des Amtsrichters in Neumark (Dr. Babendreyer, heute Amtsgerichtsrat in Lippstadt - d. Hrsg.) am 16. Juni 1941 bekannt geworden, der die Behandlung der Angelegenheit durch die hiesige Staatspolizeileitstelle nicht für ausreichend hielt... Es ist mit einem Todesurteil zu rechnen.*“

In der Hauptverhandlung des Sondergerichts Graudenz vom 4. Dezember 1941 stellte Felmy den Antrag auf Todesstrafe gegen den unschuldigen polnischen Bürger. Das Gericht entsprach seinem Antrag. Daraufhin wurde Franz Koslowski am 28. Januar 1942 hingerichtet. (Siehe Tafel 23)

Felmy ist auf der Kriegsverbrecherliste der polnischen Regierung unter der Nummer 80/192 verzeichnet. Seit Februar 1959 wurden vom Ausschuß für Deutsche Einheit 19 Todesurteile, an denen er mitwirkte, veröffentlicht. Doch bis heute sahen Bonn und das Niedersächsische Justizministerium darin keinen Grund, Felmy seines Amtes zu entheben und ihn gerecht zu bestrafen. Auch die Strafanzeige des 1. Vorsitzenden der VVN Niedersachsens, Ludwig Landwehr, vom 2. Mai 1960 fand im Landesjustizministerium keine Beachtung.

Ganser, Josef

TODESSTRAFE, WEIL SIE EIN KIND BEHERBERGTE

*Bis April 1965:
Senatspräsident beim Bundespatentgericht.*

„*Gegen das Urteil vom 30. Juli 1943 erhebe ich... außerordentlichen Einspruch!*“ So schrieb der Nazi-Jurist Dr. Josef Ganser am 4. Januar 1944, als er die Anfechtung eines Urteils begründete, das die Polin Anna Zwarycz freisprach.

Anna Zwarycz hatte im Oktober 1942 ein 18 Monate altes jüdisches Kind aufgenommen, um es vor dem sicheren Tod in den nazistischen Gaskammern zu bewahren. Sie war in erster Instanz am 30. Juli 1943 freigesprochen worden, weil sie „*das Kind offen und für jedermann als jüdisches Kind erkenntlich bei sich gehabt*“ habe. Für Ganser, den Oberregierungsrat im Nazi-Justizministerium und Leiter der Abteilung III der Hauptabteilung Justiz im „Generalgouvernement“, war die menschliche Tat von Anna Zwarycz ein todeswürdiges Verbrechen:

„... *Diese Vorschrift läßt unschwer erkennen, daß es darauf ankam, die Juden an bestimmte Orte zu binden und ihnen darüber hinaus die Möglichkeit zu nehmen, sich außerhalb dieser Orte aufzuhalten. Deshalb muß jede Erleichterung eines solchen Aufenthalts durch Gewährung von Unterkunft und Verpflegung ... als Unterschlupfgewährung ... angesehen werden ... Es wäre höchst unbillig, wenn derjenige, der in unverfrorener Weise öffentlich aufnimmt, straffrei ausgehen sollte, während derjenige, der dasselbe heimlich tut, dem Tode verfallen ist. Demnach kann im vorliegenden Falle nicht zweifelhaft sein, daß die Angeklagte dem jüdischen Kind Unterschlupf gewährt hat.*“

Ganser erreichte sein unmenschliches Ziel. Frau Anna Zwarycz wurde am 3. März 1944 zum Tode verurteilt. (Siehe Tafel 26)

Auf Gansers „außerordentlichen Einspruch“ wurde auch eine zweijährige Gefängnisstrafe gegen den polnischen Arzt Dr. Sigismund Walczynski aufgehoben und in eine Todesstrafe umgewandelt. Ganser schrieb:

„Die gegen den Angeklagten Walczynski erkannte Gefängnisstrafe von zwei Jahren ist völlig unzureichend. Die an einer deutschen Frau vorgenommene Abtreibung stellt eine Beeinträchtigung der Lebenskraft des deutschen Volkes dar... Hier ist eine Strafe am Platze, die den gesetzlichen Strafraumen voll ausschöpft...“

Daraufhin wurde Dr. Walczynski am 9. Februar 1943 vom deutschen Obergericht Krakau (Krakow) als „Schädling am deutschen Volk“ zum Tode verurteilt.

In einem Interview mit der Münchner „Abendzeitung“ legte Ganser ein erstes Teilgeständnis seiner Mordschuld ab. Im April 1965 mußte Ganser auf Grund der Enthüllungen der DDR pensioniert werden. Der Lohn für seine Verbrechen sind 2400 DM Monatspension.

Hoogen, Matthias

DURCHHALTEPOLITIKER DES TOTALEN KRIEGES

heute:

Wehrbeauftragter des Bundestages.

Matthias Hoogen legte seine „Bewährungsprobe“ für den Wehrbeauftragten-Posten als Kriegsgerichtsrat der faschistischen Luftwaffe und Oberstabsrichter bei der Kurlandarmee ab. Noch 1944 erteilte Hoogen im Sinne der hitlerschen Durchhaltepolitik Mordbefehle. So beantragte er am 24. April 1944 das Todesurteil gegen den deutschen Soldaten Felix Stolz, Vater von fünf Kindern.

Stolz war es gelungen, vorübergehend aus einer der berüchtigten Feldstrafgefangenenabteilungen zu fliehen.

Der ärztliche Gutachter stellte am 22. April 1944 fest:

„Da die genauen Umstände seiner Fahnenflucht noch gar nicht bekannt sind, läßt sich ein abschließendes Urteil über seinen Geisteszustand zur Zeit der Begehung der Tat nicht mit Sicherheit fällen ...“

Trotzdem beantragte Hoogen schon zwei Tage später das Todesurteil wegen „Fahnenflucht“.

Auch die Gründe des Verteidigers, Oberleutnant Ostermann, verfehlten auf Hoogen jede Wirkung. Dieser legte seine Stellungnahme am 28. April 1944 noch einmal schriftlich zum Urteil nieder. Darin heißt es:

„Zudem ist zu berücksichtigen, daß sich St. längere Zeit vor seiner Tat in einer Strafgefangenenabteilung befand, wodurch er vermutlich auch infolge der beschränkten Ernährung (50% der Normalsätze) noch körperlich entkräftet war... Aus den angeführten Gründen scheint es angebracht, die Todesstrafe in eine Zuchthausstrafe umzuwandeln.“

Doch Felix Stolz wurde am 18. Juli 1944 nach dem Willen Hoogens und des heutigen Oberlandesgerichtsrates in Düsseldorf, Lefringhausen, der den Feuerbefehl erteilte, umgebracht. (Siehe Tafel 24)

Nach der Zerschlagung des Faschismus kam Hoogen in Westdeutschland schnell wieder zu Ehren. 1949 wurde er Bundestagsabgeordneter der CDU. 1956 war er führend an der Abwürgung einer Verfassungsbeschwerde gegen das Wehrpflichtgesetz beteiligt. Ausdrücklich begrüßte Hoogen das rechtswidrige KPD-Verbot und bekämpfte aktiv die Volksbefragung gegen die atomare Bewaffnung der Bundeswehr im Jahre 1958.

Als Vorsitzender des Rechtsausschusses des Bundestages erwarb sich Hoogen besondere „Verdienste“ bei der Reinwaschung des korrupten ehemaligen Kriegsministers Strauß.

Hoogen verhinderte in dieser Funktion auch die Säuberung der Justiz von Nazi-Blutrichtern. Er ließ keine Gelegenheit vorübergehen, um auf die Verabschiedung der Notstandsgesetze zu drängen. Nach seinem Willen sollten die Diktaturgesetze noch 1964 den Bundestag passieren.

Im Dezember 1964 wurde Blutjurist Hoogen auf den Posten des Wehrbeauftragten im Bundestag gesetzt, um die Bundeswehr reif zu machen, die von ihm mit ausgearbeiteten Notstandsgesetze gegen die westdeutsche Bevölkerung zu praktizieren.

Hüpers, Franz

TODESSTRAFE WEGEN VERTEIDIGUNG UND NOTWEHR

heute:

Erster Staatsanwalt in Oldenburg.

Als am 7. September 1939 - sieben Tage nach dem Überfall der Faschisten auf Polen - im damaligen Mönchsee und Dolenhain bekannt wurde, daß deutsche Fallschirmjäger in der Umgebung abgesetzt worden seien, versuchten sich mehrere Einwohner behelfsmäßig zu bewaffnen und die Heimat zu verteidigen. Sie durchsuchten das Gelände nach Fallschirmjägern und die Gehöfte der „Volksdeutschen“ nach Warfen. Dabei nahmen sie zwei Personen fest und brachten sie zur Wache der polnischen Volkswehr.

Es handelte sich dabei um einen legalen Akt der Verteidigung bzw. der Notwehr gegen die Aggressoren und wirklichen Landfriedensbrecher sowie die mit ihnen im Bunde stehende 5. Kolonne. Dr. Franz Hüpers jedoch, Erster Staatsanwalt beim Sondergericht Hohensalza (Inowraclaw), forderte gegen Eduard Beger, Stanislaw Koslowski und Jan Roszak am 9. September 1941 wegen „schweren Landfriedensbruches“ die Todesstrafe. Drei weitere polnische Bürger wurden wegen „einfachen Landfriedensbruches“ zu 5 Jahren Gefängnis verurteilt.

Die Verurteilung erfolgte gegen alle Rechtsprinzipien nach einem Gesetz, das zur Tatzeit für die Angeklagten keine Gültigkeit haben konnte. Hüpers nahm am 3. Oktober 1941 zur Frage einer Begnadigung Stellung. Im Faschistenjargon sagte er: „... *ich halte eine Begnadigung nicht für tunlich. Bei den Verurteilten Beger, Koslowski und Roszak handelt es sich um gefährliche Rechtsbrecher..., für die daher in der Volksgemeinschaft kein Raum mehr sein darf.*“

Nach bisherigen Ermittlungen war Hüpers an 26 Mordbefehlen beteiligt. Die Schandtaten Hüpers sind Bonn durch Veröffentlichungen der DDR mindestens seit 1959 bekannt. Der 1. Vorsitzende der VVN Niedersachsens, Ludwig Landwehr, erstattete im November 1961 Strafanzeige gegen diesen Blutjuristen. Doch nicht Hüpers wurde bestraft, sondern Ludwig Landwehr im Juli 1962 verhaftet.

Krebs, Heinrich

TODESSTRAFE FÜR DEN, DER DIE WAHRHEIT SUCHTE

heute:

Richter am Bundessozialgericht.

Bereits im Jahre 1961 wies der Ausschuß für Deutsche Einheit nach, daß der frühere Amtsgerichtsrat in Stuttgart, Sachgebiet Hochverrat, Dr. Heinrich Krebs, einer der Blutjuristen Hitlers war, die Todesurteile wegen Nichtigkeiten aussprachen. Als Beamter der Staatsanwaltschaft forderte Krebs am 26. Oktober 1943 vor dem Oberlandesgericht Stuttgart die Todesstrafe für den Arbeiter Heinrich Fehrentz aus Heidelberg. Fehrentz hatte die Wahrheit, die dem deutschen Volk von den Nazis vorenthalten wurde, gesucht und verschiedentlich ausländische Rundfunksender gehört. Über diese Nachrichten sprach er mit Bekannten. Das galt für Krebs als todeswürdiges Verbrechen.

Die faschistische Ausnahmereordnung zum Verbot des Abhörens ausländischer Sender sah für Verstöße in der Regel Freiheitsstrafen vor. Aber Krebs wandte diese Verordnung bei seiner Anklage nicht an. Er forderte die Verurteilung wegen „Wehrkraftzersetzung“ auf Grund der berüchtigten Kriegssonderstrafrechtsverordnung und verlangte die Todesstrafe. Alle Milderungsmöglichkeiten ließ er unbeachtet.

Das Todesurteil gegen Heinrich Fehrentz wurde vollstreckt. Im Urteil mußte zugegeben werden, daß er nichts als die Wahrheit gesagt hatte: *„Er berichtete von den angeblichen Erfolgen der Russen an der Ostfront, erklärte, Rußland sei von Deutschland überfallen worden und wehre sich um seine Freiheit.“* (Aktenzeichen: OJs 115/43)

Krebs hätte nicht einmal nach den nazistischen Unrechtsgesetzen die Todesstrafe aussprechen müssen - aber er wollte Nazi-Gegner morden, die die Wahrheit sagten. (Siehe Tafel 27)

Liebau, Dr.

TODESSTRAFE AUF VERDACHT

heute:

Oberamtsrichter in Seesen.

In zahlreichen Fällen bekräftigte der ehemalige Sachbearbeiter für Sondergerichte im Nazi-Justizministerium und Amtsgerichtsrat beim Sondergericht Posen (Poznan) durch seine Unterschrift die Terrorurteile der Ausnahmegerichte. Vom 9. April 1943 stammt eine Stellungnahme Liebaus über zehn am 27. November 1942 zum Tode verurteilte tschechoslowakische Widerstandskämpfer. Ihnen war zur Last gelegt worden, daß sie Beziehungen zu den alliierten Mächten - Großbritannien und der Sowjetunion - unterhalten und diese über die Verhältnisse in ihrem Heimatland informiert hätten. Dazu schreibt Liebau:

„Das Urteil erscheint bedenkenfrei... Gegenüber diesem Sachverhalt ist es ohne entscheidende Bedeutung, daß objektiv kein Staatsgeheimnis verraten worden ist... Rücksichten auf Familie und Eltern sind gegenüber dem Ausmaß des öffentlichen Interesses nicht entscheidend.“

Neun der tschechoslowakischen Bürger wurden daraufhin am 3. Mai 1943 hingerichtet.
(Aktenzeichen: 12 J 184/42 g)

Auch das Todesurteil gegen die 35jährige Franziska Angermeier, die wegen „Brandstiftung“ angeklagt war - die Tat konnte ihr vom Sondergericht überhaupt nicht nachgewiesen werden - , ging durch die Hände Liebbaus. In seiner Stellungnahme vom 16. April 1943 sagte er: *„Die tatsächlichen und rechtlichen Feststellungen des Urteils sind bedenkenfrei. Die Verurteilte ist aus der Richtung des Tatortes kommend gesehen worden.“* Liebau behauptete, sie sei deshalb überführt, und schreibt weiter: *„... vor allem der Schutz des deutschen Volkes selbst... erfordert die Vollstreckung der Todesstrafe“.*

Daraufhin wurde Franziska Angermeier am 7. Mai 1943 dem Henker ausgeliefert.
(Aktenzeichen: 1 KLs SO 11/43)

Dieser schwer belastete Nazi-Jurist wurde vom Bonner Staat offiziell dazu berufen, seine frühere Tätigkeit lediglich mit veränderten Methoden fortzusetzen. Liebau wurde Oberstaatsanwalt an der politischen Sonderstrafkammer in Lüneburg. Seine Anklageschriften glichen im Wortlaut mitunter fast denen der faschistischen Sondergerichte. In einer Anklageschrift vom 4. August 1954 (Aktenzeichen: 2b JS 306/53) gegen zwei Jugendliche heißt es z. B.: *„Es besteht hinreichender Verdacht, daß auch die beiden Angeschuldigten... nach dem Verbot der illegalen FDJ (Freie Deutsche Jugend - d. Hrsg.) als Mitglieder angehört haben.“*

Liebau wurde erst aus seinem Amt abberufen, als die demokratische Öffentlichkeit dies durch Proteste erzwang. Aber selbst dann wurde er lediglich versetzt, und zwar als Oberamtsrichter nach Seesen. Erst im August 1967 trat er in den Ruhestand.

Meusel, Johannes

TODESSTRAFE, WEIL SIE SICH ESSWAREN BESCHAFFTEN

heute:
Landgerichtsdirektor in Göttingen.

Die Vettern Drahomir und Miroslaus Moldrzyk, 22 und 21 Jahre alt, tschechoslowakische Staatsbürger, wurden am 27. Mai 1944 vom Sondergericht Bielitz (Bielsko) wegen „Kriegswirtschaftsverbrechen“ zum Tode verurteilt. Den Vorsitz hatte in dieser Verhandlung der Nazi-Richter Johannes Meusel, vor 1945 Landgerichtsdirektor bei den Sondergerichten Breslau (Wroclaw) und Bielitz.

Angesichts der Hungerration für Tschechen hatten sich die jungen Männer über Mittelsleute Bezugscheine für bewirtschaftete Lebensmittel beschafft. Für den Nazi-Richter Meusel und seine Blutrichter-Kollegen war es von vornherein beschlossene Sache, beide „im Namen des deutschen Volkes“ zum Tode zu verurteilen.

Der Bürgermeister der Gemeinde Dombrau wandte sich mit einem Schreiben an den Verteidiger der beiden Verurteilten:

„Völlig unverständlich verhält sich die hiesige Bevölkerung zu der Tatsache, daß die beiden Moldrzyks zur Todesstrafe verurteilt worden sind ... Ein Gnadengesuch wird von mir aus als Leiter der Gemeindeverwaltung Dombrau sowohl als auch schon aus dem hier herrschenden Volksempfinden gegen das harte Urteil befürwortet.“

Am 16. Juni stellte sich der Oberreichsanwalt an die Seite Meusels und lehnte die Erhebung der Nichtigkeitsbeschwerde ab.

Nach den bisherigen Ermittlungen war Meusel an 22 Todesurteilen beteiligt.

Neidhard, Friedrich

TODESSTRAFE WEGEN PATRIOTISCHER HALTUNG

heute:

Regierungsdirektor im Justizministerium von Baden-Württemberg.

Wie „erst“ es der Bonner Regierung mit ihren Freundschaftsbezeugungen gegenüber dem französischen Volk ist, läßt sich am Fall Neidhard ablesen. Obwohl den zuständigen Regierungs- und Justizbehörden Westdeutschlands seit Jahren bekannt ist, daß Neidhard Mordbefehle gegen französische Bürger erteilte, wurde er - statt ihn des Amtes zu entheben - 1959 sogar vom Oberregierungsrat zum Regierungsdirektor befördert.

Besonderes Aufsehen erregte die Enthüllung der Strasbourger „Humanité d’Alsace et de Lorraine“, die am 17. Februar 1963 berichtete: Durch den Urteilspruch des Blutjuristen Neidhard am 17. Februar 1943 wurden 13 junge französische Wehrdienstgegner durch ein faschistisches Exekutionskommando in der Nähe des KZ Struthof ermordet.

Auf die Fragen des Journalisten Hellmut Rieber, Karlsruhe, rechtfertigte Neidhard, der frühere Amtsgerichtsrat beim Sondergericht Straßburg, dieses Blutbad noch in den Februartagen 1963: *„Es ist ein ordentliches Gericht gewesen. Die Sache ist hier nachgeprüft. Es handelt sich um ein rechtskräftiges Urteil und meiner Erinnerung nach wegen Mord.“* In Wirklichkeit hatten die jungen Franzosen versucht, in die Schweiz zu fliehen, weil sie sich nicht für Hitler gegen das eigene Volk mißbrauchen lassen wollten.

Doch damit ist Neidhards Blutkonto bei weitem nicht erschöpft. Nach bisherigen Ermittlungen liegen von ihm fünf Todesurteile vor. Am 26. November 1943 verurteilte er unter ändern die beiden Elsässer Karl Ziller und Robert Eckert wegen angeblicher *„hochverräterischer Umtriebe, Vorbereitung zum Hochverrat, Feindbegünstigung, Beschimpfung des Reichs und Abhörens nichtdeutscher Sender“* zum Tode. (Aktenzeichen: So KLs 193/43)

Die beiden Verurteilten hatten dem Faschismus Widerstand geleistet. Ziller hatte sich als Elsässer in mehreren Aufrufen gegen die völkerrechtswidrige Einführung der allgemeinen Wehrpflicht im okkupierten Elsaß gewandt. Eckert hatte ebenfalls einen Aufruf gegen die Nazi-Herrschaft verfaßt. Neidhard sprach ihnen das Urteil wegen ihrer patriotischen, demokratischen und im Einklang mit dem Völkerrecht stehenden Haltung. Der Faschist schrieb in dem Urteil: *„Wer die Hand gegen das Reich zu erheben wagt, hat sein Leben*

verwirkt... Auch wenn der entstandene Schaden in Wirklichkeit jedenfalls nicht sehr bedeutend war. Dies ändert nichts ...“ (Siehe Tafel 28) Ein Ermittlungsverfahren gegen Neidhard wurde am 28. Juni 1966 unter dem Aktenzeichen Is 1/62 vom Generalstaatsanwalt in Stuttgart eingestellt.

Ottersbach, Karl-Heinz

JUDEN DER GESTAPO AUSGELIEFERT

*Bis Frühjahr 1965:
Staatsanwalt in Lüneburg.*

Karl-Heinz Ottersbach gehört zu jenen belasteten Nazi-Juristen, die wegen ihrer „Erfahrungen“ wieder in den politischen Dienst der Adenauer-Justiz gestellt wurden. Als ehemaliger Staatsanwalt am Sondergericht Kattowitz (Katowice) machte er sich im Sinne der Nazis durch seine enge Zusammenarbeit mit der Gestapo besonders verdient.

Am 26. April 1942 verfaßte Ottersbach eine Anklageschrift gegen die polnischen Bürger Jakob Horowitz, geboren 15. Mai 1896, aus Chrzanow, und die Witwe Reislä Gutfreund, geboren am 28. Dezember 1908, ebenfalls aus Chrzanow. Beide Bürger mußten auf Grund der globkeschen Rassengesetze den zweiten Vornamen Sara bzw. Israel tragen.

Nach der faschistischen Okkupation war ihnen die Existenz geraubt worden. Um sich den Lebensunterhalt verdienen zu können, betrieben sie ihren Textilhandel notdürftig in ihrer Wohnung weiter. Da Juden in Polen so gut wie keine Lebensmittel zugeteilt erhielten - 1941 bekamen sie nur 184 Kalorien je Tag, das ist weniger als zwei Brötchen -, tauschten sie Textilien gegen Nahrungsmittel.

Ottersbach forderte deshalb Einziehung der noch verbliebenen kaum nennenswerten Habe und sechs bzw. drei Jahre verschärftes Straflager, was für die jüdischen Menschen den sicheren Tod bedeutete. Der Antrag Ottersbachs gegen Horowitz wurde durch Urteil des Sondergerichts Kattowitz am 10. September 1942 bestätigt. Doch der Unmensch Ottersbach begnügte sich nicht einmal damit. Eigenhändig schrieb er die Auslieferung des polnischen Bürgers Horowitz an die „Staatspolizeileitstelle“ Kattowitz aus. Über Frau Gutfreund befindet sich in den Akten lediglich ein Vermerk, daß sie am 15. April 1942 von der Gestapo ins KZ Auschwitz gebracht wurde. Daß auch das Ottersbachs Werk war, geht aus seinem Aktenvermerk vom 10. August 1942 hervor, in dem es heißt:

„Gegen die Gutfreund werde ich die Anklage in der Hauptverhandlung nicht verlesen.“

Gegen unschuldigen Polen Todesstrafe beantragt

Am 9. Juli 1942 stand der Schuhmacher Vinzent Furmann, geboren am 31. März 1903, vor dem Sondergericht Kattowitz (Katowice). Ihm wurde Waffenbesitz zur Last gelegt. Während der Vernehmungen hatte Furmann seine Unschuld beteuert. Dann wurde er derart zusammengeschlagen, daß er sogar beim Fotografieren gestützt werden mußte. Während eines solchen „Verhörs“ wurde ein Geständnis von ihm erpreßt, das jeglicher Grundlage entbehrte. Selbst das Sondergerichtsurteil mußte das zugeben:

„Durch die Beweisaufnahme in der Hauptverhandlung konnte der Angeklagte nicht überführt werden. Der Zeuge Kriminalsekretär Polaczek hat bestätigt, daß der Angeklagte vom

Kalfaktor geschlagen worden ist. Die damals abgelegten Geständnisse des Angeklagten konnten daher dem Urteil nicht zugrunde gelegt werden.“

Ottersbach aber beantragte in der Hauptverhandlung des Sondergerichts am 9. Juli 1942 trotzdem die Todesstrafe. Er wollte auf jeden Fall die Ermordung des unschuldigen Menschen. Als selbst das faschistische Sondergericht auf Freispruch erkennen mußte, stellte Ottersbach den Antrag, Vinzent Furmann der Gestapo auszuliefern. Da dieser Willkürakt Ottersbachs zu offensichtlich war, sah sich sogar das Sondergericht Kattowitz, das sonst skrupellos Todesurteile fällt, gezwungen, auch diesen Antrag abzulehnen.

Bar jeden menschlichen Gefühls

„Hiermit wende ich mich, ein dreizehnjähriges Kind, mit flehender Bitte um Freilassung meiner einzigen lieben Mutter. Wir sind 7 ganz kleine Kinder, mein kleines Brüderchen ist erst drei Monate alt, ich bin ratlos, denn ich habe kein Geld und bin zu klein, die sechs Geschwister allein zu betreuen ... Ich bin schon selbst krank. Wir sind Waisen ohne Vater und Mutter, denn Vater ist schon seit langen Monaten von uns weg, wir wissen nichts von ihm.“

Diese Worte schrieb die Tochter von Helene Michon, geboren am 22. Juni 1907, und von Roman Michon am 16. Juni 1942 in einem Gnadengesuch nieder, das der Staatsanwaltschaft, also Ottersbach, zugeleitet wurde. Beide Elternteile waren inhaftiert; die Mutter - bis dahin unbestraft -, weil sie gestohlenen Geflügel gekauft hatte, um ihre Familie durchzubringen.

Die polnische Bevölkerung erhielt jahrelang nur ein Drittel der Hungerrationen der deutschen Bevölkerung von 1945. Über den Vater geht aus der Akte weiteres nicht hervor.

Ottersbach beantragte in der Hauptverhandlung am 29. Mai 1942 gegen Helene Michon zehn Jahre verschärftes Straflager, dem kaum ein Mensch lebend entkam. Ausgesprochen wurde vom Sondergericht eine Strafe von vier Jahren verschärftes Straflager. Auch dieses Opfer Ottersbachs wurde am 16. Dezember 1942 in das KZ Auschwitz gebracht. Unter dem 3. Mai 1943 teilte die Gestapo dem Oberstaatsanwalt des Sondergerichts Kattowitz (Kattowice) mit, daß Frau Michon im KZ Auschwitz, „verstorben“ ist.

Ottersbach hatte es in der Hand, die Mutter der sieben Kinder zu retten. Aber er beschwor die furchtbare Tragödie für diese polnische Familie herauf.

Darüber hinaus beantragte Ottersbach nach bisherigen Ermittlungen noch folgende Todesurteile:

am 19. Mai 1942 gegen Eduard Rodak, geboren am 22. Mai 1916, weil er an der Schwarzschlachtung einer Kuh teilgenommen hatte;

am 23. Juli 1942 gegen Bronslawa Ciecielska, geboren am 5. August 1896, und gegen Ottilie Wojcikiewicz, geboren am 8. Februar 1907, weil sie als Bäckereiinhaber an die notleidende Bevölkerung Brot verkauft und die Verkäufe durch gefälschte Brotmarken zu decken versucht hatten.

Die beiden zuletzt Genannten wurden am 14. August 1942 hingerichtet. (Siehe Tafel 23)

Trotz dieses Schuldkontos wurde Ottersbach wieder in den westdeutschen Justizapparat eingestellt. Mehr noch, er wurde beauftragt, an der politischen Sonderstrafkammer gegen Friedenskämpfer und aufrechte Demokraten zu Gericht zu sitzen.

Der Oberlandesgerichtspräsident i. R. Dr. Richard Schmid, Stuttgart, sagte über Ottersbach: *„Dieser Fall ist der übelste und der, der am wenigsten Zweifel oder Entschuldigungen aufkommen läßt. Meines Erachtens hätte die niedersächsische Justizverwaltung die Anstellung von Staatsanwalt Ottersbach ... sofort widerrufen oder anfechten müssen.“* (Stern, Hamburg, 7. Juni 1964)

Ottersbach knüpfte unmittelbar an seine Sondergerichtstätigkeit an. Das gab er unumwunden in der rechtswidrigen Hauptverhandlung gegen den DDR-Bürger Paul Butschek am 13. Mai 1960 zu, indem er äußerte:

„Aus Ihrer Inhaftierung in den Jahren 1933 bis 1945 haben Sie nichts gelernt.“

Ottersbach erklärte weiter, man müsse gegen Herrn Butschek, den er als „unverbesserlichen kommunistischen Funktionär“ bezeichnete, ein Exempel statuieren, und beantragte acht Monate Gefängnis. Butschek hatte Gespräche mit DGB-Kollegen geführt!

Am 14. Juni 1961 forderte Ottersbach 51 Monate Gefängnis gegen die westdeutschen Bürger Richard Brenning, Landrat a. D., und Heinz Hilke, Journalist, weil sie in der „Gemeinschaft zur Wahrung demokratischer Rechte“ mitgearbeitet hatten. In einer siebenstündigen Anklagerede propagierte der Blutrichter die atomare Aufrüstung der Bundeswehr; eine Politik der Verhandlungen bezeichnete er als witzlos.

Über vier Jahre mußten die DDR und demokratisch gesinnte Bürger Westdeutschlands darum kämpfen, daß Ottersbach aus seiner Funktion entfernt wurde. Der ehemalige niedersächsische Justizminister, von Nottbeck, der selbst zur 5. Kolonne Hitlers im damaligen Estland gehörte und nach dem Überfall auf Polen die Hitlerpolitik auf wirtschaftlichem Gebiet in Posen (Poznan) durchpeitschte, stellte sich immer wieder schützend vor den Blutjuristen. Erst im Frühjahr 1965 zog er Ottersbach aus der Schußlinie. Aber nichts wurde bisher getan, ihn gerichtlich zur Verantwortung zu ziehen. Im Gegenteil: Er erhält eine hohe Pension.

Ottersbach, der polnische Bürger ermorden ließ, kann in Westdeutschland auf ein neues Schuldkonto zurückblicken: Er wirkte nach zur Zeit noch unvollständigen Feststellungen an der Verurteilung von 21 Patrioten - vorwiegend Frauen, die in der Arbeitsgemeinschaft „Frohe Ferien für alle Kinder“ mitarbeiteten - mit, denen insgesamt 19 Jahre Gefängnis auferlegt wurden.

Rhode, Werner

TODESSTRAFE ALS „ABSCHRECKUNG“

heute:

Regierungsdirektor im Justizministerium Schleswig-Holsteins.

Der tschechische Hilfsarbeiter Josef Tyburec war - so sagte das Urteil des Sondergerichts Prag vom 26. Januar 1945 - „als Weichensteller eingeübt“ worden. Auf Antrag des Staatsanwalts beim Sondergericht Prag, Werner Rhode, erging das Todesurteil, weil der Angeklagte angeblich „vorsätzlich einen Zusammenstoß herbeigeführt und dadurch Sabotage

getrieben“ hätte. Bei diesem Unfall war niemand verletzt worden. Trotzdem behauptete das Gericht, dieser Zusammenstoß könne nur mit der Höchststrafe gesühnt werden. Das Gericht gab also zu, daß es selbst nach den Nazi-Gesetzen die Möglichkeit hatte, auf eine geringere Strafe zu erkennen. Als Begründung für die Todesstrafe wurde ein „Abschreckungsbedürfnis“ konstruiert und zynisch hinzugesetzt: „...*auch wenn die persönlichen Verhältnisse des Angeklagten und sein leichter Schwachsinn berücksichtigt werden*“.

Vor fünf Jahren haben der Verband der Antifaschistischen Widerstandskämpfer der CSSR und der Sozialistische Studentenbund Westdeutschlands gegen Rhode Strafantrag gestellt. Rhode ist auf der Kriegsverbrecherliste der Regierung der CSSR unter der Nummer A 38/88 verzeichnet. Anfang August 1962 erklärte ein Sprecher des Landesjustizministeriums von Schleswig-Holstein ausdrücklich, daß die Willkürurteile Rhodes bekannt seien. Zynisch bemerkte der Sprecher, daß seine Behörde aber nicht daran denke, Rhode zur Verantwortung zu ziehen.

110 Todesurteile wurden bisher aufgefunden, die Rhode beantragte. Trotzdem stellte die Staatsanwaltschaft Kiel das gegen Rhode eingeleitete Ermittlungsverfahren am 8. Dezember 1960 (Aktenzeichen: 2 Js 840/59) ein. Rhodes „Erfahrungen“ als Anwalt des Todes sollen in den Dienst des neuen Strafgesetzbuches und der Notstandsdictatur gestellt werden.

Schüle, Erwin

VERURTEILTER KRIEGSVERBRECHER WURDE BONNER NAZI-„JÄGER“

heute:

Bis 31. August 1966 Leiter der Ludwigsburger Zentralstelle zur Aufklärung nationalsozialistischer Gewaltverbrechen, danach Oberstaatsanwalt in Stuttgart. „Im Jahre 1933 trat ich der SA bei und bin seit 1935 Parteigenosse“, das schrieb Erwin Schule eigenhändig in seinem Lebenslauf am 3. September 1943 „im Felde“.

Welche Rolle er dort spielte, geht daraus hervor, daß er in der Sowjetunion als Kriegsverbrecher zu 25 Jahren Zwangsarbeit verurteilt wurde. Schule gehörte seit März 1943 als Ordonnanzoffizier der Abteilung IC des Divisionsstabes der 215. Infanteriedivision an, die vor Leningrad die „Politik der verbrannten Erde“ und der Aushungerung der Zivilbevölkerung praktizierte. Unmittelbar vor Kriegsende befahl er noch eine der berüchtigten Sonderstrafkompanien, und zwar die der 253. Infanteriedivision.

Die Vergangenheit des heutigen Oberstaatsanwalts diente Bonn als Empfehlung, ihn als Verantwortlichen für die mit großem Propagandaaufwand gebildete Zentralstelle zur Aufklärung der Naziverbrechen einzusetzen. Ihm war von vornherein die Rolle zgedacht, die von Bonn seit Bestehen der Bundesrepublik systematisch betriebene Politik des Schutzes der Nazi- und Kriegsverbrecher unter dem Deckmantel der Zentralstelle fortzusetzen. In der Tat wurde auch seit Bestehen der Zentralstelle z.B. nicht einer der Schreibtischmörder vor Gericht gestellt, deren Federstrich mitunter den Tod Tausender und Zehntausender Menschen bedeutete.

Nachdem die Bonner Regierung am 5. November 1964 im Widerspruch zum Willen der Völker und zum Völkerrecht beschlossen hatte, die Nazi- und Kriegsverbrechen im Mai 1965 verjähren zu lassen, sprach sich auch Schule für die Verjährung aus.

Das „Spandauer Volksblatt“, Westberlin, vom 16. Februar 1965 schrieb zum Fall Schule:

„Nun wäre nichts dagegen einzuwenden, wenn Herr Schule als Sachbearbeiter eines Grundbuchamtes, auch in gehobener Amtsstellung, der Bundesrepublik seine wertvollen Dienste widmete. Auch als Eisenbahn- oder Postreferent würde niemand seiner Karriere Hindernisse in den Weg legen. Aber daß die Bundesregierung ausgerechnet den früheren SA-Mann und NSDAP-Kämpfer Schule zur Aufklärung von Naziverbrechen nach Warschau entsendet, ist einfach mehr als eine unerträgliche Mißachtung der Gefühle aller von den Nazis barbarisch versklavten Völker. Ist denn wirklich niemand mehr an verantwortungsvoller Stelle fähig, Geschmacklosigkeit von Unerträglichkeit zu distanzieren?“ (Siehe Tafel 29)

Ein feingespinnenes Netz

Es bedarf wohl keiner Beispiele mehr, um zu beweisen, daß der Bonner Staat mit wenig veränderten Methoden die Terrorjustiz des „Dritten Reiches“ fortsetzt. Nur eines sei noch gezeigt: Wie funktionssicher das Netz der Nazi-Juristen in Westdeutschland gespannt und wie gut die Rollen dabei verteilt wurden.

DER OBERLANDESGERICHTSBEZIRK HAMM

Einer der 18 Oberlandesgerichtsbezirke der Bundesrepublik ist Hamm. Nach dem Handbuch der Justiz 1964 über „Die Träger und Organe der rechtsprechenden Gewalt in der Bundesrepublik Deutschland“, Seite 126, umfaßt dieser Bezirk des Oberlandesgerichts die Regierungsbezirke Arnsberg, Detmold und Münster sowie vom Regierungsbezirk Düsseldorf die Städte Essen und Kettwig. In ihnen befinden sich 10 Landgerichte, und zwar in Arnsberg, Bielefeld, Bochum, Detmold, Dortmund, Essen, Hagen, Münster, Paderborn, Siegen. Die Justiz dieses Bezirkes trägt die Verantwortung für 8323259 Menschen.

TERRORRICHTER AMTIEREN IN DORTMUND ...

In Dortmund sitzt in der Strafverfolgungsbehörde Oberstaatsanwalt Pippert, früher Erster Staatsanwalt beim Sondergericht Wien. Als Sachbearbeiter im Nazi-Justizministerium befürwortete er das Todesurteil gegen die nach Deutschland zwangsverschleppten griechischen Staatsbürger Nicolaus Mourtzeas und Johann Saridakis. In seiner Stellungnahme vom 15. November 1944 erklärte er unter anderem: *„Das Urteil ist bedenkenfrei. Die Verurteilten haben in skrupelloser Weise das Gastrecht(!), das sie in Deutschland genossen, mißbraucht...“* (AZ: 6 S KLs 65/44, 802)

Neben Pippert amtiert als Erster Staatsanwalt der frühere Ankläger beim Sondergericht Essen, Otto-Wolfgang Schultze. Hinzukommen der Landgerichtsdirektor Dr. Rudolf Becker, ehemaliger Oberkriegsgerichtsrat der Wehrmachtskommandantur Berlin, ferner der frühere Kriegsgerichtsrat Walter Philippi sowie der frühere Oberamtsrichter Fährdrich vom Sondergericht Kattowitz (Katowice). Fährdrich verurteilte beispielsweise am 3. Dezember 1942 fünf polnische Bürger in einem Verfahren nach der „Polen-Strafrechtsverordnung“ zum Tode. Am 27. Oktober 1944 sprach dieser Nazi-Richter das gleiche Urteil gegen die Polen Wilhelm und Johann Wiczorek wegen sogenannter Vorbereitung zum Hochverrat.

Auch der Amtsgerichtsrat Bruntsch - früher Amtsgerichtsrat beim Sondergericht Freiberg und Referent für Hochverratsachen im Nazi-Justizministerium - amtiert in dieser Stadt.

...IN BIELEFELD...

In Bielefeld, das nur ein Viertel soviel Einwohner hat wie Dortmund, sieht das Bild der „gereinigten Justiz“ noch übler aus. Der dortige Oberstaatsanwalt Depenbrock war schon zur Zeit Hitlers Ankläger beim Sondergericht der gleichen Stadt. Der Erste Staatsanwalt Bellwinkel war sogar Staatsanwalt beim „Volksgerichtshof“. Bellwinkel hat unter anderem das Todesurteil gegen den Erfurter Kammermusiker Ernst Fink erwirkt. Der Grund: Fink hatte zwei Bilder des „Führers“ zerschnitten.

Der Erste Staatsanwalt Dr. Josef Glunz war Staatsanwalt beim Sondergericht Essen. Sein ranggleicher Kollege Hagmann und Staatsanwalt Hans Köhne waren Ankläger in „Rassenschandesachen“ in Dortmund. Landgerichtsdirektor Huber gewann seine Erfahrung als Landgerichtsrat beim Sondergericht Dortmund, Landgerichtsdirektor Dr. Keil als Kriegsgerichtsrat, Landgerichtsdirektor Dr. Kuhlmann als Oberfeldrichter, Oberamtsrichter Strümpfer als Oberlandesgerichtsrat beim Sondergericht Bielefeld, Amtsgerichtsrat Oldenburg in gleicher Position beim Sondergericht Prenzlau. Am 26. November 1943 verurteilte Oldenburg den Landarbeiter Friedrich Wilhelm Bartelt zum Tode, weil er sich nach einem Fliegerangriff ein paar Sachen im Werte von etwa 15 RM angeeignet hatte.

Von den Bielefelder Landgerichtsräten, Oberamtsrichtern und Amtsgerichtsräten, die ihrem „Führer“ bei Kriegs- und Sondergerichten gedient haben, sei an dieser Stelle noch Landgerichtsrat Dr. Regis erwähnt: Er steht auf der internationalen Kriegsverbrecherliste (Nr. 40/142). Selbst das berüchtigte Gefangenenerlager Oberems und die Haftanstalt Bielefeld werden von einem ehemaligen Oberfeldrichter, Regierungsdirektor Dr. Bernd Holl, geleitet.

...IN BOCHUM...

Auch Bochum gehört zum Oberlandesgerichtsbezirk Hamm. Diese Kohle- und Eisen-Stadt ist halb so groß wie Dortmund; aber es sitzen hier noch mehr ehemalige Kriegs- und Sonderrichter als in Dortmund. Auf den Posten des Leiters des Strafgefängnisses und der Untersuchungshaftanstalt wurde ein Mann geschoben, der als Erster Staatsanwalt für politische Straf Sachen in der tschechisch-böhmischen Bezirksstadt Leitmeritz (Litomerice) für die faschistischen Okkupanten tätig war, Oberregierungsrat Heinz Esser.

Der Oberstaatsanwalt Dr. Hüntemann war ebenfalls in der Kriegszeit Staatsanwalt für politische Strafsachen, und zwar beim Oberlandesgericht Hamm. Sein Kollege, Oberstaatsanwalt Schäper, war Ankläger beim Sondergericht Brunn (Brno). Vier Todesurteile „wegen Feindbegünstigung“ - also wegen Begünstigung von Tschechen durch Tschechen! - erwirkte er allein am 23. Februar 1944. Staatsanwalt Sernau war bereits Staatsanwalt beim Sondergericht Dortmund, der Landgerichtsdirektor Dr. Boes Landgerichtsrat beim Sondergericht Essen, die Landgerichtsdirektoren Hänert und Dr. Witzig waren Kriegsgerichtsräte. Durch Hänerts Richtspruch wurde noch am 6. März 1945 Gerhard Wagner erschossen. Hänert hatte ihn zwei Tage vorher „wegen Feigheit“ zum Tode verurteilt. Oberamtsrichter Schmiedeberg war Staatsanwalt beim Sondergericht Stettin (Szczecin) und Amtsgerichtsrat Wallis Oberstabsrichter der 8. Division Oppeln (Opole).

...IN MÜNSTER...

Werfen wir noch einen Blick auf eine weitere Stadt des Oberlandesgerichtsbezirks Hamm, auf Münster. Der dortige Landgerichtsdirektor Bödding war im Hitlerstaat Landgerichtsrat beim Sondergericht Bielefeld und Landgerichtsdirektor Dr. Verspohl Oberstabsrichter der 12. Luftwaffen-Felddivision. Auf dem Schuldkonto Verspohls stehen die Todesurteile gegen den tschechoslowakischen Staatsbürger Albert Michek und den Elsässer Heinrich Stenger, die völkerrechtswidrig in die faschistische Wehrmacht gepreßt worden waren. Oberstaatsanwalt Duhme war Ankläger beim Sondergericht Bielefeld, Oberverwaltungsgerichtsrat Hönnekes Kriegsgerichtsrat, Sozialgerichtsrat Dr. Kieler Oberamtsrichter beim Sondergericht Oppeln (Opole) und Oberstaatsanwalt Dr. Knippenberg Ankläger beim Sondergericht Dortmund.

Der Erste Staatsanwalt Niemer, Oberverwaltungsgerichtsrat Dr. Roesler und Oberverwaltungsgerichtsrat Dr. Wildt waren Spezialisten für politische Strafsachen; Niemer als Erster Staatsanwalt in Hamm, dem Sitz des Oberlandesgerichts, Roesler als Oberlandesgerichtsrat in Posen (Poznan), Wildt als Staatsanwalt in Kassel.

Der Staatsanwalt Rosendahl hat als Ankläger beim Sondergericht Thorn (Torun) und der Erste Staatsanwalt Schwarze beim Sondergericht Halle eine ganze Reihe von Todesurteilen erwirkt. Die Personalakten von Schwarze sagen unter anderem aus, daß er im Kriege vom Wehrdienst „freigestellt“ war „zur Erfüllung kriegswichtiger Aufgaben“. Er wurde am 1. Mai 1933 Mitglied der NSDAP, ging in die SA, wurde förderndes Mitglied der SS, Rechtsberater im Sturmbann 1/174, Geschäftsführer beim Kreisgericht der NSDAP, Kreisstellenleiter für Propaganda und Schulung, Kammervorsitzender des Kreisparteigerichts usw.

Dr. Diderichs, ebenfalls Staatsanwalt in Münster, verurteilte als Oberstabsrichter der 8. Panzerdivision noch in den letzten Kriegswochen den jungen Elsässer Peter Schröder zum Tode, der sich durch die Hand geschossen hatte, um sich dem weiteren sinnlosen Kriegsdienst zu entziehen. Im Urteil des Standgerichts der 8. Panzerdivision stellt Diderichs fest: „*Er will als Lothringer nicht für die deutsche Sache kämpfen ...*“ Auch der erst 20 Jahre alte Schütze Werner Grieser wurde noch am 19. März 1945 auf Befehl Diderichs ermordet.

...UND IN HAMM

Richtungweisend und verbindlich für die Spruchpraxis der Land- und Amtsgerichte ist die Rechtsprechung der Oberlandesgerichte. Das für Dortmund, Bielefeld, Bochum und Münster zuständige Oberlandesgericht befindet sich in Hamm.

In Hamm sitzen gleich vier Oberstaatsanwälte in Amt und Würden, die aus der faschistischen Strafjustiz hervorgegangen sind. Sie alle hätten nach den Kontrollratsgesetzen entlassen werden müssen. Oberstaatsanwalt Dr. Göke war während des Krieges Ankläger beim Sondergericht Bielefeld, die übrigen drei wüteten bei Sondergerichten hinter der „Ostfront“: Stähler in Danzig (Gdansk), Wälzholz und der Leitende Oberstaatsanwalt Dr. Gugler in Breslau (Wroclaw).

Bisher sind über 30 Todesurteile aufgefunden worden, die auf Antrag Stählers ausgesprochen wurden, darunter eine ganze Reihe gegen Frauen. Noch im letzten Kriegsjahr erwirkte er an einem einzigen Tag sechs Todesurteile „wegen Beihilfe zur Fahnenflucht“. Auch unter diesen Verurteilten befand sich eine Frau. Viele Angeklagte stempelte er wegen geringer Vergehen zu „Volksschädlingen“ und lieferte sie dem Henker aus.

Zu den leitenden Anklagevertretern in Hamm gesellen sich solche Richter des Oberlandesgerichts wie die Senatspräsidenten Laube, ehemals Staatsanwalt für politische

Todesurteilssachen im Nazi-Justizministerium, und Dr. Rein, schon zur Hitlerzeit Oberstaatsanwalt beim Sondergericht Dortmund. Dazu kommen: Oberlandesgerichtspräsident Dr. Rempe - früher Oberlandesgerichtsrat im Nazi-Justizministerium; Senatspräsident Josef Schwarze - früher Landgerichtsrat im Nazi-Justizministerium; die Oberlandesgerichtsräte Boenicke -früher in der Abteilung für politische Strafsachen im Nazi-Justizministerium -, Lindemann - früher Landgerichtsrat beim Sondergericht Dortmund, und Helmut John - früher Kriegsgerichtsrat der 20. Panzerdivision und andere.

Verständlich ist, daß diese leitenden Nazi-Juristen jede Gelegenheit benutzen, um ihre alten Komplizen wieder in Stellungen zu bringen, in denen sie ihren Einfluß möglichst ungehindert ausüben können. Das geschah auch im Fall des ehemaligen Oberstabsrichters Dr. Siegfried Wehdeking, Richter der 999er Strafgefangenenbrigade. Wehdeking, so heißt es in seinen Personalakten, gab sich „unendliche Mühe...“, die Flüchtigen zu fassen“. Diesem Kriegsrichter wurde ein Posten zugeschanzt, der ihm die Möglichkeit gibt, im gleichen Sinne, wenn auch in anderem Gewande, zu wirken: als Strafanstaltspfarrer im Gefängnis von Werl. Und Werl gehört ebenfalls zum Oberlandesgerichtsbezirk Hamm. Der ehemalige Oberstaatsanwalt beim Sondergericht Graudenz (Grudziadz), Dr. Theodor Grunau, ist heute Regierungsdirektor im Strafvollzugsamt Hamm. Im Dezember 1941 lehnte Grunau die Begnadigung des zum Tode verurteilten polnischen Tiefbauarbeiters Franz Koslowski ab. Koslowski hatte die faschistischen Okkupationsbehörden gebeten, ihn nicht nach Deutschland zur Zwangsarbeit zu verschleppen, weil er seine alte Mutter und kranke Schwester ernähren mußte.

Im vergangenen Jahr sind noch weitere ehemalige Sonder- und Kriegsrichter im Oberlandesgerichtsbezirk Hamm festgestellt worden. Ihre Namen wurden in der Dokumentation des Nationalrates der Nationalen Front des demokratischen Deutschland „Bonn sanktioniert Kriegsverbrechen“ im November 1964 veröffentlicht. Bedarf es noch eines Beweises, daß es in den anderen Oberlandesgerichtsbezirken Westdeutschlands ähnlich aussieht?

EIN UNHEILVOLLER VERSTOSS

Der bürgerliche englische Journalist Sefton Delmer schätzte diese gefährliche Entwicklung im „Daily Expreß“ vom 17. September 1957 folgendermaßen ein:

„Von all den Verstößen gegen die alliierten Pläne, die Dr. Adenauer in den acht Jahren, die er bereits an der Macht ist, sanktioniert hat, ist nach meiner Meinung diese Wiedereinsetzung der Terrorrichter Hitlers am unheilvollsten. Denn es besteht die ständige Gefahr, daß diese Männer, die einst Steigbügelhalter gewesen sind, bereit sein werden, abermals Steigbügelhalter zu sein!“

Die Internationale Föderation der Widerstandskämpfer (FIR), Wien, kam 1965 zu der Schlußfolgerung:

„Die Tatsache, daß fast zwanzig Jahre nach der Kapitulation des ‚Dritten Reiches‘ das Problem der Naziverbrechen noch immer nicht in befriedigender Weise gelöst worden ist, daß es die zwischenstaatlichen Beziehungen vergütet und eine Bedrohung der Zukunft darstellt, rührt daher, daß die Deutsche Bundesrepublik sich weigert, die Grundsätze ihres Strafrechtes und dessen praktische Anwendung den Prinzipien anzupassen, die sowohl vom Internationalen Recht als auch durch die Jurisdiktion aller zivilisierten Länder allgemein anerkannt werden.“

Es ist unbestritten: Der Bonner Staat hielt zu jeder Zeit und in jeder Beziehung seine Hände schützend über die Mörder in den Richterroben.

Liste belasteter Nazi-Juristen im Dienste des Bonner Staates.

Abbott, Josef, geb. 28.7.1913

früher: Staatsanwalt beim Sondergericht Danzig (Gdansk)

heute: Erster Staatsanwalt in Koblenz

Ahlborn, Alfred, geb. 20.12.1906

früher: Landgerichtsrat im Nazi-Justizministerium

heute: Amtsgerichtsrat in Badwaldsee

Aichinger, Rudolf, geb. 13.9.1904

früher: Kriegsgerichtsrat bei der 6. Panzerarmee; Oberfeldrichter z.V. des Chefs des Heeresjustizamtes

heute: Rechtsanwalt in Weißenburg

Albani, Theodor, geb. 3.10.1906

früher: Oberstabsrichter

heute: Amtsgerichtsdirektor in Detmold

Albrecht, Paul, geb. 12.2.1905

früher: Amtsgerichtsrat beim Sondergericht Duisburg

heute: Amtsgerichtsrat in Mönchengladbach

Albrecht, Rudolf, **Dr., geb. 5.2.1903**

**früher: Kriegserichtsrat bei der Kommandantur der rückwärtigen Gebiete 540;
Oberfeldrichter beim AOK 17**

heute: Rechtsanwalt in München

Althanns, Moritz, Dr., geb. 19.11.1907

früher: Staatsanwalt in Leipa (Ceska Lipa)

heute: Landgerichtsdirektor in Bamberg

Altherr, Anton, geb. 26.1.1909

früher: Staatsanwalt in Zweibrücken; 1933 SS; SD, Einsatzgruppe D

heute: Erster Staatsanwalt in Kaiserslautern

Amedick, Ewald, Dr., geb. 3.2.1907

früher: Landgerichtsrat in Dortmund; beteiligt an „Rassenschande“-Urteilen

heute: Landgerichtsdirektor in Paderborn

Anger, Erich, Dr. Dr., geb. 1.7.1902

früher: Staatsanwalt beim Sondergericht Leipzig

heute: Erster Staatsanwalt in Essen

Ankenbrand, Otto, Dr., geb. 19.2.1907

früher: Amtsgerichtsrat beim Sondergericht Nürnberg-Fürth

heute: Amtsgerichtsrat in Erlangen

Arland, Friedrich, geb. 22.8.1904

früher: Staatsanwalt beim Sondergericht Prag

heute: Amtsgerichtsrat in Hamburg

Arndt, Hans-Dietrich, geb. 22.10.1909

früher: Landgerichtsrat in Mainz; Ermittlungsrichter des „Volksgerichtshofes“

heute: Senatspräsident beim Oberlandesgericht Koblenz

Arndt, Karl, Prof. Dr., geb. 27.2.1904

**früher: Kammergerichtsrat; Stellvertretender Gruppenleiter beim „Reichsprotector“ in
Prag; 1933 SS**

heute: Oberlandesgerichtspräsident in Bremen; Chef des „Wiedergutmachungssenats“ in Bremen, Mitglied der internationalen Kommission für „Wiedergutmachung“ in Koblenz

Arnold, Heinrich, Dr., geb. 1.11.1908

früher: Fliegender Armeerichter, Oberstabsrichter AOK 6 beim Militärbefehlshaber in Frankreich und AOK 14

heute: Rechtsanwalt in Memmingen

Augat, Kurt, geb. 11.8.1901

früher: Kriegsgerichtsrat bei der 710. Infanteriedivision

heute: Landgerichtsrat in Kiel

Aumüller, Gustav, Dr., geb. 27.10.1903

früher: Kriegsgerichtsrat bei der 5. Gebirgsdivision

heute: Landgerichtsdirektor in Würzburg

Axt, Otto, geb. 11.2.1904

früher: Kriegsgerichtsrat bei der 182. Infanteriedivision

heute: Amtsgerichtsrat in Darmstadt

Babendreyer, Dr., geb. 6.4.1910

früher: Amtsrichter in Neumark, denunzierte den polnischen Tiefbauarbeiter Franz Koslowski (Siehe Seite 130)

heute: Amtsgerichtsrat in Lippstadt

Bähr, Karl, Dr., geb. 16.9.1906

früher: Amtsgerichtsrat beim Sondergericht Celle und Hannover

heute: Amtsgerichtsrat in Hannover

Baitinger, Gustav, geb. 13.9.1908

früher: Staatsanwalt in Stuttgart; 1931 NSDAP; Gaustellenleiter im Gaurechtsamt der NSDAP

heute: Amtsgerichtsdirektor in Ulm

Bakenhus, Heinz, geb. 10.5.1904

früher: Kriegsgeschichtsrat bei der Oberfeldkommandantur 393

heute: Landgerichtsdirektor in Oldenburg

Bandel, Robert, Dr., geb. 18.2.1908

früher: Staatsanwalt beim „Volksgerichtshof“

heute: Oberamtsrichter in Kehl

Barbier, Erich, geb. 17.12.1908

früher: Heeresrichter bei der 46. Infanteriedivision

heute: Landgerichtsdirektor in Frankenthal

Baring, Eberhard, geb. 23.6.1911

früher: Oberstabsrichter bei der 96. Infanteriedivision

heute: Senatspräsident beim Landessozialgericht in Celle

Bartz, Hans, Dr., geb. 1.7.1901

früher: Erster Staatsanwalt beim Sondergericht Frankenthal

heute: Oberstaatsanwalt in Hamburg

Bauknecht, Otto, Dr., geb. 29.11.1902

früher: Landgerichtsrat beim Sondergericht Luxemburg

heute: 1949 in Luxemburg zu vier Jahren Gefängnis verurteilt; Präsident des Justizprüfungsamtes in Mainz

Baumgartl, Anton, geb. 30.4.1906

früher: Amtsgerichtsrat beim Amtsgericht Silberk, 1931 Mitbegründer der Grenzlandjugend der DNP, SS-Sturmbannführer, SS-Richter in Warschau

heute: Amtsgerichtsrat in Regensburg

Bäumler, Josef, Dr., geb. 7.2.1902

früher: Landgerichtsrat beim Sondergericht Nürnberg

heute: Amtsgerichtsdirektor in Amberg

Becker, Heinrich, Dr., geb. 15.9.1905

früher: Landgerichtsrat beim Sondergericht Köln, 1944 Den Haag

heute: Landgerichtspräsident in Bonn

Becker, Rudolf, Dr., geb. 28.10.1903

früher: Oberkriegsgerichtsrat bei der Wehrmachtskommandantur Berlin

heute: Landgerichtsdirektor in Dortmund

Beer, Herbert, Dr., geb. 8.12.1909

früher: Amtsgerichtsrat in Pilsen (Plzn), Rechtsberater der NSDAP

heute: Oberamtsrichter in Arolsen

Behne, Heinrich, geb. 12.11.1907

früher: Amtsgerichtsrat im Nazi-Justizministerium

heute: Senatspräsident beim Landessozialgericht Essen

Behr, Bernhard, Dr., geb. 7.7.1900

früher: Landgerichtsrat beim Sondergericht Hamburg

heute: Landgerichtsdirektor in Hamburg

Behrendt, Herbert, Dr., geb. 4.10.1907

früher: Amtsgerichtsrat beim Sondergericht Magdeburg

heute: Amtsgerichtsrat in Gütersloh

Beinhorn, Hans-Joachim, geb. 12.5.1910

früher: Oberkriegsgerichtsrat der Kommandantur Berlin

heute: Oberlandesgerichtsrat in Braunschweig

Beismann, Ernst, Dr., geb. 7.9.1906

früher: Kriegsgerichtsrat bei der 159., 166. und 328. Division

heute: Landgerichtsrat in Paderborn

Bellebaum, Dr., geb. 9.11.1906

früher: Staatsanwalt beim Sondergericht Kattowitz (Katowice)

heute: Oberstaatsanwalt in Duisburg

Bellwinkel, geb. 1.9.1904

früher: Staatsanwalt beim „Volksgerichtshof“

heute: Erster Staatsanwalt in Bielefeld

Benker, Hans, geb. 11.4.1907

früher: Erster Staatsanwalt beim Sondergericht Nürnberg

heute: Landgerichtsrat in Schweinfurt

Berger, Hugo, Dr., geb. 24.9.1897

früher: Kriegserichtsrat - Feldkommandantur 238. und 408. Division

heute: Bundesrichter des 1. Senats des Bundesverfassungsgerichtes

Bergmann, Leo, geb. 22.7.1907

früher: Landgerichtsrat beim Sondergericht Königsberg (Kaliningrad)

heute: Landgerichtsdirektor in Hamburg

Berlin, Fritz, geb. 31.5.1914

früher: Geheime Feldpolizei

heute: Amtsgerichtsrat in Bad Mergentheim

Berner, Ludwig, geb. 1.10.1912

früher: Landgerichtsrat beim Sondergericht I Prag

heute: Oberstaatsanwalt beim Bundesgerichtshof

Bernzen, Alfons, Dr., geb. 24.7.1910

früher: Kriegserichtsrat

heute: Staatsanwalt in Lübeck; 1964 versetzt in den Bundesdienst

Berthold, Wolfgang, Dr., geb. 13.6.1911

früher: Staatsanwalt beim Sondergericht Berlin

heute: Senatspräsident beim Finanzgericht in Hannover

Bertram, Wilhelm, geb. 28.8.1907

früher: Staatsanwalt im Nazi-Justizministerium

heute: Ministerialrat im Bundesjustizministerium

Bessler, Johann, Dr., geb. 29.6.1901

früher: Landgerichtsrat beim Sondergericht Bamberg

heute: Oberlandesgerichtsrat in Bamberg

Beßler, Otto, geb. 2.7.1907

früher: Landgerichtsrat beim Sondergericht Bromberg (Bydgoszcz)

heute: Amtsgerichtsrat in Herford

Beyer, Gerhard, Dr., geb. 17.5.1903

früher: Oberlandesgerichtsrat in Naumburg (1941)

heute: Oberlandesgerichtsrat Frankfurt a. M.

Beyer, Paul, Dr., geb. 20.11.1904

früher: Kriegsgewichtsrat bei der 178. Infanteriedivision Liegnitz (Legnica)

heute: Amtsgerichtsdirektor in Nürnberg

Beyling, Günter, geb. 2.6.1904

früher: Staatsanwalt beim Sondergericht in Linz

heute: Staatsanwalt in Hamburg

Blanck, Walter, geb. 17.6.1905

früher: Kriegsgewichtsrat bei der 413. Division

heute: Amtsgerichtsrat in Traunstein

Blohm, Friedrich, geb. 26.5.1906

früher: Staatsanwalt beim Sondergericht Hannover

heute: Oberstaatsanwalt in Hannover

Blumenhagen, Otto, geb. 27.8.1907

früher: Marine-Oberkriegsgerichtsrat Sicherung/Ostsee

heute: Landgerichtsdirektor in Oldenburg

Bock, Hans, Dr., geb. 7.2.1903

früher: Landgerichtsrat beim Sondergericht Hamburg

heute: Bundesrichter beim Bundesgerichtshof

Bock, Werner, geb. 11.9.1903

früher: Landgerichtsrat beim Sondergericht Sankt Polten

heute: Amtsgerichtsrat in Oldenburg

Bockhorn, Fritz, geb. 6.10.1905

früher: Staatsanwalt beim Sondergericht Berlin

heute: Amtsgerichtsrat in Kiel

Bockisch, Willi, geb. 3.8.1904

früher: Kriegsgerichtsrat bei der Kommandantur der 1. Flakdivision

heute: Landgerichtsrat in Kiel

Bödding, Heinrich, geb. 10.10.1904

früher: Landgerichtsrat beim Sondergericht Bielefeld

heute: Landgerichtsdirektor in Münster

Bogenrieder, Alfons, Dr., geb. 3.10.1900

früher: Erster Staatsanwalt beim Sondergericht Stuttgart

heute: Ministerialrat im Justizministerium Baden-Württemberg

Böhm, Edgar, Dr., geb. 18.1.1902

früher: Landgerichtsrat beim Sondergericht Leitmeritz (Litomerice)

heute: Amtsgerichtsrat in Eschwege

Boehr, Günther, Dr., geb. 5.12.1900

früher: Kriegsgerichtsrat bei der 346. Infanteriedivision

heute: Landgerichtsrat in Hannover (inzwischen verstorben)

Bolley, Dr., geb. 27.3.1903

früher: Staatsanwalt beim Sondergericht Hagen und Dortmund

heute: Staatsanwalt in Essen

Böllinghaus, Friedrich, geb. 26.3.1909

früher: Kriegserichtsrat beim Luftgau II, Warschau

heute: Oberlandesgerichtsrat in Düsseldorf

Bollmann, Alfred, geb. 9. 9.1905

früher: Oberkriegserichtsrat beim Feldgericht des Führers der Seeluftstreitkräfte West

heute: Erster Oberstaatsanwalt in Lüneburg

Boenicke, Heinz, geb. 18. 8.1907

früher: Amtsgerichtsrat im Nazi-Justizministerium, Abt. III, politische Strafsachen

heute: Oberlandesgerichtsrat in Hamm

Bonnekamp, Carl, Dr., geb. 25. 9.1913

früher: Staatsanwalt beim Sondergericht Düsseldorf

heute: Oberstaatsanwalt in Düsseldorf

Bonnemann, Josef, Dr., geb. 10.3.1900

früher: Staatsanwalt beim Sondergericht Koblenz

bis Juli 1965: Verwaltungsgerichtsdirektor bei der Bundesdisziplinarkammer in Frankfurt a.M.

Bordfeld, Ferdinand, Dr., geb. 3.2.1908

früher: Kriegserichtsrat bei der 306. Infanteriedivision

heute: Oberamtsrichter in Königswinter

Borgmann, Eberhard, geb. 17.3.1911

früher: Kriegserichtsrat bei der Oberfeldkommandantur 399

heute: Staatsanwalt in Osnabrück

Börner, geb. 24.11.1906

früher: Amtsgerichtsrat beim Sondergericht Frankfurt a. M.

heute: Oberamtsrichter in Hochheim

Boes, Walter, Dr., geb. 13.2.1904

früher: Landgerichtsrat beim Sondergericht Essen

heute: Landgerichtsdirektor in Bochum

Böttger, Georg, Dr., geb.7.7.1902

früher: Landgerichtsrat beim Sondergericht Jena

heute: Amtsgerichtsrat in Nienburg

Brandstetter, Elmar, Dr., geb. 16.4.1908

früher: Oberfeldrichter - Oberkommando des Heeres

heute: Bundesanwalt beim Wehrdienstsenat am Bundesdisziplinarhof München

Brandt, Walter, geb. 1.7.1908

früher: Oberkriegsgerichtsrat; NSDAP, SS, SA

heute: Amtsgerichtsrat in Hameln

Brem, Walter, geb. 13.12.1902

früher: Amtsgerichtsrat beim Sondergericht Nürnberg-Fürth

bis August 1965: Landgerichtsdirektor in Fürth

Bretzfeld, Heinz

früher: Kriegsgerichtsrat der Luftwaffe bei der Vollstreckungsabteilung der Feldgerichte des Kommandierenden Generals und Befehlshabers im Luftgau III, Berlin-Charlottenburg

heute: Rechtsanwalt in Rotenburg/Fulda

Brinz, Arnold, geb. 19.6.1901

früher: Kriegsgerichtsrat bei der Feldkommandantur 1019

heute: Amtsgerichtsrat in Miesbach

Brunsch, geb. 29.4.1909

früher: Amtsgerichtsrat beim Sondergericht Konitz (Chojnice) und Bromberg (Bydgoszcz)

heute: Amtsgerichtsrat in Krefeld

Bruntsch, geb. 3.3.1909

früher: Amtsgerichtsrat beim Sondergericht Freiberg und Referent für Hochverratsachen im Nazi-Justizministerium

heute: Amtsgerichtsrat in Dortmund

Buchholz, Herbert, geb. 23.11.1905

früher: Kriegsgerichtsrat bei der 156. Infanteriedivision

heute: Landgerichtsdirektor in Trier

Buck, Roland, geb.18.6.1903

früher: Marine-Oberstabsrichter Sicherung/Ostsee

heute: Amtsgerichtsrat in Hamburg

Bücklein, Georg, geb. 23.2.1907

früher: Amtsgerichtsrat beim Sondergericht III München

heute: Oberlandesgerichtsrat in München

Buhl, Hans, Dr., geb. 14.1.1907

früher: Landgerichtsrat beim Sondergericht Danzig (Gdansk)

heute: Amtsgerichtsdirektor in Ansbach

Bühler, Hanns, geb. 16.5.1900

früher: Landgerichtsrat beim Sondergericht Stuttgart

bis August 1965: Landgerichtsdirektor in Heilbronn

Bujnoch, Leo, Dr., geb. 19.5.1907

früher: Staatsanwalt beim Landgericht in Troppau (Opava); Kriegsverbrecherliste der CSR A - 6/206

heute: Oberamtsrichter in Kempten

Bülow, Arthur, Prof. Dr., geb. 17.11.1901

früher: Ministerialrat im Nazi-Justizministerium; schon 1933 Teilnehmer am „Reichsparteitag“

heute: Staatssekretär im Bundesjustizministerium

Bülow, Hennecke von, Dr., geb. 23.4.1908

früher: Oberstabsrichter bei der 32. und 72. Infanteriedivision

heute: Regierungsrat in der Strafanstalt Kassel-Wehlheiden

Büngener, Claus, Dr., geb. 19.4.1911

früher: Amtsgerichtsrat beim Sondergericht Freiberg

heute: Amtsgerichtsrat in Detmold

Burchardt, Wolfgang, geb. 9.6.1910

früher: Staatsanwalt beim Sondergericht Düsseldorf

heute: Oberstaatsanwalt in Düsseldorf

Bürger, Hans, Dr., geb. 20.9.1908

früher: Staatsanwalt beim Sondergericht Linz

heute: Staatsanwalt in Wuppertal

Buri, Eugen, geb. 4.11.1911

früher: Landgerichtsrat im Nazi-Justizministerium, Abt. III

heute: Verwaltungsgerichtspräsident in Sigmaringen

Busch, Herbert, Dr., geb. 19.6.1900

früher: Landgerichtsrat beim Oberlandesgericht Dresden, Senat für Hochverratsachen

bis Juli 1965: Senatspräsident in Neustadt a. d. Weinstraße und Mitglied des Verfassungsgerichtshofes von Rheinland/Pfalz

Bussert, Rudolf, Dr., geb. 22.9.1905

früher: Kriegsgerichtsrat bei der 462. Infanteriedivision

heute: Amtsgerichtsrat in Bielefeld

Butz, Hans, geb. 6.1.1905

früher: 1933 NSDAP; Amtsgerichtsrat beim Sondergericht Danzig (Gdansk); Sachbearbeiter für „Rassen- und Familienkunde“ in Kulmsee

heute: Amtsgerichtsrat in Goslar

Carmine, Erich, Dr., geb. 24.8.1906

früher: Landgerichtsrat in Krumlow (Cesky Krumlov); Ermittlungsrichter des „Volksgerichtshofes“

heute: Amtsgerichtsrat in Nürnberg

Carstensen, Otto, Dr., geb. 11.4.1904

früher: Amtsgerichtsrat in Ratzeburg; 1931 NSDAP, Gauhauptstellenleiter; Leiter des Amtes für Rechtspolitik; stellvertretender Gaurechtsamtsleiter und stellvertretender Gauführer

heute: Oberlandesgerichtsrat in Schleswig

Chaluppa, Johannes, geb. 29.10.1902

früher: Amtsgerichtsrat beim Sondergericht Kattowitz (Katowice)

heute: Arbeitsgerichtsrat in Köln

Christ, Wolfgang, Dr., geb. 18.7.1900

früher: Korpsrichter des Chefs der Militärverwaltung Frankreich

heute: Staatsanwalt in Braunschweig

Clauditz, Rudolf, geb. 20.1.1899

früher: Oberkriegsgerichtsrat bei der 461. Infanteriedivision

heute: Landgerichtsdirektor in Hildesheim

Claussen, Kai, geb. 1.4.1910

früher: Landgerichtsrat beim Sondergericht Hamburg

heute: Senatspräsident beim Oberlandesgericht Hamburg

Clemens, Hermann, Dr., geb. 27.1.1913

früher: Oberstabsrichter bei der 182. Infanteriedivision

heute: Amtsgerichtsrat in Annweiler

Collani, Hans-Joachim von, geb. 13.3.1909

früher: Marine-Kriegsgerichtsrat, Minensuchverbände Ost

heute: Landgerichtsrat in Lüneburg

Collet, Josef, geb. 23.7.1903

früher: Landgerichtsrat beim Sondergericht Saarbrücken

heute: Landgerichtsdirektor in Saarbrücken

Coenen, Hans-Wolf, Dr., geb. 5.11.1907

früher: Oberfeldrichter bei der 16. und 31. Infanteriedivision

heute: Senatspräsident beim Landessozialgericht Stuttgart

Cordier, Franz, geb. 30.7.1905

früher: Staatsanwalt beim Sondergericht Kassel

heute: Oberstaatsanwalt in Frankfurt a.M.; Leiter der Anwaltschaft

Cünnen, Wilhelm, geb. 12.11.1911

früher: Staatsanwalt beim Sondergericht in Zichenau (Ciechanow)

heute: Staatsanwalt in Köln

Czesla, Richard, geb. 1.12.1903

früher: Amtsgerichtsrat beim Sondergericht Königsberg (Kaliningrad)

heute: Amtsgerichtsrat in Pinneberg

Dallinger, Wilhelm, Dr., geb. Juli 1908

früher: Landgerichtsrat im Nazi-Justizministerium

heute: Ministerialdirigent im Bundesjustizministerium

Dally, Karl, geb. 14.9.1900

früher: Amtsgerichtsrat beim Sondergericht Bromberg (Bydgoszcz)

heute: Landgerichtsdirektor in Duisburg

Damman, Marcus, geb. 8.3.1914

früher: Landgerichtsrat beim Sondergericht Hamburg

heute: Oberlandesgerichtsrat in Hamburg

Dassler, Gerhard, Dr., geb. 8.11.1905

früher: Landgerichtsrat und Ankläger beim Sondergericht Dresden

heute: Landgerichtsrat in Karlsruhe

Däubler, Helmut, geb. 21.1.1904

früher: Oberlandesgerichtsrat im Nazi-Justizministerium Abt. VII

heute: Senatspräsident in Stuttgart

Dede, Christian, geb. 26.8.1906

früher: Staatsanwalt beim Sondergericht Weimar und beim „Volksgerichtshof“

heute: Landgerichtsdirektor in Hannover

Dehns, Eduard, geb. 8.8.1908

früher: Kriegsgerichtsrat der Luftwaffe

heute: Amtsgerichtsrat in Ahrensburg

Depenbrock, Heinrich, geb. 17.12.1905

früher: Staatsanwalt beim Sondergericht Bielefeld

heute: Oberstaatsanwalt in Bielefeld

Derks, Hermann, Dr., geb. 25.8.1903

früher: Landgerichtsrat beim Sondergericht Würzburg

heute: Landgerichtsdirektor in Augsburg und zum Ständigen Vertreter des Landgerichtspräsidenten bestellt

Dettmer, Helmut, Dr., geb. 9.11.1904

früher: Kriegsgerichtsrat bei der 180. Infanteriedivision

heute: Amtsgerichtsrat in Cuxhaven

Dewitz, Egmont, von, geb. 18.10.1907

früher: Kriegsgerichtsrat beim Luftgau III, Berlin

heute: Amtsgerichtsrat in Köln

Diderichs, Alexander, Dr., geb. 17.3.1906

früher: Oberstabsrichter bei der 8. Panzerdivision

heute: Staatsanwalt in Münster

Dietrich, Hans, Dr., geb. 31.5.1900

früher: Kriegsgerichtsrat bei der Kommandantur Berlin

bis August 1965: Amtsgerichtsrat in Frankfurt a. M.

Dinkelacker, Hellut, geb. 30.11.1906

früher: Amtsgerichtsrat beim Sondergericht Stuttgart

heute: Regierungsdirektor im Justizministerium Baden-Württemberg

Dittrich, Martin, geb. 2.8.1910

früher: Staatsanwalt beim Sondergericht Breslau (Wroclaw)

heute: Amtsgerichtsrat in Gießen

Dobisch, Rudolf, Dr., geb. 4.8.1904

früher: Regierungsrat in Königinhof (Dvür Králove) Mitglied der SdP; 1938 SA-Hauptsturmführer

heute: Verwaltungsgerichtsrat in Münster

Döge, Hans, Dr., geb. 29.3.1913

früher: Oberstabsrichter beim 23. Armeekorps

heute: Regierungsdirektor beim Bundesdisziplinarhof

Döllen, August von, geb. 17.8.1899

früher: Oberstabsrichter bei der 180. Division Bremen

heute: Landgerichtsdirektor in Oldenburg

Dölves, Heinrich, geb. 28.4.1903

früher: Kriegsgerichtsrat

heute: Oberamtsrichter in Wuppertal

Doms, Wilhelm, Dr., geb. 4.6.1911

früher: Oberstabsrichter bei der 36. Infanteriedivision und bei der Kommandantur von Groß-Paris, Abt. B

heute: Staatsanwalt in Freiburg/Br.

Dorer, Karl, geb. 1.6.1909

früher: Staatsanwalt beim Sondergericht Stuttgart

heute: Oberstaatsanwalt in Stuttgart

Doerr, Karl, Dr., geb. 3.11.1902

früher: Oberamtsrichter beim Sondergericht Darmstadt

heute: Landgerichtsdirektor in Darmstadt

Dossmann, Georg, Dr., geb. 6.12.1906

früher: Landgerichtsrat beim Sondergericht Straßburg (Strasbourg)

heute: Landgerichtsrat in Mannheim

Drach, Leonhard, Dr., geb. 9.3.1903

früher: Erster Staatsanwalt beim Sondergericht in Luxemburg; 1949 dort zu 35 Jahren Zuchthaus verurteilt

heute: Oberstaatsanwalt in Frankenthal

Dreher, Eduard, Dr., geb. April 1907

früher: Erster Staatsanwalt beim Sondergericht Innsbruck

heute: Ministerialdirigent im Bundesjustizministerium

Drews, Richard, Dr., geb. 29.3.1901

früher: Landgerichtsrat beim Sondergericht Dresden

heute: Landgerichtsrat in Hagen

Drinkuth, Dr., geb. 5.1.1897

früher: Feldkriegsgerichtsrat bei der Kommandantur Berlin

heute: Rechtsanwalt in Bad Pyrmont

Duhme, geb. 4.3.1903

früher: Staatsanwalt beim Sondergericht Bielefeld

heute: Oberstaatsanwalt in Münster

Dümler, Ludwig, geb. 4.3.1909

früher: Oberregierungsrat im Nazi-Justizministerium; NSDAP-Ortsgruppen- und Kreisamtsleiter

heute: Amtsgerichtsrat in Hassfurt

Dürwanger, Georg Karl, geb. 23.12.1908

früher: Amtsgerichtsrat beim Sondergericht Brunn (Brno)

heute: Amtsgerichtsrat in Nürnberg

Dyckmanns, Franz, geb. 13.6.1905

früher: Kriegsgerichtsrat bei der Kommandantur Kaiserslautern

heute: Oberamtsrichter in Kaiserslautern

Ebersberg, Heinrich, geb. 30.7.1911

früher: Erster Staatsanwalt im Nazi-Justizministerium

heute: Ministerialrat im Bundesjustizministerium

Ebmeyer, Gottfried, geb. 29.12.1906

früher: Landgerichtsrat beim Sondergericht Bielefeld

heute: Oberamtsrichter in Bielefeld

Eckardt, Erich, Dr., geb. 16.7.1900

früher: Oberkriegsgerichtsrat bei der Kommandantur von Groß-Paris; NSDAP, SS, usw.

heute: Oberlandesgerichtsrat in Hamburg

Eckert, Herbert, Dr., geb. 15.10.1905

früher: Kriegsgerichtsrat bei der 432. Infanteriedivision

heute: Oberstaatsanwalt in Oldenburg

Eder, Hugo, Dr., geb. 18.4.1903

früher: Landgerichtsrat beim Sondergericht München und Wien

heute: Oberstlandesgerichtsrat in München

Ehlers, Ernst, geb. 16.10.1909

früher: 1938 im RSHA (Sicherheitspolizei); 1940 Leiter der Staatspolizeistelle in Liegnitz (Legnica); 1941 Beauftragter des Chefs der Sicherheitspolizei für Belgien und Nordfrankreich

heute: Verwaltungsgerichtsrat beim Schleswig-Holsteinischen Verwaltungsgericht

Eickhoff, Karl, Dr., geb. 14.2.1907

früher: Oberkriegsgerichtsrat beim Oberkommando des Heeres

heute: Ministerialrat im Justizministerium Nordrhein-Westfalen

Eigenwillig, Georg, geb. 18.8.1909

früher: Oberfeldrichter OKH; SS

heute: Ministerialrat im Bundesministerium für Verteidigung

Eisenberg, Paul, geb. 28.12.1909

früher: Feldkriegsgerichtsrat bei der 433. und 463. Infanteriedivision Frankfurt a.O.

heute: Amtsgerichtsrat in Lippstadt

Eisenblätter, Helmut, geb. 5.2.1905

früher: Oberkriegsgerichtsrat beim 9. AOK, 1., 87. und 173. Division

heute: Erster Staatsanwalt in Frankfurt a. M.

Elsenheimer, Georg, geb. Mai 1903

früher: Amtsgerichtsrat beim Sondergericht Bamberg

heute: Ministerialdirigent im Bundesjustizministerium

Enkhaus, Rudolf, geb. 14.6.1902

früher: Kriegsgerichtsrat bei der 168. Infanteriedivision

heute: Landgerichtsrat in Bückeburg

Erbel, Otto, geb. 31.5.1908

früher: Landgerichtsrat beim Sondergericht Aachen

heute: Bundesrichter beim Bundesgerichtshof

Esser, Heinz, geb. 20.1.1904

früher: Erster Staatsanwalt in Leitmeritz (Litomerice) für politische Strafsachen

heute: Regierungsdirektor; Leiter des Strafgefängnisses und der Untersuchungshaftanstalt Bochum

Fähndrich, Hans-Karl, geb. 23.1.1901

früher: Oberamtsrichter beim Sondergericht Kattowitz (Katowice)

heute: Amtsgerichtsrat in Dortmund-Horde

Fangmann, Arnold, Dr., geb. 30.3.1901

früher: Oberkriegsgerichtsrat bei der Oberfeldkommandantur 570 und des OKH

heute: Landgerichtspräsident in Oldenburg

Fedder, Julius, Dr., geb. 27.2.1900

früher: Amtsgerichtsrat beim Sondergericht Hamburg

heute: Landgerichtsdirektor in Hamburg

Felmy, Heimfried, Dr., geb. 16.10.1904

**früher: Staatsanwalt beim Sondergericht Thorn (Torun) und Graudenz (Grudziadz) ;
polnische Kriegsverbrecherliste Nr. 80/192**

heute: Staatsanwalt in Oldenburg

Filter, geb. 30.9.1909

früher: Kriegsgerichtsrat beim General der Luftwaffe in Nord-Norwegen

heute: Amtsgerichtsrat in Lübeck

Fink, Ludwig, geb. 2.9.1904

früher: Kriegsgerichtsrat bei der 407. Infanteriedivision

heute: Erster Staatsanwalt in Kempten

Fleischmann, Rudolf, Dr., geb. 3.8.1903

früher: Kammergerichtsrat im Nazi-Justizministerium

heute: Ministerialdirigent im Bundesjustizministerium

Fließbach, Wilhelm, Dr., geb. 4.12.1901

früher: Oberkriegsgerichtsrat beim Oberkommando der Wehrmacht

heute: Bundesrichter beim Bundesfinanzhof

Foge, Wilhelm, Dr., geb. 17.8.1906

früher: Staatsanwalt in der Rechtsabteilung des Generalkommissariats in Minsk

heute: Erster Staatsanwalt in Kaiserslautern

Franheim, Otto, Dr., geb. 12.9.1901

früher: Landgerichtsrat beim Sondergericht Hamburg

heute: Landgerichtsdirektor in Hamburg

Francke, Fritz, geb. 11.8.1911

früher: SS-Unterscharführer; Rechtsberater im SS-Sturm 11/36; Amtsgerichtsrat in Danzig (Gdansk)

heute: Landgerichtsrat in Nürnberg-Fürth

Frankenberg, Johannes, geb. 7.1.1906

früher: Landgerichtsrat in Berlin und Ermittlungsrichter beim „Volksgerichtshof; beteiligt an „Rassenschande“-Urteilen

heute: Oberamtsrichter in Münsterstadt

Franz, Eugen, Dr., geb. 25.12.1905

früher: Oberkriegsgerichtsrat, Oberfeldrichter der 19. Panzerdivision

heute: Landgerichtsrat in Lübeck

Fraustein, W., Dr., geb. 17.7.1901

früher: Erster Staatsanwalt beim Sondergericht Posen (Poznan)

heute: Erster Staatsanwalt in Koblenz

Freyberg, Walter von, Dr., geb. 2. 5.1904

früher: Staatsanwalt beim Sondergericht Dresden

heute: Staatsanwalt in Frankfurt a. M.

Fricke, Andreas, Dr., geb. 10.11.1903

früher: Amtsgerichtsrat in Lobenstein; Ermittlungsrichter beim „Volksgerichtshof“

heute: Landgerichtsrat in Braunschweig

Friedrichs, Hans, Dr., geb. 19.1.1910

früher: Staatsanwalt beim Oberlandesgericht Prag; 1. Mai 1935 NSDAP

heute: Oberstaatsanwalt in Köln

Fröhlich, Hans, Dr., geb. 18. 6.1905

früher: Staatsanwalt beim Sondergericht München, Kriegsgerichtsrat bei der 433. Division

heute: Oberstaatsanwalt in München

Frühbrodt, Hermann, geb.28. 8.1905

früher: Kriegsgerichtsrat bei der 401. Infanteriedivision

heute: Staatsanwalt in Göttingen

Full, Werner, geb.6. 3.1914

früher: Staatsanalt für politische Strafsachen beim Oberlandesgericht München

heute: Oberlandesgerichtsrat in München

Fürsen, J. N., geb. 13.5.1908

früher: Amtsgerichtsrat und Ankläger beim Sondergericht Kiel

heute: Landgerichtsdirektor in Kiel

Fürstenhagen, Heinz-Otto, Dr., geb. 30.4.1905

früher: Marine-Oberstabsrichter bei der 9. Sicherungsdivision

heute: Senatspräsident in Hamburg

Fuxius, Albert, Dr., geb. 25.7.1907

früher: Kriegsgerichtsrat bei der Feldkommandantur 812

heute: Oberamtsrichter in Köln

Ganser, Josef, Dr., geb. 17.8.1901

früher: Oberregierungsrat im Nazi-Justizministerium

bis April 1945: Senatspräsident beim Bundespatentgericht; dann pensioniert

Gärtner, Hermann, geb. 7.3.1907

früher: Staatsanwalt beim Sondergericht Essen

heute: Staatsanwalt in Essen

Gatzsche, Alfred, geb. 1.12.1905

früher: Kriegsgerichtsrat bei der 465. Infanteriedivision

heute: Oberamtsrichter in Hanau

Gauger, Wilhelm, Dr., geb. 16.9.1904

früher: Amtsgerichtsrat beim Sondergericht Stuttgart

heute: Oberstaatsanwalt in Tübingen

Geiger, Willi, Prof. Dr., geb. 22.5.1909

früher: Landgerichtsrat beim Sondergericht Bamberg

heute: Richter beim Bundesverfassungsgericht

Geis, Walter, geb. 28.3.1909

früher: Kriegsgewichtsrat Kommandantur der Ersatz-Truppe 2-XVII, Linz

heute: Erster Staatsanwalt in Gießen

Geppert, Johann, geb.10.7.1900

früher: Amtsgerichtsrat beim Sondergericht Leitmeritz (Litomerice)

heute: Amtsgerichtsrat in Aachen

Gerard, Martin, Dr., geb. 11.8.1905

früher: Landgerichtsrat beim Sondergericht Mannheim

heute: Oberlandesgerichtsrat in Karlsruhe

Gerits, Engelbert, Dr., geb. 19.12.1906

früher: Landgerichtsrat beim Sondergericht Köln

heute: Landgerichtsdirektor in Köln

Gerlach, Bodo, Dr., geb. 13.2.1908

früher: Staatsanwalt beim Sondergericht Oldenburg

heute: Erster Oberstaatsanwalt in Oldenburg

Geyer, Franz, Dr., geb. 23.3.1905

früher: Kriegsgewichtsrat bei der 15. und 260. Infanteriedivision

heute: Obersozialgerichtsrat in Nürnberg

Gichtel, Hermann, Dr., geb. 12.1.1907

früher: Staatsanwalt beim Sondergericht in München

heute: Oberstlandesgerichtsrat in München

Giese, Kurt, geb. 16.10.1902

früher: Kriegsgerichtsrat bei der 13. Luftwaffen-Felddivision

heute: Landgerichtsrat in Lübeck

Giesecke, Hans-Werner, Dr., geb. 3.6.1907

früher: Oberfeldrichter, LXVIII AK Griechenland

heute: Landgerichtsdirektor in Frankfurt a. M.

Gille, Wolfgang, Dr., geb. 8.11.1901

früher: Feldkriegsgerichtsrat bei der 154. und 444. Infanteriedivision

heute: Bundesrichter beim Bundesverwaltungsgericht

Glaserapp, Günther von, geb. 11.10.1913

früher: Oberstabsrichter bei der Kommandantur Berlin

heute: Staatsanwalt in Detmold

Gleine, Wilhelm, geb. 8.9.1900

früher: Amtsgerichtsrat beim Sondergericht Brunn (Brno)

heute: Amtsgerichtsrat in Stuttgart

Gloge, Walter, Dr., geb. 18.8.1904

früher: Kriegsgerichtsrat bei der Kommandantur Brescia I. 1016 in Italien

heute: Amtsgerichtsrat in Braunsdrweig

Glund, Bruno, geb. 13.5.1905

früher: Landgerichtsrat beim Sondergericht Breslau (Wroclaw)

heute: Landgerichtsdirektor in Kempten

Glunz, Josef, Dr., geb. 4.6.1911

früher: Staatsanwalt beim Sondergericht Essen

heute: Regierungsdirektor, Vertreter des Polizeipräsidenten von Recklinghausen

Göke, Karl, Dr., geb. 27.6.1907

früher: Staatsanwalt beim Sondergericht Bielefeld

heute: Oberstaatsanwalt in Hamm

Gonnermann, Manfred, Dr., geb. 27.9.1905

früher: Staatsanwalt beim Oberlandesgericht Kassel (Hochverratsachen)

heute: Erster Staatsanwalt in Frankfurt a. M.

Gonnermann, Otto, Dr., geb. 15.2.1908

früher: 1935 Mitarbeiter der Gestapo; Leiter des Polizeiverwaltungsreferates bei der Regierung in Bromberg (Bydgoszcz); 1943 Landrat in Bydgoszcz

heute: Verwaltungsgerichtsdirektor in Darmstadt

Goose, Helmut, geb. 19.6.1908

früher: Kriegserichtsrat bei der Kommandantur Danzig (Gdansk)

heute: Amtsgerichtsrat in Gifhorn

Gosewisch, Hans, geb. 17.5.1902

früher: Landgerichtsrat beim Sondergericht Kailisch (Kalisz)

heute: Landgerichtsdirektor in Braunschweig

Gösser, Hellmut, geb. 14.10.1909

früher: Amtsgerichtsrat beim Sondergericht Posen (Poznan)

heute: Amtsgerichtsrat in Düsseldorf

Graf, Ludwig, Dr., geb. 17.2.1903

früher: Erster Staatsanwalt beim Sondergericht München

heute: Senatspräsident beim Obersten Landesgericht in München

Gramm, Hans, Dr., geb. 3.5.1906

früher: Ministerialrat im Nazi-Justizministerium; förderndes Mitglied der SS

heute: Senatspräsident beim Oberlandesgericht Hamburg, 1. Vorsitzender des Hamburgischen Richtervereins

Gräser, Hans, Dr., geb. 10.10.1910

früher: Landgerichtsrat im Nazi-Justizministerium

heute: Amtsgerichtsdirektor in Heidelberg

Greger, Hubertus, geb. 4.9.1907

früher: Kriegsgerichtsrat bei der 8. Jägerdivision

heute: Amtsgerichtsrat in Kassel

Grendel, Wilhelm, Dr., geb. 14.12.1902

früher: Oberlandesgerichtsrat beim „Volksgerichtshof

heute: Oberlandesgerichtsrat in Celle

Griffel, Anton, Dr., geb. 21.4.1903

früher: Erster Staatsanwalt beim Sondergericht Bamberg

heute: Oberstlandesgerichtsrat in München

Gröger, Karl, geb. 20.4.1905

früher: Staatsanwalt beim Sondergericht Breslau (Wroclaw)

heute: Erster Staatsanwalt in Memmingen

Grosch, Walter, Dr., geb. 6.3.1906

früher: Landgerichtsrat beim Sondergericht Mainz

heute: Landgerichtsrat in Frankenthal

Groskopff, Herbert, geb. 29.12.1904

früher: Kriegsgerichtsrat bei der 190. Infanteriedivision

heute: Landgerichtsdirektor in Oldenburg

Grotewold, Heinrich, geb. 28.9.1900

früher: Oberstabsrichter bei der 180., 190. und 84. Infanteriedivision

heute: Amtsgerichtsdirektor in Soltau

Groth, Erich, Dr., geb. 12.3.1904

früher: Staatsanwalt für Hochverratsachen beim Oberlandesgericht Hamburg

heute: Staatsanwalt in Hamburg

Grüb, Josef, Dr., geb. 18.5.1902

früher: Erster Staatsanwalt für politische Strafsachen in Nürnberg

heute: Senatspräsident beim Oberlandesgericht München

Gruhl, Gerhard, geb. 11.5.1900

früher: Amtsgerichtsrat beim Sondergericht Kiel

heute: Amtsgerichtsrat in Lübeck

Grunau, Theodor, Dr., geb. 22.12.1902

früher: Oberstaatsanwalt beim Sondergericht Celle

heute: Regierungsdirektor im Strafvollzugsamt Hamm

Grunert, Friedrich, geb. 12.10.1912

früher: Kriegsgerichtsrat bei der 4. Panzerdivision

heute: Amtsgerichtsrat in Kiel

Grußdorf, Joachim, geb. 31.5.1907

früher: Kriegsgerichtsrat bei der 143. Infanteriedivision

heute: Amtsgerichtsrat in Göttingen

Gugler, Heinrich, Dr., geb. 26.8.1906

früher: Staatsanwalt beim Sondergericht Breslau (Wroclaw)

heute: Leitender Oberstaatsanwalt in Hamm

Guntermann, Franz, Dr., geb. 20.1.1908

früher: Staatsanwalt in München und Vollstreckungsleiter bei Hinrichtungen

heute: Landgerichtsrat in München

Günther, Karl, geb. 4.3.1906

früher: Staatsanwalt beim Sondergericht Hamburg

heute: Landgerichtsrat in Hamburg

Güntner, Hans, Dr., geb. 23.4.1906

früher: Staatsanwalt beim Sondergericht Eger (Cheb)

heute: Landesarbeitsgerichtsdirektor in Tübingen

Haase, Johannes, Dr., geb. 1.5.1908

früher: Staatsanwalt beim Sondergericht Zichenau (Ciechanow)

heute: Staatsanwalt in Hildesheim

Habben, Herbert, geb. 30.3.1909

früher: Oberfeldrichter bei der 6. Infanteriedivision Bielefeld

heute: Staatsanwalt in Hannover

Hachmeister, Karl, Dr., geb. 8.1.1912

früher: SS-Führer und SS-Richter

heute: Amtsgerichtsrat in Wolfsburg

Häfele, Karl, Dr., geb. 28.11.1902

früher: Landgerichtsrat beim Sondergericht Frankfurt a.M.

heute: Landgerichtsdirektor in Frankfurt a.M.

Haferkorn, Alfred, Dr., geb. 28.4.1903

früher: Oberlandesgerichtsrat beim Sondergericht Dresden

heute: Amtsgerichtsdirektor in Korbach

Hagedorn, Richard, geb. 12.1906

früher: Landgerichtsrat beim Sondergericht in Brunn (Brno), Oberkriegsgerichtsrat bei der 83. Infanteriedivision

heute: Oberstaatsanwalt in Hamburg

Hagemann, Heinz, Dr., geb. 9.10.1904

früher: Erster Staatsanwalt beim Sondergericht Celle

heute: Oberstaatsanwalt in Verden

Hagemeister, Heinrich, geb. 1.2.1906

früher: Kriegsgerichtsrat bei einem Armeekommando

heute: Landgerichtsdirektor in Itzehoe

Hagenbeck, Werner, Dr., geb. 29.3.1903

früher: Feldkriegsgerichtsrat bei der Feldkommandantur 606

heute: Amtsgerichtsrat in Düsseldorf

Hagens, Hans von, Dr., geb. 10.12.1911

früher: Oberstabsrichter bei der Wehrmachtskommandantur Berlin und bei der 257. und 169. Infanteriedivision

heute: Landgerichtsrat in Verden/Aller

Hagmann, Heinrich, geb. 21. 6.1907

früher: Assessor und Ankläger bei der I. Großen Strafkammer Dortmund; er war auch beteiligt an „Rassenschande“-Urteilen

heute: Erster Staatsanwalt in Bielefeld

Haidinger, Oskar, Dr., geb. 29. 3.1908

früher: Landgerichtsrat beim Sondergericht Litzmannstadt (Lodz)

heute: Senatspräsident beim Bundesgerichtshof

Haller, Walter, Dr., geb. 5. 1. 1909

früher: Staatsanwalt beim Sondergericht Stuttgart

heute: Amtsgerichtsdirektor in Waiblingen

Hamaekers, Clemens, Dr., geb. 28.11.1904

früher: Staatsanwalt beim Sondergericht Kattowitz (Katowice)

heute: Staatsanwalt in Wuppertal

Hammer, Hermann, Dr., geb. 28.8.1906

früher: Landgerichtsrat beim Sondergericht Stettin (Szczecin)

heute: Oberamtsrichter in Stadthagen

Hänert, Berthold, geb. 5.8.1901

früher: Feldkriegsgerichtsrat bei der 14. und 174. Division

heute: Landgerichtsdirektor in Bochum

Harder, Erwin, Dr., geb. 8.11.1903

früher: Landgerichtsrat beim Sondergericht Hamburg und Warschau

heute: Landgerichtsdirektor in Hamburg

Harder, Herbert, Dr., geb. 28.1.1907

früher: Oberstabsrichter bei der 11. Division Allenstein (Olsztyn)

heute: Amtsgerichtsrat in Hamburg

Hardraht, Günter, Dr., geb. 17.10.1909

früher: Staatsanwalt im Nazi-Justizministerium

heute: Bundesrichter beim Bundesverwaltungsgericht

Härlin, Ernst, Dr., geb. 5.1.1901

früher: Oberkriegsgerichtsrat bei der 15. Infanteriedivision

heute: Landgerichtsdirektor in Stuttgart

Harms, Adolf, geb. 2.3.1900

früher: Landgerichtsrat beim Sondergericht Oldenburg

heute: Landgerichtsdirektor in Oldenburg

Harms, Alfred, Dr., geb. 4.9.1905

früher: Kriegsgerichtsrat bei der 19. Luftwaffen-Felddivision

heute: Senatspräsident in Celle

Hartinger, Josef, geb. 14.9.1893

früher: Kriegsgerichtsrat, Höheres Kommando LX

heute: Staatssekretär im Bayrischen Justizministerium

Hartke, Ernst, geb. 12.7.1906

früher: Kriegsgerichtsrat bei der Kommandantur Groß-Paris

heute: Oberamtsrichter in Wetter a. d. Ruhr

Hartmeyer, Wilhelm, Dr., geb. 18.5.1912

früher: Landgerichtsrat beim Sondergericht Essen

heute: Landgerichtsdirektor in Essen

Heerhaber, Wilhelm, geb. 23.1.1903

früher: Feldkriegsgerichtsrat bei der Wehrmachtskommandantur Berlin

heute: Oberamtsrichter in Tecklenburg

Hegener, Wilhelm, geb. 31.12.1906

früher: Amtsgerichtsrat beim „Volksgerichtshof“ (Hochverrat)

heute: Amtsgerichtsrat in Salzkotten

Heinemann, Friedrich, Dr., geb. 9.6.1904

früher: Kriegserichtsrat bei der 371. Infanteriedivision

heute: Landgerichtsdirektor in Kassel

Heinke, Erhard, geb. 13.3.1913

früher: Staatsanwalt beim Sondergericht Breslau (Wroclaw)

heute: Landgerichtsdirektor in Nürnberg-Fürth

Heinrichs, Fritz, geb. 13.5.1904

früher: Erster Staatsanwalt beim Sondergericht Mainz

heute: Erster Staatsanwalt in Darmstadt

Henke, Alfred, geb. 13.10.1909

früher: Kriegserichtsrat bei der 190. Infanteriedivision

heute: Landgerichtsdirektor in Osnabrück

Hennecke, Kurt, geb. 12.7.1905

früher: Staatsanwalt beim Sondergericht Prag

heute: Senatspräsident beim Landessozialgericht Celle

Hennig, Martin, Dr., geb. 1.8.1901

früher: Landgerichtsrat beim Sondergericht Leipzig

heute: Amtsgerichtsrat in Plettenberg

Hensel, Ernst, geb. 22.12.1911

früher: Oberstabsrichter bei der 9. Panzerdivision

heute: Staatsanwalt in Braunschweig

Henseling, Jakob, Dr., geb. 10.1.1913

früher: Amtsgerichtsrat beim Oberlandesgericht Kassel (politische Strafsachen)

heute: Landgerichtsdirektor in Kassel

Herbert, Karl, geb. 28.2.1904

früher: Kriegserichtsrat bei der Kommandantur Aachen

heute: Senatspräsident beim Oberlandesgericht Koblenz

Hergt, Albert, Dr., geb. 13.1.1901

früher: Landgerichtsrat beim Sondergericht Frankfurt a. M.

heute: Amtsgerichtsrat in Wiesbaden

Herrnreiter, Ferdinand, Dr., geb. 8.3.1907

früher: Staatsanwalt beim „Volksgerichtshof“

heute: Landgerichtsdirektor in Augsburg

Herting, Hans, Dr., geb. 25.7.1909

früher: Staatsanwalt beim Sondergericht Dessau

heute: Staatsanwalt in Koblenz

Herzing, Wilhelm, geb. 6.1.1903

früher: Staatsanwalt beim Sondergericht Würzburg

heute: Amtsgerichtsdirektor in Bad Neustadt /Saale

Herzog, Josef, Dr., geb. April 1903

früher: Erster Staatsanwalt beim Oberlandesgericht Prag

heute: Ministerialrat im Bundesjustizministerium

Herzog, Siegmund, Dr., geb. 24.5.1910

früher: Kriegserichtsrat beim Militär-Bezirk B/SW Frankreich und bei der Feldkommandantur Lissa (Leszno)

heute: Amtsgerichtsrat in Osnabrück

Hey, Hubert, geb. 10.6.1901

früher: Kriegserichtsrat beim Oberkommando der Wehrmacht

heute: Leitender Ministerialrat im Justizministerium Nordrhein-Westfalen

Heyde, Waldemar, geb. 12.6.1908

früher: Feldkriegsgerichtsrat bei der 404. Division Dresden und der 171. Division; V-Mann der Gestapo

heute: Landgerichtsdirektor in Stuttgart

Heyer, Kurt, Dr., geb. 7.6.1908

früher: Kriegsgerichtsrat

heute: Staatsanwalt in Braunschweig

Heyne, Heinz, geb. 7. 5.1903

früher: Richter beim Sondergericht Radom

heute: Senatsrat beim Bundespatentgericht

Hezel, Friedrich, Dr., geb. 12.2.1912

früher: Landgerichtsrat im Nazi-Justizministerium

heute: Oberlandesgerichtsrat in Stuttgart

Hildebrand, Heinz, geb. 4.7.1903

früher: Erster Staatsanwalt für politische Strafsachen in Lübeck

heute: Oberstaatsanwalt in Lübeck

Hildebrandt, Hans-Ulrich, Dr., geb. 7.1.1909

früher: Landgerichtsrat beim Sondergericht Stettin (Szczecin)

heute: Amtsgerichtsrat in Castrop-Rauxel

Hille, Fritz, geb. 4. 3.1907

früher: Staatsanwalt beim Sondergericht Hannover

heute: Oberstaatsanwalt in Detmold

Hillenkamp, Ulrich, geb. 5.4.1912

früher: Oberstabsrichter beim AOK 17

heute: Rechtsanwalt in Viersen

Hillmann, Arno, Dr., geb. 29.11.1909

früher: Oberfeldrichter beim Oberkommando des Heeres

heute: Oberstaatsanwalt in Stuttgart

Hillrichs, geb. 21.5.1911

früher: Staatsanwalt beim Sondergericht Oldenburg

heute: Landgerichtsrat in Osnabrück

Hirmer, Hans, Dr., geb. 31.1.1909

früher: Landgerichtsrat beim Sondergericht München

heute: Amtsgerichtsrat in München

Hirschbrich, Georg, geb. 18. 9.1902

früher: Feldkriegsgerichtsrat beim Oberkommando des Heeres/HR

heute: Oberamtsrichter in Freising

Hodes, Fritz, Dr., geb. 6 2.1908

früher: Kriegsgerichtsrat bei der 26. und 36. Infanteriedivision, Mitarbeiter der Nazi-Zeitschrift für Wehrrecht

heute: Oberlandesgerichtsrat in Frankfurt a. M.

Höfer, Gerhard, Dr., geb. 26.8.1901

früher: Feldkriegsgerichtsrat beim Oberbaustab 17

heute: Amtsgerichtsrat in Hannover

Höffler, Siegfried, Dr., geb. 16.2.1909

früher: Staatsanwalt beim Sondergericht Berlin

heute: Erster Staatsanwalt in Bremen

Hoffmann, Walter, geb. 3. 6.1909

früher: Oberstabsrichter bei der 34. Division Koblenz

heute: Staatsanwalt in Mainz

Hoffrichter, Otto, geb. 1.6.1906

früher: Oberstabsrichter bei der 246. Infanteriedivision

heute: Landgerichtsdirektor in Waldshut

Höher, Konrad, Dr., geb. 9.5.1905

früher: Staatsanwalt beim Sondergericht Aachen und beim „Volksgerichtshof“

heute: Staatsanwalt in Köln

Höhn, Rudolf, Dr., geb. 13.10.1908

früher: Staatsanwalt beim Sondergericht Würzburg

heute: Landgerichtsrat in Würzburg

Holl, Bernd, Dr., geb. 20.12.1907

früher: Oberfeldrichter beim Oberkommando des Heeres

heute: Regierungsdirektor Gefangenenlager Oberems und Haftanstalt Bielefeld

Holstein, Heinz, geb. 2.4.1913

früher: Amtsgerichtsrat beim Sondergericht in Jena

heute: Landgerichtsrat in Stuttgart

Holtzheimer, Dr., geb. 8.2.1908

früher: Amtsgerichtsrat beim Sondergericht Königsberg (Kaliningrad)

heute: Amtsgerichtsdirektor in Herzberg/Harz

Holz, Waldemar, Dr., geb. 5.11.1904

früher: Amtsgerichtsrat beim Sondergericht Bielitz (Bielsko)

heute: Amtsgerichtsdirektor in Geislingen

Holzki, Alfred, geb. 27.11.1911

früher: Kriegsratsrat der 11. und 12. Division Allenstein (Olsztyn)

heute: Amtsgerichtsrat in Kronach

Hönneckes, Heinrich, Dr., geb. 31.5.1910

früher: Kriegsratsrat bei der 20. Division Hamburg

heute: Oberverwaltungsgerichtsrat in Münster

Hoof, Rudolf, Dr., geb. 12.4.1899

früher: Kammergerichtsrat im Nazi-Justizministerium

heute: Ministerialrat im Hessischen Justizministerium

Hoogen, Matthias, geb. 25. 6.1904

früher: Kriegsgerichtsrat d. Lw. und Oberstabsrichter bei der Kurlandarmee

heute: Wehrbeauftragter des Bundestages

Hornig, Erich, geb. 20.12.1901

früher: Kammergerichtsrat im Nazi-Justizministerium, Abt. VI

heute: Ministerialdirigent im Justizministerium Niedersachsen

Hübener, Ulrich, geb. 15.12.1901

früher: Landgerichtsrat beim Sondergericht Schwerin

heute: Landgerichtsrat in Hamburg

Huber, Ulrich, geb. 7. 5.1904

früher: Landgerichtsrat beim Sondergericht Dortmund

heute: Landgerichtsdirektor in Bielefeld

Hubernagel, Wilhelm, geb. 8. 2.1903

früher: Staatsanwalt beim Sondergericht Radom und Leitmeritz (Litomerice)

heute: Oberstaatsanwalt in Düsseldorf

Hückstädt, Hermann, Dr., geb. 31.1.1902

früher: Amtsgerichtsrat beim Sondergericht Kiel

heute: Landgerichtsdirektor in Kiel

Hülle, Werner, Dr., geb. 30. 4.1903

früher: Oberstrichter beim Oberkommando der Wehrmacht

heute: Oberlandesgerichtspräsident in Oldenburg

Humbert, Jürgen, Dr., geb. 7.1.1908

früher: Staatsanwalt bei den Sondergerichten Frankfurt a. O., Litzmannstadt (Lodz) und Berlin

heute: Staatsanwalt in Lübeck

Hunger, Horst, geb. 4.5.1902

früher: Kriegsgerichtsrat bei der 463. Infanteriedivision

heute: Bundesrichter beim Bundessozialgericht

Hüntemann, Dr., geb. 3.1.1904

früher: Staatsanwalt für politische Strafsachen beim Oberlandesgericht Hamm

heute: Oberstaatsanwalt in Bochum

Hüpers, Franz, Dr., geb. 29.10.1904

früher: Staatsanwalt bei den Sondergerichten Hohensalza (Inowroclaw) und Beuthen (Bytom)

heute: Erster Staatsanwalt in Oldenburg

Hußlein, Otto, Dr., geb. 25.10.1905

früher: Richter eines Feldgerichts in Dänemark

heute: Landgerichtspräsident in Deggendorf

Huyke, Wilhelm, Dr., geb. 5.9.1900

früher: Oberstabsrichter, Fester Platz Borrissow

heute: Oberlandesgerichtsrat in Oldenburg

Indra, Rudolf, Dr., geb. 10.3.1901

früher: Amtsgerichtsrat in Freiwaldau (Fryvaldov), Ermittlungsrichter des „Volksgerichtshofes“

heute: Landgerichtsrat in Gießen

Itzen, Alwin, geb. 4.5.1908

früher: Amtsgerichtsrat beim Sondergericht Oldenburg

heute: Amtsgerichtsrat in Wilhelmshaven

Jacobs, Werner, Dr., geb. 19.5.1907

früher: Oberstabsrichter bei der 52. und 428. Infanteriedivision

heute: Amtsgerichtsdirektor in Karlsruhe

Jaeger, Helmut, geb. 20.6.1901

früher: Staatsanwaltschaftsrat beim „Volksgerichtshof“

heute: Oberlandesgerichtsrat in München

Jagow, Clemens von, geb. 14.2.1903

früher: Landgerichtsrat beim Sondergericht Kiel

heute: Landgerichtspräsident in Lübeck

Jahn, Günter, Dr., geb. 7.9.1901

früher: Kriegserichtsrat bei der Oberfeldkommandantur 397 und beim AOK 11

heute: Amtsgerichtsdirektor in Lüneburg

Jakob, Hermann, geb. 4.10.1906

früher: 15. Juli 1932 SS-Oberscharführer; Rechtsberater einer SS-Standarte; Staatsanwalt in Ingolstadt

heute: Landgerichtsrat in Augsburg

Jakubassa, Paul, Dr., geb. 15.2.1900

früher: Oberfeldrichter bei der 5. Panzerdivision und der 432. Division

bis Juli 1965: Verwaltungsgerichtsdirektor in Arnberg

Jancke, Helmut, geb. 27. 6.1907

früher: Landgerichtsrat beim Sondergericht Posen (Poznan)

heute: Amtsgerichtsrat in Herford (inzwischen verstorben)

Janischowsky, Ewald, Dr., geb. 13.8.1905

früher: Landgerichtsrat beim Sondergericht Oppeln (Opole)

heute: Amtsgerichtsrat in Hannover

Japes, Dr., geb. 10.1.1904

früher: Staatsanwalt beim Sondergericht Essen

heute: Oberstaatsanwalt in Siegen

Jarzina, Ludwig, geb. 11. 2.1902

früher: Amtsgerichtsrat beim Sondergericht I Berlin

heute: Amtsgerichtsdirektor in Hechingen

Jenniches, August, geb. 7. 9.1909

früher: Staatsanwalt beim Sondergericht Nürnberg

heute: Landgerichtsdirektor in Nürnberg-Fürth

Jeremias, Hans-Georg, Dr., geb. 13.2.1902

früher: Kriegsgerichtsrat, Kommando rückwärtige Dienste 584

heute: Senatspräsident in Celle und Mitglied des Staatsgerichtshofes Niedersachsen

Jessenberger, Ernst, Dr., geb. 13.12.1905

früher: Amtsgerichtsrat beim Sondergericht Zichenau (Ciechanow)

heute: Verwaltungsgewichtsdirektor in Neustadt a. d. Weinstraße

John, Helmut, geb. 7.5.1906

früher: Kriegsgerichtsrat bei der Oberfeldkommandantur 582 und der 20. Panzerdivision

heute: Oberlandesgerichtsrat in Hamm

Johnn, Felix von, geb. 27.6.1903

früher: Marine-Oberkriegsgerichtsrat

heute: Landessozialgerichtsrat in Schleswig

Juncker, Heinz, geb. 3.2.1907

früher: Amtsgerichtsrat beim Sondergericht Posen (Poznan)

heute: Amtsgerichtsrat in Diez

Jung, Hans, geb. 11. 7.1904

früher: Staatsanwalt beim Sondergericht Brunn (Brno)

heute: Staatsanwalt in Siegen

Jung, Herbert, Dr., geb. 22.5.1903

früher: Oberlandesgerichtsrat beim Sondergericht Kassel

heute: Oberlandesgerichtsrat in Frankfurt a. M.

Junghanns-Konopka, Herbert, Dr., geb. 20. 6.1902

früher: Amtsgerichtsrat beim Sondergericht I Posen (Poznan)

heute: Amtsgerichtsrat in Ballingen

Jungmann, Franz, Dr., geb. 21.5.1905

früher: Staatsanwalt beim Sondergericht Posen (Poznan)

heute: Staatsanwalt in Essen

Jürgens, Ulrich, geb. 15. 7.1904

früher: Kriegsgerichtsrat bei der 174. Division Hannover

heute: Amtsgerichtsrat in Lüdenscheid

Kammer, Erich, Dr., geb. 9. 6.1905

früher: Staatsanwalt beim Sondergericht für Lothringen in Sulzbach

heute: Senatspräsident beim Oberlandesgericht in Saarbrücken

Kannengießer, Heinz, geb. 9.10.1907

früher: Marine-Oberkriegsgerichtsrat

heute: Amtsgerichtsrat in Bremerhaven

Karow, Karl, geb. 13. 8.1905

früher: Kriegsgerichtsrat bei der Kommandantur Berlin

heute: Erster Staatsanwalt in Hanau

Karpen, Werner, Dr., geb. 2.10.1905, früher Karpinski

früher: Staatsanwalt für politische Strafsachen in Danzig (Gdansk)

heute: Oberstaatsanwalt in Hagen

Karrasch, Günter, geb. 16.11.1911

früher: Oberstabsrichter bei der 8. und 14. Division

heute: Amtsgerichtsrat in Oberhausen

Kaulbach, Günter, geb. 26. 5.1904

früher: Kammergerichtsrat im Nazi-Justizministerium

heute: Senatspräsident des Oberlandesgerichts Karlsruhe und Mitglied des 1. Senats des Obersten Rückerstattungsgerichts in Rastatt

Kaune, Bernhard, Dr., geb. 12.10.1906

früher: Oberfeldrichter der 1. Panzerdivision und Kommandantur Groß-Paris

heute: Senatspräsident beim Landessozialgericht Stuttgart

Kayser, Alexander, geb. 16. 4.1903

früher: Krieggerichtsrat beim Oberkommando der Wehrmacht - WR

heute: Senatspräsident in Celle

Keidel, Theodor, geb. 9.12.1902

früher: Oberstaatsanwalt für politische Strafsachen beim Oberlandesgericht in München I

heute: Oberstlandesgerichtsrat in München

Keisel, Heinrich, geb. 24. 9.1908

früher: Staatsanwalt beim Sondergericht München

heute: Oberstaatsanwalt in München

Keller, Otfried, geb. 28. 4.1911

früher: Oberstabsrichter bei der 26. Division Köln

heute: Landgerichtspräsident in Marburg

Kemper, Heinz, Dr., geb. 22. 9.1913

früher: Richter beim Sondergericht Aachen

heute: Verwaltungsgerichtsdirektor in Koblenz, Kammer Trier

Keppel, Otto, geb. 1.12.1908

früher: Oberfeldrichter bei der 12., 32. und 218. Infanteriedivision und beim Feldkriegsgericht des Armee-Oberkommandos 19

heute: Staatsanwalt in Darmstadt

Kessel, Franz, geb. 21. 8.1908

früher: Landgerichtsrat beim Sondergericht Aachen

heute: Oberlandesgerichtsrat in Köln

Kettnacker, Hans, geb. 17. 7.1905

früher: Kriegserichtsrat bei der 465. Infanteriedivision

heute: Oberamtsrichter in Stuttgart

Keutgen, Hans, Dr., geb. 12. 6.1912

früher: Landgerichtsrat beim Sondergericht Aachen

heute: Landgerichtsdirektor in Aachen

Keyser, Werner, Dr., geb. 26. 5.1904

früher: Staatsanwalt für politische Strafsachen beim Oberlandesgericht Dresden

heute: Erster Staatsanwalt in Kassel

Kieckbusch, Günther, geb. 6.11.1909

früher: Hauptsturmführer der Waffen-SS; Anklagevertreter und Vorsitzender bei einem SS- und Polizeigericht; Sachbearbeiter in Strafvollstreckungs- und Gnadensachen beim Hauptamt SS-Gericht

heute: Justizrat in Philippsburg

Kieler, Herbert, Dr., geb. 18.1.1905

früher: Oberamtsrichter beim Sondergericht Oppeln (Opole)

heute: Sozialgerichtsrat in Münster

Kinnen, Peter, geb. 28.5.1902

früher: Oberstabsrichter bei der 102. und 526. Infanteriedivision

heute: Amtsgerichtsrat in Solingen

Klein, Karl, geb. 27.8.1904

früher: Kriegserichtsrat bei der 156. Infanteriedivision

heute: Bundesrichter beim Bundesverwaltungsgericht

Kleinknecht, Otto, geb. 12.6.1901

früher: Staatsanwalt beim Sondergericht Stuttgart

heute: Oberamtsrichter in Marbach

Kleiß, Bruno, geb. 8.2.1904

früher: Kriegsgerichtsrat

heute: Oberstaatsanwalt in Oldenburg

Klemp, Max, Dr., geb. 7.12.1897

früher: Oberkriegsgerichtsrat; Kommandeur des Versorgungsbezirks Mitte und der Sicherungsdivision 285

heute: Landgerichtsrat in Stade

Klenner, Willibald, geb. 19. 6.1908

früher: Oberstabsrichter in Norwegen

heute: Landgerichtsdirektor in Stuttgart

Klier, Walter, Dr., geb. 17. 7.1908

früher: Staatsanwalt für politische Strafsachen in Leitmeritz (Litomerice) und Prag

heute: Amtsgerichtsrat in Egensburg

Knackstedt, Karl, geb. 11.1.1905

früher: Kriegsgerichtsrat bei der 158. Division

heute: Vizepräsident beim OLG Braunschweig

Knippenberg, Dr., geb. 13. 4.1904

früher: Staatsanwalt beim Sondergericht Dortmund

heute: Oberstaatsanwalt in Münster

Knobloch, Gottfried, geb. 17.10.1911

früher: Staatsanwalt beim Sondergericht Kattowitz (Katowice)

heute: Erster Staatsanwalt in Frankfurt a. M.

Knop, Walter, geb. 17. 8.1906

früher: Oberlandesgerichtsrat in Braunschweig; 1926 NSDAP; Mitglied des Reichstages des „Dritten Reiches“; Oberstes Parteigericht

heute: Amtsgerichtsrat in Seesen

Knossalla, Arnold, Dr., geb. 5. 8.1902

früher: Staatsanwalt beim Sondergericht Breslau (Wroclaw)

heute: Landgerichtsdirektor in Wiesbaden

Kobel, Otto, geb. 13. 6.1912

früher: Oberstabsrichter bei der 156. Infanteriedivision und 158. Reservedivision

heute: Landgerichtsrat in Hamburg

Koebel, Ulrich, Dr., geb. 19.6.1901

früher: Amtsgerichtsrat, Senat für Hochverratsachen Stuttgart

heute: Senatspräsident beim Oberlandesgericht Stuttgart

Koch, Adalbert, geb. 14.10.1910

früher: Oberstabsrichter bei der 61. und 141. Infanteriedivision und 9. AOK

heute: Rechtsanwalt in Bünde/Westfalen

Köhne, Hans, geb. 18.10.1902

früher: Staatsanwalt in Dortmund; beteiligt an Willkürurteilen gegen Juden

heute: Staatsanwalt in Bielefeld

Kolb, Karl, Dr., geb. 12.1.1903

früher: Erster Staatsanwalt beim Sondergericht Kalisch (Kalisz)

heute: Oberstaatsanwalt in Würzburg

König, Fritz, geb. 27. 8.1905

früher: Oberstabsrichter bei der 173. und 271. Infanteriedivision

heute: Amtsgerichtsrat in Braunschweig

Kori, Manfred, geb. 24.1.1906

früher: Amtsgerichtsrat und Ankläger beim Sondergericht in Leoben

heute: Landgerichtsrat in Nürnberg

Kornhuber, Helmut, Dr., geb. 15.10.1900

früher: Landgerichtsdirektor beim Sondergericht Königsberg (Kaliningrad)

heute: Oberlandesgerichtsrat in Schleswig

Kräh, Bernhard, geb. 9. 7.1912

früher: Gerichtsoffizier beim Standgericht der Artillerie Abt. 75

heute: Landgerichtsrat in Bonn

Kraemer, Leo, Dr., geb. 18. 9.1901

früher: Staatsanwalt beim „Volksgerichtshof“

heute: Oberstaatsanwalt in Köln

Krapp, Philipp, Dr., geb. 7. 8.1906

früher: Amtsgerichtsrat beim Sondergericht Mährisch-Ostrau (Moravska Ostrava)

heute: Oberlandesgerichtsrat in Bamberg

Kraus, Josef, Dr., geb. 13.1.1917

früher: Referendar im Sicherheitsdienst - Leitabschnitt Prag

heute: Landgerichtsrat in Regensburg

Krebs, Heinrich, Dr., geb. 6.1.1910

früher: Amtsgerichtsrat beim Senat für Hochverratsachen Stuttgart

heute: Bundesrichter beim Bundessozialgericht

Krekel, Adolf

früher: Staatsanwalt beim Sondergericht Kattowitz (Katowice)

heute: Rechtsanwalt in Köln-Klettenberg

Kreß, Gustav, Dr., geb. 17.9.1902

früher: Kriegsgerichtsrat bei der 413. Infanteriedivision

heute: Oberamtsrichter in Schwabach

Kristl, Karl, Dr., geb. 1.7.1910

früher: Gerichtsassessor in der politischen Strafkammer beim Landgericht Eger (Cheb)

heute: Landgerichtsdirektor in Nürnberg-Fürth

Krohn, Hans-Martin, geb. 18.1.1904

früher: Kriegserichtsrat bei der 190. Division

heute: Senatspräsident beim Oberlandesgericht Schleswig

Krüger, Ulrich, geb. 24.12.1907

früher: Staatsanwalt beim Sondergericht Frankfurt a.M.

heute: Oberstaatsanwalt in Frankfurt a. M.; Ständiger Vertreter des Generalstaatsanwaltes

Krüger, Walter, geb. 23.11.1905

früher: Oberfeldrichter bei der 1. Infanteriedivision

heute: Amtsgerichtsdirektor in Lübeck

Kruss, Jakob, Dr., geb. 12.8.1902

früher: Landgerichtsrat im Nazi-Justizministerium, Abt. III, politische Strafsachen

heute: Landgerichtsdirektor in Krefeld

Kubasch, Theodor, geb. 9.7.1902

früher: Oberlandesgerichtsrat in Luxemburg; Hauptstellenverwalter im Gaurechtsamt Moselland

heute: Oberamtsrichter in Rheinbach

Kuhlmann, Fritz, Dr., geb. 5.11.1905

früher: Oberfeldrichter bei der 6. Division Bielefeld

heute: Landgerichtsdirektor in Bielefeld

Kuhn, Horst, geb. 16.1.1910

früher: Staatsanwalt beim Sondergericht Königsberg (Kaliningrad)

heute: Erster Staatsanwalt in Frankfurt a. M.

Kühn, Fritz, Dr., geb. 13. 3.1906

früher: Staatsanwalt beim Sondergericht Nürnberg

heute: Oberstaatsanwalt in Nürnberg-Fürth

Kühn, Max, geb. 10. 9.1902

früher: Landgerichtsrat beim Sondergericht Köln

heute: Landgerichtsdirektor in Köln

Kuhnert, Alfred, geb. 4. 5.1910

früher: Landgerichtsrat beim Sondergericht Aachen

heute: Oberstaatsanwalt in Essen

Kuhr, Erich, geb. 8. 8.1910

früher: Oberstabsrichter bei der Grenzkommandantur Wedel

heute: Staatsanwalt in Gießen

Kulemann, Johannes, Dr., geb. 7. 2.1899

früher: Kriegsgerichtsrat bei der Feldkommandantur 560

heute: Amtsgerichtsrat in Hamburg

Kümmel, Fritz, geb. 5. 6.1908

früher: Oberstabsrichter bei der 227. Infanteriedivision

heute: Staatsanwalt in Mönchengladbach

Kummer, Georg, geb. 4. 8.1900

früher: Amtsgerichtsrat beim Sondergericht Hagen

heute: Amtsgerichtsrat in Bielefeld

Künnecke, Erich, geb. 18. 2.1906

früher: Feldkriegsgerichtsrat bei der 190. Infanteriedivision

heute: Amtsgerichtsrat in Lüneburg

Kurze, Paul, geb. 14.11.1901

früher: Kammergerichtsrat im Nazi-Justizministerium; Werwolf; SA-Sturmführer

heute: Sozialgerichtsrat in Braunschweig

Küster, Wilhelm, geb. 26.1.1901

früher: Amtsgerichtsrat beim Sondergericht Aachen

heute: Amtsgerichtsrat in Düren

Kutschmann, Hans Werner, Dr. 10.1.1908

früher: Staatsanwalt im Nazi-Justizministerium, Abt. III, politische Strafsachen

heute: Oberlandesgerichtsrat in Celle

Lampen, Gregor, Dr., geb. 22.12.1905

früher: Heeresrichter bei der 82. Infanteriedivision

heute: Amtsgerichtsrat in Lingen

Landwehr, Wilhelm, geb. 1. 7.1903

früher: Oberkriegsgerichtsrat bei der 5. Panzerdivision

heute: Erster Staatsanwalt in Hannover

Lange, Hans-Ulrich, geb. 27. 2.1911

früher: Staatsanwalt beim Sondergericht Troppau (Opava)

heute: Bundesrichter beim Bundesverwaltungsgericht

Last, Hans, geb. 29. 4. 1909

früher: Kriegsgerichtsrat bei der Oberfeldkommandantur 670

heute: Amtsgerichtsrat in Ansbach

Laube, geb. 5. 5.1908

früher: Staatsanwalt im Nazi-Justizministerium, Abt. IV, politische Strafsachen

heute: Senatspräsident in Hamm

Laudes, Josef, geb. 15. 4.1904

früher: Landgerichtsrat beim Sondergericht Wuppertal

heute: Amtsgerichtsrat in Solingen

Lay, Hans Werner, geb. 1. 2.1906

früher: Erster Staatsanwalt in Mannheim; Staatsanwalt beim „Volksgerichtshof“; SS-Obersturmführer

heute: Oberlandesgerichtsrat in Karlsruhe

Lefringhausen, Paul, geb. 8.10.1900

früher: Kriegserichtsrat beim Feldluftgau XXVI

heute: Oberlandesgerichtsrat in Düsseldorf

Lehnhoff, Günther, geb. 31. 7.1911

früher: Staatsanwalt beim Sondergericht Danzig (Gdansk)

heute: Oberstaatsanwalt in Düsseldorf

Leick, Waldemar, geb. 25.1.1900

früher: Referent beim Gen.-Kdo. Ukraine

heute: Vizepräsident beim Oberverwaltungsgericht in Schleswig-Holstein

Leiterer, Richard, Dr., geb. 8. 2.1902

früher: Leiter der Gestapo-Leitstelle Magdeburg; SS-Obersturmbannführer im Sicherheitsdienst der Reichsleitung der NSDAP

heute: Verwaltungsgerichtsrat beim Schleswig-Holsteinischen Verwaltungsgericht

Lenski, Konrad, Dr., geb. 13. 6.1901

früher: Kriegserichtsrat beim Reichskriegsgericht und Feldkriegsgericht 6

heute: Landgerichtsdirektor in Lüneburg

Lerch, Christoph, Dr., geb. 2.3.1902

früher: Kriegserichtsrat bei der 464. Infanteriedivision

heute: Oberamtsrichter in Duderstadt

Littmann, Eberhard, Dr., geb. 22. 7.1909

früher: Landgerichtsrat beim Sondergericht in Prag

heute: Bundesrichter beim Bundesfinanzhof in München

Liebau, Dr., geb. 15.11.1905

früher: Amtsgerichtsrat beim Sondergericht Posen (Poznan), Sachbearbeiter für Sondergerichte im Nazi-Justizministerium

heute: Oberamtsrichter in Seesen

Liebich, Johannes, geb. 5. 8.1908

früher: Staatsanwalt beim Sondergericht Kattowitz (Katowice)

heute: Staatsanwalt in Kaiserslautern

Lind, Helmut, Dr., geb. 1.12.1913

früher: Oberstabsrichter beim AOK 14; 4. Gebirgsdivision, SA

heute: Obersozialgerichtsrat in Gießen

Lindemann, geb. 23. 6.1906

früher: Landgerichtsrat beim Sondergericht Dortmund

heute: Oberlandesgerichtsrat in Hamm

Lindscheid, geb. 7.12.1908

früher: Amtsgerichtsrat beim Sondergericht Dortmund

heute: Amtsgerichtsrat in Hagen

Linsenhoff, Karl, geb. 22. 9.1901

früher: Oberkriegsgerichtsrat bei dem Panzerarmee-Oberkommando 4

heute: Landgerichtsrat in Oldenburg

Lipps, Herbert, Dr., geb. 30. 7.1911

früher: Landgerichtsrat beim Sondergericht Posen (Poznan)

heute: Amtsgerichtsrat in Weiden

Littek, Richard, geb. 5.11.1901

früher: Oberstabsrichter bei der 291. Infanteriedivision, Oberkommando des Heeres/HR

heute: Amtsgerichtsdirektor in Hamburg

Löde, Helmut, Dr., geb. 14. 9.1906

früher: Staatsanwalt beim Sondergericht Dessau

heute: Staatsanwalt in Hannover

Lohner, Otto, Dr., geb. 23.7.1912

früher: Oberstabsrichter, Sonderaufträge (Lothringen und Luxemburg, Strafgefangenenlager Papenburg, Brigade 999 u. a.)

heute: Rechtsanwalt in Mayen

Lohrey, Heinrich, geb. 13.9.1909

früher: Amtsgerichtsrat beim Sondergericht Mannheim

heute: Landgerichtsdirektor in Mannheim

Löllke, Ernst, geb. 10.7.1905

früher: Staatsanwalt beim Sondergericht Rostock, Posen (Poznan), Metz und Saarbrücken

heute: Staatsanwalt in Hamburg

Looft, Walter, geb. 14.11.1905

früher: 1938-1940 Mitarbeiter des „Reichskommissars“ in Wien; 1941 Mitarbeiter des „Reichsstatthalters“ in Posen (Poznan); 1943 Mitarbeiter der Privatkanzlei Hitlers. NSDAP seit 1928

heute: Verwaltungsgerichtsdirektor beim Schleswig-Holsteinischen Verwaltungsgericht

Lorenz, Hans-Helmut, Dr., geb. 18.4.1913

früher: Kriegsgerichtsrat bei der Kommandantur Berlin

heute: Rechtsanwalt in Hamburg-Wandsbek

Lorenzen, Dr., geb. 14. 2.1909

früher: Amtsgerichtsrat im Nazi-Justizministerium, Abt. III

heute: Oberlandesgerichtsrat in Schleswig

Lörtz, Johann, geb. 23. 3.1905

früher: Kriegsgerichtsrat bei der 344. Infanteriedivision

heute: Senatspräsident in Karlsruhe

Lösch, Kurt, Dr., geb. 12. 2.1905

früher: Amtsgerichtsrat und Ankläger beim Sondergericht Weimar

heute: Amtsgerichtsrat in Zeven

Lösch, Alwin, geb. 12. 2.1904

früher: Kriegsgerichtsrat bei der 339. Infanteriedivision

heute: Amtsgerichtsdirektor in Offenbach

Löscher, Otto, Dr., geb. 15. 6.1910

früher: Landgerichtsrat im Nazi-Justizministerium, Abt. III

heute: Bundesrichter beim Bundesgerichtshof

Lüders, Hans, Dr., geb. 27. 3.1906

früher: Staatsanwalt beim Sondergericht Braunschweig

heute: Oberlandesgerichtsrat in Braunschweig

Ludolph, Alfred, Dr., geb. 21. 4.1904

früher: Erster Staatsanwalt beim Sondergericht Danzig (Gdansk)

heute: Staatsanwalt in Braunschweig

Ludwig, Heinz, geb. 12.11.1905

früher: Amtsgerichtsrat beim Sondergericht II Hohensalza (Inowroclaw)

heute: Amtsgerichtsrat in Stuttgart-Bad Cannstatt

Lüning, Richard, geb. 18. 9.1910

früher: Staatsanwalt beim Sondergericht Celle

heute: Oberlandesgerichtsrat in Celle

Luther, Dr., geb. 26. 2.1909

früher: Landgerichtsrat beim Sondergericht Frankfurt a. M.

heute: Landgerichtsrat in Limburg

Mahlke, Karl, geb. 5. 4.1899

früher: Feldkriegsgerichtsrat bei der 85. Infanteriedivision

heute: Amtsgerichtsrat in Ratzeburg

Maisenhälder, Alois, Dr., geb. 18. 8.1910

früher: Amtsgerichtsrat beim Sondergericht Stuttgart

heute: Oberlandesgerichtsrat in Stuttgart

Malessa, Johannes, geb. 25.5.1911

früher: Oberstabsrichter bei der 76. Infanteriedivision

heute: Landessozialgerichtsrat in Schleswig

Manchot, Karl, Dr., geb. 25.3.1906

früher: Staatsanwalt beim Sondergericht München

heute: Landgerichtsdirektor in München

Martens, Hans-Hermann, Dr., geb. 24.2.1904

früher: Kriegsgerichtsrat bei der Division z. b. V. 411

heute: Senatspräsident beim Landessozialgericht Celle

Martens, Jakob, geb. 7.5.1905

früher: 1932 NSDAP; Vorsitzender eines NSDAP-Kreisgerichts; Ortsgruppenleiter der NSDAP; 1938 Hilfsreferent im Nazi-Innenministerium; 1940 Kriegsverwaltungsrat beim OKH in Holland

heute: Verwaltungsgerichtsdirektor beim Schleswig-Holsteinischen Verwaltungsgericht

Martens, Kurt, geb. 3. 4.1910

früher: Landgerichtsrat beim Sondergericht Kiel

heute: Landgerichtsdirektor in Kiel

Martin, Curt, geb. 6. 2.1905

früher: Landgerichtsrat beim Sondergericht Jena und Weimar; Staatsanwalt beim Sondergericht in Prag; NSDAP-Blockleiter

heute: Amtsgerichtsdirektor in Bitburg

Marx, Gerhard, Dr., geb. 16.12.1906

früher: Staatsanwalt beim Sondergericht Aachen

heute: Amstgerichtsdirektor in Eschweiler

Mäth, Albert, geb. 23. 5.1911

früher: Landgerichtsrat beim Sondergericht Zichenau (Ciechanow)

heute: Amtsgerichtsrat in Kiel

Mattern, Friedrich, Dr., geb. 6.11.1908

früher: Landgerichtsrat beim Sondergericht Brunn (Brno)

heute: Bundesrichter beim Bundesgerichtshof

Matthiessen, Heinrich, geb. 10.12.1906

früher: Staatsanwalt beim Sondergericht Posen (Poznan)

heute: Staatsanwalt in Kiel

Mayer, Josef, Dr., geb. 25.6.1905

früher: Amtsgerichtsrat beim Sondergericht Nürnberg

heute: Landgerichtsdirektor in Nürnberg-Fürth

Mayer, Karl Bernhard, geb. 25.8.1905

früher: Staatsanwalt beim Sondergericht Darmstadt

heute: Staatsanwalt in Gießen

Meier-Branecke, Hans, Dr., geb. 4.7.1900

früher: Oberkriegsgerichtsrat, Oberstrichter beim OKH

heute: Senatspräsident beim Oberlandesgericht Braunschweig

Meinardus, Dr., geb. 28. 5.1904

früher: Staatsanwalt beim Sondergericht Koblenz

heute: Erster Staatsanwalt in Trier

Meiser, Fritz, geb. 1.1.1914

früher: Marinehilfsrichter

heute: Senatspräsident in München

Mellwitz, Artur, geb. 19.2.1909

früher: Amtsgerichtsrat beim Sondergericht Naumburg

heute: Bundesrichter beim Bundessozialgericht

Mende, Gerhard, geb. 20.6.1901

früher: Landgerichtsrat beim Sondergericht Breslau (Wroclaw)

heute: Landgerichtsdirektor in Arnsberg

Menger, Georg, Dr., geb. 12.8.1903

früher: Kriegsgerichtsrat bei der 413. Infanteriedivision

heute: Oberamtsrichter in Mellrichstadt

Mennecke, Karl, geb. 1.1.1901

früher: Staatsanwalt beim Sondergericht Zweibrücken

heute: Landgerichtsrat in Landau

Merz, Helmut, Dr., geb. 10.9.1911

früher: Staatsanwalt in Landau/Pfalz; SS-Hauptsturmführer

heute: Oberlandesgerichtsrat in Neustadt a. d. Weinstraße

Metten, A., Dr., geb. 16.4.1902

früher: Reichsanwalt für politische Strafsachen beim Reichsgericht

heute: Oberstaatsanwalt in Essen

Metz, Wilhelm, Dr., geb. 22.12.1908

früher: Staatsanwalt im Nazi-Justizministerium, Abt. III, Politische Strafsachen

heute: Oberlandesgerichtsrat in Neustadt a. d. Weinstraße

Meusel, Gotthold, Dr., geb. 23.4.1905

früher: Kriegsgerichtsrat, Landgerichtsdirektor beim Sondergericht Berlin

heute: Senatspräsident beim Oberlandesgericht in Nürnberg

Meusel, Johannes, geb. 30. 7.1900

früher: Landgerichtsrat beim Sondergericht Breslau (Wroclaw) und Berlin

heute: Landgerichtsdirektor in Göttingen

Mewes, Günther, Dr., geb. 6.12.1908

früher: Oberkriegsgerichtsrat bei der 2. und 29. Panzerdivision

heute: Amtsgerichtsdirektor in Marburg

Mey, Werner, geb. 20.12.1908

früher: Kriegsgerichtsrat, Oberstabsrichter beim Oberkommando des Heeres Süd

heute: Senatspräsident beim Oberlandesgericht in Bremen

Meyer, Friedrich, geb. 17.8.1905

früher: Staatsanwalt beim Sondergericht Erfurt

heute: Oberstaatsanwalt in Münster

Meyer, Hans, geb. 25. 5.1904

früher: Feldkriegsgerichtsrat bei der 444. Sicherungsdivision; 1932 Mitglied der NSDAP, Politischer Leiter

heute: Landgerichtsdirektor in Braunschweig

Meyer-Hentschel, Gerhard, Dr., geb. 9. 9.1911

früher: Kriegsgerichtsrat bei der Division 409

heute: Präsident des Oberverwaltungsgerichts in Koblenz und Mitglied des Verfassungsgerichtshofes Rheinland-Pfalz

Meynen, Hermann, geb. 21.8.1898

früher: Landgerichtsrat beim Sondergericht Kiel

heute: Oberlandesgerichtsrat in Schleswig

Mezger, Hans-Robert, Dr., geb. 22.7.1904

früher: Kriegsgerichtsrat bei der 152., 293. und 370. Infanteriedivision; Oberstabsrichter bei der Wehrmachtskommandantur Berlin

heute: Bundesrichter beim Bundesgerichtshof

Misera, Alfons, Dr., geb. 6.12.1900

früher: Staatsanwalt beim Sondergericht Berlin

heute: Obersozialgerichtsrat in Augsburg

Mittelbach, Hans, Dr., geb. 19.9.1903

früher: Staatsanwalt beim Sondergericht Berlin

heute: Oberlandesgerichtsrat in Köln

Möhl, Wolfgang, Dr., geb. 23.5.1905

früher: Landgerichtsdirektor beim Sondergericht Leslau (Wloclawek)

heute: Oberstaatsanwalt beim Obersten Landesgericht in München

Mohns, Gerhard, geb. 7.6.1910

früher: Staatsanwalt beim Sondergericht Berlin und Frankfurt/Oder

heute: Oberstaatsanwalt in Celle

Moeker, Alex, Dr., geb. 30.10.1908

früher: Staatsanwalt für politische Strafsachen in Kattowitz (Katowice)

heute: Staatsanwalt in Mönchengladbach

Mollenhauer, Werner, geb. 14. 9.1905

früher: Erster Staatsanwalt beim Sondergericht Königsberg (Kaliningrad)

heute: Landgerichtsrat in Hannover

Möller, Wilhelm, geb. 19. 8.1904

früher: Oberfeldrichter beim Panzer-AOK I in Südfrankreich; Partisanenbekämpfung

heute: Oberamtsrichter in Oldenburg

Morschbach, Josef, Dr., geb. 3. 5.1905

früher: Staatsanwalt beim Sondergericht Köln

heute: Oberstaatsanwalt in Mainz

Mugler, Hans, Dr., geb. 3.11.1904

früher: Kriegserichtsrat bei der 320. Infanteriedivision

heute: Landgerichtspräsident in München

Mühlenfels, Willy von, geb. 27.9.1905

früher: Landgerichtsrat beim Sondergericht Mannheim und Karlsruhe

heute: Landgerichtspräsident in Baden-Baden

Mühlhaus, Hermann, Dr., geb. 8.3.1903

früher: Kriegserichtsrat bei der 264. Infanteriedivision

heute: Oberstlandesgerichtsrat in München

Müller, Hanswerner, Dr., geb. 7.7.1899

früher: Oberlandesgerichtsrat im Nazi-Justizministerium

heute: Bundesrichter beim Bundesverwaltungsgericht, Berlin

Müller, Helmut, Dr., geb. 18.12.1906

früher: 1939-1942 Oberregierungsrat; zuletzt ständiger Vertreter des Polizeipräsidenten in Danzig (Gdansk); 1942 SS-Sturmbannführer; Polizeipräsident in Gdingen (Gdynia)

heute: Verwaltungsgerichtsrat beim Schleswig-Holsteinischen Verwaltungsgericht

Müller, Kurt, geb. 19.8.1905

früher: Oberstabsrichter bei der 6., 196., 70., 463. und 172. Division, Kommandantur Berlin

heute: Landgerichtsdirektor in Hagen

Müller, Robert, geb. 26. 5.1909

früher: Staatsanwalt beim Sondergericht Freiburg

heute: Amtsgerichtsdirektor in Freiburg

Müller, Walter, Dr., geb. 21.10.1901

früher: Oberstkriegsgerichtsrat in Frankreich

heute: Landgerichtsdirektor in Stuttgart

Münich, Alfred, Dr., geb. 2. 9.1906

früher: Feldkriegsgerichtsrat; seit 1933 Mitglied der NSDAP; 1937 beim „Volksgerichtshof“; an vielen Urteilen gegen Antifaschisten mitbeteiligt

heute: Senatspräsident am Oberlandesgericht in München

Münstermann, Wolfgang, Dr., geb. 18.11.1898

früher: Vorsitzender des Sondergerichts Berlin und Posen (Poznan); Richter beim „Volksgerichtshof“

heute: Rechtsanwalt in Celle

Müntinga, Helmut, Dr., geb. 4.8.1907

früher: Amtsgerichtsrat beim Sondergericht Kiel

heute: Oberamtsrichter in Bad Seegeberg

Munzinger, Werner, Dr., geb. 9.8.1909

früher: Amtsgerichtsrat beim Sondergericht Mannheim

heute: Regierungspräsident von Nordbaden

Nagel, Hellmuth, Dr., geb. 28.5.1906

früher: Oberfeldrichter bei der 62. Infanteriedivision

heute: Oberlandesgerichtsrat in München

Nappe, Walter, Dr., geb. 26.11.1908

früher: Amtsgerichtsrat beim Sondergericht Königsberg (Kaliningrad)

heute: Amtsgericht in Kiel

Nebel, Dr., geb. 20.9.1904

früher: Oberfeldrichter bei der Kommandantur Mailand (Milano)

heute: Senatspräsident beim Oberlandesgericht Düsseldorf

Neidhard, Friedrich, geb. 7.9.1907

früher: Amtsgerichtsrat beim Sondergericht Straßburg (Strasbourg)

heute: Regierungsdirektor im Justizministerium Baden-Württemberg

Nellessen, Wilhelm, Dr., geb. 28.11.1900

früher: Oberstaatsanwalt beim Sondergericht Bielitz (Bielsko)

heute: Oberstaatsanwalt in Aachen

Neuberger, Erich, geb. 8. 2.1910

früher: Amtsgerichtsrat in Bromberg (Bydgoszcz); SS-Sturmbannführer, Hauptamt SS-Gericht

heute: Erster Staatsanwalt in Saarbrücken

Neumaier, Alois, Dr., geb. 17.6.1901

früher: Landgerichtsrat beim Sondergericht München

heute: Oberstlandesgerichtsrat in München

Neuroth, Hans-Heinrich, geb. 19.11.1908

früher: Oberfeldrichter bei der Kommandantur Berlin; Armeericter beim Panzer-AOK 3 und Saarland

heute: Amtsgerichtsrat in Schlüchtern

Nickels, Peter, Dr., geb. 17.3.1903

früher: Staatsanwalt beim Sondergericht Hamburg

heute: Amtsgerichtsdirektor in Hamburg

Niemer, geb. 30.1.1902

früher: Erster Staatsanwalt für politische Strafsachen in Hamm

heute: Erster Staatsanwalt in Münster (inzwischen verstorben)

Niese, Hans, geb. 18. 4.1911

früher: Kriegsrichter bei der 30. Division Lübeck

heute: Leitender Oberstaatsanwalt in Krefeld

Nieuhoff, geb. 5.10.1900

früher: Landgerichtsrat beim Sondergericht Hannover

heute: Amtsgerichtsrat in Hannover

Nissen, Rolf, geb. 19.6.1911

früher: Krieggerichtsrat

heute: Landgerichtsdirektor in Hamburg

Nix, Josef, geb. 30. 4.1904

früher: Krieggerichtsrat bei der Division 409

heute: Senatspräsident in Koblenz

Noack, geb. 12.10.1898

früher: Landgerichtsrat beim Sondergericht Litzmannstadt (Lodz)

heute: Amtsgerichtsrat in Schleswig

Normann, Hans-Henning von, geb. 23.2.1903

früher: Ministerialrat beim „Reichsmarschall“ und Beauftragten für den „Vierjahresplan“, Göring; Leiter des Referats 2, u. a. „Judensachen“

heute: Bundesanwalt beim Bundesverwaltungsgericht

Nössler, Kuno, Dr., geb. 27.10.1904

früher: Oberstabsrichter beim Zentralgericht des Heeres Berlin-Charlottenburg

heute: Oberamtsrichter in Aachen

Nürnberger, Rudolf, Dr., geb. 7.7.1912

früher: Amtsgerichtsrat beim Sondergericht Magdeburg

heute: Verwaltungsgerichtsdirektor in Arnsberg

Nüsslein, Andreas, Dr., geb. 5.3.1909

früher: Staatsanwalt in Brunn (Brno) ; Kriegsverbrecherliste Nr. A - 6/316

heute: Amtsgerichtsdirektor in Coburg

Nentwig, Georg, geb. 12.11.1906

früher: Kriegsgerichtsrat beim Gericht der 28. Division in Breslau (Wroclaw)

heute: Senatspräsident beim Landessozialgericht in München

Oberländer, Alexander, Dr., geb. 17.5.1906

früher: Militärverwaltungsoberrat; Gauhauptstellenleiter Thüringen

heute: Verwaltungsgerichtsrat in Hannover (inzwischen verstorben)

Ocker, Hermann, geb. 17.7.1905

früher: Kriegsgerichtsrat bei der 71. Infanteriedivision

heute: Landgerichtsdirektor in Hildesheim

Ohm, K., Dr., geb. 4. 5.1903

früher: Amtsgerichtsrat beim Sondergericht Hannover

heute: Oberlandesgerichtsrat in Celle

Oldenburg, Fritz, geb. 4.1.1901

früher: Amtsgerichtsrat beim Sondergericht Prenzlau

heute: Amtsgerichtsrat in Bielefeld

Oligmüller, geb. 15. 5.1912

früher: Staatsanwalt beim Sondergericht Essen

heute: Landgerichtsdirektor in Essen

Oellrich, Walter, Dr., geb. 3.3.1903

früher: Staatsanwalt beim Sondergericht Hamburg

heute: Landgerichtsdirektor in Hamburg

Oppe, Wilfried, Dr., geb. 2.9.1911

früher: Staatsanwalt beim Sondergericht Oppeln (Opole)

heute: Oberstaatsanwalt in Duisburg

Oppenheuser, Walter, geb. 15.12.1904

früher: Feldkriegsgerichtsrat bei der 173. Division

heute: Landessozialgerichtsrat beim Landessozialgericht Saarland

Ortmann, Hans, geb. 10.4.1903

früher: Oberstabsrichter bei der 526. Infanteriedivision

heute: Amtsgerichtsrat in Duisburg

Orzechowski, Wolfgang, Dr., geb. 16.6.1904

früher: Staatsanwalt beim Sondergericht Breslau (Wroclaw) und beim Volksgerichtshof II. Senat

heute: Oberstaatsanwalt in Köln

Oeser, Richard, Dr., geb. 15.10.1905

früher: Staatsanwalt beim Sondergericht München

heute: Oberstaatsanwalt in München II

Ostermeier, Robert, Dr., geb. 29.5.1903

früher: Landgerichtsrat beim Sondergericht Nürnberg-Fürth

heute: Landgerichtsdirektor in Nürnberg-Fürth

Oesterreich, Hans, geb. 20.10.1905

früher: Landgerichtsrat beim Sondergericht Breslau (Wroclaw)

heute: Erster Staatsanwalt in Kassel

Otter, Dr., geb. 7.1.1903

früher: Heeresrichter bei der Standort-Kommandantur 192

heute: Landgerichtsdirektor in Hannover

Ottersbach, Karl-Heinz, geb. 10.6.1912

früher: Staatsanwalt beim Sondergericht Kattowitz (Katowice)

bis Frühjahr 1965: Staatsanwalt in Lüneburg

Passauer, Hans, geb. 25. 5.1909

früher: Oberstabsrichter bei der 12. Division Schwerin

heute: Staatsanwalt in Itzehoe

Päth, Gerd, Dr., geb. 23. 8.1911

früher: Staatsanwalt beim Sondergericht Hamburg

heute: Amtsgerichtsrat in Hamburg

Pecher, Otto, Dr., geb. 29.4.1903

früher: Landgerichtsrat beim Sondergericht Cottbus

heute: Bundesrichter beim Bundesarbeitsgericht

Petersen, Harro, Dr., geb. 22.4.1912

früher: Staatsanwalt für politische Strafsachen in Kattowitz (Katowice)

heute: Landgerichtsdirektor in Flensburg

Petzke, Hans, Dr., geb. 30.7.1901

früher: Oberkriegsgerichtsrat

heute: Oberstaatsanwalt in Nürnberg-Fürth

Pfenningsdorf, geb. 27.4.1908

früher: Amtsgerichtsrat im Nazi-Justizministerium, Sondergerichtssachen Ostgebiete

heute: Landgerichtsrat in Bonn

Pfleiderer, geb. 2. 2.1912

früher: Staatsanwalt beim Sondergericht Prag und Brunn (Brno)

heute: Oberstaatsanwalt beim Oberlandesgericht Gelle

Philippi, Walter, geb. 8.12.1902

früher: Kriegsgerichtsrat, Oberstabsrichter der 176. Infanteriedivision

heute: Amtsgerichtsrat in Dortmund

Pichon, Lothar, geb. 5.2.1903

früher: Amtsgerichtsrat beim Sondergericht Frankfurt a. O.

heute: Landgerichtsrat in Osnabrück

Piesker, Joachim, geb. 24.5.1904

früher: Erster Staatsanwalt beim Sondergericht Celle und Hannover

heute: Oberlandesgerichtsrat in Celle

Pingel, geb. 18.5.1907

früher: Staatsanwalt beim Sondergericht Kiel

heute: Staatsanwalt in Kiel

Pippert, geb. 24. 5.1904

früher: Erster Staatsanwalt beim Sondergericht Wien

heute: Oberstaatsanwalt in Dortmund

Plock, Gerhard, Dr., geb. 17.2.1913

**früher: Oberstabsrichter bei der 52., 166. Infanteriedivision und der 20. Panzerdivision
Panzer-AOK 3**

heute: Rechtsanwalt und Notar in Dillenburg

Plönnies, Rudolf, Dr., geb. 8.9.1908

früher: Landgerichtsrat beim Sondergericht Brunn (Brno)

heute: Amtsgerichtsrat in Itzehoe

Pohlmann, Gert, geb. 3.10.1901

**früher: Landgerichtsrat in Berlin; 14. Mai 1923 NSDAP (Nr. 9664); Goldenes
Ehrenzeichen der NSDAP; Kreisschulungsleiter**

heute: Verwaltungsgerichtsdirektor in Stuttgart

Pöhlmann, Heinrich, geb. 31.8.1904

früher: Staatsanwalt beim Sondergericht Saarbrücken

heute: Landgerichtsdirektor in Bayreuth

Poos, Dr., geb. 13.1.1904

früher: Amtsgerichtsrat beim Sondergericht Celle

heute: Amtsgerichtsrat in Hannover

Poppelbaum, Helmut, geb. 22.10.1903

früher: Kriegsgewichtsrat beim Oberkommando des Heeres und bei der 6. Division Bielefeld

heute: Landgerichtsdirektor in Lüneburg

Poersch, Lothar, Dr., geb. 14.10.1906

früher: Oberfeldrichter bei der 24. Infanteriedivision

heute: Amtsgerichtsdirektor in Selb

Pöschla, Heinrich, Dr., geb. 25.3.1900

früher: Kriegsgewichtsrat der Luftwaffe

heute: Erster Staatsanwalt in Wuppertal

Preiser, Friedrich, Dr., geb. 23.8.1898

früher: Landgerichtsdirektor im Nazi-Justizministerium, Abt. IV, Ref.-Leiter für politische Strafsachen

heute: Oberlandesgerichtsrat in Braunschweig

Priedigkeit, Georg, geb. 29.3.1908

früher: Staatsanwalt beim Sondergericht Schneidemühl (Pila)

heute: Arbeitsgerichtsrat in Hagen

Pröhl, geb. 14.10.1905

früher: Landgerichtsrat beim Sondergericht Magdeburg

heute: Landgerichtsrat in Frankfurt a. M.

Prüfer, Hans, geb. 5.11.1903

früher: Amtsgerichtsrat und Ankläger beim Sondergericht Freiburg

heute: Oberjustizrat in Mülheim

Quack, Rudolf, geb. 7.7.1910

früher: Oberstabsrichter bei der 17., 18. und 213. Infanteriedivision

heute: Landgerichtsdirektor in Gießen

Raab, Alois, Dr., geb. 5.1.1910

früher: Amtsgerichtsrat beim Sondergericht Prag

heute: Landgerichtsrat in Kleve

Raabe, Kurd, geb. 19.6.1898

früher: Kriegsgerichtsrat bei der 209. Infanteriedivision

bis August 1965: Oberamtsrichter in Uslar

Rabenau, Reinhard von, geb. 12.3.1913

früher: Oberstabsrichter bei der 3. und 17. Panzerdivision

heute: Landgerichtsrat in Düsseldorf

Raeder, Rudolf, geb. 13.8.1904

früher: Staatsanwalt beim Sondergericht Düsseldorf

heute: Leitender Oberstaatsanwalt in Köln

Rahn, Dietrich, Dr., geb. 14.4.1914

früher: Feldkriegsgerichtsrat bei der 463. Infanteriedivision

heute: Oberstaatsanwalt in Frankfurt a. M.

Ral, Franz, Dr., geb. 3. 8.1905

früher: Staatsanwalt beim Sondergericht München

heute: Verwaltungsgerichtsdirektor in München

Randbrock, Erich, geb. 22.1.1904

früher: Landgerichtsrat beim Landgericht Essen („Rassenschande“-Sachen)

heute: Landgerichtsdirektor in Koblenz

Raschik, Friedrich, Dr., geb. 30.3.1906

früher: Landgerichtsrat beim Sondergericht Mährisch-Schönberg (Sumperk)

heute: Oberlandesgerichtsrat in Frankfurt a. M.

Rathmayer, Otto, geb. 15.12.1905

früher: Amtsgerichtsrat; Ankläger beim „Volksgerichtshof“

heute: Landgerichtsrat in Landshut

Rathske, geb. 16.9.1903

früher: Staatsanwalt beim Sondergericht Düsseldorf

heute: Staatsanwalt in Koblenz

Rausch, Heinz, Dr., geb. 14.9.1909

früher: Landgerichtsrat beim Sondergericht Magdeburg

heute: Oberlandesgerichtsrat in Celle

Rebmann, Gustav, Dr., geb. 13. 5.1904

früher: Staatsanwalt beim Sondergericht Berlin

heute: Oberstaatsanwalt in Düsseldorf

Reckmann, Hans, Dr., geb. 21.6.1902

früher: Krieggerichtsrat bei der 526. Infanteriedivision

heute: Oberamtsrichter in Goch

Regis, Reinhold, Dr., geb. 6.1.1903

früher: Oberlandesgerichtsrat in Jena, Standrichter

heute: Landgerichtsrat in Bielefeld

Rehbock, Johannes, Dr., geb. 2. 9.1898

früher: Kammergerichtsrat beim Sondergericht Berlin

heute: Landgerichtsdirektor in Kiel

Reichelt, Dr., geb. 20.1.1904

früher: Staatsanwalt beim „Volksgerichtshof“

heute: Erster Staatsanwalt beim Oberlandesgericht Koblenz

Reil, Theodor, geb. 20.6.1909

früher: Kriegserichtsrat bei der 404. Infanteriedivision

heute: Landessozialgerichtsrat in Stuttgart (inzwischen verstorben)

Rein, Arthur, Dr., geb. 6.8.1901

früher: Oberstaatsanwalt beim Sondergericht Dortmund

heute: Senatspräsident in Hamm

Reiners, Friedrich, Dr., geb. 25.3.1904

früher: Heeresrichter beim Zentralgericht des Heeres Berlin-Charlottenburg

heute: Oberlandesgerichtsrat in Hamburg

Rempe, Heinrich, Dr., geb. 24.4.1902

früher: Oberlandesgerichtsrat im Nazi-Justizministerium, Abt. III

heute: Oberlandesgerichtspräsident in Hamm

Renatus, Heinrich, geb. 21.10.1902

früher: Kriegserichtsrat und Oberstabsrichter bei der 464. Infanteriedivision

heute: Landessozialgerichtsrat in München

Retsch, Georg, geb. 2.2.1901

früher: Oberstabsrichter bei der 1. Panzerdivision

heute: Oberstlandesgerichtsrat in München

Reubold, Hans, Dr., geb. 29. 9.1900

früher: Erster Staatsanwalt beim Sondergericht München

heute: Landgerichtspräsident in Nürnberg-Fürth

Reusch, Werner, Dr., geb. 23.10.1902

früher: Oberstrichter beim Oberkommando des Heeres

heute: Senatspräsident beim Oberlandesgericht Frankfurt a. M.

Reuter, Rudolf, Dr., geb. 12. 6.1905

früher: Staatsanwalt beim Sondergericht Prag; Kriegsverbrecherliste der CSR Nr. A 38-87

heute: Leitender Oberstaatsanwalt in Wuppertal

Rheinen, Fritz, Dr., geb. 14.6.1905

früher: Kriegsgerichtsrat bei der 176. Infanteriedivision

heute: Landgerichtsdirektor in Duisburg

Rhode, Werner, geb. 1.2.1913

früher: Staatsanwalt beim Sondergericht Prag; Kriegsverbrecherliste der CSR Nr. A 38-88

heute: Regierungsdirektor im Justizministerium Schleswig-Holstein

Richert, geb. 18.12.1898

früher: Amtsgerichtsrat beim Sondergericht Elbing (Elblag)

heute: Amtsgerichtsrat in Flensburg

Rieder, Karl, geb. 11.3.1903

früher: Oberkriegsgerichtsrat bei der Wehrmachtsskommandantur Berlin

heute: Landgerichtspräsident in Zweibrücken (Siehe Tafel 22)

Riemann, Kurt, geb. 17.7.1913

früher: Kriegsgerichtsrat

heute: Landgerichtspräsident in Bückeburg

Riepenhausen, Ernst, geb. 23.8.1903

früher: Landgerichtsrat beim Sondergericht Leslau (Wloclawek); polnische Kriegsverbrecherliste

heute: Oberlandesgerichtsrat in Bamberg

Rietmeyer, Otto, Dr., geb. 10.1.1909

früher: Staatsanwalt beim Sondergericht Köln

heute: Oberamtsrichter in Lindlar

Rimelin, Renatus, Dr., geb. 12.4.1909

früher: Staatsanwalt beim Sondergericht Stuttgart

heute: Oberlandesgerichtsrat in Stuttgart

Rittinger, Josef, Dr., geb. 10.3.1906

früher: Kriegsgerichtsrat bei der 17. Armee, Passau

heute: Oberamtsrichter in Eichstätt

Rochlitz, Viktor, Dr., geb. 16.3.1914

früher: Gerichtsassessor; Ankläger beim Sondergericht Straßburg (Strasbourg)

heute: Landgerichtsrat in Heidelberg (inzwischen verstorben)

Rodominski, Herbert, geb. 15.11.1912

früher: Richter beim Sondergericht Hamburg

heute: Amtsgerichtsrat in Hamburg-Harburg

Rogalla, Hans, geb. 24.2.1901

früher: Staatsanwalt beim Sondergericht Stettin (Szczecin)

heute: Erster Staatsanwalt in Verden

Rogge, Hans, geb. 15.8.1901

früher: Landgerichtsrat beim Sondergericht Kiel

heute: Landgerichtsdirektor in Flensburg

Roggenkamp, Kurt, Dr., geb. 31.10.1906

früher: Kriegsgerichtsrat bei der 384. Infanteriedivision

heute: Amtsgerichtsdirektor in Hamburg-Blankenese

Romatzeck, Wilhelm, geb. 18.12.1905

früher: Amtsgerichtsrat beim Sondergericht Königsberg (Kaliningrad)

heute: Amtsgerichtsrat in Königshofen im Grabfeld (inzwischen verstorben)

Roemer, Walter, geb. 27. 8.1902

früher: Erster Staatsanwalt beim Sondergericht München

heute: Ministerialdirigent im Bundesjustizministerium

Römer, Josef, geb. 29. 3.1914

früher: Ankläger beim Sondergericht Wuppertal

heute: Ministerialrat im Justizministerium Nordrhein-Westfalen

Ronke, Maximilian, Prof. Dr., geb. 27.11.1904

früher: Oberlandesgerichtsrat beim Sondergericht Prag

heute: Landgerichtsdirektor in Würzburg

Rosendahl, geb. 7.4.1905

früher: Staatsanwalt beim Sondergericht Thorn (Torun)

heute: Staatsanwalt in Münster

Roesler, Karl, Dr., geb. 18.6.1903

früher: Oberlandesgerichtsrat für politische Strafsachen in Posen (Poznan)

heute: Oberverwaltungsgerichtsrat in Münster

Ross, geb. 31.5.1908

früher: Landgerichtsrat im Nazi-Justizministerium

heute: Amtsgerichtsrat in Düsseldorf

Rössiger, geb. 19.10.1911

früher: Divisionsrichter

heute: Oberamtsrichter in Vlotho

Rostock, Heinrich, geb. 22.7.1904

früher: Kriegsgerichtsrat bei der 409. Infanteriedivision

heute: Amtsgerichtsrat in Eschwege

Rothe, Gerhard, Dr., geb. 29.8.1906

früher: Landgerichtsrat beim Sondergericht Naumburg und beim Reichskommissar für die besetzten niederländischen Gebiete (1941)

heute: Bundesrichter beim Bundesgerichtshof

Ruff, Wilhelm, geb. 11.9.1912

früher:: Oberstabsrichter bei der 9. Infanteriedivision

heute: Amtsgerichtsrat in Stuttgart

Ruepprecht, Hans-Ulrich Freiherr von, Dr., geb. 9.7.1911

früher: Landgerichtsrat in Ravensburg; Ermittlungsrichter des „Volksgerichtshofes“

heute: Oberlandesgerichtsrat in Stuttgart

Saage, Erwin, Dr., geb. 7.7.1907

früher: Kammergerichtsrat im Nazi-Justizministerium

heute: Ministerialdirektor im Bundesjustizministerium

Sand, Hermann, geb. 1.7.1907

früher: Landgerichtsrat beim Sondergericht München

heute: Oberlandesgerichtsrat in München

Sandrock, Konrad, Dr., geb. 18.2.1902

früher: Landgerichtsrat und Staatsanwalt für politische Strafsachen beim Reichsgericht

heute: Oberlandesgerichtsrat Frankfurt a.M.

Sauer, Valentin, geb. 27.12.1901

**früher: Kriegsgerichtsrat bei der 409. Infanteriedivision **

heute: Landgerichtsdirektor in Marburg

Sauter, Philipp, geb. 6.7.1903

früher: Kriegsgerichtsrat bei der 362. Infanteriedivision

heute: Landgerichtsdirektor in Mannheim

Schade, Hans, Dr. Dr., geb. 10.9.1901

früher: Kammergerichtsrat im Nazi-Justizministerium

heute: Senatspräsident beim Bundespatentgericht

Schäfer, Karl, Dr., geb. 11.12.1899

früher: Oberlandesgerichtsrat im Nazi-Justizministerium, Abt. III

heute: Senatspräsident in Frankfurt a. M.

Schafheutle, Josef, Dr., geb. 17.3.1904

früher: Landgerichtsdirektor im Nazi-Justizministerium

heute: Ministerialdirektor im Bundesjustizministerium

Schäper, Theodor, geb. 6.11.1901

früher: Erster Staatsanwalt beim Sondergericht Brunn (Brno)

heute: Oberstaatsanwalt in Bochum

Schattenberg, Ulrich, Dr., geb. 11.2.1906

früher: Marine-Oberstkriegsgerichtsrat; nach eigenen Angaben an Fahrten der faschistischen Kriegsmarine nach Spanien teilgenommen, um die Faschisten mit Waffen, Munition und Lebensmitteln zu versorgen

heute: Erster Staatsanwalt in Lübeck

Schauergans, geb. 15.12.1901

früher: Landgerichtsrat beim Sondergericht Aachen

heute: Amtsgerichtsrat in Aachen

Scheer, Willy, geb. 29.11.1904

früher: Kriegsgerichtsrat bei der 213. Sicherungsdivision

heute: Amtsgerichtsrat in Celle

Scherer, Werner, Dr., geb. 4.1.1908

früher: Kriegsgerichtsrat OKW

heute: Senatspräsident beim Bundesverwaltungsgericht

Schicht, Wolfgang, Dr., geb. 10.10.1908

früher: Kriegsgerichtsrat

heute: Erster Staatsanwalt in Stuttgart

Schiedt, Robert, Dr., geb. 1. 9.1911

früher: Staatsanwalt beim Sondergericht München

heute: Oberlandesgerichtsrat in München

Schiffner, geb. 23.7.1910

früher: Staatsanwalt beim Sondergericht Elbing (Elblag)

heute: Staatsanwalt in Lüneburg

Schikowsky, Dr., geb. 16.9.1902

früher: Landgerichtsrat beim Sondergericht Königsberg (Kaliningrad)

heute: Amtsgerichtsrat in Feine

Schilgen, Walter, geb. 28.6.1900

früher: Oberlandesgerichtsrat in politischen Strafsachen in Kattowitz (Katowice)

heute: Bundesrichter beim Bundesarbeitsgericht

Schlaefke, Wilhelm, geb. 2.3.1902

früher: Oberkriegsgerichtsrat bei der 12. Infanteriedivision

heute: Staatsanwalt in Hamburg

Schlegelberger, Hartwig, Dr., geb. 9.11.1913

früher: Marine-Oberstabsrichter

heute: Innenminister in Schleswig-Holstein (Siehe Tafel 22)

Schlichting, Erich, Dr., geb. 12.5.1897

früher: Oberkriegsgerichtsrat beim Reichskriegsgericht und bei der Standortkommandantur in Sofia

bis August 1965: Senatspräsident beim Oberlandesgericht in Schleswig

Schlinke, Kurt., geb. 19.12.1899

früher: Amtsgerichtsrat in Zörbig, Gerichtsoffizier des Wehrmachts-Gefängnisses Torgau

heute: Amtsgerichtsrat in Hildesheim

Schlüter, Erich, Dr., geb. 29.5.1903

früher: Oberkriegsgerichtsrat beim Oberkommando des Heeres/HR

heute: Landgerichtspräsident in Ansbach

Schmidt, Kurt, geb. 23.9.1904

früher: Amtsgerichtsrat beim Sondergericht Hohensalza (Inowraclaw)

heute: Amtsgerichtsrat in Hoya

Schmiedeberg, Heinz, geb. 9.10.1908

früher: Staatsanwalt beim Sondergericht Stettin (Szczecin)

heute: Oberamtsrichter in Bochum

Schmitt, Josef, Dr., geb. 22. 8.1905

früher: Kriegsgerichtsrat bei der Oberfeldkommandantur 672

heute: Amtsgerichtsrat in Dachau

Schmitt, Walter, geb. 13.7.1905

früher: Armeerichter der 1. Gebirgsdivision München, der 7. und 467. Division München, der Armee-Abt. Lanz, der Kommandantur Berlin in der Heeresgruppe E XXII AK

heute: Rechtsanwalt in Landau/Pfalz

Schmitt-Winter, Albert, geb. 23.2.1903

früher: Kriegsgerichtsrat

heute: Oberstaatsanwalt in Saarbrücken

Schmilz, Erich, Dr., geb. 25.7.1905

früher: Kriegsgerichtsrat bei der 467. Infanteriedivision

heute: Landgerichtsdirektor in München

Schmole, Dr., geb. 29.6.1900

früher: Landgerichtsrat beim Sondergericht Dresden

heute: Landgerichtsrat in Hannover

Schöllgen, Theodor, Dr., geb. 10. 8.1901

früher: Oberamtsrichter beim Sondergericht Wuppertal

heute: Landgerichtsdirektor in Mönchengladbach

Scholz, Heinrich, geb. 22.9.1904

**früher: Oberkriegsgerichtsrat bei der Kommandantur Königsberg (Kaliningrad) XXVI
AK**

heute: Leitender Oberstaatsanwalt in Hamburg

Schoene, Josef, geb. 9.1.1903

früher: Amtsgerichtsrat beim Sondergericht Essen

heute: Landgerichtsdirektor in Essen

Schoengarth, Hans-Otto, Dr., geb. 29.8.1905

früher: Staatsanwalt beim Sondergericht Breslau (Wroclaw)

heute: Amtsgerichtsrat in Hagen

Schoppmann, Dr., geb. 17.10.1910

früher: Staatsanwalt beim Sondergericht Elbing (Elblag)

heute: Landgerichtsdirektor in Bremen

Schorn, Joachim, geb. 9.8.1903

früher: Kriegsgerichtsrat bei der 201. Sicherungsdivision und der 5. Panzerdivision

heute: Amtsgerichtsdirektor in Osnabrück

Schrader, Karl-Heinrich, geb. 27.10.1909

früher: Landgerichtsrat beim Sondergericht Essen

heute: Oberamtsrichter in Plettenberg

Schreiber, Georg, geb. 19.3.1898

**früher: Landgerichtsdirektor in Berlin; 1. Dezember 1932 NSDAP; Vorsitzender des
Kreisparteigerichtes; Marine-Kriegsgerichtsrat**

heute: Amtsgerichtsrat in Kiel

Schreiber, Theodor, geb. 22.12.1905

früher: Kriegsgerichtsrat bei der 173. Infanteriedivision

heute: Landgerichtsrat in Passau

Schreitmüller, Adolf, Dr., geb. 8.11.1902

früher: Landgerichtsrat beim Sondergericht Stuttgart und beim „Volksgerichtshof“

heute: Landgerichtsdirektor in Stuttgart

Schroiff, geb. 10.8.1908

früher: Staatsanwalt beim Sondergericht Breslau (Wroclaw)

heute: Erster Oberstaatsanwalt in Stade

Schubert, Franz, Dr., geb. 4.10.1910

früher: Landgerichtsrat beim Sondergericht Troppau (Opava)

heute: Landgerichtsrat in Traunstein

Schubert, Johannes, Dr., geb. 18.8.1905

früher: Kriegserichtsrat bei der 408. Division

heute: Amtsgerichtsdirektor in Gifhorn

Schubert, Johannes, geb. 13. 8.1908

früher: Staatsanwalt beim Sondergericht Oppeln (Opole)

heute: Oberstaatsanwalt in Karlsruhe

Schubert, Wolfgang, geb. 1. 8.1908

früher: Staatsanwalt beim Sondergericht Kattowitz (Katowice)

heute: Amtsgerichtsrat in Friesoythe

Schüle, Erwin, geb. 2. 7.1913

früher: Ordonnanzoffizier IC der ID 215; Führer der Sonderstrafkompanie ID 253; in der Sowjetunion zu 25 Jahren Zwangsarbeit verurteilt

heute: Oberstaatsanwalt in Stuttgart; vorher Leiter der Zentralstelle zur Aufklärung nationalsozialistischer Verbrechen

Schultz, Johannes, geb. 24.11.1902

früher: Landgerichtsrat in Berlin; Ministerialrat im Nazi-Finanzministerium; SA-Oberscharführer, Sturm 31/9

heute: Ministerialdirigent im Justizministerium Niedersachsen

Schultze, Otto-Wolfgang, geb. 10.1.1905

früher: Staatsanwalt beim Sondergericht Essen

heute: Erster Staatsanwalt in Dortmund

Schulze, Friedrich, geb. 11.2.1903

früher: Landgerichtsrat beim Sondergericht Halle/Saale

heute: Amtsgerichtsrat in Gronau (inzwischen verstorben)

Schumacher, Franz, Dr., geb. 28.6.1907

früher: Oberfeldrichter bei der 34. Division Koblenz

heute: Oberstaatsanwalt in Limburg

Schürmann, Wolfgang, geb. 18.8.1913

früher: Oberstabsrichter bei der 153. Division Potsdam und der 75. Infanteriedivision

heute: Staatsanwalt in Hildesheim

Schutte, Eberhard, Dr., geb. 22.6.1900

früher: Amtsgerichtsrat beim Sondergericht Litzmannstadt (Lodz)

bis August 1965: Amtsgerichtsrat in Wuppertal

Schwaller, Karl von, Dr., geb. 5.10.1903

früher: Staatsanwalt beim Sondergericht Brunn (Brno)

heute: Amtsgerichtsrat in Augsburg

Schwarze, Johannes, geb. 25.10.1902

früher: Staatsanwalt beim Sondergericht Halle/Saale

heute: Erster Staatsanwalt in Münster

Schwarze, Josef, geb. 20.11.1910

früher: Landgerichtsrat im Nazi-Justizministerium

heute: Senatspräsident beim Oberlandesgericht in Hamm

Schwedes, Franz, Dr., geb. 4. 6.1904

früher: Kriegsgerichtsrat bei der Feldkommandantur 520

heute: Amtsgerichtsrat in Kassel

Schweichel, Heinrich, Dr., geb. 23.8.1906

früher: Kriegsgerichtsrat bei der 95. Infanteriedivision

heute: Oberstaatsanwalt in Köln

Schweling, Otto, geb. 4. 3.1904

früher: Oberkriegsgerichtsrat beim Luftwaffengericht und Amtsrichter in Italien

heute: Oberstaatsanwalt beim Bundesgerichtshof

Seibert, Claus, Dr., geb. 4.6.1902

früher: Kriegsgerichtsrat bei der 463. Infanteriedivision

heute: Bundesrichter beim Bundesgerichtshof

Seiffert, Werner, Dr., geb. 8.10.1902

früher: Kammergerichtsrat im Nazi-Justizministerium

heute: Amtsgerichtsdirektor in Stuttgart

Seither, Karl, Dr., geb. 29.1.1901

früher: Erster Staatsanwalt in Regensburg und Beisitzer eines Standgerichtes

heute: Oberstlandesgerichtsrat in München

Semmler, Jakob, geb. 10.1.1903

früher: Landgerichtsrat beim Sondergericht Frankenthal

heute: Oberstaatsanwalt in Zweibrücken

Sernau, geb. 2.1.1904

früher: Staatsanwalt beim Sondergericht Dortmund

heute: Staatsanwalt in Bochum

Seydewitz, von, geb. 20.6.1908

früher: Landgerichtsrat beim Sondergericht Petrikau

heute: Landgerichtsrat in Hannover

Siebers, Werner, geb. 21.11.1907

früher: Oberkriegsgerichtsrat bei der 5. Panzerdivision Oppeln (Opole) und 177. Division Brunn (Brno)

heute: Staatsanwalt in Braunschweig

Siedenburg, Walter, geb. 2.9.1900

früher: Amtsgerichtsrat beim Sondergericht Oldenburg

heute: Landgerichtsrat in Oldenburg

Sielaff, Dr., geb. 10.6.1908

früher: Amtsgerichtsrat beim Sondergericht Mainz

heute: Amtsgerichtsrat in Ludwigshafen

Sinn, Heinrich, Dr., geb. 18.12.1903

früher: Oberstabsrichter bei der 329. Infanteriedivision

heute: Senatspräsident beim Oberlandesgericht Stuttgart

Skok, Herbert, Dr., geb. 18.11.1906

früher: Staatsanwalt beim Sondergericht Hamburg und beim „Volksgerichtshof“

heute: Oberstaatsanwalt in Hamburg

Sommer, Karl, geb. 12.11.1903

früher: Erster Staatsanwalt beim Sondergericht Litzmannstadt (Lodz)

heute: Erster Staatsanwalt in Düsseldorf

Sosna, Viktor, geb. 2.11.1904

früher: Staatsanwalt beim Sondergericht Graz

heute: Staatsanwalt in Oldenburg

Spehr, geb. 28. 2.1905

früher: Landgerichtsrat beim Sondergericht Düsseldorf

heute: Landgerichtsrat in Düsseldorf (inzwischen verstorben)

Spies, Gebhard, geb. 2.6.1905

früher: Landgerichtsrat beim Sondergericht Braunschweig

heute: Landgerichtsrat in Braunschweig

Spillner, Herbert, Dr., geb. 7.9.1909

früher: Staatsanwalt beim Sondergericht Dresden

heute: Sozialgerichtsdirektor in Lübeck

Splett, Bruno, geb. 18.8.1909

früher: Kriegsgerichtsrat der Luftwaffe, Luftgau Norwegen

heute: Senatspräsident beim Oberlandesgericht in Köln

Splettstöcker, Erich, Dr., geb. 10.3.1908

früher: Staatsanwalt beim Sondergericht Prag

heute: Staatsanwalt in Hannover

Spreckelsen, Heinrich von, Dr., geb. 31.12.1905

früher: Oberlandesgerichtsrat im Nazi-Justizministerium

heute: Ministerialdirigent im Bundesjustizministerium

Springorum, geb. 5.11.1915

früher: Gerichtsassessor beim Sondergericht Thorn (Torun)

heute: Amtsgerichtsrat in Kusel

Staat, Dr., geb. 10.9.1907

früher: Staatsanwalt für politische Strafsachen beim Oberlandesgericht Hamm

heute: Leitender Oberstaatsanwalt in Arnsberg

Stähler, Fritz, geb. 1.1.1903

früher: Staatsanwalt beim Sondergericht Danzig (Gdansk)

heute: Oberstaatsanwalt in Hamm

Stamp, Wolfgang, geb. 21.12.1910

früher: Mitglied eines Standgerichtes

heute: Oberlandesgerichtsrat in Hamburg

Stangl, Walter, Dr., geb. 21.5.1910

früher: Staatsanwalt beim Sondergericht Eger (Cheb) und Leitmeritz (Litomerice)

heute: Staatsanwalt in Bamberg

Stanglmair, Herrmann, Dr., geb. 29.5.1910

früher: Kriegsgerichtsrat bei der 169. Infanteriedivision

heute: Oberstlandesgerichtsrat in München

Stanke, Georg, geb. 6.8.1906

früher: Amtsgerichtsrat beim Sondergericht Kattowitz (Katowice)

heute: Amtsgerichtsrat in Baden-Baden

Starck, von, geb. 12.10.1904

früher: Landgerichtsrat im Nazi-Justizministerium

heute: Landgerichtsdirektor in Kiel

Staud, Hans, Dr., geb. 19.5.1900

früher: Oberkriegsgerichtsrat beim Oberkommando des Heeres/HR

bis August 1965: Senatspräsident Frankfurt a. M.

Steckel, Kurt, geb. 17.7.1901

früher: Staatsanwalt beim Sondergericht Königsberg (Kaliningrad)

bis Juli 1965: Landgerichtsdirektor in Hamburg

Steffen, Erich, Dr., geb. 20.5.1904

früher: Landgerichtsrat beim Sondergericht Düsseldorf

heute: Landgerichtsdirektor in Düsseldorf

Steffen, Hermann, geb. 23.10.1902

früher: Kriegsgerichtsrat, XII. AK

heute: Amtsgerichtsdirektor in Bünde

Stein, vom, geb. 9.5.1904

früher: Landgerichtsrat beim Sondergericht Düsseldorf

heute: Senatspräsident beim Oberlandesgericht Düsseldorf

Steiner, Hans, Dr., geb. 20.10.1900

früher: Amtsgerichtsrat beim Sondergericht Berlin

heute: Amtsgerichtsrat in Düsseldorf

Steinke, Max, geb. 7.10.1910

früher: Staatsanwalt beim „Volksgerichtshof“

heute: Amtsgerichtsdirektor in Singen

Steinle, Kurt, Dr., geb. 1.3.1914

früher: Amtsgerichtsrat beim Sondergericht München

heute: Oberlandesgerichtsrat in München

Steinmayr, Hans, Dr., geb. 16.1.1905

früher: Landgerichtsrat beim Sondergericht Bamberg

heute: Landgerichtsrat in Schweinfurt

Stephan, Heinz, geb. 3.6.1913

früher: Oberstabsrichter bei der 408. und 28. Division Breslau (Wroclaw)

heute: Landgerichtsrat in München

Stöhr, Karl, geb. 22. 2.1905

früher: Regierungsrat in Butzbach; 1933 bis 1937 SA-Oberscharführer, Sturm 4/29; danach SS

heute: Regierungsdirektor an der Strafanstalt Nürnberg

Stolting II, Hermann, geb. März 1911

früher: Staatsanwalt beim Sondergericht Bromberg (Bydgoszcz)

heute: Rechtsanwalt in Frankfurt a. M.

Stölzel, Ulrich, geb. 2.12.1905

früher: Landgerichtsrat beim Sondergericht Kassel

heute: Senatspräsident beim Oberlandesgericht Frankfurt a. M.

Stoppel, Adolf-Friedrich, Dr., geb. 30.10.1901

früher: Kriegsgerichtsrat beim Luftgau II Warschau

heute: Amtsgerichtsrat in Witten

Stransky, Maximilian, Dr., geb. 15.9.1910

**früher: Staatsanwalt für politische Strafsachen in Troppau (Opava);
Kriegsverbrecherliste der CSR Nr. A-6/365**

heute: Landgerichtsrat in Kempten

Streller, Karl, geb. 28.10.1907

früher: Staatsanwalt beim Sondergericht Brunn (Brno)

heute: Landgerichtsrat in Rottweil

Strödter, Dr., geb. 27.5.1909

früher: Amtsgerichtsrat beim Sondergericht Linz

heute: Amtsgerichtsdirektor in Wetzlar

Strohbach, Rudolf, Dr., geb. 6.1.1913

früher: Heeresrichter bei der 96., 170. und 391. Infanteriedivision

heute: Rechtsanwalt in Bremerhaven

Stromsky, geb. 21.12.1909

früher: Kriegsgerichtsrat bei der 210. Infanteriedivision

heute: Oberamtsrichter in Oelde

Strümpfer, geb. 2.10.1901

früher: Oberlandesgerichtsrat beim Sondergericht Bielefeld

heute: Oberamtsrichter in Bielefeld

Stuhldreer, Kunibert, geb. 14.7.1904

früher: Landgerichtsrat beim Sondergericht Breslau (Wroclaw)

heute: Amtsgerichtsrat in Landshut

Stumpf, Hermann, Dr., geb. 9.10.1912

früher: Gerichtsassessor im Nazi-Justizministerium, Abt III

heute: Senatspräsident beim Bundesarbeitsgericht (inzwischen verstorben)

Stumpf, Richard, geb. 4.2.1907

früher: Staatsanwalt beim Sondergericht Litzmannstadt (Lodz)

heute: Erster Staatsanwalt in Nürnberg (inzwischen verstorben)

Suckow, Harald, geb. 16.5.1903

früher: Feldkriegsgerichtsrat beim Panzerarmee-Oberkommando 4

heute: Amtsgerichtsrat in Dillingen/Donau

Susemihl, geb. 19.10.1904

früher: Staatsanwalt beim Sondergericht Hannover

heute: Erster Staatsanwalt in Aurich

Szogs, Gerhard, geb. 8.7.1908

früher: Oberstabsrichter bei der 3. Division Frankfurt a. O., Feldkommandantur 530

heute: Staatsanwalt in Hannover

Tacke, Erich, geb. 27.5.1907

früher: Staatsanwalt beim Sondergericht Frankfurt a. M.

heute: Erster Staatsanwalt in Frankfurt a. M.

Talpa, Friedrich, Dr., geb. 14.1.1904

früher: Amtsgerichtsrat beim Sondergericht Troppau (Opava)

heute: Oberstaatsanwalt in Uhu

Tank, Ernst, geb. 17.4.1904

früher: Staatsanwalt beim Sondergericht Eger (Cheb)

heute: Regierungsdirektor in Kiel, Strafgefängnis

Tennigkeit, geb. 27.6.1906

früher: Staatsanwalt beim Sondergericht Königsberg (Kaliningrad)

heute: Staatsanwalt in Essen

Teufl, Max, Dr., geb. 10.2.1902

früher: Landgerichtsrat beim Sondergericht Zweibrücken

heute: Landgerichtspräsident in Koblenz

Thamm, Ernst, geb. 27.3.1904

früher: Staatsanwalt beim Sondergericht Kiel

heute: Oberstaatsanwalt in Kiel

Thierbach, Ernst, geb. 19.1.1902

früher: Landgerichtsrat beim Sondergericht Berlin

heute: Senatspräsident in Düsseldorf

Thomashoff, geb. 7.2.1901

früher: Landgerichtsrat beim Sondergericht Düsseldorf

heute: Landgerichtsdirektor in Düsseldorf

Thomsen, Willy, geb. 20.9.1906

früher: Amtsgerichtsrat beim Sondergericht Kiel

heute: Senatspräsident in Schleswig

Thurmayr, Alois, Dr., geb. 22.1.1909

früher: Amtsgerichtsrat beim Sondergericht München

heute: Amtsgerichtsrat in Starnberg

Tiedtke, Dr., geb. 3.6.1908

früher: Landgerichtsrat beim Sondergericht Berlin

heute: Landgerichtsrat in Arnsberg

Tillmann, geb. 16.4.1905

früher: Staatsanwalt und Vollstreckungsleiter beim Sondergericht Stettin (Szczecin)

heute: Erster Staatsanwalt in Kleve

Timmermann, Wennemar, geb. 6.7.1906

früher: Staatsanwalt beim Sondergericht Celle

heute: Landgerichtsdirektor in Hannover

Töpfer, Karl, Dr., geb. 13.8.1903

früher: Landgerichtsrat beim Sondergericht Schneidemühl (Pila)

heute: Amtsgerichtsrat in Gladbeck

Trabert, Rudolf, Dr., geb. 21.1.1904

früher: Landgerichtsrat beim Sondergericht München

heute: Oberstaatsanwalt beim Oberlandesgericht München

Tramm, Willy, Dr., geb. 11.2.1901

früher: Staatsanwalt für politische Strafsachen im Nazi-Justizministerium

heute: Amtsgerichtspräsident in Düsseldorf

Traub, Kurt, geb. 26.6.1904

früher: Landgerichtsrat beim Sondergericht Litzmannstadt (Lodz)

heute: Oberstaatsanwalt in Stuttgart

Treichel, Werner, geb. 15.8.1908

früher: Feldkriegsgerichtsrat bei der 265. Infanterie-Division

heute: Oberamtsrichter in Schwarzenbeck

Trepte, Martin, Dr., geb. 30.7.1912

früher: Amtsgerichtsrat beim Sondergericht Leipzig

heute: Landgerichtsrat in Koblenz

Troost, Sigismund, Dr., geb. 23.9.1911

früher: Kriegsgerichtsrat

heute: Sozialgerichtsrat in Duisburg

Tschofen, Franz, geb. 22.10.1910

früher: Kriegsgerichtsrat, Kommandantur Litzmannstadt (Lodz)

heute: Amtsgerichtsrat in Traunstein

Uhlig, geb. 26.2.1909

früher: Staatsanwalt bei den Sondergerichten in Freiberg und Königsberg (Kaliningrad)

heute: Staatsanwalt in Düsseldorf

Uhse, Dirk, geb. 24.6.1907

früher: Oberstabsrichter bei der 3. Division Frankfurt a.O.

heute: Amtsgerichtsrat in Kassel

Ullrich, Hans, Dr., geb. 17.9.1907

früher: Landgerichtsrat beim Sondergericht Weimar

heute: Landgerichtsrat in Mosbach

Verres, Paul, geb. 26.4.1903

früher: Staatsanwalt beim Sondergericht Frankfurt a. M.

heute: Erster Staatsanwalt in Wiesbaden

Verspohl, Dr., geb. 22.7.1908

früher: Oberstabsrichter bei der 12. Luftwarffen-Felddivision

heute: Landgerichtsdirektor in Münster

Viergutz, Hans-Werner, geb. 18.7.1908

früher: Oberstabsrichter bei der 28. Division Breslau (Wroclaw)

heute: Erster Staatsanwalt in Ravensburg

Viertel, Lothar, geb. 28.5.1910

früher: Kriegsgewichtsrat bei der 409. Infanteriedivision

heute: Amtsgerichtsrat in Fulda

Vogel, Hans, geb. 23.6.1906

früher: Staatsanwalt beim Sondergericht Hamburg

heute: Oberstaatsanwalt in Hamburg

Vogel, Hermann, Dr., geb. 2.2.1904

früher: Landgerichtsrat beim Sondergericht Hamburg

heute: Oberlandesgerichtsrat in Hamburg

Voigt, Erich, Dr., geb. 12.11.1902

früher: Oberkriegsgerichtsrat bei der Kommandantur Berlin und beim Oberkommando des Heeres

heute: Amtsgerichtsrat in Hannover

Voithenberg, Voith von, Dr., geb. 29.8.1904

früher: Amtsgerichtsrat beim Sondergericht Bamberg

heute: VerwaltungsgERICHTSDIREKTOR in Bayreuth

Vollmar, Franz, geb. 8.3.1906

früher: Staatsanwalt im Nazi-Justizministerium, Abt. III

heute: Oberamtsrichter in Sinsheim

Vollrath, Dr., geb. 9.10.1907

früher: Amtsgerichtsrat beim Sondergericht Dresden

heute: Amtsgerichtsdirektor in Bad Salzuflen

Vornbäumen, H. A., Dr., geb. 23.6.1903

früher: Staatsanwalt beim Oberlandesgericht Kassel (politische Strafsachen)

heute: Oberstaatsanwalt in Frankfurt a. M.

Vornweg, geb. 5.11.1902

früher: Amtsgerichtsrat beim Sondergericht Bielefeld

heute: Oberamtsrichter in Meschede

Wagner, Hans-Hein, Dr., geb. 31.3.1909

früher: Kriegsgerichtsrat bei der 4. und 413. Panzerdivision

heute: Landgerichtsdirektor in Aachen

Wagner, Walter, Dr., geb. 31.7.1901

früher: Oberstaatsanwalt beim Generalstaatsanwalt Posen (Poznan)

heute: Bundesanwalt beim Bundesgerichtshof

Wahl, Ernst, geb. 29.11.1902

früher: Richter beim Sondergericht H Breslau (Wroclaw)

heute: Rechtsanwalt und Notar in Frankfurt a. M.

Wallis, Gerhard, geb. 25.12.1906

früher: Oberstabsrichter bei der 8. Division Oppeln (Opole)

heute: Amtsgerichtsrat in Bochum

Walter, geb. 3.3.1903

früher: Landgerichtsrat beim Sondergericht Kaiisch (Kalisz)

heute: Landgerichtsrat in Mainz

Walther, Wolfgang, geb. 7.5.1908

früher: Staatsanwalt in Erfurt; Hauptamt SS-Gericht; SS-Sturmbannführer

heute: Regierungsdirektor im Justizministerium von Baden-Württemberg

Wälzholz, Ulrich, geb. 27.10.1903

früher: Staatsanwalt beim Sondergericht Breslau (Wroclaw) und Erfurt

heute: Oberstaatsanwalt in Hamm

Weber, Erich, Dr., geb. 9.4.1901

früher: Landgerichtsrat beim Sondergericht Düsseldorf

heute: Landgerichtsrat in Duisburg

Weber, Kurt, geb. 29.10.1907

früher: Richter in Frankreich, an Exekutionen im Elsaß teilgenommen

heute: Landgerichtsdirektor in Karlsruhe

Weber, Walter, Dr., geb. 31.10.1902

früher: Kriegsgerichtsrat bei der 409. Infanteriedivision

heute: Amtsgerichtsrat in Parsberg

Webermeier, Herbert, geb. 4.1.1906

früher: Staatsanwalt in Wuppertal, SS-Untersturmführer im Stab 11/20

heute: Staatsanwalt in Dortmund

Wegert, Kurt, Dr., geb. 15.9.1907

früher: Kriegsgerichtsrat bei der 4. Panzerarmee

heute: Oberlandesgerichtsrat in München

Wehdeking, Siegfried, Dr., geb. 18.8.1913

früher: Oberstabsrichter, u.a. bei der Strafbrigade 999

heute: Strafanstaltspfarrer in Werl

Wehner, Martin, geb. 10.11.1906

früher: Oberstabsrichter bei der 17. Division Nürnberg

heute: Amtsgerichtsrat in München

Wehrmeister, Alfred, geb. 15.10.1902

früher: Amtsgerichtsrat beim Sondergericht Stettin (Szczecin)

heute: Amtsgerichtsrat in Moers

Weiden, von der, Dr., geb. 21.11.1905

früher: Landgerichtsrat beim Sondergericht Aachen

heute: Amtsgerichtsrat in Aachen

Weinelt, Wilhelm, Dr., geb. 2.6.1904

früher: Landgerichtsrat beim Sondergericht Prag

heute: Amtsgerichtsrat in Nürnberg

Weinerth, Kurt, Dr. Dr., geb. 19.2.1902

früher: Oberkriegsgerichtsrat

heute: Verwaltungsgerichtspräsident in Neustadt a. d. Weinstraße

Weise, geb. 15.2.1905

früher: Staatsanwalt für politische Strafsachen beim Oberlandesgericht Dresden

heute: Staatsanwalt in Duisburg

Weissenberger, Heribert, geb. 10.2.1905

früher: Amtsgerichtsrat beim Sondergericht Bayreuth

heute: Amtsgerichtsdirektor in Forchheim

Weitnauer, Dr., geb. Juli 1910

früher: Amtsgerichtsrat im Nazi-Justizministerium

heute: Ministerialrat im Bundesjustizministerium

Weitzel, Philipp, geb. 26. 8.1908

früher: Staatsanwalt für politische Strafsachen Kassel

heute: Oberstaatsanwalt in Marburg

Wendel, Wilhelm, geb. 26. 3.1904

früher: Kriegsgerichtsrat bei der Flakbrigade VIII

heute: Senatspräsident beim Oberlandesgericht in München

Wendik, Walter, geb. 9. 3.1904

früher: Amtsgerichtsrat beim Sondergericht Zichenau (Ciechanow)

heute: Amtsgerichtsrat in Eschershausen

Wenzel, Friedrich-Karl, Dr., geb. 4.2.1912

früher: Staatsanwalt bei den Sondergerichten Hannover und Celle

heute: Staatsanwalt in Göttingen

Wenzel, Kurt, geb. 24.10.1904

früher: Landgerichtsrat beim Sondergericht Frankfurt a. O.

heute: Amtsgerichtsrat in Westerland (inzwischen verstorben)

Werber, Karl, geb. 18.10.1913

früher: Staatsanwalt beim Sondergericht Magdeburg

heute: Amtsgerichtsrat in Gifhorn

Werner, Berthold, Dr., geb. 20.8.1898

früher: Kriegsgerichtsrat bei der 71., 182., 28. und 433. Division und Landgerichtsdirektor beim Sondergericht Wien

heute: Amtsgerichtsdirektor in Siegen

Werther, Friedrich, Dr., geb. 13.8.1903

früher: Kriegserichtsrat bei der 174. Division; Oberstabsrichter bei der Oberfeldkommandantur

heute: Landgerichtsrat in Düsseldorf

Westerburg, Hans, Dr., geb. 7.4.1907

früher: Staatsanwalt beim Sondergericht Bielefeld

heute: Erster Staatsanwalt in Arnberg

Wettengel, Alfred, Dr., geb. 22.3.1903

früher: Landgerichtsrat beim Sondergericht Eger (Cheb)

bis Juni 1965: Amtsgerichtsrat in Heilbronn

Wickmann, geb. 12.12.1901

früher: Staatsanwalt beim Sondergericht Aachen

heute: Oberstaatsanwalt in Aachen

Widera, geb. 16. 2.1905

früher: Staatsanwalt beim Sondergericht in Breslau (Wroclaw)

heute: Staatsanwalt in Braunschweig

Wiedemann, Viktor, Dr., geb. 16.10.1905

früher: Kriegserichtsrat bei der Oberfeldkommandantur 379

heute: Oberstaatsanwalt in München

Wienecke, Josef, geb. 8. 8.1906

früher: Staatsanwalt beim Sondergericht Luxemburg; dort 1949 zu zehn Jahren Zwangsarbeit verurteilt

heute: Erster Staatsanwalt ha Koblenz

Wildt, Hans, Dr., geb. 14.7.1908

früher: Staatsanwalt für politische Strafsachen in Kassel

heute: Oberverwaltungsgerichtsrat in Münster

Wilkerling, Joachim, Dr., geb. 5.9.1900

früher: Oberlandesgerichtsrat im Nazi-Justizministerium

heute: Ministerialdirigent im Justizministerium Niedersachsen

Will, Hermann, Dr., geb. 23. 8.1905

früher: Kriegsgerichtsrat

heute: Landgerichtsdirektor in Landshut

Will, Heinz, Dr., geb. 1.1.1910

früher: Amtsgerichtsrat beim Sondergericht Rostock

heute: Amtsgerichtsrat in Rheinberg

Willecke, geb. 10.6.1910

früher: Staatsanwalt beim Sondergericht Wien

heute: Staatsanwalt in Kassel

Willer, Herbert, geb. 10.11.1904

früher: Amtsgerichtsrat beim Sondergericht Frankfurt a.M.

heute: Amtsgerichtsdirektor in Frankfurt a. M.

Wimmer, Eberhard, Dr., geb. 27.6.1903

früher: Oberamtsrichter in Pulsnitz; SS-Oberscharführer, Sturmabteilungsschulungsleiter 1/84

heute: Amtsgerichtsrat beim Amtsgericht Wuppertal (inzwischen verstorben)

Winckler, Hugo, Dr., geb. 28.8.1913

früher: Amtsgerichtsrat in München; SS-Scharführer

heute: Oberlandesgerichtsrat in München

Wintermann, Kurt

früher: Amtsgerichtsrat bzw. Amtsgerichtsdirektor beim Sondergericht Oldenburg

heute: Amtsgerichtsdirektor in Delmenhorst

Witzig, Konrad, Dr., geb. 20.4.1901

früher: Kriegsgerichtsrat bei der 106. Infanteriedivision

heute: Landgerichtsdirektor in Bochum

Wodtke, geb. 22.12.1908

früher: Oberkriegsgerichtsrat bei der 30. Infanteriedivision und beim Reichskriegsgericht Berlin

heute: Amtsgerichtsdirektor in Siegen

Wohnsdorf, Hans, geb. 28.2.1905

früher: Kriegsgerichtsrat bei der 214. und 408. Infanteriedivision

heute: Landgerichtsrat in Hechingen

Woldt, Heinz, Dr., geb. 3.11.1909

früher: Oberstabsrichter bei der 20. Infanteriedivision

heute: Landgerichtsdirektor in Hamburg

Wolff, Paul, geb. 9.12.1905

früher: Landgerichtsrat beim Sondergericht Oppeln (Opole)

heute: Amtsgerichtsrat in Paderborn

Wolfrum, Georg Erdmann, Dr., geb. 20.9.1907

früher: Landgerichtsrat beim Sondergericht Kattowitz (Katowice)

heute: Landgerichtsdirektor in Aachen

Woll, Albert, geb. 16.8.1906

früher: Amtsgerichtsrat beim Sondergericht Mannheim

heute: Generalstaatsanwalt beim Oberlandesgericht Karlsruhe

Wollschläger, geb. 8.8.1909

früher: Assessor beim Sondergericht Schwerin

heute: Amtsgerichtsrat in Siegen

Wonhas, Paul, Dr., geb. 6.9.1906

früher: Feldkriegsgerichtsrat, FP.-Nr. 16 688

heute: Landgerichtsdirektor in München

Wöstmann, Dr., geb. 26.12.1896

früher: Oberkriegsgerichtsrat bei der 191. Division

heute: Landgerichtsdirektor in Hildesheim

Wroblewski, Herbert, Dr., geb. 28.3.1908

früher: Amtsgerichtsrat beim Sondergericht Litzmannstadt (Lodz)

heute: Oberverwaltungsgerichtsrat in Lüneburg

Wulkow, geb. 1.7.1908

früher: Staatsanwalt beim Sondergericht Reichenberg (Liberec)

heute: Oberstaatsanwalt in Zweibrücken

Wünschmann, Walter, Dr., geb. 7.1.1912

früher: Oberstabsrichter bei der 2. Panzerdivision

heute: Oberregierungsrat beim Bundesverwaltungsgericht

Zain, Dr., geb. 21. 2.1904

früher: Landgerichtsrat beim Sondergericht Koblenz

heute: Landgerichtsdirektor in Köln

Zaske, Dr., geb. 12.1.1903

früher: Amtsgerichtsrat beim Sondergericht Elbing (Elblag)

heute: Amtsgerichtsrat in Northeim

Zaum, Hermann, Dr., geb. 9. 8.1903

früher: Amtsgerichtsrat beim Sondergericht Weimar, Breslau (Wroclaw) und Erfurt

heute: Amtsgerichtsdirektor in Dinslaken

Zbikowski, Dr., geb. 21. 3.1902

früher: Staatsanwalt beim Sondergericht Koblenz

heute: Erster Staatsanwält in Bad Kreuznach

Zellmann, Walter, Dr., geb. 19.4.1905

früher: Gerichtsoffizier bei der Wehrmacht, Kommandantur Berlin

heute: Oberverwaltungsgerichtsrat in Münster (Siehe Tafel 22)

Zienicke, Hans-Albrecht, Dr., geb. 21.2.1906

früher: Staatsanwalt beim Sondergericht Bielitz (Bielsko)

heute: Verwaltungsgerichtsdirektor in Düsseldorf

Zimmer, Johannes, geb. 2.12.1902

früher: Amtsgerichtsrat beim Sondergericht I Dresden

heute: Amtsgerichtsrat in Tübingen

Zimmerath, geb. 16.8.1908

früher: Staatsanwalt beim Sondergericht Aachen

heute: Erster Staatsanwalt in Bonn

Zoller, Max, geb. 21.2.1903

früher: Landgerichtsrat beim Sondergericht München

heute: Oberlandesgerichtsrat in München

Liste belasteter Nazi-Juristen im Justizapparat des besonderen Gebietes Westberlin.

Creifelds, Carl, Dr., geb. 3.4.1907

früher: Kammergerichtsrat im Nazi-Justizministerium

bis Juli 1965: Senatsrat für Justiz

Fäder, Bernhard, geb. 7.11.1902

früher: Amtsgerichtsrat beim Sondergericht Litzmannstadt (Lodz), Kiew und Kaiisch (Kalisz)

heute: Oberamtsrichter in Tempelhof-Kreuzberg

Höfer, Gerhard, geb. 6.2.1911

früher: Kriegsgerichtsrat 388. FA-Div.

heute: Landgerichtsrat

Hübner, Fritz, geb. 21. 5.1900

früher: Oberkriegsgerichtsrat bei der Wehrmachtskommandantur Berlin

bis Juli 1965: Landgerichtsdirektor

Imme, Arnold, geb. 12.1.1907

früher: Staatsanwalt beim Sondergericht Berlin

heute: Oberstaatsanwalt beim Kammergericht

Kolb, Erich, geb. 25.12.1902

früher: Erster Staatsanwalt beim Sondergericht Kaiisch (Kalisz)

heute: Regierungsdirektor; Leiter der Strafanstalt Tegel

Kurtze, Helmut, geb. 7.7.1907

früher: Landgerichtsrat im Nazi-Justizministerium

heute: Landgerichtsdirektor

Lell, Heinz Günter, Dr., geb. 1.8.1904

früher: Staatsanwalt beim „Volksgerechtshof“

heute: Oberstaatsanwalt

Manske, Erich, geb. 31.8.1906

früher: Amtsgerichtsrat für politische Strafsachen im Nazi-Justizministerium

heute: Landgerichtsdirektor

Rosga, Ernst, geb. 21. 3.1901

früher: Kriegsgerichtsrat, Oberfeldkommandantur 548

heute: Kammergerichtsrat

Schuppenies, Günter, Dr., geb. 9.6.1908

früher: Oberstabsrichter beim Kommando des Heeres, Ersatztruppe IX

heute: Amtsgerichtsrat

Hitlers Generalstab kommandiert die Bonner Armee

- Generalstab - Aggressionsinstrument des deutschen Imperialismus
 - Geheime Aufrüstung unter Friedensbeteuerungen
 - Die „Blitzkriegsstrategie“
 - Der SS den Weg nach Auschwitz, Lidice und Oradour geebnet
 - In Nürnberg angeklagt - heute wieder dabei
 - „Osterfahrten“ werden ausgewertet
 - Das getarnte Kriegsministerium
 - Führende Position in der NATO
- Hitlergenerale gingen - Hitleroffiziere kamen
 - Trettner, Heinz: Ein Kriegsverbrecher an der Spitze der Bundeswehr
 - Kielmansegg, Johann Adolf Graf von: Ein nazistischer Aggressionsoffizier befehligt NATO-Verbände
 - Heusinger, Adolf: Vom Chefplaner Hitlers zum Chefplaner Adenauers
 - Speidel, Hans: Kriegsverbrecher und Militärberater der Bonner Regierung
 - Rogge, Bernhard: Kaperkapitän und Soldatenmörder
 - Gericke, Walter: Trettner-Komplice baute die Bonner Fallschirmtruppe auf
 - Maizière, Ulrich de: Vertrauensperson im Führerbunker
 - Panitzki, Werner: Der Luttkriegsexperte
 - Zenker, Karl-Adolf: Mit Hitler gegen Norwegen, Dänemark und Holland
 - Maeder, Hellmuth: Abgeurteilter Kriegsverbrecher
 - Übelhack, Friedrich: Verbrannte Norwegens Erde
 - Gerlach, Heinrich: Preist die faschistische Diktatur
 - Thilo, Karl-Wilhelm: Wütete auf dem Balkan
 - Trautloft, Johannes: Militarist aus Berufung
 - Wichmann, Heinz: Im „Reichskommissariat Ostland“ bewährt
- Hitlergeneralstäbler in den Führungsstellen der Bundeswehr (Namenliste)

Generalstab – Aggressionsinstrument des deutschen Imperialismus

Der preußisch-deutsche Generalstab hat seit jeher eine unheilvolle Rolle bei der Planung und Entfesselung von Aggressionskriegen des deutschen Imperialismus gespielt. Es war also nur folgerichtig, daß das reaktionäre Offizierskorps bereits vor 1933 der Hitlerclique seine Sympathien entgegenbrachte, die Republik untergrub und die Nazi-Bewegung teilweise offen unterstützte.

Die Generalität stimmte der Errichtung der faschistischen Diktatur weitgehend zu, weil die Ziele Hitlers ihren eigenen Zielen entsprachen: Wiederaufrüstung und Vorbereitung eines neuen Aggressionskrieges, um Revanche für die Niederlage im ersten Weltkrieg zu nehmen.

Bereits vier Tage nach dem Machtantritt der Faschisten, Anfang Februar 1933, ließen sich die Führer von Heer und Marine durch Hitler versichern, daß seine Regierung bereit sei, die aggressiven Pläne des Generalstabes und seiner rüstungsindustriellen Auftraggeber zu erfüllen. Als Dank für diese Zusicherung stellte sich der Generalstab nach der sogenannten Rohm-Äffaire im Jahre 1934 vorbehaltlos hinter Hitler.

Reichswehrminister Generaloberst von Blomberg erklärte:

„Sollte die Reichsregierung allein nicht imstande sein, eine völlige Beruhigung der gespannten Lage herbeizuführen, würde der Präsident (Hindenburg - d. Hrsg.) den Belagerungszustand verhängen und die Kontrolle der Staatsgeschäfte der Armee übertragen.“ (J. W. Wheeler-Bennet, Die Nemesis der Macht, - Die Deutsche Armee in der Politik 1918-45, Drosle-Verlag, Düsseldorf 1954)

Der Generalstab unterstützte auch die aggressive Außenpolitik der Faschisten. Als Deutschland 1933 aus dem Völkerbund austrat und die Abrüstungskonferenz demonstrativ verließ, traf der Generalstab Maßnahmen, um diesen Schritt zu sichern. So hieß es in einer Weisung Blombergs vom 25. Oktober 1933:

„Die weitere Entwicklung der durch Deutschlands Austrittserklärung aus dem Völkerbund und sein Verlassen der Abrüstungskonferenz geschaffenen außenpolitischen Lage kann dazu führen, daß Sanktionsmaßnahmen gegen Deutschland zur Anwendung gelangen... Die Reichsregierung ist gewillt, jedem feindlichen Vorgehen ohne Rücksicht auf militärische Erfolgsaussicht örtlich bewaffneten Widerstand entgegenzusetzen.“ (IMT, Bd. XXXIV, S. 488)

GEHEIME AUFRÜSTUNG UNTER FRIEDENS-BETEUERUNGEN

In ihren Zielen und Methoden stimmten also die Rüstungsmonopole, die Hitlerclique und der Generalstab überein. Dementsprechend übernahm es der Generalstab, die Reichswehr zu einer modern ausgerüsteten Massennarmee für die geplanten Aggressionen aufzubauen. Bereits am 4. April 1933 hatte das Reichskabinett auf Initiative des Generalstabs beschlossen, einen „Reichsverteidigungsrat“ zu bilden. Am 22. Mai 1933 fand die Gründungssitzung statt. Sie wurde vom Generalstab organisiert und von seinen Vertretern, an der Spitze der Chef des Generalstabes, Generalleutnant Adam, und der Chef der Heeres-Organisationsabteilung, der damalige Oberst Keitel, geleitet. Daß dieser sogenannte Reichsverteidigungsrat der direkten Vorbereitung eines neuen Aggressionskrieges diene, geht aus der Begründung hervor, die Keitel im Auftrag des Generalstabes gab. Er erklärte:

„Der Krieg (1914-1918 - d. Hrsg.) hat hinreichend gezeigt, daß die Zusammenarbeit vor dem Kriege mit den einzelnen Reichsressorts nicht eng genug war. Die Folgen sind nicht ausgeblieben ... Die Nachteile des zurückliegenden Systems liegen in der Nebeneinanderarbeit der einzelnen Reichsressorts auf dem Gebiet der RV (Reichsverteidigung). Zur Vermeidung dieser Fehler ist eine Zentralstelle geschaffen, die schon in der Friedenszeit im weitesten Sinne die Fragen der RV bearbeitet.“ (IMT, Bd. XXXVI, Dok. 172-EC, S. 22)

Die Schlußfolgerung aus der Niederlage im ersten Weltkrieg bestand also für den Generalstab Hitlerdeutschlands darin, noch intensiver aufzurüsten und den gesamten Staatsapparat zielstrebig in den Dienst der Vorbereitung des Revanchekrieges zu stellen.

Während die Hitlerregierung und ihre Diplomaten bei jeder Gelegenheit vom Frieden, von Gleichberechtigung, Selbstbestimmung und Abrüstung sprachen, verstärkte der Generalstab planmäßig die Aufrüstung. Die gesamte deutsche Wirtschaft wurde schon im Frieden auf die Bedürfnisse der zukünftigen Kriegführung umgestellt. Damit erreichte der Generalstab, daß den kriegslüsternden deutschen Imperialisten die zahlenmäßig stärkste und am besten ausgerüstete Armee der kapitalistischen Welt zur Verfügung stand und die Rüstungsprofite rapide anstiegen.

DIE „BLITZKRIEGSSTRATEGIE“

Die militärisch-strategische Konzeption des Generalstabes wurde auf den „Blitzkrieg“ umgestellt. Die Grundlage dafür war die am 2. Mai 1935 von Kriegsminister Blomberg herausgegebene Weisung:

„Das Unternehmen muß nach Ausgabe des Stichwortes ‚Schulung durchführen‘ schlagartig als Überfall zur Ausführung gelangen. Zeit für die Mobilmachung der beteiligten Kräfte ist nicht vorhanden, ihre Verwendung muß in Friedenszusammensetzung und -ausrüstung erfolgen ...“ (IMT, Bd. XXXIV, Dok. 139-C, S. 485)

Diese „Blitzkriegsstrategie“ wurde im zweiten Weltkrieg in die Tat umgesetzt.

Vom Generalstab stammten die strategischen Ideen und die detaillierten Pläne zur Okkupation Polens (Fall Weiß), Norwegens und Dänemarks (Fall Weserübung), Frankreichs, Hollands und Belgiens (Fall Gelb), zur militärischen Besetzung Griechenlands und Jugoslawiens (Fall Marita) und für den Überfall auf die Sowjetunion (Fall Barbarossa).

An der Ausarbeitung dieser Pläne war unter anderem der damalige 1. Generalstabsoffizier und spätere Chef der Operationsabteilung des Heeres, Adolf Heusinger, maßgeblich beteiligt.

DER SS DEN WEG NACH AUSCHWITZ, LIDICE UND ORADOUR GEEBNET

Der deutsche Generalstab war aber nicht nur der passive Befehlsempfänger und Planentwerfer Hitlers, sondern überzeugter Verfechter und Vollstrecker der Pläne des deutschen Imperialismus zur Eroberung der Weltherrschaft und zur kolonialen Unterjochung und Ausrottung anderer Länder und Völker.

Skrupellos beteiligte sich der Generalstab bei der Organisation und Inszenierung jener Provokationen und völkerrechtswidrigen Machenschaften, mit denen die Faschisten ihre Überfälle vorbereiteten und begannen.

Der deutsche Generalstab beteiligte sich nach Beginn der Überfälle aktiv an Verbrechen gegen die Menschlichkeit und trat das Völker- und Kriegsrecht mit Füßen. Mit seiner Hilfe und vielfach unter seiner direkten Leitung wurden zahlreiche Völker ihrer nationalen Souveränität beraubt und wurde mit ihrer physischen Ausrottung begonnen.

Der deutsche Generalstab machte sich die faschistische Rassentheorie völlig zu eigen und beteiligte sich an der Ausrottung der Juden.

Mit allem Völker- und internationalem Kriegsrecht hohnsprechenden Befehlen und Anordnungen organisierte der Generalstab den Massenmord an Hunderttausenden sowjetischen Kriegsgefangenen. Aber auch zahlreiche belgische, holländische, jugoslawische, griechische, norwegische, französische, britische und amerikanische Kriegsgefangene wurden bestialisch mißhandelt und umgebracht.

Ohne die Planung, Organisation und Durchführung der faschistischen Überfälle auf die Völker Europas durch den deutschen Generalstab und sein enges Zusammenwirken mit der verbrecherischen SS hätte es nicht die millionenfachen Morde von Auschwitz, nicht die bestialischen Verbrechen von Oradour und Lidice gegeben.

IN NÜRNBERG ANGEKLAGT - HEUTE WIEDER DABEI

Nach der Niederlage Hitlerdeutschlands bekräftigten die führenden Politiker der Antihitlerkoalition ihre schon während des Krieges getroffene Vereinbarung, den deutschen Militarismus auszurotten und die Grundlagen seiner Macht für immer zu zerstören. Das Potsdamer Abkommen enthält hierüber klare und eindeutige Bestimmungen.

In den Nürnberger Prozessen wurden die Verbrechen des Generalstabes und des Oberkommandos der Wehrmacht (OKW) eindeutig nachgewiesen. Das sind insbesondere:

- die Vorbereitung und Verwirklichung des zweiten Weltkrieges sowie zahlreicher Aggressionen und Überfälle auf andere Völker;
- die brutale Verletzung aller Normen des Völkerrechts und der Menschlichkeit im Verlaufe des Krieges;
- die aktive Rolle des OKW und der faschistischen Wehrmacht bei der barbarischen Unterdrückung der Völker in den besetzten Gebieten;
- die grobe Verletzung aller internationalen Abmachungen über die Behandlung von Kriegsgefangenen;
- die aktive Mithilfe bei der Ausplünderung der zeitweise okkupierten Gebiete und bei der Zwangsdeportation von Millionen Arbeitssklaven;

- die enge Zusammenarbeit mit SS, SD, Gestapo und anderen verbrecherischen Organisationen.

Auf dem Boden der DDR wurde - getreu den Zielen der Antihitlerkoalition und dem Potsdamer Abkommen - der deutsche Imperialismus und Militarismus, die Geißel des deutschen und anderer Völker, mit der Wurzel beseitigt. Jedem Drang nach Eroberungen, nach dem Territorium anderer Völker wurde damit der Boden entzogen, Revanchismus gilt als Verbrechen.

Kriegs- und Naziverbrecher wurden entmachtet und bestraft. In der DDR gibt es keine Fabrik, kein Werk, kein Büro und kein Stück Boden, die den Interessen der Kriegs- und Rüstungsgewinnler dienen.

Frieden, sozialer und kultureller Fortschritt, internationale Zusammenarbeit und Völkerverständigung sind die Grundlagen der Staatsdoktrin der DDR.

Den anderen deutschen Staat, die sogenannte Bundesrepublik Deutschland - ins Leben gerufen und entwickelt mit Hilfe der Imperialisten der Westmächte -, beherrschen Rüstungsmonopole, Militaristen und Chauvinisten. Dieser Staat ist die Fortsetzung des Hitlerstaates.

Der Nachfolger des faschistischen Generalstabes, der Führungsstab der Bundeswehr, hat in seiner „Vorwärtsstrategie“ kaltblütig einen Atombombenkrieg einkalkuliert. Die Hitlergenerale und die von ihrem Geist erfüllten Offiziere, die die westdeutsche Armee beherrschen, greifen nach nuklearen Massenvernichtungsmitteln und haben den verbrecherischen Plan ausgeheckt, einen Atomminengürtel quer durch Deutschland zu legen.

Der westdeutsche Imperialismus hat eine der stärksten Armeen des kapitalistischen Lagers aufgestellt. Der Geist dieser Armee ist der revanchelüsterne Geist der großen Konzerne, der ehemaligen Wehrwirtschaftsführer Hitlers, der Hitlergenerale und Hitleroffiziere, die die Bundeswehr erziehen und leiten und die westdeutsche Jugend vergiften. In Westdeutschland wurde die Vergangenheit nicht bewältigt, sondern das Potsdamer Abkommen systematisch gebrochen.

„OSTERFAHRUNGEN“ WERDEN AUSGEWERTET

Unmittelbar nach der Kapitulation der Hitlerwehrmacht nahmen die amerikanischen Besatzungsbehörden den ehemaligen Chef des Generalstabes der Nazi-Wehrmacht, Generaloberst Franz Halder, in ihren Sold. An der Spitze von 120 ehemaligen Hitlergeneralen, darunter Guderian, Manteuffel, Schwerin und andere, wertete er die militärischen Erfahrungen der Raubzüge Hitlers aus und erarbeitete bereits damals die Remilitarisierungspläne der späteren Bundesrepublik.

Hitlergeneral von Choltitz berichtete über das Lager Allendorf, in dem er bis 1947 tätig war: *„Hier befand sich ein Kreis von Generalen und Stabsoffizieren, die im Auftrage der Historical-Division Kriegsgeschichte schrieben ... Wir hatten eigenes Kartenmaterial zur Verfügung, das durch das der amerikanischen Stabe ergänzt wurde ... Im ganzen waren in dem Lager 300 Offiziere.“* (Dietrich von Choltitz, Soldat unter Soldaten, Europa-Verlag, Konstanz-Zürich-Wien 1951, S. 283 f.)

Die faschistischen Generalstäbler benutzten ihre Tätigkeit für die USA, um ungestört eigene Pläne auszuarbeiten. Nach der Bildung des westdeutschen Separatstaates wurden die Experten dieser Generalstabsclique zu offiziellen Beratern der Bonner Regierung.

DAS GETARNTÉ KRIEGSMINISTERIUM

Als Zentralstelle zur Durchsetzung der Remilitarisierungspläne wurde das „Amt Blank“ gebildet. In diesem getarnten Kriegsministerium besetzten die Experten des faschistischen Generalstabes vom ersten Tage an die Schlüsselpositionen. Neben General Speidel gehörte vor allem der Chef der Operationsabteilung des Heeres, General Heusinger, zu den engsten und einflußreichsten Generalstäblern Adenauers. Sie scharten einen Kreis von Militärs um sich, der in der illegalen Aufrüstung allseitige Erfahrungen besaß. Darunter befanden sich

- General der Panzertruppen Hans Röttiger,
- General der Flieger Josef Kamhuber,
- Vizeadmiral Friedrich Rüge,
- Generalleutnant Max Pemsel
- sowie die Hitlergenerale Harlinghausen, Freiherr von Lüttwitz, Reinhardt, Rogge, Schimpf und andere.

Diese Militaristen nahmen ohne Ausnahme an jener entscheidenden Tagung des Generalstabes teil, in der das Grundsatzdokument für die künftige Wiederaufrüstung Westdeutschlands in allen Einzelheiten festgelegt wurde. Der heutige Befehlshaber der NATO-Landstreitkräfte Europa-Mitte, Generalleutnant Graf von Kielmansegg, berichtete darüber in einem Vortrag an der Offiziersschule Sonthofen, einer früheren Nazi-Ordensburg:

„Als die Möglichkeit eines echten deutschen militärischen Beitrages immer sichtbarer wurde, wurde es nötig, hierzu rechtzeitig und vor Beginn irgendwelcher Verhandlungen eine eigene deutsche Konzeption zu finden. Es ist nicht so, wie man selbst heute immer wieder lesen kann, daß die Bundesrepublik ohne Konzeption in die Dinge hineingegangen ist.“

Schon 1950 wurde auf Adenauers Initiative die Remilitarisierung nach den Plänen der schwer belasteten Hitlergenerale vorangetrieben. Mit der Aufnahme Westdeutschlands in die aggressive NATO im Jahre 1955 begannen die alten Kriegsverbrecher-Generale, ihre bis in alle Einzelheiten ausgearbeiteten Pläne zum Aufbau einer millionenstarken Aggressionsarmee zu verwirklichen.

Bereits am 16. Juni 1951 schrieb die britische Zeitung „Daily Express“: *„Der deutsche Generalstab, die unbarmherzig wirkende Maschine, die 100 Jahre lang der Planentwerfer eines europäischen Krieges war, ist wieder da. Der deutsche Generalstabsmeisterplan ist nur wenigen alliierten Kreisen bekannt. Die Franzosen, mit ihrer Erinnerung an drei deutsche Invasionen in 70 Jahren, sind alarmiert.“*

FÜHRENDE POSITION IN DER NATO

Der Prozeß des Aufbaues der Bonner Wehrmacht, der jetzt im wesentlichen abgeschlossen ist, wurde in allen entscheidenden Teilen von ehemaligen Generalstäblern Hitlers vorangetrieben. Dies trifft sowohl auf die Führungsspitze der Bonner Armee, als auch auf die Kommandostellen in den unteren Einheiten und im Befehlsbereich der „Territorialen Verteidigung“ zu.

Hitlers und Adenauers Generalstäbler schufen die personellen Voraussetzungen zum Aufbau einer neuen Armee, indem sie die faschistischen Generalstäbler wieder an einen Tisch brachten. Sie organisierten und bewaffneten diese Armee. Und nicht nur das. Unter dem Deckmantel der Integration verstanden sie es, nicht die Bundeswehr der NATO, sondern die NATO der Bundeswehr einzuverleiben. Sie benutzten ihre ökonomische und militärische Stärke, auf ihre NATO-Partner Druck auszuüben, errichteten in anderen Staaten zahlreiche militärische Stützpunkte und besetzten wichtige Kommandostellen in der NATO.

Die westdeutsche Bundesrepublik hat sich neben den USA zur stärksten Militärmacht der NATO entwickelt. Immer offener fordert Bonn nunmehr die Verfügungsgewalt über Atomwaffen, um die NATO-Partner in ihre militärischen Abenteuer für die Verwirklichung ihrer Revanchepläne hineinziehen zu können. Diesem Ziel dient die „Vorwärtsstrategie“, die Bonns Generalstäbler auf der NATO-Ratstagung in Ottawa 1963 durchsetzten, ebenso wie der sich daraus ergebende Plan, an den Grenzen der DDR und der CSSR einen Atomminengürtel anzulegen, der am 15. Dezember 1964 von dem Hitlergeneral Trettner auf der Pariser NATO-Ratstagung vorgelegt wurde.

Die „Vorwärtsstrategie“ entspricht am weitestgehenden den Zielen der Bonner Militaristen: Ihre Kernstücke sind der aggressive Aufmarsch der Truppen der Bundeswehr- und NATO-Verbände unmittelbar an den Staatsgrenzen der DDR und der CSSR sowie die Propagierung und Vorbereitung des „verdeckten Krieges“. Entgegen den NATO-Festlegungen fordert die Bundeswehrführung die Übergabe der Kernsprengköpfe an die Kommandeure bis zur Brigade und den frühzeitigen - möglichst sofortigen - Einsatz taktischer Kernwaffen und Kernsprengminen im Kriegsfall.

Um ihre Verbündeten noch fester an sich zu ketten, greifen die Bonner Militaristen nach weiteren Kommandostellen in der NATO. Sie verfolgen dabei nicht zuletzt das Ziel, wesentlichen Einfluß auf die NATO-Strategie und die Entscheidungsbefugnis über den Einsatz von Atomwaffen zu gewinnen. Das gesamte militärische Potential der NATO soll den abenteuerlichen Plänen der extremen Kreise Westdeutschlands nutzbar gemacht werden.

Mit dem steigenden militärischen Gewicht der Bundeswehr in der NATO erhöhte sich auch die Anzahl der westdeutschen Generale und Offiziere in den NATO-Führungsstäben und -Kommandostellen. Anfang 1964 waren 21 Generale, 53 Oberste und 242 Stabsoffiziere und Hauptleute in NATO-Stäben tätig. Heute verfechten über tausend westdeutsche Militärs, unter ihnen 30 Generale, die Bonner Atomkriegskonzeption in der NATO.

Hitlergenerale gingen - Hitleroffiziere kamen

Die Bundeswehrführung, d.h. der Generalstab der westdeutschen Armee, wurde in den letzten Jahren „verjüngt“. Nachdem der weltweite Protest eine Reihe der „alten“ Generale zum Rücktritt zwang, traten sie in den „Ruhestand“ und beziehen hohe Staatspensionen. Das bedeutet jedoch keineswegs, daß sie darauf verzichtet hätten, die Revanchepolitik zu beeinflussen. Im Gegenteil! Sie wirken nach wie vor als Berater der Bundesregierung oder der Länder sowie als Präsidenten der größten militärischen Verbände, z. B. Speidel, Rüge, Kammhuber, Matzky.

Die in den Ruhestand versetzten Militärs wurden durch die von ihnen ausgebildete und erzogene „neue Führung“ der Bundeswehr ersetzt. Es handelt sich auch bei ihnen durchweg um Generalstäbler und Truppenkommandeure Hitlers, die ihre Ausbildung im faschistischen Generalstab oder auf Offiziersschulen erhielten und sich während des faschistischen Aggressionskrieges besonders auszeichneten und deshalb Karriere machten.

Von gegenwärtig 189 Generalen und Admiralen der Bundeswehr sind über die Hälfte ehemalige Generalstabsoffiziere der Hitlerwehrmacht; auch die übrigen waren ohne Ausnahme Offiziere der faschistischen Wehrmacht. Alle Generale der Bundeswehr waren direkt oder indirekt an der Vorbereitung und Durchführung von Aggressionen beteiligt. Unter den heutigen Generalen und Admiralen der Bundeswehr befindet sich kein einziger, der gegen den Hitlerstaat gekämpft hat. Im Gegenteil. Für ihre Treuebekanntnisse wurde ein großer Teil noch in den Jahren 1944/45 mit hohen Generalstabs- oder Kommandostellen betraut. Sechs dieser Militärs wurden wegen Kriegsverbrechen zu langjährigen Freiheitsstrafen verurteilt, unter ihnen Maeder, Herzog, Rosenthal und Karpinski.

Ähnlich ist die Vergangenheit des Offizierskorps der Bundeswehr bis hinunter zu den Hauptleuten. Und schließlich erhielt die Masse der Leutnante und Oberleutnante ihre Ausbildung nach 1955 an den von Hitleroffizieren geleiteten Offiziersschulen.

Alle westdeutschen Generale waren Hitleroffiziere - die Generale der Nationalen Volksarmee der DDR dagegen aktive Kämpfer gegen den Hitlerfaschismus. Mehr noch: Die Mehrzahl von ihnen bewies ihre Treue zur Arbeiterklasse im Kampf zur Verteidigung der spanischen Republik, in den faschistischen Konzentrationslagern und Zuchthäusern.

Trettner, Heinz

EIN KRIEGSVERBRECHER AN DER SPITZE DER BUNDESWEHR

Nach den Generalen Heusinger und Foertsch steht mit dem ehemaligen Hitlergeneral Heinz Trettner erneut ein überführter Kriegsverbrecher an der Spitze der Bonner Bundeswehr.

Trettner ist einer jener rücksichtslosen Durchhalteoffiziere und Lieblinge Hitlers, die vor keinem Verbrechen zurückschreckten und dafür hoch dekoriert wurden. Seine Karriere - Trettner stieg im Verlauf von nur sieben Jahren vom Hauptmann bis zum Generalleutnant auf - ist nur mit der einiger SS-Günstlinge Himmlers zu vergleichen.

Der Mörder von Guernica

Trettner gehörte zu den ersten Freiwilligen der faschistischen „Legion Condor“, die Hitler unter Bruch des Völkerrechts General Franco zur Unterstützung des Militärputsches gegen die junge spanische Republik schickte. Zunächst kam er als Adjutant in den Stab des Befehlshabers der „Legion Condor“, Generalmajor Sperrle. Ab März 1937 war er Staffelkapitän in der Kampfgruppe 88, die am 31. März bzw. 26. April 1937 die friedlichen baskischen Landstädte Durango und Guernica bombardierten. Diese barbarischen Angriffe waren der Beginn des faschistischen Luftterrors gegen die Zivilbevölkerung, der später gegen Warschau, Rotterdam und Coventry fortgeführt wurde. Das Ergebnis dieses Luftterrors waren rauchende Trümmer und ermordete Zivilisten - in Durango 248, darunter 14 Nonnen und ein Priester, in Guernica 1654 Tote und 889 Verwundete.

Über die Vernichtung des bekannten Wallfahrtsortes Guernica berichtete Mathieu Corman in seinem Buch „Salud Camerada - cinq mois sur le front d’Espagne“ (Edition Tribord, Paris 1937). Corman besuchte mit den Korrespondenten Steer („Times“) und Holmes („Reuter“) diese Stadt und klagte am Schluß seines Berichtes an: *„Die tiefhängenden Wolken haben die Farbe all des Blutes angenommen, die ewig gegen Mola, Franco, Göring und all die anderen zeugen wird. Gegen die, die dieses fürchterliche Massaker befohlen haben, gegen diejenigen, die es ausgeführt haben, gegen diejenigen, die es von lerne guthießen!“*

Der Zerstörer von Rotterdam

Anfang 1938 setzte Trettner seine Generalstabsausbildung an der Luftkriegsakademie Gatow fort und wurde 1. Generalstabsoffizier (Ia) der 7. Flieger(Fallschirmjäger-)Divison. Das war jene Elitedivision Görings, die zur Lösung von Spezialaufgaben innerhalb der Blitzkriegsstrategie der Faschisten bestimmt war. Trettner arbeitete dafür die Pläne aus.

Der erste Großeinsatz erfolgte am 10. Mai 1940 beim völkerrechtswidrigen Überfall auf die Niederlande, Belgien und Luxemburg unter dem Befehl des Generals Student und seines Stabschefs, Major i.G. Trettner. (Siehe Tafel 31)

Am Nachmittag des 13. Mai forderte der Stab des Luftlandekorps für den nächsten Tag einen Angriff starker Bomberverbände auf Rotterdam. Der Verbindungsoffizier des Kampfgeschwaders 54 erhielt am Abend des gleichen Tages vom Stab Trettners eine Karte mit den Zielen, die durch *„Bombenteppeiche vernichtet werden sollten“*. (Siehe Tafel 32)

Nachdem die Bombardierung Rotterdams angekündigt worden war, entschloß sich der Stadtkommandant, im Interesse der schutzlosen Bevölkerung und der historischen Bauwerke der alten Stadt Kapitulationsverhandlungen aufzunehmen. Sie begannen am 14. Mai 1940, 10.30 Uhr. Für die Dauer dieser Verhandlungen war Waffenruhe vereinbart worden. Trettner war über diese Vorgänge genauestens informiert, da sein Kommandeur, General Student, an den Kapitulationsverhandlungen teilnahm. Ungeachtet dessen begann um 15.00 Uhr „planmäßig“, wie mit Trettner vereinbart und abgesprochen, die Bombardierung Rotterdams. „Mitten in diese Waffenruhe hinein schlug der deutsche Bombenangriff wie ein gewaltiges, vernichtendes Gewitter.“ (R. Böhmler, Fallschirmjäger, Verlag Hans-Hennig Podzun, Bad Nauheim 1961)

874 Menschen wurden getötet, über 2000 verwundet, über 78000 obdachlos; 24978 Wohnungen, 1329 Werkstätten, 2320 Läden, 31 Fabriken, 10 Krankenanstalten, 24 Kirchen, 62 Schulen und Hunderte andere öffentliche und private Gebäude lagen in Trümmer.

Damit ließ Trettner erstmalig in großem Ausmaß praktizieren, was er selbst als Angehöriger der „Legion Condor“ in Spanien geübt hatte. Er bestand seine Bewährungsprobe und wurde, da er *„den Einsatz der Truppe mustergültig vorbereitete, im persönlichen Einsatz bei der abgesetzten Truppe die Führungsunterlagen beschaffte, und die Verbindung aufrechterhielt“*, von Hitler auf Vorschlag Görings mit dem Ritterkreuz ausgezeichnet.

Nunmehr plante und organisierte Trettner weitere Einsätze der Fallschirmjäger. So gegen Großbritannien, Kreta, Malta, die Sowjetunion und, nach dem Sturz der Mussolini-Regierung, gegen Rom, Monte Rotondo und Gran Sasso.

Der Totengräber von Florenz

Am 22. Januar 1944 landeten die Alliierten bei Anzio-Nettuno südlich von Rom. Dorthin wurde die von Trettner im November 1943 aufgestellte und befehligte 4. Fallschirmjägerdivision verlegt. Nach ihrer Niederlage hinterließen die faschistischen Truppen auf Befehl Trettners eine tote Zone zerstörter Dörfer und Städte, darunter Frosinone, Itri, Fondi, Velletri, Gaeta, Tivoli, Capua und Littoria. Horst Zabel aus Dessau, ehemaliger Angehöriger der 4. Fallschirmjägerdivision erklärte dazu:

„Der Rückzug vollzog sich von Ardea aus über Albano, Rom, Bracciano, Orvieta, Montepulciano, Perugia, Florenz, Futa-Paß, Bologna und Castel St. Pietro ... Beim Rückzug durch Rom wurde diese Stadt wegen Partisanentätigkeit 48 Stunden zur Plünderung freigegeben... Auf dem weiteren Rückzugsweg wurden alle strategisch wichtigen und für die Versorgung der Bevölkerung bedeutsamen Objekte, z. B. Wasserwerke, Elektrizitätswerke usw., in einer Tiefe von 20 km zur Hauptkampflinie gesprengt. Desweiteren mußte die Zivilbevölkerung in einer Tiefe von 5 km ohne wesentliche Mitnahme von Nahrungsmitteln das Gebiet verlassen und sich auf größere Städte zurückziehen ... In Ausübung dieser Befehle kam es im Bereich der 4. Fallschirmjägerdivision, deren Kommandeur Generalmajor Trettner war, zu vielen Verbrechen.“

Mitte Juli 1944 übernahm die 4. Fallschirmjägerdivision den Abschnitt Florenz. Über diese Zeit vermerkte der konservative Florentiner Rechtsanwalt Gastano Casoni in seinem Tagebuch:

„Sonntag, 22. Juli: Die deutschen Streitkräfte in Florenz bestehen jetzt aus Linientruppen, d. h. aus Fallschirmjägern und Sprengkommandos. Die Fallschirmjäger haben einen noch schlimmeren Ruf als die SS. Sie betragen sich in der Tat wie Menschen, die drauf und dran sind, das Feld zu räumen, und nun soviel Beute wie möglich mitgehen lassen wollen, eine große Spur von Zerstörung und Trauer hinterlassend.“

Obwohl Florenz von Hitler selbst zur „Offenen Stadt“ erklärt worden war, begannen Ende Juli unter dem Oberbefehl Trettners umfangreiche Sprengvorbereitungen und Zerstörungsmaßnahmen. Wohnviertel mit einer Bevölkerung von 50000 Menschen mußten innerhalb von 24 Stunden geräumt werden.

In der Nacht vom 3. zum 4. August 1944 wurden fünf Brücken und viele der schönsten Bauwerke, darunter das Machiavelli-Haus, die Türme von Girolami-Gheradini und Parte Guelfa, das Accianiuoli-Palais sowie weltberühmte Kirchen gesprengt. Das Vernichtungswerk ging nach der Räumung der Stadt weiter. Der ehemalige Angehörige der 4. Fallschirmjägerdivision Leutelt aus Wernigerode berichtete, *„daß auf den Höhen nördlich*

von Florenz Artillerieeinheiten der 4. Fallschirmjäger-Division in Stellung gegangen waren und wiederholt Feuerüberfälle auf Florenz durchführten“.

Charakteristisch für das Wüten der Fallschirmjäger Trettners in der Umgebung von Florenz sind die Massaker in der kleinen Stadt Fiesole. Von den 2000 Einwohnern ließ Trettner etwa 500 zusammentreiben und zu Schanzarbeiten in der „Gotenlinie“ deportieren. Viele Einwohner wurden ermordet. Pasquale Pucci beispielsweise wurde nur deshalb erschossen, weil er ein englisches Wörterbuch besaß. Ein ähnliches Verbrechen geschah an drei Carabinieri, die ihr Quartier verlassen hatten, um nicht zu Repressalien gegen die eigene Bevölkerung herangezogen zu werden. Obwohl sie den italienischen Behörden unterstanden, wurden sie in der Nacht zum 12. August 1944 auf Befehl des Divisionsstabes Trettners erschossen.

Die Verbrechen in und um Florenz wurden im Herbst 1944 im Raum Bologna gemeinsam mit SS- und Polizeiverbänden bei „Säuberungsaktionen“ gegen Partisanen fortgesetzt.

Trettner war inzwischen mit dem Eichenlaub dekoriert und zum Generalleutnant befördert worden. Am 1. Mai 1945 bot das Oberkommando der deutschen Heeresgruppe Italien die Kapitulation an. Doch Trettner, der faschistische Durchhaltegeneral, setzte den sinnlosen Kampf auf eigene Faust fort. Noch vier Tage lang jagte er zahlreiche deutsche Soldaten, italienische Zivilisten und Angehörige der alliierten Streitkräfte in den Tod.

Er greift nach Atomwaffen

Dieser Kriegsverbrecher steht heute an der Spitze der westdeutschen Bundeswehr, deren Grundkonzeption die „Vorwärtsstrategie“ ist. Um sie durchzusetzen, greift Trettner nach Atomwaffen, sei es in Form einer NATO-Atomkraft oder eines Atomminengürtels. Diesen verbrecherischen Plan legte Trettner Mitte Dezember 1964 der NATO-Ratstagung in Paris vor. „UPI“ berichtete am 18. Dezember 1964:

„Aus militärischen Kreisen wurde bekannt, die atomaren Minen sollten ... einen atomaren Frühalarm auslösen. Sie würden so in das von der NATO gebilligte Konzept der Vorwärtsstrategie passen.“

Die „Frankfurter Allgemeine Zeitung“ schrieb am 22. Dezember 1964:

„Der Plan ist nicht allein von dem Generalinspekteur der Bundeswehr entworfen worden. Man kann gleichwohl von einem Trettner-Plan sprechen, weil der Generalinspekteur verantwortlich zeichnet.“

Und der „Vorwärts“ erklärte am 23. Dezember 1964:

„Offenbar ist dieser Vorschlag in dem Bestreben geboren worden, eine neue Version für das Streben der Bundeswehrführung nach atomarer Verfügungsgewalt zu entwickeln.“

Atomwaffen in den Händen eines so skrupellosen und kriegswütigen Hitlergenerals, dessen militärische Karriere bewies, daß ihm Völker- und Menschenrecht nichts gelten, - das ist nicht nur eine Gefahr für den Frieden in Deutschland und Europa, das ist eine Weltgefahr.

Kielmansegg, JohannAdolf, Graf von

EIN NAZISTISCHER AGGRESSIONSOFFIZIER BEFEHLIGT NATO- VERBÄNDE

Nach dem Kriegsverbrecher Speidel steht heute mit General Johann Adolf Graf von Kielmansegg ein Offizier an der Spitze der NATO-Landstreitkräfte Europa-Mitte, der sich an den Hitlerüberfällen führend beteiligte.

Von Kielmansegg ging durch die Schule des faschistischen Generalstabes. Als 3. Generalstabsoffizier (Ic) - Abwehr - der 1. Panzerdivision nahm er am Überfall auf Polen, als 2. Generalstabsoffizier (Ib) - Nachschub - der gleichen Division gegen Frankreich teil. Später wurde er 1. Generalstabsoffizier (Ia) - Operation - der 6. Panzerdivision, kam in die Operationsabteilung des Generalstabes des Heeres unter Kriegsverbrecher Heusinger und übernahm schließlich als Oberst das Panzergrenadierregiment 111.

Über den ersten Teil seiner Karriere schrieb von Kielmansegg mehrere Abhandlungen, von denen sein im Jahre 1941 im Verlag „Die Wehrmacht“ herausgegebenes Buch „Panzer zwischen Warschau und Atlantik“ eine umfassende Charakteristik seiner faschistischen Gesinnung ist. (Siehe Tafel 33)

Fanatischer „Blitzkrieger“

Auf den ersten Seiten seines Machwerks offenbart er, daß er „dreizehn Jahre hindurch nichts anderes getan hatte, als das Kriegshandwerk zu lernen und die Erscheinungsformen des Krieges theoretisch zu studieren. Nun brannte er darauf, daß es endlich losginge: *„Wir hielten den Atem an, als wir des Führers letztes Angebot an Polen hörten ... Und wir wären keine deutschen Soldaten gewesen, wenn wir nicht gewünscht hätten, daß Polen nicht annähme.“*

Dann war es soweit:

„Ich zünde mir eine Zigarette an - wenn sie verlischt, wird Krieg sein. Noch zwei Minuten, und der Krieg beginnt. Sonderbares und erregendes Gefühl, einen geschichtlichen Augenblick, dessen Tragweite gar nicht abzusehen ist, so bewußt, so unmittelbar zu erleben! 4.45 Uhr!... Der Krieg hat begonnen!... Aber dieser Krieg würde ja auch anders werden als der Weltkrieg. Nicht nur im Ausgang, daran gab es keinen Zweifel, auch sonst.“

Nach der Okkupation Polens bedauerte von Kielmansegg, daß vor den weiteren Aggressionen eine Kampfpause eingelegt wurde: *„Wir hätten am liebsten gleich ‚weitergesiegt‘ ...“*

Als neun Monate später die faschistische Kriegsmaschine im Westen in Bewegung gesetzt wurde, frohlockte er: *„Deutsches soldatisches Können und Organisation hatten es wirklich dahin gebracht, daß nur auf den berühmten Knopf gedrückt zu werden brauchte, und es ging los.“*

Nachdem die faschistischen Aggressionsarmeen am Nordkap, am Kanal und an der Biskaya standen, brannte er darauf, unbedingt bei der „Erringung des Endsieges“ dabeizusein.

„Wir können melden, daß wir den Auftrag, den die Geschichte, Deutschland und der Führer uns gestellt haben, durchführten bis zum letzten, und wir können melden, daß wir bereit sind, genau so den Auftrag durchzuführen, der als einziger noch zwischen uns und der Freiheit steht, die Vernichtung Englands.“

„Über Gräber vorwärts!“

Tod und Vernichtung, brennende Städte und Dörfer markierten den Weg der in Polen eingefallenen Armeen. Das Vernichtungswerk war so gründlich, *„daß man auch bei schnellem Durchfahren glaubte, versengt zu werden“*. Hand in Hand damit begann der Terror der faschistischen Okkupanten gegen die Zivilbevölkerung. *„In diesem Dort Polichno führten wir übrigens zum erstenmal ein Verfahren zur unmittelbaren Sicherung der Nachtruhe durch, was dann später zur Regel wurde und sich sehr bewährt hat. Sämtliche Dorfbewohner, die zurückgeblieben waren, wurden in einem großen Hof zusammengetrieben und für die Nacht eingesperrt...“*

Von Kielmansegg rekelte sich im Amtssessel des früheren polnischen Staatspräsidenten und triumphierte:

„Ich saß auf dem Stuhl des Oberhauptes eines Staates, den wir nicht nur einfach militärisch besiegt hatten, sondern der durch unseren Sieg ausgelöscht war aus der Geschichte, entgegen deren Sinn er, künstlich ins Leben gerufen, zwanzig Jahre lang versucht hatte, zu existieren...“

Als es gegen Luxemburg, Belgien, die Niederlande und Frankreich *„endlich losging“*, jubelte er über die Bombardierung von Sedan:

„Vier Stunden dauerte dieses großartige, überwältigende Schauspiel... Ein wunderbares Bild entwickelt sich vor unseren Augen. An dem brennenden Avancön vorüber, auf dem noch das Feuer der deutschen Artillerie liegt, walzen die Panzer jeden Widerstand vor sich nieder ...“

Von Kielmanseggs Devise lautete: *„Über Gräber vorwärts!‘ In diesem Augenblick können wir uns mit berechtigtem Stolz und in tiefer Freude sagen, daß wir im Begriff sind, dieses Wort in einem wunderbaren Sinn wahrzumachen.“* Im Siegestaumel des faschistischen Aggressors triumphierte Kielmansegg nach der Kapitulation des „Erbfeindes Frankreich“: *„Keine zehn Jahre war es her, daß noch die Trikolore auf dem Ehrenbreitstein flatterte. Daß es seit dem Tag, wo sie dort niederging, nur zehn Jahre weniger zehn Tage sein würden, wo Frankreich zerschmettert und besiegt den Waffenstillstand des Jahres 1940 im Walde von Compiègne unterzeichnen würde, das ahnte allerdings keiner von uns an diesem 11. Mai.“*

Vom Rassenwahn getrieben

Rassenwahn und Herrenmenschentum ziehen sich wie ein roter Faden durch das Machwerk des Grafen Kielmansegg. So schrieb er im „Stürmer“-Jargon auf Seite 61 über eine polnische Ortschaft: *„Die Häuser starrten vor Schmutz, die Luft war kaum zu atmen. Erklärlich wurde das, wenn man die fast durchweg jüdischen Einwohner sah.“*

In Frankreich, meinte er, herrsche *„eine Atmosphäre der Verwahrlosung und der Verkommenheit“*. Es mache den *„Eindruck eines stehengebliebenen Volkes“* und sei ein *„leeres Land“*. Deshalb: *„Raum ohne Volk‘ - Frankreich... ‚Volk ohne Raum‘ - Deutschland.“*

Das Rezept zur Änderung dieses Zustandes gab Kielmansegg auf den Seiten 246/47, als er die Besetzung der französischen Stadt Beifort beschrieb: *„Am Nachmittag endlich ist das Hotel de Ballon ... selbst in unserer Hand und wird damit nach 22 Jahren und diesmal unwiderruflich wieder zum deutschen ‚Belchen‘.“*

Als „osterfahrener Panzerspezialist“ im Generalstab

Als 1. Generalstabsoffizier (Ia) der 6. Panzerdivision der Heeresgruppe Nord brach von Kielmansegg in die Sowjetunion ein. Sein Ziel war die rasche Eroberung von Leningrad. Nach dem Scheitern dieses Planes entwarf er den Divisionsbefehl Nr. 50 vom 18. September 1941, in dem es demagogisch heißt: *„Das Schicksal Petersburgs ist besiegelt und nur noch eine Frage der Zeit.“* Die Losung sei: *„Für Führer und Vaterland alles daran zu setzen, bis die endgültige Entscheidung errungen und Deutschlands Zukunft gesichert ist.“*

Anfang 1944 wurde von Kielmansegg auf Grund seiner „Osterfahrten“ als 2. Generalstabsoffizier in die Operationsabteilung des Generalstabes des Heeres geholt, deren Chef der Kriegsverbrecher Heusinger war. Dort wertete er die „Lagemeldungen“ aus, stellte sie zu Gesamtberichten zusammen und gab sie „als Anleitung zum Handeln“ an die Heeresgruppen heraus.

In einigen durch von Kielmansegg unterzeichneten „Geheimen Kommandosachen“ (Siehe auch Tafel 34) heißt es:

„Stand 3.4.44, 12.00 Uhr

I. Frankreich

... 80 Einwohner erschossen, 20 festgenommen... Mehrere Lager und Häuser zerstört, 24 Terroristen erschossen, 107 festgenommen.“ (IMT, Dok. NO. NOKW - 1557 CONT'D, S. 17)

„Stand 4.4.44, 12.00 Uhr

I. Frankreich

Fortsetzung Säuberungsunternehmen Department Dordogne, mehrere Lager und Häuser zerstört, 19 Terroristen erschossen. Beute an Kfz. und Waffen.“ (A. a. O., S. 19)

„Stand 12. 2. 44, 06.00 Uhr...

b) Serbien:

Im Banat Sühneerschienen von 40 Kommunisten.“ (A. a. O., S. 34)

„I. Frankreich, Stand 13.7.44, 06.00 Uhr ...

A.O.K. 1: 18 Terroristen erschossen, umfangreiche Beute ...

A.O.K. 19: ... 15 Terroristen erschossen ...

Mil. Befh. F.-156 Terroristen erschossen.“ (A. a. O., S. 37 f.)

Sein erstes Gebot: „Vorwärtsstrategie“

Unter Heusinger und Speidel war von Kielmansegg einer der ersten militärischen Berater Adenauers und maßgeblich am Aufbau der Bonner Aggressionsarmee beteiligt. Für ihn ist die „Vorwärtsstrategie“ ebenso wie das Atommachtstreben erstes Gebot.

Bereits am 6. Januar 1955 schrieb er in einem Leitartikel der „Welt“: *„Wer die Verteidigung der Bundesrepublik bejaht, muß fordern, daß diese an der Zonengrenze, und zwar operativ wirksam beginnt.“*

Heute befiehlt dieser faschistische Aggressionsoffizier über alle NATO-Landstreitkräfte zwischen Hamburg und den Alpen. Neben westdeutschen, niederländischen, belgischen, britischen, amerikanischen und kanadischen Soldaten sind es Angehörige des großen französischen Volkes, das vor 25 Jahren durch den Chauvinisten und Rassenfanatiker von Kielmansegg in gemeinster Weise beleidigt und entwürdigt wurde.

Heusinger, Adolf

VOM CHEFPLANER HITLERS ZUM CHEFPLANER ADENAUERS

Als Fahnenjunker trat Heusinger 1915 in das Kaiserliche Heer ein und nahm am Krieg gegen Frankreich teil. Nach dem ersten Weltkrieg wurde er in die Reichswehr übernommen und erwarb als Oberleutnant in den Lehrgängen für „Führergehilfen“ der illegalen Kriegsakademie die Spezialkenntnisse für seine spätere Tätigkeit im Generalstab. 1929 kam er in das Reichswehrministerium.

Im „Führungsstab der Heeresleitung“, Tarnbezeichnung des verbotenen Generalstabes, half er mit, den deutschen Imperialisten wieder eine schlagkräftige Armee in die Hände zu geben.

Mit der Machtergreifung der Hitlerfaschisten begann Heusingers Karriere. Von 1935 bis 1937 sammelte er als Generalstabschef der 11. Division „Erfahrungen in der Truppenführung“ und wurde danach zum 1. Generalstabsoffizier der Operationsabteilung des Oberkommandos des Heeres berufen.

Von nun an plante und bestimmte er alle militärischen Operationen der faschistischen Wehrmacht mit und erwarb sich das besondere Vertrauen Hitlers. 1940 wurde er Chef der Operationsabteilung des Generalstabes des Oberkommandos des Heeres und 1943 stellvertretender Chef des Generalstabes des Heeres.

Während seiner Tätigkeit im Generalstab des Heeres entstanden - größtenteils bereits im Frieden - unter aktiver Mitwirkung Heusingers und anderer die Aggressionspläne gegen die Tschechoslowakei, Polen, Norwegen und Dänemark, gegen Holland, Belgien, Luxemburg und Frankreich, gegen Griechenland und Jugoslawien, Afrika, Sowjetunion, Ägypten, Italien, Ungarn, Rumänien, England, Schweiz, Portugal und Spanien.

Auf Grund dieser Überfallpläne wurden unter Heusingers Leitung in vielen „Geheimen Kommandosachen“ die verschiedenen Angriffsoperationen des faschistischen Heeres bis ins einzelne festgelegt.

So wurden zum Beispiel in der „Geheimen Kommandosache“ Nr. 4402/39 der Operationsabteilung des Generalstabes des Heeres vom 7. Oktober 1939 Vorbereitungen zum Einfall in Holland und Belgien getroffen. In dem von Heusinger unterzeichneten Dokument heißt es:

„Gleichzeitig hat Heeresgruppe B entsprechend besonderer Anweisung alle Vorbereitungen zu sofortigem Einrücken in holländisches und belgisches Gebiet zu treffen, falls die politische Lage es erfordert. Den Befehl zum Einrücken gibt OKH. Bis dahin ist jede Grenzverletzung holländischen oder belgischen Gebiets peinlichst zu vermeiden.“

Die Praktiken der faschistischen Kriegführung unterstützte Heusinger auch bei der Vorbereitung des Überfalls auf Jugoslawien, der den Decknamen „Marita“ trug. In einer „Geheimen Kommandosache“ vom 27. März 1941 über eine Lagebesprechung zu Jugoslawien, an der Heusinger teilnahm, heißt es:

„Führer ist entschlossen, ohne mögliche Loyalitätserklärungen... alle Vorbereitungen zu treffen, um Jugoslawien militärisch und als Staatsgebilde zu zerschlagen... Es kommt darauf an, daß so schnell wie möglich gehandelt wird ... Politisch ist es besonders wichtig, daß der Schlag gegen Jugoslawien mit unerbittlicher Härte geführt und die militärische Zerschlagung in einem Blitzunternehmen durchgeführt wird... In diesem Zusammenhang muß der Beginn der Barbarossa-Unternehmung bis zu 4 Wochen verschoben werden.“ (H. A. Jacobsen, 1939-1945, Der zweite Weltkrieg in Chronik und Dokumenten, Wehr und Wissen, Verlagsgesellschaft Darmstadt 1959, S. 202)

Heusinger plante aber nicht nur die Überfälle der Faschisten, sondern leitete unmittelbar auch den Einsatz der faschistischen Wehrmacht gegen unschuldige Frauen, Kinder und Greise in den überfallenen Ländern im Rahmen der „Bandenbekämpfung“ und bei der Anwendung der „Taktik der verbrannten Erde“.

So ließ die Operationsabteilung des Heeres, deren Chef Heusinger war, als „Vergeltung“ für einen am 28. August 1942 erfolgten Angriff sowjetischer Partisanen gegen die Eisenbahnstation Slawnoje und die dort stationierte Garnison der faschistischen Polizei und Gestapo über 100 Geiseln, darunter Frauen, Greise, Kinder und Jugendliche, ermorden. In dem Telegramm Nr. 11 027/42 ss der Operationsabteilung des Heeres an das Oberkommando der Heeresgruppe Mitte heißt es:

„Der Führer fordert Vergeltungsmaßnahmen mit Anwendung schärfster Abschreckungsmaßnahmen wegen des Überfalls der Partisanen auf Slawnoje. Über die getroffenen Maßnahmen ist zu berichten.“

Heusinger, Mitwisser des Sprengstoff-Attentats auf Hitler, wurde nicht etwa wie alle anderen auch nur entfernt Beteiligten erschossen oder dem Henker ausgeliefert, sondern nach seiner kurzen Haft von Hitler persönlich empfangen und rehabilitiert. Über eine von Heusinger während seiner Haftzeit verfaßte „Denkschrift“ äußerte Hitler:

„Ich habe Ihre Denkschrift aus der Haft studiert. Ich danke Ihnen dafür.“ (A. Heusinger, Befehl im Widerstreit, Tübingen, S. 236)

In dieser Denkschrift für den „Endsieg“ empfahl Heusinger, als neues Kanonenfutter die 15- und 16jährigen sowie alle älteren Jahrgänge bis zu 60 Jahren einzuziehen. Ende September 1944 wurde Heusinger „rehabilitiert“ - Mitte Oktober 1944 befahl Hitler die Aufstellung des Volkssturmes.

Während seiner „Kriegsgefangenschaft“ war Heusinger ständiger Ratgeber der kriegshistorischen Abteilung der US-Armee, wertete „Erfahrungen“ aus und bereitete sich so für zukünftige Aufgaben vor.

Nach seiner Entlassung wurde aus dem Günstling Hitlers der Günstling Adenauers. Zusammen mit Speidel wurde Heusinger dessen Berater in militärischen Fragen. So wie Heusinger einst für Hitler unentbehrlich war, wurde er es nunmehr auch für Adenauer.

1950 wurde er offizieller Berater der Bundesregierung für „Sicherheitsfragen“ und „Angestellter“ der „Dienststelle Blank“, dem illegalen Kriegsministerium. Hier plante er den Aufbau der neuen Wehrmacht und nahm an allen wichtigen Beratungen teil. 1952 wurde Heusinger Chef der Militärabteilung im „Amt Blank“.

„Die harten Jahre im ‚Amt Blank‘ - Jahre selbstloser, umstrittener, Ungewisser Warte- und Vorbereitungsarbeit -, die an alle Beteiligten große Anforderungen stellten -, wurden schließlich, nachdem die Deutschland-Verträge eine neue Form der Sicherheitspolitik auf nationaler Basis innerhalb der NATO ermöglichen, 1955 belohnt durch den Neuaufbau deutscher Streitkräfte, an dem Heusinger und Speidel führenden Anteil nahmen.“ (Das neue Journal, 26. Februar 1958)

Im November 1955 übernahm Heusinger den Ständigen Vorsitz im Militärischen Führungsrat der Bundeswehr und wurde am 1. März 1957 ihr erster Generalinspekteur. Vom 1. April 1961 bis 29. März 1964 war dieser ehemalige stellvertretende Heeres-Generalstabschef Hitlers Vorsitzender des „Ständigen Militärausschusses der NATO“ in Washington und damit praktisch deren Generalstabschef. Damit hatten die westdeutschen Imperialisten drei Jahre lang eine der wichtigsten Stellen der NATO besetzt, in der Heusinger entscheidenden Einfluß auf die strategische Konzeption der NATO ausübte, den Griff der Bonner Hitlergenerale nach Atomwaffen vorbereitete und in steigendem Maße westdeutsche Generale auf einflußreiche NATO-Posten lancieren half.

Wie der Kriegsverbrecher Speidel trat auch sein Komplize Heusinger nach seiner Pensionierung nicht in den Ruhestand. Die führende Partei der westdeutschen Monopole, die CDU/CSU, machte ihn zu ihrem militärischen Berater. In dieser Position erarbeitet Heusinger heute unter Adenauer, Erhard und Barzel wieder die Pläne zur totalen Militarisierung, wie er es sogar während seiner „Haftzeit“ für Hitler tat. Verwirklichung der atomaren „Vorwärtsstrategie“, Drängen nach Atomwaffen, Massenmobilisierung und Notstandsgesetze sind untrennbar mit seinem Wirken verbunden. Der Kriegsverbrecher Heusinger war und ist der militärische Exponent und einer der Hauptverfechter der aggressiven, volksfeindlichen Politik des Bonner Staates.

Speidel, Hans

KRIEGSVERBRECHER UND MILITÄRBERATER DER BONNER REGIERUNG

Dr. Hans Speidel steht seit 1914 im Dienste des deutschen Militarismus. Nach dem ersten Weltkrieg trat er zur Reichswehr über, wurde als „Führergehilfe“ (Generalstabsoffizier) ausgebildet und 1930 als Hauptmann in das Frankreich-Referat der 3. Abteilung des illegalen Generalstabes übernommen. Mit der Machtergreifung Hitlers im Jahre 1933 kam Speidel als Gehilfe des Militärattachés zur deutschen Botschaft nach Paris und organisierte dort die Spionage gegen Frankreich. Anschließend wurde er Leiter der Abteilung „Fremde Heere West“ im Generalstab des Heeres, in der er die militärischen Unterlagen für den Überfall auf die westeuropäischen Länder beschaffte, auswertete und die entsprechenden Pläne mit ausarbeitete. An der Vorbereitung und Durchführung des Überfalls auf Frankreich war Speidel als 1. Generalstabsoffizier des IX. Armeekorps bzw. der Heeresgruppe B unmittelbar

beteiligt. Am 14. Juni 1940 wurde er Chef des Generalstabes beim Militärbefehlshaber in Paris und am 1. August 1940 Chef des Generalstabes beim Militärbefehlshaber in Frankreich. Als solcher ist er mitschuldig an der Errichtung des grausamen Terrorregimes in Frankreich und an zahlreichen Verbrechen an der französischen Zivilbevölkerung. Die Ergebnisse dieser verbrecherischen Tätigkeit faßte Speidel in seinen Meldungen über „Stimmung und innere Sicherheit“ zusammen, in denen er über die barbarischen „Sühnemaßnahmen“ unter seiner Aufsicht gegen die französische Zivilbevölkerung berichtete.

So heißt es in seinem am 28. Februar 1942 verfaßten Lagebericht an den Kriegsverbrecher Keitel:

„Folgende Sühnemaßnahmen wurden in der Berichtszeit befohlen: 100 Kommunisten und Juden wurden nach Compiègne zwecks Deportation nach dem Osten überführt.

In Rouen wurden umfangreiche Razzien auf Kommunisten und Juden durchgeführt, die zu zahlreichen Verhaftungen führten. In Zusammenhang mit den Maßnahmen ... wurde für das gesamte besetzte Gebiet die Überführung von 1000 Kommunisten und Juden in deutsche Haft angeordnet. Diese sind zur Deportation nach dem Osten bereitgestellt.“

Im März 1942 kam Speidel zunächst als Chef des Generalstabes des V. Armeekorps und später als Chef des Generalstabes der 8. Armee nach der Sowjetunion. Dort setzte er seine Verbrechen in großem Ausmaß fort. Er gehörte mit zu den Hauptplanern und Vollstreckern der „Taktik der verbrannten Erde“, die in seinem Bereich in der grausamsten Weise verwirklicht wurde. Ganze Landschaften wurden von der faschistischen Wehrmacht in tote Zonen verwandelt.

Im April 1944 tauchte der inzwischen zum Generalleutnant beförderte und für seine Verbrechen in der Sowjetunion mit dem Ritterkreuz dekorierte Speidel wieder in Frankreich auf. Diesmal als Chef des Generalstabes der von Rommel geführten Heeresgruppe B. Hier wollte er seine beim Rückzug der geschlagenen Hitlerarmeen in der Sowjetunion gesammelten „Erfahrungen“ erneut praktizieren. So gab er im August 1944 ohne Skrupel den Befehl weiter, wonach Paris in ein Trümmerfeld verwandelt werden sollte. Daß dieser Befehl später nicht ausgeführt wurde, ist nicht Speidels Verdienst.

Im Zusammenhang mit dem 20. Juli 1944 wurde Generalfeldmarschall Rommel von den Nazis zum Selbstmord getrieben. Sein Stabschef und Vertrauter Speidel blieb ungeschoren.

Nach 1945 ließ sich Speidel in Süddeutschland als „Geschichtsforscher“ nieder, bis Adenauer ihn und seinen Komplizen Heusinger im Jahre 1950 zu seinen militärischen Beratern ernannte.

Speidel wurde westdeutscher „Sachverständiger“ bei den Verhandlungen über einen „Sicherheitsbeitrag Westdeutschlands“ und Chefdelegierter bei den EVG-Verhandlungen. Nach dem Scheitern dieses Projekts durch das Veto der französischen Nationalversammlung war Speidel einer der Hauptverfechter der Aufnahme Westdeutschlands in den aggressiven NATO-Pakt und einer der militärischen Verhandlungsführer.

Nachdem Westdeutschland Mitglied der NATO geworden war und das Kriegsministerium offiziell gebildet wurde, wurde Speidel Leiter der „Abteilung Streitkräfte“. Bereits dort und unmittelbar danach als Befehlshaber der NATO-Landstreitkräfte Europa-Mitte setzte Speidel

alles daran, die Konzeption des wiedererstandenen faschistischen Generalstabes und dessen Einflußmöglichkeiten in der NATO durchzusetzen und zu erweitern.

Aus dem Anlaß der Pensionierung Speidels am 31. März 1964 bestätigte das Militaristenorgan „Wehrkunde“, München, Heft 4/1964:

„Ihm ist es zu danken, daß sich die Verteidigungsvorstellungen bei SHAPE im Laufe der Jahre entscheidend wandelten, um schließlich zur Formung der Vorwärtsstrategie zu führen, die das Gesamtgebiet der Bundesrepublik in das Konzept einer nachhaltigen Verteidigung einbezieht.“

Die Pensionierung bedeutete für Speidel jedoch nicht die Versetzung in den Ruhestand. Nachdem Speidel die atomare „Vorwärtsstrategie“ bei der NATO durchgesetzt hat, ist er nunmehr „Sonderberater der Bundesregierung in NATO-Fragen“ und einer der Hauptdrahtzieher bei dem Griff der Bonner Militaristen nach Atomwaffen, zur Durchsetzung der totalen Kriegsvorbereitung und der Errichtung der Notstandsdictatur. Sein Einfluß ist nicht kleiner, sondern größer geworden.

Rogge, Bernhard

KAPERKAPITÄN UND SOLDATENMÖRDER

heute:

Militärberater in Schleswig-Holstein.

Nachdem Rogge von 1915 bis 1917 in der kaiserlichen Marine am ersten Weltkrieg teilgenommen hatte, trat er 1920 in die Reichsmarine ein und wurde Spezialist für die Erziehung der Seeoffiziere. So war er Ausbildungsleiter auf dem Segelschulschiff „Niobe“ und übernahm 1930 das Kommando als Kadettenausbildungsoffizier auf dem Kreuzer „Emden“. Danach wurde er militärischer Referent bei der Inspektion des Bildungswesens in Kiel und Kommandant der Segelschulschiffe „Gorch Fock“ und „Albert Leo Schlageter“.

Bei Beginn des faschistischen Raubkrieges war er als Kapitän zur See Kommandant des Hilfskreuzers „Atlantis“, mit dem er fast zwei Jahre auf allen Weltmeeren ohne jede Rücksicht auf die Regeln des Seekriegsrechts Piratenstreifzüge durchführte. Unter den verschiedensten Tarnungen und sogar unter fremden Flaggen versenkte und kaperte Rogge mit seinem Hilfskreuzer insgesamt 22 Handelsschiffe. Von Hitler erhielt er dafür das Ritterkreuz und das Eichenlaub.

In den Jahren 1942/44 war Rogge Chef des Stabes bzw. Inspekteur des Bildungswesens der Marine. Als die in den baltischen Sowjetrepubliken vernichtend geschlagenen faschistischen Truppen zurückfluteten, wurde Rogge als Vizeadmiral zum Befehlshaber des Ausbildungsverbandes der Flotte ernannt, der als „Kampfgruppe Rogge“ in der Ostsee eingesetzt wurde. Mit seinem Flaggschiff, dem schweren Kreuzer „Prinz Eugen“, beschloß er rücksichtslos die baltischen und ostpreußischen Städte. Diese Einsätze vergrößerten und verlängerten das sinnlose Blutvergießen der deutschen Soldaten und die Leiden der gepeinigten Bevölkerung in diesen Gebieten.

Als die Reste des Kriegsschiffsverbandes Rogge in Schleswig-Holstein angekommen waren, die Auflösung der Wehrmacht große Ausmaße annahm und die faschistische Führung bereits bedingungslos kapituliert hatte, bestätigte Rogge als „Gerichtsherr“ noch am 6. bzw. 10. Mai

1945 mindestens vier Mordurteile gegen deutsche Marineangehörige. So wurden die Hauptgefreiten Willi Albrecht, Karl-Heinz Freudenthal und Günther Källander am 6. Mai 1945 zum Tode verurteilt und hingerichtet.

Am 11. Mai 1945, also drei Tage nach der Kapitulation, wurde der Gefreite Christian Lüß im Hauptquartier des Hitlernachfolgers und Kriegsverbrechers Dönitz in Flensburg-Mürwik erschossen, weil der Soldat sich „*aufsässig geäußert*“ habe.

Obwohl sich die Angehörigen der Gemordeten ständig um die Aufklärung des Schicksals der Soldaten bemühten, schwieg Rogge 20 Jahre lang und gab sich als Biedermann.

Nach seiner Entlassung aus der Kriegsgefangenschaft wurde er durch den damaligen Oberpräsidenten von Schleswig-Holstein, den CDU-Politiker und Adenauer-Freund Theodor Steltzer, mit Zustimmung der britischen Militärregierung kommissarischer Landrat des Landkreises Schleswig. Bald jedoch hielt er es für angebracht, zunächst aus dem öffentlichen Leben zu verschwinden und in der westdeutschen Industrie unterzutauchen, bis er 1957 als Konteradmiral in der Bundeswehr eingestellt wurde.

Rogge war bis zu seiner Pensionierung im März 1962 Befehlshaber im Wehrbereich I für Schleswig-Holstein und Hamburg. Seit dieser Zeit fungiert er als Berater für „zivile Verteidigungsfragen“ der Landesregierung Schleswig-Holstein.

Gericke, Walter

TRETTNER-KOMPLICE BAUTE DIE BONNER FALLSCHIRMTRUPPE AUF

bis 31. März 1965

Kommandeur der 1. Luftlandedivision der Bundeswehr.

Gericke's militärische Karriere begann im Jahre 1929 auf der erzreaktionären preußischen Polizeischule in Brandenburg. Als Angehöriger des aus der faschistischen Polizeiabteilung Wecke entstandenen „Regiments General Göring“ wurde der damalige Oberleutnant Gericke 1935 Luftwaffenoffizier und einer der ersten Ausbilder und Kommandeure der Göring'schen Fallschirmtruppe. Seine Hauptsorge bis zum Ausbruch des zweiten Weltkrieges war: „*Ja, wenn es doch wirklich einmal Ernst würde!*“ (W. Gericke, Fallschirmjäger hier und da. Schützen-Verlag, Berlin 1941, S. 46)

Nach der Teilnahme am Überfall der faschistischen Truppen auf Polen erfolgte sein erster Fallschirmeinsatz bei der Besetzung Dänemarks, für den Hitlers getreuer Stabsoffizier Trettner die Pläne ausarbeitete. Mit Trettner fiel er in Holland ein. Als Bataillonskommandeur im Fallschirmjägersturmregiment landete er auf Kreta. Kein Dokument könnte besser die verbrecherische und menschenverachtende Einstellung dieses Erzfascisten zeigen, als seine eigene Schilderung des Überfalls auf die Mittelmeerinsel:

„Warte, Du Schwein! Und am Weinberg erwischen sie ihn. Eine geballte Ladung fliegt. Qualm und Eisensplitter wirbeln hoch empor. Erledigt... Wie doch die Jäger die Gesichter unter den flachen Helmen hassen! Und sie feuern hinein, was das Zeug hält... Eine Matratze ‚ohne‘ habe ich auch, nur kein Bettlaken, also muß die blauweiße Griechenflagge, die in einem Regal gefunden wird, dazu herhalten...“ (W. Gericke, Von Malemes bis Chania, Verlag Die Wehrmacht, Berlin 1943, S. 52 ff.)

Nach längerem Einsatz in der Sowjetunion kam er nach Italien und löste dort in enger Zusammenarbeit mit dem Kriegsverbrecher Trettner „Sonderaufgaben“ bei der Vernichtung italienischer Freiheitskämpfer. Als Kommandeur einer Sonderkampfgruppe versuchte er vergeblich, den vom faschistischen Deutschland abgefallenen italienischen Generalstab gefangenzunehmen.

Mehrmals wurde Gericke für spezielle Ausbildungsaufgaben eingesetzt; so als Ausbildungsleiter an der Fallschirmjägerschule Stendal, Lehrgangsleiter für Kompanie- und Bataillonsführer an der Erdkampfschule der Luftwaffe in Mourmelon und La Courtine (Frankreich) und als Leiter der Führerschule beim I. Fallschirmjägerkorps in Verona.

Gericke führte jeden Auftrag der faschistischen Führung ohne Skrupel aus. Wegen seines eigenen Ruhmes trieb er zuletzt als Oberst und Kommandeur der 11. Fallschirmjägerdivision am Niederrhein Soldaten und Zivilisten in den Tod. Dafür erhielt er von Hitler höchste faschistische Orden.

Die totale Niederlage des deutschen Faschismus und Militarismus waren für Gericke kein Grund, seiner faschistischen Gesinnung zu entsagen. 1955 setzte er seine in der Nazi-Zeit begonnene Buchserie zur Verherrlichung der faschistischen Fallschirmtruppe unter dem Titel „Da gibt es kein Zurück“ fort.

Ebenso emsig widmete er sich als „Textilkaufmann“ besonders der Sammlung ehemaliger Fallschirmjäger. Als Schriftleiter des Mitteilungsblattes der Fallschirmjägerevereinigung „Der deutsche Fallschirmjäger“ sorgte er für die Verbreitung militaristischen Gedankengutes, bis er als einer der ersten Fallschirmjägeroffiziere der ehemaligen Hitlerwehrmacht in die Bundeswehr eintrat.

In Anerkennung seiner rücksichtslosen Kampfweise und faschistischen Abrichtemethoden wurde Gericke zum Kommandeur der Luftlandeschule der Bundeswehr ernannt und bildete, wie unter Hitler, Fallschirmjäger aus. Als Generalmajor und Kommandeur der 1. Luftlandedivision wurde er am 31. März 1965 in den „einstweiligen Ruhestand“ versetzt.

Maizière, Ulrich de

VERTRAUENSPERSON IM FÜHRERBUNKER

heute:

Inspekteur des Bonner Heeres, Generalleutnant.

Ulrich de Maiziere ist ein Offizier, der durch die Schule des faschistischen Generalstabs ging. Nachdem er als Regimentsadjutant am Überfall auf Polen teilgenommen hatte, kam er zur Generalstabsausbildung an die Kriegsschule Dresden. Danach wurde er 1. Ordonnanzoffizier im Stab der Heeresgruppe C und beim Einfall in die Sowjetunion 2. Generalstabsoffizier (Ib) der 18. Infanteriedivision (mot).

Seine ersten „Osterfahrten“ wertete de Maiziere in den Jahren 1942/43 als Referent in der Organisationsabteilung des Generalstabes des Heeres unter Leitung des späteren Bundeswehrgenerals Müller-Hillebrand aus. Ab 1. Mai 1943 begann er, als 1. Generalstabsoffizier (Ia) der 10. Panzergrenadierdivision den sich abzeichnenden Zusammenbruch der Heeresgruppe Süd in der Ukraine und in Rumänien aufhalten zu helfen.

De Maiziere genoß das besondere Vertrauen Hitlers und der faschistischen Wehrmachtsführung. Er wurde noch im Februar 1945 in den „Führerbunker“ geholt. Dort berichtete er als Oberstleutnant i.G. und 1. Generalstabsoffizier (Ia) der Operationsabteilung des Generalstabes des Heeres regelmäßig vor Hitler über die Lage und sorgte für die Arbeitsfähigkeit dieses eingeschlossenen „Befehlsstandes“ Hitlers, Bormanns und Goebbels.

So berichtete er am Abend des 23. März 1945:

„Es ist jetzt schon so, daß weite Teile, soweit die Anlage oben noch nicht wieder instand gesetzt ist, unten arbeiten. Zum Beispiel General Krebs, der Chef der Operationsabteilung, arbeitet an sich unten. Für den Apparat, der jetzt da ist, geht es also, auch wenn die Gebäude über der Erde zerstört sind.“ (H. Heiber, Lagebesprechungen im Führerhauptquartier, Deutscher Taschenbuchverlag GmbH, München 1964)

Als die Zerschlagung der letzten Widerstandsnester in Berlin durch die Sowjetarmee ihrem Ende entgegenging, wurde de Maiziere zu Hitlernachfolger Dönitz geschickt, der sich in Schleswig-Holstein befand. Dort sollte er als 1. Generalstabsoffizier (Ia) der Einsatzabteilung Heer die Operationsabteilung des Generalstabes in Gang halten und das Intrigenspiel des Kriegsverbrechers Dönitz auf Separatabsprachen mit den Alliierten unterstützen.

Nach der totalen Niederlage des Faschismus und seiner Kriegsmaschine gehörte de Maiziere mit zu den ersten Hitleroffizieren, die die Kriegsverbrecher Heusinger und Speidel zum Aufbau einer neuen Aggressionsarmee in das „Amt Blank“, das illegale Kriegsministerium, holten. Dort ist de Maiziere von Anfang an einer der eifrigsten Verfechter der Bonner „Vorwärtsstrategie“, der Atombewaffnung und der Notstandsgesetze.

In der „Wehrwissenschaftlichen Rundschau“, Westberlin-Frankfurt a. M., Heft 3/1964, schrieb er, „daß die in Verwirklichung stehende ‚Vorwärtsverteidigung‘ vorwiegend einem ständigen deutschen Drängen zu verdanken sei... Die Forderung, auf Planung und Auslösung des A-Waffeneinsatzes Einfluß zu erhalten, ist ein weiterer wichtiger Schritt in dieser Richtung (die Verwirklichung der Vorwärtsstrategie - d. Hrsg.) ...“

Panitzki, Werner

DER LUFTKRIEGSEXPERTE

heute:

Chef der Bonner Luftwaffe, Generalleutnant.

Werner Panitzki gehörte zu den Operationsspezialisten der Nazi-Luftwaffe und war einer der Vertrauten des Kriegsverbrechers Göring. Nach dem Besuch der Luftkriegsakademie wurde er 1. Generalstabsoffizier der Luftflotte 1 unter dem Kriegsverbrecher Kesselring. Als Staffelp kapitän im „Edelweißgeschwader“ nahm Panitzki an den Raubzügen gegen Norwegen, Frankreich und an den Terrorangriffen gegen England teil.

1942/43 plante Panitzki als 1. Generalstabsoffizier die Einsätze der Luftflotte 3 und ist damit mitverantwortlich für die barbarische Bombardierung britischer Städte. Ab Herbst 1944 holte Göring Panitzki als 1. Generalstabsoffizier der Operationsabteilung in seinen Generalstab.

In amerikanischer Kriegsgefangenschaft, einem „Speziallager für höhere Offiziere“, befaßte er sich mit der Auswertung „kriegsgeschichtlicher Erfahrungen“ und arbeitete an Plänen für die Remilitarisierung Westdeutschlands.

1952 wurde er von der Adenauer-Regierung in das „Amt Blank“ berufen. Als Leiter der Planungsgruppe der Luftwaffe sowie als Mitglied des Bonner militärischen Führungsstabes baute er den neuen westdeutschen Luftwaffenstab auf. 1957 war Panitzki unter Kriegsverbrecher General Heusinger Chef des Stabes im Führungsstab der Bundeswehr. Heute ist er als Inspekteur der Bonner Luftwaffe einer der gefährlichsten Scharfmacher in der Bundeswehrführung, die seit Jahren nach Atomwaffen strebt.

Im September 1964 forderte Panitzki erneut weitreichende Atomraketen für die Bundeswehr, denn *„ohne eine an Zahl und Reichweite ausreichende Rakete könne die (west-)deutsche Luftwaffe auf die Dauer nicht die ihr von der NATO gestellte Aufgabe erfüllen“*. (Frankfurter Allgemeine Zeitung, Frankfurt a.M., 19. September 1964)

Zenker, Karl-Adolf

MIT HITLER GEGEN NORWEGEN, DÄNEMARK UND HOLLAND

heute:

Inspekteur der Bonner Kriegsmarine, Vizeadmiral.

Karl-Adolf Zenker ist der dritte Admiral in den Generationen der Zenker, die im Dienste des deutschen Imperialismus standen, dessen militärische Raubzüge planten und an ihrer Durchführung entscheidenden Anteil hatten. Der Großvater war kaiserlicher Admiral und Flaggoftizier; der Vater Chef der Marineleitung der Reichswehr und damit Vorgänger des Kriegsverbrechers Raeder.

Von 1939 bis 1941 war Karl-Adolf Zenker 3. Admiralstabsoftizier im Stab der Marine-Gruppenkommandos West bzw. Nord und arbeitete dort an den Plänen für die Überfälle auf Dänemark, Norwegen und die Niederlande, insbesondere für die Minenkriegführung in der Nordsee, mit. Nach verschiedenen Bordkommandos kam Zenker im Januar 1944 als Referent in die Operationsabteilung der Seekriegsleitung und war dort einer der treuesten Gefolgsleute Hitlers, Raeders und Dönitz’.

Im Juli 1951 wurde Zenker im „Amt Blank“ Marine-Referent bzw. Kommissarischer Leiter der Marineabteilung und hat in dieser Position die Pläne zum Aufbau der Bonner Kriegsmarine ausgearbeitet und durchgeführt. Diese Planung ist unmittelbar auf eine Aggression im Ostseeraum ausgerichtet. Bereits im Jahre 1954 schrieb Zenker: *„Ist auch die Ostsee ein Randmeer, so führt sie doch weit in den Raum eines möglichen Gegners hinein und bildet für ihn eine offene Flanke, an der er verletzlich bleibt.“* (Bulletin der Bundesregierung, Bonn, 11. Februar 1954)

Nicht nur in der Zielsetzung, sondern auch in seinem Geist ist Zenker der alte faschistische Aggressionsoftizier geblieben. Das bewies er bei der ersten Rekrutenverpflichtung der Bundesmarine am 16. Januar 1956 in Wilhelmshaven, als er die Kriegsverbrecher Dönitz und Raeder zu Vorbildern für die Bonner Marine erklärte. Zenker sagte:

„Jeder von uns alten Marineleuten, die unter der Führung der beiden Großadmirale Dienst getan haben, weiß, daß ... kein Makel an der Person unserer ehemaligen Oberbefehlshaber

ist... Es hat sich für mich und alle meine Mitarbeiter in Bonn zuerst und ausschließlich die Frage erhoben, ob wir unsere Arbeit aufnehmen dürfen, solange unsere ehemaligen Oberbefehlshaber in Haft gehalten werden. Nur unter dem deutschen Gesichtspunkt der lebensnotwendigen Aufgabe der Verteidigung der gemeinsamen Freiheit kann man vertreten, daß wir uns über das Schicksal unserer alten Kameraden hinweggesetzt haben ... In der Kenntnis des Charakters unserer alten Oberbefehlshaber, die immer die Pflichterfüllung und die Aufgabe vor die Person gestellt haben, war ich mir sicher, daß auch sie diese Haltung billigen würden. Ich habe die Freude gehabt, daß Großadmiral Raeder mir diese Einstellung nach seiner Freilassung bestätigt hat.“ (Leinen los, Nr. 2, Bremen, Februar 1956, S. 228)

Zenker verherrlicht damit nicht nur die Kriegsverbrecher Raeder und Dönitz, sondern holte sich von seinem Vorbild Raeder faktisch nachträglich die Erlaubnis zum Eintritt in die Bundeswehr - von jenem Raeder, der anläßlich einer Gedenkfeier für Hindenburg und Ludendorff in den ersten Jahren des „Dritten Reiches“ erklärte:

„Das deutsche Volk hat den aus dem Geiste des deutschen Frontsoldaten geborenen Nationalsozialismus zu seiner Weltanschauung gemacht und folgt den Symbolen seiner Wiedergeburt mit ebenso heißer Liebe wie fanatischer Leidenschaft. Es hat den Nationalsozialismus erlebt und nicht, wie so viele hilflose Kritiker draußen glauben, erlitten. Darum die klare und schonungslose Kampfansage an den Bolschewismus und an das internationale Judentum, deren völkervernichtendes Treiben wir zur Genüge am eigenen Volkskörper zu spüren bekommen haben.“ (Blätter für deutsche und internationale Politik, Heft 6, Köln, 20. Juni 1958)

Und in gleicher Richtung hetzte Dönitz am 12. Mai 1944:

„Was wäre aus unserer Heimat heute, wenn der Führer uns nicht im Nationalsozialismus geeint hätte! Zerrissen in Parteien, durchsetzt von dem auflösenden Gift des Judentums und diesem zugänglich, da die Abwehr unserer jetzigen kompromißlosen Weltanschauung fehlte, wären wir längst der Belastung dieses Krieges erlegen und der erbarmungslosen Vernichtung unserer Gegner ausgesetzt worden.“ (Ebenda.)

Maeder, Hellmuth

ABGEURTEILTER KRIEGSVREBRECHER

heute:

Leiter des Truppenamtes des Heeres, Generalmajor.

Hellmuth Maeder, Hitlergeneral und Kommandeur der Elitedivision „Großdeutschland“, wurde als Kriegsverbrecher abgeurteilt. Als Ordonnanzoffizier der 34. Infanteriedivision beteiligte er sich am Überfall auf Polen und als Bataillons-, Regiments- und Divisionskommandeur auf die Sowjetunion. Unter seinem Kommando standen zeitweilig litauische SS-Freiwilligenverbände. Als „Kampfkommandant“ von Schaulen wurde er von Hitler mit dem Eichenlaub zum Ritterkreuz dekoriert und zum Generalmajor befördert. Dann versuchte er als Kommandeur der Panzergrenadierdivision „Großdeutschland“ die Tage des Faschismus zu verlängern.

Maeder ist für unzählige Verbrechen der von ihm befehligten Einheiten verantwortlich und wurde dafür zu 25 Jahren Haft verurteilt. Als Bataillonskommandeur in der 297. Infanteriedivision nahm er in den Jahren 1941/42 an Greuelthaten gegen sowjetische

Bürger teil. Wider alles Kriegs-, Völker- und Menschenrecht wütete das von Maeder befehligte Bataillon besonders in den ersten Monaten nach dem Überfall in den von den faschistischen Truppen zeitweise okkupierten Gebieten. Einige Beispiele beweisen, mit welcher Brutalität und Grausamkeit das geschah. So raubten Ende Oktober 1941 die Soldaten des Bataillons Maeder den Bewohnern des Dorfes Wwedenko, Rayon Tschuguew, Hab und Gut. Später verschleppten Angehörige des Bataillons Maeder 20 sowjetische Einwohner nach Deutschland. Im November 1941 wurde die Bürgerin Tarussina bestialisch geschlagen und schließlich ermordet, da sie sich gegen eine Vergewaltigung wehrte. Der Bürger Michnew wurde mißhandelt, weil er versucht hatte, Widerstand gegen die Plünderungen zu leisten.

Maeders Soldaten verhafteten auch den Bewohner des Dorfes Wwedenko, Pastuchow. Er wurde verdächtigt, der Kommunistischen Partei anzugehören. 13 Tage hielt man ihn in einem kalten Raum gefangen und mißhandelte ihn. Am 14. Tag setzte man ihn auf einen glühendheißen Ofen. Dann führten die Faschisten ihn, an den Händen gefesselt, durchs Dorf. Auch im Dorf Gawrilowka des Tschuguewer Rayons wurden die Einwohner von den Angehörigen des Bataillons Maeder geplündert.

Dieser Kriegsverbrecher wurde nach seiner vorzeitigen Übergabe an die westdeutschen Behörden in die Bundeswehr eingestellt und leitet seit 1960 eine der wichtigsten Befehlsstellen des Bonner Heeres.

Übelhack, Friedrich

VERBRANNTEN NORWEGENS ERDE

heute:

*Befehlshaber der ausschließlich unter westdeutschem Befehl stehenden „Territorialarmee“,
Generalleutnant.*

Als Generalstabsoffizier der faschistischen Gebirgstruppe war Friedrich Übelhack an fast allen Aggressionen der Wehrmacht, angefangen vom Überfall auf Polen bis zum Einfall in die Sowjetunion, führend beteiligt.

Am 10. Dezember 1941 kam er als 1. Generalstabsoffizier (Ia) zum XXXV. (Gebirgs-) Armeekorps nach Nordfinnland und wurde später Ia der 20. (Gebirgs-)Armee bzw. beim „Wehrmachtbefehlshaber Norwegen“. Dort plante er nach dem Ausscheiden Finnlands aus dem faschistischen Block besonders die „Absetzbewegungen „Birke“ und „Nordlicht“. Das war der von langer Hand vorbereitete Rückzug aus Nordfinnland und Nordnorwegen und hatte für diese Gebiete barbarische Zerstörungen zur Folge.

Am 21. Oktober 1944 wurden unter anderem das Nickelwerk und die Siedlung Kolosjoki sowie die Stadt Rovaniemi völlig zerstört und auch in Petsamo „*die erforderlichen Zerstörungen durchgeführt*“.

Der ehemalige Befehlshaber der 20. Armee, der abgeurteilte Kriegsverbrecher Rendulic, berichtete, daß seine Soldaten und Offiziere aus dem Gebiet nördlich des Lyngenfjords die Bevölkerung (etwa 40000 Menschen) nach Süden evakuierten und dort den Organen des faschistischen Reichskommissars Terboven übergaben.

Im „freigemachten Gebiet“ wurden alle Unterkünfte und Verkehrseinrichtungen, die Straßen, Brücken, Schiffe und Hafeneinrichtungen sowie ganze Städte, darunter Hammerfest, völlig zerstört.

Nach diesen Zerstörungen wurde Übelhack noch am 1. Januar 1945 zum Oberst i.G. befördert und zum 1. Generalstabsoffizier des Wehrmachtbefehlshabers in Norwegen ernannt. Zu seinen Aufgaben gehörte auch die Unterdrückung der norwegischen Widerstandsbewegung.

Seit dem 1. Mai 1956 ist Übelhack in der Bundeswehr und bekleidet seit dem 1. April 1964 eine Schlüsselstellung bei der totalen Militarisierung Westdeutschlands.

Er gehört ebenso wie der Kriegsverbrecher Trettner zur Clique ehemaliger Generalstäbler, die schon im zweiten Weltkrieg Planer des Todes und der „verbrannten Erde“ waren.

Gerlach, Heinrich

PREIST DIE FASCHISTISCHE DIKTATUR

heute:

Befehlshaber der Bonner Flotte, Vizeadmiral.

Vor Beginn des faschistischen Raubkrieges war Heinrich Gerlach Mitarbeiter im Stab des Oberkommandos der Kriegsmarine unter der Leitung des Kriegsverbrechers Raeder. Als 2. Admiralstabsoffizier im Stab des Führers der Torpedoboote bzw. der Zerstörer war Gerlach danach an der Vorbereitung und Durchführung der Marineoperationen bei den Überfällen auf Polen, Dänemark, Norwegen und Frankreich beteiligt. Während der Operation „Weserübung“, Überfall auf die nordischen Staaten, tat er sich besonders bei der faschistischen Besetzung Narviks hervor.

Danach wurde Gerlach 1. Admiralstabsoffizier der Operationsabteilung der Seekriegsleitung und arbeitete dort von Juni 1941 bis Dezember 1943 in entscheidender Position die Pläne zur weiteren Seekriegführung der Faschisten aus. Nach verschiedenen Flottenkommandos wurde Gerlach als Kapitän zur See zu Kriegsverbrecher Dönitz geholt und noch im Mai 1945 zum Chef des Stabes beim Oberbefehlshaber der Kriegsmarine ernannt.

Im Mai 1951 veröffentlichte Gerlach unter dem Titel „Über die ethischen Grundlagen einer neuen Wehrmacht“ eine Denkschrift, in der er das faschistische Führerprinzip verherrlicht und seine nazistische Gesinnung offen kundgibt. Er schreibt: *„Alle Gewalt geht vom Volke aus - das bedeutet in der Praxis nicht etwa, daß die einzelnen Bürger in den öffentlichen Dingen einen unmittelbaren Einfluß ausüben. Die Masse der kleinen Leute ist überhaupt nicht fähig, sich ein eigenes Urteil zu bilden und selbständig zu handeln. Sie will regiert werden.“*

Und das sind Gerlachs „Lehren“:

„Wie aber soll nun dieses neue Deutschland aussehen, für das es sich lohnt, zu leben und zu sterben? Selbstverständlich muß und soll das neue Gebäude auf den Fundamenten der Vergangenheit errichtet werden, ein Grundsatz, der nirgends so sehr zu betonen ist wie gerade beim Neuaufbau einer Wehrmacht ... Wenn wir aus diesen Erfahrungen Nutzen ziehen wollen, ist es zunächst einmal notwendig, den Nationalsozialismus und das ganze Geschehen um das dritte Reich als ein Stück unserer deutschen Geschichte anzuerkennen. Ich mache gar

keinen Hehl daraus, daß für mich nicht alles, was aus der Zeit des dritten Reiches herrührt, darum verwerflicher Irrtum ist...“

Und das sind seine „Schlußfolgerungen“:

„Bei allen Fehlern, die gemacht wurden, war doch vieles so vorbildlich, so sehr den Bedingungen der Zeit wie dem Charakter des Volkes angemessen, daß man es mit als gute Zukunft nehmen kann. Alle diese Mängel haben meines Erachtens ihre entscheidende Ursache darin, daß Adolf Hitler sich leider nicht auf die alte Führungsschicht unseres Volkes stützte... Man stelle sich einmal vor: Die ersten tausend Anhänger eines Parteiführers vom Format eines Hitlers überwiegend aus den Kreisen des guten alten Bürgertums, der Kirche, des Offizierskorps! Ich bin überzeugt, mit einer solchen Partei und diesen Alten Kämpfern hätte unsere Geschichte einen völlig anderen Verlauf genommen.“

Dieser Faschist befiehlt heute die Bonner Flotte.

Thilo, Karl-Wilh.

WÜTETE AUF DEM BALKAN

heute:

Kommandeur der 1. Gebirgsdivision, Generalmajor.

Der Hitleroberst und ehemalige Chef der Operationsabteilung beim Führungsstab Süd, Karl-Wilhelm Thilo, wütete besonders grausam auf dem Balkan. Der Weg seiner Einheit war von Brutalität und Terror, von massenhaften Erschießungen einheimischer und völlig unschuldiger Zivilisten gekennzeichnet.

Im April 1943 traf die 1. Gebirgsdivision von Bulgarien kommend in Jugoslawien ein. Bereits am 8. April erging der Befehl über die „Sühnemaßnahmen gegen Aufständische“ an alle Einheiten der Division. Dieser Befehl ist unterzeichnet vom Divisionskommandeur, Generalleutnant Stettner, und dem 1. Generalstabsoffizier Thilo.

ImBefehl heißt es:

„1. Wer

a) bei Kampfhandlungen mit der Waffe in der Hand

b) als Helfer von Aufständischen oder

c) bei Sabotageakten

betroffen wird, ist grundsätzlich an Ort und Stelle zu erscheinen oder zu erhängen.

Führer, pol. Kommissare und Kuriere sind Div./Ic zuzuführen und werden nach Vernehmung erschossen ...

5. b) Sühnequoten:

Für einen getöteten Deutschen oder Bulgaren fallen 50 Sühnegefangene.

Für einen verwundeten Deutschen oder Bulgaren fallen 25 Sühnegefangene.

Für eine getötete, sonst geschützte Person fallen 10 Sühnegefangene.

Für eine verwundete, sonst geschützte Person fallen 5 Sühnegefangene.

Für jeden Anschlag gegen geschützte Objekte fallen je nach Schwere des Falles bis zu 1000 Sühnegefangene ...“ (NG, Fall VII, Bd. 4, Dok. NOKW-978)

Über Geisel-Erschießungen und das Niederbrennen ganzer Ortschaften geben die von Thilo abgezeichneten Berichte der „Marschgruppe Salminger“ Aufschluss (Siehe Tafel 31, NG, Fall VII, Bd. 4, Dok. NOKW-1032)

Thilo zeichnete darüber hinaus auch für die Erschießung italienischer Offiziere verantwortlich, wie es aus einem seiner Berichte an das XXII. Armeekorps vom 9. Oktober 1943 eindeutig hervorgeht. (Siehe Tafel 34, NG, Fall VII, Bd. 6, S. 1901)

Thilo kennt auch heute keine Skrupel und rühmt sich seiner Verbrechen:

„Die Verschärfung des Partisanenkrieges macht es dringend erforderlich, in das Wespennest Montenegro hineinzustoßen und die Kernverbände des wachsenden kommunistischen Volksheeres in den Wurzeln zu vernichten. Die Regimenter der Edelweiß-Division durchziehen das westlich Niv gelegene Kopaonik-Gebirge, um ihre Ausgangsräume für die Operation ‚Schwarz‘, das Ibartal bei Novi Pazar und Mitrovica zu erreichen. Wo es vereinzelt zu Zusammenstößen mit Aufständischen kommt, wird der Widerstand nach Jägerart im schnellen Zupacken gebrochen.“ (H. Lanz, Gebirgsjäger - Die 1. Gebirgsjäger-Division 1935/1945, Bad Nauheim 1954, S. 245)

Trautloft, Johannes

MILITARIST AUS BERUFUNG

heute:

Kommandierender General der Luftwaffen-Gruppe Süd, Generalleutnant.

Johannes Trautloft gehörte zu den ersten sechs Jagdfliegern, die Hitler im Juli 1936 zur Unterstützung der Franco-Faschisten und zur Erprobung seiner neuen Mordwaffen nach Spanien schickte. Als „Freiwilliger“ der „Legion Condor“ ließ er seine Maschinengewehrsalven auf wehrlose spanische Bürger, darunter Frauen und Greise, niederhageln. Er flog Jagdschutz für faschistische Bombengeschwader. Von den Flugplätzen Tablada und Sevilla stiegen damals die Maschinen auf, die mit ihren Bomben die Stadt Badajoz in Trümmer legten. Über einen dieser Einsätze, den Trautloft am 15. September 1936 über der Talavera-Front flog, schrieb er in seinem Buch „Als Jagdflieger in Spanien“ auf Seite 91 im Landsknechts-Jargon:

„Wir dürfen kämpfen, und das genügt, das befriedigt uns vollauf. Hier, scheint’s, sind uralte Instinkte, die lange verschüttet gewesen, die Instinkte des Jägers plötzlich wieder durchgebrochen. Wir haben zurückgefunden zu den Anfängen der Menschlichkeit, eine

Verheißung, daß die Zeit unserer weißen Rasse noch lange nicht um ist. Wie spießig ist das Gezeter, wir seien in die Barbarei zurückgefallen.“

Den barbarischen Angriff auf das Dörfchen Olalla in der Provinz Toledo verherrlicht er mit den Worten:

„Im Tiefflug jagen wir unsere MG-Garben in den Feind, sehen, wie Lastkraftwagen, jäh des Führers beraubt, seitwärts sausen und sich überschlagen. Menschen kriechen hervor, viele torkeln, fallen, bleiben liegen ... Wohl nichts vermag den Soldaten tiefer zu befriedigen, als der Anblick einer kopflosen, panischen Flucht des Feindes... Vor dem Rückflug nach Caceres trinken wir noch etliche ‚Helle‘, mit ziemlichem Schwung fliegen wir dann nach Hause.“ (A. a. O., S. 75 f.)

Auch am Angriff auf Getafe am 30. Oktober 1936, bei dem Hunderte Spanier getötet wurden, waren deutsche Piloten beteiligt. Zwei Drittel der Ortschaft wurden völlig zerstört, darunter das Krankenhaus und die Schule. Unter den wehrlosen Opfern dieses Bombardements befanden sich 63 Kinder. Sie wurden von den Trümmern ihrer getroffenen Schule erschlagen oder auf dem Schulhof zerfetzt. Dieses Verbrechen ist als „Kindermord von Getafe“ in der Welt gebrandmarkt worden.

Voller Begeisterung schrieb Trautloft in sein Tagebuch: „*Die Arbeit, die hier geleistet wurde, ist gewaltig.*“

Einen weiteren Beweis dafür, daß Trautloft ein Erzfascist ist, lieferte er auf Seite 215 seines Machwerkes:

„20. Januar - Reichsgründungsfeier. Um 10 Uhr traten wir an. Der Kommandeur hält eine längere Ansprache, umreißt klar die Ereignisse seit der Machtübernahme und erinnert daran, daß wir auch hier unsere Pflicht zu erfüllen haben. Anschließend hören wir im großen Saal des Schlosses die Führerrede, hören die Heilrufe, die sie auslöst, und fallen kräftig ein: ‚Deutschland, Deutschland über alles...‘“

Als sein Einsatz in Spanien beendet war, stellt er bedauernd fest:

„Der Abschied vom Kriege fällt mir doch schwer‘, brummele ich vor mich hin. Wie seltsam! Ich soll heimwärtsfliegen, als ob der Krieg hier nicht weiterginge, als ob er zu Ende sei. Der Soldat in mir bäumt sich auf, ein bitteres Gefühl steigt hoch. Nur mit Mühe zwingen ich es nieder.“ (A. a. O., S. 243)

Zur Belohnung dieser unmenschlichen Tätigkeit erhielt Trautloft von Göring das Spanienkreuz in Gold und wurde Lehrer und Lehrgangsführer an der faschistischen Jagdfliegerschule in Bad Aibling. Als Staffelkapitän nahm er am Überfall auf Polen und als Gruppenkommandeur im Jagdgeschwader 51 an der Aggression gegen Frankreich teil. Von 1940 bis 1943 war er Major und Kommandeur des Jagdgeschwaders 54. Für seine Einsätze beim Überfall auf die Sowjetunion erhielt er bereits am 27. Juli 1941 von Hitler das Ritterkreuz. Inspizient Ost der Jagdflieger, Inspizient der Tagjagdverbände, Kommandeur der 4. Flieger-(Schul-)division waren Stationen der weiteren Karriere Trautlofts, der inzwischen zum Oberst befördert worden war.

Nach 1945 widmete sich dieser Militarist dem Aufbau neuer militaristischer Organisationen. Als einer der Organisatoren der ersten internen Tagung der Traditionsgemeinschaft der

„Legion Condor“ erklärte er 1956 auf der Burg Klopp in Bingen: „*Das Wirken der ‚Legion Condor‘ in Spanien muß der bundesdeutschen Jugend als Vorbild dienen.*“

Wichmann, Heinz

IM „REICHSKOMMISSARIAT OSTLAND“ BEWÄHRT

heute:

Oberster Personalchef der Bundeswehr, Ministerialdirektor.

Heinz Wichmann war lange Zeit nicht nur der höchste Chef der Bundeswehrverwaltung in Schleswig-Holstein, dem Eldorado der Nazi- und Kriegsverbrecher, sondern als aktiver Hitlerfaschist enger Vertrauter des jetzigen Bonner Kriegsministers von Kassel. Das „Taschenbuch für Wehrfragen 1960/1961“ verschweigt bewußt wichtige Tatsachen und enthält lediglich folgende Angaben über seinen Werdegang vor 1945:

„1931 bis 1934 Richter und Staatsanwalt. Seit 1939 im Außendienst des Reichswirtschaftsministeriums (Wehrwirtschaft) in Hamburg und Kiel. 1942 als Oberregierungsrat stellv. Leiter des Landwirtschaftsamtes Schleswig-Holstein. Von 1942 bis Kriegsende Angehöriger der Wehrmacht, verwundet, zuletzt Leutnant und stellv. Batterieführer.“

Tatsache aber ist, wie aus dem Vorschlag zur Ernennung zum Oberregierungsrat am 21. April 1942 hervorgeht, daß Wichmann am 2. November 1933 der NSDAP beiträt (Mitglieds-Nr. 2726400) und dem NSRB als Zellenobma angehörte. Am 1. August 1940 ging er als Persönlicher Referent des Reichskommissars in das „Reichskommissariat Ostland“ nach Riga.

Zu den Aufgaben des „Reichskommissariats Ostland“ gehörte unter anderem die Durchführung von Repressalien gegen die Bevölkerung, die Ausarbeitung von geheimen „Richtlinien für die Behandlung von Juden im Gebiet des Reichskommissars Ostland“ in enger Zusammenarbeit mit der Sicherheitspolizei.“ Am 20. November 1941 berichtete der „Generalkommissar in Riga“, Abt. IIa, dem „Reichskommissar Ostland“: „*Das flache Land im ganzen Generalkommissariat Lettland ist judenfrei.*“ (Siehe Tafel 41, Lettisches Zentralarchiv Riga, Bestand: Reichskommissar Ostland)

Der damalige Persönliche Referent, Heinz Wichmann, hatte nicht nur genaue Kenntnis von den in diesem Gebiet begangenen Verbrechen, sondern war als enger Mitarbeiter des „Reichskommissars“ Lohse an der Vorbereitung und Durchführung der Judenvernichtung und anderer Verbrechen unmittelbar beteiligt. Was Dr. Globke als Bürokrat des Todes in Gesetzen, Verordnungen und Kommentaren niederlegte, praktizierte Wichmann während seines Einsatzes im „Reichskommissariat Ostland“. (Siehe Tafel 35, Lettisches Zentralarchiv Riga, Bestand: Reichskommissar Ostland)

Hitlergeneralstäbler in den Führungsstellen der Bundeswehr

Die meisten der in der folgenden Liste genannten Generale der Bundeswehr bekleideten im faschistischen Generalstab einflußreiche Stellungen oder waren als Kommandeure von „Elite“-Verbänden führend an den Aggressionen des deutschen Imperialismus beteiligt. In Bonn bereiten sie auf entscheidenden Posten neue Aggressionen vor.

Aldinger, Hermann

vor 1945: Oberleutnant; Kommandeur der ersten schweren Flakbatterie der faschistischen „Legion Condor“; an der Niederschlagung des Befreiungskampfes des spanischen Volkes und an der Ermordung wehrloser Frauen und Kinder beteiligt; zuletzt Oberst und Kommandeur eines Flakregiments

nach 1945: Generalmajor; General der Kampfverbände und Inspizient der fliegenden Verbände im Luftwaffenamt

Baer, Bern von

vor 1945: Oberst i.G., Chef des Generalstabes des Fallschirmpanzerkorps „Hermann Göring“; im Januar 1944 mit dem Ritterkreuz, im Februar 1945 mit dem Eichenlaub dekoriert

nach 1945: Generalmajor; Stellvertretender Kommandierender General des III. Korps

Baudissin, Wolf Graf von

vor 1945: Major i.G.; 3. Generalstabsoffizier (Ic) des „Deutschen Afrikakorps“

nach 1945: Generalleutnant; Stellvertretender Chef des Stabes und Leiter der Abteilung Planung und Führung des NATO-Hauptquartiers Europa (SHAPE); seit 1951 im „Amt Blank“ tätig

Bennecke, Jürgen

vor 1945: Oberst i.G.; Chef des Stabes beim Befehlshaber der Operativen Zone „Adriatisches Küstenland“; beteiligt an den Überfällen auf Polen, Frankreich und die Sowjetunion

nach 1945: Generalmajor; ab 1. April 1968 Oberbefehlshaber NATO-Mitte

Berger, Oskar Alfred

vor 1945: Oberst i.G.; Chef des Generalstabes des XXIV. Panzerkorps; beteiligt am Raubkrieg gegen die Sowjetunion, abgeurteilter Kriegsverbrecher

nach 1945: Brigadegeneral; Chef des Stabes und Stellvertretender Amtschef des Truppenamtes des Heeres

Biesterfeld, Horst

vor 1945: Fregattenkapitän; Abteilungschef in der Amtsgruppe Technisches Nachrichtenwesen des Oberkommandos der Marine; beteiligt am Überfall auf Norwegen

nach 1945: Flottillenadmiral; Leiter einer Unterabteilung des Führungsstabes der Bundeswehr

Birnbacher, Carl-Heinz

vor 1945: Korvettenkapitän; Kommandant der 1. Schnellbootflottille; Zerstörerkommandant; erhielt am 17. Juni 1940 von Hitler das Ritterkreuz

nach 1945: Flottillenadmiral; Befehlshaber Seestreitkräfte Nordsee

Burchardt, Heinz

vor 1945: Oberstleutnant; Adjutant beim Chef des Heeresnachrichtenwesens im Oberkommando des Heeres; beteiligt an den Überfällen auf Dänemark, Frankreich und die Sowjetunion

nach 1945: Brigadegeneral

Butler, Peter von

vor 1945: Oberst i.G.; Gruppenleiter in der Operationsabteilung des Generalstabes des Heeres; vor allem an den Aggressionen gegen Polen und die Sowjetunion beteiligt

nach 1945: Generalleutnant; Nachfolger Baudissins bei der NATO

Canstein, Rabahn Freiherr von

vor 1945: Oberst i.G.

nach 1945: Brigadegeneral; westdeutscher militärischer Vertreter beim Hauptquartier der US-Armee in Europa

Carganico, Walter

vor 1945: Major i.G.; 1. Generalstabsoffizier (Ia) des LXXXVI. Armeekorps

nach 1945: Generalmajor; Kommandeur der 3. Panzergrenadierdivision

Drews, Werner

vor 1945: Oberstleutnant i.G.; Chef des Stabes eines Panzerkorps

nach 1945: Generalmajor; Leiter der Abteilung Grundsatzfragen und Planung bei der NATO

Ebeling, Werner

vor 1945: Oberstleutnant; Kommandeur des Grenadierregiments 154; erhielt das Ritterkreuz und Eichenlaub

nach 1945: Brigadegeneral; Kommandeur der Panzergrenadierbrigade 16

Eckert, Dietmar

vor 1945: Abwehroffizier einer Infanteriedivision der Heeresgruppe Nord bzw. Kurland; abgeurteilter Kriegsverbrecher

nach 1945: Brigadegeneral; Kommandeur der Heeresoffiziersschule II

Enneccerus, Walter

vor 1945: Oberstleutnant; als Gruppenkommandeur im Sturzkampfgeschwader 2 erhielt er bereits am 21. Juli 1940 das Ritterkreuz

nach 1945: Brigadegeneral; Chef des Stabes des Luftwaffenamtes

Erdmann, Heinrich

vor 1945: Korvettenkapitän; Chef des Stabes beim Führer der Schnellboote

nach 1945: Konteradmiral; Stellvertretender Stabschef im NATO-Hauptquartier

Erhardt, Wolfgang

vor 1945: Korvettenkapitän; 1. Offizier des Hilfskreuzers „Michel“; Leiter der Marinestützpunkte in Malaya und des Stützpunktes Singapore

nach 1945: Flottillenadmiral; Kommandeur der Schulschiffe

Ferber, Ernst

vor 1945: Oberst i.G.; Gruppenleiter (Chef-Gruppe) in der Organisationsabteilung des Oberkommandos des Heeres

nach 1945: Generalmajor; Direktor der Planungsgruppe der Standing-Group der NATO und Chef des Stabes; wurde bereits 1951 in das „Amt Blank“ eingestellt

Fischer, Kurt

vor 1945: Major i.G.; Generalstabsoffizier bei der Flakartillerie

nach 1945: Brigadegeneral; Inspizient der Fliegerabwehrtruppen im Luftwaffenamt

Foertsch, Friedrich

vor 1945: Generalleutnant; Chef des Generalstabes der Heeresgruppe Kurland; an den Überfällen auf Polen, Frankreich und die Sowjetunion beteiligt; mit dem Ritterkreuz dekoriert; abgeurteilter Kriegsverbrecher

nach 1945: General; bis Ende 1963 Generalinspekteur und Chef des Führungsstabes der Bundeswehr

Freiwald, Kurt

vor 1945: Kapitän zur See; Adjutant des Oberbefehlshabers der Marine, des Kriegsverbrechers Raeder; Kommandant des U-Bootes 181

nach 1945: Flottillenadmiral; Kommandeur der Flottenbasis

Freyer, Joachim

vor 1945: Oberst i.G. im Stab des Generalinspektors der Panzertruppen (Guderian), als Chef des Generalstabes des XI. Armeekorps; 1944 von Hitler mit dem Ritterkreuz ausgezeichnet

nach 1945: Generalmajor; Inspizient der technischen Truppe im Truppenamt des Heeres; war seit 1951 im „Amt Blank“

Freytag, Bernd Baron von Loringhoven

vor 1945: Major i.G.; Adjutant des letzten Generalstabschefs des Heeres, General Krebs

nach 1945: Brigadegeneral; Kommandeur der Panzergrenadierbrigade 19

Gaedcke, Heinrich

vor 1945: Generalmajor; Chef des Generalstabes von Panzerkorps, Armeekorps und Armeeoberkommandos; an den Überfällen auf Frankreich und die Sowjetunion beteiligt; Ritterkreuzträger

nach 1945: Generalleutnant; bis 31. März 1965 Kommandierender General des III. Korps

Gartmayr, Georg

vor 1945: Oberst i.G.; 1. Generalstabsoffizier (Ia) der 6. Gebirgsdivision; anschließend Verwendung im Oberkommando des Heeres; war an allen Aggressionen der faschistischen Wehrmacht beteiligt

nach 1945: Generalmajor; Stellvertretender Leiter der Abt. Luft- und Sonderoperationen des NATO-Hauptquartiers Europa (SHAPE)

Gaudecker, Gerlach von

vor 1945: Oberst; Kommandeur des Panzergrenadierregiments 33; erhielt am 15. August 1944 das Ritterkreuz

nach 1945: Brigadegeneral; Kommandeur des TV-Stabes Koblenz

Gerber, Kurt

vor 1945: Oberstleutnant i.G.; 1. Generalstabsoffizier (Ia) des LVIII. Armeekorps; vorher Verwendung im Oberkommando des Heeres

nach 1945: Generalmajor; Kommandeur der 10. Panzergrenadierdivision, gehörte dem „Amt Blank“ seit 1951 an

Gericke, Walter

vor 1945: Oberst; Kommandeur der 11. Fallschirmjägerdivision; bekam am 20. September 1944 das Eichenlaub

nach 1945: Generalmajor; bis 31. März 1965 Kommandeur der 1. Luftlandedivision; einstweiliger Ruhestand

Gerlach, Heinrich

vor 1945: Kapitän zur See; als Admiralstabsoffizier an der Vorbereitung und Durchführung der Überfälle auf die nordischen Länder beteiligt; im Mai 1945 Chef des Stabes des Oberbefehlshabers der Kriegsmarine, des Kriegsverbrechers Dönitz

nach 1945: Vizeadmiral; Befehlshaber der Flotte

Gieser, Kurt

vor 1945: Oberst; Kommandeur der „Volkswerferbrigade 17“; Deutsches Kreuz in Gold; nahm an den Raubzügen gegen Polen, Frankreich, Italien und die Sowjetunion teil

nach 1945: Brigadegeneral; bis 31. März 1965 Stellvertretender Kommandeur der 1. Luftlandedivision

Greiner, Hans

vor 1945: Oberst; Chef des Generalstabes des Generalkommandos Bünau; an den Überfällen auf Polen, Frankreich und die Sowjetunion beteiligt; Deutsches Kreuz in Gold

nach 1945: Brigadegeneral; Stellvertretender Kommandeur der 1. Gebirgsdivision

Groeben, Peter von der

vor 1945: Generalmajor; 1. Generalstabsoffizier (Ia) der Heeresgruppe Mitte; an den Raubzügen gegen Polen, Frankreich und die Sowjetunion beteiligt

nach 1945: Generalleutnant; bis 31. März 1964 Stellvertretender Befehlshaber des NATO-Kommandos Ostseeausgänge

Guderian, Heinz

vor 1945: Oberstleutnant i.G.; 1. Generalstabsoffizier der 116. Panzerdivision; bekam am 25. Oktober 1944 das Ritterkreuz

nach 1945: Brigadegeneral; Inspizient der Panzertruppe im Truppenamt

Haag, Werner

vor 1945: Oberst, Adjutant der 8. Armee

nach 1945: Generalmajor, Leiter der Personalabteilung im Bonner Kriegsministerium

Harlinghausen, Martin

vor 1945: Generalleutnant; Kommandierender General des II. Fliegerkorps; für seine rücksichtslose Luftkriegführung gegen Frankreich und England mit höchsten faschistischen Auszeichnungen bedacht

nach 1945: Generalleutnant; bis 31.Dezember 1961 Kommandierender General der Luftwaffengruppe Nord in Münster

Härtel, Johannes

vor 1945: Oberst i.G.; Stabsoffizier beim Chef des Transportwesens im Oberkommando des Heeres

nach 1945: Generalmajor; Stellvertretender Kommandierender General des I. Korps

Heck, Walter

vor 1945: Korvettenkapitän; Referent im Presseamt des Oberkommandos der Marine; Lehrer an der Marineschule Mürwik

nach 1945: Flottillenadmiral; Unterabteilungsleiter Logistik im Bonner Kriegsministerium

Hempel, Adolf, Dr.

vor 1945: Major i.G.; Quartiermeister eines Flakkorps; am 18. Januar 1943 mit dem Ritterkreuz dekoriert

nach 1945: Generalmajor; Chef des Luftwaffenamtes

Henning, Werner

vor 1945: Abteilungschef im Oberkommando der Luftwaffe; nahm als Staffelpkapitän an Terrorangriffen gegen England teil

nach 1945: Brigadegeneral; Chef des Materialamtes der Bundeswehr

Hepp, Leo

vor 1945: Oberst i.G.; Chef des Stabes beim Chef des Heeresnachrichtenwesens im Oberkommando des Heeres

nach 1945: Generalleutnant; Kommandierender General des II. Korps

Herrmann, Paul

vor 1945: Generalmajor; Chef des Generalstabes der 16. Armee; beteiligt am Überfall auf Frankreich und die Sowjetunion

nach 1945: Generalmajor; bis 20. September 1961 Befehlshaber im Wehrbereich IV; jetzt Militärberater der Landesregierung Hessen

Herzog, Karl

vor 1945: Oberst; Kommandeur der Pioniersturmbrigade; wegen Beteiligung an der Ermordung polnischer Bürger in Warschau als Kriegsverbrecher verurteilt; Träger des Ritterkreuzes

nach 1945: Generalmajor; Stellvertretender Kommandierender General des II. Korps

Heß, Wilhelm

vor 1945: Oberst i.G.; Oberquartiermeister der 20. Gebirgsarmee in Finnland und Skandinavien

nach 1945: Generalmajor; Befehlshaber im Wehrbereich VI

Hetz, Karl

vor 1945: Korvettenkapitän; 2. Admiralstabsoffizier beim Führer der Zerstörer

nach 1945: Vizeadmiral; Befehlshaber der Flotte

Heusinger, Adolf

vor 1945: Generalleutnant; Chef der Operationsabteilung des Generalstabes des Heeres; Kriegsverbrecher

nach 1945: General; bis 29. März 1964 Vorsitzender des Ständigen Militärausschusses der NATO in Washington; jetzt Militärberater der CDU

Hinkelbein, Claus

vor 1945: Oberstleutnant; Chef des Generalstabes des Feldluftgaukommandos XIV; beteiligt an den Überfällen auf Polen, Frankreich und die Sowjetunion; erhielt am 19. Juni 1940 das Ritterkreuz

nach 1945: Brigadegeneral; Kommandeur der Schule für innere Führung der Bundeswehr

Hobe, Cord von

vor 1945: Oberst i.G.; Führer der 79. Volksgrenadier- bzw. der 212. Division im SS-Armee Korps Simon; als Durchhalteoffizier kurz vor der Kapitulation mit dem Ritterkreuz dekoriert

nach 1945: Generalleutnant; Befehlshaber der NATO-Landstreitkräfte in Jütland und Schleswig-Holstein (COMLANDJUT)

Hoffmann, Werner-Eugen

vor 1945: Oberstleutnant i.G.; Oberquartiermeister der Luftflotte Italien, später der „Luftflotte Reich“

nach 1945: Generalleutnant; Stellvertretender Befehlshaber im Hauptquartier BALTAP

Hozzel, Paul Werner

vor 1945: Oberstleutnant; Kommodore des Sturzkampfgeschwaders 1; 1. Generalstabsoffizier (Ia) der Luftflotte 1; erhielt am 14. April 1943 das Eichenlaub; abgeurteilter Kriegsverbrecher

nach 1945: Brigadegeneral; Chef des Stabes Luftstreitkräfte (AIRBALTAP)

Hrabak, Dietrich-Adolf

vor 1945: Oberst; Kommandeur des Jagdgeschwaders 54; einer der ersten deutschen Jagdflieger, die Hitler mit dem Ritterkreuz dekorierte (21. Oktober 1940); erhielt das Eichenlaub am 25. November 1943

nach 1945: Brigadegeneral; General der Kampfverbände im Luftwaffenamt

Jeschonnek, Gert

vor 1945: Korvettenkapitän; Admiralstabsoffizier der Operationsabteilung der Seekriegsleitung

nach 1945: Vizeadmiral; Inspekteur der Marine

Jordan, Paul

vor 1945: Oberstleutnant i.G.; Chef des Generalstabes des V. Armeekorps; nahm am Überfall auf Polen und die Sowjetunion teil

nach 1945: Generalmajor; General der Kampftruppen im Truppenamt des Heeres

Kammhuber, Josef

vor 1945: General der Flieger; an der Vorbereitung und Durchführung der Überfälle Nazi-Deutschlands beteiligt; engster Vertrauter Hitlers und Görings. Unter seinem Befehl wurde 1940 die deutsche Stadt Freiburg im Breisgau bombardiert - er lieferte damit den Vorwand zur Eröffnung des totalen Luftkrieges

nach 1945: General; bis 30. September 1962 Inspekteur und Chef des Führungsstabes der Luftwaffe

Karpinski, Peter

vor 1945: Major i.G.; in verschiedenen Generalstabsstellungen tätig; abgeurteilter Kriegsverbrecher

nach 1945: Generalmajor; Leiter der westdeutschen Delegation beim französischen Hauptquartier; vorher Referent und Adjutant der ehemaligen Generalinspektoren, der Kriegsverbrecher Heusinger und Foertsch

Keilig, Friedrich Wolfgang

vor 1945: Major i.G.; Generalstabsoffizier (Id) der Heeresgruppe F (Südost); 1. Generalstabsoffizier (Ia) der 6. Panzerdivision

nach 1945: Brigadegeneral; Leiter der Unterabteilung VIII (Militärische Planung) im Führungsstab der Bundeswehr; 1951 bis 1955 Referent in der Hauptgeschäftsstelle des „Verbandes deutscher Soldaten“; jetzt Vorsitzender des „Deutschen Bundeswehrverbandes“

Kemnade, Friedrich

vor 1945: Korvettenkapitän; Referent in der Seekriegsleitung des Oberkommandos der Marine; erhielt am 27. Mai 1943 das Eichenlaub

nach 1945: Flottillenadmiral; Befehlshaber im Bereich AFNORTH-Wehrbereich I

Kielmannsegg, Johann Adolf Graf von

vor 1945: Oberst i.G.; verbissener Militarist und Gefolgsmann Hitlers

nach 1945: General; Befehlshaber der NATO-Landstreitkräfte Europa-Mitte

Klemm, Helmut

vor 1945: Fregattenkapitän; Referent im Oberkommando der Marine

nach 1945: Flottillenadmiral; Kommandeur der Logistikschiule der Bundeswehr

Kleyser, Karl

vor 1945: Oberst i.G.; Generalstabsoffizier der Operationsabteilung Heer im Wehrmachtsführungsstab. Seine Beförderung zum Oberst erfolgte noch am 20. April 1945

nach 1945: Generalmajor; Befehlshaber Wehrbereich II in Hannover

Köstlin, Wolfgang

vor 1945: Major i.G.; Generalstabsoffizier der Operationsabteilung des Generalstabes des Heeres; Mitarbeiter bei Heusinger und von Kielmannsegg

nach 1945: Brigadegeneral; Kommandierender General III. Korps

Krantz, Hans-Ulrich

vor 1945: Oberst i.G.; Chef des Stabes der Inspektion für das Erziehungs- und Bildungswesen im Generalstab des Heeres; nahm an den Überfällen auf Polen, Frankreich und die Sowjetunion teil **nach 1945:** Generalmajor; Stellvertretender Kommandierender General des I. Korps

Kretschmer, Otto

vor 1945: Fregattenkapitän; berüchtigter U-Boot-Kommandant der faschistischen Marine; Träger höchster faschistischer Auszeichnungen

nach 1945: Flottenadmiral; Chef des Stabes der NATO-Seestreitkräfte Ostsee

Kuhlmei, Kurt

vor 1945: Oberst; Kommandeur des Schlachtgeschwaders 3; erhielt am 15. Juli 1942 das Ritterkreuz

nach 1945: Generalmajor; Kommandeur des Luftwaffentransportkommandos im Luftwaffenamt

Kuhnke, Günther

vor 1945: Korvettenkapitän; Chef der 33. U-Boot-Flottille; erhielt am 19. September 1940 das Ritterkreuz

nach 1945: Flottenadmiral; bis Mai 1965 Stellvertretender Befehlshaber der Flotte; Chef des Marineamtes

Kuntzen, Gustav-Adolf

vor 1945: Oberstleutnant i.G.; Generalstabsoffizier einer Heeresgruppe

nach 1945: Generalleutnant; Stellvertreter des Generalinspektors der Bundeswehr

Laegeler, Hellmuth

vor 1945: Generalmajor; unter Himmler Chef des Stabes des Ersatzheeres; an den Überfällen auf Polen und die Sowjetunion beteiligt

nach 1945: Generalmajor, bis 31. März 1962 Kommandeur der Führungsakademie der Bundeswehr; jetzt Berater der Landesregierung Baden-Württemberg

Lechler, Otto

vor 1945: Oberstleutnant i.G.; fand in verschiedenen Generalstabsstellungen Verwendung und nahm an den Überfällen auf Polen, Frankreich und die Sowjetunion teil

nach 1945: Generalmajor; Befehlshaber im Wehrbereich V

Lemm, Heinz-Georg

vor 1945: Oberstleutnant; Kommandeur des 27. Füsilierregiments; Träger höchster faschistischer Auszeichnungen und des Goldenen HJ-Ehrenzeichens; am Überfall auf Polen, Frankreich und die Sowjetunion beteiligt

nach 1945: Brigadegeneral; Kommandeur der Heeresoffiziersschule III

Looschen, Hans

vor 1945: Fregattenkapitän; Verbandsingenieur im Stab des Führers der U-Boot-Ausbildung

nach 1945: Flottillenadmiral; Kommandeur des Kommandos Schiffstechnik

Lorch, Anton

vor 1945: Oberst; Kommandeur des Gebirgsjägerregiments 144; am Überfall auf Polen und die Sowjetunion beteiligt; erhielt am 15. Juni 1944 das Ritterkreuz

nach 1945: Brigadegeneral; Kommandeur der Kampftruppenschule I

Lueder, Hans-Georg

vor 1945: Oberst; Referent und Verbindungsoffizier beim Inspekteur der Panzertruppen im Oberkommando des Heeres; Adjutant der 6. Armee

nach 1945: Brigadegeneral; Kommandeur der Heeresoffiziersschule I

Lüttwitz, Smilo Freiherr von

vor 1945: General der Panzertruppen; Führer der 9. Armee; für seine Beteiligung am faschistischen Aggressionskrieg von Hitler mit höchsten Kriegsauszeichnungen bedacht

nach 1945: Generalleutnant; bis Januar 1961 Kommandierender General des III. Korps

Maeder, Hellmuth

vor 1945: Generalmajor; von Hitler mit höchsten faschistischen Auszeichnungen dekoriert; abgeurteilter Kriegsverbrecher

nach 1945: Generalmajor; Leiter des Truppenamtes des Heeres

Mahlke, Helmuth

vor 1945: Oberstleutnant i. G.; Kommandeur eines Stuka-Geschwaders; erhielt am 16. Juli 1941 das Ritterkreuz

nach 1945: Generalmajor; Kommandierender General Luftwaffengruppe Nord

de Maizière, Ulrich

vor 1945: Oberstleutnant i.G.; als Heusingers Mitarbeiter in der Operationsabteilung des Generalstabes des Heeres maßgeblich an der Ausarbeitung der Kriegspläne Hitlers beteiligt

nach 1945: Generalleutnant; ab 25.8.1966 Generalinspekteur der Bundeswehr

Markert, Arthur

vor 1945: Oberst i.G.; 1. Generalstabsoffizier des Stabes bei der I. Italienischen Armee; an Kriegsverbrechen auf dem Balkan beteiligt

nach 1945: Generalmajor; bis 1. Oktober 1964 Stellvertretender Kommandierender General des III. Korps

Matzky, Gerhard

vor 1945: General der Infanterie; Kommandeur des XXVI. Armee-Korps; für rücksichtslose Kampfführung in der Sowjetunion mit dem Ritterkreuz ausgezeichnet

nach 1945: Generalleutnant; bis 29. Februar 1960 Kommandierender General des I. Korps; jetzt Präsident des „Verbandes deutscher Soldaten“

Meier-Welcker, Hans, Dr.

vor 1945: Oberstleutnant i.G.; Chef des Generalstabes des XXXI. Armeekorps; Deutsches Kreuz in Gold

nach 1945: Brigadegeneral; bis 30. September 1964 Chef des Militärgeschichtlichen Forschungsamtes der Bundeswehr

Meyer-Detring, Wilhelm

vor 1945: Oberst i.G.; 1. Generalstabsoffizier (Ia) der Operationsabteilung Heer im Wehrmachtsführungsstab des Oberkommandos der Wehrmacht

nach 1945: Generalleutnant; Kommandierender General des I. Korps

Molinari, Karl-Theodor

vor 1945: Oberstleutnant; Kommandeur der I. Abteilung des Panzerregiments 36; am 15. November 1944 mit dem Ritterkreuz ausgezeichnet

nach 1945: bis Juni 1963 Vorsitzender des „Deutschen Bundeswehrverbandes“; Generalmajor; Kommandeur der 7. Panzergrenadierdivision

Moll, Josef

vor 1945: Oberst i.G.; 1. Generalstabsoffizier der Heeresgruppe C

nach 1945: Generalleutnant; Inspekteur des Heeres

Möller-Döling, Joachim

vor 1945: Oberst i.G.; Chef des Generalstabes des LXXII. Armeekorps; Oberquartiermeister der Heeresgruppe A

nach 1945: Brigadegeneral im Truppenamt des Heeres

Müller, Christian

vor 1945: Oberst i.G.; Chef des Generalstabes der 4. Panzerarmee; beteiligt am Überfall auf die Sowjetunion

nach 1945: Generalmajor; bis 30. September 1964 Befehlshaber im Wehrbereich II; jetzt Berater für „Wehrfragen“ der niedersächsischen Landesregierung

Müller-Hillebrand, Burkhardt

vor 1945: Generalmajor; als Chef der Organisationsabteilung des Generalstabes des Heeres an der Planung der Aggressionen der Hitlerwehrmacht und an deren Durchführung als Generalstabschef von Panzerkorps und Panzerarmeen beteiligt

nach 1945: Generalleutnant; bis 31. März 1965 Stellvertretender Stabschef für Planung und Grundsatzfragen im NATO-Hauptquartier Europa (SHAPE)

Neuss, Helmut

vor 1945: Fregattenkapitän; Admiralstabsoffizier der Operationsabteilung der Seekriegsleitung

nach 1945: Flottillenadmiral; Westdeutscher Bevollmächtigter im NATO-Bereich Nord-Europa (AFNORTH)

Obermaier, Albrecht

vor 1945: Korvettenkapitän; Führungsstabsoffizier in der Marine-Operationsabteilung des Wehrmachtsführungsstabes

nach 1945: Konteradmiral; Chef des Stabes der Abteilung Streitkräfte

Panitzki, Werner

vor 1945: Oberst i.G.; als Stabsoffizier bei dem Kriegsverbrecher Kesselring am Überfall auf Polen und an Terrorangriffen gegen englische, französische und norwegische Städte beteiligt

nach 1945: Generalleutnant; Inspekteur und Chef des Führungsstabes der Luftwaffe

Pape, Günther

vor 1945: Generalmajor; Kommandeur der Panzerdivision „Feldherrnhalle“; für seinen rücksichtslosen Einsatz in der Sowjetunion von Hitler mit dem Eichenlaub dekoriert

nach 1945: Generalmajor; Befehlshaber im Wehrbereich III

Pemsel, Max-Josef

vor 1945: Generalleutnant; Chef des Generalstabes des XVIII. Gebirgsarmee Korps; beteiligt an Kriegsverbrechen in Jugoslawien

nach 1945: Generalleutnant; bis 19. September 1961 Kommandierender General des II. Korps

Philipp, Ernst

vor 1945: Oberst; Panzeroffizier im Stab der 8. Armee bzw. der Heeresgruppe Süd; erhielt am 30. September 1944 das Eichenlaub

nach 1945: Brigadegeneral; Kommandeur der Kampftruppenschule II

Plato, Anton-Detlef von

vor 1945: Oberst i.G.; Chef des Generalstabes des IV. Panzerkorps; erhielt am 19. August 1944 das Ritterkreuz

nach 1945: Generalmajor; Kommandeur der Territorialen Verteidigung

Pöschl, Franz

vor 1945: Major; Kommandeur des Gebirgsjägerregiments 143; am 6. März 1944 mit dem Ritterkreuz dekoriert; an den Überfällen auf Griechenland, die Sowjetunion und Italien beteiligt

nach 1945: Stellvertretender Kommandeur der 1. Luftlandedivision; Generalmajor

Poser, Günter

vor 1945: Kapitänleutnant; Kommandant des U-Bootes 202

nach 1945: Flottillenadmiral; Unterabteilungsleiter im Führungsstab der Bundeswehr

Prilipp, Wilhelm

vor 1945: Oberstleutnant; Gruppenleiter Ib beim General der Artillerie im Oberkommando des Heeres

nach 1945: Brigadegeneral; Artillerie-Kommandeur des III. Korps

Reidel, Herbert

vor 1945: Oberstleutnant i.G.; Stellvertretender Gruppenleiter für Führungsvorschriften der Panzertruppen in der Ausbildungsabteilung des Generalstabes des Heeres

nach 1945: Generalmajor; Stellvertretender Kommandierender General II. Korps

Reinhardt, Hellmuth

vor 1945: Generalmajor; als Chef des Generalstabes beim Wehrmachtbefehlshaber Dänemark mitverantwortlich für die brutale Unterdrückung der dänischen Bevölkerung

nach 1945: Generalmajor; bis 30. September 1962 Befehlshaber im Wehrbereich V; jetzt Studienleiter der Evangelischen Akademie in Bad Boll und ab 18. Juni 1965 Vorsitzender der „Gesellschaft für Wehrkunde“

Reischauer, Peter

vor 1945: Korvettenkapitän; Referent in der Seekriegsleitung des Oberkommandos der Kriegsmarine

nach 1945: Flottillenadmiral; Stellvertretender Leiter der Abteilung Logistik im NATO-Abschnittskommando Europa-Nord

Rogge, Bernhard

vor 1945: Vizeadmiral; Inspekteur des Bildungswesens der Marine; berüchtigter Kaperkapitän und Soldatenmörder; am 12. März 1942 mit dem Eichenlaub dekoriert

nach 1945: Konteradmiral; bis 31. März 1962 Befehlshaber im Wehrbereich I; jetzt Berater für „Zivile Verteidigung“ bei der Landesregierung Schleswig-Holstein und dem Hamburger Senat

Rosenthal, Wilfried von

vor 1945: Oberst i.G.; Chef des Generalstabes des X. Armeekorps, das der 18. Armee (Kriegsverbrecher Foertsch) in Lettland und Kurland unterstand; abgeurteilter Kriegsverbrecher

nach 1945: Brigadegeneral; Stellvertretender Stabschef für Operation der NATO-Armeegruppe Mitte (CENTAG)

Rösing, Hans-Rudolf

vor 1945: Kapitän zur See; Führer der U-Boote West; das Ritterkreuz erhielt er am 29. August 1940

nach 1945: Konteradmiral; Befehlshaber im Wehrbereich I

Ruge, Friedrich

vor 1945: Vizeadmiral; Chef des Amtes für Kriegsschiffbau; einer der Mitarbeiter des Kriegsverbrechers Kesselring in Italien; beteiligt an den Überfällen auf Polen, Holland, Belgien, Frankreich und Dänemark; als „Befehlshaber der Sicherung West“ mit dem Ritterkreuz dekoriert

nach 1945: Vizeadmiral; bis August 1961 Inspekteur und Chef des Führungsstabes der Marine; jetzt Vorsitzender des „Verbandes der Reservisten der Bundeswehr“; bis 17. Juni 1965 Vorsitzender der „Gesellschaft für Wehrkunde“

Schäfer, Heinrich

vor 1945: Oberstleutnant i.G.; 1. Generalstabsoffizier (Ia) der Heeresgruppe Süd; Deutsches Kreuz in Gold

nach 1945: Brigadegeneral; Inspizient für Erziehung und Bildung im Truppenamt des Heeres

Schimpf, Richard, Dipl.-Ing.

vor 1945: Generalleutnant; Kommandeur der 3. Fallschirmjägerdivision; an fast allen Überfällen der faschistischen Wehrmacht führend beteiligt; mit dem Ritterkreuz ausgezeichnet

nach 1945: Generalmajor; bis 26. Juni 1962 Befehlshaber im Wehrbereich III

Schlichting, Friedrich Carl

vor 1945: Major i.G.; Freiwilliger der „Legion Condor“; Gruppenkommandeur im Kampfgeschwader 27; an Terrorangriffen gegen England 1940 beteiligt

nach 1945: Generalmajor; Stellvertretender Inspekteur der Luftwaffe

Schnez, Albert

vor 1945: Oberst i.G.; Chef des Transportwesens der Heeresgruppe Süd (Italien);

nach 1945: Generalleutnant; Kommandierender General des III. Korps

Schultze, Hellmut

vor 1945: Oberst i.G.; Chef des Generalstabes des XI Armeekorps

nach 1945: Generalmajor; Stellvertretender Stabschef für Aufklärung der NATO-Streitkräfte Europa-Mitte (AFCENT)

Schwatlo-Gesterding, Joachim

vor 1945: Generalmajor; Chef des Generalstabes der 17. Armee; beteiligt an den Überfällen auf Polen, Frankreich und die Sowjetunion; abgeurteilter Kriegsverbrecher

nach 1945: Generalleutnant; bis 31. März 1964 Befehlshaber des „Kommandos der Territorialen Verteidigung“

Selmayr, Josef

vor 1945: Oberst i.G.; 1. Generalstabsoffizier der Heeresgruppe F (Südosteuropa); beteiligt an Kriegsverbrechen

nach 1945: Brigadegeneral; bis 31. März 1964 Leiter des „Amtes für Sicherheit der Bundeswehr“ (MAD)

Sieber, Peter Wilhelm

vor 1945: Oberstleutnant i.G.; Unterabteilungsleiter im Oberkommando der Luftwaffe

nach 1945: Generalmajor; Befehlshaber im Wehrbereich III Düsseldorf

Sonnek, Hubert

vor 1945: Oberstleutnant i.G.; 1. Generalstabsoffizier des XXXXIX. Gebirgskorps

nach 1945: Generalmajor; Stellvertretender Inspekteur des Heeres

Speidel, Hans, Dr.

vor 1945: Generalleutnant; Chef des Generalstabes der Heeresgruppe B; Kriegsverbrecher

nach 1945: General; bis 31. März 1964 Befehlshaber der NATO-Landstreitkräfte Europa-Mitte; jetzt Militärberater der Bonner Regierung

Steinhoff, Johannes

vor 1945: Oberst; Kommodore des Jagdgeschwaders 77; für seine Teilnahme an der verbrecherischen Luftkriegführung von Hitler mit den höchsten faschistischen Orden dekoriert

nach 1945: Generalleutnant; seit 1966 Inspekteur der Luftwaffe

Streib, Werner

vor 1945: Oberstleutnant; Kommodore eines Nachtjagdgeschwaders; erhielt höchste faschistische Orden

nach 1945: Brigadegeneral; Kommandeur der Flieger-Division Süd

Tempelhoff, Hans-Georg von

vor 1945: Oberst i.G.; 1. Generalstabsoffizier der Heeresgruppe B; Kommandeur der 28. Jägerdivision; an den Überfällen auf Polen, Frankreich und die Sowjetunion beteiligt; Deutsches Kreuz in Gold

nach 1945: Generalmajor; Kommandeur der 3. Panzerdivision

Thilo, Karl-Wilhelm

vor 1945: Oberst i.G.; an Verbrechen gegen die Patrioten Jugoslawiens, Albaniens und Griechenlands beteiligt

nach 1945: Generalleutnant; Kommandierender General II. Korps

Trautloft, Johannes

vor 1945: Oberst; als Angehöriger der „Legion Condor“ 1936 mitverantwortlich an dem Mord von spanischen Frauen und Kindern; am 27. Juni 1942 mit dem Ritterkreuz ausgezeichnet

nach 1945: Generalleutnant; Kommandierender General der Luftwaffengruppe Süd

Trettner, Heinz

vor 1945: Generalleutnant; für seine Beteiligung an den faschistischen Überfällen auf Holland und Belgien mit höchsten Kriegsorden dekoriert; Kriegsverbrecher

nach 1945: General; Generalinspekteur und Chef des Führungsstabes der Bundeswehr

Übelhack, Friedrich

vor 1945: Oberst i.G.; als 1. General-Stabsoffizier (Ia) an fast allen faschistischen Überfällen, besonders an der Unterdrückung des norwegischen Volkes beteiligt

nach 1945: Generalmajor; Befehlshaber des „Kommandos der Territorialen Verteidigung“

Vangerow, Kurt von

vor 1945: Major i.G.; Gruppenleiter im Stab des Generals der Artillerie im Oberkommando des Heeres

nach 1945: Brigadegeneral; Artilleriekommandeur des II. Korps

Varnbüler, Ulrich Freiherr von und zu Hemmingen

vor 1945: Oberst i.G.; 1. Generalstabsoffizier (Ia) der 2. Panzerarmee

nach 1945: Brigadegeneral

Wagenknecht, Willi

vor 1945: Oberstleutnant; Abteilungschef im Personalamt des Reichsluftfahrtministeriums

nach 1945: Brigadegeneral; Unterabteilungsleiter in der Abteilung Personal im Bonner Kriegsministerium

Wätjen, Rudolf

vor 1945: Oberstleutnant; Gruppenleiter in der Inspektion der Panzertruppe im Oberkommando des Heeres; erhielt am 18. April 1943 das Ritterkreuz

nach 1945: Brigadegeneral; Stellvertretender Kommandeur der 5. Panzerdivision

Wegener, Edward

vor 1945: Kapitän zur See; 1. Führungsstabsoffizier im Flottenkommando; Spezialist für Seekriegsoperationen

nach 1945: Vizeadmiral; bis 31. März 1965 Befehlshaber der NATO-Streitkräfte Ostsee; CDU-Bundestagskandidat 1965

Wessel, Gerhard

vor 1945: Oberstleutnant i.G.; Gruppenleiter I der Abteilung „Fremde Heere Ost“ im Generalstab des Heeres; leitender Abwehroffizier der faschistischen Wehrmacht

nach 1945: Generalleutnant, westdeutscher Vertreter beim Militärausschuß NATO in Washington/USA; Vertrauensmann des Leiters des Bundesnachrichtendienstes des Nazi-Generals Gehlen; ab 1. 5. 1968 Leiter des Bundesnachrichtendienstes

Wichmann, Heinz

vor 1945: Persönlicher Referent des ehemaligen Reichskommissars im Reichskommissariat Ostland, des Kriegsverbrechers Lohse, in Riga; an der Vorbereitung und Durchführung der Judenvernichtung unmittelbar beteiligt

nach 1945: Ministerialdirigent; Leiter der Abteilung Haushalt im Bonner Kriegsministerium

Wilcke, Hennig

vor 1945: Oberstleutnant, i.G.; 1. Generalstabsoffizier (Ia) des Fliegerführers Atlantik; Lehrgangsleiter an der Luftkriegsakademie; Deutsches Kreuz in Gold

nach 1945: Generalmajor; Befehlshaber im Wehrbereich II

Zawadzki, Wolf von

vor 1945: Oberst i.G.; 1. Generalstabsoffizier beim Chef der Militärmission in Bulgarien; mitverantwortlich für die Unterdrückung des bulgarischen Volkes; wirkte maßgeblich an der Verfolgung aller fortschrittlichen Kräfte mit

nach 1945: Brigadegeneral; Chef des Stabes der NATO-Landstreitkräfte Jütland/ Schleswig-Holstein

Zenker, Karl-Adolf

vor 1945: Fregattenkapitän; Kommandant von Zerstörern; an der Planung der Überfälle auf Dänemark, Norwegen und die Niederlande beteiligt

nach 1945: Vizeadmiral; Inspekteur und Chef des Führungsstabes der Marine

Diplomaten Ribbentrops im Auswärtigen Dienst Bonns

- Das faschistische Auswärtige Amt - Instrument imperialistischer Eroberungspolitik
 - Sie weiten den Krieg aus...
 - ... und teilen die Welt auf
 - An der „Endlösung der Judenfrage“ mitgewirkt
 - Vorbereitung der Wannsee-Konferenz
 - Mit Eichmann Hand in Hand
 - Intrigenspiel um 7000 jüdische Kinder
 - Todeslisten ausgefertigt
 - Gestapo-Terror war ihnen zu mild
 - „Zweckdienlich“ und „vertrauensvoll“
 - Rücksichtslose Plünderer
- Die Stützen der aggressiven Bonner Außenpolitik
 - 520 Nazi-Diplomaten im Auswärtigen Amt
 - Gestapo-Mitarbeiter leiten die Ostabteilung
- Sie besetzen Bonns Auslandsvertretungen
 - **Mohr, E.-Günther:** Nazi-Propagandist und Spion
 - **Schwarzmann, Hans:** Vertrauensperson Ribbentrops
 - **Nüßlein, Franz:** Günstling von Bormann und Heydrich
 - **Melchers, Wilhelm:** Spezialist für 5. Kolonnen
 - **Schütter, Oskar:** Mitorganisator der Aggression gegen Dänemark
 - **Ferring, Franz:** Goebbels-Prahlhans übelster Sorte
 - **Grewe, Wilhelm:** „Ostforscher“ und „Neuordnungstheoretiker“
 - **Etzdorf, Hasso von:** Komplize der Waffen-SS
- Ribbentrop-Diplomaten im Auswärtigen Dienst (Namenliste)

**Das faschistische Auswärtige Amt - Instrument
imperialistischer Eroberungspolitik**

Zur Führungsclique des faschistischen Deutschlands, die sich in höchstem Maße der Verbrechen gegen den Frieden, das Völkerrecht und die Menschlichkeit schuldig machte, gehörten auch die Diplomaten des Auswärtigen Amtes unter Leitung von Nazi-Außenminister Joachim von Ribbentrop.

Ribbentrop wurde in Nürnberg vom Internationalen Militärtribunal zum Tode verurteilt und hingerichtet. Acht weitere prominente Nazi-Diplomaten - hauptsächlich Staatssekretäre und Unterstaatssekretäre wie Weizsäcker, Woermann, Ritter, Keppler und andere - wurden 1948/49 im sogenannten Wilhelmstraßen-Prozeß vor ein amerikanisches Militärgericht gestellt und abgeurteilt. (Es handelt sich um einen der 12 Nachfolgeprozesse des Nürnberger Prozesses.)

Die übrigen führenden Mitarbeiter Ribbentrops, die 1945 größtenteils Zuflucht in den von den Westmächten besetzten Gebieten Deutschlands gesucht hatten, blieben im Bonner Staat nicht nur unbehelligt, sondern nahmen dort im Auswärtigen Amt wieder entscheidende Funktionen ein.

Der Wilhelmstraßen-Prozeß deckte die verbrecherische Rolle des Auswärtigen Amtes auf und wies die maßgebliche Beteiligung seiner Beamten an Verbrechen der vielfältigsten Art nach. Neben dem Reichssicherheitshauptamt (RSHA) und der Wehrmacht mit dem OKW als Führungsorgan war das Auswärtige Amt jene Einrichtung, durch die die wichtigsten Aggressionen und Verbrechen des Nazi-Reiches geplant und vorbereitet wurden. Es war ein entscheidendes Instrument imperialistischer Eroberungspolitik. Seine Beamten wirkten als Schlüsselfiguren bei der Ausarbeitung und Durchsetzung der aggressiven Pläne. Es ist kein Fall bekannt geworden, in dem das Auswärtige Amt oder auch nur Gruppen von Beamten Verbrechen verhindert hätten.

Das Internationale Militärtribunal in Nürnberg definierte als verbrecherische Aggressionen die Überfälle auf: Österreich am 12. März 1938, die Tschechoslowakei am 1. Oktober 1938 und 15. März 1939, Polen am 1. September 1939, Großbritannien und Frankreich am 3. September 1939, Dänemark und Norwegen am 9. April 1940, Belgien, Niederlande und Luxemburg am 10. Mai 1940, Jugoslawien und Griechenland am 6. April 1941, die UdSSR am 22. Juni 1941, die USA am 11. Dezember 1941. (NG, Fall XI, Bd. CCXLI, S. 27624)

An einer Stelle des Urteils im Wilhelmstraßen-Prozeß heißt es:

„Wir halten jeden, der Angriffskriege und Einfälle plant, vorbereitet, beginnt und durchführt, und jeden, der wissentlich, bewußt und schuldhaft an solchen Handlungen teilnimmt, für einen Völkerrechtsverbrecher, der für seine Handlungen vor Gericht gestellt, verurteilt und bestraft werden muß.“ (NG, Fall XI, Bd. CCXLI, S. 27 622)

Diese Charakteristik trifft für nahezu alle Diplomaten des Auswärtigen Amtes Ribbentrops zu. Denn beinahe jeder Mitarbeiter war an der Vorbereitung und Verwirklichung der Aggressionspläne beteiligt. Besonders folgenswer war die Aktivität der Nazi-Diplomaten bei der Inszenierung des zweiten Weltkrieges. Hauptsächlich im Amt Ribbentrop wurden die Erpressungs- und Fälschungsmanöver ausgeheckt, mit denen der faschistische Überfall auf Polen eingeleitet wurde. Dazu gehörte vor allem die Maxime, nach außen hin die Parolen vom „Selbstbestimmungsrecht“ und von der „völkischen Gemeinschaft“ zu vertreten, in Wirklichkeit aber nach dem Überfall auf die Tschechoslowakei den Überfall auf Polen vorzubereiten und so den zweiten Weltkrieg auszulösen. Ähnlich verhielt es sich mit allen

anderen Überfällen und Aggressionen, die ohne das Wirken der Völkerrechtsverbrecher aus der Wilhelmstraße undenkbar gewesen wären.

Darüber hinaus führten das Auswärtige Amt, seine Botschaften und Abteilungen spezielle Handlungen zur Ausweitung des zweiten Weltkrieges aus. Es gab Versuche, den Kreis der kriegführenden Staaten zu erweitern und die wenigen neutralen Staaten in den Krieg zu ziehen. Die Hitlerdiplomaten mischten sich in die Neutralität dieser Staaten ein und versuchten, sie für die Kriegführung Hitlerdeutschlands zu mißbrauchen.

SIE WEITEN DEN KRIEG AUS...

Charakteristisch dafür war z.B. die Planung und direkte Vorbereitung der Eroberung des Vorderen Orients. Die Pläne zum militärischen Einmarsch in dieses Gebiet wurden vom Auswärtigen Amt Ende 1941/Anfang 1942 forciert. Damals hielt die faschistische Wehrmacht ganz Europa besetzt. Die nazistische Führung gab sich noch der Illusion hin, die Sowjetunion niederwerfen zu können. Zu diesem Zeitpunkt wurden zwei Sonderstäbe gebildet: Der vom OKW organisierte „Sonderstab F“ unter Leitung des Generals Felmy, der in Griechenland militärische Kader auf den Wüstenkrieg in Vorderasien vorbereitete, und der „Sonderstab von Grobba“ beim Auswärtigen Amt. Ihm oblag die politische und organisatorische Vorbereitung der Besetzung dieser Gebiete. Er wählte die vorgesehenen „Herrscher“ dieser Staaten aus, schuf Kontakte zu „geeigneten Kreisen“ und organisierte eine 5. Kolonne. Über die Aufgaben dieses „Stabes“ unter Leitung des Gesandten von Grobba heißt es in einer geheimen Notiz vom 6. November 1941 aus dem Ribbentrop-Amt:

„Seine Aufgabe ist die politische Vorbereitung des deutschen Vormarsches in den arabischen Raum und nach erfolgtem Einmarsch die Durchführung der deutschen Politik an Ort und Stelle nach den vom Auswärtigen Amt gegebenen Weisungen.“ (Dokumentations-Zentrum der staatlichen Archivverwaltung der DDR, Nr. 368142)

Noch deutlicher wurden diese Aufgaben in einer Aufzeichnung des damaligen Unterstaatssekretärs Woermann vom 6. November 1941 genannt:

„Dabei werden die dauernde Ausschaltung Englands aus dem vorderasiatischen Raum und die dauernde Sicherung deutschen Einflusses auf die dortigen Erdölvorkommen die Hauptziele sein.“ Und an anderer Stelle: „Die Frage der Auswahl der Herrscher und der sonstigen Führerpersönlichkeiten wird dabei eine besondere Rolle spielen.“

Der „Sonderstab von Grobba“ war also das Instrument des Auswärtigen Amtes, mit dessen Hilfe das englisch-französische Kolonialregime in den arabischen Staaten in ein zweifelsohne noch brutaleres, faschistisches Regime verwandelt werden sollte. In einem Dokument sind unter anderem die „politischen Mitarbeiter“ dieses Stabes verzeichnet:

„Der Stab des Bevollmächtigten des Auswärtigen Amtes für die arabischen Länder (Gesandter Dr. Grobba).

a) Politische Mitarbeiter:

Gesandtschaftsrat Dr. Granow, z.Zt. Verbindungsmann zum Stab Felmy in Athen (war mit mir in Bagdad, spricht arabisch); Leg.-Sekt. Mirow, z. Zt. beim Sonderverband 280 in Laurion (Griechenland), (war in Jerusalem); Vizekonsul Dr. Seydel, z. Zt. beim Konsulat in

Tetuan, (war mit mir in Bagdad, spricht arabisch) ...“ Und an anderer Stelle steht der Name Kurt Munzel.

Alle hier Genannten spielten und spielen eine maßgebliche Rolle im diplomatischen Dienst der Bundesrepublik: Dr. Granow war bis zu seinem Ausscheiden im Jahre 1963 Sonderbotschafter bei den Außenministern Brentano und Schröder. Der damalige Legationssekretär Mirow war bis zum Abbruch der diplomatischen Beziehungen zwischen Bonn und den arabischen Staaten Legationsrat I. Klasse an der westdeutschen Botschaft in Bagdad, und Dr. Seydel Legationsrat I. Klasse in der Westabteilung des Auswärtigen Amtes (Nordafrika). Dr. Munzel war als Botschafter der Bundesrepublik in Kongo (Leopoldville) und dann im Libanon tätig (ebenfalls bis zum Abbruch der diplomatischen Beziehungen).

...UND TEILEN DIE WELT AUF

Ähnliche Pläne wie die zur Besetzung der arabischen Staaten wurden vom faschistischen Auswärtigen Amt zusammen mit dem „Reichskolonialbund“ unter Leitung Ritter von Epps und teilweise mit dem OKW auch zur kolonialen Neuaufteilung Afrikas und Asiens entwickelt. So existiert ein Plan, wonach außer den ehemaligen deutschen Kolonien auch Französisch- und Belgisch-Kongo, Uganda, Nigeria, Kenia und Sansibar zu deutschen Kolonien werden sollten. (Vgl., Von Ribbentrop bis Adenauer, Berlin 1961)

Gemeinsam mit Beamten des Auswärtigen Amtes legte der Gauleiter z.b.V.(!) Korswand Anfang Juni 1940 in einer Denkschrift nieder, daß zwei deutsche Hauptkolonialgebiete geschaffen werden müßten: in Zentralafrika und im Fernen Osten. In dieser Denkschrift heißt es unter anderm:

„Marokko wird spanisch, Spanien kommt dann so - außer Fernando Po, Rio Muni-Gebiet etc. - zu einem größeren zusammenhängenden Kolonialbesitz, vom spanisch gewordenen Gibraltar bis zum Rio de Oro-Gebiet. Algier nebst einem Teil des Sahara-Gebiets verbleibt (außer den französischen Kolonien in Indien, der Südsee, in West-Indien und Südamerika) den Franzosen. Frankreich hat dafür aber (außer Korsika und Savoyen in Europa) Tunis und Djibuti an Italien abzutreten, desgl. Senegambien, den französischen Kongo sowie alle bisher französischen Kolonien der Guineaküste sowie die Maskaren an Deutschland und seine Schutzstaaten.

England verliert, abgesehen von Gibraltar (an Spanien) die Inseln Cypern, Malta, Kreta und Perim (an Italien), sämtlichen afrikanischen Kolonialbesitz. Es gibt ab:

1. *Den nördlichen Teil des ehemaligen englischen Sudan, Britisch-Somali-Land und evtl. auch noch Aden an Italien.*
2. *Das Gebiet der ehemals südafrikanischen Union an einen zukünftig von England absolut unabhängigen Burenstaat.*
3. *Den gesamten Rest - das wären also Gambia, Sierra Leone, Goldküste, Nigeria, den südlichen Teil des Sudans, selbstverständlich die Deutschland geraubten ehemals deutschen Kolonien, Kenia, Uganda nebst den vorgelagerten Inseln Zansibar und Pemba, Syschellen und Ameranten, an Deutschland und seine Schutzstaaten.*

Ägypten mit der Suezkanalzone wird, als an sich selbständiger Staat, in der gleichen Weise unter italienischen Schutz gestellt, wie es bisher unter englischem Schutz gestanden hat...

Auch ein Stück des ehemals belgischen Kongo, und zwar der östlich an Deutsch-Ostafrika und Nord-Rhodesien anstoßende Teil mit dem Katanga-Kupfergebiet müßte, abgesehen aus den später näher zu erörternden wirtschaftlichen Gründen, auch schon aus anderen Erwägungen heraus zur deutschen Hauptkolonie kommen...

Dadurch, daß Holland wohl gleichfalls zu den Staaten gehören wird, die zukünftig in irgendeiner Form unter deutschen Schutz gestellt werden, ergibt sich, daß im Raum derjenigen Asien und Australien vorgelagerten Inseln die früher entweder zu Deutschland oder zu den Niederlanden gehört hatten, sich ein neues zweites sehr wertvolles Hauptkolonialgebiet zu unserer und unserer Schutzstaaten Verfügung darbietet, das man vielleicht zusammenfassend mit dem Sammelnamen des ‚kolonialen Inselbesitzes‘ bezeichnen könnte.“ (Dokumentationszentrum der staatlichen Archivverwaltung der DDR, Nr. 368 510)

Verschiedene Abteilungen des Auswärtigen Amtes waren auch federführend an der Schaffung eines sogenannten Kolonialministeriums beteiligt. Das Auswärtige Amt und seine Beamten zeigten also eine bemerkenswerte Initiative, den zweiten Weltkrieg auszuweiten, weitere Völker in den Krieg hineinzuziehen und Programme zu entwickeln, wie die Welt unter der Führung des deutschen Imperialismus aufzuteilen sei.

AN DER „ENDLÖSUNG DER JUDENFRAGE“ MITGEWIRKT

Auch an der Ermordung von Millionen Juden waren die Diplomaten der Wilhelmstraße maßgeblich beteiligt. Über ihre Mitverantwortung an diesen Verbrechen wird im Urteil des Wilhelmstraßen-Prozesses gesagt:

„Es gibt für niemand eine Entschuldigung oder Rechtfertigung, der an den Maßnahmen bewußt und zustimmend teilgenommen hat, aus denen diese abstoßenden und schauerhaften Verbrechen im einzelnen bestanden, und es ist gleichgültig, ob er sie veranlaßt oder ausgeführt hat, oder nur Beihilfe geleistet oder sie der Welt gegenüber gerechtfertigt oder den Tätern Hilfe und Unterstützung gewährt hat“ (NG, Fall XI, Bd. CCXLII, S. 27827)

Das Auswärtige Amt unter Ribbentrop spielte bei der Organisierung, Planung und Verschleierung dieser Verbrechen eine verhängnisvolle Rolle. In der Anfangsperiode der Judenverfolgung, etwa 1938 bis 1940, als es hauptsächlich um die Enteignung, Ausweisung und Beseitigung der in Deutschland lebenden Juden ging, prüfte das Auswärtige Amt mit der Gestapo und dem SD, zu welchem geeigneten Zeitpunkt auch die in Deutschland lebenden Juden ausländischer Staatsangehörigkeit verfolgt werden könnten. Ferner hatte das Auswärtige Amt die Aufgabe, den Antisemitismus im Ausland zu fördern und die Greuelthaten der Faschisten zu verschleiern. Damit sollten die Wahrheit über den Terror gegen die Juden verschwiegen und der wachsende Haß gegen den Faschismus eingedämmt werden.

Typisch für die Arbeit des Auswärtigen Amtes in dieser Zeit sind vor allem zwei Dokumente. Das eine ist das Memorandum Wiehls, des damaligen Leiters der Wirtschaftspolitischen Abteilung des Auswärtigen Amtes, vom 25. Januar 1939. Es beschäftigte sich mit den Enteignungsmaßnahmen gegen die Juden und wurde allen Gesandtschaften und Konsulaten zugestellt. Das andere Dokument ist die Denkschrift des Legationsrates Schumburg vom „Sonderreferat Deutschland“, ebenfalls vom 25. Januar 1939. Sie heißt „Die Judenfrage als Faktor der Außenpolitik im Jahre 1938“ und wurde gleichfalls allen diplomatischen Vertretungen des faschistischen Deutschlands übermittelt. Das Auswärtige Amt setzte sich in der Schumburg-Denkschrift für eine solch „radikale Lösung der Judenfrage“ ein, daß sie selbst dem Reichssicherheitshauptamt „verfrüht“ erschien. (Siehe Tafel 35)

VORBEREITUNG DER WANNSEE-KONFERENZ

Neben dem Reichssicherheitshauptamt wirkte das Auswärtige Amt auch entscheidend bei der Planung und Verwirklichung der „Endlösung der Judenfrage“ mit. Es spielte schon bei der Vorbereitung der Wannsee-Konferenz vom 20. Januar 1942 eine maßgebliche Rolle.

Ende 1941 entwarf die Deutschland-Abteilung in einer Notiz die „*Vorstellungen des Auswärtigen Amtes zur totalen Lösung der Judenfrage*“ für eine Konferenz mit Heydrich. Am 4. Dezember 1941 entwickelte der Leiter des Sonderreferats „Deutschland“, Luther, das bekannte Acht-Punkte-Programm, das auf der Wannsee-Konferenz eine Rolle spielte. In diesem Programm wurde unter anderem gefordert, die Juden der verschiedensten Nationalitäten aus Deutschland sowie aus den verschiedensten europäischen Ländern abzuschicken und zu vernichten. Punkt 8 dieses Programms lautete: „Durchführung dieser Maßnahmen wie bisher im guten Einvernehmen mit dem Geheimen Staatspolizeiamt.“ (Dokumentations-Zentrum der staatlichen Archivverwaltung der DDR, Nr. 42550)

Wenig später, am 23. Dezember 1941, entstand in der Rechtsabteilung des Auswärtigen Amtes - ebenfalls zur Vorbereitung der Wannsee-Konferenz - ein Gutachten. Es schlug unter anderem den Weg des zweiseitigen Abkommens mit jenen Staaten vor, aus denen die Juden deportiert werden sollten. Dieser Weg wurde auch beschritten. Heydrich, der als Chef der Sicherheitspolizei und des SD auf der Wannsee-Konferenz das Programm der „Endlösung“ darlegte, wies auf die neuen Aufgaben der Diplomaten der Wilhelmstraße hin:

„Im Zuge dieser Endlösung der europäischen Judenfrage kamen ungefähr 11 Millionen Juden in Betracht, von denen nur 131800 in dem ursprünglichen Reichsgebiet lebten, 43700 in Österreich und 74200 in dem Protektorat Böhmen und Mähren.

Unter richtiger Leitung sollten im Zuge der Endlösung die Juden in geeigneter Weise im Osten zum Arbeitseinsatz kommen, und zwar in großen Arbeitskolonnen und unter Trennung der Geschlechter. Es werde zweifellos ein Großteil von ihnen durch natürliche Verminderung ausfallen; die Überlebenden müßten entsprechend behandelt werden, da sie bei Freilassung als Keimzelle eines neuen jüdischen Aufbaus anzusprechen seien.

Weiterhin sei beabsichtigt, daß das Auswärtige Amt sich mit den zuständigen Referenten der Sicherheitspolizei und des SD wegen der Behandlung der Endlösung in den deutschbesetzten und beeinflussten europäischen Gebieten in Verbindung setzen sollte. Heydrich erwähnte weiterhin, daß das Problem in der Slowakei und in Kroatien keine großen Schwierigkeiten mehr bereite, Rumänien habe ebenfalls einen Judenbeauftragten eingesetzt, zur Regelung der Frage in Ungarn sei es jedoch erforderlich, in Zeitkürze einen Berater für Judenfragen der ungarischen Regierung aufzuoktroyieren. Heydrich erörterte dann das Problem der Judenfrage in Italien und Frankreich.“ (NG, Fall XI, Bd. CCXLII, S. 27842)

Die Diplomaten des Auswärtigen Amtes hatten also die Aufgabe, die Zustimmung der „verbündeten“ bzw. der Vasallenstaaten dazu zu erzwingen - z. B. Ungarns, Rumäniens, der Slowakei -, daß die SS-Kommandos Eichmanns die in diesen Staaten lebenden Juden deportieren und liquidieren konnten. Ähnlich hatte das Auswärtige Amt in den besetzten Gebieten vorzugehen. Die Diplomaten Ribbentrops sollten die Voraussetzungen schaffen, daß die Gestapo die „Endlösung der Judenfrage“ in den verschiedenen europäischen Staaten in Angriff nehmen konnte. Ohne die Tätigkeit der Diplomaten Ribbentrops wäre das verbrecherische Wüten der SS-Deportations- und Vernichtungskommandos in diesem Ausmaße unmöglich gewesen.

Und wenn die Nazi-Diplomaten bei der „Endlösung“ nach außen hin oft nicht so augenfällig in Erscheinung traten wie die Kommandos Eichmanns, dann nicht, weil sie etwa weniger Verantwortung trugen, sondern weil ihnen im Rahmen der Arbeitsteilung mit der Gestapo einfach andere Aufgaben zufielen.

MIT EICHMANN HAND IN HAND

In der Praxis sah die Zusammenarbeit zwischen Gestapo und Diplomaten oft so aus, daß Eichmann und die Gestapo vor Deportationen das „Einverständnis“ des Auswärtigen Amtes einholten. So schrieb Eichmann am 9. März 1942 an das Auswärtige Amt, daß die Absicht bestände, 1000 französische und staatenlose Juden, die 1941 in Frankreich verhaftet worden waren, nach Auschwitz zu transportieren. Er fragte, ob es dagegen Bedenken gäbe. Am 11. März schrieb das Reichssicherheitshauptamt erneut an das Ribbentrop-Amt, daß weitere 5000 französische Juden mit diesem Transport nach Auschwitz gebracht werden sollten. Sowohl die Botschaft in Paris, als auch das Auswärtige Amt hatten, wie aus dem Antwortschreiben vom 20. März hervorgeht, „nicht die geringsten Bedenken“.

Viele Mitarbeiter des Auswärtigen Amtes hatten bei der „Endlösung“ fest umrissene Aufgaben. Dr. Ernst-Günther Mohr z. B. war als einer der engsten Mitarbeiter des Gesandten Bene an den Vernichtungsaktionen gegen die in Holland lebenden Juden beteiligt. (Mohr ist heute Botschafter der Bundesrepublik in Argentinien.)

In Ungarn hatte es die Regierung bis 1944 verstanden, die Deportation der Juden zu verhindern. Daraufhin setzte der Gesandte Veessenmayr im Auftrage des Auswärtigen Amtes - er hatte in einem Sonderbericht entsprechende Vorschläge gemacht - im März 1944 eine neue ungarische Regierung ein. Sie gab den deutschen Forderungen nach. Die Zusammenarbeit des Auswärtigen Amtes und des Reichssicherheitshauptamtes war dann außerordentlich eng. SS-Gruppenführer Winkelmann, der Beauftragte Himmlers für die Liquidierung der ungarischen Juden, wurde Veessenmayr unterstellt. Und Eichmann, der die Zwangsdeportationen von Budapest aus zum Teil selbst leitete, setzte sich dafür ein, daß der damalige Konsultssekretär I. Klasse, Hezinger - er war zeitweise an der deutschen Botschaft in Budapest tätig -, nicht anderweitig versetzt wurde. Hezinger sei für die Deportationsaufgaben „unentbehrlich“. Von den etwa 400000 ungarischen Juden wurden in wenigen Monaten etwa 200000 ermordet. An dieser Stelle sei vermerkt, daß auch Hezinger in den diplomatischen Dienst Bonns eintrat. 1957 war er z. B. Konsultssekretär im Auswärtigen Amt.

In vielen Fällen verhinderten die Ribbentrop-Diplomaten, daß sich Juden vor dem Terror retteten. Ende 1943 besetzte Hitlers Wehrmacht das bis dahin den Italienern unterstellte Gebiet Frankreichs. Eichmann erfuhr, daß sich 15000 Juden in den Bergen des Fürstentums Monaco versteckt hielten. Daraufhin erteilte das Auswärtige Amt seinem Konsul von Monaco am 23. September 1943 den Auftrag, diese Juden unbedingt ausfindig zu machen und der Sicherheitspolizei Zutritt zu diesem Gebiet zu verschaffen.

Als es im September 1943 einer größeren Gruppe griechischer Juden aus Saloniki gelang, die italienische Demarkationslinie zu überschreiten, tat auch hier das Auswärtige Amt alles, um sie der SS auszuliefern.

Es ist eine grobe Verfälschung der historischen Wahrheit, wenn einige Diplomaten des Auswärtigen Amtes nach dem Kriege behaupteten, die Judenverfolgung sei ausschließlich Sache des Sonderreferats „Deutschland“ unter Luther, später unter Rademacher, und der sogenannten SA-Gesandten gewesen - so wurden die als SA-Führer in den diplomatischen

Dienst übernommenen Gesandten Killinger (Bukarest), Ludin (Bratislava), Kasche (Kroatien) und Beckerle (Sofia) bezeichnet.

Mit der „Endlösung der Judenfrage“ waren fast alle Abteilungen und Diplomaten des Amtes Ribbentrop betraut:

im Auswärtigen Amt die Abteilung „Deutschland“ unter Luther, später unter Rademacher (sie entwickelte sich nach der Wannsee-Konferenz aus dem Sonderreferat „Deutschland“);

die Gruppe Inland II unter Wagner und von Thadden;

die Informationsstelle XIV („Antijüdische Aktion“), die von Schleier geleitet wurde, mit Granow und später mit Hezinger als Generalsekretär, und zu der auch Mitarbeiter der Handels-, Kultur- und Rundfunkpolitischen sowie der Presseabteilung gehörten;

die Länderreferenten im Büro Ribbentrops, z. B. Dr. Strack, vorher Dr. Schwarzmann für Frankreich, und die Länderreferate der Politischen Abteilung, z. B. Dr. Heinburg, später Dr. Werkmeister für Südosteuropa, Dr. Grundherr für Skandinavien usw. Alle hier Genannten stellten ihre Erfahrungen nach 1945 in den Dienst des Bonner Auswärtigen Amtes: Dr. Strack ist noch heute als Vortragender Legationsrat I. Klasse tätig, Dr. Schwarzmann leitet die „Außenstelle Berlin“. Sowohl Heinburg, Grundherr als auch Werkmeister waren jahrelang in führenden Positionen des Bonner Auswärtigen Amtes eingesetzt - Werkmeister bis vor kurzem als Botschafter in Schweden -, obwohl die DDR seit vielen Jahren dokumentarisches Beweismaterial über sie veröffentlicht hat. Seit sie aus Altersgründen ausgeschieden sind, beziehen sie hohe Pensionen.

Ferner seien die Gesandten, ihre Vertreter, das leitende Gesandtschaftspersonal, die Volkstums- bzw. Judenreferenten genannt, die der Gruppe Inland II unterstanden, die Polizei-Attaches, die teilweise, z. B. in Bukarest, gleichzeitig Judenreferenten waren, sowie die Kulturreferenten, die eng mit den Judenreferenten zusammenarbeiteten und sie in deren Abwesenheit vertraten.

Darüber hinaus wurden den einzelnen Abteilungen und Mitarbeitern die verschiedensten Aufgaben bei der „Endlösung“ übertragen. Beispielsweise bereiteten die Gruppe Inland II, die Informationsstelle XIV und die Kulturpolitische Abteilung die berüchtigte Konferenz von Krummhübel vor. Sie wurde am 3. und 4. April 1944 vom Reichssicherheitshauptamt und vom Auswärtigen Amt gemeinsam mit allen Judenreferenten der Botschaften durchgeführt. Es sprachen Legationsrat von Thadden (Gruppe Inland II) und SS-Hauptsturmführer Dr. Ballensiefen vom Reichssicherheitshauptamt über den „Stand der antijüdischen Exekutivmaßnahmen“. Das dritte Hauptreferat hielt der Leiter der Kulturpolitischen Abteilung, Gesandter und SS-Brigadeführer Dr. Six. Teilnehmer waren unter anderem auch die Vertreter der Handelspolitischen, der Rundfunkpolitischen, der Kulturpolitischen und der Presseabteilung.

Die Rechtsabteilung des Auswärtigen Amtes erarbeitete für die Wannsee-Konferenz nicht nur ein Gutachten über die „besten“ Möglichkeiten für die „Endlösung“, sondern griff auch in anderen Fällen ein. Als z. B. eine Zeitlang die routinemäßigen Mitteilungen über den Tod holländischer Juden in deutschen Konzentrationslagern in auffälliger Zahl nach Holland geschickt wurden und Schweden als Schutzmacht Hollands protestierte sowie auf eine Prüfung drängte, befaßte sich die Rechtsabteilung mit diesem „Fall“ und suchte Auswege. Sie

wurden schließlich darin gefunden, daß man auf Vorschlag der Rechtsabteilung gar keine Mitteilungen mehr abschickte. Daraufhin hörten die schwedischen Proteste auch auf.

Ähnlich war es mit der Handels- bzw. Wirtschaftspolitischen Abteilung des Auswärtigen Amtes. Hier befaßte man sich ständig mit der Regelung der Vermögensfragen der deportierten und hingerichteten ausländischen Juden.

INTRIGENSPIEL UM 7000 JÜDISCHE KINDER

Schließlich gab es wichtige Probleme, die den jeweiligen Abteilungen zumindest bekannt waren oder gemeinsam gelöst wurden. Das war in einem abscheulichen Intrigenspiel mit dem Leben von 7000 rumänischen Judenkindern der Fall.

Auf Grund eines englischen Angebotes - und mit Zustimmung der Rumänen - sollten die Kinder die Erlaubnis zur Auswanderung erhalten. Um dieses Angebot zu vereiteln und trotzdem propagandistisch für sich zu nutzen, arbeiteten über viele Wochen hinweg die Gruppe Inland II, die Politische, Kulturpolitische, Rundfunkpolitische, Presse- und Rechtsabteilung auf das engste zusammen. Ihr Ziel war, eine geeignete provokatorische Antwort zu finden. Gemeinsam mit von Thadden, Wagner, Killinger und Eichmann waren an diesem Vorgang beteiligt: Heinburg als Länderreferent der Politischen Abteilung, Henke und von Erdmannsdorf als Verantwortliche der Politischen Abteilung, Albrecht von der Rechtsabteilung, von Mirbach als Persönlicher Referent des Staatssekretärs von Steengracht, Rühle von der Rundfunkpolitischen Abteilung und Sonnleithner vom Büro Ribbentrops. (Von Mirbach ist seit Jahren Sonderbotschafter des Bundesaußenministers Schröder und soll in naher Zukunft als Botschafter in Indien eingesetzt werden!) Es handelt sich um jenen Vorgang, von dem im Urteil des Wilhelmstraßen-Prozesses gesagt wird:

„...das Auswärtige Amt und sein Staatssekretär hatten hier endlich einmal Gelegenheit, zum Guten und nicht zum Bösen zu raten -, hier hätte darauf hingewiesen werden können, daß es zur Verbesserung der außenpolitischen Beziehungen Deutschlands und zur Wiederherstellung seines Ansehens in der Welt beitragen würde, wenn man duldet, daß wenigstens Kinder vor der Vernichtung bewahrt würden. Doch alle vom Außenamt unternommenen Schritte, alle seine Ratschläge hatten das Ziel, die Bemühungen angesehener neutraler und feindlicher Länder zunichte zu machen, die die Kindlein zu sich kommen lassen wollten; das Werk der guten Samariter sollte vereitelt, ihr Angebot in nationalsozialistische Propaganda verdreht werden.“ (NG, Fall XI, Bd. CCXLIII, S. 27893)

TODESLISTEN AUSGEFERTIGT

Eine Kette weiterer Verbrechen begingen Ribbentrop-Diplomaten bei der Ausübung der Gewaltherrschaft über die verschiedensten Völker Europas, besonders in den zeitweilig okkupierten Gebieten. Im System des Terrors hatten das Auswärtige Amt, seine Organe und Beamten festumrissene Aufgaben. Vor allem oblag es ihnen, jede patriotische, demokratische Regung, jeden Widerstand gegen die faschistische Gewaltherrschaft zu unterdrücken. Auch dabei arbeiteten die sogenannten Bevollmächtigten des Reiches, die Vertreter des Auswärtigen Amtes (VAA) bei den verschiedensten Behörden, z. B. bei der „Regierung des Generalgouvernements“, mit den Befehlshabern der Sicherheitspolizei und des SD, den Kommandos der Gestapo und den Militärbefehlshabern eng zusammen.

Ein bestimmter Personenkreis im Auswärtigen Amt wurde regelmäßig über die Massenmorde der berüchtigten SD-Einsatzkommandos informiert. Die Listen mit den Namen Tausender, die

verhaftet, in Konzentrationslager geworfen oder ermordet wurden, fertigten meist Gestapo, SD und die faschistischen Diplomaten gemeinsam aus. Schließlich wurden die Diplomaten auch über die Ergebnisse solcher Aktionen genau informiert. Dutzende von Mordlisten gingen durch ihre Hände und wurden an das Büro Ribbentrop und die zuständigen Länderreferate weitergeleitet. (Siehe Tafel 36)

GESTAPO-TERROR WAR IHNEN ZU MILD

Vielfach gehörten die Mitarbeiter des Auswärtigen Amtes zu den Scharfmachern. So schrieb der damalige Konsul in Algerien, Auer (bis 1964 westdeutscher Botschafter in Ceylon), als „persönliche Stellungnahme“ Ende 1942 an die Wilhelmstraße:

„Der militärische Sieg über Frankreich müßte noch vervollständigt werden in moralischer Niederwerfung der Franzosen im besetzten Gebiet. Erst durch solche Zwangsmaßnahmen würde der deutschfeindlichen Einstellung... die Angst zugesellt werden, der Besiegtenstandpunkt bei den französischen Behörden erzwungen werden und damit erst der notwendige Respekt gegenüber Forderungen und Anweisungen der deutschen Behörden... erreicht werden.“ (Deutsches Zentralarchiv Potsdam, Bestand: Auswärtiges Amt, Nr. 61134)

Zu dem Zeitpunkt, da der Zusammenbruch Hitlerdeutschlands für jeden sichtbar wurde und die Völker in den befreiten Gebieten Verräter vor ordentliche Gerichte stellten, bemühten sich die Rechtsabteilung des Auswärtigen Amtes unter Albrecht und die Politische Abteilung einschließlich der Länderreferate, noch in deutscher Haft befindliche Patrioten aus den okkupierten Ländern hinrichten zu lassen. Durch diese Repressalien sollten Gerichtsverfahren gegen profaschistische Kollaborateure und Kriegsverbrecher verhindert werden.

Am 22. Dezember 1944 forderte die Abteilung Pol II in einem von Steengracht unterzeichneten Schnellbrief an das Reichssicherheitshauptamt und andere faschistische Stellen, Verfahren gegen gaullistische Häftlinge, „*die mit schwerer Strafe enden müßten*“, einzuleiten und Begnadigungen, die bei einigen Todesurteilen gegen französische Patrioten ausgesprochen worden waren, rückgängig zu machen. (Siehe Tafel 37)

„ZWECKDIENLICH“ UND „VERTRAUENSVOLL“

Von den weiteren Formen und Methoden, zu denen sich - wie es in einer Aufzeichnung der Abteilung „Deutschland“ vom 8. August 1940 heißt - „*eine zweckdienliche, enge und vertrauensvolle Zusammenarbeit*“ zwischen den Diplomaten des Ribbentrop-Amtes, der Gestapo und dem SD entwickelte, können nur einige wesentliche genannt werden:

Ganze Kompanien von SS-Offizieren wurden zeitweise mit „Spezialaufträgen“ - meist für die Spionage- und Sabotagetätigkeit und zum Aufbau der 5. Kolonne - in den außenpolitischen Apparat eingebaut. In einer Geheimen Reichssache des Amtes VI des Reichssicherheitshauptamtes vom 6. August 1943 an das Auswärtige Amt heißt es, daß die „Entwicklung“ den „verstärkten Einbau von Mitarbeitern“ des RSHA bei den diplomatischen Vertretungen vor allem in den „heute noch neutralen Ländern“ erfordert. Weiter wurde im einzelnen festgelegt, unter welchen diplomatischen Tarnbezeichnungen die SD-Leute an den verschiedenen Auslandsvertretungen, z. B. in Bern, Genf, Mailand, wirken sollten. Unter anderen waren SS-Sturmbannführer Elling für die Botschaft am Vatikan und SS-Sturmbannführer Dr. Haas für den Quirinal vorgesehen.

SS-Offiziere wurden als Wissenschaftliche Hilfsarbeiter (WHA) in den Diplomatischen Dienst übernommen. Ein großer Teil von ihnen erhielt nach Erfüllung ihrer Spezialaufträge ständige Aufgaben und damit meist auch die geläufigen diplomatischen Rangbezeichnungen. Meist wurden die SS-Offiziere entsprechend ihrer „Verdienste“ Legationssekretäre oder Legationsräte.

Viele Ribbentrop-Diplomaten gaben dem SD bzw. der Gestapo direkt Berichte. Täglich erreichten die Poststelle in der Wilhelmstraße Briefe der verschiedensten Diplomaten für den „Chef der Sipo und des SD“, z. B. vom damaligen Konsul in Apenrade (Dänemark), Lanwer.

Heute ist Lanwer Botschaftsrat an der westdeutschen Vertretung bei der OECD.

Bei zahlreichen diplomatischen Vertretungen wurden sogenannte Polizei-Attachés eingerichtet. Es handelte sich um besonders „erprobte“ Beauftragte des Reichssicherheitshauptamtes, die sowohl Himmler als auch dem Missionschef bzw. dem Auswärtigen Amt unterstellt waren. Es existieren noch ganze Listen von SS-Offizieren, die als Polizei-Attachés tätig waren, und in denen unter anderem solche berüchtigten Judenmörder wie SS-Sturmbannführer Adolf Hoffmann sowie die SS-Hauptsturmführer Dannecker, Wisliceny und Richter als „Diplomaten“ aufgeführt sind.

Bei vielen Aktionen kam es - über den Rahmen einer engen Zusammenarbeit zwischen dem faschistischen Außenministerium und der SS-Führung hinaus - zu institutionellen und organisatorischen Verflechtungen. So übernahm der Leiter des Amtes VII im Reichssicherheitshauptamt, SS-Brigadeführer Dr. Six, im Jahre 1943 im Range eines Gesandten die Leitung der Kulturpolitischen Abteilung im Auswärtigen Amt. Sie war - wie bereits oben angeführt - 1944 federführend an der Konferenz von Krummhübel beteiligt.

RÜCKSICHTSLOSE PLÜNDERER

Auch bei der Ausplünderung der unterdrückten Völker und der Ausbeutung von Zwangsarbeitern spielten die Diplomaten Ribbentrops eine wesentliche, in vielen Fällen sogar entscheidende Rolle. Sie schufen mit die Voraussetzungen für diese Verbrechen, leiteten entsprechende Maßnahmen ein oder förderten sie zumindest.

Der Handelspolitische Ausschuß (HPA), die zentrale und leitende interministerielle Instanz der Nazis zur systematischen Ausplünderung der Völker - darunter in den letzten zwei Kriegsjahren auch des „verbündeten“ Italien -, wurde von Nazi-Diplomaten geleitet: vom Leiter der Handelspolitischen Abteilung des Auswärtigen Amtes, Wiehl, und seinem Vertreter Clodius. An den Sitzungen dieses HPA nahmen zeitweise solche Ribbentrop-Diplomaten teil wie Eberl (heute Botschafter Bonns in Uruguay), Schütter (heute Botschafter Bonns in Griechenland, bis dahin Beauftragter für Vertragsverhandlungen in der Abteilung Handelspolitik des westdeutschen Auswärtigen Amtes), Junker (heute Botschafter Bonns in Südafrika) und Schwarzmann der jetzige Leiter der Protokollabteilung des Bonner Auswärtigen Amtes). (Siehe Tafel 39)

Die Leitung der Delegation für Wirtschaftsfragen bei der deutschen Waffenstillstandskommission, die eine besondere Rolle bei der Ausplünderung Frankreichs spielte, lag in den Händen des Beauftragten des Auswärtigen Amtes, Hans-Richard Hemmen, und anderer Nazi-Diplomaten. Zahlreiche Nazi-Diplomaten arbeiteten darüber hinaus in direktem Auftrag deutscher Monopole, um ihnen einen möglichst großen Teil der Beute zu sichern.

Eine Fülle dokumentarischen Materials weist eindeutig nach, daß die Diplomaten der Wilhelmstraße bei der Planung, Vorbereitung und Verwirklichung der imperialistischen Macht- und Eroberungspolitik eine unheilvolle Rolle spielten. Der Rechtfertigungsversuch, nur die von der SS und der SA beauftragten Diplomaten der „Deutschlandabteilung“ des Auswärtigen Amtes und die „SA-Gesandten“ hätten die „Schmutzarbeit“ gemacht, hält der Wirklichkeit in keinem Falle stand. Fast alle Abteilungen, Auslandsvertretungen und Diplomaten des Auswärtigen Amtes in der Wilhelmstraße sind entweder direkt als Urheber oder zumindest als Begünstiger der Verbrechen des Hitlerregimes verantwortlich.

Erschwerend fällt ins Gewicht, daß die Diplomaten Ribbentrops - in krassem Gegensatz zu ihren abgesprochenen, zurechtgezimmernten Aussagen vor dem Nürnberger Gerichtshof - zu den bestinformierten Beamten des faschistischen Systems zählten. Sie waren durchaus in der Lage, die ganze Tragweite ihres verbrecherischen Wirkens zu überblicken, so wie das auch im Wilhelmstraßen-Prozeß festgestellt wurde. Dort heißt es im Hinblick auf die angeklagten Ribbentrop-Diplomaten: Sie sind *„erfahren in der Auswertung des politischen Geschehens und in der Ermittlung der Beweggründe für die Maßnahmen von Parteien, Beamten und ganzen Völkern; sie sind Meister in der Kunst, zwischen den Zeilen anscheinend harmloser, in gemäßigter Sprache gehaltener Schrittstücke zu lesen und aus ihnen die durch den Wortlaut verschleierte wirkliche Bedeutung zu erkennen.“* (NG, Fall XI, Bd. CCXLII, S. 27829)

Die Ribbentrop-Diplomaten wurden so in vollem Umfang der ihnen zugedachten Rolle gerecht. Sie machten das Amt in der Wilhelmstraße zu einem Instrument der faschistischen Führung, das jederzeit bereit war, verbrecherische Programme und Aktionen zu planen und durchzuführen, und das darüber hinaus zur besseren Verwirklichung der Weltherrschaftsziele des deutschen Imperialismus neue Wege suchte und fand.

Die Stützen der aggressiven Bonner Außenpolitik

Entgegen der einmütigen Forderung der Völker und der Urteile von Nürnberg wurden die Nazi- und Kriegsverbrecher, zu denen die Diplomaten der Wilhelmstraße gehörten, in Westdeutschland nicht zur Verantwortung gezogen. Mehr noch - in dem Maße, in dem Imperialismus und Militarismus wiedererstarkten und ihre Politik darauf ausrichteten, die Ergebnisse des zweiten Weltkrieges rückgängig zu machen und einen neuen Angriffskrieg vorzubereiten, wurden die ehemaligen Nazi-Diplomaten wieder im Auswärtigen Dienst der Bundesrepublik verwendet. Sie übernahmen nach und nach die entscheidenden außenpolitischen Funktionen. So ist es zu dem gefährlichen und zugleich grotesken Zustand gekommen, daß ehemalige Nazi-Diplomaten als Vertreter der Bundesrepublik in solchen Ländern agieren, deren Eroberung, Unterdrückung und Ausplünderung sie einst mitplanten und verwirklichten.

In der Deutschen Demokratischen Republik wurde kein einziger Nazi-Diplomat in den Dienst des Ministeriums für Auswärtige Angelegenheiten der DDR aufgenommen. Diese Institution wird von konsequenten Antifaschisten und Demokraten geleitet. Mehrfach warnte die DDR

vor der Wiederverwendung von Ribbentrop-Diplomaten im außenpolitischen Dienst der Bonner Regierung. Im März 1959 legte der Ausschuß für Deutsche Einheit Tatsachenmaterial über die faschistische Vergangenheit von über 80 führenden westdeutschen Diplomaten vor. Im September 1961 wies das Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten der DDR in der Dokumentation „Von Ribbentrop bis Adenauer“ die Wiederverwendung von über 180 Nazi-Diplomaten im Auswärtigen Dienst Bonns nach und belegte diese ungeheuerliche Tatsache mit einer Fülle dokumentarischen Materials.

520 NAZI-DIPLOMATEN IM AUSWÄRTIGEN AMT

Doch anstatt die Mitschuldigen an den Naziverbrechen aus dem Staatsdienst zu entfernen und gerecht zu bestrafen, wurden die Experten des Kriegsverbrechers Ribbentrop immer zielstrebig in die entscheidenden Funktionen der Bonner außenpolitischen Institutionen geschoben. In dem bisher erschlossenen Archivgut befinden sich Unterlagen über die Tätigkeit von mehr als 520 ehemaligen Nazi-Diplomaten und anderer getreuer Beamten des faschistischen Staatsapparates, die wieder führende Positionen im Bonner Auswärtigen Amt innehaben. In den Spitzenfunktionen, als Abteilungs- oder Referatsleiter bzw. als deren Vertreter, sind mehr als 30 ehemalige Ribbentrop-Diplomaten oder andere führende Nazis tätig.

Einer der einflußreichsten Leute im Bonner Auswärtigen Amt ist der ehemalige SA-Rottenführer und heutige Staatssekretär Rolf Lahr. Lahr, seit April 1933 Mitglied der Nazi-Partei, spielte von 1934 bis Kriegsende als Regierungsrat im faschistischen Reichswirtschaftsministerium (Abt. V, Referat 7, Italien, Türkei) eine unrühmliche Rolle bei der Ausbeutung solcher sogenannter verbündeter Staaten, wie Ungarn und Italien, für die NS-Kriegsproduktion. Zusammen mit der Handelspolitischen Abteilung des Ribbentrop-Amtes zwang er beispielsweise 1941/42 unter räuberischen Zahlungsbedingungen die Ungarische Regierung zu kriegswichtigen Bauxitlieferungen an das Nazi-Reich (Deutsches Zentralarchiv Potsdam, Bestand: Auswärtiges Amt, Nr. 67916). Später gehörte er zu dem Gremium von Nazi-Experten, die für den Fall der geplanten Unterwerfung und Kolonisierung der arabischen Staaten die wirtschaftliche Ausplünderung des Irak mit vorbereiteten. So erwarb Lahr jene „Erfahrungen“, die ihn heute zum Exponenten der neokolonialistischen „Entwicklungspolitik“ Bonns machen.

Zu ihnen gehört auch der bisherige Staatssekretär im Bundespräsidialamt und jetzige Botschafter in Rom, Dr. Hans Herwarth von Bittenfeld, Diplomat Ribbentrops bis 1941. Danach beteiligte er sich als Ausbilder und Aufsichtsoffizier der Wlassow-Armee an den Raubzügen in der Sowjetunion und den Greuelthaten gegen sowjetische Armeeinghörige. Nach 1945 zunächst Regierungsdirektor in der Bayerischen Staatskanzlei, gehörte er ab 1950 als Ministerialdirigent im Bonner Auswärtigen Amt zu jenen Drahtziehern, die die Besetzung der leitenden Posten dieses Amtes mit Nazi-Diplomaten organisierten.

Unter den leitenden Diplomaten des Bonner Auswärtigen Amtes befindet sich z. B. von Mirbach, ursprünglich Sonderbotschafter bei Bundesaußenminister Schröder, inzwischen Botschafter in Indien. Er war der persönliche Referent des im Wilhelmstraßen-Prozeß verurteilten Staatssekretärs von Steengracht und ist für zahllose Verbrechen mitverantwortlich. Sein Vorgänger - als „Botschafter z.b.V.“ des Bundesministers - war Granow, unter Ribbentrop die rechte Hand des Gesandten von Grobba bei der Vorbereitung der Aggression gegen die arabischen Staaten und zeitweise auch Generalsekretär der Informationsstelle XIV. („Antijüdische Aktion“). 1964 ging er in den Ruhestand.

GESTAPO-MITARBEITER LEITEN DIE OSTABTEILUNG

Franz Krapf, der ehemalige Leiter der Ostabteilung des Bonner Auswärtigen Amtes und jetzige Botschafter in Tokio, gehörte zu den Ribbentrop-Diplomaten, die besonders eng mit dem SD zusammenarbeiteten. Er war SS-Untersturmführer. In einem Aktenvermerk eines SD-Beauftragten über den Ausbau der sogenannten Reichsbahnwerbezentrale und deren „Niederlassung“ in Japan - eine Tarnbezeichnung für die Zentrale des SD zur Spionage und zur Durchführung von „Sonderaufgaben“ in Japan - heißt es über Krapf:

„Der Unterzeichnete wurde am 24.3.1941 zu einer Besprechung zwischen SS-Stubaf. Finke, SS-O’Stuf. Winter, Leiter der Reichsbahnwerbezentrale, und Dr. Jörn Leo, Leiter der Niederlassung der Reichsbahnwerbezentrale Tokyo, hinzugezogen... Es ist beabsichtigt, daß Dr. Leo mit der Zusammenfassung des Nachrichtennetzes in Japan beauftragt wird... Mit folgenden Personen wird Dr. Leo in Verbindung treten: SS-Untersturmführer Franz Krapf, Attaché an der Deutschen Botschaft in Japan. K. wurde als ehrenamtlicher Mitarbeiter der ehemaligen Zentralabteilung III/1 seinerzeit SS-Stubaf. von Vietinghoff-Scheel namhaft gemacht, bisher jedoch nicht zur Mitarbeit herangezogen. Da sich beim hiesigen Referat keine Personalakten befanden, wurde der Referent VI C 3 erst jetzt auf ihn aufmerksam. Krapf wird von hier aus brieflich über die Kurierpost verständigt werden.“

Zu den Diplomaten, die die „Versetzung“ Krapfs nach Tokio in die Wege leiteten, gehörte der damalige Legationssekretär und Verantwortliche für die nazistische Ostasienpropaganda in der Presseabteilung des Auswärtigen Amtes (P VIII), Hilmar Basier. Er schrieb am 27. April 1940 an Krapf: *„Sehr verehrter, lieber Herr Krapf! In zwei Zeilen will ich Ihnen nur mitteilen, daß unser Plan mit Ihnen nach Tokio geglückt zu sein scheint. Mir wurde es gestern telefonisch von Kempe, zunächst privat, als Absicht der Personalabteilung mitgeteilt. Meinen allerherzlichsten Glückwunsch! Lassen Sie diese Angelegenheit aber unter uns bleiben! Botschafter Ott hat von mir Kenntnis erhalten. Heil Hitler Uhr gez. Baßler.“*

Heute ist Baßler ebenfalls eine Schlüsselfigur in der Politischen Abteilung des Bonner Auswärtigen Amtes, und zwar als Leiter des Ostasienreferates. Vor 1945 gehörte er wie Krapf zum Kreis der Vertrauten des SD und des Amtes IV (Gestapo) im Reichssicherheitshauptamt. Mit zahlreichen Anfragen und Aufträgen wandte sich die Gestapo an ihn. Das geschah auch im Dezember 1940. Das Reichssicherheitshauptamt, Amt IV, B 4a, brauchte damals seine Meinung für Unternehmen in China. In anderen Fällen vermittelte Baßler den Kontakt zum Reichssicherheitshauptamt:

„Ref. P VIII

Berlin, den 3. August 1943

Baßler

Notiz!

Wegen Frl. Lee kann zur Zeit kein Bescheid gegeben werden, da wegen der allgemeinen Luftschutzmaßnahmen Akten und Unterlagen irgendwo herumschwirren. Der Sachbearbeiter dafür ist Polizeihauptmann Kettenhofer im Reichssicherheitshauptamt, Berlin-Steglitz, Wrangelstraße 6/7. Es empfiehlt sich, daß Sie sich direkt an ihn, unter dem Stichwort ‚Schutzhaftsache Lee‘ wenden. Hiermit Herrn von Studnitz.“

Baßler gehörte auch zu jenen Fanatikern, die den Überfall auf die UdSSR begeistert begrüßten. Selbst als sich die militärische Niederlage Hitlerdeutschlands bereits abzeichnete,

faselte er noch von der „Entschlossenheit“, vom „Durchstehen“ usw. Am 9. Oktober 1941 schrieb er in einem Brief an den Grafen von Mirbach, den damaligen Presseattaché an der Deutschen Botschaft in Japan:

„Ende dieser Woche werde ich eine Frontreise nach Rußland machen, worüber ich mich besonders freue. Hier in der Heimat haben unsere gewaltigen militärischen Erfolge besonders nachhaltig gewirkt, und ich kann nur sagen, daß die Geschlossenheit und Einheitlichkeit in der Auffassung über den weiteren Verlauf des Krieges wie die Gewißheit über den Endsieg noch nie so deutlich und klar wie gerade jetzt war.“

An seinen ehemaligen engsten Mitarbeiter Breuer, Botschaftsrat an der Bonner Botschaft in Madrid, der inzwischen - ebenfalls auf Betreiben Baßlers - als Mitarbeiter Mirbachs nach Tokio versetzt worden war, schrieb er am 25. November 1942:

„Die Stimmung ist bei uns absolut entschlossen. Jeder Mensch weiß, daß der Endkampf hart werden wird, daß wir ihn aber unbedingt durchstehen müssen, koste es, was es wolle. Die innere Situation Deutschlands wird von den Alliierten, besonders Amerikanern, völlig falsch beurteilt. Ein innerer Zusammenbruch ist ganz undenkbar.“ (Deutsches Zentralarchiv Potsdam, Bestand: Auswärtiges Amt, Nr. 58320)

In diesem Brief bestätigt Baßler an anderer Stelle, daß er genau wußte, was es mit der sogenannten „Reichsbahnwerbezentrale“ in Wirklichkeit auf sich hatte: *„Die Filme habe ich selbst nicht gesehen, hoffe aber, daß sie Ihnen Freude bereiten werden. Einige sind von der Reichsbahnwerbezentrale.“* (Ebenda)

In einer weiteren Schlüsselfunktion der Politischen Abteilung des Bonner Auswärtigen Amtes, als Leiter des Referates „Naher Osten“, fungierte jahrelang einer jener Diplomaten, die zu den Experten auf dem Gebiet der Goebbels-Propaganda zählten - Hans Schirmer, inzwischen westdeutscher Botschafter in Australien. Schirmer begann seine Tätigkeit im Auswärtigen Amt im Jahre 1939. Er war dann bis Ende 1942 Vorgänger Kiesingers als stellvertretender Leiter der Rundfunkpolitischen Abteilung des Ribbentrop-Ministeriums und gehörte zu jenem Personenkreis, der die Propaganda- und Hetzaktionen der Nazi-Führung über den Rundfunk in alle Länder der Welt leitete und inszenierte. Schirmer fungierte dabei, wie später Kiesinger, als rechte Hand des SS-Oberführers Rühle beim Ausbau der Rundfunkpolitischen Abteilung zu einer Zentrale der ideologischen Diversion.

Mit dem Legationsrat I. Klasse, Dr. Bock, und dem Vortragenden Legationsrat I. Klasse, Krafft von Dellmensingen (Referat „Polen, CSSR, Jugoslawien, Ungarn“ usw.), gehören weitere ehemalige aktive Nazi-Diplomaten zu den führenden, die „Ostpolitik“ Westdeutschlands bestimmenden Kadern und zu den Vertrauten Krapfs.

Bereits am Beispiel dieser Abteilung wird deutlich, daß die ehemaligen Nazi-Diplomaten die bestimmende Kraft im Bonner Auswärtigen Amt darstellen. Selbst die früheren Beziehungen zwischen den einzelnen Beamten, vor allem der SS- und SD-Beauftragten im Ribbentrop-Amt, blieben teilweise unverändert.

Sie besetzen Bonns Auslandsvertretungen

Noch deutlicher wird der bestimmende Einfluß der Ribbentrop-Diplomaten, wenn man die Besetzung der Auslandsvertretungen der Bundesrepublik untersucht. Nicht weniger als 60 Außerordentliche und Bevollmächtigte Botschafter (und der ihnen gleichgestellten Leiter einiger diplomatischer Missionen bei zwischenstaatlichen Vereinigungen) sind ehemalige Nazi-Diplomaten.

15 der 25 Auslandsvertretungen der Bundesrepublik in Asien werden von Außerordentlichen und Bevollmächtigten Botschaftern geleitet, die sich im Dienst des Hitlerregimes bewährten, darunter Dr. Luitpold Werz, Botschafter in Indonesien, Ferring, Botschafter in Südkorea, Dr. Böhling, Botschafter in Malaysia, Dr. Munzel, bisher Botschafter im Libanon, und der ehemalige SS-Untersturmführer Dr. Schmidt-Horix, bisher Botschafter im Irak und inzwischen Sonderbotschafter in Bonn. Bei der westdeutschen Botschaft in Indien sind neben dem Botschaftsrat Lüders auch die Leiter der wichtigsten Generalkonsulate - Dr. Heinrich Köhler in Bombay und Elgar von Randow in Kalkutta - ehemalige Ribbentrop-Diplomaten.

Von den 21 Auslandsvertretungen in Lateinamerika werden 16 von ehemaligen Nazi-Diplomaten als Außerordentliche und Bevollmächtigte Botschafter geleitet. Darunter befindet sich ein solch eingefleischter Antisemit wie der Botschafter in Argentinien, Dr. Ernst-Günther Mohr, und der Botschafter in Peru, Dr. Northe. 1940 denunzierte Northe die Schwiegertochter eines deutschen Diplomaten wegen „antinazistischer“ Äußerungen in einer schriftlichen Notiz an den dortigen NSDAP-Ortsgruppenleiter Wobser, der heute ebenfalls als Diplomat im Dienste Bonns steht. Der langjährige Bonner Botschafter in Brasilien, Dr. Seelos, betrieb 1939 als Konsul in Lemberg Spionage zur Vorbereitung des zweiten Weltkrieges. Dabei wirkte er mit dem damaligen Leiter des Geheimdienst-Referates im Auswärtigen Amt, Heyden-Rynsch, eng zusammen. Der heutige Botschafter Bonns in Chile, Dr. von Nostitz, war eine Zeitlang Vertreter von Heyden-Rynsch im Ribbentrop-Amt. Der ehemalige SS-Obersturmführer Dr. Georg Vogel ist Botschafter in Venezuela. Dr. Günter Motz, ein Mann, nach dessen Ansicht nur „Bekennner des Nationalsozialismus“ Beamte sein dürften und der selbst im faschistischen Reichsinnenministerium tätig war, ist heute Botschafter in Bolivien.

In Afrika sind - nach bisherigen Feststellungen - 10 ehemalige Nazi-Diplomaten tätig. Selbst seine Repräsentanten bei zwischen- bzw. überstaatlichen Organisationen wählte Bonn aus dem Kreis der ehemaligen Ribbentrop-Diplomaten, z. B. Sigismund von Braun bei der UNO, Dr. Rupprecht von Keller beim UNO-Europa-Büro, Dr. Grewe (vor 1945 aktiver „Ost-Forscher“) und Dr. Sahn bei der NATO.

Zieht man außer den Botschaftern auch das leitende Botschaftspersonal in Betracht - die Stellvertretenden Leiter der Botschaften, die wichtigsten Attachés, die Ersten Botschaftssekretäre -, so ergibt sich, daß über 40 weitere Auslandsvertretungen der westdeutschen Bundesrepublik mit ehemaligen NS-Diplomaten an leitender Stelle besetzt sind. Insgesamt bleibt von den annähernd 120 Auslandsvertretungen Westdeutschlands kaum ein Dutzend, das nicht unter dem bestimmenden Einfluß von Nazi-Diplomaten steht.

Mohr, E.-Günther

NAZI-PROPAGANDIST UND SPION

heute:

Außerordentlicher und Bevollmächtigter Botschafter in Argentinien.

Während seiner Tätigkeit als Legationssekretär im Bereich der Gesandtschaft Peking war Dr. E.-Günther Mohr einer der „politischen Leiter“ der NSDAP-Ortsgruppe Peping. Hier wirkte er außerordentlich aktiv als Nazi-Propagandist und bei der Verbreitung antijüdischer Machwerke. Einige Jahre später, als Gesandtschaftsrat in Den Haag (Holland), beteiligte er sich mit seinem Vorgesetzten, dem Gesandten Bene, an den Judendeportationen. Bei einer Aktion wurden 600 Juden in Konzentrationslager verschleppt. Nur wenige von ihnen überlebten. (Siehe Tafel 40)

Mohr leistete auch Spionagearbeit, besonders zu jener Zeit (1943), als er beim Konsulat in Tanger tätig war. Es handelt sich hier um die von Spanien besetzte „neutrale“ Tanger-Zone, die nach der Vertreibung der Faschisten aus Nordafrika zum Zentrum der faschistischen Spionage- und Sabotagetätigkeit im westlichen Mittelmeerraum wurde. (Siehe Tafel 40)

Bei alledem verwundert es nicht, daß Mohr zu jenen Durchhaltepropagandisten gehörte, die noch wenige Wochen vor der Niederlage des Faschismus von „Abwehrerfolgen“, vorgesehener „Gegenwehr großen Stils“ usw. faselten. Mohr war zu jener Zeit zum Leiter des Sonderreferates Pol. IM im Auswärtigen Amt avanciert, war mit der Attaché-Abteilung des OKW für den Einsatz von Militärattachés verantwortlich und verfaßte für sie auch die „Sprachregelungen“ zur militärischen Lage.

Schwarzmann, Hans

VERTRAUENSPERSON RIBBENTROPS

heute:

Leiter der Protokollabteilung im Auswärtigen Amt.

Dr. Hans Schwarzmann war bis 1942 als Legationssekretär im Büro Ribbentrop tätig. Er wirkte als Verbindungsmann zwischen Ribbentrop und dem berühmten Nazi-Botschafter in Paris, Abetz. In dieser Eigenschaft war er an Repressalien und Geislerschießungen beteiligt, die damals die Faschisten in Frankreich inszenierten.

Schwarzmann, der eng mit dem Reichssicherheitshauptamt zusammenwirkte, hatte seine Hände auch bei der Vorbereitung von Maßnahmen zur Deportation und Liquidierung in Frankreich lebender Juden im Spiel. In einem Arbeitsvorgang, der von Dr. Schwarzmann, Büro Reichsaußenminister Ribbentrop (RAM) geführt wurde, heißt es:

„3. In der Frage der Gründung eines zentralen Judenamtes für Frankreich hat Darlan Bereitschaft gezeigt, die französische Regierung Trägerin einer solchen Einrichtung sein zu lassen, jedoch darauf aufmerksam gemacht, daß die Einstellung Marschall Petains zur Judenfrage große Schwankungen zeige ... Trotz dieser Einstellung Petains, die kein sehr aktives Wirken eines von seiten der französischen Regierung gegründeten zentralen Judenamtes erwarten läßt, ist es empfehlenswert, die Gründung durch die französische Regierung vornehmen zu lassen. Das zentrale Judenamt erhält dadurch eine gesetzlich

gültige Grundlage, und es kann durch deutschen Einfluß im besetzten Gebiet derart aktiviert werden, daß das unbesetzte Gebiet gezwungen ist, sich den getroffenen Maßnahmen anzuschließen.“ (NG, Fall XI, Bd. CCCXXIII, S. 139)

Auch im Handelspolitischen Ausschuß des Auswärtigen Amtes spielte Schwarzmann als „Fachmann für französische Fragen“ bei der Ausplünderung Frankreichs eine aktive Rolle. Das beweist unter anderem ein Sitzungsprotokoll vom 29. Juli 1941:

„WHA 806

Streng vertraulich!

Im mündlichen und schriftlichen Verkehr mit Privaten soll der Handelspolitische Ausschuß nicht erwähnt und auf seine Entscheidung nicht Bezug genommen werden.

Sitzung des Handelspolitischen Ausschusses am 29. Juli 1941

Nr. 26

Anwesend:

Auswärtiges Amt:

Ministerialdirektor Wiehl

Votr. Legationsrat Dumont

Votr. Legationsrat Sabath

Legationssekr. Schwarzmann

Beauftragter für den Vierjahresplan:

Min. Dir. Gramsch

Oberkommando der Wehrmacht

Wehrmachtshaushalt:

Min. Dir. Tischbein

Oberstintendant Teichert

Oberkommando der Wehrmacht

Wi-Rü-Amt:

Generalmajor Becker

Oberkommando der Wehrmacht

Wehrmachtsverwaltung:

Regierungsrat Grams

Reichswirtschaftsministerium:

Min. Rat Schnitze-Schlutius

Reg. Rat Dr. Joerges“

In dieser Sitzung, an der auch Vertreter der Reichsbank und des Finanzministeriums teilnahmen, ging es unter anderem um den Raub des in Frankreich liegenden polnischen Goldes.

Nüßlein, Franz

GÜNSTLING VON BORMANN UND HEYDRICH

heute:

Generalkonsul in Barcelona.

Dr. Franz Nüßlein war einer der Nazi-Blutjuristen, die sich wegen ihrer Brutalität bei der Aburteilung tschechoslowakischer Patrioten der ganz besonderen Gunst des SD-Chefs Heydrich und des Nazi-Reichsleiters Bormann erfreuten. Nach der Okkupation der CSR sorgte er als Staatsanwalt erst in Brno, dann in Prag für zahlreiche Todesurteile gegen tschechoslowakische Bürger. Deshalb gehörte er schnell zu jenen faschistischen Blutjuristen, zu denen Heydrich als Stellvertretender Reichsprotektor besonderes Vertrauen hatte. Heydrich lobte sein „Verständnis für die Notwendigkeit einer entschlossenen Bekämpfung“ aufrechter tschechoslowakischer Bürger. Unter Hinweis darauf sorgte Bormann durch persönliches Eingreifen vom Führerhauptquartier aus für die bevorzugte Beförderung Nüßleins zum Oberstaatsanwalt. (Von Ribbentrop bis Adenauer, Berlin 1961)

Nüßlein war insgesamt an der Ermordung von über 900 tschechoslowakischen Patrioten beteiligt.

In der CSR zu 20 Jahren Zuchthaus verurteilt, wurde er 1955 als nichtamnestierter Kriegsverbrecher der Bundesregierung übergeben. Seine „alten Freunde“, die inzwischen wieder die Personalpolitik im Bonner Auswärtigen Amt bestimmten, sorgten für eine glänzende Karriere des Bormann-Heydrich-Günstlings: Er wurde als „Spätheimkehrer“ behandelt und war vor seiner Berufung nach Spanien Referatsleiter in der Personalabteilung des Bundesaußenministeriums!

Melchers, Wilhelm

SPEZIALIST FÜR 5. KOLONNEN

bis Ende 1964:

Botschafter in Griechenland, seitdem Berater und Pensionär.

Wilhelm Melchers war einer jener Ribbentrop-Diplomaten, die sich vor allem mit der „Ab- und Einsetzung“ von Regierungen in den Staaten des Nahen und Mittleren Ostens beschäftigten. Als Leiter der Abteilung Pol VII („Vorderer Orient“) befaßte er sich mit Plänen, die neutrale Regierung Afghanistans - dort existierte eine deutsche Gesandtschaft - zu stürzen und eine profaschistische Regierung einzusetzen:

„Durchdruck Geheime Reichssache!

Aufzeichnung

1. Unternehmen Afghanistan.

Geplant ist, die derzeitige englandhörige Regierung Mohamed Haschim Khan zu stürzen und Amanullah wieder einzusetzen.

Zweck:

Gewinnung einer Basis für Operationen jeder Art gegen Indien, Bindung englischer Streitkräfte, Unterstützung der Aufstandsbewegung in Waziristan.

Durchführung:

Ghulam Siddi Khan, der frühere Außenminister und engste Vertraute Amanullahs, entwickelten im Einvernehmen mit dem König folgenden Plan ...

2. Unternehmen Tibet.

Geplant ist, den SS-Hauptsturmführer Dr. Schäfer, der bereits dreimal in Tibet war und erst im Juli d. Js. von seiner letzten Forschungsreise zurückgekommen ist, mit einer kleinen Truppe von etwa 30 Mann und einer Waffenausrüstung für 1000 bis 2000 Mann nach Tibet zu entsenden. Dort soll er mit Hilfe seiner Verbindungen...“ (Deutsches Zentralarchiv Potsdam, Bestand: Auswärtiges Amt, Nr. 61179)

Als Vertrauensperson des Reichssicherheitshauptamtes wirkte Melchers an der Bildung 5. Kolonnen mit und half, die militärische Besetzung und politische Kolonisierung der arabischen Staaten vorzubereiten. In einem Dokument vom 16. September 1943 heißt es: „*Gestern besuchten mich nacheinander SS-Hauptsturmführer Schuback vom Amt VI des Reichssicherheitshauptamtes und Korvettenkapitän Schüler von Abwehr I. Beide Herren unterhielten sich mit mir über die Lage in Iran. Es ergab sich aus den Unterhaltungen, daß in Iran drei deutsche Aktionszentren gebildet wurden...“ (A. a. O., Nr. 61138)*

In einem anderen Schreiben avisiert Melchers drei faschistische Agenten beim Generalkonsulat in Istanbul:

Durchdruck als Konzept

Berlin, den 2. Juni 1943

_____ *schrift 1b (KZ)*

_____ *: LR Melchers*

Geheime Reichssache

PolVII 1033 gRE.

Abschriftlich dem Deutschen Generalkonsulat in Istanbul mit Kurier!

zur Kenntnis übersandt.

Es handelt sich um 3 in Berlin lebende iranische Nationalisten, die für OKW, Abwehr II, tätig sind. Die Brüder Ghaschghai sind, wie Herr Hauptmann Leverkuehn mitteilt, dem Generalkonsulat bereits bekannt.

Im Auftrag

gez. Ref. Melchers“ (Ebenda)

(Der in diesem Schreiben genannte Leverkuehn zog nach Errichtung der Bundesrepublik als Abgeordneter der CDU in den Bundestag ein.)

Melchers war auch - zusammen mit dem „Sonderstab von Grobba“ und dem „Sonderstab F“ - einer der Initiatoren bei der Aufstellung des „Deutschen Orientkorps“, jener von General Felmy auf die Eroberung des „arabischen Raumes“ vorbereiteten Sondereinheit. (Siehe Tafel 41)

Wie Melchers über die Araber dachte, geht aus seiner Notiz für Woermann hervor. Darin beurteilt Melchers am 16. November 1942 die Lage in den arabischen Staaten:

„Nicht genügend herausgebracht ist die politische Urteilslosigkeit der primitiven arabischen Masse, die als Bewohnerin einer sehr armen Wüstenheimat wie kaum ein anderes Volk neben vielen guten die uns abstoßenden Charaktereigenschaften der Verschlagenheit, der Habgier, des Hanges nach Reichtum und Schätzen (Tausend und eine Nacht) und der Sucht nach persönlichem Vorteil besitzt, weil Reichtum hier mehr als anderswo Macht bedeutet. In dieser Masse ist nicht viel Platz für eine blühende Vaterlandsliebe. Die Begriffe Patriotismus und Nationalismus sind europäische Importware. Es ist daher irreführend, zu behaupten, die arabischen Stämme seien von der Hoffnung auf eine Einigung aller arabischen Gebiete beseelt.“ (Deutsches Zentralarchiv Potsdam, Bestand: Auswärtiges Amt, Nr. 61124)

Nachfolger von Melchers als westdeutscher Botschafter in Griechenland wurde ein anderer Ribbentrop-Diplomat - Dr. Oskar Schütter.

Schlitter, Oskar

MITORGANISATOR DER AGGRESSION GEGEN DÄNEMARK

heute:

Außerordentlicher und Bevollmächtigter: Botschafter in Griechenland.

Wenige Tage vor dem heimtückischen Überfall der Faschisten auf Dänemark führte Staatssekretär von Weizsäcker mit sieben besonders ausgewählten und vertrauenswürdigen Offizieren und Diplomaten eine streng geheime Besprechung durch. Es ging an diesem 6. April 1940 um die letzten Vorarbeiten für die auf den 9. April 1940 festgesetzte Aggression gegen das neutrale Dänemark. Und neben Staatssekretär Gaus, Generalmajor Himer, Oberstleutnant i.G. Pohlmann, Oberstleutnant Boehme (vom OKW) sowie zwei anderen Beamten des Wilhelmstraßen-Amtes gehörte auch der damalige Legationssekretär Dr. Oskar Schütter zu diesem eng begrenzten, sorgfältig überprüften Teilnehmerkreis. Als er wenig später nach Kopenhagen fuhr, hatte er nicht nur die Uniform General Himers - der inzwischen als „Oberregierungsrat“ in Kopenhagen weilte - im Kuriergepäck, sondern vor allem die Geheimaufträge der Nazi-Führung zur Vorbereitung der Aggression.

Schütter, seit 1934 Mitglied der Nazi-Partei, enttäuschte das Vertrauen seiner faschistischen Vorgesetzten nicht. General Himer äußerte sich, daß „*das Unternehmen in jeder Hinsicht vorbildlich vorbereitet war. Die Geheimhaltung als Grundbedingung des Erfolges wurde vollkommen gewährleistet, die Kenntnis von dem Unternehmen war auf einen Personenkreis beschränkt, der unbedingt eingeweiht werden mußte.*“ (NG, Fall XI, Bd. CCCLXXIX, S. 225ff.)

So wie bei diesem Völkerrechtsverbrechen „bewährte“ sich der dann schnell zum Legationsrat beförderte Schütter auch weiterhin. Als Mitarbeiter der Abt. Pol II arbeitete er eng mit Schwarzmann und Abetz zusammen, vor allem bei der Verschärfung des

faschistischen Terrors in Frankreich, bei Geislerschießungen usw. (Deutsches Zentralarchiv Potsdam, Bestand: Auswärtiges Amt, Nr. 61113, 147)

Schütter war es auch, der zusammen mit dem Nazi-Gesandten in Sofia, Beckerle, dafür sorgte, daß der damalige französische Gesandte in Bulgarien, „*Blondel, der mit einer Jüdin verheiratet*“ war, entfernt und „*durch eine zuverlässige deutschfreundliche Persönlichkeit*“ ersetzt wurde (A. a. O., Nr. 61133, 115)

Später, als Mitarbeiter der Handelspolitischen Abteilung des Ribbentrop-Amtes (für Italien), betrieb er - besonders auch im Rahmen des schon genannten Handelspolitischen Ausschusses - aktiv die wirtschaftliche Ausplünderung des „verbündeten“ Italien.

Gerade das war offensichtlich für die Bonner Regierung Grund genug. Schütter vor seiner Berufung nach Griechenland jahrelang als leitenden Beauftragten für Vertragsverhandlungen und Ministerialdirigenten in der Handelspolitischen Abteilung des Bundesaußenministeriums einzusetzen.

Ferring, Franz

GOEBBELS-PRAHLHANS ÜBELSTER SORTE

heute:

Außerordentlicher und Bevollmächtigter Botschafter in Südkorea.

Zu den gelehrigsten Schülern des Kriegsverbrechers und Nazi-Propagandaministers gehörten die Mitarbeiter der Rundfunkpolitischen Abteilung des Ribbentrop-Amtes. Einer der großsprecherischsten von ihnen war der damalige Legationssekretär Dr. Franz Ferring. Er war seit 1941 als Ostasien-Referent in der Rundfunkpolitischen Abteilung tätig. Auf primitivste Art und Weise bemühte er sich, seinen Herrn und Lehrmeister zu überbieten, die ostasiatischen Völker gegen die Alliierten zu hetzen und das faschistische Mordregime zu verherrlichen. Einige Auszüge aus den von ihm verfaßten Rundfunkreden, die größtenteils in den Akten des faschistischen Auswärtigen Amtes erhalten blieben, zeigen, wes Geistes Kind Ferring ist.

In einer Rede vom 8. Januar 1941 erklärte er:

„Es scheint bei den Plutokraten und Imperialisten Britanniens durch die unaufhörlichen Schläge der deutschen Luftwaffe und Kriegsmarine eine Gedächtnisschwäche eingetreten zu sein, sonst könnten sie nicht dummdreist behaupten, sie wollten die Arbeiter befreien, in einem Moment, da einerseits die indischen Arbeiter die meisten Streiks durchführen, um sich von dem englischen Imperialismus zu befreien, und andererseits soziale Ideen und die Hochschätzung des Arbeiters gerade in Deutschland und Italien sehr gepflegt werden, und die Arbeiter hier im wahrsten Sinne des Wortes von der imperialistischen Unterdrückung befreit worden sind.“

Und am 6. Februar 1941 verkündete Ferring unter anderem:

„Die schottischen Berge als letzte Zuflucht für die Engländer. Für die britische Plutokratie und ihr Weltreich hat die letzte Stunde geschlagen.“

Jedem, der die Rede des Führers zum 8. Jahrestag der nationalsozialistischen Erhebung gehört hat, wird es klar sein, was das Jahr 1941 für die Briten bringen wird. Mögen die Briten in großsprecherischen Propagandareden, die einmal für das indische, das andere Mal für das amerikanische Volk gehalten werden, sagen, was sie wollen, die letzte Stunde für Britannien hat geschlagen.“

In einer Rede vom 1. Februar 1941 machte Ferring Hitler zum „populärsten und machtvollsten Menschen der Welt“!

Und am 10. Februar 1941 erklärte Ferring unter anderem:

„Als Antwort auf die epochemachende Rede des großen Führers des deutschen Volkes, Adolf Hitler, fühlte sich auch Churchill als Hauptsünder des mit Kriegsverbrechen befleckten Regimes der Engländer veranlaßt, eine Gegenrede zu halten. Vergleicht man einerseits die großen staatsmännischen Aufgaben, die Adolf Hitler sich stellte, mit dem ängstlichen Gestottere Churchills, so kann man nicht umhin, etwa an einen Ringkampf in den Straßen Bombays zu denken, nach welchem der Geschlagene mit einer fürchterlichen Schimpfkanonade den verlorenen Kampf noch zu retten versucht. Churchill hat Angst. Er hat ausgesprochene Angst; denn der Verlauf des Krieges hat mit aller Deutlichkeit gezeigt, daß weder propagandistische Rednerkünste noch unverschämte Lügen den Untergang Britanniens aufhalten können.“

Die neue Zeit mit ihrem revolutionären Drang überwältigt die satten und alt gewordenen Plutokratien, die immer noch glauben, die Entwicklung aufhalten zu können. Die neuen Ideen der Wirtschaft und Technik finden ihren Ausdruck in dem Aufstieg des deutschen Reiches unter Adolf Hitler.“ (Deutsches Zentralarchiv Potsdam, Bestand: Auswärtiges Amt, Nr. 48007)

Grewe, Wilhelm

„OSTFORSCHER“ UND „NEUORDNUNGSTHEORETIKER“

heute:

Botschafter der Bundesrepublik bei der NATO, Paris.

Zu den Leuten, die das Gesicht des Bonner Auswärtigen Amtes wesentlich mitbestimmen und mitbestimmen, gehört Prof. Dr. Wilhelm Grewe. Vor 1945 gehörte Grewe zu den wichtigsten intellektuellen Urhebern und Vertretern der faschistischen Aggressions- und Gewaltpolitik. Als ständiger Mitarbeiter zahlreicher prominenter Nazi-Zeitschriften verherrlichte er hemmungslos die Völkerrechtsbrüche und Kriegsverbrechen der Nazis.

So schrieb er in der „Zeitschrift für die gesamte Staatswissenschaft“ (Bd. 103):

„Der Kampf geht jetzt nur noch darum, ob wir in ein ‚amerikanisches Jahrhundert‘ eintreten, in dem den Vereinigten Staaten die Lenkung der Welt zufällt - oder ob sich die von den Mächten des Dreier-Paktes verkörperte Neuordnung der Welt durchsetzt.“

Und 1940 forderte Grewe in der „Zeitschrift für Politik“ (S. 233):

„Zerstörung aller Pariser Kirchen, Paläste, Theater, Hospitäler, Akademien, Konservatorien, Gerichtsgebäude, Hallen, Triumphbögen, Kolonaden, der Börse, der Bank, des Stadthauses und der Brücken als Folgerung .realistischen Denkens.“

Die systematische und rücksichtslose Verletzung aller Regeln des Völkerrechts „begründete“ Grewe im September 1941 in den „Monatsschriften für Auswärtige Politik“:

„Dieser Krieg läßt sich in der Tat nicht mehr in die Kategorien des auf den nationalen Staatenkrieg zugeschnittenen überlieferten Kriegs- und Neutralitätsrechts einordnen.“

Und den verbrecherischen Überfall auf die UdSSR feierte er in der gleichen Zeitschrift (Jahrg. 1941, S. 749) mit folgenden Worten:

„Niemand wird behaupten wollen, daß die Entscheidung des 22. Juni nicht aus sehr realen Erwägungen erwachsen sei. Nach aller geschichtlichen Erfahrung pflegen große wellgeschichtliche Missionen, die nicht im Stadium der Utopie und der unverbindlichen Planung steckenbleiben, in solcher Weise ihren Anfang zu nehmen.“

Obwohl Grewes intellektuelle Urheberschaft an den Kriegs- und Naziverbrechen des Hitlerreiches durch die DDR mehrfach enthüllt wurde (zuletzt 1959 und 1961), gehört er seit 1951 zu den profiliertesten Vertretern des Bonner Auswärtigen Dienstes. Von 1953 bis 1955 leitete er die Rechtsabteilung, dann die Politische Abteilung des Bonner Auswärtigen Amtes. Anschließend, ab 1958, war er westdeutscher Botschafter in den USA, und seit 1964 ist er schließlich Vertreter Bonn bei der NATO in Paris. Können Ziele und Personalpolitik eines Amtes deutlicher entlarvt werden, als durch die Verwendung eines solchen Mannes in solchen Schlüsselfunktionen?

Etzdorf, Hasso von

KOMPLICE DER WAFFEN-SS

heute:

Bis vor kurzem Botschafter in Großbritannien, jetzt im Ruhestand.

Hasso von Etzdorf war von Kriegsbeginn (September 1939) bis 1945 Vertreter des Auswärtigen Amtes (VAA) beim Oberkommando des Heeres. Über diese Verbindungsleute stellte der Gerichtshof im Wilhelmstraßen-Prozeß fest:

„Die Aufgaben eines Verbindungsmannes zwischen zwei so wichtigen Regierungsstellen wie das AA und der Generalstab sind allgemein wohlbekannt. Zu diesen Aufgaben gehört die Pflicht, sich über die Ziele, Pläne und Arbeiten der Dienststelle zu unterrichten, der er zugeteilt ist, seinen Vorgesetzten in allen einschlägigen Fragen zu informieren und zu beraten, in seinem Auftrag mit den Amtsstellen, denen er zugeteilt ist, zu verhandeln, etwa auftauchende Schwierigkeiten zu bereinigen und in allen Punkten nach den von seinem Chef festgelegten Richtlinien zu handeln. Dies sind nicht die Aufgaben eines Laufjungen oder eines Boten, sie erfordern ein hohes Maß an Scharfblick, Fleiß, Intelligenz ...und Gewandtheit.“
(NG, Fall XI, Bd. CCXLIV, S. 28038)

Als Major, SA-Obersturmbannführer und Vortragender Legationsrat war von Etzdorf über alle Angriffspläne informiert und in sie einbezogen. Er kannte z. B. früher als der damalige Staatssekretär im Auswärtigen Amt, von Weizsäcker, den Fall „Barbarossa“, den Plan für den

Überfall auf die Sowjetunion, und das „Unternehmen Marita“, den Plan für den Überfall auf Jugoslawien.

In krassem Gegensatz zu seinen Erklärungen vor dem Nürnberger Gerichtshof, er habe keinen Einfluß auf Befehlserlasse und Anweisungen gehabt (NG, Fall XI, Bd. XCV, S. 677 ff.) erwirkte er in zahlreichen Fällen Erlasse des Auswärtigen Amtes oder Befehle des OKH - beispielsweise einen Befehl zur Einsetzung von Vertretern des Auswärtigen Amtes bei den Armeen, die am Überfall auf Jugoslawien und an der Besetzung des Landes beteiligt waren.

Von Etdorf war auch mitverantwortlich für die Tätigkeit des Sonderkommandos der Waffen-SS unter Leitung des SS-Sturmbannführers von Künsberg. Im Auftrage des Auswärtigen Amtes raubte von Künsberg in den zeitweilig besetzten West- und Ostgebieten Archivgut und Kunstschatze. Er schrieb in einer „Geheimen Kommandosache“ vom 7. Juli 1941:

„Deshalb habe ich sofort nach Kenntnis der Schwierigkeiten, die einzelnen VAA's durch den genannten OKH-Befehl entstanden, den VAA beim OKH, Rittmeister v. Etdorf, gebeten, den Erlaß eines Befehls zu erwirken, in dem die AOK's darauf hingewiesen werden, daß die Arbeitsgebiete und Zuständigkeiten der VAA's und der ‚Gruppe Künsberg‘ voneinander unabhängig sind, sowie daß die Tätigkeit der VAA's durch den genannten OKH-Befehl, der die Tätigkeit der ‚Gruppe Künsberg‘ regelt, nicht eingeschränkt wird. Darüber hinaus ist es jedoch im Interesse der von den VAA's und der ‚Gruppe Künsberg‘ gemeinsam ausgeübten Tätigkeit für das Auswärtige Amt notwendig, eine engere Zusammenarbeit zu schaffen, um zu gewährleisten, daß alles erreichbare Feindmaterial, das für das Amt von Interesse ist, erfaßt wird ...“

In einer Notiz vom 26. August 1940, die durch von Etdorf als VAA beim Oberbefehlshaber des Heeres gestempelt und abgezeichnet wurde, wird geschrieben:

„*Handschr.*

Kunstschatze

Abetz hat Weisung vom R.A.M. fortzufahren, d. h. jüdischen und öffentlichen Kunstbesitz weiterhin ... zu erfassen. (Abtransport werde nur nach vorheriger Fühlungnahme mit OKH erfolgen.) Lammers Erlaß betreffe nicht Frankreich, wofür Abetz ausdr. Auftrag Führers habe.“ (Deutsches Zentralarchiv Potsdam, Bestand: Nürnberger Gericht, Nr. 090) Ein weiteres Dokument besagt:

„*Für Protokoll von Künsberg (Sonderempfang Gruppe Künsberg)*

Kunstschatze im Schloß Chambon sind sichergestellt. Umfang 410 Kisten, 139 sonstige Gemälde, 67 Ballen Tapisseries, 216 Stück Möbel. Verbringung der Gegenstände nach Berlin nur auf Grund einer schriftlichen Verfügung der Militärverwaltung in Frankreich möglich. Entsprechenden Antrag habe ich gestellt. Er wird beschleunigt behandelt. Für Abtransport sind unsere LKW ungeeignet. Bitte Fachunternehmen dort für Ausführung vorsehen. Nitsch“ (Deutsches Zentralarchiv Potsdam, Bestand: Nürnberger Gericht, Nr. 3662)

Der Nazi-Diplomat von Etdorf ging im Mai 1965 in den Ruhestand, aber nur, um seinen Platz einem anderen Mitarbeiter Ribbentrops freizumachen. Der Nazi-Diplomat Blankenhorn, seit 1. Dezember 1936 Mitglied der NSDAP, bis 1943 an Auslandsvertretungen des faschistischen Auswärtigen Amtes in Athen, Washington und Bern, dann als Legationsrat in

der Politischen Abteilung Ribbentrops tätig, wurde Bonns Botschafter in Großbritannien. Ein weiteres Beispiel dafür, daß Bonn ohne Nazi-Diplomaten nicht mehr auskommt.

Ribbentrop-Diplomaten im Auswärtigen Dienst

Die folgende Liste nennt weitere Diplomaten Ribbentrops, die heute entscheidende Funktionen des Bonner Auswärtigen Amtes und seiner Auslandsvertretungen besetzen.

Adt, Guido, Dr.

vor 1945: Regierungsrat im Reichsluftfahrtministerium Görings

nach 1945: Wirtschaftsreferent an der westdeutschen Botschaft in Teheran/Iran

Albers, Karl, Dr.

vor 1945: Attache beim berüchtigten Nazi-Mörder Frank, dem damaligen „Generalgouverneur“ für Polen, in Krakau (Krakow); 1943 im Büro Ribbentrop tätig; 1933 NSDAP (Nr. 1764477)

nach 1945: Botschafter in Nicaragua

Almsick, Wilhelm Helmuth von, Dr.

vor 1945: Referent beim „Amt des Reichsstatthalters im Sudetengau „/CSR; 1943 bei einem Beschaffungskommando in Warschau/Polen

nach 1945: Botschafter in der Dominikanischen Republik (1964); seit September 1966 in Guatemala

Altenburg, Günter, Dr.

vor 1945: Ministerialdirigent und Leiter der Informationsabteilung des Auswärtigen Amtes (1941); danach bis 1944 Gesandter und „Bevollmächtigter des Reiches“ in Griechenland; 1935 NSDAP

nach 1945: Generalsekretär der „Deutschen Gruppe der Internationalen Handelskammer“

Altendorf, Johann

vor 1945: Legationssekretär an der Nazi-Botschaft in Tokio/Japan; 1935 NSDAP (Nr. 3604855)

nach 1945: Als Legationsrat I. Klasse und Wirtschaftsreferent an der Botschaft in Südafrika

Arnim, Bernd von

vor 1945: Vertreter der IG-Farben in Athen/Griechenland und Bukarest/Rumänien

nach 1945: Wirtschaftsreferent der Bonner Botschaft in Wien/Österreich

Auer, Theodor, Dr.

vor 1945: Bis Kriegsausbruch Gesandtschaftsrat bei der faschistischen Botschaft in Paris/Frankreich, danach in Nordafrika; arbeitete eng mit dem faschistischen Spionageapparat zusammen; 1934 NSDAP (Nr. 3398113)

nach 1945: Bis 1964 Botschafter in Ceylon; aus Altersgründen im Ruhestand

Aurich

vor 1945: Mitarbeiter der Kulturpolitischen Abteilung im Auswärtigen Amt

nach 1945: Konsul in Genua/Italien; seit 1962 Kanzler in Apenrade/Dänemark

Bargen, Werner von, Dr.

vor 1945: Während der faschistischen Okkupation Vertreter des Auswärtigen Amtes beim Militärbefehlshaber in Belgien; 1944 Leiter des Referats Pol II im Auswärtigen Amt; 1933 NSDAP (Nr. 2579492)

nach 1945: Bonner Botschafter in Bagdad/Irak; 1963 aus Altersgründen im Ruhestand

Baßler, Hilmar

vor 1945: Legationssekretär im Ribbentrop-Ministerium; Verantwortlicher für die nazistische Propaganda in Ostasien (Abteilung P VIII); Vertrauensmann der Gestapo und des SD

nach 1945: Leiter des Ostasien-Referats in der Ostabteilung des Auswärtigen Amtes; seit April 1968 Legationsrat I. Klasse und Botschafter in Indonesien

Baumer, Michael

vor 1945: Konsulatssekretär am faschistischen Generalkonsulat in Barcelona/Spanien

nach 1945: Kanzler an der westdeutschen Botschaft in Indien; seit 1967 Oberamtsrat im Auswärtigen Amt

Betz, Eugen

vor 1945: Bis 1945 Vizekonsul in Shanghai/China; 1938 NSDAP

nach 1945: Generalkonsul in Chicago/USA

Beye, Ludwig, Dr.

vor 1945: Referatsleiter im Auswärtigen Amt, Handelspolitische Abteilung (1942); 1944 beim Leiter der Handelspolitischen Abteilung mit „Sonderaufträgen“ tätig; 1935 NSDAP (Nr. 2531036)

nach 1945: Bonner Botschafter in Libyen (1964); aus Altersgründen im Ruhestand

Bidder, Harn, Dr.

vor 1945: Bis 1945 in China in verschiedenen Dienststellen der Nazi-Botschaft; 1941 NSDAP

nach 1945: Bonner Botschafter in Bangkok/Thailand; aus Altersgründen im Ruhestand

Bismarck, Otto Fürst von

vor 1945: Gesandter des „Dritten Reiches“ in Rom/Italien (1940); bis 1944 im Auswärtigen Amt als Ministerialdirigent in der Informationsabteilung tätig

nach 1945: 1963 Mitglied der Beratenden Versammlung des Europarates und der WEU; Mitglied des Kuratoriums der „Deutschen Stiftung für Entwicklungsländer“

Bittenfeld, Hans-Herwarth von, Dr.

vor 1945: Bis 1941 Gesandtschaftsrat bei der Botschaft in Moskau/UdSSR; danach in den besetzten Ostgebieten eingesetzt und beteiligt am Aufbau der berüchtigten Wlassow-Armee

nach 1945: Bonner Botschafter in London/Großbritannien; 1963 Staatssekretär im Bundespräsidialamt; jetzt Botschafter in Rom/Italien

Blankenhagen, Eberhard von

vor 1945: Konsulatssekretär in der Personalabteilung des Auswärtigen Amtes

nach 1945: Kanzler der Bonner Handelsvertretung in Helsinki/Finnland (1963); seit 1966 an der Botschaft in Oslo/Norwegen

Blankenhorn, Herbert

vor 1945: Leiter der Wirtschaftsabteilung bei der faschistischen Gesandtschaft in Bern/Schweiz (1943); Referatsleiter im Auswärtigen Amt, Politische Abteilung; 1936 NSDAP (Nr. 6977147)

nach 1945: Botschafter in Rom/Italien, seit 1965 in Großbritannien

Bock, Hans

vor 1945: Sendeleiter bei der Reichsrundfunkgesellschaft Goebbels

nach 1945: Pressereferent an der westdeutschen Botschaft in Bagdad/Irak; seit 1962 Vortragender Legationsrat im Auswärtigen Amt

Böhling, Horst, Dr.

vor 1945: 1939-1945 bei der faschistischen Botschaft in China

nach 1945: Jetzt Botschafter in Malaysia

Böhme, Kurt

vor 1945: Bis Kriegsausbruch beim faschistischen Konsulat in Boston/USA

nach 1945: Vizekonsul in Kanada; seit 1966 Kanzler am Generalkonsulat in Nancy/Frankreich

Boll, Emil

vor 1945: 1943-1944 Konsul in Russe/ Bulgarien; 1934 NSDAP

nach 1945: Legationsrat in der Handelspolitischen Abteilung des Bonner Auswärtigen Amtes

Boltze, Erich, Dr.

vor 1945: 1943-1945 Gesandter I. Klasse in Japan; 1937 Mitglied der NSDAP (Nr. 6017842)

nach 1945: Botschafter in Kambodscha; aus Altersgründen im Ruhestand

Bormann, Hans-Heinrich, Dr.

vor 1945: Wissenschaftlicher Hilfsarbeiter und Legationsrat in der Presseabteilung des Auswärtigen Amtes

nach 1945: Konsul I. Klasse in Bergen/Norwegen

Bottler, Richard, Dr.

vor 1945: 1942-1945 Legationsrat In der Handelspolitischen Abteilung des Auswärtigen Amtes; ab 1933 Mitglied der NSDAP

nach 1945: Botschafter in Rangun/Burma (1964)

Braun, Otto

vor 1945: 1935-1939 Leiter der Bukarester Zweigstelle der „Reichsbahnwerbezentrale für den deutschen Reiseverkehr“ (Tarnbezeichnung für spezielle SD-Dienststellen im Ausland)

nach 1945: Konsul; Leiter des Wahlkonsulats hl Livorno/Italien

Braun, Sigismund Freiherr von

vor 1945: Vizekonsul in Addis Abeba/ Äthiopien, danach Nazi-Diplomat am Vatikan (bis 1945)

nach 1945: Jetziger Beobachter der Bonner Regierung bei den Vereinten Nationen in New York/USA

Breer, Franz, Dr.

vor 1945: Bis zum Oberfall auf die UdSSR Legationssekretär an der faschistischen Botschaft in Moskau/UdSSR

nach 1945: Generalkonsul in San Franzisko/USA (1963); wurde dann als Botschaftsrat an die Botschaft der Bundesrepublik in London/Großbritannien versetzt

Briest, Eckhardt

vor 1945: Bis 1944 im Auswärtigen Amt als Legationssekretär in der Informationsstelle III

nach 1945: Bonner Botschafter in Paraguay; seit Juni 1966 in Uruguay

Broich-Oppert, Georg von, Dr.

vor 1945: In der Zeit der Annexion Österreichs als Legationssekretär bei der faschistischen Botschaft; danach bis 1945 leitende Stellung bei IG-Farben

nach 1945: Botschafter in Ankara/Türkei; aus Altersgründen im Ruhestand

Brunhoff, Kurt

vor 1945: Bis 1944 Gesandtschaftsrat in Budapest/Ungarn; 1934 NSDAP (Nr. 2870296)

nach 1945: Bonner Generalkonsul in Sydney/Australien

Bünger, Karl, Dr.

vor 1945: Mit Privatdienstvertrag bei der faschistischen Botschaft in Shanghai/ China „zur Übernahme besonderer Aufgaben auf dem Gebiet der Propaganda“ tätig; 1943 mit dem Kriegsverdienstkreuz ausgezeichnet

nach 1945: Generalkonsul in Hongkong

Clausen

vor 1945: Konsulatssekretär in Kowno/ Litauen (1939); danach im Auswärtigen Amt im Büro des Botschafters Ritter (Verbindung zum OKW) tätig

nach 1945: Kanzler an der Bonner Botschaft in der Südafrikanischen Union (1962)

Curtius, Klaus

vor 1945: In der Wirtschaftspolitischen Abteilung des Auswärtigen Amtes tätig

nach 1945: Jetziger Bonner Generalkonsul in New York/USA

Dellmensingen, Leopold Krafft von, Dr.

vor 1945: Legationssekretär der Protokollabteilung des Auswärtigen Amtes; zuständig für Angelegenheiten der „Vertretung fremder Länder in den besetzten Gebieten“

nach 1945: Referatsleiter in der Ostabteilung des Bonner Auswärtigen Amtes; Vortragender Legationsrat I. Klasse

Deter, Heinz

vor 1945: Bis Kriegsende in China am faschistischen Generalkonsulat in Tientsin tätig

nach 1945: Kanzler an der Bonner Botschaft in Colombo/Ceylon (1962); seit 1964 Amtsrat im Auswärtigen Amt

Deubner, Otfried, Dr.

vor 1945: Wissenschaftlicher Hilfsarbeiter im Auswärtigen Amt (1943)

nach 1945: 2. Sekretär der Bonner Botschaft in Karatschi/Pakistan (1964); seit 1966 Konsul I. Klasse in Bern

Dietmar, Helmuth, Dr.

vor 1945: Bis Kriegsende in Lissabon/Portugal Gesandtschaftsrat I. Klasse; 1939 NSDAP (Nr. 7054879)

nach 1945: Generalkonsul in Bombay/ Indien; in den Ruhestand versetzt

Dittmann, Herbert, Dr.

vor 1945: Im Auswärtigen Amt als Legationsrat I. Klasse (1941); Generalkonsul in Izmir/Türkei (1943); 1937 NSDAP (Nr. 4789472)

nach 1945: Botschafter in Tokio/Japan (inzwischen verstorben)

Döring, Karl, Dr.

vor 1945: Mitglied der Altherrenschaft „Hohenfier“; SS-Obersturmführer; beteiligt an den Überfällen auf Griechenland und die UdSSR

nach 1945: Botschafter in Kamerun; seit 1966 Vortragender Legationsrat im Auswärtigen Amt

Duchow, Willi

vor 1945: Bis 1939 an der faschistischen Botschaft in Polen; Gesandtschaft in Kopenhagen/Dänemark

nach 1945: Kanzler der Bonner Botschaft im Sudan; seit 1966 in Stockholm/Schweden

Dumke, Horst

vor 1945: 1933 SS; beteiligt an den Überfällen auf Polen, Frankreich, Jugoslawien und die UdSSR; 1937 NSDAP

nach 1945: Legationsrat I. Klasse im Bonner Auswärtigen Amt; Leiter der Abteilung II im Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit

Eberl, Otto, Dr.

vor 1945: Leiter des Referats IV c der Handelspolitischen Abteilung des Auswärtigen Amtes (1943/44)

nach 1945: Bonner Botschafter in Uruguay; inzwischen im Ruhestand

Engelen, Gerhard

vor 1945: Bis 1945 Kanzler am Konsulat Bergen/Norwegen

nach 1945: Wieder am Konsulat in Bergen/Norwegen tätig

Erlewein, Josef

vor 1945: Bis 1941 Vizekonsul in Wladiwostok/UdSSR; danach bis Kriegsende an der faschistischen Botschaft in Nanking/ China

nach 1945: Konsul I. Klasse in Lilie/ Frankreich (1964)

Etzdorf, Hasso von

vor 1945: Vertreter des Auswärtigen Amtes beim Oberkommando des Heeres, Major und SA-Obersturmbannführer

nach 1945: Bonner Botschafter in Großbritannien; seit Mai 1965 im Ruhestand; seit April 1965 Mitglied des Beirates beim „Göttinger Arbeitskreis“, einer Zentrale der westdeutschen revanchistischen Propaganda

Fabian, Georg

vor 1945: Bis zum Oberfall auf die UdSSR Konsulatssekretär in Kowno/Litauen

nach 1945: Botschaftssekretär in Beirut/Libanon (1964); seit 1966 Kanzler am Konsulat in Porto/Portugal

Federer, Georg, Dr.

vor 1945: Bis Kriegsausbruch Legationssekretär an der faschistischen Botschaft in London/Großbritannien; danach Gesandtschaftsrat an der Gesandtschaft in Bern/ Schweiz

nach 1945: Bonner Botschafter in Kairo/VAR; seit Oktober 1967 Personalchef und Ministerialdirektor im Auswärtigen Amt

Felchner, Friedrich

vor 1945: An der Botschaft in Sofia/Bulgarien tätig (1944); 1933 NSDAP

nach 1945: 1948 in Bulgarien wegen Teilnahme an faschistischen Verbrechen zu 25 Jahren Zwangsarbeit verurteilt; Mitarbeiter in der Personal- und Verwaltungsabteilung des Bonner Auswärtigen Amtes (1961)

Ferring, Franz

vor 1945: In der Rundfunkpolitischen Abteilung des Auswärtigen Amtes tätig; verantwortlicher Referent für Propaganda in Ostasien

nach 1945: Jetziger Bonner Botschafter in Seoul/Süd-Korea

Frank, Eugen

vor 1945: Konsul des Auswärtigen Amtes (1940)

nach 1945: Vertreter des westdeutschen Beobachters bei den Vereinten Nationen in New York/USA; Vortragender Legationsrat I. Klasse im Auswärtigen Amt (1963)

Frank, Gottlob

vor 1945: Beim faschistischen Konsulat in Bozen/Italien (1940)

nach 1945: Bonner Botschaftskanzler in Ankara/Türkei (1962)

Frauenrath, Karl

vor 1945: Konsulatssekretär an den Dienststellen der faschistischen Botschaft in China

nach 1945: Kanzler an der Bonner Botschaft in Dänemark

Friedensburg, Ferdinand, Dr.

vor 1945: Bewarb sich 1944 unter Berufung auf seine positive Einstellung zum Hitlerstaat um Aufnahme in den Justizdienst; NSKK-Scharführer

nach 1945: Bonner Botschafter in Madagaskar (1962), anschließend in Caracas/Venezuela; seit 1965 ausgeschieden

Galinsky, Wolfgang

vor 1945: 1943-1944 Legationssekretär in Tokio/Japan

nach 1945: Generalkonsul in Osaka/Japan

Gaerte, Felix, Dr.

vor 1945: Angehöriger des SS-Sturms 1/80; während des Krieges SS-Untersturmführer im Reichssicherheitshauptamt; 1937 NSDAP (Nr. 4910278)

nach 1945: Konsul I. Klasse in Bombay/Indien (1962); seit September 1966 Generalkonsul in Melbourne/Australien

Gehner, Heinz

vor 1945: Konsulatspraktikant in Krakau (Krakow); an der Vorbereitung des Überfalls auf Polen mitgewirkt

nach 1945: Konsulatssekretär I. Klasse in Linz/Österreich (1962); seit Juni 1966 Kanzler I. Klasse am Konsulat in Aleppo/Syrien

Geier, Hans-Joachim

vor 1945: Bis zum Ausbruch des Krieges mit den USA Konsulatssekretär in New York/USA

nach 1945: Botschaftskanzler in Montevideo/Uruguay (1962); seit Juni 1967 Oberamtsrat im Auswärtigen Amt

Gellbach, Horst-Heinrich, Dr.

vor 1945: Regierungsrat im faschistischen Staatsapparat; 1942 NSDAP (Nr. 8284777)

nach 1945: Botschaftsrat in Stockholm/Schweden (1964); seit Juli 1966 Vortragender Legationsrat im Auswärtigen Amt

Geuther, Fritz

vor 1945: 1939 Konsulatssekretär in Bratislava/CSR

nach 1945: In der Rechtsabteilung des Bonner Auswärtigen Amtes (1960); seit 1966 Kanzler an der Botschaft in Mexiko

Giffels, Hubert

vor 1945: 1939-40 Konsulatssekretär I. Klasse am Konsulat in Bergen; wirkte an der Vorbereitung des faschistischen Überfalls auf Norwegen mit

nach 1945: Kanzler am Bonner Konsulat in Lyon/Frankreich (1962)

Gnodtke, Günther, Dr.

vor 1945: 1937 im faschistischen Staatsapparat an der Durchführung der Rassengesetze mitgewirkt; 1933 SA

nach 1945: Jetziger Botschafter in Nigeria

Grade, Hans

vor 1945: 1939 an der faschistischen Botschaft in Rom/Italien tätig; 1937 SS (Nr. 310959)

nach 1945: Vizekonsul in Kanada (1964); seit 1966 Kanzler an der Vertretung bei der EWG

Graeff, Friedrich, Dr.

vor 1945: Wirtschaftsleiter der „Landesgruppe Italien“ der NSDAP; Generalkonsul in Toulouse/Frankreich (1944); 1933 NSDAP (Nr. 3391375)

nach 1945: Ab 1959 bis zum Ausscheiden aus Altersgründen Generalkonsul in Genua/Italien (inzwischen verstorben)

Graevenitz, Kurt Fritz von, Dr.

vor 1945: Dienststelle des „Sonderbevollmächtigten“ des Auswärtigen Amtes „für den Südosten“ in Athen/Griechenland (1941); zuletzt Generalkonsul in Iskenderum/Türkei; ab 1942 Mitglied der NSDAP (Nr. 8735191)

nach 1945: Botschafter in Mexiko (1963); inzwischen Pensionsempfänger (1964)

Gregor, Werner, Dr.

vor 1945: Generalkonsul in Toulouse/ Frankreich (1943); 1936 NSDAP (Nr. 3726551)

nach 1945: Bonner Botschafter in Tunesien (1961); aus Altersgründen im Ruhestand

Grewe, Wilhelm, Prof. Dr.

vor 1945: Staats- und Verwaltungsrechtler, Dozent an der Hochschule für Politik sowie an der Auslandswissenschaftlichen und Rechtswissenschaftlichen Fakultät der Universität Berlin; während des Krieges mit Sonderaufträgen der Informationsabteilung des Auswärtigen Amtes betraut; 1933 NSDAP (Nr. 3125858)

nach 1945: Botschafter; Leiter der westdeutschen Vertretung bei der NATO

Groepper, Horst

vor 1945: An der Botschaft in Moskau/UdSSR (1941); bis Kriegsende Leiter der Gruppe II in der Protokollabteilung des faschistischen Auswärtigen Amtes; 1933 NSDAP

nach 1945: Botschafter in Moskau/UdSSR; seit 1966 in Ankara/Türkei

Haefen, Gerrit von

vor 1945: Generalkonsul in Basel/Schweiz (1943); 1937 Mitglied der NSDAP (Nr. 3918543)

nach 1945: Ministerialdirektor und Leiter der Rechtsabteilung des Bonner Auswärtigen Amtes (1963); jetzt Ministerialdirektor a. D.; Vorsitzender der Europäischen Konferenz für Fernmeldeverbindungen durch Satelliten

Hallstein, Walter, Prof. Dr.

vor 1945: Dozent und aktiver Nazi an den Universitäten Rostock und Frankfurt a.M.; Teilnehmer an den Rechtsverhandlungen, die zwischen Hitlerdeutschland und dem faschistischen Italien stattgefunden haben

nach 1945: Präsident der Kommission der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft

Hardenberg, Bernhard Heinrich Ernst Günther Graf von

vor 1945: 1939 Legationssekretär in Kowno/Litauen; danach an der Gesandtschaft in Bukarest/Rumänien; bis Kriegsende im Auswärtigen Amt tätig; 1933 NSDAP (Nr. 2587251)

nach 1945: Botschafter in Costa Rica

Hardenberg, Hans Karl Graf von, Dr.

vor 1945: Regierungsrat im Reichswirtschaftsministerium (1941); 1937 NSDAP (Nr. 4377465); SA-Rottenführer

nach 1945: Konsul in Genf/Schweiz (1962); dann zum Ministerialdirigenten im Bonner Auswärtigen Amt ernannt

Hauthal, Horst von, Dr.

vor 1945: Seit 1940 Dienst im Auswärtigen Amt; 1937 NSDAP (Nr. 5062619)

nach 1945: Erster Sekretär der Bonner Botschaft in Kairo/VAR (1964); seit 1964 Vortragender Legationsrat im Auswärtigen Amt

Hecker, Gottfried von, Dr.

vor 1945: 1943 Personalabteilung, später Rechtsabteilung des Auswärtigen Amtes

nach 1945: Legationsrat I. Klasse in der Rechtsabteilung des Bonner Auswärtigen Amtes

Hellenthal, Walter, Dr.

vor 1945: Vertreter des Auswärtigen Amtes beim Armeeoberkommando 6 (1941); Legationsrat I. Klasse und Generalkonsul in Monaco (1943); 1933 NSDAP

nach 1945: Bonner Botschaft in Libanon; aus Altersgründen im Ruhestand

Henschel, Reinhard

vor 1945: 1943-44 faschistische Gesandtschaft in Ankara/Türkei; 1937 Mitglied der NSDAP

nach 1945: Legationsrat I. Klasse im Bonner Auswärtigen Amt (1963); seit 1966 als Sozialreferent an der Botschaft in Paris

Hensel, Herbert, Dr.

vor 1945: 1943 Generalkonsul in Aarhus/Dänemark; 1933 Mitglied der NSDAP (Nr. 3286190)

nach 1945: Legationsrat I. Klasse und Stellvertretender Leiter eines Referats in der Westabteilung des Bonner Auswärtigen Amtes (1962)

Hess, Walter, Dr.

vor 1945: Legationsrat und Leiter der Wirtschaftsabteilung der faschistischen Gesandtschaft in Sofia/Bulgarien (1943/44)

nach 1945: Jetziger Botschafter in Marokko

Heyden, Wilhelm Günther Hermann Detlef von

vor 1945: Legationssekretär an der faschistischen Botschaft in Washington/USA (1941); 1934 NSDAP

nach 1945: Vortragender Legationsrat I. Klasse im Bonner Auswärtigen Amt

Hezinger, Adolf

vor 1945: 1942 nach Ausweisung aus dem Iran im Büro des Gesandten Ettl (Vorbereitung der Aggression gegen die arabischen Länder) tätig; wurde mit dem Kriegsverdienstkreuz II. Klasse mit Schwertern ausgezeichnet; 1944 im Auswärtigen Amt Informationsabteilung (Inf. XIV - „Antijüdische Aktion“); Teilnehmer an der berüchtigten Krummhübel-Konferenz

nach 1945: Wurde 1957 als Konsulatssekretär in das Bonner Auswärtige Amt übernommen

Hilger, Gustav

vor 1945: Leiter des Referats 13 („Rußland-Gremium“) in der Politischen Abteilung des Auswärtigen Amtes; 1944 im Büro Ribbentrop; Verbindungsmann zum berüchtigten General Wlassow

nach 1945: Von 1953 bis zur Versetzung in den Ruhestand „Berater für Ostfragen“ im Bonner Auswärtigen Amt; (inzwischen verstorben)

Hirsch, Karl, Dr.

vor 1945: 1943 beim „Reichsstatthalter in Wien/Osterreich, Abt. 2

nach 1945: Bonner Konsul in Izmir/Türkei; seit 1966 Generalkonsul in Basel/Schweiz

Hirschberg, Erich

vor 1945: Bis zum Oberfall auf Dänemark bei der faschistischen Gesandtschaft in Kopenhagen Konsulatssekretär

nach 1945: Kanzler am Bonner Generalkonsulat in San Francisco/USA

Hirschfeld, Hans Richard

vor 1945: Seit 1941 Legationsrat in der Abteilung Deutschland des Auswärtigen Amtes (Verbindungsmann zu den Führungsorganen der Nazi-Partei und ihrer Gliederungen); 1936 Mitglied der NSDAP (Nr. 3715319)

nach 1945: Bonner Botschafter in Island (1964); inzwischen in den Ruhestand getreten (1965)

Hochmuth, Armin

vor 1945: Konsultssekretär an der faschistischen Botschaft in Rom/Italien

nach 1945: Kanzler der Bonner Botschaft beim Vatikan

Hoffmann, Christoph

vor 1945: In der Dienststelle des Botschafters Prüfer („Arabisches Nachrichtenbüro“) tätig (1945)

nach 1945: Kanzler I. Klasse am Bonner Generalkonsulat in Wellington/Neuseeland (1958)

Holleben, Ehrenfried

vor 1945: Nazi-Jurist, zuletzt Staatsanwalt am Landgericht Potsdam; 1937 NSDAP (Nr. 5314946)

nach 1945: Vortragender Legationsrat I. Kl. und stellvertretender Leiter der Protokollabteilung im Bonner Auswärtigen Amt; seit 1966 Botschafter in Rio de Janeiro/Brasilien

Holleben, Werner, Dr.

vor 1945: Referent in der Kulturpolitischen Abteilung des Auswärtigen Amtes

nach 1945: Botschaftsrat in Luxemburg (1964); danach Leiter des Konsulats in Cleveland/USA

Hoops, Walter, Dietrich, Dr.

vor 1945: Gesandtschaftsrat in Peking/China (1943); 1933 NSDAP

nach 1945: Konsul in Vancouver/Kanada

Jericho, Rudolf

vor 1945: Am Nazi-Konsulat in Mozambique

nach 1945: Kanzler am Bonner Konsulat in Porto-Alegre/Brasilien (1962); seit 1964 Oberamtsrat im Auswärtigen Amt

John, Herbert

vor 1945: Konsulatssekretär in Polen und Belgien

nach 1945: Kanzler am Bonner Generalkonsulat in Valparaiso/Chile (1962); seit 1966
Amtsrat im Auswärtigen Amt

Junker, Werner, Dr.

vor 1945: Presseleiter der NSDAP-Auslandsorganisation in China; später beim
„Sonderbevollmächtigten“ des Auswärtigen Amtes „für den Südosten“ in
Belgrad/Jugoslawien (1944-45); 1935 NSDAP

nach 1945: Jetziger Bonner Botschafter in der Südafrikanischen Union

Karstien, Hans, Dr.

vor 1945: Wissenschaftlicher Mitarbeiter und Regierungsrat im Auswärtigen Amt; 1933
NSDAP (Nr. 1596620)

nach 1945: Vortragender Legationsrat am Bonner Auswärtigen Amt; Leiter des Referats
Chiffrier- und Fernmeldewesen; (inzwischen verstorben)

Kassler, Rolf, Dr.

vor 1945: Gesandtschaftsrat in Kopenhagen/Dänemark (1944)

nach 1945: Botschaftsrat I. Klasse im Bonner diplomatischen Dienst

Keller, Rupprecht von, Dr.

vor 1945: Mitarbeiter Unterstaatssekretär Woermanns im Auswärtigen Amt, einem der
Vertrauten Ribbentrops; 1933 SA; NSDAP (Nr. 8012248)

nach 1945: Westdeutscher Beobachter beim Europäischen Büro der Vereinten Nationen in
Genf/Schweiz, 1964 zum Botschafter ernannt; seit 1966 Generalkonsul in Genf/Schweiz

Kempff, Günther

vor 1945: Protokollabteilung des Auswärtigen Amtes

nach 1945: Bonner Generalkonsul in Helsinki/Finnland

Klaiber, Manfred, Dr.

vor 1945: Im Auftrage des Auswärtigen Amtes von 1943-1945 in Belgrad/Jugoslawien und
Wien/Österreich tätig

nach 1945: Jetziger Bonner Botschafter in Paris/Frankreich

Knoop, Theodor von

vor 1945: Handelspolitische Abteilung des Auswärtigen Amtes (1944)

nach 1945: Leiter der Wirtschaftsabteilung des Bonner Generalkonsulats in San Franzisko/USA; aus Altersgründen ausgeschieden

Köhler, Heinrich, Dr.

vor 1945: Leiter eines Referats der Kulturpolitischen Abteilung des Auswärtigen Amtes (1945)

nach 1945: Bonner Generalkonsul in Bombay/Indien (1964); seit 1965 Botschafter in Neuseeland

Krajewicz, Helmut

vor 1945: Konsultssekretär an den faschistischen Vertretungen in London/Großbritannien und Den Haag/Holland

nach 1945: Kanzler an der Bonner Botschaft in Paris/Frankreich (1963); zwischenzeitlich an der Botschaft in Moskau/UdSSR, dort 1966 zur persona non grata erklärt

Krapf, Franz

vor 1945: 1940 bis Kriegsende Legationssekretär und Mitarbeiter der „Niederlassung der Reichsbahnwerbezentrale“ (Auslandsdienststelle des SD) an der Botschaft in Tokio/Japan; Mitarbeiter der Abteilung III des Reichssicherheitshauptamtes; 1936 NSDAP,- SS-Untersturmführer

nach 1945: Ministerialdirektor und Leiter der Ostabteilung des Bonner Auswärtigen Amtes; seit 1966 Botschafter in Tokio/ Japan

Krause-Wichmann, Georg, Dr.

vor 1945: An der faschistischen Gesandtschaft in Sofia/Bulgarien (1944); 1933 NSDAP (Nr. 1547946)

nach 1945: Generalkonsul in Genua/Italien (1964)

Krebs, Herbert

vor 1945: Bis Kriegsausbruch beim Konsulat in Brasilien

nach 1945: Kanzler der Bonner Botschaft in Australien (1963); seit 1966 in Djakarta/Indonesien

Krebs, Kurt, Dr.

vor 1945: Mitarbeiter des „Sonderbeauftragten für Wirtschaftsfragen“ in Rumänien; an der wirtschaftlichen Ausplünderung des Landes beteiligt

nach 1945: Landwirtschaftsreferent an der Bonner Botschaft in Paris/Frankreich

Krumdieck, Oskar

vor 1945: Konsul am faschistischen Konsulat in Peru

nach 1945: Konsul am westdeutschen Konsulat in Peru; seit 1966 Konsul am Wahlkonsulat in San Ramon

Kuhle, Herbert, Dr.

vor 1945: Wissenschaftlicher Mitarbeiter der Rechtsabteilung des Auswärtigen Amtes (1943-44)

nach 1945: Bonner Konsul in Kansas City/USA (1964); seit 1966 Konsul I. Klasse im Auswärtigen Amt

Kutscher, Ernst, Dr.

vor 1945: Im Jahre 1944 im Auswärtigen Amt in der Informationsstelle XIV („Antijüdische Aktion“); Teilnehmer an der Krummhübel-Konferenz; 1933 NSDAP

nach 1945: Botschaftsrat an der Bonner Botschaft in Paris/Frankreich (1962); seit 1964 als Vortragender Legationsrat I. Klasse im Bonner Auswärtigen Amt tätig; seit 1966 Botschaftsrat I. Klasse bei EWG und EAG, Brüssel/Belgien

Lahr, Rolf

vor 1945: 1934-1945 Referent und Regierungsrat im Reichswirtschaftsministerium; zwischenzeitlich Mitglied der Geschäftsführung der Reichsgruppe Industrie; 1933 NSDAP (Nr. 2637673)

nach 1945: Staatssekretär im Auswärtigen Amt

Lane, Alexander, Dr.

vor 1945: Mitarbeiter Goebbels' im Nazi-Propagandaministerium; bis Kriegsende war er Rundfunkattaché in Sofia/Bulgarien

nach 1945: Legationsrat I. Klasse; Referatsleiter im Bonner Auswärtigen Amt, Personalabteilung, 1964 zum Vortragenden Legationsrat I. Klasse ernannt

Lanwer, Ewald, Dr.

vor 1945: Bis 1945 Konsul in Apenrade (Aabenraa)/Dänemark; verantwortlich für die Werbung „Volksdeutscher Freiwilliger“ zur Waffen-SS und für die Bspitzelung dänischer Patrioten; seit 1933 Mitglied der NSDAP

nach 1945: Im Bonner Auswärtigen Amt Referatsleiter in der Abteilung für Entwicklungspolitik (1963); seit 1966 Botschaftsrat I. Klasse an der westdeutschen Vertretung bei OECD, Paris

Lehr, Bruno

vor 1945: Mitarbeiter Görings im faschistischen Reichsluftfahrtministerium; SS; 1941 NSDAP (Nr. 8739967)

nach 1945: Zweiter Sekretär der Bonner Botschaft in Tokio/Japan

Lerchenfeld, Johannes Graf von, Dr.

vor 1945: Vertrauensmann der IG-Farben in Berlin, Paris/Frankreich und Sofia/ Bulgarien

nach 1945: Wirtschaftsreferent an der Bonner Botschaft in Rom/Italien

Linneborn, Kuno

vor 1945: Gesandtschaft in Helsinki/Finnland; danach am Konsulat in Apenrade (Aabenraa)/Dänemark

nach 1945: Im Bonner Auswärtigen Amt als Regierungsamtmann (1957)

Luedde-Neurath, Kurt

vor 1945: Legationssekretär an der Botschaft in Tokio/Japan; SA-Sturmführer; 1938 NSDAP (Nr. 4745122)

nach 1945: Vortragender Legationsrat im Bonner Auswärtigen Amt (1963); Seit April 1968 Botschafter in Neuseeland

Lüders, Carl-Heinz

vor 1945: Nazi-Jurist; Amtsgerichtsrat im Oberlandesgericht Hamburg

nach 1945: Botschaftsrat in Indien (1964); seit 1966 Botschafter in Luxemburg

Mackeben, Wilhelm

vor 1945: Legationsrat in der Politischen Abteilung des Auswärtigen Amtes; zeitweilig z. b. V. beim Botschafter Ritter

nach 1945: Bonner Botschafter in Lima/Peru bis zum Ausscheiden aus Altersgründen (inzwischen verstorben)

Mahrman, Hans

vor 1945: Staatsanwalt am Landgericht Berlin; beteiligt an sogenannten Hochverratsprozessen

nach 1945: Generalkonsul am Bonner Generalkonsulat in New Orleans; seit 1966 Botschaftsrat I. Klasse in Ankara/Türkei

Maltzan, Vollrath Freiherr von, Dr.

vor 1945: In der Handelspolitischen Abteilung des Auswärtigen Amtes zuständig für „Wirtschafts- und Finanzfragen der besetzten Westgebiete“ (1940);

nach 1945: Bonner Botschafter in Paris/ Frankreich; aus gesundheitlichen Gründen ausgeschieden

Mangold, Hans Joachim, Dr.

vor 1945: Kriegsverwaltungsassessor des Besatzungsregimes in Paris/Frankreich; 1933 NSDAP (Nr. 2307799)

nach 1945: Bonner Botschafter in Damaskus/Syrien (1964); seit 1966 Botschaftsrat I. Klasse in Genf/Schweiz

Maenß, Hans Ivar

vor 1945: Mitarbeiter im Auswärtigen Amt (1944)

nach 1945: Stellvertretender Referatsleiter im Bonner Auswärtigen Amt (1964); seit 1966 Referatsleiter in der Personalabteilung

Marchtaler, Hans Ulrich, Dr.

vor 1945: Gesandtschaftsrat an der Botschaft in Tokio/Japan (1944)

nach 1945: Bonner Botschafter in Stockholm/Schweden (1961); inzwischen in den Ruhestand getreten

Melchers, Wilhelm

vor 1945: Leiter der Politischen Abteilung VII („Vorderer Orient“); organisierte und leitete dort in engster Zusammenarbeit - mit Gestapo und SD vor allem die Tätigkeit der „5. Kolonnen“

nach 1945: Bis Ende 1964 Bonner Botschafter in Griechenland; seitdem „Berater“ und Pensionsempfänger

Merfels, Josef

vor 1945: Konsul beim „Reichsbevollmächtigten“ in Dänemark (1945); Landesgruppenleiter der NSDAP in Albanien; 1934 NSDAP (Nr. 3398422)

nach 1945: Konsul I. Klasse in Bordeaux/Frankreich (1963); aus Altersgründen im Ruhestand

Metzger, Werner

vor 1945: Konsulatssekretär in Madrid/ Spanien (1944)

nach 1945: Kanzler an der Bonner Botschaft in Ecuador (1957); seit 1965 Amtsrat der Botschaft in Brüssel/Belgien

Mirbach, Dietrich Freiherr von

vor 1945: 1943-1944 Persönlicher Referent des Staatssekretärs Steengracht im Auswärtigen Amt; 1933 NSDAP (Nr. 2731405)

nach 1945: Botschafter z.b.V. im Bonner Auswärtigen Amt; seit Juni 1965 Botschafter in Indien

Mirow, Eduard

vor 1945: Verbindungsmann des „Stabes des Bevollmächtigten für die arabischen Länder“ (Stab von Grobba), Sonderstab General Felmy (1942); 1945 Vizekonsul des Auswärtigen Amtes in Zürich/Schweiz; 1931 NSDAP (Nr. 549764)

nach 1945: Legationsrat I. Klasse an der Bonner Botschaft in Bagdad/Irak; seit 1967 Legationsrat I. Klasse im Auswärtigen Amt

Mohr, Ernst Günther, Dr.

vor 1945: Gesandtschaftsrat in Den Haag/Holland; mitverantwortlich für die Einleitung der Judendeportationen 1939 bis 1941; danach Konsul in Tanger/Marokko; Mitarbeiter des faschistischen Spionagedienstes; im Auswärtigen Amt Verbindungsreferent zum OKW (1945); Pressewart der NSDAP Ortsgruppe Peping/China,- 1935 NSDAP (Nr. 3500174)

nach 1945: Bonner Botschafter in Bolivien; seit 1965 in Buenos Aires/Argentinien

Mohrmann, Anton, Dr.

vor 1945: Gesandtschaftsrat an der faschistischen Gesandtschaft in Sofia/Bulgarien (1944)

nach 1945: Bonner Botschafter in Columbien (1962); aus Altersgründen im Ruhestand

Moltmann, Gerhard, Dr.

vor 1945: 1943-1944 an der faschistischen Gesandtschaft in Bern/Schweiz; NSDAP (Nr. 7005175)

nach 1945: Bonner Botschafter in Afghanistan

Motz, Günther, Dr.

vor 1945: Seit 1941 im faschistischen Reichsministerium des Innern

nach 1945: Botschafter in Bolivien; sei; 1967 Vortragender Legationsrat im Auswärtigen Amt

Mühlenhöver, Josef

vor 1945: Mitarbeiter in der Rechtsabteilung des faschistischen Außenministeriums (1944)

nach 1945: Botschaftsrat an der westdeutschen Botschaft in Frankreich (1962); seit 1966 Botschaftsrat I. Klasse in Wien/Österreich

Mumm von Schwarzenstein, Bernd Eugen, Dr.

vor 1945: Legationssekretär im Auswärtigen Amt

nach 1945: Leiter der Bonner Handelsvertretung in Warschau/Polen (1965)

Munzel, Kurt, Dr.

vor 1945: Während des Krieges stellvertretender Leiter, dann Leiter des Orientreferats der Rundfunkpolitischen Abteilung des Auswärtigen Amtes; Angehöriger des „Stabes des Bevollmächtigten für die arabischen Länder“; 1933 NSDAP (Nr. 1494847)

nach 1945: Botschafter in Libanon bis Abbruch der diplomatischen Beziehungen, seitdem im Auswärtigen Amt

Muschke, Kurt

vor 1945: Kanzler an der faschistischen Botschaft in Sofia/Bulgarien (1942)

nach 1945: Kanzler am Bonner Konsulat in Neapel/Italien

Northe, Heinrich, Dr.

vor 1945: 1939-1941 Legationsrat in den Dienststellen der Botschaft in China - Peking, Shanghai, Tientsin und Chungking; danach bis 1945 Vertreter des Auswärtigen Amtes in Saigon/Vietnam; 1935 NSDAP (Nr. 3504851), Schlichter der Landesgruppe China der NSDAP

nach 1945: Seit Juli 1967 Botschafter beim Europarat Strasbourg

Nostitz, Siegfried von

vor 1945: Gesandtschaftsrat an der faschistischen Botschaft in Sofia/Bulgarien (1944); 1933 NSDAP

nach 1945: Generalkonsul in San Francisco/USA

Nostitz-Drczewiecki, Gottfried von

vor 1945: 1938-1940 im Auswärtigen Amt Stellvertreter des Leiters der Abt. Pol I M (Verbindungsstelle zum Spionagedienst des OKW); danach Legationsrat am Konsulat in Genf/Schweiz

nach 1945: Bonner Botschafter in Chile

Nüßlein, Franz, Dr.

vor 1945: Hat als Oberstaatsanwalt in Prag/CSR an Blut- und Terrorurteilen mitgewirkt (1942); 1937 NSDAP (Nr. 4628997)

nach 1945: Generalkonsul in Barcelona/Spanien

Obermaier, Franz

vor 1945: Presse-Attache in Sofia/Bulgarien (1940)

nach 1945: Konsul I. Klasse in Casablanca/Marokko; seit 1966 in Palermo/Italien

Oehlandt, Herwarth

vor 1945: Konsulatssekretär in Maastricht/Holland (1939)

nach 1945: Im Bonner Auswärtigen Amt 1960 Regierungsamtmann; seit 1966 Kanzler an der Handelsvertretung in Helsinki/Finnland

Ostermann von Roth, Ernst-Ludwig

vor 1945: Vertreter des faschistischen Auswärtigen Amtes beim Armee-Oberkommando II; dann Gesandtschaftsrat an der Nazi-Gesandtschaft in Lissabon/Portugal (1944); 1937 NSDAP (Nr. 3810743), SS-Untersturmführer (Nr. 156496)

nach 1945: Westdeutscher Botschafter in Kolumbien

Overbeck, Karl Kuno

vor 1945: Legationsrat in Budapest/Ungarn; SA

nach 1945: Ministerialdirigent im Bonner Auswärtigen Amt (1963)

Pamperrien, Rudolf, Dr.

vor 1945: Leiter eines Referats der Handelspolitischen Abteilung im Auswärtigen Amt (1942)

nach 1945: Botschafter in Ecuador (1957); aus Altersgründen in den Ruhestand getreten

Pappenheim, Georg Graf von

vor 1945: 1944 in der Politischen Abteilung, Referat Pol I M (Verbindungsstelle zum Spionagedienst des OKW) des Auswärtigen Amtes

nach 1945: Botschafter in Ecuador

Panhorst, Karl, Dr.

vor 1945: Sekretär des Ausschusses für die „Aktion Ibero- und Mittelamerika“; Vertrauensmann der IG-Farben (1939)

nach 1945: Bonner Botschafter in Guatemala (1962); in den Ruhestand getreten

Paulig, Richard

vor 1945: Gesandtschaftsrat in der Politischen Abteilung des Auswärtigen Amtes; mitverantwortlich für die Ausraubung Kroatiens/Jugoslawien (1944)

nach 1945: Vortragender Legationsrat im Bonner Auswärtigen Amt (1961)

Pfisterer, Friedrich, Dr.

vor 1945: In der Wirtschaftspolitischen Abteilung des Auswärtigen Amtes

nach 1945: Erster Sekretär der Bonner Botschaft in Brüssel/Belgien (1964); seit 1966 Referatsleiter in der Personalabteilung im Auswärtigen Amt

Pirch, Georg von, Dr.

vor 1945: Ab 1939 Mitarbeiter im Auswärtigen Amt; 1932 Stahlhelm; 1934 SS-Anwärter

nach 1945: Referent im Bonner Auswärtigen Amt (1964); seit 1966 Generalkonsul in Detroit/USA

Przybill, Willi

vor 1945: Ab 1936 Konsultssekretär in Bratislava/CSR

nach 1945: Kanzler beim Bonner Konsulat Graz/Österreich (1957)

Quiring, Franz, Dr.

vor 1945: Gesandtschaftsrat beim faschistischen Generalkonsulat in Genf/Schweiz (1939); 1933 NSDAP

nach 1945: Bonner Gesandter in Kabul/ Afghanistan (1954)

Rabes, Rudolf, Dr.

vor 1945: Bis 1939 Legationssekretär an der faschistischen Botschaft in Rio de Janeiro/Brasilien

nach 1945: Konsul I. Klasse in Curitiba/Brasilien (1964)

Ramelow, Thomas

vor 1945: Vizekonsul im Auswärtigen Amt (1942)

nach 1945: Konsul I. Klasse in Concepcion/Chile (1964) seit 1966 Botschafter in Tananarive/Madagaskar

Randow, Elgar von

vor 1945: Bis 1945 Gesandtschaftsrat in China; war mit der Zentralen Leitung der faschistischen Propaganda-, Nachrichten- und Spionagetätigkeit beauftragt; erhielt das Kriegsverdienstkreuz II. Klasse mit Schwertern; 1925 Mitglied der NSDAP (Nr. 5189)

nach 1945: Generalkonsul Bonns in Kalkutta/Indien

Rathje, Otto

vor 1945: Konsulatssekretär an der Nazi-Botschaft in Washington (1940)

nach 1945: Kanzler an der westdeutschen Botschaft in Washington (1963)

Reichert, Hans-Joachim Ritter von

vor 1945: Gesandtschaftsrat beim faschistischen „Bevollmächtigten des Reiches“ für Italien

nach 1945: Bonner Botschafter in Honduras (1964)

Reichhold, Walter, Dr.

vor 1945: Wissenschaftlicher Mitarbeiter der Personalabteilung des Auswärtigen Amtes (Sprachendienst); befaßte sich in starkem Maße mit Spionage (1943); 1944 in der Botschaft in Madrid/Spanien, beauftragt, eine Nebenstelle des Sprachendienstes einzurichten

nach 1945: Botschafter in Ghana (1964); danach an die Botschaft in Ottawa/Kanada versetzt

Rensinghoff, Wilhelm

vor 1945: 1939 als Mitarbeiter der faschistischen Gesandtschaft übernommen; Agent des Geheimdienstes; Ortsgruppenleiter der NSDAP in Port Said/Ägypten

nach 1945: Leiter des westdeutschen Wahlkonsulats in Puerto Mont/Chile; (inzwischen verstorben)

Richter, Herbert, Dr.

vor 1945: Bis 1945 faschistischer Generalkonsul in Tetuan/Marokko

nach 1945: Botschafter Bonns in Algerien (1964)

Richthofen, Oswald Freiherr von, Prof.

vor 1945: Gesandtschaftsrat an der Nazi-Gesandtschaft in Budapest/Ungarn 1944; 1932 NSDAP (Nr. 1440443)

nach 1945: Bonner Botschafter in Khartum/Sudan (1964); seit 1967 in Singapur

Ringelmann, Max, Dr.

vor 1945: Während der faschistischen Besetzung Jugoslawiens Vertreter des Auswärtigen Amtes beim Militärbefehlshaber in Belgrad (1943); 1934 NSDAP

nach 1945: Generalkonsul in Salisbury (1964)

Röhreke, Heinrich, Dr.

vor 1945: 1944 Leiter des Nazi-Konsulats in Hankau/China; trat im Juli 1945 für die getarnte Fortführung der NSDAP im Rahmen des „Deutschen Amts in China“ ein; 1937 NSDAP; SA

nach 1945: Legationsrat I. Klasse im Bonner Auswärtigen Amt; 1963 zum Vortragenden Legationsrat ernannt; seit 1967 Botschafter in Manila/Philippinen

Rom, Horst von, Dr.

vor 1945: Im faschistischen Reichsjustizdienst beschäftigt

nach 1945: Bonner Konsul in Atlanta USA (1964); 1965 Botschafter in Bamako/Mali

Ruoff, Herbert

vor 1945: Wissenschaftlicher Mitarbeiter im Auswärtigen Amt; hat in Zusammenarbeit mit dem SD beim Austausch deutscher Zivilinternierter im Ausland gewirkt

nach 1945: Stellvertreter des Bonner Botschafters in Australien (1962); Legationsrat I. Klasse im Auswärtigen Amt; seit 1968 Botschaftsrat in Canberra/Australien

Rutkowski, Arthur

vor 1945: Vor dem Krieg bei der faschistischen Gesandtschaft in Belgrad/Jugoslawien

nach 1945: Wirtschaftsreferent in Wien/ Österreich (1961)

Sachs, Hans Georg, Dr.

vor 1945: Legationssekretär im Auswärtigen Amt (1941)

nach 1945: Ministerialdirektor im Bonner Auswärtigen Amt; Leiter der Abteilung 8; seit Juni 1965 Botschafter bei EWG und Euratom

Schaffarczyk, Herbert, Dr.

vor 1945: Mitarbeiter im Auswärtigen Amt (1939)

nach 1945: Bonner Botschafter in Lissabon/Portugal (1964)

Schatton, Willi

vor 1945: Bereitete an der faschistischen Botschaft in Warschau den Überfall auf Polen mit vor

nach 1945: Regierungsobersekretär im Bonner Auswärtigen Amt (1956); später an der Botschaft in Moskau/UdSSR (1960)

Scherpenberg, Albert Hilger von, Dr.

vor 1945: 1935-1945 im Auswärtigen Amt, Leiter des Referats 6 der Handelspolitischen Abteilung; verantwortlich für die kriegswirtschaftliche Ausplünderung Dänemarks und Norwegens

nach 1945: Bonner Botschafter am Vatikan (1964); inzwischen in den Ruhestand getreten (1965)

Scheske, Ulrich, Dr.

vor 1945: Regierungsreferendar im faschistischen Staatsapparat (1942); 1933 SS (Nr. 216977)

nach 1945: 1963 Vortragender Legationsrat I. Klasse in der Abteilung West 2 des Bonner Auswärtigen Amtes; seit 1967 Botschafter in Bangkok/Thailand

Schilling, Karl, Dr.

vor 1945: Regierungsrat im Auswärtigen Amt; 1937 SA

nach 1945: Zweiter Botschaftssekretär in Tokio/Japan (1963); seit 1966 Legationsrat I. Klasse im Auswärtigen Amt

Schirmer, Hans, Dr.

vor 1945: Bis 1935 Gauhauptstellenleiter der Auslandsorganisation der NSDAP in London/Großbritannien, von 1935-1939 Mitarbeiter des Propaganda-Ministeriums unter Goebbels, seit 1939 im Auswärtigen Amt; 1940-1942 stellvertretender Leiter der Rundfunkpolitischen Abteilung des Auswärtigen Amtes, einer der Hauptverantwortlichen für den Auf- und Ausbau des Geheimsendernetzes des Spionagedienstes

nach 1945: Vortragender Legationsrat I. Klasse in der Ost-Abteilung des Bonner Auswärtigen Amtes (1962); seit 1968 Botschafter in Canberra/Australien

Schlitter, Oskar

vor 1945: Im Jahre 1944 Referent in der Handelspolitischen Abteilung des faschistischen Auswärtigen Amtes; aktiv an der Ausplünderung Norditaliens beteiligt; Mitglied der NSDAP seit 1934 (Nr. 3591227)

nach 1945: Botschafter in Athen/Griechenland

Schmidt, Rolf

vor 1945: Konsultssekretär am faschistischen Generalkonsulat in Antwerpen/ Belgien (1940)

nach 1945: Kanzler im Generalkonsulat in Salisbury (1962)

Schott, Wilhelm

vor 1945: Legationssekretär beim Nazi-Generalkonsulat in Zürich/Schweiz (1941); 1933 NSDAP (Nr. 1890109); SA

nach 1945: Legationsrat im Bonner Auswärtigen Amt (1960)

Schubert, Konrad von

vor 1945: Legationsrat I. Klasse im Auswärtigen Amt; 1933 NSDAP (Nr. 3281493)

nach 1945: Westdeutscher Botschafter in Äthiopien (1964)

Schütt, Hans

vor 1945: Konsulatssekretär bei der faschistischen Gesandtschaft in Oslo/Norwegen

nach 1945: Kanzler an der Bonner Botschaft in Bangkok/Thailand (1962); seit 1966 in Nairobi/Kenia

Schütt, Nikolaus

vor 1945: NS-Konsul in Potosi/Bolivien (1939)

nach 1945: Bonner Konsul in Sucre/Bolivien (1964)

Schwarzmann, Hans, Dr.

vor 1945: Verbindungsmann zwischen Ribbentrop und dem Nazi-Botschafter in Paris/Frankreich, Abetz; seit 1942 in der Politischen Abteilung des Außenministeriums als Frankreich-Spezialist tätig

nach 1945: Leiter der Westberliner Außenstelle des Bonner Auswärtigen Amtes; seit 1966 Botschafter und Leiter der Protokollabteilung

Schweinitz, Hans Ulrich von, Dr.

vor 1945: NS-Vizekonsul in Iskenderum/Türkei (1943); 1933 NSDAP

nach 1945: Bonner Botschafter in Thailand (1964); seit 1967 in Nairobi/Kenia

Schwörbel, Herbert, Dr.

vor 1945: 1942-1945 Presseattache beim „Reichsbevollmächtigten“ in Griechenland

nach 1945: Bonner Botschafter in Ceylon

Seelos, Gebhard, Dr.

vor 1945: Bereitede als Konsul in Lemberg (Lwow) den Überfall auf Polen mit vor und gab Spionageberichte an das Auswärtige Amt; danach als Gesandtschaftsrat nach Kopenhagen/Dänemark versetzt

nach 1945: Botschafter in Brasilien (1964)

Seydel, Hans, Dr.

vor 1945: Vizekonsul in Tetuan/Marokko (1942); bereitete als Mitarbeiter des „Stabes von Grobba“ die militärische Besetzung der arabischen Staaten mit vor

nach 1945: In der Abteilung West II des Bonner Auswärtigen Amtes (1963); seit 1966 Botschafter in Tripolis/Libyen

Siegfried, Herbert, Dr.

vor 1945: Vortragender Legationsrat und Generalkonsul in Genf/Schweiz (1944); 1937 NSDAP (Nr. 4009260)

nach 1945: Bonner Botschafter in Brüssel/Belgien (1964); aus Altersgründen im Ruhestand

Simonis, Susanne, Dr.

vor 1945: Bis 1945 an den faschistischen Botschaften in Tokio/Japan und Nanking/China

nach 1945: Legationsrätin in der Kulturabteilung des Bonner Auswärtigen Amtes (1963); seit 1966 Leiter des Konsulats in Vancouver/Kanada

Solms-Braunfels, Prinz Alexander zu

vor 1945: 1941 Legationssekretär an der faschistischen Botschaft in Bukarest/Rumänien; 1937 NSDAP (Nr. 4255672)

nach 1945: Botschafter in Salvador

Sonnenhol, Gustav-Adolf, Dr.

vor 1945: 1944 Vizekonsul in Genf/ Schweiz; 1931 NSDAP (Nr. 545961); 1930 SA; Untersturmführer der SS

nach 1945: Stellvertretender Leiter der Bonner Vertretung bei der OECD in Paris/ Frankreich (1962); Botschaftsrat I. Klasse; seit 1964 Ministerialdirektor; Leiter der Abteilung Kanzler an der Bonner Bot I im Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit; seit 1968 Botschafter in Südafrika

Spaeth, Josef

vor 1945: Bereitete den faschistischen Oberfall auf Polen als Mitarbeiter am Generalkonsulat in Kattowitz (Katowice) mit vor

nach 1945: Kanzler des Bonner Konsulats in Zagreb/Jugoslawien (1962); seit 1966 Amtsrat im Auswärtigen Amt

Stahlberg, Gerhard, Dr.

vor 1945: Legationsrat im Auswärtigen Amt (1942); war in der Rechtsabteilung maßgeblich an der Durchsetzung der faschistischen Rassengesetze und der Ausarbeitung von Rechtfertigungen für die faschistische Raub- und Terrorpolitik beteiligt

nach 1945: Generalkonsul in Montreal/ Kanada

Starke, Gotthold, Dr.

vor 1945: Leiter des Referats P 5 (UdSSR und Polen) in der Presseabteilung des Auswärtigen Amtes (1945); Chefredakteur der faschistischen Okkupantenzeitung „Deutsche Rundschau in Polen“

nach 1945: Vortragender Legationsrat I. Klasse; 1962 ausgeschieden; seitdem zusammen mit dem Kriegsverbrecher Kohnert aktiv in der revanchistischen Landsmannschaft „Westpreußen“ tätig

Stechow, Johann Karl von

vor 1945: Legationsrat in der Politischen Abteilung des Auswärtigen Amtes (1944)

nach 1945: Bonner Botschafter in Manila/Philippinen (1964); aus Altersgründen im Ruhestand

Steinbach, Hans-Joachim

vor 1945: Konsultssekretär am faschistischen Generalkonsulat in Berlin (1944)

nach 1945: Bonner Botschafter in Rwanda

Stelzer, Gerhard, Dr.

vor 1945: Gesandtschaftsrat I. Klasse in Bukarest/Rumänien (1941); 1936 NSDAP

nach 1945: Leiter des Generalkonsulats in Antwerpen/Belgien (1961); aus Altersgründen inzwischen im Ruhestand

Steuer, Theo

vor 1945: War Mitarbeiter des Kriegsverbrechers Abetz an der faschistischen Botschaft in Paris/Frankreich (1940)

nach 1945: Kanzler am Bonner Konsulat in Cordoba/Argentinien (1962); seit 1966 Amtsrat im Auswärtigen Amt

Stolzmann, Paulus von

vor 1945: Leiter der Verbindungsstelle des zum persönlichen Stab Ribbentrops gehörenden „Beauftragten für das Informationswesen“ (1944); 1933 NSDAP (Nr. 3286389)

nach 1945: Bonner Botschafter in Luxemburg (1964); inzwischen im Ruhestand

Strachwitz, Rudolf Graf

vor 1945: Seit 1939 Gesandtschaftsrat I. Klasse in den faschistischen Botschaften in Paris/Frankreich, Budapest/Ungarn und Barcelona/Spanien; 1936 NSDAP (Nr. 3771577)

nach 1945: Bonner Botschafter beim Vatikan (1961); aus Altersgründen im Ruhestand

Strack, Hans, Dr.

vor 1945: In der Politischen Abteilung Leiter des Referats Pol II (1943); mitverantwortlich für Nazi- und Kriegsverbrechen in Frankreich (Judendeportationen, Geiseler-schießungen); 1943 Konsul in Klausenburg (Cluj)/Rumänien; 1936 NSDAP (Nr. 3752096); NSKK-Sturmführer

nach 1945: Botschafter in Santiago de Chile (1964); aus Altersgründen inzwischen im Ruhestand

Strecker, Hermann

vor 1945: Konsulatssekretär und Mitarbeiter im „Rußlandkomitee“ Ribbentrops (1941); NSDAP

nach 1945: Regierungsamtman in der Handelspolitischen Abteilung des Bonner Auswärtigen Amtes (1960)

Strusch, Friedrich

vor 1945: An der faschistischen Botschaft in Rom/Italien (1939)

nach 1945: Konsul I. Klasse in Windhuk/Südwestafrika (1964); seit 1967 in Kansas/City/USA

Tannstein, Kurt, Dr.

vor 1945: Legationssekretär an der faschistischen Botschaft am Vatikan (1941); 1933 NSDAP (Nr. 2948420)

nach 1945: Bonner Botschafter in Tunesien

Templin, Paul Heinz

vor 1945: Bereitete als Mitarbeiter des faschistischen Generalkonsulats in Kattowitz (Katowice) den Überfall auf Polen mit vor

nach 1945: Regierungsamtman in der Kulturabteilung des Bonner Auswärtigen Amtes (1959)

Theussner, Hans-Joachim, Dr.

vor 1945: Förderndes Mitglied der SS

nach 1945: Konsul I. Klasse in Edinburgh/Großbritannien

Thomsen, Henning, Dr.

vor 1945: Nazi-Gesandtschaftsrat in Dublin/Irland (1943); SS-Rottenführer; NSDAP-Anwärter (1938)

nach 1945: Vortragender Legationsrat I. Klasse im Bonner Auswärtigen Amt; Leiter des Referats Außenhandelsförderung (1962); seit 1965 Botschafter in Island

Tichy, Alois, Dr.

vor 1945: Gesandtschaftsrat im Auswärtigen Amt (1945); 1937 NSDAP

nach 1945: In der Politischen Abteilung des Bonner Auswärtigen Amtes

Trützscher, Heinz Freiherr von Falkenstein, Dr.

vor 1945: 1944 im Auswärtigen Amt, Stellvertreter des Referatsleiters Pol XII; danach Konsul in Genf/Schweiz; NSDAP (Nr. 8183952)

nach 1945: Botschafter in Irland (1964)

Ungern-Sternberg, Reinhold Freiherr von, Dr.

vor 1945: Gesandtschaftsrat in Helsinki/Finnland (1944); 1933 NSDAP (Nr. 2594983); SA-Sturm 33

nach 1945: Bis 1964 Bonner Botschafter im Iran; dann an der Botschaft in London/Großbritannien tätig; seit 1968 in Brüssel/Belgien

Vetter, Oskar

vor 1945: NS-Konsulatssekretär in der berüchtigten Abteilung Deutschland des Auswärtigen Amtes

nach 1945: Kanzler am Generalkonsulat Johannesburg/Südafrika

Vogel, Georg, Dr.

vor 1945: Gesandtschaftsrat in der Rechtsabteilung des Auswärtigen Amtes (1944); 1937 NSDAP; SS-Obersturmführer

nach 1945: Bonner Botschafter in Venezuela (1964)

Waldheim, Gottfried von

vor 1945: Nazi-Gesandtschaftsrat in Spanien (1945)

nach 1945: Generalkonsul in Valparaiso/Chile (1964); (inzwischen verstorben)

Walther, Gebhard von, Dr.

vor 1945: Botschaftsrat an der faschistischen Botschaft in Ankara/Türkei (1943); 1939 Anwärter der NSDAP

nach 1945: Botschafter in Ankara/Türkei (1964); danach in Moskau/UdSSR; jetzt in den Ruhestand getreten

Weber, Walter, Dr.

vor 1945: 1943-1944 in der Politischen Abteilung des Auswärtigen Amtes, Leiter des Referats Pol I; 1937 NSDAP

nach 1945: Vor Federer 1964 Bonner Botschafter in der VAR

Wehrstedt, Friedrich-Wilhelm, Dr.

vor 1945: Regierungsrat im faschistischen Staatsapparat 1938; 1933 NSDAP (Nr. 2151075)

nach 1945: Inspekteur des Bonner Auswärtigen Amtes für diplomatische und konsularische Vertretungen im Ausland (1964); 1965 zum Botschafter ernannt

Weiz, Gerhard, Dr.

vor 1945: Gesandtschaftsrat in Buenos Aires/Argentinien (1944); bewarb sich um Aufnahme in die SS und 1934 für den Dienst in der Gestapo; 1933 SA

nach 1945: Generalkonsul in Sao Paolo/Brasilien

Welck, Wolfgang Freiherr von

vor 1945: 1943 Legationsrat I. Klasse im Büro des Botschafters Ritter (Verbindungsstelle zum OKW); 1935 NSDAP (Nr. 2549805)

nach 1945: Bonner Botschafter in der Schweiz (1964)

Wendland, Jork Alexander Freiherr von

vor 1945: Nazi-Legationssekretär in Batavia/Indonesien (1941); 1933 NSDAP (Nr. 2948710)

nach 1945: Bonner Botschafter in Mauretanien und Senegal (1964); seit August 1965 in Gambia

Werkmeister, Karl, Dr.

vor 1945: 1940-1944 Gesandtschaftsrat I. Klasse in Ungarn

nach 1945: Bonner Botschafter in Schweden (1963); inzwischen aus Altersgründen im Ruhestand

Werthern, Charlotte Margot von

vor 1945: In der Informationsstelle des Auswärtigen Amtes (1944)

nach 1945: Pressereferentin der Bonner Botschaft in Dakar/Senegal (1962)

Werz, Luitpold, Dr.

vor 1945: Vor dem Krieg an den Vertretungen in Barcelona/Spanien, Sydney/ Australien und Pretoria/Südafrika; danach dem Konsulat in Lourenco Marques/Mocambique zugeteilt; 1944 als Konsul im Auswärtigen Amt tätig; NSDAP 1934 (Nr. 2873248)

nach 1945: Ministerialdirigent im Auswärtigen Amt; Leiter der Kulturpolitischen Abteilung

Wickert, Erwin, Dr.

vor 1945: 1940-1941 Leiter der Rundfunkabteilung der faschistischen Botschaft in China; anschließend in Japan

nach 1945: Referatsleiter in der Ostabteilung des Bonner Auswärtigen Amtes (1964); seit 1968 Gesandter an der Botschaft in London/Großbritannien

Wobser, Herbert

vor 1945: 1938-1941 NSDAP-Ortsgruppenleiter in Peking/China; 1941-1945 in Shanghai/China als Konsulatssekretär; 1934 NSDAP (Nr. 2873664)

nach 1945: Amtsrat in der Handelspolitischen Abteilung des Bonner Auswärtigen Amtes (1961)

Wollenweber, Karl-Gustav, Dr.

vor 1945: Während des Krieges Mitarbeiter in der Personalabteilung und Rechtsabteilung des Auswärtigen Amtes; 1933 NSDAP (Nr. 3020707)

nach 1945: Bonner Botschafter in Malta

Wolschke, Waldemar

vor 1945: Vor Eintritt in das Auswärtige Amt als Polizeiinspektor tätig; 1945 Konsulatssekretär in Lissabon/Portugal

nach 1945: Kanzler am Bonner Konsulat in Liverpool/Großbritannien

Wussow, Fritz

vor 1945: Leiter des faschistischen Konsulats in Orsova/Rumänien 1940; 1934 NSDAP

nach 1945: Konsul I. Klasse in Melbourne/Australien; inzwischen im Ruhestand

Wüstenberg, Paul, Dr.

vor 1945: Oberregierungsrat im faschistischen Staatsapparat 1941; 1937 NSDAP (Nr. 5723204)

nach 1945: Im Bonner Auswärtigen Dienst in Santiago de Chile (1957)

Zapp, Karl-August, Dr.

vor 1945: 1940 als Legationsrat beim „Reichskommissar für die besetzten Niederländischen Gebiete“ an der Verwirklichung der faschistischen Okkupationspolitik beteiligt; Gesandtschaftsrat in Ankara/Türkei (1944); 1933 NSDAP (Nr. 2717559)

nach 1945: Bonner Botschafter in Algerien; seit 1966 in Mexiko

Zimmermann, Karl, Dr.

vor 1945: Konsulatssekretär im Auswärtigen Amt (1940)

nach 1945: Kanzler der Bonner Botschaft in Lissabon/Portugal (1962)

Zimmermann, Walter, Dr.

vor 1945: Nach 1942 in der Rundfunkpolitischen Abteilung des Auswärtigen Amtes, 1934 NSDAP

nach 1945: Bonner Botschafter in Peru (1961); aus Altersgründen inzwischen im Ruhestand

Zinsser, Christian, Dr.

vor 1945: Nazi-Botschaftsrat in der Mandschurei 1942; an der faschistischen Botschaft in Nanking/China 1944; 1927 NSDAP (Nr. 66421); 1928 SA Sturmbannführer

nach 1945: Konsul I. Klasse in Porto/ Portugal

Zintl, Ludwig

vor 1945: Konsulatssekretär am faschistischen Konsulat in Szeged/Ungarn (1939)

nach 1945: Kanzler der Bonner Botschaft in Tripolis/Libyen (1963)

Hitlers 5. Kolonne in Bonner Diensten

- Revanchismus - offizielle Staatspolitik der Bundesrepublik
 - Führer der deutschen Minderheiten - Unterdrücker und Peiniger der Gastvölker
 - In der DDR: Für Revanchismus keine Basis
 - In Westdeutschland: Neue Namen - alte Ziele
 - 127 zentrale Revanchistenorganisationen
 - Vom Staat finanziert

- 1945 Kriegsverbrecher -1965 Revanchistenführer
 - **Lemmer, Ernst:** Nazi-Spitzel und Goebbels-Journalist
 - **Krüger, Hans:** Ein Blutrichter Hitlers
 - **Oberländer, Theodor:** Henker von Lwow
 - **Becher, Walter:** Antisemitischer Journalist
 - **Otto, Hans-Werner:** Zum Osteinsatz berufen
 - **Kohnert, Hans:** Henker von Bydgoszcz
 - **Ulitz, Otto:** Organisierte das Verbrechen von Gleiwitz
 - **Richthoten, Bolko von:** Ein ehrloser Denunziant
 - **Illing, Paul:** SS-Terrorists
 - **Neuwirth, Hans:** Arisierungsspezialist
 - **Zoglmann, Siegfried:** Dem „Führer“ verschworen
 - **Karmasin, Franz:** Henker des slowakischen Volkes

- Hitlers 5. Kolonne - Bonner Revanchistenführer (Namenliste)

Revanchismus - offizielle Staatspolitik der Bundesrepublik

Der deutsche Imperialismus fand sich nach dem ersten Weltkrieg mit dem durch seine Schuld verkleinerten Deutschland nicht ab. Sein Ziel war die Wiederherstellung der Grenzen von 1914 und - von dieser Position ausgehend - die Eroberung der Weltherrschaft. Seine

Forderung, die bestehenden Grenzen zu verändern, und sein Schrei nach Revanche für die Niederlage bildeten wesentliche Bestandteile der Vorbereitung des zweiten Weltkrieges.

Um das deutsche Volk und die deutschen Minderheiten in anderen Staaten revanchistisch zu beeinflussen und in die Wühlarbeit gegen die Nachbarvölker einzubeziehen, wurde ein System staatlicher, kultureller und wissenschaftlicher Einrichtungen geschaffen. Solche Institutionen waren unter anderen der „Verein für das Deutschtum im Ausland“ (VDA), das „Deutsche Auslandinstitut“, Stuttgart, die „Deutsche Akademie“, München, sowie viele Dutzend Vereinigungen der „Heimattreuen“, wie die „Baltische Arbeitsgemeinschaft“, der „Sudetendeutsche Heimatbund“, die „Vereinigung der Heimattreuen Ost- und Westpreußen“ usw. Ihre Ziele bestanden ausschließlich darin, ständig den Gedanken an die „Ostmission“ Deutschlands wachzuhalten und die Notwendigkeit von Grenzveränderungen zu propagieren, um Millionen Deutsche für einen neuen Krieg reifzumachen. Die Nachbarvölker wurden systematisch als minderwertig diffamiert.

FÜHRER DER DEUTSCHEN MINDERHEITEN - UNTERDRÜCKER UND PEINIGER DER GASTVÖLKER

Nach der Errichtung der faschistischen Diktatur erlebten diese Vereinigungen und Gemeinschaften eine wahre Hochkonjunktur. Ihre Tätigkeit wurde zentralisiert und einheitlich auf die Vorbereitung eines Aggressionskrieges ausgerichtet. Gleichzeitig entstanden mit staatlicher Unterstützung neue Organisationen wie der extrem faschistische „Bund Deutscher Osten“, dessen damaliger „Reichsleiter“, Theodor Oberländer, nach 1945 „Vertriebenenminister“ in Westdeutschland wurde. Die Führer dieser Organisationen leiteten als aktive Mitglieder der Nazi-Partei die Wühltätigkeit gegen Deutschlands Nachbarvölker zur Vorbereitung des Aggressionskrieges. Nach dem Überfall waren sie Initiatoren und zuverlässige Werkzeuge der faschistischen Ausrottungspolitik.

Zahlreiche Angehörige der in den Nachbarstaaten Deutschlands lebenden deutschen Minderheiten wurden durch diese Organisationen zu staatsfeindlicher Tätigkeit gegen ihre Gastvölker ausgenutzt. Ihre Aufgabe war es, Spionage zu treiben, die Verteidigungsfähigkeit des Gastvolkes zu untergraben und Anlässe für einen militärischen Überfall durch Hitlerdeutschland zu provozieren. Sie stellten Listen „deutschfeindlich gesinnter“ Personen auf, teilten die Bevölkerung in „rassisch wertvolle“ und „rassisch minderwertige“ Teile und schufen damit eine Voraussetzung für die systematische Dezimierung und Ausrottung der Bevölkerung nach dem Überfall durch die faschistische Wehrmacht.

Dokumente des faschistischen Auswärtigen Amtes und der SS zeigen, wie die Angehörigen der „Deutschen Vereinigung“, einer faschistischen Organisation der deutschen Minderheit im polnischen Warthe-Gebiet, dazu benutzt wurden, durch Terrorakte einen Anlaß für den militärischen Überfall auf Polen zu schaffen. (Siehe Tafel 42, Deutsches Zentralarchiv Potsdam, Bestand: Auswärtiges Amt, Nr. 61150) Selbst vor der Zerstörung von Kirchen, Schulen und Schwesternheimen schreckten die Revanchisten nicht zurück. Der Führer der in den Dokumenten genannten „Deutschen Vereinigung“ war der SS-Oberführer und Henker Tausender Bürger von Bromberg (Bydgoszcz), Hans Kohnert. Er war langjähriger Sprecher der Landsmannschaft „Westpreußen“ und ist führender Revanchistenfunktionär in Westdeutschland.

Während der Besetzung der europäischen Länder durch das Hitlerregime spielten die faschistisch verhetzten Teile der deutschen Minderheiten die Rolle der Unterdrücker, Ausbeuter und Henker der Gastvölker.

IN DER DDR: FÜR REVANCHISMUS KEINE BASIS

Im Potsdamer Abkommen wurden neue Grenzen in Europa festgelegt und Aussiedlungsmaßnahmen getroffen. Das Ziel war, ein für allemal die imperialistische Wühlarbeit in den Nachbarländern Deutschlands auszuschalten, diese Länder für die ungeheuren Verluste im Kriege zu entschädigen und stabile Grenzen zu schaffen, die nie wieder als Zange des deutschen Imperialismus gegen andere Länder ausgenutzt werden können.

Große Teile der deutschen Minderheiten wurden nach Deutschland in die vier Besatzungszonen der Großmächte ausgesiedelt.

In der sowjetischen Besatzungszone Deutschlands wurde alles unternommen, um den von Hitler schmäählich betrogenen Umsiedlern ihr schweres Los zu erleichtern, ihnen eine neue Existenz und eine gesicherte Perspektive zu geben. Beispielsweise erhielten die ausgesiedelten Bauern Junkerland und gründeten mit Staatshilfe Neubauernhöfe. Ihnen wurde offen gesagt und geduldig erklärt, wer am Verlust ihrer Heimat die Schuld trägt, daß der deutsche Imperialismus durch seine Kriegs- und Vernichtungspolitik die ehemaligen Ostgebiete für immer verspielt hat. Die Umsiedler fanden in der DDR eine neue Heimat und wurden gleichberechtigte Bürger des deutschen Friedensstaates. Hier gibt es keine revanchistischen Organisationen oder Zeitungen. Im Gegenteil: Die Regierung der DDR erkannte in offiziellen Verträgen die bestehenden Grenzen an. Zu den Nachbarvölkern im Osten und Südosten Europas wurden erstmals in der deutschen Geschichte dauerhafte freundschaftliche und friedliche Beziehungen hergestellt.

IN WESTDEUTSCHLAND: NEUE NAMEN - ALTE ZIELE

Der in Westdeutschland wiedererstandene deutsche Imperialismus dagegen drängt zum dritten Male in diesem Jahrhundert auf eine Veränderung der Grenzen. Die Bundesrepublik ist der einzige Staat in Europa, der Forderungen auf fremdes Staatsgebiet, auf die „Grenzen von 1937“ erhebt. Die in Westdeutschland lebenden Umsiedler werden mißbraucht, um diese revanchistische Politik propagieren und durchführen zu helfen.

Die westdeutsche Regierung hat es jahrelang bewußt unterlassen, die Umsiedler zügig und systematisch in das gesellschaftliche Leben einzugliedern und ihnen in der neuen Heimat einen festen Platz mit einer gesicherten Perspektive zu geben. Jahrelang lebten die Umsiedler in Barackenlagern und Notwohnungen. Auch heute, da sich die Masse der Umsiedler in Westdeutschland eingelebt hat, wird in ihnen unablässig die Illusion genährt, sie könnten eines Tages wieder in ihre ehemaligen Wohngebiete zurückkehren, die heute fremdes Staatsgebiet sind.

Von der westdeutschen Regierung gefördert, wurden nach 1945 die alten Revanchistenverbände erneut gebildet. Sie begannen sofort mit ihrer unheilvollen Tätigkeit. Weil sich die alten faschistischen Revanchistenorganisationen jedoch zu sehr kompromittiert hatten, wurden deren Namen geändert. So wurde aus der „Deutschen Akademie“ das „Goethe-Institut“, München, aus dem „Deutschen Auslandsinstitut“ das „Institut für Auslandsbeziehungen“, Stuttgart, aus den Heimatbünden wurden „Landsmannschaften“, und aus dem faschistischen „Bund Deutscher Osten“ wurde der „Bund der Vertriebenen“. Zwei Dokumente aus dem Jahre 1938 und 1959 beweisen, daß sich die Ziele nicht geändert haben. (Siehe Tafel 43, „Das Deutschtum im Sudetenraum“, Gebietskarte des „Bundes Deutscher Osten“, Landesgruppe Schlesien, aus dem Jahre 1938, und „Sudetendeutscher Turnerbrief“)

127 ZENTRALE REVANCHISTENORGANISATIONEN

Die Umsiedlerorganisationen, die heute in Westdeutschland bestehen, gehören zu jenem System staatlicher und nichtstaatlicher Einrichtungen, das zur Verwirklichung der revanchistischen Politik aufgebaut wurde. Es soll alle ehemaligen Umsiedler und darüber hinaus möglichst die ganze westdeutsche Bevölkerung für die Politik der Grenzrevision, der „Rückeroberung“ verlorener Gebiete und für die Vorbereitung einer neuen Aggression gewinnen. Dieses System ist im wesentlichen nach folgenden Gesichtspunkten gegliedert:

1. Organisation des Revanchismus durch Bundesregierung und Länderregierungen. Die wichtigsten staatlichen Behörden sind vor allem das „Bundesministerium für Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegsgeschädigte“ (BMVt) mit dem „Bundesausgleichsamt“, dem „Beirat“ beim Minister und den sogenannten Flüchtlingslagern sowie das „Bundesministerium für Gesamtdeutsche Fragen“ (BMG) mit seinen ungezählten, oft getarnten Organisationen („Kuratorium unteilbares Deutschland“, „Forschungsbeirat“, usw.).

Die Abteilung I im BMG ist für die Durchsetzung und Förderung des Revanchismus besonders verantwortlich. Ihre Aufgaben lauten nach offizieller Darstellung: *„Angelegenheiten der sowjetischen Besatzungszone Deutschlands und der deutschen Ostgebiete, Förderung des gesamtdeutschen Gedankens, Maßnahmen zur Wiederherstellung der Einheit Deutschlands (dabei ist die Einheit in den Grenzen von 1937 gemeint - d. Hrsg.)“*. (Die Bundesrepublik, Teilausgabe Bund, Carl Heymanns Verlags KG, 1962/63, S. 266)

Im BMVt zeichnen die Referate I/3, II/2 und II/3 für folgende Aufgaben verantwortlich: *„Referat I/3: Beiräte, Verbände, Organisationen. Referat II/2: ... Fragen der Wiedervereinigung und der Integration. Referat IZ/3: Kulturelle Angelegenheiten (§ 96 BVerfG), Ostkunde.“* (A. a. O., S. 264)

In den Vertretungen der Bundesländer in Bonn, wie auch in den Länderregierungen selbst, bestehen Dienststellen mit gleichen Arbeitsgebieten oder „Vertriebenenministerien“.

2. Organisation nach den ehemaligen Wohngebieten der Umsiedler in über 30 Landsmannschaften mit ihren Gliederungen und Interessengemeinschaften.

3. Organisation nach Berufs- und Fachgruppen, z. B. „Bauernverband der Vertriebenen e.V.“

4. Organisation in Vereinen, die die theoretischen Grundlagen für die revanchistische Propaganda erarbeiten, z. B. „Nordostdeutscher Kulturrat e.V.“

5. Organisation nach religiösen und caritativen Gesichtspunkten, z. B. „Katholische Arbeitsstelle für Heimatvertriebene“.

6. Organisation in Jugendorganisationen, z.B. „Deutsche Jugend des Ostens“ (DJO), „Aktion Katholischer Landsmannschaftlicher Jugend“ im „Bund der Katholischen Jugend“.

7. Organisation in Gruppen und Arbeitskreisen der westdeutschen Parteien, z. B. „Union der Vertriebenen“ in der CDU/CSU, „Exil-CDU“.

8. Organisation in extrem rechtsradikalen Verbänden halbfaschistischen Charakters, z. B. „Aktion Oder-Neiße (AKON), die gleichzeitig versucht, die Einheitsfront aller ultrarechten

Kräfte in den verschiedenen „Vertriebenenorganisationen“ aufzubauen, und „Rat der Ostdeutschen Landesvertretungen“, der sich in seiner Wühlarbeit vor allem auf polnische und sowjetische Gebiete konzentriert.

9. In den westdeutschen Parlamenten gibt es mehrere Ausschüsse, die sich mit der Förderung des Revanchismus beschäftigen. Allein im Bundestag sind es fünf Ausschüsse, z. B. der „Bundestagsausschuß für gesamtdeutsche und Berliner Fragen“.

10. Um die revanchistische Tätigkeit der verschiedenen Organisationen zu koordinieren/wurden drei Dachorganisationen geschaffen:

- a) „Bund der Vertriebenen - Vereinigte Landsmannschaften und Landesverbände“ (BdV);
- b) „Gesamtverband der Sowjetzonenflüchtlinge“ mit den „Vereinigten Landsmannschaften Mitteldeutschlands“ (VLM);
- c) „Arbeitsgemeinschaft der West- und Überseevertriebenen“.

Der BdV hat die Aufgabe, die revanchistischen Aktionen gegen die östlichen und südöstlichen Nachbarn Deutschlands auszuarbeiten und zu koordinieren. Ihm sind 20 Landsmannschaften angeschlossen. Er verfügt in allen Bundesländern und völkerrechtswidrig auch in dem besonderen Gebiet Westberlin über insgesamt 11 Landesverbände. Der „Gesamtverband der Sowjetzonenflüchtlinge“ und die VLM konzentrieren sich mit ihren angeschlossenen fünf Landsmannschaften auf die Wühlarbeit und Hetze gegen die DDR.

Gegenwärtig gibt es in Westdeutschland mindestens 127 zentrale Revanchistenorganisationen. Sie werden von der Bundesregierung unterstützt und gefördert und vertreten die territorialen Ansprüche des westdeutschen Imperialismus in verschiedenen Formen. In dieser Zahl sind die militaristischen, terroristischen und antisemitischen Organisationen sowie die neonazistischen Parteien nicht enthalten.

VOM STAAT FINANZIERT

Die Revanchistenorganisationen erhalten von der Bonner Regierung nicht nur jegliche ideelle und moralische, sondern auch großzügige finanzielle Hilfe. Der Gesamtetat des „Vertriebenenministeriums“ stieg von 30 Millionen DM im Jahre 1955 auf 244 Millionen DM im Jahre 1963. Im Haushaltsjahr 1964 erhöhten sich allein die Zuschüsse für „Intensivierung der kulturellen Breitenarbeit“ der Revanchistenorganisationen um 250000 DM gegenüber 1963.

Außerdem erhalten die Verbände von den Landesregierungen große Zuwendungen, wie das Beispiel des sozialdemokratisch regierten Bundeslandes Hessen zeigt. Dort wurden allein im Jahre 1964 für die „Heimatpolitik“ 2,8 Millionen DM zur Verfügung gestellt, die sich aus folgenden Positionen zusammensetzen:

„Im einzelnen stehen jetzt an Landesmitteln für die Förderung der Vertriebenenarbeit in Hessen folgende Summen zur Vertagung:

1150000 Mark für zusätzliche Betreuungsmaßnahmen,

275000 Mark zur Förderung von Veranstaltungen der landsmannschaftlichen Gruppen und zur Stärkung des gesamtdeutschen Bewußtseins,

370000 Mark für ostdeutsche Fragen innerhalb der Erwachsenenbildung,

460000 Mark für das ostkundliche Kolleg,

550000 Mark zur Förderung ost- und mitteldeutscher Patenschaften.“

(Das Ostpreußenblatt, Hamburg, 27. Juni 1964)

1945 Kriegsverbrecher - 1965 Revanchistenführer

An der Spitze der westdeutschen Revanchistenverbände und -Ministerien stehen Personen, die sich schwerer Verbrechen gegen den Frieden und die Menschlichkeit schuldig machten.

Als hohe SS-Offiziere und Führer der 5. Kolonne waren sie an der Vorbereitung und Entfesselung des zweiten Weltkrieges sowie an Verbrechen gegen Kriegsgefangene und die Zivilbevölkerung der von den Faschisten überfallenen Staaten beteiligt. Der Sprecher und damit höchste Funktionär der heutigen Landsmannschaften „Oberschlesien“ in Westdeutschland, Ulitz, war der Führer des „Deutschen Volksbundes für polnisch Oberschlesien“, einer faschistischen Organisation der deutschen Minderheit in Polen. Ulitz und sein „Volksbund“ beteiligten sich an der Vorbereitung des Überfalls auf den Sender Gleiwitz (Gliwice). Die Faschisten benutzten diese Provokation als Anlaß für den militärischen Überfall auf Polen und damit für die Entfesselung des zweiten Weltkrieges. Der bereits genannte langjährige Sprecher der Landsmannschaft „Westpreußen“, Kohnert, ist als Führer der faschistischen „Deutschen Vereinigung“ für die Ermordung Tausender polnischer Bürger in Bromberg (Bydgoszcz) verantwortlich.

Als Beamte der faschistischen Besatzungsbehörden sind Revanchistenführer mitverantwortlich für die Ausplünderung, Unterdrückung und Ausrottung der überfallenen Völker, wie beispielsweise der langjährige Ministerialrat und Referent im „Vertriebenenministerium“, Dr. Werner Essen. Als Abteilungsleiter im faschistischen „Reichskommissariat Ostland“ entschied er darüber, wer in den von den Faschisten besetzten Baltischen Sowjetrepubliken und der Belorussischen SSR als „rassisch minderwertig“ galt. Für die Betroffenen bedeutete das meist den Marsch in ein Konzentrationslager und in den Tod.

Als Beamte der faschistischen Behörden in Deutschland waren sie an der Verfolgung von Antifaschisten und jüdischen Bürgern beteiligt. So bemühte sich der ehemalige Nazi-Bürgermeister von Ribnitz, nach 1945 Staatssekretär im Niedersächsischen „Flüchtlingsministerium“, Dr. Walter Wegner, 1936 mit allen Mitteln einen Pogrom gegen die in der Stadt ansässigen jüdischen Bürger zu organisieren. Er lieferte unter anderen den Bürger Michelsen der Gestapo aus.

Die Skala der Revanchistenführer in Westdeutschland reicht vom Nazi-Agenten über den faschistischen General bis zum fanatischen Nazi-Ideologen, vom Landrat bis zum Gestapo-Henker. Sie haben ihre Gesinnung keineswegs geändert. Ihr Kampf, den sie wieder im Interesse der Kriegs- und Eroberungsziele der Rüstungsmonopole führen, richtet sich gegen jede Verständigung, gegen alle Tendenzen einer realen Ostpolitik und gegen jegliche Entspannung.

Seebohm, der 1967 verstorbene Sprecher der „Sudetendeutschen Landsmannschaft“ (SL) und Minister der Erhard-Regierung, erklärte: *„Wir sind an vorderster Front die Vorkämpfer für ein Abschütteln des bolschewistischen Kolonialismus über Osteuropa.“* (Der Spiegel, Hamburg, 17. Mai 1961) Das hätte er wörtlich auch unter Hitler erklären können.

Der Vorsitzende des Landesverbandes Bayern der „Schlesischen Landsmannschaft“, Rumbaur, forderte größere Aktivität gegen jeden Versuch einer internationalen Entspannung: *„Wir wollen nicht versäumen, aus der sich anbahnenden Entwicklung unsere Schlüsse zu ziehen. Sie können nur lauten: ... kein Nachgeben, keine Weichheit, kein Leisetreten.“* (Der Schlesier, Recklinghausen, 7. November 1963)

Und im „Sudetendeutschen Turnerbrief“, Jahrgang 8, vom 1. August 1957, konnte man lesen: *„Wie gewisse Zeitungen heute Richtungen pflegen, die bemüht sind, die Wahrheit zu unterdrücken, beweisen Veröffentlichungen in der ‚Frankfurter Rundschau‘ oder in der ‚Stuttgarter Zeitung‘, die sich ausgerechnet den Sudetendeutschen Tag ausgesucht haben, um an Lidice zu erinnern. Diese Selbstbefleckung widert an... Wissen sie schließlich nicht, daß in Lidice nur Komplizen bezahlter Kreaturen bestraft wurden, die geholfen haben, Mörder zu verbergen?“* (Siehe auch Tafel 43, Sudetendeutscher Turnerbrief, 1. April 1956, „Zwischen Verniggerung und Bolschewisierung“. Dieses Blatt ist das Zentralorgan der „Arbeitsgemeinschaft Sudetendeutscher Turner und Turnerinnen“, deren Vorsitzender der ehemalige SA-Führer Welwarski ist.)

Lemmer, Ernst

NAZISPITZEL UND GOEBBELS-JOURNALIST

heute:

Minister für „Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegsgeschädigte“ bis November 1966; Beauftragter des Bundeskanzlers für Westberlin

Lemmer bewährte sich während des Faschismus als zuverlässiger Diener des deutschen Imperialismus. (Vgl. Ernst Lemmer - Goebbels-Journalist, Nazi-Spitzel, Revancheminister, Nationalrat der Nationalen Front, Berlin 1964)

Am 24. März 1933 stimmte Lemmer als Reichstagsabgeordneter der „Deutschen Demokratischen Partei“ (später „Deutsche Staatspartei“) dem Ermächtigungsgesetz Hitlers zu. Auch in seiner Eigenschaft als Generalsekretär des „Gewerkschaftsrings“ unterstützte er die Hitlerdiktatur. Er schaltete diese Gewerkschaft mit der faschistischen Deutschen Arbeitsfront gleich. In einer Stellungnahme des Gewerkschaftsrings vom 14. März 1933 gab Lemmer folgende Loyalitätserklärung ab:

„Die freiheitlich-nationalen Gewerkschaften sind deshalb gewillt, auch der jetzigen Regierung, die mit der verantwortlichen Staatsmacht das Schicksal des ganzen deutschen

Volkes zu gestalten hat, ihre Mitarbeit zur Verfügung zu stellen.“ (Deutsches Zentralarchiv Potsdam, Bestand: Reichsarbeitsministerium)

Ein Höhepunkt der Gleichschaltung war die Anweisung Lemmers an alle Mitglieder des Gewerkschaftsrings, an der von den Faschisten zu einer chauvinistischen Machtdemonstration mißbrauchten 1. Mai-Kundgebung vollzählig teilzunehmen. In einer der Presse übergebenen Erklärung schreibt Lemmer, während Tausende Antifaschisten bereits in Zuchthäusern und KZ gequält wurden: *„Der Vorstand des Gewerkschaftsrings richtet an seine Verbände und Untergliederungen im Lande die Aufforderung, daß alle Mitglieder der freiheitlich-nationalen Arbeiter- und Angestellten-Verbände am Tage der deutschen Arbeit (1. Mai) an den Veranstaltungen im Bekenntnis zum sozialen und nationalen Staat sich beteiligen!“* (Ebenda)

Folgerichtig wurde Lemmer, der Hitler unterstützte, später zu einem Vertrauensmann der Nazis. Als Auslandsjournalist getarnt, denunzierte er demokratische Kollegen wie den Vertreter der „Berliner Börsenzeitung“, Schwerdtfeger. Über diesen Fall gab Prof. Herbert Melzig am 3. März 1964 in der Berliner Zeitschrift „Wochenpost“ eine Erklärung ab. Prof. Melzig war bis zu seiner Emigration im Jahre 1938 aushilfsweise bei der Presseabteilung der Reichsregierung bzw. der Abteilung IV des Propagandaministeriums als Übersetzer für orientalische Sprachen tätig. In der Erklärung heißt es:

„Aus der damaligen Zeit ist mir auch bekannt, daß Lemmer den Nazis Denunziantendienste leistete. Lemmer gehörte zu den Spitzeln, die den Berliner Journalisten Schwerdtfeger denunzierten. Dieser hatte einer ausländischen Presseagentur von einer auf der sogenannten Reichspressekonferenz von Goebbels an die Presse vertraulich gegebenen Weisung Kenntnis gegeben, die das künftige barbarische Vorgehen der Nazis gegen die Juden betraf. Schwerdtfeger wollte dem Ausland ein Warnzeichen geben. Lemmer denunzierte Schwerdtfeger nicht direkt bei der Gestapo, sondern beim Chef der Presseabteilung der Reichsregierung, der dann die Verhaftung Schwerdtfegers veranlagte. Er erhielt lebenslängliche Haft...“

Solche Denunziationen waren für Lemmer die beste Empfehlung, als er mit seiner Spionagetätigkeit beim Amt VI des Reichssicherheitshauptamtes (Auslandsspionage) unter Leitung des in Nürnberg verurteilten SS-Brigadeführers Walter Schellenberg begann.

Seit 1934 arbeitete Lemmer als Auslandskorrespondent für mehrere ausländische Zeitungen, darunter „Neue Zürcher Zeitung“, „Pester Lloyd“, Berner „Bund“ und „L'Intependance Beige“.

Im direkten Auftrag des Goebbels-Ministeriums schrieb Lemmer Artikel, die die Judenverfolgungen verniedlichen, rechtfertigen und im Ausland propagandistisch vorbereiten sollten.

In einem 1936 in der Schweiz durchgeführten Prozeß gegen einen jüdischen Bürger kam die barbarische Behandlung der Juden in Deutschland zur Sprache. Dies löste im Ausland helle Empörung gegen die Judenpolitik der Nazis aus.

Das Goebbels-Ministerium versuchte, diese Bewegung abzufangen, und beauftragte Lemmer, einen entsprechenden Artikel zu schreiben. Am 4. November 1936 erschien von Lemmer im Berner „Bund“ ein Artikel, in dem den Juden die Schuld an ihrer unmenschlichen Behandlung und Vernichtung in Deutschland gegeben wurde. Am 2. November 1936 schickte Lemmer

den Artikel an Regierungsrat Diewerge, der in der Abteilung VII des Goebbels-Ministeriums „Judenreferent“ für Frankreich, Belgien, Schweiz, Palästina und Ägypten war. In diesem Brief heißt es:

„Ich nehme an, daß die endgültige Formulierung unseren Bedürfnissen entspricht, gleichzeitig aber so gehalten ist, daß sie in dem von mir bedienten liberalen Schweizer Blatt wirklich aufgenommen wird...“

Heil Hitler

Ihr ergebener E. Lemmer“

(Deutsches Zentralarchiv Potsdam, Bestand: Propaganda-Ministerium)

In einem Schreiben vom 5. November 1936 berichtete Diewerge an Goebbels, daß Lemmer den Auftrag erfüllt habe. Zugleich veranlagte Diewerge den Nachdruck des betreffenden Artikels in der Nazi-Presse, der als Beweis für die Billigung der faschistischen Rassenpolitik durch das Ausland dienen sollte. Der Artikel fand auch den ungeteilten Beifall der deutschen Gesandtschaft in Bern, die am 13. November 1936 an Diewerge schrieb:

„Der von Ihnen lancierte Artikel im Berner ‚Bund‘ hat bisher außerordentlich gut gewirkt.“
(Ebenda)

Nach der faschistischen Besetzung Belgiens raubten die Nazis die einflußreiche Brüsseler Zeitung „Le Soir“ und unterstellten sie der deutschen Militärverwaltung. Lemmer wurde auf Betreiben des Auswärtigen Amtes und in Übereinstimmung mit dem Goebbels-Ministerium unter der Bezeichnung „Berliner Korrespondent“ als offiziöser Verbreiter der Nazi-Propaganda auch für den „Le Soir“ eingesetzt. Über den Charakter dieser Zeitung nach der faschistischen Besetzung gibt folgende Meldung Auskunft:

„... eines der infamsten Blätter der Goebbels-Propaganda, hergestellt von gekauften Subjekten, fabriziert von Verrätern ihres eigenen Landes. Der Ton des Blattes war sklavisch prohitlerisch, skrupellos antienglisch und antiamerikanisch und in der Domäne des Antisemitismus vollkommen auf den Jargon des ignoblen Streicher eingestellt...“ (Telegraf, Westberlin, 4. Januar 1941)

In einem ADN-Interview erklärte der heutige stellvertretende Chefredakteur des Brüsseler „Le Soir“, Desire Denuit:

„Nicht einmal Goebbels hätte unter den damals gegebenen Bedingungen die Nazi-Propaganda in Belgien so gut zu betreiben vermocht wie Lemmer! ... Sie (die Nazis - d. Hrsg.) hatten in dem gerissenen Lemmer einen Mann, der in der entsprechenden gefälligen Form schreiben konnte, dessen Korrespondenz aber gerade deswegen um so gefährlichere Vergiftungsmittel waren. Lemmer hat Hitlers Spiel gespielt.“ (Allgemeiner Deutscher Nachrichtendienst, 7. März 1964)

In mehr als 2000 Artikeln und Berichten für die ausländischen Zeitungen verherrlichte Lemmer die „Genialität“ Hitlers, die faschistische Justiz, die Überfälle auf die CSR und Polen und die Ausrottungs- und Kriegspolitik des deutschen Imperialismus.

Einige Artikel aus Lemmers Feder im „Pester Lloyd“ mögen zur Illustration genügen. Dort heißt es über den faschistischen Raubkrieg:

„Mit beinahe atemloser Spannung folgt man der Darstellung der einzelner Phasen des bisherigen Krieges, der nach der Niederwerfung Polens, nach der von Hitler als einzigartige Tat der deutschen Kriegsgeschichte bezeichneten Besetzung des von den französisch-englischen Kriegsausweitungsplänen bedrohten skandinavischen Raumes schließlich auf den Schlachtfeldern Westeuropas einen unvorstellbaren, von der Welt in diesem Tempo und Ausmaß gewiß nicht erwarteten Triumph der deutschen Waffen auslöste.“ (Pester Lloyd Budapest, 19. Juli 1940)

„Die deutschen Angriffsoperationen haben in den letzten Tagen von allen Seiten am westlichen Wolga-Ufer so bedeutsame Fortschritte gemacht, daß die Lage der sowjetischen Verteidigung immer schwieriger, vielleicht schon hoffnungslos geworden ist. Mit der Einnahme wichtiger Höhenzüge im Süden und Norden von Stalingrad ist vermutlich die Entscheidung schon gefallen...“ (A. a. O., 4. September 1942)

Über den berüchtigten Präsidenten des Volksgerichtshofes und die Terrorurteile, namentlich gegen die Beteiligten am Attentat gegen Hitler, schreibt Lemmer:

„Beide Persönlichkeiten (Thierack und Freisler - d. Hrsg.) repräsentieren die moderne Rechtsanschauung des Nationalsozialismus... Die Persönlichkeiten, die auf die leitenden Stellen berufen sind, stehen in dem Ruf, als Männer von großer Rechtserfahrung die erweiterte Aufgabe der Justiz des Reiches tatkräftig erfüllen zu können.“ (A. a. O., 25. August 1942)

„Der Attentatsversuch vom 20. Juli hat mit dem Urteilsspruch der Richter des Volksgerichtshofes eine schnelle Sühne gefunden... Wenn sich der Gerichtshof zu dieser drastischen Form der Exekution entschloß, so offenbar deshalb, weil die Verbrechen der Angeklagten als besonders schimpflich beurteilt werden...“ (A. a. O., 10. August 1944)

Zu Hitlers 50. Geburtstag heißt es in Lemmers Artikel:

„Adolf Hitler - Zum 50. Geburtstag am 20. April

Berlin, im April 1939

(E.L.) Adolf Hitler ist in einem knappen Jahrzehnt für das Begreifen der Welt eine geschichtliche Gestalt geworden... Instinkt und Klugheit bestimmen den Weg des Politikers. Hitler schafft das Großdeutsche Reich, sichert seine totale Einheit im Innern und stärkt in beispielloser Weise die Macht nach außen ...“ (A. a. O., 20. April 1939)

Eng verbunden mit der Denunziation demokratischer Kollegen war die Tätigkeit Lemmers im „Verein der Auslandspresse“ in Berlin zur Gleichschaltung der ausländischen Journalisten. Darüber gibt ein Geheimschreiben des faschistischen Auswärtigen Amtes, Ref. P. Z., Aufschluß. (Siehe [Tafel 44](#) und [45](#), Deutsches Zentralarchiv Potsdam, Bestand: Auswärtiges Amt, Nr. 60526)

Wie hoch die faschistischen Behörden die Tätigkeit Lemmers einschätzten, geht aus folgenden Tatsachen hervor:

Während von den faschistischen Machthabern das Abhören ausländischer Sender generell verboten war und Hunderte von Todesurteilen allein aus diesem Grunde verhängt worden sind, erhielt Lemmer eine entsprechende Genehmigung des Goebbels-Ministeriums.

Als Vertrauensmann des faschistischen Außenministers Ribbentrop begleitete Lemmer im Jahre 1942 den japanischen Botschafter in Berlin, Oshima, auf dessen Reise durch Südosteuropa. Ziel dieser Reise war die stärkere Einbeziehung der Satellitenstaaten Deutschlands in die angeschlagene faschistische Kriegspolitik. Lemmer hatte die Aufgabe, diese Reise zu überwachen und vertrauliche Berichte an Nazi-Dienststellen zu geben. Goebbels schreibt darüber in seinem Tagebuch:

„23. April 1942 (Donnerstag): Der frühere demokratische Reichstagsabgeordnete Lemmer, der jetzt als Auslandsjournalist in Berlin sitzt, hat mit Oshima eine Südostreise angetreten. Er gibt uns darüber einen ausführlichen Bericht, dem man entnehmen kann, daß sich Oshima außerordentlich tatkräftig für die Achsenpolitik eingesetzt hat.“ (Goebbels-Tagebücher, Atlantis-Verlag, Zürich 1948, S. 170)

Lemmer wurde vom Ostministerium, vom Auswärtigen Amt und vom Propagandaministerium in jene besetzten Länder entsandt, in denen die Okkupanten besonders grausam wüteten. Entgegen seinen Behauptungen, daß er „in Ungnade gefallen“ sei, erschien er noch 1944 der Nazi-Führung als der geeignete Mann, um in besonderem Auftrage nach Riga zu fahren und die zunehmende Empörung des Auslandes über die faschistischen Verbrechen zu beschwichtigen sowie die Ausrottungspolitik zu verherrlichen. (Siehe Tafel 44 und 45, Deutsches Zentralarchiv Potsdam, Bestand: Auswärtiges Amt, Nr. 26 106; Lettisches Zentralarchiv Riga, Bestand: „Reichskommissariat Ostland“)

Krüger, Hans

EIN BLUTRICHTER HITLERS

heute:

Bis 1965 CDU-Bundestagsabgeordneter, Rechtsanwalt, Vorgänger Lemmers im Amt des „Vertriebenenministers“.

Der Vorgänger Lemmers als Minister für „Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegsgeschädigte“ war Dr. Hans Krüger. Er hatte sich im Auftrage der CDU als langjähriger BdV-Präsident mit der Durchsetzung des Revanchismus befaßt. Über den Einfluß, den dieser Mann hatte, schreibt die „Rheinische Post“ (CDU): „*Kaum eine Regierungserklärung wurde in den letzten Jahren von Bonn konzipiert, für die nicht der erste und bisher einzige BdV-Präsident Krüger im Kanzleramt, meist unbemerkt von der Öffentlichkeit, vorgesprochen und Wünsche geäußert hätte, die dann mehr - oder minder deutlichen Niederschlag fanden.*“ (Rheinische Post, Düsseldorf, 18. November 1963)

Schon nach dreimonatiger Amtszeit mußte Erhard seinen „Vertriebenenminister“ jedoch auf Grund von Enthüllungen der DDR über die Nazi-Vergangenheit Krügers und seine Tätigkeit als Sonderrichter in Konitz (Chojnice/Polen) entlassen. (Vgl. Bonner Revanchistenallianz gegen Entspannung und Abrüstung, Nationalrat der Nationalen Front, Berlin 1963)

Schon im Jahre 1923 hatte sich Krüger zu Hitler bekannt und nach eigenen Angaben im Lebenslauf am 9. November 1923 am Hitlerputsch gegen die Weimarer Republik teilgenommen. Sofort nach der Machtergreifung des Faschismus wurde er Mitglied der

NSDAP und ihrer Gliederungen, z. B. des NS-Rechtswahrerbundes, des NS-Studentenbundes und des Reichskolonialbundes sowie des VDA. Besonders aktiv beteiligte sich Krüger in der extrem faschistischen Oberländer-Organisation „Bund Deutscher Osten“.

Unmittelbar nach dem faschistischen Überfall auf Polen wurde Krüger NSDAP-Ortsgruppenleiter und Richter im okkupierten Konitz. Am 5. November 1940 wurde Krüger zum Oberamtsrichter beim Amtsgericht in Konitz ernannt. Der polnische Bürger Pabich sagte in einer offiziellen Vernehmung aus, daß bereits in den ersten Wochen von Krügers Amtstätigkeit *„rund 2000 Polen aus Chojnice umgebracht wurden, die bis zu ihrer Ermordung in Krügers Amtsgerichtsgefängnis eingekerkert waren“*. Krüger war *„der Schreck des Gefängnisses“*, bezeugten die Überlebenden von Konitz. In den Zeugenaussagen heißt es weiter: *„Nach jeder Visite durch Krüger im Gefängnis wurden die Inhaftierten sortiert und ein Teil von ihnen zur Hinrichtungsstätte in das ‚Tal des Todes‘ gefahren, wo sie ermordet wurden.“*

Im Jahre 1942 wurde er als „Stellvertreter in erster Linie“ an das neugebildete Sondergericht in Konitz berufen. Dort entwickelte er sich zu einem Spezialisten bei der Durchsetzung der faschistischen Ausrottungspolitik, der sechs Millionen polnische Bürger zum Opfer fielen. Vom Sondergericht wurden selbst für geringfügige Vergehen hohe Zuchthaus- und Todesstrafen verhängt. Nur solche „absolut zuverlässigen“ Richter wie Krüger wurden als Sonderrichter berufen.

Der polnische Staatsbürger Marian Bakowski erklärte vor dem polnischen Kreisstaatsanwalt:

„Hans Krüger war einer derjenigen, die Urteile am Sondergericht fällten. Aus meiner Dolmetscherzeit kann ich mich genau an 5 Todesurteile gegen polnische Bürger erinnern, darunter gegen den polnischen Fähnrich Jeka.“

Diese Mitteilung über Krügers Tätigkeit am Sondergericht wurde von dem Zeugen Michel Znajdek ergänzt:

„Hans Krüger erfreute sich keines guten Rufes. Man sagte von ihm, daß er bei der Urteilsfällung besonders scharf ist. Selbst deutsche Justizbeamte des Gerichtes Konitz, wie der Büroangestellte Plünner, der Oberinspektor Lange, der Justiz-Oberinspektor Pfeiffer und der Justizinspektor Lehmann, sagten, daß Krüger den Polen gegenüber besonders feindlich eingestellt ist. Sie selbst fürchteten ihn auch.“

Der Blut- und Sonderrichter Krüger wurde erst auf Grund des durch die exakten Enthüllungen der DDR und Volkspolens in der ganzen Welt ausgelösten Proteststurmes als Minister abgelöst. Seine politische Laufbahn als Nazi-Okkupationsrichter war in Bonn bereits bei seiner Ernennung bekannt. Schon am 25. November 1963 bot der Generalstaatsanwalt der DDR dem westdeutschen Bundeskanzler Erhard die Einsicht in Originalakten an, die einen seiner Minister als belasteten Nazi entlarvten.

Nach wie vor sitzt Krüger jedoch in der CDU-Fraktion des westdeutschen Bundestages (seit 1957!), tritt als Berater der Revanchistenverbände auf und betreibt unbehelligt seine Rechtsanwaltspraxis.

Oberländer, Theodor

HENKER VON LWOW

heute:

Bis 1965 CDU-Bundestagsabgeordneter, einer der einflußreichsten Revanchepolitiker, von 1953 bis 1960 - vor Krüger und Lemmer - „Vertriebenenminister“, bis 1965 Vorsitzender des Landesverbandes „Oder-Neiße“ der CDU.

Prof. Theodor Oberländer war von 1953 bis 1960 „Vertriebenenminister“. Obwohl die Bundesregierung spätestens seit dem Sommer 1959 wußte, daß sich Oberländer Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit schuldig gemacht hat, blieb er im Amt.

In einem öffentlichen Prozeß vor dem Obersten Gericht der DDR im Jahre 1960 wurde Oberländer wegen Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit in Abwesenheit zu lebenslangem Zuchthaus verurteilt. Oberländer mußte trotz heftigen Widerstandes der Bundesregierung und der Revanchistenorganisationen vier Tage nach dem Urteil als Minister entlassen werden. (Vgl. Die Wahrheit über Oberländer, Ausschuß für deutsche Einheit, Berlin 1960)

Am 9. November 1923 nahm Oberländer - wie der Blutrichter und sein Nachfolger im „Vertriebenenministerium“, Krüger, - am Hitlerputsch gegen die Weimarer Republik teil. Die große Stunde Oberländers kam mit der faschistischen Machtergreifung. Er erklomm in rascher Folge die höchsten Parteiämter. Am 1. März 1933 wurde er Direktor des „Instituts für osteuropäische Wirtschaft“ in Königsberg (Kaliningrad) und 1934, mit 29 Jahren, Professor. Er war Gau-Amtsleiter im Gaustab Ostpreußen, zunächst Landesgruppenleiter und schließlich auf persönlichen Wunsch des Kriegsverbrechers Heß Leiter des berüchtigten „Bundes Deutscher Osten“ (BDO), ferner SA-Hauptsturmführer und Leiter des Landesverbandes Ostpreußen des VDA.

In seiner Tätigkeit als „Reichsleiter“ des BDO war Oberländer an führender Stelle an der theoretischen und praktischen Vorbereitung der Aggression gegen die östlichen Nachbarn Deutschlands beteiligt. Dabei widmete er sich besonders den deutschen Minderheiten im Ausland, denen er folgende Aufgabe stellte:

„Der Deutsche war rassisch überlegen... Jede deutsche Volksgruppe kann draußen ... ein drittes Reich im kleinen sein und... das Judentum bekämpfen.“ (Kampfblatt für Erzieher, 1939)

Das Ergebnis dieses „Volkstumskampfes“ sollte die Ausrottung der slawischen Völker sein:

„Der Volkstumskampf ist unter dem Deckmantel des Friedens nichts anderes als die Fortsetzung des Krieges mit anderen Mitteln... Ein Kampf, der sich auf Generationen hinzieht mit dem einzigen Ziel: Ausrottung!“ (Der Neue Weg, 1936)

Als die Kriegsvorbereitungen in ihr entscheidendes Stadium traten, wurde Oberländer als Spionage-Offizier in die Abteilung II der „Abwehr“ beim Oberkommando der Wehrmacht (OKW) geholt. Diese Abteilung war eine Spionage- und Diversionenzentrale des deutschen Faschismus. Sie warb ihre Agenten vor allem unter den deutschen Minderheiten im Ausland.

Ab Mai 1939 stellte Oberländer seine Erfahrungen in den Dienst der Abwehrstelle des Wehrkreises VII in Breslau (Wroclaw). Mit Unterbrechungen blieb er dort bis zum 18. August 1939. Oberländer gehörte zum Kreis der Initiatoren und Organisatoren des fingierten

Überfalls auf den Sender Gleiwitz (Gliwice), der den Faschisten als Anlaß für den militärischen Überfall auf Polen diente.

Nach der faschistischen Okkupation Polens stellte sich Oberländer an die Spitze der Ausrottungsfanatiker und forderte die restlose Vertreibung und Vernichtung des polnischen Volkes:

„Die Eindeutschung in den Ostgebieten muß in jedem Falle eine restlose sein. Maßnahmen vollständiger Aus- und Umsiedlung mögen für die Betroffenen hart erscheinen - aber eine einmalige Härte ist besser als ein durch Generationen währender Kleinkampf... Aus diesem Grunde ist neben vielen anderen eine Assimilierung des Polentums abzulehnen.“ (Neues Bauerntum, April/Mai 1940)

Vor dem Überfall auf die Sowjetunion begann Oberländer mit der Aufstellung, Ausbildung und politischen Führung einer speziellen Sabotage- und Diversionseinheit für Sondereinsätze der Abteilung „Abwehr II“. Diese Sondereinheit war das Bataillon „Nachtigall“. Es bestand aus ukrainischen Nationalisten und Faschisten sowie aus asozialen und kriminellen Elementen. Die Gruppe war für „Sonderaufgaben“ - Sabotage, Diversion, Mordanschläge und Massenhinrichtungen in der Ukraine - vorgesehen. Sie sollte als erste Einheit in die Sowjetunion einfallen.

Damit begann der furchterlichste Abschnitt in Oberländers Laufbahn als „Ostexperte“ und „Abwehr“-Offizier. Das Bataillon „Nachtigall“ erreichte als erste Einheit der faschistischen Wehrmacht am 30. Juni 1941 die sowjetische Stadt Lwow (Lemberg) und blieb dort bis zum 7. Juli 1941. Die Zahl der in den ersten sechs Tagen der faschistischen Besetzung durch das Bataillon „Nachtigall“ ermordeten Frauen, Kinder und Greise wird auf 3000 bis 5000 geschätzt. In Lwow begann Oberländer, seinen alten Plan zur Vernichtung der polnischen und sowjetischen Intelligenz zu verwirklichen. Unter den 3000 bis 5000 ermordeten Menschen befanden sich auch 34 hervorragende Vertreter des Geisteslebens. Ihre Namen waren vom „Institut für Deutsche Ostarbeit“ in Krakau (Krakow) zusammen mit Oberländer bereits vor der Aggression gegen die Sowjetunion auf die Todesliste gesetzt worden.

Doch nicht nur in Lwow beging die Einheit „Nachtigall“ Massaker unter der sowjetischen Bevölkerung. Das von Oberländer geführte Bataillon richtete auch in den Städten Solotschew, Tarnopol, Prokurow, Shitomir und Winnica furchtbare Blutbäder unter der Zivilbevölkerung an.

Nach kurzem Zwischenspiel als Leiter der Abteilung „Abwehr II“ beim Oberbefehlshaber der Heeresgruppe Süd übernahm Oberländer im Herbst 1941 die Aufgabe, eine Sondereinheit zur Niederhaltung der sowjetischen Bevölkerung im okkupierten Gebiet und zur Bekämpfung der Partisanenbewegung aufzubauen. In diese Einheit preßte Oberländer kriegsgefangene Angehörige der kaukasischen Völker. Für diese Kriegsgefangenen gab es nur die eine Wahl: Hungertod im faschistischen Lager oder Eintritt in das Bataillon (später Regiment) „Bergmann“.

Die unter Oberländers Befehl stehende Sondertruppe „Bergmann“ war von der Wehrmachtsführung zu Diversionsakten im sowjetischen Hinterland vorgesehen. In den Jahren 1942/43 war sie jedoch hauptsächlich an Vernichtungsaktionen gegen die Zivilbevölkerung und die Partisanenbewegung beteiligt. Alle diese Aktionen wurden „mit äußerster Härte“ durchgeführt. Die Einsatzbefehle unterschrieb Oberländer. Wer sich von den Angehörigen dieses Regiments an den Verbrechen nicht beteiligen wollte, wurde erschossen.

So war es auch, als ein Teil des Regiments begann, sich zur Wehr zu setzen. Oberländer ließ sieben Angehörige der Einheit vor ein Kriegsgericht stellen und erschießen. Nach kurzem Einsatz auf dem Balkan „zeichnete“ sich das von Oberländer organisierte und politisch geformte Regiment im Jahre 1944 bei der grausamen Niederschlagung des „Warschauer Aufstandes“ aus.

Gegen Ende des Krieges wurde Oberländer noch zum Major befördert und zum Leiter des Schulungslagers „Ostprop.-Abt. z. b. V.“ in Dabendorf bei Berlin berufen. In diesem Lager wurde die Armee des Verräter-Generals Wlassow ideologisch ausgerichtet. Vor den anrückenden sowjetischen Truppen floh Oberländer in die Tschechoslowakei, wo er in eine SS-Kriegsberichter-Standarte eintrat. Am 23. April 1945 begab er sich dann in amerikanische Gefangenschaft.

Oberländer lebt heute nicht nur unbehelligt in Westdeutschland, sondern ist nach wie vor Abgeordneter der CDU im Bundestag und hat großen Einfluß auf die Politik der westdeutschen Revanchistenorganisationen, obwohl sogar die Bonner Justiz in einem vergeblichen Reinwaschungsversuch die Mordtaten des von ihm geführten Bataillons „Nachtigall“ in Lwow bestätigen mußte.

Die Einsetzung der schwerbelasteten Nazi- und Kriegsverbrecher Oberländer, Krüger und Lemmer als Minister ist bezeichnend für den Geist und die Aufgaben des Bonner „Vertriebenenministeriums“.

Becher, Walter

ANTISEMITISCHER JOURNALIST

heute:

Sprecher der „Sudetendeutschen Landsmannschaft“, in diesem Amt Nachfolger des 1967 verstorbenen Seebohm.

Mit der Wahl Dr. Walter Bechers zum Sprecher der „Sudetendeutschen Landsmannschaft“ wurde einer der reaktionärsten Exponenten der westdeutschen Revanchepolitik und ein Intimus von Franz-Joseph Strauß höchster Funktionär der mit 380000 Mitgliedern größten westdeutschen Revanchistenorganisation. Zahlreiche Zeitungen des In- und Auslandes waren sich darin einig, daß Becher selbst seinen berüchtigten Vorgänger, Seebohm, in der Revanchehetze noch überbieten werde. So schreibt *„Die Zeit“*: *„Seebohm, das wird sich alsbald zeigen, war im Vergleich zu Becher nur ein ärgerlicher Sonntagsredner.“* (*Die Zeit*, Hamburg, 2. Februar 1968) Bereits in seiner Antrittsrede bekräftigte er seinen extrem revanchistischen Standpunkt mit der Forderung an die westdeutsche Regierung, *„sich auf keinen Fall auf Erklärungen einzulassen, die von einer Annullierung des Münchener Abkommens aus dem Jahr 1938 sprächen“*. (*Süddeutsche Zeitung*, München, 29. Januar 1968)

Am 1. November 1938 wurde Becher Mitglied der NSDAP (Mitgliedsnummer 6588113), nachdem er vorher Mitglied der Henlein-Partei (SdP) war.

Nach der Okkupation des Sudetengebietes verbreitete Becher als Redakteur des Ressorts Kunst, Wissenschaft und Unterhaltung des Organs der NSDAP-Gauleitung Reichenberg (Liberec), *„Die Zeit“*, den nazistischen Rassenwahn. So forderte er beispielsweise unter der Überschrift *„Lieder, auf die wir verzichten“*, daß alle Lieder, *„deren Worte von Juden*

stammen oder die von Juden vertont sind“, nicht mehr gesungen werden sollen. (Die Zeit, Reichenberg, 17. November 1938) In einem anderen Artikel erklärte Becher, „*daß die allgemeine Entjudung auch die erste Voraussetzung für den Neuaufbau des sudetendeutschen Kulturlebens ist.*“ (Die Zeit, Reichenberg, 9. November 1938)

Über die in dem damals noch nicht okkupierten tschechoslowakischen Gebiet lebenden jüdischen Bürger schrieb Becher:

„Allzu nachdrücklich hat die jüdische Hetzpresse das Schauernmärchen vom ‚Trojanischen Pferd‘ aufgetischt, in dessen Bauch die gefährlichen Henleinovici auf den Untergang des tschechoslowakischen Staates lauerten. Dadurch erreichte sie es, daß die Tschechen blind wurden für das ‚Jüdische Pferd‘, dessen Bauch schon lange die ‚geistigen Kämpen‘ Alljudas über den tschechischen Staat ausgespieen hatte; die Maffia-Juden, die unterirdisch am Aufbau des Beneschistischen Trugbildes mitgearbeitet hatten, waren entsprechend belohnt worden und saßen in uneinnehmbaren Positionen in der ‚Prager Presse‘. Von dort ging auch die ‚Organisation‘ aus, die durch den jüdischen Gebieter der ‚deutschen Urania‘, Prof. Frankl, die ‚deutsche Sendung‘ Prag im Dienste Alljudas und unter der Lüge, staatsertreu im tschechoslowakischen Sinne zu sein, gestaltet...“ (Die Zeit, Reichenberg, 2. Januar 1939)

Im Mai 1939, als die Juden des okkupierten Sudetengebietes bereits aus allen Stellungen in Wirtschaft, Politik und Kultur vertrieben worden waren und den Weg in die Ghettos und Konzentrationslager angetreten hatten, feierte Becher dieses Verbrechen: „*Das Sudetenland ist Kulturland geworden. Erst die befreiende Tat des Führers hat unzählige schlummernde Kräfte aufgeweckt... Was unter der Patronanz einer volksfremden, von jüdischen Maklern beeinflussten Regierung bewußt totgeschwiegen wurde, kann sich heute dem allgemeinen Urteil stellen.*“ (Die Zeit, Reichenberg, 23. Mai 1939)

Nach Ausbruch des Krieges war Becher in einer Propaganda-Kompanie als Kriegsberichterstatter tätig.

In Westdeutschland gehörte Becher zu den Gründungsmitgliedern des „Witikobundes“, jener Untergliederung der „Sudetendeutschen Landsmannschaft“, in der sich die am meisten belasteten Sudeten-Nazi organisierten. Zeitweilig war er sogar Vorsitzender dieses Bundes.

Von 1950 bis 1952 war er Mitglied des Bayrischen Landtages und Fraktionsvorsitzender der neonazistischen Partei GB/BHE. Als diese Partei nicht mehr in den Landtag gelangte, wechselte Becher zur CSU über und wurde 1965 Bundestagsabgeordneter.

Seine ganze Tätigkeit nach 1945 zeigt, daß Becher noch immer zu den politischen Thesen steht, die er als Nazi-Journalist und Henlein-Anhänger vertrat.

Otto, Hans-Werner

ZUM OSTEINSATZ BERUFEN

heute:

Staatssekretär im Innenministerium in Schleswig-Holstein.

Am 1. September 1938 kam der Altnazi Dr. Hans-Werner Otto (NSDAP seit 1. Januar 1932, Nr. 1190423) an die Bezirkshauptmannschaft Innsbruck, um dort „Reichsverteidigungsangelegenheiten“ (Notstandsfragen) und „Probleme der Angliederung

des Verwaltungsrechts“ zu bearbeiten, das heißt die Annexion Österreichs juristisch zu untermauern. Ein Jahr später, am 21. Oktober 1939, wurde er Landrat in Feldkirch (Vorarlberg) und Kreisamtsleiter für Kommunalpolitik der dortigen NSDAP-Kreisleitung. Für seine Verdienste bei der Annexion Österreichs erhielt Otto im August 1939 die „Medaille zur Erinnerung an den 13. März 1938“.

Nach dem Überfall auf die Sowjetunion ließ sich Okkupationsspezialist Otto in die „neuen Ostgebiete“ versetzen. Er wurde Anfang 1942 Gebietskommissar im faschistisch besetzten Nikolajew in der Ukraine und war unter anderem für die ökonomische Ausplünderung dieses Gebiets verantwortlich.

Alle vom Gebietskommissar unterzeichneten Anordnungen für die Deportation von Sowjetbürgern zur Zwangsarbeit endeten mit der Drohung:

„Wer nicht erscheint und sich dadurch der Arbeitspflicht entzieht, wird... in besonders schwerwiegenden Fällen... zum Tode verurteilt.“ (Ukrainska Dumka, 17. Juli 1943)

Daß dies nicht nur eine leere Drohung war, zeigt die Bekanntmachung des Bezirkskommissars in Nikolajew vom 6. Juli 1943:

„Am heutigen Tage wurden durch ein deutsches Sondergericht in der Stadt Nikolajew gemäß der Verordnung des Reichsministers für die besetzten Ostgebiete vom 17. Februar 1942 wegen Schädigung des Wohls des deutschen Staates zum Tode verurteilt: (Es folgt eine Liste von zehn 18jährigen Sowjetbürgern.) Die vorgenannten Personen entzogen sich der Verrichtung ihrer obligatorischen Arbeit... durch die Flucht von ihrer Arbeitsstelle... Die Todesurteile wurden heute vollstreckt.“ (Nowij CAS, 21. Juli 1943)

1945 wurde Ottos Karriere nicht unterbrochen. In Schleswig-Holstein zählt er zu den prominentesten Förderern der Revanchistenverbände (er war lange Zeit hoher Beamter, zuletzt Staatssekretär, im „Vertriebenenministerium“ in Schleswig-Holstein) und neofaschistischen Kräfte.

Kohnert, Hans

HENKER VON BYDGOSZCZ

heute:

Mitglied im Bundesvorstand der „Landsmannschaft Westpreußen“ und Hauptgeschäftsführer des Verbandes Deutscher Fleischwarenfabriken.

Im Jahre 1935 wurde Dr. Hans Kohnert Vorsitzender der faschistischen Organisation der deutschen Minderheit im polnischen Warthe-Gebiet, „Deutsche Vereinigung“. Seine Hauptmethoden zur Unterminierung des polnischen Staates waren neben der intensiven Spionagetätigkeit die faschistische Erziehung und militärische Ausbildung der Jugend sowie die Einbeziehung möglichst vieler Bürger der deutschen Minderheit in das Netz der 5. Kolonne. Enge Beziehungen pflegte Kohnert mit Oberländer und der obersten SS-Führung, von der er auch das Geld für seine Wühlätigkeit erhielt.

Im Jahre 1938 begann Kohnert mit dem Aufbau der SS in diesen Gebieten Polens. Die Organisation existierte unter der Bezeichnung „Selbstschutz“ und wurde beim Überfall auf Polen gegen die polnische Armee und Bevölkerung eingesetzt. Der von Kohnert

kommandierte „Selbstschutz“ ist für die Ermordung Tausender Bürger von Bromberg (Bydgoszcz) verantwortlich. An jenem verhängnisvollen 3. September 1939 ereignete sich in dieser Stadt, dem Sitz der Untergrundorganisation Kohnerts, folgendes:

In den Morgenstunden eröffneten Kohnerts SS-Banden, die ihre Stunde gekommen sahen, aus Häusern und von Dächern ein heftiges Feuer auf die sich in das Landesinnere zurückziehenden polnischen Truppen. Der polnische Stadtkommandant erließ daraufhin den Befehl, die Stadt von den SS-Banditen zu säubern. Etwa 260 Meuchelmörder aus der faschistischen 5. Kolonne wurden aufgespürt und von der polnischen Armee hingerichtet. Diese von dem Faschisten Kohnert provozierten Ereignisse nahmen die SS und die Gestapo zum Vorwand, nach der Okkupation Polens allein in Bromberg 10500 Menschen - darunter ganze Schul- und Gymnasialklassen - zu ermorden. Weitere 13000 kamen bei der Deportation um.

Für diese „Verdienste“ wurde Kohnert 1939 zum SS-Oberführer befördert und als Landesbauernführer im damaligen Gau Netze-Wartheland eingesetzt. Hitler dekorierte ihn mit dem „Goldenen Ehrenzeichen der NSDAP“.

Ulitz, Otto

ORGANISIERTE DAS VERBRECHEN VON GLEIWITZ

heute:

Sprecher der „Landmannschaft Oberschlesien“.

Seit 1921 war Otto Ulitz Leiter des „Deutschen Volksbundes für polnisch Oberschlesien“. Die große Stunde dieses „Volksbundes“ kam mit der Machtergreifung Hitlers. Von Ulitz extrem faschistisch orientiert, begannen die Schlägerkolonnen des „Volksbundes“, besonders im Jahre 1939, immer häufiger blutige Zusammenstöße zu provozieren. Eine Welle faschistischer Provokationen ging durch das polnische Land. Das Ziel war, die politische Situation bis zum äußersten anzuspannen, um einen geeigneten Anlaß für den militärischen Überfall auf Polen zu schaffen.

Ulitz war mit seiner als „Volksbund“ getarnten 5. Kolonne zur Vorbereitung und Durchführung des fingierten Anschlages auf den Sender Gleiwitz (Gliwice) eingesetzt. In mehreren Besprechungen mit der obersten SS-Führung übernahm Ulitz für den Anschlag folgende Aufgaben: Er hatte die vom faschistischen Sicherheitsdienst ausgesuchten Leute, die sich unter Führung des SD-Mannes Naujocks nach Gleiwitz (Gliwice) begaben, zu beraten und ihnen genaue Ortskenntnisse zu vermitteln. Ferner half er einen polnisch sprechenden zuverlässigen „Volksdeutschen“ auszuwählen, der Naujocks zur Verfügung gestellt wurde. Dieser Verbrecher hielt nach dem fingierten „Überfall“ in polnischer Sprache eine Hetzrede im Gleiwitzer Sender.

Am 31. August 1939 rollte das Unternehmen gegen den Sender Gleiwitz ab. Am nächsten Tag begann der militärische Überfall auf Polen und damit der zweite Weltkrieg.

Ulitz wurde für seine vielfältigen Verdienste bei der Vorbereitung der Aggression zum Ministerialrat und Abteilungsleiter der Regierung in Kattowitz (Katowice) ernannt und erhielt am 18. Oktober 1939 das „Goldene Ehrenzeichen der NSDAP“.

Richthofen, Bolko von

EIN EHRLOSER DENUNZIANTE

heute:

„Bundeswissenschaftsberater“ und Mitglied im Vorstand der „Landmannschaft Schlesien“.

Freiherr Bolko von Richthofen gehörte zu den antisemitischen und revanchistischen Professoren Hitlers. In seinen pseudowissenschaftlichen Schriften versuchte er, die antisemitische Barbarei der Nazis und den Herrschaftsanspruch des deutschen Imperialismus, besonders gegenüber Osteuropa, zu begründen. Dazu einige Titel aus seiner Bibliographie: „Rasse und Volkstum in der bolschewistischen Wissenschaft“, „Ursprung der Ostjuden und Chasaren“, „Judentum und bolschewistische Kulturpolitik“.

Seine politische Laufbahn begann Richthofen in den reaktionären Freikorps und der „Schwarzen Reichswehr“. Später führte ihn seine erzreaktionäre Einstellung in den faschistischen „Bund Deutscher Osten“.

Als Leiter der „Berufsvereinigung deutscher Vorgeschichtsforscher“ denunzierte er den Wissenschaftler Prof. Wirth, der eine zur faschistischen Rassentheorie abweichende Meinung geäußert hatte und freundschaftlich mit jüdischen Bürgern verkehrte. Es gibt Dokumente in großer Zahl, die ein bezeichnendes Licht auf Richthofen, diesen fanatischen Verfechter der barbarischen Rassentheorie und -praxis des Faschismus werfen. In einem Brief vom 24. Januar 1934 schreibt er an Prof. Günther in Jena:

„Ich verstehe nicht, weshalb man Wirth aus menschlichen und taktischen Gründen schonen soll... Ihre Anregung einer Erklärung möglichst der Gesamtheit der völkischen Hochschullehrer gegen Wirth erscheint mir außerordentlich wertvoll, nur sollte sie nicht in milden, sondern meines Dafürhaltens in schneidend scharfen Worten gehalten sein.“ (Siehe auch Tafel 47, Landeshauptarchiv Schwerin, Bestand: Ministerium für Unterricht, Nr. 1267)

Prof. Wirth war nicht das einzige Opfer des Denunzianten Richthofen. Auch die Wissenschaftler Gesemann und Winkler wurden von ihm als „Juden- und bolschewistenfreundlich“ den Nazi-Behörden gemeldet.

Während des zweiten Weltkrieges arbeitete Richthofen als Referent und „Sonderbeauftragter“ beim Oberkommando des Heeres (OKH), Abteilung „Fremde Heere Ost“, im Spionageapparat des damaligen Generalleutnants und heutigen Präsidenten des Bundesnachrichtendienstes, Reinhard Gehlen. In einem Brief an die Universität Leipzig schrieb Richthofen am 16. Oktober 1944:

„Meine Arbeitskraft habe ich inzwischen in der Hauptsache von hier aus der Wehrmacht und der Partei zu Schulungsvorträgen über den Bolschewismus zur Verfügung gestellt, um damit den Durchhaltewillen stärken zu helfen.“ (Archiv der Universität Leipzig)

Als Durchhaltefanatiker rühmte sich Richthofen auch in einem Artikel der „Leipziger Neueste Nachrichten“. Dort heißt es unter anderem:

„Die wissenden und verantwortungsbewußten Europäer kennen gegen die Hölle des Bolschewismus und seine plutokratischen Handlanger nur das kämpferische Durchhalten bis zum Letzten. Allein dadurch können unser Volk, Europa und die Welt gerettet werden.“ (Leipziger Neueste Nachrichten, 15. November 1944)

Richthofen ist heute der führende Ideologe der „Schlesischen Landsmannschaft“. Darüber hinaus ist er einer der Organisatoren und Förderer der rechtsradikalen und halbfaschistischen „Aktion Oder-Neiße“ (AKON).

Im Jahre 1964 wurde er von Lübke mit dem Bundesverdienstkreuz Erster Klasse dekoriert.

Illing, Paul

SS-TERRORIST

heute:

Bundesgeschäftsführer der „Sudetendeutschen Landsmannschaft“ (SL), Sekretär der „Bundesversammlung“ der SL, Mitglied des „Beirates“ beim Lemmer-Ministerium.

Schon am 1. März 1923 trat Paul Illing in Wien der NSDAP bei und wurde dort Blockleiter. Zur gleichen Zeit wurde er Mitglied der SA. Im Auftrage der Nazi-Partei ging er in die CSR, um an der faschistischen Beeinflussung der deutschen Minderheit und der Wühlarbeit gegen den tschechoslowakischen Staat teilzunehmen. Illing organisierte dort den „Volkssport“, eine faschistische Terrororganisation, die nach den Prinzipien der SS organisiert und gegen die tschechoslowakische Bevölkerung eingesetzt wurde. Als stellvertretender Landesführer dieser Organisation, die unter Leitung des späteren Nazi-Gauleiters und Kriegsverbrechers Hans Krebs stand, war er für die Provokationen verantwortlich, die seine Organisation inszenierte. In der bürgerlichen CSR wurde er deshalb wegen staatsfeindlicher Tätigkeit zu zwei Jahren und sieben Monaten Gefängnis verurteilt.

Im Jahre 1938 holte ihn Himmler nach Deutschland. Von hier aus sollte Illing die Okkupation der CSR vorbereiten helfen. Er wurde als SS-Sturmbannführer und als Leiter zweier Abteilungen im Stab des SS-Oberabschnittes „Elbe“ eingesetzt. Schon ein Jahr danach wurde er zum SS-Obersturmbannführer befördert. Über seine weitere Arbeit in der SS schreibt Illing in seinem Lebenslauf:

„Am 15. 3.1939 wurde ich dem Reichsführer SS beim Einmarsch nach Prag als Führer und Dolmetsch zugeteilt. Anschließend baute ich als Leiter der SS-Annahmestelle des SS-Oberabschnittes ‚Elbe‘ und als Standortführer von Prag die Schutzstaffel im nördlichen Protektorat auf. Vom Dezember 1939 an führte ich ehrenamtlich die 103. SS-Standarte in Aussig und bin seit Juni 1940 ehrenamtlicher Gau-Organisationsleiter in Reichenberg.“
(Zentrales Staatsarchiv der CSSR, Prag, Bestand: Reichsstatthalter Sudetenland)

Illing wurde dann in einem der größten Kreise des Sudetengebietes, in Leitmeritz (Litomerice), zum Landrat berufen. Die Nazi-Partei verzichtete jedoch nicht auf ihn. Vom „Stellvertreter des Führers“ wurde er zur NSDAP-Gauleitung Reichenberg (Liberec) berufen, wo er als Stabsleiter arbeitete. Für seine aktive Mitwirkung bei der Vorbereitung und Durchführung der Annexion der CSR und der Organisierung des SS-Terrors gegen die tschechische Bevölkerung erhielt Illing unter anderem den „Totenkopfring“ und den „Ehrendegen des Reichsführers SS“, das „Goldene Ehrenzeichen der NSDAP“ und das Kriegsverdienstkreuz.

Neuwirth, Hans

ARISIERUNGSSPEZIALIST

heute:

Mitglied des „Sudetendeutschen Rates“, Vorsitzender des Rechtsausschusses und Mitglied des Presseausschusses und der „Bunderversammlung“ der SL, Geschäftsführer der „Union der Vertriebenen“ in der CSU und Sekretär des „Collegium Carolinum“, eines Zentrums der imperialistischen Ostforschung; hauptamtlich ist er im Auswärtigen Amt der Bonner Regierung tätig.

Seit 1935 war Dr. Hans Neuwirth Abgeordneter der sudetendeutschen Nazi-Partei, seit 1936 Mitglied der Hauptleitung und Mitglied des Rechtsamtes. Der Kriegsverbrecher Henlein bezeichnete Neuwirth als den „politischen Rechtsanwalt“ seiner Partei. Die Gauleitung Reichenberg (Liberec) der NSDAP charakterisierte ihn wie folgt: „*Da er vertraglich die Verpflichtung zur Führung von politischen Prozessen übernommen hatte, wurde ihm vom VDA ein fixes Gehalt von RM 1000,- gezahlt. In Nikolsburg habe er scharf gegen die Verjudung gerade des dortigen Bezirks Stellung genommen.*“ (Zentrales Staatsarchiv der CSSR, Prag, Bestand: Gauleitung Reichenberg)

Nach der Annexion des Sudetengebietes durch die Hitlerfaschisten beschäftigte sich Neuwirth mit Plänen der Vernichtung des tschechischen Volkes. Seine Vorschläge zur faschistischen Ausrottungspolitik legte er in einem Memorandum vom 15. Oktober 1938 unter dem Titel „Bemerkungen zur tschechoslowakischen Frage“ dem Auswärtigen Amt Ribbentrops vor. Dort heißt es:

„Vordringlich ist die Klärung der Hauptfrage: was soll mit dem Reststaate geschehen? Zwei Möglichkeiten erscheinen gegeben: A) Man überläßt die Tschechen sich selbst, riegelt den Reststaat wirtschaftlich ab, übersteigert in Ausmaß und Tempo die wirtschaftlichen und sozialen Schrumpfungerscheinungen, befördert dadurch die Verselbständigungsbestrebungen der Slowaken und Ukrainer bis zur staatspolitischen Separation und nimmt endlich nicht zu vermeidende Unruhen auch sozialer und wirtschaftlicher Schwierigkeiten zum Anlaß, um aus dem Titel der für das Reich unvermeidlichen Ordnungsherstellung rein machtmäßig die historischen Länder zu übernehmen und unter die direkte Hoheitsverwaltung des Reiches zu stellen. Nach der machtmäßigen Einverleibung der Gebiete der historischen Länder müßte jedenfalls eine reine obrigkeitliche Verwaltung eingerichtet werden, die ohne schärfste Anwendung polizeilicher Pressionsmittel mit dem Ziel persekutiver Verdrängung nicht auskommen könnten. Diese Politik ist grundsätzlich möglich, muß jedoch mit allen Konsequenzen und gegebenenfalls erbarmungslos gewollt werden...“ (Zentrales Staatsarchiv der CSSR, Prag, Bestand: Auswärtiges Amt, Nr. D 497783ff.)

Nach der faschistischen Okkupation auch der restlichen Gebiete der ČSR wurde Neuwirth von dem berüchtigten Kriegsverbrecher Heydrich beauftragt, den jüdischen Petschek-Konzern zu liquidieren. Die vom SD gemeinsam mit Neuwirth vollzogene Arisierung dieses Konzerns führte zur Ermordung von 12 Angestellten. Die „arisierten“ Petschek-Unternehmen wurden zum Teil dem faschistischen „Hermann-Göring-Konzern“ einverleibt. Dabei hatte sich Neuwirth als ein besonders geeigneter Fachmann für den Raub jüdischen Vermögens erwiesen und wurde mit der „Reorganisation“ eines weiteren Zweigunternehmens des Petschek-Konzerns, der „Montan- und Industrialwerke AG“ im Falkenauer Gebiet, beauftragt. Nachdem Neuwirth alle jüdischen Teilhaber verdrängt und der Gestapo übergeben hatte, trat er als Mitglied in den Vorstand des „arisierten“ Unternehmens ein.

Zoglmann, Siegfried

DEM „FÜHRER“ VERSCHWOREN

heute:

Leitender Funktionär der „Sudetendeutschen Landsmannschaft“ und parlamentarischer Geschäftsführer der FDP-Fraktion im Bonner Bundestag.

Seit 1928 war Siegfried Zoglmann in der faschistischen Jugendbewegung und seit 1931 als Redakteur und Chefredakteur faschistischer Jugendzeitungen, wie „Jungdeutsches Volk“, „Die Fanfare“ und „Deutscher Ostraum“, tätig. 1935 wurde er Bannführer. Kriegsverbrecher Schirach ernannte ihn zum Leiter der Verbindungsstelle im Presse- und Propagandaamt beim Reichs Jugendführer. Nach der Okkupation der ČSR wurde Zoglmann als Hauptbannführer und später als Gebietsführer Chef der Befehlsstelle Böhmen und Mähren der HJ und Abteilungsleiter beim Kriegsverbrecher K. H. Frank, dem „Reichsprotector“ im faschistisch besetzten Prag.

In dieser Eigenschaft nahm er an allen internen und „militärisch überwachten“ Veranstaltungen teil. Zu diesem Kreis hatten unter anderen Zutritt: „Reichsprotector“ K. H. Frank, Oberbannführer Zoglmann, SS-Oberführer Stahlecker, führende Mitglieder der Nazi-Kreisleitung, zu der auch das heutige Vorstandsmitglied des „Witikobundes“, der ehemalige Kreisleiter der NSDAP in Prag, Konstantin Höss, gehörte.

Die von Zoglmann selbst oder zusammen mit anderen Nazi-Größen herausgegebenen Schriften zur „politischen Bildung“ der HJ weisen ihn als einen fanatischen Anhänger des faschistischen Systems aus. In seinem Buch „Jugend erlebt Deutschland“ schrieb er unter anderem: *„Deutschland lebt in den marschierenden Kolonnen der SA und im Gleichschritt der jungen Wehrmacht.“* Und an anderer Stelle: *„Ein Glaube ist es, der sie eint. Ein Wille, der sie beseelt. Eine Fahne, hinter der sie marschieren. Ein Führer, dem sie sich verschworen.“*

In einem Brief an den Kriegsverbrecher Frank vom 20. Januar 1940 bat Zoglmann um die Aufnahme in die SS mit einem seiner Position entsprechenden Dienstgrad. Er bezog sich dabei auf eine Unterredung mit Himmler, die er am 12. Januar 1940 in Berlin hatte. Zoglmann erhielt als Auszeichnung für seine Mitwirkung an der Okkupation der ČSR das „Goldene Ehrenzeichen der HJ“. Seit 1943 gehörte Zoglmann der Waffen-SS an.

Karmasin, Franz

HENKER DES SLOWAKISCHEN VOLKES

heute:

Geschäftsführer des „Witikobundes“, der faschistischen Propagandazentrale der „Sudetendeutschen Landsmannschaft“, Mitglied im „Sudetendeutschen Rat“ und Mitglied der Bundesversammlung“ der von Becher geführten „Sudetendeutschen Landsmannschaft“.

Unter den schwerbelasteten Nazi- und Kriegsverbrechern, die die „Sudetendeutsche Landsmannschaft“ durchsetzen, ragt Franz Karmasin mit seinen grauenhaften Verbrechen gegen das slowakische Volk besonders hervor. Im Jahre 1926 ging er als Funktionär des extrem nationalistischen „Deutschen Kulturbundes“ in die Slowakei, um die dort lebenden deutschen Minderheiten nationalistisch zu beeinflussen und sie in die staatsfeindliche Tätigkeit gegen die ČSR einzubeziehen. Seit dieser Zeit war er auch mit dem Kriegsverbrecher Henlein befreundet, der ihn am 15. Oktober 1937 zu seinem Stellvertreter in der sudetendeutschen Nazi-Partei und zum Beauftragten für die Slowakei ernannte. Nachdem die deutschen Faschisten die ČSR okkupiert hatten, gaben sie der Slowakei unter der

Herrschaft des Faschisten Tiso eine formale Selbständigkeit, um den Widerstandswillen des tschechoslowakischen Volkes zu spalten. Dieser formal selbständige slowakische Staat war aber nur ein nazistisches Protektorat. Als NS-Volksgruppenführer und Staatssekretär in der Tiso-Regierung hatte Karmasin die Aufgabe, die slowakischen Faschisten zu kontrollieren und darüber zu wachen, daß sie den Befehlen Hitlers nachkamen.

Nach der Lostrennung der Slowakei von den tschechischen Gebieten organisierte Karmasin den SS-, SA- und Polizeiterror.

Unter den ersten Opfern befanden sich 700 Angehörige der deutschen Minderheit, die, als asoziale Elemente abgestempelt, in die Vernichtungslager der SS transportiert wurden. In seinem Brief vom 28. Juli 1942 an Himmler schrieb Karmasin:

„Reichsführer!

Abermals sehe ich mich veranlagt. Ihnen, Reichsführer, für die neuerliche großzügige Hilfeleistung, die Sie uns durch die Ermöglichung der Aussiedlung asozialer Elemente gewährt haben, den herzlichsten Dank auszusprechen. Die Aktion, die von seiten der Volksdeutschen Mittelstelle Pg. Lackmann und von meinem Amte Dr. Toth durchführte, hatte einen vollen Erfolg... Heil Hitler! Ihr Karmasin.“ (Archiv des tschechoslowakischen Justizministeriums)

Zur Durchführung solcher Aktionen und zur Ausrottung der slowakischen Bevölkerung schuf Karmasin die berüchtigte „Freiwillige Schutzstaffel“ (FS), eine Terrororganisation, die sich in Aufbau, Aufgaben, Geist und Führung in nichts von der SS Himmlers unterschied. Um die Vernichtungspolitik vorzubereiten und die Bevölkerung in „rassisch Minderwertige“ und „rassisch Wertvolle“ einteilen zu können, forderte Karmasin den Chef des SS-Rasse- und Siedlungshauptamtes, SS-Gruppenführer Pancke, bei Himmler an. Im Bericht des SS-Gruppenführers vom 18. Juni 1940 heißt es über das Ergebnis dieses Einsatzes in der Slowakei:

„Die Juden in der Slowakei erfreuen sich heute noch unbeschränkter Freiheit ... Lediglich von der Volksgruppe, insbesondere der FS (Freiwillige Schutzstaffel) sind in den Städten, in denen sich eine größere Anzahl Deutscher befindet, durch Terrormaßnahmen Juden vertrieben worden oder ausgewandert. Nach Entfernung der Juden und Zigeuner, außerdem nach Ausschaltung der Magyare und Magyaronen - schätzungsweise 500000 Menschen -kann meiner Ansicht nach dieses Land wieder voll dem Deutschtum zurückgewonnen werden ...“ (Ebenda)

Nach dem Besuch des SS-Gruppenführers Pancke sah Karmasin die Zeit gekommen, das Versprechen zu erfüllen, das er und die slowakischen Faschisten Durcansky und Mach im Winter 1938/39 bei einer Unterredung mit Göring gegeben hatten: das jüdische Problem auf gleiche Art und Weise wie in Deutschland zu lösen. (IMT, Bd. III, S. 171) Die „Freiwillige Schutzstaffel“ Karmasins hatte sich in antisemitischen Exzessen bereits bestens bewährt. Sie konnte jetzt zur Deportation der jüdischen Bevölkerung in die Vernichtungslager in großem Maßstab eingesetzt werden:

„Freiwillige Schutzstaffel

FS.-Sturmbann 1

Preßburg, d. 28. Mai 1942

An das Innenministerium, Abt. XIV

z.H. Dr. Vasko

Unser Zeichen A/St

Preßburg

Abt. IV- AZ. 12 a

In der Anlage überreiche ich Ihnen die Namenslisten der FS-Angehörigen, welche in der Zeit vom 7.-23. Mai d.J. als Polizeihilfsdienst bei der Sicherstellung jüdischen Eigentums Verwendung fanden. Ersuche, für dieselben die Vergütung des Lohnentganges erwirken zu wollen.

Heil Hitler - Nastraz

Der Adjutant d. Sturbannes Asvany“

(Zentrales Staatsarchiv der CSSR, Prag, Bestand: Deutsche Partei)

Von den im Auftrag Karmasins deportierten slowakischen Juden wurden 60000 ermordet. Damit auch wirklich alle Juden in die Vernichtungslager deportiert werden konnten, drang Karmasin noch im Sommer 1944 darauf, alle Juden genauestens zu registrieren:

*„Der Führer d. Deutschen Volksgruppe
in der Slowakei*

Dringend!!

Preßburg am 2. 6. 1944

Herrn

Minister Alexander Mach

Preßburg

Sehr geehrter Herr Minister!

Ich gestatte mir, Dich auf folgendes aufmerksam zu machen: Zur Durchführung der Verordnung über die pflichtgemäße Anmeldung und die Ausstellung von Bürgerlegitimationen werden Anmeldeformulare vorbereitet. In diesen Anmeldeformularen fehlt ausnahmsweise die Rubrik Religion, so daß die ganzen Juden die Möglichkeit haben, sich zu tarnen. Ich hielt es für dringend notwendig, nicht nur diese Rubrik einzuführen, sondern tunlichst auch die Frage zu stellen, zu welcher Religion sie sich vor dem Jahre 1938 bekannten, damit jeglicher Zweifel behoben wird.

Heil Hitler! Nastraz!

Karmasin“

(Archiv des tschechoslowakischen Justizministeriums)

Der Lohn für die Unterdrückung und Ausrottung des tschechoslowakischen Volkes für Karmasin war unter anderem seine Beförderung zum SA-Brigadeführer und SS-Hauptsturmführer.

Himmler, Frank und Henlein entzogen sich durch Selbstmord dem Gericht der Völker. Der Vollstrecker ihrer Politik in der Slowakei, Karmasin, verbarg sich nach 1945 zunächst unter dem Namen Dibak in Österreich und ging später nach Westdeutschland. Obwohl er auf der Kriegsverbrecherliste der CSSR steht, kann Karmasin in Westdeutschland seinen richtigen Namen wieder tragen, ohne Gefahr zu laufen, festgenommen und wegen seiner Verbrechen verurteilt zu werden. Und nicht nur das. Karmasin ist heute einer der einflußreichsten Männer in der „Sudetendeutschen Landsmannschaft“.

Hitlers 5. Kolonne-Bonner Revanchistenführer

Ammerling, Rudolf

vor 1945: SS-Führer beim Befehlshaber der Sicherheitspolizei in Prag

nach 1945: Bezirksgeschäftsführer der „Sudetendeutschen Landsmannschaft“ (SL) Oberfranken; Kreisobmann der SL in Bayreuth und Mitglied des „Witikobundes“

Asbach, Hans-Adolf

vor 1945: 1933 NSDAP; NSDAP-Gauwalter der Deutschen Arbeitsfront in Stettin (Szczecin); Kreishauptmann im besetzten Polen

nach 1945: Bis 1957 Sozialminister in Schleswig-Holstein; Funktionär des EHE in Schleswig-Holstein; Mitglied des Parteipräsidiums GB/BHE; war lange Zeit Vorsitzender der „Pommerschen Landsmannschaft“

Aschenbrenner, Viktor, Dr.

vor 1945: Mitglied der Henlein-Partei, Sekretär des „Deutschen Kulturverbandes“ und 1937 Leiter der „Sudetendeutschen Stelle“, beides Spionage-Tarnorganisationen; im Hitlerkrieg Gauwart der faschistischen Organisation „Kraft durch Freude“

nach 1945: Regierungsrat der Hessischen Landesregierung; Mitglied der Bundesversammlung der „Sudetendeutschen Landsmannschaft“; Vorsitzender des „Kulturausschusses“

Babenzien, Friedrich

vor 1945: 1932 NSDAP; Redakteur des Mitteilungsblattes der NSDAP „Westhavelländische Tageszeitung“; NS-Kreispressewart

nach 1945: Funktionär der „Landsmannschaft Berlin-Mark-Brandenburg“

Bartl, Ernst

vor 1945: Funktionär der NSDAP-Kreisleitung Eger; zweiter NS-Bürgermeister von Eger (Cheb)

nach 1945: Herausgeber des Blattes „Der Egerländer“; im Führungsstab „Arbeitsgemeinschaft sudetendeutscher Turner“

Becher, Walter, Dr.

vor 1945: Journalist des NS-Gauorgans „Die Zeit“ in Reichenberg (Liberec); an Judenverfolgung im Sudetengebiet beteiligt; PK-Kriegsberichterstatter

nach 1945: Generalsekretär des „Sudetendeutschen Rates“; Referent für Öffentlichkeitsarbeit im Bundesvorstand der „Sudetendeutschen Landsmannschaft“; ausgezeichnet mit Bayrischem Verdienstorden; CSU-Bundestagsabgeordneter; Sprecher der „Sudetendeutschen Landsmannschaft“

Bierschenk, Theodor

vor 1945: Mitverfasser einer Liste polnischer Journalisten aus Litzmannstadt (Lodz), die Anfang November 1939 von der Gestapo ermordet wurden

nach 1945: Leiter der „Heimatauskunftsstelle Polen II“ in Niedersachsen und Pressereferent der „Landsmannschaft Weichsel-Warthe“

Böhm, Franz, Dr.

vor 1945: Sekretär Henleins; Vorsitzender des Gaugerichtes der NSDAP-Gauleitung Reichenberg (Liberec)

nach 1945: Vorsitzender der „Sudetendeutschen Landsmannschaft“; Mitglied des BdV-Präsidiums

Böhmert, Kurt

vor 1945: NS-Amtsgerichtsrat; Vorsitzender des Kreisgerichtes der NSDAP Jüterbog-Luckenwalde

nach 1945: Vorsitzender der Arbeitsgemeinschaft der „Heimatkreisbetreuer“ der „Landsmannschaft Berlin-Mark-Brandenburg“

Böse, Ossi

vor 1945: Führer der „Sudetendeutschen Jugend“; Gefolgsmann Henleins

nach 1945: Bundes Jugendführer der „Deutschen Jugend des Ostens“

Bornemann, Felix

vor 1945: Kreisleiter der NSDAP in Znaim; seit 1938 Mitglied des faschistischen Reichstages

nach 1945: „Heimatkreisbetreuer“ aller in Westdeutschland lebenden ehemaligen Umsiedler aus dem Kreis Znaim

Brand, Walter, Dr.

vor 1945: Leiter der Kanzlei und außenpolitischer Experte Henleins; Vorstandsmitglied des faschistischen „Kameradschaftsbundes“; Generalreferent für den Göringschen Vierjahrplan im okkupierten Sudetenland; SA-Sturmführer

nach 1945: Vorstandsmitglied des „Witikobundes“; Referent für rechtliche Grundsatzfragen im Bundesvorstand der „Sudetendeutschen Landsmannschaft“; Mitglied des „Sudetendeutschen Rates“

Brehm, Fritz

vor 1945: SS-Obersturmbannführer; hauptamtlicher SS-Führer beim „Reichskommissar für die Festigung des deutschen Volkstums“; Träger des „Totenkopfringes“ und des Goldenen Ehrenzeichens der NSDAP“

nach 1945: Vorstandsmitglied des „Witikobundes“ und der „Sudetendeutschen Landsmannschaft“

Breuer, Emil

vor 1945: Ortsgruppenleiter der NSDAP in Reichenberg (Liberec); Mitorganisator des „Sudetendeutschen Freikorps“ - der Henlein-SS; 1941 im Direktorium der Sparkasse in Litzmannstadt (Lodz); Kriegsverdienstkreuz

nach 1945: Von einem Gericht der ČSR verurteilt; Bundeswirtschaftsreferent im Bundesvorstand der „Sudetendeutschen Landsmannschaft

Christ, Hans, Dr.

vor 1945: Bannführer der Hitlerjugend in Ungarn

nach 1945: Kulturreferent der „Landsmannschaft der Deutschen aus Ungarn“; Führer der Bundesgruppe der „Ungarn-Deutschen“

David, Herbert, Dr.

vor 1945: Mitarbeiter Henleins; Leiter des Rechtsamtes der NSDAP-Gauleitung Reichenberg (Liberec), seit 1938 Mitglied des faschistischen Reichstages; NS-Oberlandesgerichtspräsident in Leitmeritz (Litomerice); verantwortlich für das dortige Sondergericht; SS-Oberführer

nach 1945: Mitglied im Landesvorstand der „Sudetendeutschen Landsmannschaft“ in Niedersachsen

Delphendahl, Heinrich

vor 1945: Redakteur der Nazi-Presse; NS-Bürgermeister von Gotha und Rudolstadt; Vorsitzender des Kreisgerichtes der NSDAP in Gotha; Mitglied der NSDAP (Nr. 195270)

nach 1945: Vorsitzender der „Bundeslandsmannschaft Thüringen“

Domabyl, Josef :

vor 1945: Mitglied der NSDAP-Leitung im okkupierten Prag; führende Funktion in der Protektoratsverwaltung

nach 1945: Regierungsdirektor bei der Landesregierung Schleswig-Holstein; Referent für Finanzen im Bundesvorstand der „Sudetendeutschen Landsmannschaft“

Eggert, Oskar, Dr.

vor 1945: Verfasser von „Blut- und Bodenschriften“ über Mecklenburg und Pommern; Heeresstudienrat bei der faschistischen Wehrmacht

nach 1945: Mitbegründer und Sprecher der „Pommerschen Landsmannschaft“; Mitglied des Beirates beim „Vertriebenenministerium“

Essen, Werner, Dr.

vor 1945: Mitarbeiter im faschistischen Reichsinnenministerium; zusammen mit Globke an der Ausarbeitung und Durchführung der Rassengesetze beteiligt; 1941 im faschistischen Reichskommissariat „Ostland“ Abteilungsleiter und maßgebender „Germanisierungsspezialist“

nach 1945: Ministerialrat und Referatsleiter im Referat 1/5 des „Vertriebenenministeriums“; seit 1965 Ruhestand; Mitglied im „J.-G.-Herder-Forschungsrat“, einem Zentrum der imperialistischen Ostforschung

Föder, Kurt

vor 1945: Verwaltungsoberinspektor in Klingenthal und Chef der Ortspolizei; lieferte Antifaschisten in die KZ; nach dem Überfall auf Polen Distriktgouverneur; 1932 NSDAP

nach 1945: Regierungsoberinspektor im Referat HI/4 des „Vertriebenenministeriums“

Foltinek, Lothar

vor 1945: Redakteur des NS-Gauorgans „Die Zeit“ in Reichenberg (Liberec)

nach 1945: Bis 1967 Chefredakteur der „Sudetendeutschen Zeitung“; Mitglied im Bundesausschuß für Presse und Information der „Sudetendeutschen Landsmannschaft“

Frank, Ernst

vor 1945: Kreishauptamtsleiter der NSDAP in Karlsbad (Karlovy Vary); Herausgeber faschistischer Zeitungen und Broschüren in der ČSR; Bruder des Kriegsverbrechers K. H. Frank

nach 1945: Redakteur der Zeitung „Wegweiser für Heimatvertriebene“ und des „Sudetendeutschen Turnerbriefes“; Mitglied des „Witikobundes“

Franke, Gotthard

vor 1945: Landrat und Politischer Leiter der NSDAP in Groß-Kunetitz und Freiwaldau (Frywaldov)/ČSR

nach 1945: Minister für Wirtschaft und Verkehr in Hessen; Stellvertretender Bundesvorsitzender GB/BHE, Präsidiumsmitglied des „Witikobundes“

Gaksch, Franz

vor 1945: Verwaltungsführer im Umsiedlerkommando Graz der SS-Organisation „Volksdeutsche Mittelstelle“

nach 1945: CSU-Landtagsabgeordneter und Verwaltungschef des Landtages Bayern; Vorsitzender der „Union der Vertriebenen“ in der CSU

Gille, Alfred, Dr.

vor 1945: NS-Bürgermeister in Lötzen; Mitglied der NSDAP-Gauleitung Ostpreußen

nach 1945: Sprecher der „Landsmannschaft Ostpreußen“ bis 1966; Landesvorsitzender des „Bundes der Vertriebenen“ in Schleswig-Holstein; Stellvertretender Vorsitzender der neonazistischen „Gesamtdeutschen Partei“

Gödel, Johannes, Dr.

vor 1945: Seit 1933 Angehöriger der SS; 1941 SS-Untersturmführer im SD

nach 1945: Regierungsdirektor im Niedersächsischen „Vertriebenenministerium“, Leiter der Zentralgruppe, Vorsitzender der „Landsmannschaft Schlesien“, Gruppe Hannover

Götz, Hermann, Dr.

vor 1945: Mitarbeiter des faschistischen Geheimdienstes in der ČSR, dafür mit der „Gedenkmedaille zum 1. Oktober 1938“ ausgezeichnet

nach 1945: Bundestagsabgeordneter der CDU; Mitglied im „Sudetendeutschen Rat“

Goldschmidt, Georg, Dr.

vor 1945: Führer der faschistischen 5. Kolonne in Ungarn und Chefredakteur mehrerer Nazi-Zeitungen; Antisemit und Rassenhetzer

nach 1945: Stellvertretender Referent II/5 des „Vertriebenenministeriums“

Graebe, Horst

vor 1945: Aktive Betätigung in der faschistischen 5. Kolonne in Polen, „Deutsche Vereinigung“, Nazi-Amtsgerichtsrat im okkupierten Wrzesnia

nach 1945: Ministerialrat und Leiter des Referates I/1 des „Vertriebenenministeriums“

Groeben, Karl von der

vor 1945: 1932 NSDAP; politischer Leiter; von 1936-1943 Landrat in Insterburg (Tschernjachowsk); 1943 in die faschistische Verwaltung in Lomscha versetzt

nach 1945: Vorsitzender der Landesgruppe Rheinland-Pfalz der „Landsmannschaft Westpreußen“; bis 31. März 1964 Oberregierungsrat und Leiter der Abteilung V (Landesflüchtlingsverwaltung und Kriegsfolgenhilfen) im Sozialministerium Rheinland-Pfalz

Guthsmuths, Willi, Dr.

vor 1945: SA-Hauptsturmführer; SS-Sturmbannführer; Verwaltungsdirektor der „Sudetendeutschen Bergbau AG“ in Brüx (Most)

nach 1945: Vorstandsmitglied des „Witikobundes“; Staatssekretär im Bayrischen Ministerium für Wirtschaft und Verkehr a.D.; ausgezeichnet mit dem Großen Bundesverdienstkreuz des Verdienstordens mit Schulterband

Hacker, Gustav

vor 1945: Gründer des „Bundes der deutschen Landjungen“ in der ČSR; führte als Spitzenakteur der SdP den „Bund der Landwirte“ der Henlein-Partei zu. Mitarbeiter im Landwirtschaftsministerium im okkupierten Prag

nach 1945: Hessischer Landwirtschaftsminister; Vorstandsmitglied des „Bauernverbandes der Vertriebenen“; Präsidiumsmitglied des „Witikobundes“

Hamm, Franz

vor 1945: Gehörte zu den Führern der 5. Kolonne in Jugoslawien; politischer Beauftragter der Nazi-Volksgruppenführung für den südslawischen Staat; leitete die Fraktion der NSDAP im ungarischen Parlament

nach 1945: Leiter des Referats II/3 im „Vertriebenenministerium“

Hanely, Ernst von

vor 1945: Redakteur an dem Nazi-Gauorgan „Die Zeit“ in Reichenberg (Liberec)

nach 1945: Verlagsleiter der „Sudetendeutschen Zeitung“

Härtig, Ernst

vor 1945: Aktives NSDAP-Mitglied (Nr. 858977); war schon 1932 Blockleiter in Gera-Ost

nach 1945: Geschäftsführer der „Vereinigten Landsmannschaften Mitteldeutschlands“; Vorsitzender der Landesgruppe Niedersachsen der „Landsmannschaft Thüringen“

Hergl, Walter, Dr.

vor 1945: SS-Hauptsturmführer bei der Sicherheitspolizei in Prag

nach 1945: Regierungsdirektor; Leiter des Ministerbüros und der Pressestelle im Bayrischen Arbeitsministerium (dieses Ministerium ist für die Förderung des Revanchismus in Bayern verantwortlich)

Höller, Franz

vor 1945: Gaupropagandaleiter der NSDAP in der Gauleitung Sudetenland; 1933 SS; Leiter des faschistischen Reichspropagandaamtes Sudetenland und der Landeskulturkammer

nach 1945: Chefredakteur des Hessischen BdV-Organs „Wegweiser für Heimatvertriebene“

Höss, Konstantin

vor 1945: NSDAP-Kreisleiter im okkupierten Prag; Führer der faschistischen „Karpattendeutschen Partei“; Führer im „Sudetendeutschen Freikorps“ - der Henlein-SS

nach 1945: Vorstandsmitglied des „Witikobundes“ Geschäftsführer des „Verbandes heimatvertriebener Verleger e. V.“ -Dachorganisation für 350 revanchistische Zeitungen mit einer Gesamtauflage von etwa zwei Millionen

Illing, Paul

vor 1945: 1923 NSDAP; SA; führender Akteur der faschistischen 5. Kolonne in der ČSR; organisierte den Aufbau der SS in den okkupierten Sudetengebieten; Landrat in Leitmeritz (Litomerice); Stabsleiter der NSDAP-Gauleitung Reichenberg (Liberec); SS-Obersturmbannführer; mit „Goldenem Ehrenzeichen der NSDAP“, „Totenkopfring“ und „Ehrendegen des Reichsführers SS“ dekoriert

nach 1945: Bundesgeschäftsführer der „Sudetendeutschen Landsmannschaft“ und Sekretär der „Bundesversammlung“; Mitglied des Beirates beim „Vertriebenenministerium“

Jahn, Hans-Edgar, Dr.

vor 1945: HJ- und NSDAP-Führer; NS-Führungsoffizier

nach 1945: Vorstandsmitglied der „Pommerschen Landsmannschaft“; Herausgeber militaristischer Schriften; Präsident der „Arbeitsgemeinschaft demokratischer Kreise“ - einer antikommunistischen Hetzorganisation; CDU-Bundestagsabgeordneter

Jahn, Rudolf, Dr.

vor 1945: Gauhauptstellenleiter im Sudetenland; SA-Standartenführer

nach 1945: Vorstandsmitglied des „Witikobundes“; Redakteur der „Blätter deutscher Gildenschaften“

Jaschek, Felix, Dr.

vor 1945: Propagandist der Henlein-Partei; ab 1938 Agent des faschistischen Nachrichtendienstes in der ČSR; mitbeteiligt an Vorbereitung und Durchführung der Okkupation der ČSR

nach 1945: Rechtsanwalt in Bremen; Mitglied der Bundesversammlung der „Sudetendeutschen Landsmannschaft“

Jungschaffer, Karl

vor 1945: Führender Funktionär der Henlein-Partei; Redakteur des Nazi-Gauorgans „Die Zeit“ in Reichenberg (Liberec)

nach 1945: Verlagsleiter des „Vertriebenen-Anzeigers“ und der Zeitschrift „Wehr und Heimat“

Karmasin, Franz

vor 1945: Seit 1926 führender Akteur der 5. Kolonne in der Slowakei; 1937 Stellvertreter Henleins; Staatssekretär unter der faschistischen Tiso-Regierung in der Slowakei und Nazi-Volkgruppenführer; SA-Brigadeführer, SS-Hauptsturmführer

nach 1945: Geschäftsführer des „Witikobundes“; Mitglied des „Sudetendeutschen Rates“; Mitglied der Bundesversammlung der „Sudetendeutschen Landsmannschaft“

Keil, Theo

vor 1945: SA-Standartenführer; Leiter des NS-Gauamtes für Erziehung der NSDAP-Gauleitung Reichenberg (Liberec); Hauptleitungsmitglied des „Deutschen Kulturverbandes“ - einer 5. Kolonne in der ČSR; Hauptleitungsmitglied des faschistischen „Bundes der Deutschen“

nach 1945: Herausgeber des „Sudetendeutschen Erzieherbriefes“; führend in der Ostkunde tätig

Kiesewetter, Anton

vor 1945: Schatzmeister und Finanzexperte der Henlein-Partei; Direktor der „Kreditanstalten der Deutschen“ in Reichenberg (Liberec); maßgeblich an der Ausplünderung der ČSR beteiligt; Landesobmann der „Reichsgruppe Banken“ im Sudetenland

nach 1945: Wirtschaftsexperte und Mitglied der „Bundesversammlung“ der „Sudetendeutschen Landsmannschaft“; Pensionär nach dem 131er Gesetz zur Versorgung von Nazi-Akteuren und NS-Verbrechern

Kohnert, Hans, Dr.

vor 1945: Seit 1935 Vorsitzender der „Deutschen Vereinigung“ - einer faschistischen Organisation der deutschen Minderheit in Polen; verantwortlich für Provokationen vom 3. September 1939 (Bromberger Blutsonntag) in Bydgoszcz; SS-Oberführer; „Landesbauernführer“ im „Reichsgau Warteland“; Träger des „Goldenen Ehrenzeichens der NSDAP“

nach 1945: Vorstandsmitglied der „Landsmannschaft Westpreußen“

Köllner, Fritz, Dr.

vor 1945: Enger Mitarbeiter Henleins; Organisationsleiter der sudetendeutschen Nazi-Partei; 1938 Führer der Gruppe „Schlesien“ des „Sudetendeutschen Freikorps“ - der Henlein-SS; Stellvertretender Gauleiter der NSDAP im Sudetenland; SA-Brigadeführer; „Reichstreuhand der Arbeit“ für das okkupierte Sudetengebiet; verantwortlich für die Deportation tschechoslowakischer Bürger als Zwangsarbeiter in die faschistische Rüstungsindustrie; Träger des „Goldenen Ehrenzeichens der NSDAP“

nach 1945: Oberregierungsrat und Leiter des Referates V/35 im Bayrischen Arbeitsministerium

Kraft, Waldemar

vor 1945: Führender Funktionär der in Polen wirkenden faschistischen 5. Kolonne; Präsident der Landwirtschaftskammer Posen (Poznan); Mitarbeiter im Reichssicherheitshauptamt und in der Treuhandverwaltung Ost; SS-Ehrenhauptsturmführer

nach 1945: 1953-1956 Bundesminister; von 1953-1965 Mitglied des Bundestages; CDU-Ostexperte

Kraus, Silverius

vor 1945: Nazi-Amtsgerichtsrat beim Oberlandesgericht Kattowitz (Katowice), NSDAP-Blockleiter, Schulungsleiter und Hauptstellenleiter für Lehrwesen

nach 1945: Oberregierungsrat und Leiter des Referates II/1 des „Vertriebenenministeriums“

Krautwig, Karl-Ludwig

vor 1945: Oberkriegsgerichtsrat; Oberfeldrichter; er war aktives Mitglied der SA

nach 1945: Staatssekretär im „Bundesministerium für Gesamtdeutsche Fragen“; seit 1965 „Bevollmächtigter“ der Bundesregierung in Westberlin; Mitglied im Forschungsbeirat des „Gesamtdeutschen“ Ministeriums

Krüger, Hans, Dr.

vor 1945: Teilnehmer am Hitlerputsch gegen die Weimarer Republik 1923; aktives Mitglied der Nazi-Partei und verschiedener Nazi-Organisationen; „Stellvertreter in erster Linie“ beim Sondergericht im okkupierten Konitz (Chojnice); fällte mehrere Todesurteile gegen polnische Bürger; in den ersten Wochen seiner Tätigkeit wurden 2000 in Krügers Amtsgefängnis in Konitz eingekerkerte Polen ermordet

nach 1945: 1958-1963 Präsident des BdV; von Erhard 1963 als „Vertriebenen“-Minister ins Kabinett berufen; mußte auf Grund der DDR-Enthüllungen über seine Nazi-Vergangenheit schon nach drei Monaten wieder entlassen werden; CDU-Bundestagsabgeordneter bis 1965

Lange, Heinz, Dr.

vor 1945: HJ-Gebietsführer und aktives NSDAP-Mitglied im Sudetenland; Waffen-SS

nach 1945: Vorsitzender des „Witikobundes“; Mitglied des „Sudetendeutschen Rates“; FDP-Abgeordneter im Landtag von Nordrhein-Westfalen

Lemmer, Ernst

vor 1945: Stimmt als Reichstagsabgeordneter dem Ermächtigungsgesetz Hitlers zu; als Generalsekretär des „Gewerkschaftsrings“ schaltete er diese Gewerkschaft mit der DAF gleich; denunzierte als Auslandsjournalist demokratische Kollegen; enge Zusammenarbeit mit Reichssicherheitshauptamt, Goebbels-Ministerium und Auswärtigem Amt; verherrlichte in mehr als 2000 Artikeln die Eroberungs- und Ausrottungspolitik des Faschismus; wurde mit Sonderaufträgen vom Goebbels-Ministerium und vom Auswärtigen Amt betraut

nach 1945: Minister in der Adenauer und Erhard-Regierung; von 1963-1966 „Vertriebenen“-Minister

Leukert, Edmund

vor 1945: Aktives Mitglied der sudetendeutschen Nazi-Partei; Abteilungsleiter in der Gauwirtschaftskammer Sudetenland

nach 1945: Vorsitzender des „Hauptausschusses für Flüchtlinge und Ausgewiesene“ in Bayern

Maier, Erich

vor 1945: Redaktionschef des Nazi-Gau- Organs „Die Zeit“ in Reichenberg (Liberec)

nach 1945: Chefredakteur des „Vertriebenenanzeigers“ und des „Deutschen Anzeigers“; Herausgeber der militaristischen Monatsschrift „Wehr und Heimat“

Maurach, Bruno, Dr.

vor 1945: 1931 NSDAP; 1933 SS; Oberregierungsrat und Leiter der Gruppe „Presse“ im Goebbels-Ministerium

nach 1945: Oberregierungsrat des „Vertriebenenministeriums“; seit 1965 im „gesamtdeutschen“ Ministerium

Menzel, Wilhelm

vor 1945: Nazi-Pädagoge an der Hochschule für Lehrerbildung in Breslau (Wroclaw); Gauredner der NSDAP

nach 1945: Kulturreferent der „Landsmannschaft Schlesien“; Abgeordneter der „Schlesischen Landesversammlung“

Metzner, Adolf

vor 1945: Kreisleiter der NSDAP in Dux (Duchov); Leiter der faschistischen Spionage gegen die ČSR; Gaubevollmächtigter für Schulung in der DAF

nach 1945: Präsidiumsmitglied der „Sudetendeutschen Landsmannschaft“

Mühlen, Heinrich von zur, Dr.

vor 1945: Regierungsrat im Auswärtigen Amt; enger Mitarbeiter des berüchtigten Geopolitikers und VDA-Präsidenten Karl Haushofer; mit „Sonderaufgaben“ betraut, deshalb u. k. gestellt

nach 1945: Mitarbeiter im Referat II/3 des „Vertriebenenministeriums“

Müller-Wurll, Heinz

vor 1945: SS-Offizier im SD des SS-Oberabschnittes Nord

nach 1945: Landesgruppenvorsitzender der „Landsmannschaft Berlin-Mark-Brandenburg“

Nehring, Walter

vor 1945: Faschistischer Panzergeneral; gab beim Überfall auf die Sowjetunion den Befehl, keine Gefangenen zu machen; für barbarische Kriegführung von Hitler hoch dekoriert

nach 1945: Stellvertretender Vorsitzender der „Landsmannschaft Westpreußen“, Vorsitzender des „Rhein-Ruhr-Klubs“

Neuwirth, Hans, Dr.

vor 1945: Führender Akteur der sudetendeutschen Nazi-Partei; verteidigte als Rechtsanwalt faschistische Provokateure; entwarf Pläne zur völligen Vernichtung des tschechischen Volkes; „arisierte“ jüdische Unternehmen und bereicherte sich persönlich daran

nach 1945: Mitglied des „Sudetendeutschen Rates“; Vorsitzender des Rechtsausschusses und Mitglied des Presseausschusses der „Bundesversammlung“ der „Sudeten-deutschen Landsmannschaft“; Geschäftsführer der „Union der Vertriebenen“ in der CSU und Sekretär des „Collegium Carolinum“ - eines Zentrums der imperialistischen Ostforschung

Niffka, Georg

vor 1945: Referent in der Regierung des faschistischen Generalgouvernements in Polen

nach 1945: Aktives Mitglied der „Landsmannschaft Oberschlesien“ des „Kuratoriums unteilbares Deutschland“ - dem Propagandainstrument der Bonner Regierung zur Annexion der DDR; führendes Mitglied der neonazistischen „Gesamtdeutschen Partei“

Oberländer, Theodor, Prof. Dr.

vor 1945: Teilnehmer am Hitlerputsch gegen die Weimarer Republik; nach 1933 steile Karriere als faschistischer Ostexperte. „Bundesleiter“ des BDO; führender Ideologe der faschistischen 5. Kolonne, der Ostexpansion und der Ausrottungspolitik gegen die osteuropäischen Völker; als Führer von Sondereinheiten für Massenmorde in Lemberg (Lwow) und anderen sowjetischen Städten verantwortlich

nach 1945: Von 1953-1960 „Vertriebenen“-Minister; vom Obersten Gericht der DDR wegen Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit zu lebenslangem Zuchthaus verurteilt; dadurch zum Rücktritt gezwungen; lebt unbehelligt in Westdeutschland; Mitglied der CDU-Fraktion des Bundestages bis 1965

Ohmann, Franz, Dr.

vor 1945: Mitglied der sudetendeutschen Nazi-Partei und des „Freiwilligen-Schutzdienstes“ - einer SS-Organisation Henleins; Mitarbeiter der Gestapo-Leitstelle Prag; dort war er zur Verfolgung von Antifaschisten und jüdischen Bürgern eingesetzt

nach 1945: Stellvertretender Vorsitzender der „Sudetendeutschen Landsmannschaft“; Mitglied des „Sudetendeutschen Rates“ und der Bundesversammlung der „Sudetendeutschen Landsmannschaft“

Otto, Egbert

vor 1945: Nazi-Landesbauernführer; Mitglied des faschistischen Reichstages; Mitglied des „Reichsbauernrates“; Leiter der Hauptabteilung II im Verwaltungsamt des Reichsnährstandes; enger Mitarbeiter des Kriegsverbrechers Darre

nach 1945: Geschäftsführendes Vorstandsmitglied der „Landsmannschaft Ostpreußen“

Otto, Hans-Werner, Dr.

vor 1945: 1932 NSDAP, Kreisamtsleiter; faschistischer Landrat in Österreich und in den besetzten Ostgebieten

nach 1945: Staatssekretär im Innenministerium von Schleswig-Holstein

Pfluger, Karl, Dr.

vor 1945: Mitglied der sudetendeutschen Nazi-Partei; NSDAP; SS; Mitarbeiter des faschistischen Geheimdienstes; an Vorbereitung und Durchführung der Okkupation der ČSR beteiligt

nach 1945: Stadtsyndikus in Regensburg; Mitglied der Bundesversammlung und des Präsidiums der „Sudetendeutschen Landsmannschaft“

Pleite, Hans, Dr.

vor 1945: SA; NSDAP; Oberstabsfrontführer der Organisation Todt - Einsatzgruppe Kyffhäuser

nach 1945: Zweiter Vorsitzender der „Bundeslandsmannschaft Thüringen“

Pozorny, Reinhard

vor 1945: Führendes Mitglied des tschechenfeindlichen „Deutschen Kulturverbandes“; Kulturfachmann in der NSDAP-Gauleitung Reichenberg (Liberec); Stadtdirektor in Pilsen (Plzen); Gauredner der NSDAP, Gestapo-Spitzel

nach 1945: Redakteur der „Sudetendeutschen Zeitung“; führendes Mitglied des „Kulturausschusses“ der „Sudetendeutschen Landsmannschaft“

Richthofen, Bolko Freiherr von, Prof.

vor 1945: Faschistischer Prähistoriker; Antisemit; denunzierte mehrere Wissenschaftler bei Nazi-Behörden; Sonderbeauftragter im Spionagedienst beim Oberkommando des Heeres (OKH), Abteilung „Fremde Heere Ost“; Durchhaltefanatiker

nach 1945: „Bundeswissenschaftsberater“ der „Schlesischen Landsmannschaft“

Samulski, Robert, Dr.

vor 1945: Nazi-Rassen- und SS-Sippenforscher in Schlesien

nach 1945: Führender Akteur der „Landsmannschaft Schlesien“ in Nordrhein-Westfalen

Sandner, Rudolf

vor 1945: SA-Standartenführer; Hauptleitungsmitglied der Henlein-Partei; Gauamtsleiter für Presse; Gauleitungsmitglied der NSDAP Reichenberg (Liberec)

nach 1945: Vorstandsmitglied des „Witikobundes“; Bundesorganisationsleiter des BHE

Schellhaus, Erich

vor 1945: NS-Bürgermeister von Bad Salzbrunn (Szczawno Zdrój)

nach 1945: Präsidiumsmitglied des „Bundes der Vertriebenen“; Sprecher der „Landsmannschaft Schlesien“; Minister in Niedersachsen a. D.

Schlünder, Ernst, Dr.

vor 1945: Obergebietsführer der Hitlerjugend; Hauptamtschef in der Reichs Jugendführung

nach 1945: Vorstandsmitglied des „Witikobundes“; Oberregierungsrat und Persönlicher Referent des Hessischen Staatsministers Franke

Schubert, Leo

vor 1945: Eines der ersten Mitglieder der Nazi-Partei (Nr. 87); Mitglied des faschistischen Reichstages; SS-Standartenführer; für Verdienste bei der Vorbereitung der Annexion des

Sudetenlandes erhielt er u. a. den „Ehrendegen des Reichsführers SS“ und das „Goldene Ehrenzeichen der NSDAP“

nach 1945: Landesvorsitzender der „Sudetendeutschen Landsmannschaft“ in Nordrhein-Westfalen

Schulpig, Hans

vor 1945: 1929 NSDAP; 1931 SS; zuletzt SS-Standartenführer im SS-Personal-Hauptamt; Träger des „Totenkopfringes“ und des „Ehrendegens des Reichsführers SS“

nach 1945: Leitartikler des Zentralorgans der „Schlesischen Landsmannschaft“, „Der Schlesier“

Schwarz, Sepp

vor 1945: Hauptstellenleiter im Schulungsamt der Gauleitung Sudetenland

nach 1945: Vizepräsident der sudetendeutschen Bundesversammlung

Sebekovsky, Wilhelm

vor 1945: Mitbegründer der Henlein-Partei; SA-Brigadeführer; Regierungspräsident in Karlsbad (Karlovy Vary); Beisitzer am „Volksgerichtshof“

nach 1945: Gründungsmitglied des „Witikobundes“; Mitglied der Redaktion „Blätter deutscher Gildenschaften“ (inzwischen verstorben)

Seebohm, Hans-Christoph, Dr.-Ing.

vor 1945: Beteiligt an der „Arisierung“ jüdischer Bergbauunternehmen nach der Okkupation der ČSR, erhielt führende Posten in den Vorständen mehrerer „entjudeter“ Unternehmen

nach 1945: Dienstältester Bundesminister; Sprecher der „Sudetendeutschen Landsmannschaft“; als ehemaliger Präsident der Industrie- und Handelskammer Braunschweig an Unterschlagungen von 70000 DM beteiligt (1967 verstorben)

Seiboth, Frank (früher Franz)

vor 1945: SS-Hauptsturmführer; Gauhauptstellenleiter; Gauschulungsleiter; HJ-Gebietsführer im Sudetenland; Mitglied der NSDAP-Gauleitung Reichenberg (Liberec)

nach 1945: Mitglied des Bundesvorstandes der „Sudetendeutschen Landsmannschaft“; Vorsitzender der neonazistischen „Gesamtdeutschen Partei“

Senteck, Rudolf

vor 1945: Oberregierungsrat; SS-Unterscharführer; ab 1939 im Stab des SS-Rasse- und Siedlungshauptamtes

nach 1945: Ministerialdirigent; Leiter der Abteilung IV im „Vertriebenenministerium“; Mitglied im Forschungsbeirat des „Gesamtdeutschen“ Ministeriums

Smagon, Albert

vor 1945: Kreisleiter der NSDAP in Tschechisch-Teschen (Cesky Tesin); Gesandtschaftsrat in Preßburg (Bratislava); SS-Obersturmbannführer

nach 1945: Verlagsleiter des „Ost-West-Kuriers“; Präsidiumsmitglied der „Sudetendeutschen Landsmannschaft“ und des „Witikobundes“ (inzwischen verstorben)

Springorum, Walter

vor 1945: Regierungspräsident in Kattowitz (Katowice); arbeitete eng mit dem Kommandanten des Vernichtungslagers Auschwitz, Höss, zusammen

nach 1945: Aktives Mitglied der „Landsmannschaft Pommern“; Aufsichtsratsmitglied des Hoesch-Konzerns

Staffen, Rudolf

vor 1945: Sonderbevollmächtigter der Gestapo in Prag; engster Mitarbeiter Henleins; Mitglied der NSDAP-Gauleitung Reichenberg (Liberec), Gauamtsleiter für Kriegsoffer

nach 1945: Referent im Bundesvorstand der „Sudetendeutschen Landsmannschaft“ (inzwischen verstorben)

Stain, Walter

vor 1945: Leiter der HJ im Sudetenland; Mitglied des „Sudetendeutschen Freikorps“ - der Henlein-SS

nach 1945: Viele Jahre Arbeitsminister in Bayern; Vorstandsmitglied der „Sudetendeutschen Landsmannschaft“; Spitzenakteur des „Witikobundes“

Steinbichl, Wolfgang, Dr.

vor 1945: Stellvertretender Pressechef im faschistischen Auswärtigen Amt

nach 1945: Redakteur des „Wegweiser für Vertriebene“; Präsidiumsmitglied der „Sudetendeutschen Landsmannschaft“

Sting, Heinz

vor 1945: 1927 Bezirks- und Ortsgruppenleiter der NSDAP; 1933 leitender Beamter im preußischen Justizministerium; als Bürgermeister von Nordhausen verantwortlich für antisemitische Exzesse; ab 1939 Regierungsdirektor im Staatsministerium Braunschweig

nach 1945: Leiter der Unterabteilung I/c beim Regierungspräsidenten in Hannover; Regierungsdirektor; Vorsitzender der „Landsmannschaft Provinz Sachsen und Anhalt“;

Vorstandsmitglied der „Vereinigten Landsmannschaften Mitteldeutschlands' (VLM);
Vorsitzender der VLM-Landesgruppe Niedersachsen

Studentkowski, Konrad, Dr.

vor 1945: NSDAP-Gauhauptstellenleiter der Gau-Propagandaleitung Thüringen; erhielt höchste Auszeichnung der NSDAP-Gauleitung Thüringen

nach 1945: Vorstandsmitglied und Kulturreferent der „Landsmannschaft Thüringen“

Thedieck, Franz

vor 1945: Oberregierungsrat in Köln; ließ im Juni 1933 mehrere Kölner Antifaschisten verhaften; Reichsverteidigungsreferent; faschistischer Sonderbeauftragter, Ehrennadel des VDA (Volksbund für das Deutschtum im Ausland); Medaille für besondere Verdienste beim Überfall auf Österreich; Generalreferent bei Hitlers Militärverwaltung in Brüssel

nach 1945: 1946 wegen Fragebogenfälschung zu einem Jahr Gefängnis verurteilt; 1949 bis 1963 Staatssekretär im „Bundesministerium für Gesamtdeutsche Fragen“; Intendant des „Deutschlandfunk“

Tins, Benno, Dr.

vor 1945: NSDAP-Kreisleiter in Asch (As); an Judenverfolgungen im Sudetenland beteiligt

nach 1945: Verleger des „Sudetendeutschen Turnerbriefes“; Herausgeber des „Ascher Rundbriefes“; Mitglied der Bundesversammlung der „Sudetendeutschen Landsmannschaft“; „Heimatkreisbetreuer“ von Asch (As)

Trischler, Josef, Dr.

vor 1945: Führer der 5. Kolonne in Jugoslawien und Ungarn; Führer eines Sonderkommandos („Ordnungsgruppe“ zur Terrorisierung und Vernichtung der Bevölkerung)

nach 1945: Sprecher der „Landsmannschaft der Deutschen aus Jugoslawien“; Präsidiumsmitglied des „Bundes der Vertriebenen“

Ulitz, Otto

vor 1945: Ab 1921 Leiter des „Deutschen Volksbundes“ in polnisch Oberschlesien -einer faschistischen 5. Kolonne; zusammen mit der SS am fingierten Überfall auf den Sender Gleiwitz (Gliwice) beteiligt, dafür mit „Goldenem Ehrenzeichen der NSDAP“ dekoriert und zum Ministerialrat in Kattowitz (Katowice) ernannt

nach 1945: Sprecher der „Landsmannschaft Oberschlesien“

Ventzki, Werner

vor 1945: Gauamtsleiter der NSV, Oberbürgermeister von Litzmannstadt (Lodz); Träger des „Goldenen Parteiabzeichens der NSDAP“; verantwortlich für Deportationen von 55000 jüdischen Bürgern

nach 1945: Vertreter des „Vertriebenenministeriums“ in Westberlin; Oberregierungsrat

Wegner, Walter, Dr.

vor 1945: Funktionär der Nazi-Partei, faschistischer Bürgermeister von Ribnitz; Gestapo-Zutreiber

nach 1945: Staatssekretär im Niedersächsischen „Flüchtlingsministerium“

Welwarski, Wilhelm, Dr.

vor 1945: Hoher SA-Führer und Stabsführer unter Henlein; Nazi-Gauleitungsleiter im Sudetenland

nach 1945: Vorsitzender der „Arbeitsgemeinschaft Sudetendeutscher Turner und Turnerinnen“

Wenzel, Rudolf

vor 1945: Persönlicher Referent des Kriegsverbrechers Henlein; ab 1935 Hauptleiter der sudetendeutschen Nazi-Partei; 1938 SS-Sturmbannführer und Mitglied des faschistischen Reichstages; für Verdienste bei der Unterdrückung des tschechoslowakischen Volkes wurde er 1940 Landrat im okkupierten Teplitz-Schönau (Teplice-Sanov); erhielt den „Totenkopfring“ sowie den „Ehrendegen des Reichsführers SS“

nach 1945: Mitarbeiter im Bundespresseausschuß der „Sudetendeutschen Landsmannschaft“

Wietersheim, Hans-Joachim von, Dr.

vor 1945: 1932-1935 hauptamtlich Persönlicher Referent des berüchtigten Chefs der Berliner SA, Ernst; zuletzt SA-Sturmbannführer; nach 1935 Mitarbeiter im IG-Farben-Konzern

nach 1945: Oberregierungsrat und Leiter des Referates I/4 des „Vertriebenenministeriums“

Willinger, Karl

vor 1945: Kreisleiter der NSDAP und Landrat in Waldenburg (Walbrzych)

nach 1945: Abgeordneter der „Schlesischen Landesversammlung“

Wohak, Heinz, Dr.

vor 1945: SS-Sturmbannführer; von Himmler mit dem „Totenkopfring“ ausgezeichnet

nach 1945: Aktives Mitglied des „Witikobundes“; Redakteur des „Handelsblattes“

Wolfrum, Gerhard, Dr.

vor 1945: 1930 SA-Hauptsturmführer; im zweiten Weltkrieg SS-Obersturmführer im Sonderkommando R der SS-Behörde „Volksdeutsche Mittelstelle“; Publizist in den „Schulungsbriefen“ des BDO

nach 1945: Oberregierungsrat und Leiter des Referates II/5 des „Vertriebenenministeriums“

Wolff, Ludwig

vor 1945: Kreisleiter der NSDAP in Litzmannstadt (Lodz); Mitglied des faschistischen Reichstages; Oberst der Gendarmerie; SS-Standartenführer im Hauptamt des „Reichskommissars für die Festigung des deutschen Volkstums“; für Unterdrückung und Vernichtung polnischer Menschen mit „Goldenem Ehrenzeichen der NSDAP“ und „Totenkopfring“ dekoriert

nach 1945: Stellvertretender Vorsitzender der „Landsmannschaft Weichsel-Warthe“

Zawadil, Walter, Dr.

vor 1945: Organisator der 5. Kolonne in der ČSR; Gaugeschäftsführer der Spionageorganisation „Verband der Auslandsdeutschen“, Hauptstellenleiter im Gaugrenzamt; Abwehrbeauftragter der NSDAP

nach 1945: Mitbegründer des „Witikobundes“; führend im juristischen Ausschuß der „Sudetendeutschen Landsmannschaft“; stellvertretender Landrat von Bayreuth

Zippelius, Friedrich, Dr.

vor 1945: Regierungspräsident und SA-Standartenführer; Mitglied der Gauleitung Reichenberg (Liberec); enge Beziehungen zu Henlein

nach 1945: Funktionär im Witikobund; Regierungspräsident z. B. V. Düsseldorf

Zoglmann, Siegfried

vor 1945: Ab 1928 in der faschistischen Jugendbewegung führend tätig; Gebietsführer der HJ; Abteilungsleiter beim Kriegsverbrecher K. H. Frank im okkupierten Prag; 1943 Waffen-SS

nach 1945: Leitender Funktionär der „Sudetendeutschen Landsmannschaft“; parlamentarischer Geschäftsführer der FDP-Fraktion im Bundestag

Geistige Väter des Völkermords vergiften wieder die Öffentlichkeit

- „Theoretiker“ des Nazi-Massenmordes - geistige Elite des Bonner Staates
 - Anbetung des „Führertums“
 - Terror wird „begründet“
 - Sie fordern Ausrottung „minderwertiger Rassen“
 - Antikommunismus als „geschichtliche Aufgabe“
 - Der Krieg - für sie „Vater aller Dinge“
 - Sie handeln nach ihren Theorien
 - Das braune Gift der Goebbelspresse
 - Wo das Geistesleben erneuert wurde
 - Die alten Ideologen in Bonner Diensten

- Sie prägen das geistige Gesicht des Bonner Staates
 - **Gerstenmaier, Eugen:** Nazi-Propagandist in geheimer Mission
 - **Globke, Hans-Maria:** Intellektueller Judenmörder
 - **Eckardt, Felix von:** Autor faschistischer Hetzfilme
 - **Maunz, Theodor:** Legalisierte den Gestapo-Terror
 - **Pöllnitz, Götz von:** Diebraune Magnifizienz
 - **Rauch, Georg von:** Aktiv in Hitlers 5. Kolonne
 - **Wilhelm, Theodor:** Ein Rassenhetzer
 - **Redeker, Martin:** Antisemit im Talar
 - **Diehl, Günther:** Brauner Regierungssprecher
 - **Gehlen, Arnold:** Verherrlicht den Marsch ins Massengrab
 - **Mehnert, Klaus:** Ribbentrops Propagandaspezialist
 - **Raschhofer, Hermann:** Die rechte Hand des Kriegsverbrechers Frank
 - **Heydte, Friedrich August v. d.:** Trieb deutsche Soldaten in den Tod
 - **Seraphim, Peter-Heinz:** Ein Schreibtischmörder
 - **Höhn, Reinhard:** SS-Führer und Kronjurist Himmlers

- Neofaschismus in Millionenaufgabe
 - Verherrlicht Hitlers Raubzüge
 - Das Zentralorgan der Militaristen
 - Sprachrohr der SS
 - Kriegsverbrecher als Autoren
 - Nazi-Ideologie für die Jugend
 - Revancheforderungen als Verlagsprogramm
 - Von Nazisten geleitet

- **Braune Professoren und Nazi-Ideologen in der Bundesrepublik (Namenliste)**

„Theoretiker“ des Nazimassenmordes - geistige Elite des Bonner Staates

Die Verbrechen des Faschismus waren nicht zuletzt auch deshalb möglich, weil sich ein Teil der deutschen Wissenschaftler und Erzieher zu Handlangern und Dienern der Monopolgewaltigen und ihres Hitlerregimes erniedrigte. Diese Vertreter einer schändlich vergewaltigten und mißbrauchten Wissenschaft in den Universitäten und Laboratorien, in den Instituten und Klassenzimmern schufen die theoretischen Grundlagen für den faschistischen Terror, für die Rassenlehre, für die Vernichtung ganzer Völkergruppen, für die Eroberungskriege und die bedingungslose Unterordnung unter den „Führerstaat“. Darüber hinaus beteiligten sie sich maßgeblich an der Verwirklichung ihrer eigenen mörderischen Theorien. Vor allem belogen und betrogen sie - gemeinsam mit Nazi-Journalisten, -Buch- und -Filmautoren - die deutsche Jugend und erzogen diese zu willfährigen Werkzeugen des Faschismus.

Die ideellen Stützen des Faschismus trugen damit einen großen Teil der Verantwortung für das Völkermorden, das über 50 Millionen Menschen das Leben kostete.

ANBETUNG DES „FÜHRERTUMS“

Die Faschisten und ihre Auftraggeber mußten bereits vor der Machtergreifung Hitlers, besonders aber danach, Theorien schaffen, die das Hitlerregime rechtfertigten. Eifrig war ein ganzer Stab von Pseudo-Wissenschaftlern damit beschäftigt. Unrecht, Terror, Willkür und schließlich Mord und Völkermord in „Recht“, „Rechtsstaatlichkeit“, „Ordnung“, „Führertum“, „wertes und unwertes Volkstum“ usw. umzumünzen. Dieser „Rechtsauffassung“ entstammen die Morddirektiven für die faschistischen Blutgerichte, die 80000 Menschen zum Tode verurteilten, sowie für die SS, den SD und die Gestapo. Dieser „Rechtsauffassung“ entstammt auch das faschistische „Recht“ für die fabrikmäßige Massenvernichtung ganzer Volksteile.

Skrupellos mißachteten die faschistischen Gelehrten die elementarsten Rechte des Volkes. Sie verherrlichten das „Führerprinzip“, das Prinzip der Willkür, der Diktatur. Prof. Ernst Huber schrieb 1937:

„Die völkische Einheit und Ganzheit aber verlangt, daß alle politische Gewalt in der Hand des einen Führers vereinigt ist. Der oberste Wille des Führers erscheint im Gesetz. Aber auch in allen Einzelverordnungen der Verwaltungen, und in allen Entscheidungen der Gerichte tritt uns der Wille des Führers entgegen. Alles politische Leben im Volk wird vom einheitlichen und umfassenden Führerwillen bestimmt.“ (Prof. E. Huber, Verfassung, Hanseatische Verlaganstalt, Hamburg 1937)

Die „unbedingte Gefolgschaft“ führte die deutsche Jugend zur fast willenslosen Unterordnung unter jede Befehlsgewalt, ganz gleich, welchen Inhalt sie hatte und in welcher Form sie sich äußerte. Die Ausschaltung des eigenen Denkens und der eigenen Verantwortung

„wissenschaftlich“ zu begründen, gehör zu den folgenschwersten Verbrechen der geistigen Väter des Faschismus.

TERROR WIRD „BEGRÜNDET“

Die Nazi-Staatsrechtler begründeten den Polizei- und Gestapo-Terror:

„Die Beschränkung auf die Gefahrenabwehr wird allmählich gesprengt werden durch die Erstreckung des polizeilichen Aufgabenkreises auf alle die Eingliederung eines einzelnen in eine Gemeinschaft durch Zwang erforderlichen Handlungen.“ (Prof. Th. Maunz, Deutsches Recht, 1935, S. 397)

Sie forderten Bluturteile gegen Antifaschisten:

„Es bedarf kraftvoller Führerpersönlichkeiten, die nicht Masseninstinkten folgen und Massensuggestionen unterliegen, sondern aus ihrer urwüchsigen Eigenart, in der sich die Art des Volkstums spiegelt, und aus ihrem Gewissen, das beim rechten Manne nur Ausdruck des Volksgewissens sein kann, sprechen.“ (Prof. E. Wolf, Archiv für Rechts- und Sozialphilosophie, Heft 3, 1935)

Sie rechtfertigten die Unmenschlichkeit und arbeiteten die staatsrechtlichen Grundlagen des faschistischen Besatzungsregimes in den unterjochten Ländern aus:

„Hier werden tiefgreifende Maßnahmen erwartet, z. T. sind sie schon in Kraft getreten: Zwangsunfruchtbarmachung, Entmannung erbkranker Triebtäter, Entziehung des Staatsbürgerrechts, Sicherheitsverwahrung (Konzentrationslager - d. Hrsg.).“ (Ebenda)

Ein anderer „Gelehrter“ schrieb:

„Wir müssen in den betreffenden Gebieten eine bewußt negative Bevölkerungspolitik betreiben ... Man sollte die Einrichtung von Abtreibungsinstituten durchaus fördern. Die freiwillige Sterilisation ist gleichfalls zu propagandieren. Die Säuglingssterblichkeit darf nicht bekämpft werden. Auch Aufklärung der Mütter über Säuglingstürsorge und Kinderkrankheiten dort nicht erfolgen.“ (Prof. K. Meyer, zitiert nach Neue Zeit, Moskau, Nr. 4, 1960)

SIE FORDERN AUSROTTUNG „MINDERWERTIGER RASSEN“

Sechs Millionen jüdischen Menschen aus fast allen Ländern Europas brachte der Faschismus den Tod. Das polnische Volk verlor durch die faschistische Ausrottungspolitik sechs Millionen Bürger. Weitere Millionen wurden in der Sowjetunion erschossen, erschlagen, erhängt. 1939 lebten noch etwa 233000 Juden in Deutschland. Fast alle kamen bis 1945 in den Vernichtungslagern der Nazis ums Leben.

Barbaren im Gewande der Wissenschaft begründeten die faschistische Rassenlehre. Sie zimmerten eine Theorie zusammen, die die „Überlegenheit der arischen Rasse“ lehrte, die die Ausrottung „minderwertiger Rassen“ wie „Juden und Slawen“ als „Recht und Notwendigkeit“ darstellten. Sie forderten die physische Vernichtung ganzer Völkergruppen und erzogen die deutsche Jugend in diesem Geiste zum Massenmord:

„Die überragende Führerrolle nordischer Völker, Stämme und Einzelmenschen in der Geschichte ist unbestritten... Unter diesem Gesichtswinkel sehen wir erst die ganze Größe der Zeit, die uns die Tore aufstört zu einem Reich mit weiten Führungsaufgaben und Führungsmöglichkeiten.“ So schrieb Prof. K. V. Müller (Das junge Deutschland, 1941)

ANTIKOMMUNISMUS ALS „GESCHICHTLICHE AUFGABE“

Diese barbarische Politik wie das gesamte aggressive Programm des Hitlerregimes wurden als „geschichtliche Aufgabe des deutschen Volkes“ deklariert:

„Der Nationalsozialismus hat in seiner auf dem Rassenprinzip aufgebauten Weltanschauung in der jüdisch-marxistischen Lehre den Bolschewismus als seinen grundsätzlichen Gegner erkannt, der von Rußland aus die Weltrevolution auf militärische oder ideologische Weise zu betreiben versucht und als erbittertster Feind aller deutschen und europäischen Kultur angesehen werden muß.“ (Prof. H. Ludat, Polens Stellung in Ost-Europa, in Geschichte und Gegenwart, 1939)

In einem anderen Machwerk heißt es: *„In dem weltweiten Ringen, welches das deutsche Volk, vereint mit dem geistesverwandten faschistischen Italien, um eine neue gerechte Ordnung des europäischen Raumes... führt, in diesem Kampfe bildet das gewaltige Machtgefüge des Großdeutschen Reiches den festgeschmiedeten Kern. Dem Reiche aber wird in der künftigen Gemeinschaft der Völker unseres Erteiles eine führende Stellung zukommen, so wie es jetzt schon in weiten Gebieten die Verantwortung übernommen hat.“* (Prof. U. Scheuner, *Deutsches Recht*, 22. und 29. August 1942)

Von diesen Haßtiraden führte ein gerader Weg in die Konzentrationslager nach Auschwitz, Maidanek und Theresienstadt, in die Massengräber der Ukraine und der anderen vom Faschismus überfallenen Länder.

Gewissenlose Professoren und Ärzte, wie die Mediziner Kurt Blome, Reichsamtsleiter der NSDAP, Werner Heyde-Sawade, Werner Catel, Siegfried Ruff, Herta Oberhäuser und andere, tragen auch die volle Verantwortung für die Euthanasie-Morde und die verbrecherischen Versuche an KZ-Häftlingen. Über 100000 hilflose Menschen wurden von ihnen als „lebensunwert“ erklärt und ermordet.

Selbst Kinder verschonten die Barbaren nicht. Bemerkungen wie „Mongolenfalte“ über den Augenwinkeln oder „schlechtmodellerte Ohren“ genügten schon, um sie als „rassisch wertlose Geschöpfe“ umzubringen.

DER KRIEG - FÜR SIE „VATER ALLER DINGE“

An den theoretischen und praktischen Grundlagen zur Vorbereitung des zweiten Weltkrieges zu arbeiten und die Unterdrückungs- und Vernichtungspolitik gegen die überfallenen Völker mit durchzuführen, war die Hauptaufgabe der faschistischen Wissenschaft und ihrer Vertreter. Die Nazi-Ideologen lehrten:

„Der Krieg ist das vornehmste Mittel zur Schaffung objektiver historischer Tatbestände...“ (Prof. P. Jordan, *Physikalisches Denken in der neuen Zeit*, 1935)

Und an anderer Stelle: *„Wir sind nicht gewillt, in der Verknüpfung wissenschaftlicher und militärischer Macht einen Mißbrauch zu sehen, nachdem militärische Macht ihre zwingende,*

aufbauende Kraft im Schaffen eines neuen Europas erwiesen hat.“ (Prof. P. Jordan, Die Physik und das Geheimnis des organischen Lebens, Braunschweig 1941)

„Der Krieg als der Vater aller Dinge“ - das war das Programm dieser Verfechter der Hitlerdiktatur. Mit ihren Irrlehren halfen sie, das öffentliche Leben im faschistischen Deutschland zu militarisieren, die Aggressionssucht des deutschen Imperialismus „theoretisch“ zu begründen und die Jugend für die Eroberungszüge des Faschismus reif zu machen:

„Die führende Rolle in der (national-sozialistischen) Erziehung des deutschen Volkes kommt jedoch der SA und dem Arbeitsdienst zu ... Die Schule ist immer noch mit liberalen Erziehungszielen belastet. Im Gegensatz dazu erwachsen die SA und der Arbeitsdienst direkt aus dem Kampf der deutschen Jugend und jener Generation, die um eine Volkseinheit rang.“ (Prof. Th. Wilhelm, Soziale Erziehung in Deutschland, in: Internationale Zeitschrift für Erziehung, 1935)

SIE HANDELN NACH IHREN THEORIEN

Vor allem nach dem militärischen Überfall auf Deutschlands Nachbarvölker setzte ein Teil dieser Wissenschaftler die verbrecherischen Theorien als Beamte und Berater faschistischer Dienststellen in die Tat um. In Sondereinheiten und Sonderstäben der Wehrmacht, der SS, der Spionagedienste, der faschistischen Besatzungsbehörden oder in den Nazi-Ministerien beteiligten sie sich aktiv an der Unterdrückung, Ausplünderung und Ausrottung fremder Völker.

Der Volkswirtschaftler Prof. Otto Schiller arbeitete die „Neue Agrarordnung“, den Plan des Rosenberg-Ministeriums zur Vernichtung der sozialistischen Landwirtschaft in der Sowjetunion, aus;

der Völkerrechtler Prof. Hermann Raschhofer wurde juristischer Berater bei der Ausrottungspolitik des Kriegsverbrechers K. H. Frank;

der Ostforscher Prof. Bolko von Richthofen war als Sonderführer und Spionageoffizier verantwortlich für faschistische Verbrechen in Nowgorod und Staraja Russa in der Sowjetunion.

Die Aufzählung könnte beliebig verlängert werden. Diese Pseudowissenschaftler sind nicht nur der ideellen Kriegsvorbereitung schuldig zu sprechen, sondern sie zeichnen auch für Verbrechen während des faschistischen Krieges verantwortlich.

DAS BRAUNE GIFT DER GOEBBELSPRESSE

Während die Nazi-Wissenschaftler die theoretischen Grundlagen des Faschismus schufen und den Terror rechtfertigten, verbreiteten die Zeitungen, Bücher und Filme das nazistische Gift unter der Bevölkerung. In Hunderttausenden Artikeln, Tausenden Büchern und Dutzenden Filmen wurden der sklavische Gehorsam, der Rassenhaß, der Antikommunismus, die Kriegsverherrlichung und die Durchhaltepolitik „volksverständlich“ propagiert.

Der Journalist Helmut Sündermann, ehemaliger SS-Obersturmbannführer, schrieb noch am 22. Dezember 1944 im „Völkischen Beobachter“: „Nur eine Weltlösung der Judenfrage kann der Menschheit die innere Ruhe wiedergeben ... Verbannt die Juden aus dem Kreise der

Nationen, und es wird Friede sein.“ (Heute ist Sündermann Leiter des militaristischen Druffel-Verlages und Teilhaber des neofaschistischen Verlages „Nation Europa“.)

Schriftsteller, wie Hans Grimm mit seinem Buch „Volk ohne Raum“, wie Erich Dwinger, Werner Beumelburg, Kurt Ziesel, Rudolf Krämer-Badoni, und Autoren, wie Felix von Eckardt, der unter anderem zu den Nazi-Filmen „Weiße Sklaven“, „Kopf hoch, Johannes“ und „Menschen im Sturm“ die Drehbücher schrieb (alle Eckardt-Filme wurden von den alliierten Behörden verboten), vergifteten die Hirne der deutschen Bevölkerung, vor allem der Jugend. Sie machten das deutsche Volk zu einem willfährigen Werkzeug des Faschismus.

WO DAS GEISTESLEBEN ERNEUERT WURDE

Nach der Zerschlagung des Hitlerfaschismus bestand eine der wichtigsten Aufgaben darin, das geistige Leben zu reinigen, die theoretischen Wegbereiter und ideellen Helfer des Hitlerregimes aus ihren Positionen zu entfernen und das deutsche Volk im Geiste des Humanismus, der Demokratie und des Friedens zu erziehen. Das Potsdamer Abkommen bestimmte daher in seinen „Politischen Grundsätzen“, Abschnitt 7:

„Das Erziehungswesen in Deutschland muß so überwacht werden, daß die nazistischen und militaristischen Lehren völlig entfernt werden und eine erfolgreiche Entwicklung der demokratischen Ideen möglich gemacht wird.“

Auf dem Gebiet der DDR wurde diese Voraussetzung für eine Erneuerung des Geisteslebens geschaffen und mit aller Konsequenz vor allem das gesamte Bildungswesen entnazifiziert und demokratisiert. Allein aus dem Schuldienst wurden 1945/46 von 37000 Lehrern 22600 ehemalige Mitglieder der NSDAP entlassen. An ihre Stelle traten Gelehrte und Lehrer, die sich ganz in den Dienst des Menschen stellten und die auch in der Nacht des Faschismus den Namen und die Ehre der deutschen Wissenschaft verteidigt hatten. Solche Wissenschaftler wie der Chemiker Prof. Dr. Correns, der heutige Präsident des Nationalrates der Nationalen Front des demokratischen Deutschland, oder der Mediziner Prof Dr. Brugsch waren und sind Vorbilder der in der DDR heranwachsenden akademischen Generationen.

DIE ALTEN IDEOLOGEN IN BONNER DIENSTEN

Im Widerspruch zu den Beschlüssen der Antihitlerkoalition prägen die gleichen Leute, die bereits zu den theoretischen Stützen des Faschismus zählten, das geistige Gesicht des Bonner Staates. Sie alle sitzen wieder in Amt und Würden, beherrschen die Bildung und Erziehung der Jugend und den Apparat der Massenbeeinflussung.

Alle oben genannten und zitierten Nazi-Professoren, -Journalisten und -Autoren dürfen wiederum die westdeutsche Jugend in diesem Geiste erziehen, dürfen die Zeitungen und Bücher mit den gleichen Ideen füllen. Sie haben sich nicht gewandelt. Sie brauchten sich nicht zu ändern, weil der Bonner Staat der Rüstungsmonopole eine Politik betreibt, die wiederum Revanchismus, Antikommunismus, nationale Überheblichkeit und Kriegsvorbereitung zum Inhalt hat.

Die schuldbeladenen Professoren Hitlers und die in ihrem Geiste erzogenen und handelnden Nachwuchswissenschaftler beherrschen die wissenschaftlichen Beratergremien der Bundesregierung, die auch die revanchistischen Pläne des Bonner Staates auf Wiederherstellung des faschistischen Reiches in den Grenzen von 1937 und 1939 ausarbeiten und ideologisch begründen. Ein solches Gremium ist beispielsweise der „Forschungsbeirat für

Fragen der Wiedervereinigung beim Bundesministerium für Gesamtdeutsche Fragen“. Er soll alle Probleme lösen, die sich bei der geplanten Annexion der DDR durch den westdeutschen Imperialismus auf wirtschaftlichem Gebiet ergeben. Zu seinen führenden Mitgliedern gehören die Professoren Stadtmüller und Thalheim.

Prof. Stadtmüller zählte im Faschismus als Direktor des Südosteuropa-Instituts in Leipzig und als Mitarbeiter am „Institut für deutsche Ostarbeit“ in Krakau (Krakow) unter der Leitung des Kriegsverbrechers H. Frank zu den Nazi-Experten für Südosteuropa. Thalheim, heute Professor in Westberlin und darum völkerrechtswidrig Mitglied des westdeutschen Forschungsbeirates, war während des Faschismus Mitarbeiter des SD und seit 1936 Obmann der „Reichsarbeitsgemeinschaft für Raumforschung“ an der Leipziger Handels-Hochschule, die die „Lebensraum- und Großraum-Theorien“ des Faschismus „wissenschaftlich“ begründete.

An der Spitze des „Arbeitskreises für Ost-West-Fragen“ beim Bonner Auswärtigen Amt steht Prof. Erich Kordt. Diesem Arbeitskreis obliegt die Ausarbeitung und scheinwissenschaftliche Verbrämung der Revanche-Politik der Bundesregierung gegen die östlichen und südöstlichen Völker Europas und gegen die Sowjetunion. Arbeitskreisleiter Kordt war während der Nazi-Zeit SS-Obersturmbannführer und Vertrauensmann Himmlers im Auswärtigen Amt. Von 1938 bis 1940 leitete er dort als Chef das Ministerbüro des Kriegsverbrechers Ribbentrop. Er war maßgeblich an der Annexion der ČSR beteiligt.

Die weit über 100 heute in Westdeutschland existierenden neonazistischen und militaristischen Verlage werden fast ausschließlich von alten belasteten Faschisten geleitet. Sie überschütten den westdeutschen Zeitungs- und Büchermarkt mit einer Flut nazistischer und militaristischer Literatur, deren Grundtenor die Rechtfertigung des Hitlerkrieges und die Verherrlichung des Naziregimes ist. Jährlich werden 20 Millionen Groschenhefte, die Hitlers Schlachten des zweiten Weltkrieges in glühenden Farben schildern, an die westdeutsche Jugend verkauft. SS-Generale, Offiziere und Generale der Wehrmacht, die sich durch ihre barbarische Kriegführung besonders hervorgetan haben, und Mitglieder Goebbelsscher Propagandakompanien sind die Autoren.

Durch die Wiederverwendung der belasteten faschistischen Wissenschaftler, Pädagogen, Journalisten und Autoren sind die westdeutschen Universitäten, das Erziehungswesen, Presse, Rundfunk und Fernsehen sowie große Teile der Literatur wieder zu Heimstätten eines gefährlichen Neonazismus geworden. Die Verantwortung dafür trägt allein die westdeutsche Regierung.

Sie prägen das geistige Gesicht des Bonner Staates

Gerstenmaier, Eugen

NAZI-PROPAGANDIST IN GEHEIMER MISSION

heute:

Präsident des westdeutschen Bundestages, Mitglied der Synode der Evangelischen Kirche Deutschlands, Mitglied des Präsidiums der CDU, Präsident der Deutschen Afrika-Gesellschaft, Mitglied des Europarates.

Schon lange vor der Errichtung der faschistischen Diktatur bekannte sich Dr. Eugen Gerstenmaier zur Nazi-Bewegung. Als Hitler im Jahre 1923 gegen die Weimarer Republik putschte, trat Gerstenmaier in die SA ein. Seit 1931 war er „Amtsleiter“ in der Reichsführung der „Deutschen Studentenschaft“ im „Nationalsozialistischen Deutschen Studentenbund“. Gerstenmaier war einer der exponierten Verfechter des „Führergedankens“ und des Nazismus in der evangelischen Kirche.

Nach der Errichtung der faschistischen Diktatur erhoben sich im Ausland, nicht zuletzt unter der christlichen Bevölkerung, immer machtvoller die Stimmen des Protestes gegen die Vernichtungs- und Unterdrückungspolitik der Nazi-Führung. Der Theologe Gerstenmaier wurde in dieser Zeit zu einem wertvollen Propagandisten des Hitlerregimes. Er reiste, oft getarnt, in die skandinavischen und vor allem in die südosteuropäischen Länder. Dokumente aus der damaligen Zeit beweisen eindeutig, daß der Auftraggeber das faschistische Auswärtige Amt war und die Reisen der Nazi-Propaganda dienten. (Siehe Tafel 48, Deutsches Zentralarchiv Potsdam, Bestand: Auswärtiges Amt, Nr. 48 050/1)

Als nach dem Überfall auf die Sowjetunion der Widerstandskampf der Völker auf dem Balkan immer stärker wurde, fuhr Gerstenmaier im Auftrage des faschistischen Auswärtigen Amtes in diese Gebiete, um mit Hilfe der Orthodoxen Kirche die Volksbewegung zu spalten und zu zerschlagen. In einem Bericht über diese Reise, die vom 2. bis zum 22. September 1941 dauerte, schreibt Gerstenmaier:

„Im Einvernehmen mit Herrn Gesandten Benzler schlage ich vor, möglichst rasch eine geeignete kirchliche Führung wieder herzustellen. Da der z.Zt. die Patriarchatsgeschäfte ohne Mandat verwaltende Metropolit Jossif mir als absolut deutschfeindlich dargestellt würde..., halte ich es ... (für) geboten, mit Bischof Nikolai von Zica einen Versuch zu machen ... und ihn für die antibolschewistische Propaganda und zur Unterstützung der Regierung Naditsch einzusetzen.“ (A. a. O., Nr. 31)

Am Schluß dieses Berichtes heißt es: „*Größere propagandistische Aktionen scheinen mir bei einer Überprüfung der Gesamtlage zunächst wieder in Bulgarien notwendig zu werden. Die antibolschewistische Propaganda muß dort intensiver durchgeführt werden, und zwar erneut über den bis in das letzte Dort reichenden Apparat der orthodoxen Kirche. Die Ansätze und Vorbereitungen dafür habe ich, soweit mir das in der kurzen Zeit noch möglich war, geschaffen.*“ (Ebenda)

Eine andere Seite der Tätigkeit Gerstenmaiers war die Abfassung von faschistischen Propagandaschriften vor allem gegen Frankreich. So beteiligte er sich an der Schriftenreihe „Frankreich gegen die Zivilisation“ unter einem Pseudonym. Das Heft Nr. 12 dieser Reihe schrieb Gerstenmaier unter dem Titel „Frankreichs Protestantismus im Kriege“. Über diese Broschüre schreibt der Leiter des Kirchlichen Außenamtes, Bischof Heckel:

„Aus amtlichen Rücksichten ist die Broschüre pseudonym erschienen... Auch in dieser Schrift beweist sich ebenso wie in seiner übrigen Arbeit das klare Urteil und der charaktervolle entschlossene Einsatz Gerstenmaiers für das Reich.“ (Spandauer Volksblatt, Westberlin, 20. November 1964)

Zu der Tätigkeit Gerstenmaiers für die Nazi-Führung gehört auch die Denunziation antifaschistischer Geistlicher, wie die des als Pionier der ökumenischen Bewegung bekannten Professors Siegmund Schultze.

In dem Bericht über seine Skandinavienreise aus dem Jahre 1939 an das faschistische Auswärtige Amt schreibt Gerstenmaier: *„Als eine Störung dieser zweifellos deutschfreundlich angelegten Arbeit muß die in Aussicht genommene, etwa dreimonatige Tätigkeit von Prof. Siegmund Schultze in Zürich betrachtet werden. Prof. S. Schultze ist für das kommende Jahr im Besitz der Olaus-Petri-Stiftung und hat in dieser Eigenschaft etwa drei Monate in Upsala zu tun... Bei der negativen Haltung des jetzigen Stipendiaten der O.-P.-Stiftung muß mit einer Erschwerung jeder sinnvollen deutschen Arbeit in Skandinavien gerechnet werden. Ich glaube darum... die vertrauliche Bitte aussprechen zu sollen, von seiten des Reiches das zu veranlassen, was geschehen kann, um Prof. S. Schultze die Einreise in Schweden, ohne daß es auffällt, unmöglich zu machen...“*

Das Auswärtige Amt reagierte prompt. Am 30. November 1939 wies es die deutschen Vertretungen in Kopenhagen, Oslo, Stockholm, Bern und Zürich sowie in Genf an, Prof. S. Schultze in Zürich keinen Aus- oder Durchreisevermerk zu erteilen.

Am 10. August 1942 wurde Dr. habil. Eugen Gerstenmaier als Konsistorialrat in das Kirchenbeamtenverhältnis auf Lebenszeit übernommen. Für die Dauer des Krieges wurde er u. k. gestellt.

Clobke, Hans-Maria

INTELLEKTUELLER JUDENMÖRDER

heute:

Bis Juli 1963 Staatssekretär im Bundeskanzleramt; auf Grund der durch die DDR veröffentlichten Dokumente und Beweismaterialien im Prozeß 1962 gegen Globke vor dem Obersten Gericht der DDR mußte er von dieser Funktion zurückgezogen werden; dennoch bezieht er eine hohe staatliche Pension und tritt als Sachverständiger und Entlastungszeuge in Prozessen gegen Kriegs- und Naziverbrecher auf.

Vom ersten bis zum letzten Tage der Nazi-Herrschaft war Dr. Hans-Maria Globke Beamter des Reichsinnenministeriums. In dieser Eigenschaft verfaßte er eine große Anzahl von Gesetzen und Verordnungen, die zur Errichtung der nazistischen Diktatur führten, die die Ächtung und Aussonderung der jüdischen Bürger beinhalteten, und solche, die die „Germanisierung“ oder Ausrottung der unterjochten Bevölkerung bezweckten.

Am 24. März 1933 beschloß der Reichstag das Ermächtigungsgesetz, das der Hitlerregierung unbeschränkte Diktaturvollmachten einräumte. In Ergänzung dazu bereitete das Preußische Innenministerium das „Gesetz zur Behebung der Not von Volk und Land“ vor. Verfasser dieses Diktaturgesetzes war Regierungsrat Globke. Aus seiner Feder stammten außerdem das Gesetz über die Auflösung des preußischen Staatsrates vom 10. Juli 1933 und das preußische Provinzialratsgesetz vom 17. Juni 1933, die alle parlamentarischen Körperschaften Preußens gleichschalteten.

Als zuständiger Mitarbeiter im Reichsinnenministerium hat Globke fast das gesamte Gesetzes- und Ordnungswerk für die Verfolgung der Juden mitverfaßt.

Er gehört mit zu den Verfassern der Nürnberger Rassengesetze, die im Eichmann-Prozeß als die „Grundgesetze für die Endlösung der Judenfrage“ bezeichnet wurden.

Er ist derjenige, der die zwangsweise Kenntlichmachung der Juden mit den zusätzlichen Vornamen „Sara“ und „Israel“ erdachte und durch Gesetz einführte.

Im Juli 1940 beauftragte Frick seinen damaligen Referenten für die besetzten Westgebiete, Dr. Globke, Bedingungen für einen Diktatfrieden für Frankreich auszuarbeiten. Darin forderte Globke unter anderem den Raub weiterer französischer Gebiete, die Deportation aller Juden und Zigeuner in die Vernichtungslager.

Globke war an der Ausarbeitung der 11. Verordnung zum Reichsbürgergesetz vom 25. November 1941 beteiligt. Diese Verordnung schuf die gesetzliche Grundlage für die rücksichtslose Verfolgung und Vernichtung aller jüdischen Menschen.

Innerhalb des Reichsinnenministeriums arbeitete Globke das nazistische Staatsangehörigkeitsrecht aus, das den Okkupationsbehörden die Richtlinien für die „Germanisierung“ oder Ausrottung ganzer Volksgruppen lieferte. Er veranlagte, daß die Masse der Bürger der okkupierten Staaten zu „Schutzangehörigen“ oder „Protektoratsangehörigen“ degradiert wurde. Für Polen erfolgte dies durch die von Globke ausgearbeitete „Verordnung über die Deutsche Volksliste und die deutsche Staatsangehörigkeit in den eingegliederten Ostgebieten“. Ähnliche Gesetze erarbeitete Globke für die Tschechoslowakei, Litauen, Frankreich, Belgien, Luxemburg und Jugoslawien.

Für seine Verdienste um die Durchsetzung der Ziele des Nazi-Staates wurde Globke mehrfach befördert und erhielt er hohe Orden und Auszeichnungen.

In der Bundesrepublik konnte dieser Mann zum ranghöchsten und mächtigsten Beamten avancieren. Als graue Eminenz im Bundeskanzleramt hatte er seine Hand immer und überall dort im Spiele, wo gegen die demokratischen Freiheitsrechte vorgegangen wurde. Er lancierte mit Hilfe des 131er Gesetzes belastete Nazi-Beamte - seine Gesinnungsfreunde von einst - in höchste Positionen des Bonner Staates.

Eckardt, Felix von

AUTOR FASCHISTISCHER HETZFILME

heute:

Bevollmächtigter der Bundesregierung“ in Westberlin bis Juni 1965, dann wegen seiner Tätigkeit als CDU-Kandidat für den Bundestag von dieser Funktion freigestellt; als Verantwortlicher für Pressearbeit ins Präsidium der CDU berufen.

Unmittelbar nach Hitlers Machtantritt im Jahre 1933 wurde Felix von Eckardt Drehbuchautor für Spielfilme. Bis 1945 schrieb er 19 Drehbücher oder war ihr Mitautor. Im Jahre 1936 wurde der antisowjetische Film „Weiße Sklaven“ (Panzerkreuzer Sewastopol) aufgeführt. Über die Tendenz und den Charakter dieses Streifens, dessen Mitautor von Eckardt war, gibt folgende Rezension Auskunft:

„Da krachen Schüsse, in der rasenden Garbe des Maschinengewehrs, das verhetzte Matrosen auf der Schanze in Stellung gebracht haben, brechen unbewaffnete Offiziere und wehrlose Frauen zusammen. Blitzschnell fegt der Mordterror der roten Revolte über Stadt und Hafen,

brutal und hemmungslos alles dahinschlachtend, was nur irgendwie verdächtig erscheint... Ein Film, der durch seine packende Gestaltung bis zum letzten Meter fesselt und der manchen Unbelehrbaren im In- und besonders im Ausland die Augen über die bolschewistische Weltpest öffnen dürfte.“ (Potsdamer Tageszeitung, 16.117. Januar 1937)

Als der Überfall auf die Sowjetunion unmittelbar bevorstand, erschien der Film „Kopf hoch, Johannes“. Er verherrlichte die faschistische Jugenderziehung und sollte Deutschlands Jugend für den Kampf gegen die Sowjetunion reif machen. Mitautor des Drehbuches war wiederum Felix von Eckardt. Bezeichnend für die Zielstellung dieses Filmes ist folgender Dialog:

„Eine neue Zeit ist gekommen, für uns alle! Jeder muß bereit sein, einzustehen für Führer und Reich: Wenn einer von uns fallen sollt, der andere steht für zwei, denn jedem Kampier gibt ein Gott den Kameraden bei.“ (Goebbels-Journalisten in Bonner Diensten, Nationalrat der Nationalen Front, Berlin 1962)

Ebenfalls im Jahre 1941 erschien der Film „Menschen im Sturm“. Er behandelte das „Schicksal“ der deutschen Minderheit in Jugoslawien und rechtfertigte den militärischen Überfall Hitlerdeutschlands als „Befreiung der Volksdeutschen“. Zwei Stellen aus dem Textbuch mögen die Absicht der Autoren - unter anderen Felix von Eckardt - und Produzenten verdeutlichen:

„Serben, das sind ja keine Menschen. Diese Hunde!... Die Serben werden noch alle Deutschen wegschleppen. Sie werden noch alle umbringen. Warum? Danach tragen sie nicht, die Hunde!... Den Schmied haben sie auch schon erschossen .. „ (Ebenda) An anderer Stelle wird gefordert: „Wir müssen in Europa alle Grenzen einreihen!“ (Ebenda)

Im Jahre 1942 erhielt Eckardt vom Goebbels-Ministerium für den Film „Die Entlassung“, der die reaktionäre Politik Bismarcks verherrlichte und Hitler de facto als Vollstrecker des Bismarckschen Erbes feierte, das Prädikat „Film der Nation“. Im Jahre 1961 wurde dieser faschistische Streifen in Bonn wiederaufgeführt.

Nach 1945 verboten die alliierten Behörden zunächst alle Filme von Eckardts. Die Karriere dieses Mannes konnte jedoch nicht unterbrochen werden. Nachdem er kurze Zeit als Chefredakteur des „Weser-Kurier“ tätig war, ernannte ihn Adenauer 1952 zum Leiter des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung im Range eines Staatssekretärs. 1955/56 war er westdeutscher Beobachter bei der UNO, kehrte aber bald wieder ins Presse- und Informationsamt zurück. 1962 erhielt von Eckardt die höchste westdeutsche Auszeichnung: Das große Bundesverdienstkreuz mit Stern und Schulterband. Nach dem Kanzlerwechsel im Jahre 1963 entsandte Erhard ihn in die Frontstadt Westberlin. Er versprach sich von diesem Nazi eine straffere Anleitung der illegal in Westberlin etablierten Bundesbehörden und eine bessere Überwachung des Westberliner Senats, um so die Grundlagen für verstärkte Provokationen gegen die DDR zu schaffen.

Maunz, Theodor

LEGALISIERTE DEN GESTAPO-TERROR

heute:

Lehrt seit 1952 öffentliches Recht an der Universität München, ist Mitglied im Vorstand des Instituts für Politik und öffentliches Recht; von 1957 bis 1964 Kultusminister in Bayern.

Während der Nazi-Zeit war Dr. Theodor Maunz Professor für öffentliches Recht in Freiburg/Br. In dieser Zeit entwickelte er sich zu einem führenden Vertreter des faschistischen Verwaltungs- und Polizeirechts. Im Jahre 1934 legte er ein Bekenntnis zum Nazi-Staat und zur faschistischen Rechtsauffassung ab. Er schrieb, „*daß das neue Staatsdenken mit einem solchen Anspruch auf Ausschließlichkeit auftritt, daß es nicht sagt, das jeweilige Staatsdenken sei für die Ermessensentscheidung maßgebend, sondern nur das nationalsozialistische Staatsdenken*“. (Neue Grundlagen des Verwaltungsrechts, Hamburg 1934)

Weiter heißt es: „*Nicht der Staat setzt die Gesamtheit des Rechtes, sondern , die völkische Lebensordnung wächst aus Blut und Boden hervor.*“ (Ebenda)

Im Jahre 1937 legte er dar: „*Der Grundsatz der Rechtmäßigkeit der Verwaltung geht aber weiterhin von einem völlig neuen Gesetzesbegriff aus. Gesetz ist geformter Plan des Führers und damit Ausdruck der völkischen Lebensordnung. Der geformte Plan des Führers ist oberstes Rechtsgebot.*“ (Verwaltung, 1937)

Maunz war einer jener führenden faschistischen Verwaltungsrechtler, die den „Rassegedanken“ auf diesem Gebiet durchsetzten. Im Oktober 1936 fand in Berlin die Tagung des faschistischen Rechtswahrerbundes zum Thema „Das Judentum in der Rechtswissenschaft“ statt. Maunz hielt dort eines der Hauptreferate mit dem Titel: „Das Judentum im Verwaltungsrecht“. In einer Pressemeldung über diesen Vortrag heißt es:

„Prof. Dr. Maunz ... erläuterte ... vor allem die verhängnisvolle Neigung jüdischer Verwaltungsrechtler zur liberalistischen Rechtsstaatsdoktrin... Die inhaltliche Entleerung der Verwaltungsrechtswissenschaft zeigte M. im einzelnen an den Lehren der bekanntesten jüdischen Theoretiker auf.“ (Deutsche Juristenzeitung, 1936, Sp. 1230)

Besonders widmete sich Maunz der rechtlichen Stellung der faschistischen Polizei und Gestapo. 1935 schrieb er: „*Die Beschränkung auf die Gefahrenabwehr wird allmählich gesprengt werden durch die Erstreckung des polizeilichen Aufgabenkreises auf alle die Eingliederung eines einzelnen in eine Gemeinschaft durch Zwang erforderlichen Handlungen.*“ (Deutsches Recht, 1935, S. 397)

Zur Gestapo heißt es bei Maunz: „*Eine gesetzliche Aufzählung der Mittel, die der politischen Polizei für ihre vorbeugende Tätigkeit zur Verfügung stehen, ist nicht erfolgt. Neben dem Auftrag, alle staatsgefährlichen Bestrebungen zu bekämpfen und ihnen zuvorzukommen, bedarf es keiner besonderen Ermächtigung, alle zu diesem Zweck erforderlichen Mittel anzuwenden ... für die politische Polizei des nationalsozialistischen Staates hat es keinen Sinn, in der bisherigen Weise Auftrag und Ermächtigung zu trennen.*“ (Verwaltung, 1932, S. 253 f.)

Im Jahre 1943 ließ sich Maunz über die „Schutzhaft“ in den Konzentrationslagern aus: „*Die geheime Staatspolizei hat ihrem Wesen nach die Aufgabe, alle staatsgefährdenden Bestrebungen zu erforschen und zu bekämpfen. Eines der Kampfmittel ist der Entzug der Freiheit... Gerichte können die Schutzhaftbefehle, ihre Erfordernisse und Wirkungen, ihren Inhalt und ihre Rechtmäßigkeit nicht zum Gegenstand ihrer Prüfung machen.*“ (Gestalt und Recht der Polizei, 1943)

Weiter heißt es über die Rolle der Polizei: „*Die deutsche Polizei ist nicht unvorbereitet in den Krieg eingetreten. Der Krieg und seine Erfordernisse haben vieles klar hervortreten lassen,*

was in der Vorkriegszeit an polizeilicher Arbeit geleistet werden mußte und geleistet worden ist... Die Polizei ist nach der Machtergreifung zu einem überragenden Bestandteil des deutschen Staates aufgestiegen.“ (Ebenda)

Mit seinen Staats- und verwaltungsrechtlichen Arbeiten gehörte Maunz zu den maßgeblichen Stützen des faschistischen Systems in Deutschland. Nach 1945 hatte und hat er in Westdeutschland, vor allem in Bayern, größten Einfluß auf die Erziehung der jungen Generation.

Am 9. Juli 1964 unterbreitete die Friedrich-Schiller-Universität Jena der Öffentlichkeit exaktes Beweismaterial über die faschistische Vergangenheit von Maunz. Nur einen Tag später mußte er seinen Rücktritt beantragen, zumal auch der Widerstand westdeutscher Friedenskräfte immer stärker geworden war.

Pölnitz, Götz von

DIE BRAUNE MAGNIFIZENZ

heute:

Im November 1964 berief die Bayrische Landesregierung den in Erlangen tätigen Historiker und Schriftsteller Prof. Dr. Götz Freiherr von Pölnitz zum Gründungsrektor der neuzugründenden Regensburger Universität.

Im Jahre 1938 veröffentlichte Prof. Götz von Pölnitz die pseudobiographische Arbeit „Emir - das tapfere Leben des Freiherrn von Biberstein“. Dieses Buch, das das Leben eines fanatischen Faschisten und SA-Schlägers im Stile eines Wild-West-Romans schildert, ist voll von Begriffen wie „unvermischte Rasse“, „ostjüdisches Gewimmel“, „Erhaltung der deutschen Art“. Den Hitlerputsch gegen die Weimarer Republik nannte von Pölnitz einen „rechtsetzenden Akt“ usw. Über die Weimarer Republik schrieb er in diesem Buch, daß „die junge Republik ... von zugewanderten Juden und ‚volksbeauftragten‘ Kriegsdienstverweigerern“ regiert werde.

In einem Aufsatz aus dem Jahre 1940 für den Nazi-„Schulungsbrief“ rechtfertigte von Pölnitz den Überfall Hitlerdeutschlands auf den „Erbfeind“ Frankreich damit, daß die eroberten Gebiete „mit dem Recht des Blutes von den alten Franken auf die Deutschen“ übergegangen seien. Am Ende dieses Artikels heißt es: „Das deutsche Volk steigt zu neuer Macht und Größe empor. Die uralte Sehnsucht der gesamtgermanischen Idee nähert sich im Großdeutschen Reich ihrer Erfüllung.“ (Der Schulungsbrief - das zentrale Monatsblatt der NSDAP, 1940 - Herausgeber dieses Blattes war der Nazi-Kriegsverbrecher Robert Ley)

1942 erschien ein Festband zur Geschichte der Münchner Universität. In dieser Schrift verherrlichte von Pölnitz - wie zwei Jahre zuvor in seinem „Emir...“ - den faschistischen Putsch von 1923:

„Dem Rufe des Führers versagte sich die Münchner Studentenschaft nicht, trat, dem Appell Hermann Görings folgend, in die Sturmabteilungen ein und nahm, seinem hinreißenden Beispiele nacheifernd, heißen Anteil an der nationalsozialistischen Erhebung von 1923. Erst brutale Gewalt konnte sie von ihrem stolzen und freiheitlichen Widerstande abbringen.“ (Denkmale und Dokumente zur Geschichte der Ludwig-Maximilians-Universität Ingolstadt - Landshut-München, 1942)

Die Unterordnung der Wissenschaft und ihrer Institutionen unter die Ziele des Faschismus feierte von Pölnitz mit den Worten:

„Als eine in der Weltanschauung gefestigte, durch Forschung erprobte und mit der unübersehbar tortwirkenden Leistung der aus der Lehre hervorgegangenen Armee ihrer Schüler wahrhaft bewährte Kraft steht sie (die Münchner alma mater - d. Hrsg.) aufrecht, streitbar und treu wie vor Jahrhunderten im Kampf für Führer, Volk und Reich, um ein neues und besseres Europa.“ (Ebenda)

Dieser Parteigänger Hitlers, der Antisemit und Franzosenhasser von Pölnitz, erscheint der CSU-Führung unter Nazi-Führungsoffizier Strauß als der geeignete Mann, an der neuen „Ost-Universität“ Regensburg im Dienste der revanchistischen Bonner Politik gegen die östlichen Nachbarvölker zu wirken.

Rauch, Georg von

AKTIV IN HITLERS 5. KOLONNE

heute:

Mitglied des „Wissenschaftlichen Prüfungsamtes für das Lehramt an höheren Schulen in Schleswig-Holstein“ - dieser Ausschuß entscheidet über die Lehrbefähigung aller Lehrer für Oberschulen und Gymnasien dieses Bundeslandes; von Rauch ist ferner Direktor des Seminars für osteuropäische Geschichte und ordentlicher Professor an der Christian-Albrechts-Universität, Kiel, Mitglied des „Johann-Gottfried-Herder-Forschungsrates“, des „Baltischen Forschungsinstitutes“ in Bonn, des „Ostkollegs“ der „Bundeszentrale für politische Bildung“ und der „Baltischen Historischen Kommission“.

Prof. Georg von Rauch stammt aus einer deutsch-baltischen Adelsfamilie. Von 1936 bis 1939 war er Dozent am philosophisch-theologischen Luther-Institut an der Universität Dorpat. Er gehörte dort zu den „Ostforschern“, die als faschistische 5. Kolonne wirkten. Von Rauch arbeitete an den Zeitungen „Jomsburg“ und „Deutsches Archiv für Landes- und Volksforschung“ mit. Sie wurden von der „Nord- und Ostdeutschen Forschungsgemeinschaft“ herausgegeben - einem Zentrum des Kampfes gegen die östlichen Nachbarvölker Deutschlands. In den letzten Kriegsjahren stand die Forschungsgemeinschaft unter direkter Leitung des Reichssicherheitshauptamtes. Mit Artikeln wie „Eine Polemik zur Judenfrage in Kurland“ (in: Jomsburg, 1941) und „Zur Judenfrage in Rußland“ (in: Deutsche Post aus dem Osten, Nr. 11, 1941) unterstützte und rechtfertigte von Rauch die Judenvernichtung der deutschen Faschisten.

Von 1943 bis 1945 war er Dozent an der „Reichsuniversität“ in Posen (Poznan). Dort arbeitete von Rauch aktiv in der „Reichsstiftung für die deutsche Ostforschung“ mit und setzte seine ganze Kraft zur Rechtfertigung des Vernichtungsfeldzuges gegen die Völker der Sowjetunion ein. In diesem Sinne schrieb er auch sein Buch „Die Universität Dorpat und das Eindringen der frühen Aufklärung in Livland 1690 bis 1710“. Darin beschwört er mit „historischen“ Argumenten eine russische Gefahr und den „kulturvernichtenden Charakter der russischen Nachbarschaft“.

In seinem Lebenslauf aus dem Jahre 1942 schrieb von Rauch: „Nachdem ich in den Jahren 1928/29 im Reich an Versammlungen der NSDAP teilgenommen hatte, schloß ich mich 1933 der nationalsozialistischen Bewegung in Estland an und habe mich am Aufbau der Ortsgruppe Dorpat beteiligt. Ich gehörte zur Kreisleitung Dorpat und war zeitweilig - noch

ehe die Bewegung legal arbeiten konnte - stellvertretender Kreisleiter in Dorpat... Als Parteianwärter habe ich mich 1939 am Aufbau der Parteiorganisation in Posen beteiligt und bin Presseamtsleiter einer Posener Ortsgruppe. Außerdem bin ich Mitglied des NS-Dozentenbundes und des NS- Altherrenbundes...“ (Archiv der Universität Posen, Bestand: Reichsuniversität)

Wilhelm, Theodor

EIN RASSENHETZER

heute:

Mit Georg von Rauch gehört er zu den Mitgliedern des „Wissenschaftlichen Prüfungsamtes für das Lehramt an höheren Schulen in Schleswig-Holstein“; Ordinarius und Direktor des Instituts für Pädagogik an der Kieler Universität.

Ebenso wie Rauch trat Prof. Theodor Wilhelm in der Zeit des Faschismus als Antisemit und Rassenhetzer auf. So forderte er 1944, *„Judentum und Freimaurerei gänzlich aus dem nationalen Leben auszusperrn ... Die grundlegende Bedeutung dieser Tatsache für das europäische Geistesleben liegt auf der Hand. Sie wird noch dadurch unterstrichen, daß sich, je länger der Krieg dauert, um so unheimlicher der innere Zusammenhang zwischen dem jüdischen Weltbild und der vom Bolschewismus angestrebten Weltordnung offenbart.“ (Die kulturelle Kraft Europas im Kriege, 1944)*

Der SA-Mann und Akteur der NSDAP Wilhelm wurde 1934 als Redakteur der „Internationalen Zeitschrift für Erziehung“ eingesetzt, nachdem der Kölner Professor Friedrich Schneider wegen seiner demokratischen Gesinnung aus der Redaktion entfernt worden war. Wilhelm wurde vom neuen Herausgeber dieser Zeitschrift, Alfred Baeumler, in die Redaktion berufen.

Baeumler war an der Berliner Universität Professor für politische Bildung und gleichzeitig „Reichsamtseiter“ beim „Beauftragten des Führers für die gesamte geistige und weltanschauliche Erziehung der NSDAP“. Er war der Initiator der faschistischen Bücherverbrennung. Wilhelm rechtfertigte das Vertrauen, das „Reichsamtseiter“ Baeumler in ihn setzte, und trat als radikaler Verfechter der faschistischen Erziehungsziele in der Zeitschrift auf. Im Jahre 1935 erklärte er in einem Artikel:

„Die führende Rolle in der (national-)sozialistischen Erziehung des deutschen Volkes kommt jedoch der SA und dem Arbeitsdienst zu... Die Schule ist immer noch mit liberalen Erziehungszielen belastet. Im Gegensatz dazu erwachsen die SA und der Arbeitsdienst direkt aus dem Kampf der deutschen Jugend und jener Generation, die um eine Volkseinheit rang.“ (Internationale Zeitschrift für Erziehung, 1935)

Mit Artikeln wie „Ziele und Ergebnisse der nationalsozialistischen Erziehung“ (1939) und „Rasse als Grundbegriff der Erziehungswissenschaft“ beeinflusste er die faschistische und antisemitische Erziehung in den Schulen.

Redeker, Martin

ANTISEMIT IM TALAR

heute:

Mit Georg von Rauch und Theodor Wilhelm ist er der dritte Nazi-Ideologe im „Wissenschaftlichen Prüfungsamt für das Lehramt an höheren Schulen in Schleswig-Holstein“; ferner Ordentlicher Professor und Prodekan der Theologischen Fakultät, Direktor des Theologischen Seminars und Direktor des Sozialethischen Instituts an der Kieler Universität.

Der in Bielefeld geborene Martin Redeker zeichnete sich während der Nazi-Zeit als Antisemit im Talar des Priesters aus. Besonders bekannt wurde er durch seine Predigten im goebbelschen Rundfunk, in denen er beispielsweise 1939 verkündete:

„Was im Weltjudentum und im Materialismus an satanischer Kraft der Zersetzung sich zusammenballt, sehen wir allzu deutlich.“ (Rundfunkpredigten an der Universitätskirche Kiel, 1939)

Auch solche Schriften wie „Germanische Religion und der Religionsunterricht in der Schule“ (1935) zeigen die geistige Haltung des „Theologen“ Redeker als einen Ideologen des Hitlerregimes. Mit den Professoren von Rauch und Wilhelm übt er heute einen bestimmenden Einfluß auf den Lehrernachwuchs und damit auf das Bildungswesen Schleswig-Holsteins aus.

Diehl, Günther

BRAUNER REGIERUNGSSPRECHER

heute:

Staatssekretär, Leiter des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung; Sprecher der Bundesregierung.

Seit 1939 war Diehl Verbindungsmann des Auswärtigen Amtes zum „Büro Concordia“. Dieses Büro wurde vor allem für die psychologische Vorbereitung und Durchführung der Aggression Hitlerdeutschlands gegen Frankreich mit Hilfe der Rundfunkpropaganda geschaffen. Es unterstand sowohl dem Propaganda-Ministerium als auch dem Auswärtigen Amt. Die Propagandafeldzüge gegen das französische Volk und die Resistance wurden vor allem mit Geheimsendern durchgeführt, die, unter fremder Flagge sendend, Nazi-Propaganda betrieben. Das Projekt der Geheimsender wurde mit dem Kennwort „Concordia“ bezeichnet. Ministerialdirigent Berndt vom Propaganda-Ministerium nannte als Aufgabe der Schwarzsender, vor und während des militärischen Überfalls, „auf allen Lebensgebieten Verwirrung (zu) stiften“. (Deutsches Zentralarchiv, Potsdam, Bestand: Propaganda-Ministerium Nr. 827 S. 21 f.)

Für den psychologischen Krieg gegen Frankreich wurden zwei Geheimsender mit dem Decknamen „Concordia West“ und „Concordia Ost“ geschaffen.

Über die besonderen Aufgaben des Verbindungsmannes vom Auswärtigen Amt zum „Büro Concordia“ heißt es in einem Schreiben des Auswärtigen Amtes vom 18. Dezember 1939 an das Propaganda-Ministerium:

„Herr Diehl wird... an den täglichen Redaktionssitzungen teilnehmen und dafür Sorge tragen, daß vom Auswärtigen Amt geeignetes Material zur Verfügung gestellt wird und daß Überschneidungen und Ähnlichkeiten mit den offiziellen Nachrichten nach Tendenz und Themen vermieden werden.“ (A.a.O., S. 124)

Auf der gleichen Seite werden dann der Schwarzsender und seine Aufgaben näher charakterisiert:

1.) Während es sich bei den amtlich gekennzeichneten Nachrichtendiensten um eine überredende Propaganda handelt, betreibt der Geheimsender eine offene zersetzende Propaganda“ . (Ebenda.)

Zu den Themen, die diese Sender zu behandeln haben, heißt es an gleicher Stelle:

„b) England muß als Kriegshetzer und Kriegsinteressent und damit als Gegner des französischen Volksinteresses, unter Heranziehung sozialer Themen aller Art gekennzeichnet werden ...

d) Das zweifellos in Frankreich vorhandene Mitleid mit Polen ist mit der Feststellung zu bekämpfen, daß der moderne polnische Staat ein imperialistischer Raubstaat gewesen ist...“
(A.a.O., S. 125)

Nach der Besetzung Frankreichs war Diehl zunächst als Beauftragter der Abteilung Kultur des Auswärtigen Amtes in der „Einsatzstelle Brüssel“ und anschließend bei der Zweigstelle Vichy der deutschen Botschaft in Paris tätig. Seine Aufgabe bestand nun im wesentlichen darin, die faschistischen Sender in Frankreich und Monaco anzuleiten. Diese Sender richteten sich in erster Linie gegen die französische Widerstandsbewegung. Das Ziel bestand darin, den Maquis vom Volke zu isolieren und den blutigen Terror der deutschen Besatzungsmacht zu rechtfertigen. Ab 1943 war „Pg“ Diehl vorübergehend wieder in der Zentrale des Auswärtigen Amtes eingesetzt (NSDAP seit 1938). Danach kam er zur Dienststelle des Gesandtschaftsrates Struve. Dort war er für die Betreuung des vor dem französischen Volk geflohenen Faschisten Doriot und dessen Anhang verantwortlich.

Mit der Ernennung Diehls zum Leiter des Presse- und Informationsamtes im November 1967 wurde ein Nazi-Experte für psychologische Kriegführung und verbrecherische Diversionspropaganda Chef des staatlichen Zentrums der Meinungsmanipulation. Kanzler Kiesinger sicherte sich mit Diehl, einem ihm aus gemeinsamer Tätigkeit im Ribbentrop-Ministerium ergebenden Propagandisten, gleichzeitig auch die Kontrolle über Konrad Ahlers, den von der SPD in dieses Amt lancierten Stellvertreter Diehls; denn Diehl und Ahlers sind befreundet.

Gehlen, Arnold

VERHERRLICHT DEN MARSCH INS MASSENGRAB

heute:

Ordinarius für Soziologie an der Technischen Hochschule Aachen.

Im Jahre 1934 wurde der zum Ordentlichen Professor ernannte Arnold Gehlen „Amtsleiter“ der faschistischen Dozentenschaft an der Leipziger Universität. In seiner Antrittsvorlesung verherrlichte er die „nationalsozialistische Bewegung, die diesem Volke neue Auftriebe des Lebens und neue Ordnungen seines Daseins gegeben hat“. (Der Staat und die Philosophie, Leipzig, 1935)

Das von Gehlen entwickelte philosophische System vom „Elan vital“ - der Leidenschaft, das Leben aufs Spiel zu setzen - eignete sich vorzüglich zur Vorbereitung der deutschen Jugend

auf den Marsch in die Massengräber des zweiten Weltkrieges. In diesem Sinne forderte er die Soldaten der Hitlerwehrmacht 1940 auf, tapfer zu kämpfen und ihr Leben zu wagen:

„Die Tapferkeit ist die erste der germanischen Tugenden, die Gefahr ist Lockung, und die anderen Tugenden, zumal Treue und Selbstbeherrschung sind nach ihr ausgerichtet.“ (Der Mensch. Seine Natur und Stellung in der Welt, Berlin 1940)

Das Eroberungsziel des deutschen Imperialismus, für das die Soldaten tapfer kämpfen und mit Leidenschaft sterben sollten („Elan vital“), formulierte Gehlen im Jahre 1935 in seiner Schrift „Deutschtum und Christentum bei Fichte“. Dort forderte er eine neue „*Weltepoche ... unter Führung der Deutschen*“.

Gehlens Hauptwerk der Nazi-Zeit, „Der Mensch“, in dem er sein menschenverachtendes philosophisches System vom „Elan vital“ darlegte, erschien 1950, 1955 und 1958 in nur unwesentlich veränderten Neuauflagen im Bonner Staat.

Mehnert Klaus

RIBBENTROPS PROPAGANDASPEZIALIST

heute:

Ordinarius und Direktor des Instituts für politische Wissenschaft an der Technischen Hochschule Aachen; Mitglied des „Beirates für Entwicklungshilfe“ beim „Bundesministerium für Wirtschaftliche Zusammenarbeit“, Chefredakteur der Zeitschriften der „Deutschen Gesellschaft für Osteuropakunde“ (eine direkte Nachfolgeorganisation der „Deutschen Gesellschaft zum Studium Osteuropas“) „Osteuropa“, „Osteuropa-Recht“, „Osteuropa-Naturwissenschaft“, „Osteuropa-Wirtschaft“.

Klaus Mehnert gehörte schon vor der Machtergreifung des Faschismus zu den anerkannten „Osteuropaexperten“. Er war von 1931 bis 1933 Generalsekretär der „Deutschen Gesellschaft zum Studium Osteuropas“ und Schriftleiter der Zeitschrift „Osteuropa“. Bis zum Ende des Jahres 1933 arbeitete Mehnert eng mit dem Goebbels-Ministerium und dem faschistischen Auswärtigen Amt zusammen.

Da Mehnert in einigen taktischen Fragen des Kampfes gegen den Sozialismus und vor allem gegen die Sowjetunion andere Auffassungen hatte, fiel er zeitweilig bei den faschistischen Machthabern in Ungnade. Doch bald wieder wurde er zu einem wertvollen Propagandisten des faschistischen Deutschlands.

In einem Schreiben des faschistischen Auswärtigen Amtes vom 19. Februar 1942 heißt es: „Klaus Mehnert... ging im Zusammenhang mit den gegen ihn gerichteten Vorwürfen ins Ausland. Dort hat er in hohem Maße für uns gearbeitet.“ (Deutsches Zentralarchiv Potsdam, Bestand: Auswärtiges Amt Nr. 60 532)

Mehnert arbeitete als Korrespondent für extrem faschistische Blätter wie „Angriff“ und „Braune Post“. Im Jahre 1941 wurde er an die Botschaft Shanghai in die Informations- und Propaganda-Abteilung berufen. Auch die Gestapo wußte seine Arbeit für den deutschen Faschismus zu würdigen. Legationssekretär Baßler schrieb am 19. Februar 1942: „*Wie ich von der Abteilung Int. hörte, sind von der Geheimen Staatspolizei gegen seine Betätigung bei unserer Mission keine Bedenken erhoben worden.*“ (Ebenda)

Mehnert entwickelte sich mehr und mehr zu einem Vertrauensmann des faschistischen Auswärtigen Amtes im Fernen Osten. *„Da der Zweck der Tätigkeit von Klaus Mehnert bei der Informationsabteilung darauf gerichtet war, der englischen und amerikanischen Propaganda entgegenzuarbeiten und für den deutschen Standpunkt zu werben, kann jetzt... eine so hochqualifizierte Kraft wie Klaus Mehnert zweckmäßiger eingesetzt werden.“* (Ebenda)

Als der kühne antifaschistische Kundschafter, der Vertreter der „Frankfurter Zeitung“, Dr. Richard Sorge, in Japan verhaftet wurde, suchte die oberste Nazi-Führung einen zuverlässigen Nationalsozialisten für diesen Korrespondentenposten - er hieß Klaus Mehnert. Im April 1942 wurde er im Einverständnis mit dem „Reichspressechef“ und der besonderen Fürsprache des Auswärtigen Amtes zum Ostasienkorrespondenten der „Frankfurter Zeitung“ ernannt und blieb gleichzeitig faschistischer Propagandaspezialist in der Shanghaier Vertretung des Ribbentropschen Auswärtigen Amtes.

Für seine Verdienste als Vertrauensmann des faschistischen Auswärtigen Amtes und als Goebbels-Journalist wurde Mehnert noch am 5. März 1945 „auf Vorschlag des Reichsaußenministers“ mit dem Kriegsverdienstkreuz dekoriert.

Mehnert nutzt heute seine im Sold der Nazi-Führung gesammelten Erfahrungen besonders zur Unterstützung der neokolonialistischen Politik des westdeutschen Imperialismus in den jungen Nationalstaaten Asiens.

Raschhofer, Hermann

DIE RECHTE HAND DES KRIEGSVERBRECHERS FRANK

heute:

Stellvertretender Vorstand des Instituts für Völkerrecht und internationale Beziehungen der Universität Würzburg und Mitglied des Bremischen Staatsgerichtshofes; Leiter des „Rechts- und Staatswissenschaftlichen Arbeitskreises“ im Collegium Carolinum - einem Zentrum der imperialistischen Ostforschung und eine Einrichtung der „Sudetendeutschen Landsmannschaft.“

Prof. Dr. Hermann Raschhofer war einer der engsten Mitarbeiter des „Staatsministers für Böhmen und Mähren und Reichsprotectors“ K. H. Frank. Vielfältige Veröffentlichungen über Fragen des Nationalitätenrechts und der nationalen Minderheiten, vor allem in der ČSR und in Osteuropa, mit denen Raschhof er seit Ende der zwanziger Jahre in Erscheinung trat, galten als beste Empfehlung für diese Tätigkeit. Damals wurde er zu einem der wichtigsten Propagandisten des Faschismus in Österreich und der Henlein-Bewegung im Sudetenland. Nach 1939 wurde er auf persönlichen Wunsch Franks an die Karls-Universität berufen und dort 1940 als Direktor des Instituts für Völkerrecht und Reichsrecht eingesetzt.

Raschhofer bemühte sich, in seiner Arbeit für Frank die völkerrechtlichen Grundlagen zur Vernichtung des tschechoslowakischen Staates und für dessen endgültige Einverleibung in das faschistische Deutschland zu schaffen. Auch für die Regierung des Satellitenstaates Slowakei verfaßte er völkerrechtliche Arbeiten, unter anderem für „Staatspräsident“ Tiso.

Im August 1941 erhielt Raschhofer von seinem Duzfreund Frank folgende Beurteilung, die als Begründung für die Verleihung des Kriegsverdienstkreuzes geschrieben wurde:

„Raschhofer zeichnet sich als Völker- und Staatsrechtler durch eine umfangreiche publizistische Tätigkeit aus und hat wertvolle Beiträge nicht nur zur Auseinandersetzung mit der Feindpropaganda, sondern auch zur Bekämpfung der tschechoslowakischen Staats- und Geschichtsauffassung geliefert.“ (Zentrales Staatsarchiv der ČSSR, Prag)

In den Jahren 1942/43 gehörte Raschhofer der berüchtigten Einheit „Bergmann“ an, die unter Führung Oberländers stand, mit dem Raschhofer seit längerer Zeit bekannt war. (Über Oberländer siehe Kapitel: Hitlers 5. Kolonne in Bonner Diensten). Diese Sondertruppe wurde zu Diversionsakten im sowjetischen Hinterland und zu Massenhinrichtungen der sowjetischen Zivilbevölkerung eingesetzt.

1943 erhielt Raschhofer von Rosenberg den Auftrag, ein Studienmaterial über die bisherige Ostpolitik der faschistischen Besatzungsbehörden auszuarbeiten. In diesem Material ging Raschhofer davon aus, daß die Vergrößerung des „deutschen Lebensraumes“ gesichert werden mußte. Um den Widerstand der unterjochten Völker abzufangen, empfahl Raschhofer demagogischere Methoden in der Besatzungspolitik.

Anschließend wurde er von Frank zurückberufen, um eine Propagandakampagne anlässlich des 5. Jahrestages des Münchner Abkommens vorzubereiten. Die beiden nachfolgenden Dokumente zeigen, welche Bedeutung Raschhofer für die Spitzen des faschistischen Besatzungsregimes, den Reichsminister für die okkupierten Ostgebiete und Kriegsverbrecher, Rosenberg, und den Henker des tschechoslowakischen Volkes, K. H. Frank, hatte:

„An Herrn
Professor Raschhofer

1. April 1943

Prag XII
Schwerinstraße 9

Lieber Raschhofer!

Anbei übersende ich Dir einen Durchschlag meines Briefes an Reichsminister Rosenberg zur Kenntnisnahme. Ich hoffe, daß wir Erfolg haben.

Im Kaiserhof zeigte mir Herr Hübel eine von Dir ausgearbeitete gedankliche Disposition über Fragen der Behandlung fremden Volkstums in Europa, die auf zwei Schreibmaschinenseiten niedergelegt war. Ich wäre Dir dankbar, wenn Du für mich persönlich eine Abschrift davon so rasch als möglich nach Prag senden würdest.

Heil Hitler!

Dein (Signum von Frank)“

(Ebenda)

„SS-Gruppenführer

St. S. 136/43

1. April 1943

1.) An Herrn

Reichsminister Rosenberg

Berlin W35

Kurfürstenstraße 134

Sehr verehrter Herr Reichsminister!

Ihr Ministerium hat für den bei der hies. Deutschen Karls-Universität tätigen Professor Dr. Raschhofer einen Antrag auf Bewilligung von Arbeitsurlaub zur Bearbeitung rechtlicher Grundfragen der zwischenvölkischen Ordnung des besetzten Ostens eingereicht. Professor Raschhofer, der zu meinen langjährigen Mitarbeitern zählt, hat mir anlässlich seines Urlaubs die Ideen seiner Arbeit entwickelt. Die Arbeit wird unter anderem die nationalitätenrechtlichen Erfahrungen aus den böhmischen Ländern, für die Raschhofer auf Grund seiner bisherigen Tätigkeit als Experte gilt, verwerten und berührt durch die Problemstellung und die in Vorschlag gebrachte Lösung Fragen meines Arbeitsbereiches. Ich nehme deshalb die Gelegenheit wahr, um Ihnen, sehr verehrter Herr Reichsminister, mein besonderes Interesse an dem Zustandekommen des Arbeitsurlaubes zum Ausdruck zu bringen und Sie zu bitten, sich der Angelegenheit im Sinne einer raschen Entscheidung anzunehmen.

Heil Hitler!

Ihr sehr ergebener

(Signum von Frank)“

(Ebenda)

1944 fuhr Raschhofer im Auftrag der berüchtigten Einsatzgruppe H des SD in die Slowakei, um Propagandamaterial für die Niederschlagung des Volksaufstandes vom 29. August 1944 zu erarbeiten. Um eine Ausbreitung des Volksaufstandes auf die anderen Gebiete der ČSR zu verhindern, gab Raschhofer die Empfehlung, der Slowakei eine formale Selbständigkeit zu geben und die prodeutschen und antisowjetischen Elemente zu stärken.

Während SS-Gruppenführer und „Reichsprotector“ Frank nach der Zerschlagung des Faschismus vor Gericht gestellt und zum Tode verurteilt wurde, entging Raschhofer seiner gerechten Bestrafung. Ihm wurde in Westdeutschland die Möglichkeit gegeben, als Hochschullehrer zu wirken und getreu seiner Vergangenheit die juristische Begründung für das neue Eroberungsprogramm gegen unsere östlichen Nachbarvölker zu erarbeiten.

Raschhofer hat einen großen Einfluß auf die „Sudetendeutsche Landsmannschaft“. Die Führung dieser Revanchistenorganisation um den Bundesminister Seebohm und den Bundestagsabgeordneten und Präsidenten des „Bundes der Vertriebenen“ Wenzel Jaksch fordert die Annexion tschechoslowakischen Staatsgebietes und ein „Großdeutsches Reich“ in den Grenzen von 1939. Grundlage dieser Forderung sind nicht zuletzt die Irrlehren Raschhofers.

v. d. Heydte, Friedr.-Aug.

TRIEB DEUTSCHE SOLDATEN IN DEN TOD

heute:

Ordentlicher Professor für Staats- und Völkerrecht an der Universität Würzburg.

Bekannt wurde Friedrich-August von der Heydte als Initiator der Polizeiaktion gegen den „Spiegel“. Am 1. Oktober 1962 erstattete der Strauß-Intimus von der Heydte „private“ Strafanzeige gegen das westdeutsche Nachrichtenmagazin wegen „Verrats von Staatsgeheimnissen“. Damit gab er den unmittelbaren Anstoß für die vom Bonner Kriegsministerium unter Leitung Strauß' durchgeführte „Nacht- und Nebelaktion“ gegen diese Zeitschrift. Als Belohnung wurde von der Heydte am 22. Oktober 1962 als erster Reserveoffizier der Bundeswehr zum Brigadegeneral befördert. Im Mai 1965 mußte selbst der westdeutsche Bundesgerichtshof die völlige Haltlosigkeit der Anzeige von der Heydtes feststellen.

Ein politischer Denunziant war von der Heydte schon während der Nazi-Zeit. Durch sein radikales faschistisches Auftreten machte er sich bei den Nazi-Behörden bemerkbar und spekulierte auf eine große Karriere. Er unterschrieb beispielsweise 1936 einen Brief an den Studienassessor Pulke und drohte ihm „andere Maßnahmen“ für den Fall an, daß nicht in den nächsten Tagen das Zentralorgan der SS „Das Schwarze Korps“ im Katholischen Studentenheim in Münster ausgelegt würde.

Im Jahre 1937 meldete sich von der Heydte freiwillig zur faschistischen Wehrmacht. Als Leutnant nahm er am Überfall auf Frankreich teil. Für seine barbarische Kriegführung als Kommandeur einer Fallschirmjägereinheit erhielt er 1941 von Göring das Ritterkreuz und für seine Kriegsverbrechen in der Sowjetunion, besonders vor Leningrad, das „Deutsche Kreuz in Gold.“

Im Jahre 1944 kam für den inzwischen zum Oberstleutnant beförderten von der Heydte die große Stunde. Während der faschistischen Ardennenoffensive leitete von der Heydte den Sprungeinsatz der Fallschirmtruppen. Bei diesen Einsätzen kamen noch kurz vor Ende des Krieges Tausende deutscher Soldaten ums Leben. Er wurde von Hitler mit dem Eichenlaub zum Ritterkreuz dekoriert. Selbst der eingefleischte Militarist und heutige Leiter der „Kameradschaft Frankfurt“ des „Bundes ehemaliger Fallschirmjäger“, K. H. Wilhelms, bestätigte die militärische Sinnlosigkeit der Ardennenoffensive und die barbarische Truppenführung von der Heydtes: *„Obwohl er schon vorher klar erkennen mußte, daß dieser Einsatz eine Katastrophe werde, führte er den Befehl ohne Rücksicht durch...“*. (Frankfurter Neue Presse, 21. September 1954)

Von der Heydte, der deutsche Soldaten rücksichtslos in den Tod jagte, brachte sich selbst in Sicherheit. Obwohl es von der Heydte mehrfach geleugnet hat, geht aus den im Bayerischen Justizministerium liegenden Dokumenten eindeutig hervor, daß er eifriges und aktives Mitglied der SS war.

Seraphim, Peter-Heinz

EIN SCHREIBTISCHMÖRDER

heute:

Studienleiter an der „Verwaltungs- und Wirtschaftsakademie des Industriebezirkes Bochum“; führender Volkswirtschaftler in der „Schlesischen Landsmannschaft“.

Prof. Dr. Peter-Heinz Seraphim stammt aus einer Familie, die sich seit Generationen mit der „wissenschaftlichen“ Begründung der Eroberungspolitik des deutschen Imperialismus beschäftigt.

1937 wurde er in Königsberg Dozent und Stellvertretender Direktor des Instituts für osteuropäische Wirtschaft. Dieses Institut unterstand nominell der Königsberger Universität, betrieb in Wirklichkeit jedoch Spionage- und Wühltätigkeit in den osteuropäischen Nachbarstaaten. 1941 rief man Seraphim an die Universität Greifswald. 1943 wurde er geschäftsführender Direktor des auf seine Initiative gegründeten „Oder-Donau-Instituts“. Das Institut hatte die Aufgabe, genaue Unterlagen über die Wirtschaft Südeuropas in Form „vertraulicher Berichte“ zur besseren Versorgung der faschistischen Wehrmacht zu beschaffen. Mit einer großen Anzahl von Aufsätzen und Büchern unterstützte Seraphim die faschistische Rassentheorie. 1938 veröffentlichte er ein groß aufgemachtes antisemitisches Werk: „Das Judentum im osteuropäischen Raum“. In diesem Buch nimmt er zur gesamten jüdischen Bevölkerung im osteuropäischen Teil der Sowjetunion, in Polen, Lettland, Litauen, Ungarn, Rumänien und in der ČSR Stellung. Statistiken gaben darüber Auskunft, wie sich die jüdische Bevölkerung altersmäßig, sozial und beruflich zusammensetzte. In umfangreichem Kartenmaterial wurde der genaue „Standort“ der Juden festgestellt. Seraphim lieferte damit detaillierte Unterlagen zur „Endlösung der Judenfrage“. Mit diesem Buch hatte er sich als Experte für „jüdische Probleme“ qualifiziert und hielt als einer der ersten am neugegründeten „Institut für deutsche Ostarbeit“ in Krakau (Krakow) einen Vortrag über „Die Juden in Polen“. Er beeinflusste wesentlich den Charakter dieses Instituts, dessen Präsident der Kriegsverbrecher Hans Frank war. Als 1941 das „Institut zur Erforschung der Judenfrage“ von Alfred Rosenberg als Außenstelle der „Hohen Schule der NSDAP“ in Frankfurt a. M. gegründet wurde, trug Seraphim als Korrespondierendes Mitglied dieses Instituts auf einer Arbeitstagung (26. bis 28. März 1941) seine Thesen zur Judenfrage vor. Hier prägte er den Begriff „jüdischer Volkstod“ und bot drei Thesen zur Durchsetzung seiner Theorie an:

1. Die Dissimilierung ohne räumliche Ausgliederung aus dem Gastvolk.
2. Die Ghettoisierung in einem Teil Europas.
3. Ihre Entfernung aus Europa durch eine planmäßige Umsiedlungsaktion. Bei der Begründung seiner Thesen ging Seraphim von der wirtschaftlichen

Überlegung aus, daß „in Osteuropa ... der Jude durch Rechtsprechung und Verwaltungsmaßnahmen in dem Tempo in den Städten durch Nichtjuden zu ersetzen sei, als qualifizierte Nichtjuden für diesen Einsatz zur Verfügung stehen“. (Weltkampf, 1941, 1/2, S. 44 f.)

Alle diese Pläne gingen von der Überlegung aus, die Juden zu beseitigen, und leisteten ihrer physischen Vernichtung Vorschub.

1941 arbeitete Seraphim als Oberkriegsverwaltungsrat der Rüstungsinspektion Ukraine an der „Endlösung der Judenfrage“ mit. Zur gleichen Zeit war er Chefredakteur der Zeitschrift „Weltkampf“, dem zentralen Organ des Antisemitismus in Deutschland.

Seraphim gehört wie Globke zu jenen Schreibtischmördern, die in Bonn straffrei ausgehen. Bis heute hat er sich noch nicht von seinen antisemitischen Theorien und Praktiken distanziert. In seiner Funktion als Studienleiter hat er maßgeblichen Einfluß auf die Erziehung der künftigen Beamten des Bonner Staates.

Höhn, Reinhard

SS-FÜHRER UND KRONJURIST HIMMLERS

heute:

Geschäftsführender Präsident der „Akademie für Führungskräfte der Wirtschaft“, Bad Harzburg, mit einem Jahresgehalt von 64000 DM; außerdem ist er Geschäftsführender Präsident der „Deutschen Volkswirtschaftlichen Gesellschaft e. V.“

Während der Zeit des Faschismus war Prof. Dr. Reinhard Höhn einer der engsten Mitarbeiter des „Reichsführers SS“ und Hauptkriegsverbrechers Himmler für staatsrechtliche Fragen.

Im Oktober 1935 wurde Höhn Direktor des Instituts für Staatsforschung der Universität Berlin und gleichzeitig bis 1938 Abteilungsleiter 2 der Hauptabteilung II des SD-Hauptamtes im berüchtigten Reichssicherheitshauptamt. In dieser Stellung zeichnete er für die totale Bespitzelung aller Bereiche des öffentlichen Lebens in Hitlerdeutschland verantwortlich.

Über die Aufgaben des Instituts für Staatsforschung schreibt Höhn am 7. Juni 1939: *„Mein Institut hat von maßgebenden Staats- und Parteistellen die Aufgabe erhalten, die praktische Rechtsgestaltung im NS-Staat von der wissenschaftlichen Seite näher zu unterstützen.“* (Archiv der Humboldt-Universität Berlin)

Die Erarbeitung staatsrechtlicher Grundlagen für das Okkupationsregime in den faschistisch besetzten Gebieten gehörte ebenfalls zum Aufgabenbereich dieses Instituts. Das geht aus einer Beurteilung Hohns über seinen Mitarbeiter Hofmann hervor, der vor dem Überfall auf die Sowjetunion ein „umfangreiches Gutachten über Organisation und Aufbau Probleme der Verwaltung der UdSSR“ ausgearbeitet hatte. Dort heißt es: *„Er (Hofmann - d. Hrsg.) konnte ausgezeichnete Lösungen der Wege und Probleme entwickeln, mit denen die deutsche Militär- und Zivilverwaltung nach der militärischen Besetzung zu rechnen hätte.“* (Ebenda)

Seit 1939 arbeitete dieses Institut fast ausschließlich für Himmler. In einem Schreiben der Reichsführung-SS heißt es: *„Der Direktor des Instituts für Staatsforschung an der Universität Berlin und sein wissenschaftliches Personal sind zur Dienstleistung im Rahmen der wissenschaftlichen Aufgaben des Institutes für den Reichsführer-SS und Chef der deutschen Polizei während des Krieges beordert worden.“* (Ebenda)

Aus einem Arbeitsbericht Hohns vom 22. Juni 1940 geht die große Bedeutung dieses Instituts für den faschistischen Terrorapparat hervor:

„Auf Grund dieser Beorderung bearbeitet das Institut seit dem 1. September 1939 eine Reihe vom Reichsminister des Innern und vom Chef der Sicherheitspolizei und des SD übertragener Aufgaben. Bisher sind zur Erledigung gelangt:

1 Entwurf eines Gesetzes mit ausführlicher Begründung,

3 Entwürfe von Verordnungen mit ausführlicher Begründung,

6 ausführliche Untersuchungen über den Aufbau der Staatsorganisation fremder Staaten,

20 Berichte aus dem Arbeitsbereich des Chefs der Sicherheitspolizei auf dessen Anforderung,

16 Berichte aus dem Aufgabenbereich des Reichsführers SS,

12 eingehende Berichte zu Einzeltragen der Kriegsverwaltung.“ (Ebenda)

Höhn war auch für den Initiator, Autor und Kommentator der Judengesetze, Stuckart, unentbehrlich. (Siehe Tafel 48)

In ungezählten Veröffentlichungen trat Höhn als faschistischer Staats- und Verwaltungsrechtler auf. So schrieb er über das Wesen des faschistischen Staates: *„Es wird nicht mehr regiert, es wird geführt... In unserem Staat als Organ des Führers wird befohlen und gehorcht... Parlamentsbeschlüsse und Abstimmungen sind überholt, es werden Entscheidungen getagt und ausgeführt.“* (Die Wandlung im staatsrechtlichen Denken, Hamburg 1934)

Noch 1944 legte er seine Ansicht über den Eid auf den Führer dar: *„Im Schwur auf den Führer kommt nicht nur der Gedanke zum Ausdruck, daß der Soldat ähnlich wie in der Monarchie einen Herrn besitzt, sondern die Verpflichtung auf die nationalsozialistische Idee, als deren Exponent der Führer dem Soldaten entgegentritt. Als politischer Willensträger seines Volkes schwört der Soldat dem Führer, militärisch diese Weltanschauung zu verteidigen... Der Eid auf den Führer verpflichtet nicht nur zu Lebzeiten des Führers, sondern über dessen Tod hinaus zu Treue und Gehorsam gegenüber der nationalsozialistischen Idee und damit gegenüber dem neuen von der Bewegung gestellten Führer.“* (Das Reich, Berlin, 1. Oktober 1944)

Höhn war Vorsitzender des Ausschusses für Polizeirecht an der von dem Kriegsverbrecher H. Frank gegründeten Akademie für Deutsches Recht. Für seine „Verdienste“ machte Höhn auch als SS-Mann Karriere: Er war SS-Brigade-Führer, Träger des „Ehrendegens des Reichsführers SS“ und wurde 1945 zum Generalleutnant der Waffen-SS ernannt.

Neofaschismus in Millionenaufgabe

Bei der ideologischen Beeinflussung der westdeutschen Bevölkerung gewinnen die neonazistischen und militaristischen Zeitschriften, Zeitungen, Bücher und Filme sowie die Sendungen des Rundfunks und Fernsehens immer größere Bedeutung. Wenn der heutige Bonner Innenminister Höcherl erklärt, der Einfluß der neofaschistischen Propaganda sei zurückgegangen, so ist das eine bewußte Irreführung der Öffentlichkeit.

Der gefährliche Einfluß dieser Publikationsmittel läßt sich nicht allein an den Höhen der Auflagen einiger Verlage messen. Er ist vor allem in den Blättern solcher Monopole der „öffentlichen Meinungsbildung“ wie des Springer-Konzerns, in den Programmen von Funk und Fernsehen sowie in der westdeutschen Filmproduktion deutlich sichtbar. Die westdeutschen Massenmedien haben sich die Theorien der Neonazisten längst zu eigen gemacht. Tagtäglich ist die westdeutsche Bevölkerung dieser Flut des Chauvinismus und Revanchismus ausgesetzt.

Die nachfolgenden Beispiele sind nur eine kleine Auswahl aus der Zahl von weit über 100 militaristischen, faschistischen und revanchistischen Verlagen Westdeutschlands.

Einige Verlage und Zeitschriften haben sich auf die Erhaltung und Verbreitung militaristischen und faschistischen Gedankengutes spezialisiert.

VERHERRLICHT HITLERS RAUBZÜGE

Im G.-Braun-Verlag, Karlsruhe, erscheint die Zeitschrift „Alte Kameraden“. Sie ist das Zentralorgan von etwa 50 militaristischen Traditionsverbänden und neben der „Deutschen National-Zeitung und Soldaten-Zeitung“ eines der meistgelesenen militaristischen Blätter in Westdeutschland. Verantwortlicher Redakteur dieser Zeitschrift ist der Oberst der Nazi-Wehrmacht, Rudolf Böhmler. Das SS-Organ „Der Freiwillige“ bescheinigt ihm: „*Rudolf Böhmler... ist uns als Freund und Verteidiger der Rechte der Soldaten der ehemaligen Waffen-SS seit langem wohlvertraut.*“ („Der Freiwillige“, Osnabrück, Heft 11/1963)

Die seit 13 Jahren erscheinende Zeitschrift mit ihrem Beiblatt „Der Deutsche Fallschirmjäger“ stellt die Vernichtungsfeldzüge der faschistischen Wehrmacht und die Überfälle auf friedliche Völker als Beispiele soldatischer Zucht und Tugend dar und empfiehlt sie der Bundeswehr als Vorbild.

„Kriegserlebnisse“ dieser Art bilden den größten Teil des Verlagsprogrammes, z.B.: Egon Denzel, „Angriff am Wolchow“ (Heft 1/60); E. A. Wichers, „Der Iwan kam über den Ilmensee“ (Heft 6/60); Werner Haupt, „Die Uhren zeigten 3 Uhr 05. Die Heeresgruppe Nord am 22. Juni 1941“ (Heft 6/61); G. Teschner, „Vormarsch nach Bessarabien“ (Heft 11 und 12/61).

DAS ZENTRALORGAN DES MILITARISTEN

Die „Deutsche National-Zeitung und Soldaten-Zeitung“ (NZ) ist die größte militaristische und neonazistische Wochenzeitung in Westdeutschland. Herausgeber und Verleger ist der Neofaschist und Inhaber der „Deutschen Soldaten-Zeitung Verlags GmbH“, Gerhard Frey. Gedruckt wird dieses Blatt in der Druckerei von Johann Evangelist Kapfinger, dem Intimus und Skandalkomplicen des gestürzten Kriegsministers Strauß. Die Zeitung ist zu einem Zentralorgan aller ultrarechten neonazistischen Kräfte in Westdeutschland geworden und diffamiert jede Regung für eine realistische Politik. So forderte der SS-Mann und Fallschirmjäger-Offizier der Nazi-Wehrmacht, von der Heydte, hohe Zuchthausstrafen für „Verzichtpolitiker“, womit jene Kräfte gemeint sind, die normale Beziehungen mit den Nachbarvölkern im Osten und Südosten Europas anstreben.

Mit besonderem Eifer setzt sich dieses Blatt für eine Generalamnestie für die Nazi- und Kriegsverbrecher ein. Der Hauptkriegsverbrecher und ehemalige „Stellvertreter des Führers“, Heß, wird als „Gefangener des Friedens“ bezeichnet. Unter der Schlagzeile „Die Justiz ist keine Hure“ wird in Nr. 5/64 der Freispruch des SS-Sturmbannführers Erich Deppner, der unter anderem 65 sowjetische Kriegsgefangene ermorden ließ, als eine „Wende in den Kriegsverbrecherprozessen“ gefeiert.

Die NZ gibt zwei Beiblätter mit spezieller revanchistischer Zielstellung heraus: „Schlesische Rundschau“ und „Der Sudetendeutsche“. Neben dem immer stärker werdenden Einfluß, den dieses Blatt auf die Revanchistenorganisationen ausübt, ist auch ihr Leserkreis in der Bundeswehr angestiegen.

SPRACHROHR DER SS

In Osnabrück erscheint seit 1955 das Zentralorgan der HIAG „Der Freiwillige“ im gleichnamigen Verlag. Die HIAG ist die Organisation der ehemaligen Angehörigen der Waffen-SS. Führenden Einfluß auf die HIAG und deren Sprachrohr haben die SS-Generale Felix Steiner, Kurt Meyer, Paul Hausser und Herbert O. Gille.

„Der Freiwillige“ sieht seine vordringlichste Aufgabe darin, die Waffen-SS zu rehabilitieren und ihre Verbrechen gegen die Völker Europas zu rechtfertigen. Das Blatt feiert die Waffen-SS als „Elite-Truppe“ des deutschen Faschismus und als Vorkämpfer einer antikommunistischen Vereinigung Europas unter der Herrschaft des deutschen Imperialismus: *„In den soldatischen Gedenktafeln Europas wird der Name der Waffen-SS nicht ausgelöscht werden.“* (Der Freiwillige, Osnabrück, Nr. 11/63)

Neben der Rehabilitierung der Waffen-SS, die in der Bundesrepublik praktisch vollzogen ist, sieht „Der Freiwillige“ seine Aufgabe im Kampf gegen die „alten Feinde“, die Widerstandskämpfer ganz Europas: *„Aber wenn man unsere Unruhe, unser Unbehagen über die doch noch zweifellos unvollendete Demokratie damit beantwortet, daß man die Aussprache unter uns als staatsgefährdend betrachtet, wenn man unseren Ehrendienst vor dem Ansturm kommunistischer Partisanenorganisationen als staatsgefährdend erklärt, dann ist die Gerechtigkeit und Freiheit der Demokratie aufs Spiel gesetzt, und Gott möge denen gnädig sein, die sich nicht gescheut haben, uns der VVN und FIR (Organisationen der Widerstandskämpfer - d. Hrsg.) zum Fraße hinzuwerfen.“* (A. a. O., Nr. 8/63)

Die Henker von Lidice, Oradour, Malmedy und des Warschauer Ghettos in der Uniform der Waffen-SS bezeichnen sich als Vorkämpfer für Demokratie und Freiheit und nennen die Bundesrepublik „ihren“ Staat. Bekannte Schriftsteller und Publizisten in Westdeutschland, wie Blöcker, Böll, Geissler, Grass und Kuby, sind Ziele der wütenden Hetze. Das Schaffen dieser Schriftsteller wurde als „fortschreitende literarische Verwahrlosung“ bezeichnet. Weiter schreibt „Der Freiwillige“: *„Die Übereinstimmung von wirklichem Geist und wirklichen echten Führungsprinzipien einer Demokratie ist verlorengegangen. In solchen Zeiten gewinnen die Ratten an Macht und Raum.“* (A. a. O., Nr. 9/61)

KRIEGSVERBRECHER ALS AUTOREN

Das Programm des Schild-Verlages wird zum größten Teil durch die Herausgabe von Büchern über die Waffen-SS und die faschistische Wehrmacht bestimmt. So erschienen in diesem Verlag, dessen Eigentümer der ehemalige NSDAP-Kreisleiter Damerau ist, unter anderen folgende Bücher:

- von dem von den Alliierten zum Tode verurteilten und später begnadigten SS-General Kurt Meyer das Buch „Grenadiere“;
- von SS-Hauptsturmführer und Gaupresseamtsleiter in Wien, Kernmayr, 1961 das Buch über den Raubzug des deutschen Faschismus in der Ukraine „Das goldene Feld“;
- von dem Panzerinspizienten der Bundeswehr, Oskar Munzel, das aus dem Nachlaß des faschistischen Generals Guderian geschriebene Buch „Panzer marsch“;
- von dem SS-Untersturmführer Greil 1958 „Die Wahrheit über Malmedy“ und 1959 „Die Lüge von Marzobotto“. Beide Bücher dienten der Rechtfertigung der furchtbaren Blutbäder, die die Waffen-SS in diesen Orten angerichtet hatte.

Während Kriegsverbrecher rehabilitiert werden, diffamiert man die einsichtigen Kräfte und die Helden des Widerstandskampfes innerhalb der faschistischen Wehrmacht als Verräter. So erschien von Peter Straßner das Machwerk: „Verräter - ‚Nationalkomitee Freies Deutschland‘ - Keimzelle der ‚DDR‘“.

Seit 1953 erscheint im Schild-Verlag der „Deutsche Soldatenkalender“, der sich vor allem an die Mitglieder der etwa 600 militaristischen Traditionsverbände und an die Soldaten und Reservisten der Bundeswehr wendet. Die Beiträge und „Geleitworte“ dieses Kalenders werden fast ausschließlich von Generalen der faschistischen Wehrmacht geschrieben. So zeichnet für das „Geleitwort“ der Ausgabe von 1963 der Hitlernachfolger und Hauptkriegsverbrecher Dönitz verantwortlich.

NAZI-IDEOLOGIE FÜR DIE JUGEND

Unter den westdeutschen Verlagen, die militaristisches und faschistisches Gedankengut besonders für die Jugend in Form von Groschenheften in großer Zahl und hoher Auflage verlegen, sei hier nur der Fabel-Verlag in Rastatt/Baden genannt. Mit 20 verschiedenen Serien und einer monatlichen Auflage von mehreren Millionen Exemplaren ist er der größte Groschenheftproduzent in Westdeutschland.

Seit 1957 erscheinen die berühmtesten „Landser“-Heftserien:

„Der Landser“, der seit 1957 zunächst 14tägig, aber seit Oktober 1958 wöchentlich erscheint. Im März 1964 erreichte die Serie Heftnummer 310.

„Der Landser-Großband“, der später „Landser-Sonderband“ genannt wurde. Von dieser Reihe gab es im März 1964 schon 136 Hefte.

„Der Landser - Ritterkreuzträger erzählen“, erscheint seit Sommer 1959 monatlich und zählte bis zum März 1964 137 Hefte.

In den letzten Jahren erschienen im Fabel-Verlag außerdem Bücher, in denen der Krieg und der faschistische Militärapparat gepriesen werden. Autoren sind unter anderen der Nazi-Offizier Günther Fraschka sowie der Österreichische Faschistenführer und Kulturreferent des Reichspropagandaamtes, Graf Bossi-Fedrigotti.

REVANCHEFORDERUNGEN ALS VERLAGSPROGRAMM

Um die Gebietsansprüche der Bundesregierung und der „Landsmannschaften“ zu propagieren, wurden besondere Verlage geschaffen. Die Forderung nach Wiederherstellung des „Großdeutschen Reiches“ bestimmt den Inhalt ihres Verlagsprogramms. Solche Verlage sind unter anderen der Heimreiter-Verlag und der Klinger-Verlag. Der Leiter des Frankfurter Heimreiter-Verlages ist Ernst Frank, ein Bruder des als Hauptkriegsverbrecher verurteilten faschistischen „Reichsprotectors“ von „Böhmen und Mähren“.

Ernst Frank war maßgeblich an der Vorbereitung der Annexion des Sudetengebietes beteiligt und erhielt dafür 1938 die „Sudetenmedaille“. Nach der Annexion war er NS-Hauptschriftleiter und Kreishauptamtsleiter der Nazi-Partei. Ernst Frank entwickelte den Heimreiter-Verlag zum Sprachrohr der Propaganda-Zentrale der „Sudetendeutschen Landsmannschaft“ und des „Witikobundes“.

In diesem Verlag erscheinen unter anderem die „Beiträge des Witikobundes zu den Fragen der Zeit“. Autoren sind solche belastete Nazis wie der NSDAP-Gauhauptstellenleiter der Gauleitung Reichenberg (Liberec), Seiboth, der heute unter dem Tarnmantel des Selbstbestimmungsrechts seine revanchistischen Gebietsforderungen stellt. Einen Teil des Verlagsprogramms nehmen auch solche revanchistischen Zeitungen ein wie der „Sudetendeutsche Turnerbrief“, für dessen Inhalt der SA-Führer Welwarski verantwortlich zeichnet. Hergestellt wird dieses Blatt in der Druckerei des ehemaligen Nazi-Kreisleiters und Antisemiten Tins.

Als Buch-Autoren treten vor allem der SA-Sturmbannführer und Nazi-Schriftsteller Rudolf Jahn (er veröffentlichte u. a. 1938 ein Buch über den Kriegsverbrecher Konrad Henlein) und Ernst Frank auf. Frank veröffentlichte unter anderem: „Heimat ohne Vaterland“, einen Gegenwartroman; „Leidenschaftliches Egerland“; „Grenzen der Freiheit“, „Gedichte und Szenen“.

VON NAZISTEN GELEITET

Zu den leitenden Männern des in München ansässigen Klinger-Verlages gehören die führenden Mitglieder der Sudetendeutschen Partei und später der NSDAP, Karl Jungschaffer und Erich Maier. Vor 1945 waren beide in der Verlagsleitung bzw. Redaktion des Gauorgans der NSDAP-Gauleitung Reichenberg (Liberec), „Die Zeit“, tätig. In diesem Blatt schrieb Maier in einer Artikelserie: *„So besudelten Juden im Hintergrund die Ehre des deutschen Soldaten, so brachten sie es zustande, die Stimmung in der Heimat zu erschüttern und so die Voraussetzung für den Zusammenbruch zu schaffen.“* (Die Zeit, Reichenberg, 1939)

Daß Maier seine Gesinnung nicht geändert hat, zeigt ein Artikel in der vom Klinger-Verlag herausgegebenen Revanchistenzeitschrift „Vertriebenen-Anzeiger“. Unter der Überschrift „Wie lange noch ‚Kriegsverbrecher‘-Prozesse?“ forderte er am 1. September 1959 eine Generalamnestie für alle Nazi- und Kriegsverbrecher.

Zu den Verlagsobjekten des Klinger-Verlages gehört auch die mit Bundesmitteln subventionierte Zeitschrift „Wehr und Heimat“. Der faschistische Überfall auf Polen wird in dieser Zeitung, die vor allem für die Jugend herausgegeben wird, wie folgt beschrieben: *„Am 1. September 1939: Die Gewehre waren losgegangen, der Feldzug gegen Polen und damit der zweite Weltkrieg hatte begonnen ... Es sei hier noch vermerkt, daß von einem deutschen ‚Überfall‘ auf Polen nicht gesprochen werden kann... Führung und Truppe der Wehrmacht hatten in diesem Feldzug ihr Bestes geleistet, um ihn zu einem frühen, siegreichen Abschluß zu bringen.“* (Wehr und Heimat, München, Nr. 9/1959)

Die Gefährlichkeit dieser neonazistischen Beeinflussung ist nicht zu übersehen; die Auswirkungen im Denken der westdeutschen Bevölkerung sind heute schon erschreckend. Bereits 1958 warnte der SPD-Abgeordnete, Ulrich Lohmar, in einer Bundestagssitzung:

„Dieser aggressive Nationalismus ist aus sich heraus... allein nicht zu erklären. Damit eng verbunden ist eine abendländische Kreuzzugsideologie...“ (H. Brüdigam, Der Schoß ist fruchtbar noch, Röderberg-Verlag, Frankfurt a. M.)

Der Bonner Staat aber forciert diese Ideologie, weil sie seinen aggressiven Plänen dient.

Braune Professoren and Nazi-Ideologen in der Bundesrepublik

Aubin, Hermann, Prof. Dr.

vor 1945: Professor für mittelalterliche und neuere deutsche Geschichte und für Geschichte Osteuropas; Universitätsprofessor in Bonn, Gießen und Breslau (Wroclaw); gehörte zu den ideologischen Wegbereitern Hitlers; Mitarbeit im Vorstand der Nord- und Ostdeutschen Forschungsgemeinschaft, dem Zentrum des Kampfes gegen die östlichen Nachbarvölker Deutschlands

nach 1945: Honorarprofessor in Freiburg/Br.; langjähriger Präsident des „Johann-Gottfried-Herder-Forschungsrates“, einem Zentrum des westdeutschen Revanchismus; Aubin ist für die Spaltung des „Deutschen Historikerverbandes“ verantwortlich

Bartholomeyczik, Horst, Prof. Dr.

vor 1945: Landgerichtsrat am Sondergericht Breslau (Wroclaw); SS-Obersturmbannführer

nach 1945: Oberlandesgerichtsrat in Koblenz bis 1963; Professor für Wirtschafts- und Zivilprozeßrecht an der Universität Mainz

Berber, Friedrich, Prof. Dr.

vor 1945: Juristischer Berater des Kriegsverbrechers Ribbentrop; führender faschistischer Völkerrechtler; 1936-1944 stellvertretender Direktor des Instituts für auswärtige Politik, Hamburg; 1936 Mitglied der von H. Frank gegründeten extrem faschistischen „Akademie für Deutsches Recht“; umfangreiche publizistische Tätigkeit zur Konzipierung und Rechtfertigung der faschistischen Außenpolitik

nach 1945: Seit 1954 Professor für Völkerrecht, öffentliches Recht und Rechtsphilosophie; Vorstandsmitglied des Instituts für Völkerrecht der Universität München

Bertram, Georg, Prof. Dr.

vor 1945: Leitendes Mitglied und später geschäftsführender Direktor des „Instituts zur Erforschung des jüdischen Einflusses auf das kirchliche Leben“; veröffentlichte eine Vielzahl antisemitischer Schriften; 1922-1946 Professor für Theologie an der Universität Gießen

nach 1945: Lehrbeauftragter und Professor z. W. V. in Frankfurt a. M.

Boehm, Max Hildebert, Prof. Dr.

vor 1945: Seit 1933 förderndes Mitglied der SS; Begründer der faschistischen „Volkstumssoziologie“ und „Grenzlandkunde“; führender Ideologe der faschistischen 5. Kolonne; ab 1933 Lehrstuhlleiter an den Universitäten Berlin und Jena

nach 1945: Langjähriger Leiter der „Ostdeutschen Akademie“, Lüneburg, einem ideologischen Zentrum des Revanchismus; Präsident des revanchistischen „Nordostdeutschen Kulturwerkes“

Bosch, Werner, Prof. Dr.

vor 1945: 1942-1943 Wirtschaftsinspektion der faschistischen Heeresgruppe Mitte; beteiligt an der ökonomischen Ausplünderung sowjetischer Gebiete; 1943-1945 im Planungsamt des Kriegsverbrechers und Rüstungsministers Speer; als Hauptabteilungsleiter für die Deportation der Zivilbevölkerung der besetzten Gebiete als Zwangsarbeiter nach Deutschland und den Einsatz von Kriegsgefangenen in der faschistischen Rüstungsindustrie verantwortlich; 1934 SS, zuletzt SS-Untersturmführer

nach 1945: Professor für Volkswirtschaftslehre an der Universität Mainz; Mitglied des Forscherkreises im Forschungsbeirat des „Gesamtdeutschen“ Ministeriums

Buntru, Alfred, Prof. Dr.

vor 1945: Bis 1943 Rektor der Karls-Universität und bis 1945 Rektor der Technischen Hochschule in Prag; Vertrauter des Kriegsverbrechers Henlein; Antisemit; SS-Oberführer

nach 1945: Professor an der Technischen Hochschule Aachen; aktiv in der „Sudetendeutschen Landsmannschaft“ tätig

Eckardt, Felix von

vor 1945: Faschistischer Drehbuchautor; schrieb als Autor oder Mitautor 19 Drehbücher für Nazi-Filme

nach 1945: Staatssekretär im Presse- und Informationsamt der Bonner Regierung; „Bevollmächtigter“ der Erhard-Regierung in Westberlin; CDU-Bundestagsabgeordneter

Gehlen, Arnold, Prof. Dr.

vor 1945: 1934 Amtsleiter der faschistischen Dozentenschaft in Leipzig; verherrlichte als Philosoph die faschistische Diktatur und die Raubkriege des deutschen Imperialismus

nach 1945: Ordinarius für Soziologie an der Technischen Hochschule Aachen

Gerstenmaier, Eugen

vor 1945: 1923 SA; ab 1931 Amtsleiter in der faschistischen Deutschen Studentenschaft; Exponent des „Führergedankens“ in der evangelischen Kirche; unternahm im Auftrage des Auswärtigen Amtes mehrere Reisen in neutrale oder okkupierte Länder zur ideologischen Zerschlagung des antifaschistischen Widerstandskampfes; denunzierte den antifaschistischen

Gelehrten Prof. Siegmund Schultze bei Nazi-Behörden; 1942 als Beamter auf Lebenszeit ernannt und für die Dauer des Krieges u. k. gestellt

nach 1945: Präsident des westdeutschen Bundestages

Globke, Hans-Maria, Dr.

vor 1945: Ministerialrat im Reichsinnenministerium, u.a. verantwortlich für Staatsangehörigkeitsfragen und Fragen der besetzten Westgebiete; durch Ausarbeitung von Diktaturgesetzen an der Liquidierung der Weimarer Republik beteiligt; Mitautor der Rassengesetze, schuf damit die juristischen Grundlagen für die Vernichtung ganzer Volksteile; aktiv an der „Endlösung der Judenfrage“ beteiligt

nach 1945: Bis Juli 1963 als Staatssekretär im Bundeskanzleramt mächtigster Beamter des Bonner Staates; 1962 vom Obersten Gericht der DDR zu lebenslangem Zuchthaus verurteilt; auf Grund des vorgelegten Belastungsmaterials mußte er als Staatssekretär abberufen werden

Grebe, Hans, Prof. Dr.

vor 1945: Assistent und Schüler des berüchtigten „Rassenspezialisten“ Verschuer in Frankfurt a.M. und am Kaiser-Wilhelm-Institut für Anthropologie, menschliche Erblehre und Eugenik in Berlin; 1944 außerordentlicher Professor mit Lehrauftrag und Leiter des Instituts für Erbbiologie und Rassenhygiene an der Universität Rostock; einflußreicher Propagandist der Rassenirrlernen des Faschismus; Leiter der Abteilung Wissenschaft im „Hauptamt weltanschauliche Schulung“ in der Reichsjugendführung; bildete HJ-Führer und NS-Führungsoffiziere in „erbbiologischen und rassenhygienischen“ Fragen aus, arbeitete eng mit dem „Rassenpolitischen Amt“ der NSDAP zusammen; an „Gutachtenuntersuchungen“ im berüchtigten Eugen-Fischer-Institut in Berlin beteiligt

nach 1945: Professor mit Lehrauftrag für Humangenetik an der Universität Marburg seit 1952; bis 1961 Präsident des Deutschen Sportärztebundes

Groß, Hermann, Prof. Dr.

vor 1945: 1939-1945 Leiter der volkswirtschaftlichen Abteilung der Zweigstelle Wien des Giftgaskonzerns IG-Farben; erkundete die Möglichkeiten der wirtschaftlichen Ausplünderung der Staaten Südosteuropas; 1933 SA; 1936 Mitglied der faschistischen Deutschen Akademie

nach 1945: Osteuropa-Experte auf wirtschaftlichem Gebiet; Professor für wirtschaftliche Staatswissenschaft an der Universität Kiel; seit 1962 Professor für Wirtschaft und Gesellschaft Südosteuropa und seit 1964 Vorstand des gleichnamigen Seminars an der Universität München

Grundmann, Günther, Prof. Dr.

vor 1945: Als führender faschistischer Kunsthistoriker am Raub polnischer Kunstgegenstände während des zweiten Weltkrieges beteiligt; trat mit antisemitischen Schriften hervor

nach 1945: Präsident des „Johann-Gottfried-Herder-Forschungsrates“; führender westdeutscher Kunsthistoriker; 1951 bis 1959 Mitglied der UNESCO-Kommission

„International-Comitee on Monuments Artistic and Historical Sites and Archaeological Excavations“ in Paris; 1959 ausgezeichnet mit dem Großen Bundesverdienstkreuz des Verdienstordens der Bundesrepublik

Heydte, Friedrich-August von der, Prof.

vor 1945: 1937 freiwillig zur faschistischen Wehrmacht; Fallschirmjägeroffizier, letzter Dienstgrad Oberstleutnant; für barbarische Kriegführung mit „Ritterkreuz mit Eichenlaub“ und „Deutschem Kreuz in Gold“ dekoriert; SS

nach 1945: Professor für Staats- und Völkerrecht an der Universität Würzburg

Höhn, Reinhard, Prof. Dr.

vor 1945: 1935 Direktor des Instituts für Staatsforschung an der Universität Berlin; 1935-1938 Leiter der Abteilung U/2 im SD-Hauptamt. Enger Mitarbeiter Himmlers auf staatsrechtlichem Gebiet; SS-Brigadeführer und Generalleutnant der Waffen-SS; von Himmler mit „Ehrendegen“ ausgezeichnet

nach 1945: Präsident der „Akademie der Führungskräfte der Wirtschaft“, Bad Harzburg

Hubrich, Georg

vor 1945: Ministerialdirigent und Leiter der U-Abteilung I „Ost“ im Reichsinnenministerium; Mitarbeiter Globkes und Stukkarts; Autor mehrerer Judengesetze; verantwortlich für Fragen der Besatzungsverwaltung in den okkupierten Ostgebieten, besonders im faschistisch besetzten Polen

nach 1945: Geschäftsführer des „Nord- und Westdeutschen Rundfunkverbandes“, Hamburg

Jankuhn, Herbert, Prof. Dr.

vor 1945: Faschistischer Professor für Ur- und Frühgeschichte in Rostock; SS-Obersturmbannführer im persönlichen Stab des „Reichsführers SS“ Himmler; Träger des „Totenkopfringes“ der SS

nach 1945: Professor in Göttingen; Mitglied im „Johann-Gottfried-Herder-Forschungsrat“

Jordan, Pascual, Prof. Dr.

vor 1945: Professor für theoretische Physik in Rostock und Berlin; Kriegspropagandist; fanatischer Ideologe des faschistischen Systems

nach 1945: Seit 1947 an der Universität Hamburg; 1957-1961 Mitglied der CDU-Fraktion des Bundestages, Verfechter eines Atomkrieges

Keyser, Erich, Prof. Dr.

vor 1945: Historiker und Staatsarchivrat in Danzig (Gdansk); Vertrauensmann der illegalen „Nord- und Ostdeutschen Forschungsgemeinschaft“; bereitete die Okkupation Danzigs und polnischer Gebiete durch den deutschen Faschismus mit vor

nach 1945: Direktor des „Johann-Gottfried-Herder-Instituts“ von 1951-1959

Kordt, Erich, Prof. Dr.

vor 1945: 1938-1940 Leiter des Ministerbüros des Kriegsverbrechers und faschistischen Außenministers Ribbentrop; maßgeblich an der Vorbereitung der Okkupation der ČSR beteiligt; Vertrauensmann Himmlers im Auswärtigen Amt; SS-Obersturmbannführer

nach 1945: Professor für Geschichte der Diplomatie und Völkerrecht an der Universität Köln; Vorsitzender des Ausschusses für Ost-West-Fragen beim Bonner Auswärtigen Amt; Leiter des Ministerbüros beim Ministerpräsidenten von Nordrhein-Westfalen

Köttgen, Arnold, Prof. Dr.

vor 1945: Lehrtätigkeit an der Universität Greifswald. Seit 1939 Generalpolizeidezernent und Abwehrbeauftragter der Regierung Kattowitz (Katowice). Zum Regierungsbezirk Kattowitz gehörte das Vernichtungslager Auschwitz, dessen Kommandant Höss mit der Regierung Kattowitz eng zusammenarbeitete. Köttgen wurde vom Regierungspräsidenten Walter Springorum als unentbehrliche Schlüsselkraft für den Aufbau des polizeilichen Unterdrückungsapparates in den okkupierten polnischen Gebieten bezeichnet. In seinen verwaltungsrechtlichen Arbeiten verherrlichte er Hitler und das Führerprinzip im Verwaltungsrecht

nach 1945: Professor für Staats- und Kirchenrecht an der Juristischen Fakultät der Universität Göttingen; Direktor des Juristischen Seminars; Mitglied des Justizprüfungsamtes beim Oberlandesgericht Oldenburg (1967 verstorben)

Lemberg, Eugen, Prof. Dr.

vor 1945: Führender Nazi-Pädagoge und „Grenzland-Spezialist“ im sudetendeutschen Gebiet; Mitarbeit an verschiedenen Zeitschriften der Sudetendeutschen Partei; Mitglied des „Sudetendeutschen Freikorps“, der Henlein-SS; Leiter der faschistischen Lehrerbildungsanstalt in Reichenberg (Liberec)

nach 1945: In Westdeutschland führend auf dem Gebiet der revanchistischen Beeinflussung der Jugend im Schulunterricht tätig; zeitweilig Präsident des „Johann-Gottfried-Herder-Forschungsrates“; Mitherausgeber und Autor der Zeitschrift „Ostkunde im Unterricht“

Leverenz, Bernhard

vor 1945: Marineoberstabsrichter; 1933 NSDAP

nach 1945: Justizminister und Stellvertretender Ministerpräsident in Schleswig-Holstein; seit 1962 Präsidialmitglied des „Kuratoriums unteilbares Deutschland“, dem Propagandainstrument der Bonner Regierung zur Annexion der DDR; Mitglied im Forschungsbeirat des „Gesamtdeutschen“ Ministeriums

Maunz, Theodor, Prof. Dr.

vor 1945: Professor für öffentliches Recht in Freiburg/Br.; führender faschistischer Verwaltungsrechtler; führte den „Rassengedanken“ in das Verwaltungsrecht ein und rechtfertigte den faschistischen Vernichtungs- und Unterdrückungsapparat

nach 1945: 1952 Professor für öffentliches Recht an der Universität München; 1954-1957 Kultusminister in Bayern; mußte am 10. Juni 1964 zurücktreten, nachdem die DDR Material über seine Nazi-Vergangenheit veröffentlichte

Maurach, Reinhart, Prof. Dr.

vor 1945: Faschistischer Strafrechtler und Direktor des Instituts für osteuropäisches Recht an der Universität Königsberg (Kaliningrad); Abteilungsleiter im Osteuropa-Institut Breslau (Wroclaw); NS-Amtsgerichtsrat; trat mit antisemitischen Schriften hervor; veröffentlichte Beiträge im „Weltkampf“, dem zentralen Organ des Antisemitismus im faschistischen Deutschland; aktives NSDAP-Mitglied

nach 1945: Professor und Vorstand des Instituts für Straf- und Strafprozeßrecht sowie für osteuropäisches Recht an der Universität München; Mitglied des „Johann-Gottfried-Herder-Forschungsrates“

Mehnert, Klaus

vor 1945: 1931-1933 Generalsekretär der „Deutschen Gesellschaft zum Studium Osteuropas“, Auslandskorrespondent faschistischer Zeitungen; Propaganda-Experte der Vertretung des Auswärtigen Amtes in Shanghai/China

nach 1945: Ordinarius und Direktor des Instituts für politische Wissenschaften an der Technischen Hochschule Aachen, Mitglied des „Beirates für Entwicklungshilfe“ beim „Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit“, Chefredakteur der Zeitschriften der „Deutschen Gesellschaft für Osteuropa-Kunde“

Meimberg, Rudolf, Prof. Dr.

vor 1945: Seit 1933 Lehrtätigkeit an der Universität Berlin und Technischen Hochschule Prag; Professor an der Hochschule für Politik; faschistischer Wirtschaftswissenschaftler; Mitarbeiter der „Reichsführung SS“

nach 1945: Professor für Wirtschaftswissenschaften an der Universität Mainz; Mitglied des Forscherkreises im Forschungsbeirat des „Gesamtdeutschen“ Ministeriums

Meissner, Boris, Prof. Dr.

vor 1945: Beteiligt am „Volkstumskampf“ zur Unterminierung des estnischen Staates; Kreisamtsleiter der illegalen faschistischen Bewegung in Estland; aktives Mitglied der SA, nahm an einem Sonderlehrgang der Führerschule der obersten SA-Führung in Dresden teil; im zweiten Weltkrieg Sonderführer faschistischer estnischer Verbände; für Mittäterschaft an Verbrechen dieser Mordbrennereinheiten mit der „Tapferkeitsmedaille für Ostvölker in Silber“ dekoriert; Durchhaltefanatiker

nach 1945: Zeitweilig in der Ostabteilung des Bonner Auswärtigen Amtes; Mitglied des Direktoriums des Ostkollegs der „Bundeszentrale für politische Bildung“; Mitglied des

geschäftsführenden Ausschusses des Arbeitskreises für Ost-West-Fragen beim Bonner Auswärtigen Amt; Direktoriumsmitglied des „Bundes-Instituts zur Erforschung des Marxismus-Leninismus (Institut für Sowjetologie)“; führendes Mitglied der „Deutschen Gesellschaft für Osteuropa-Kunde“, Professor für Ostrecht an der Universität Köln; seit 1965 Präsident des „Göttinger Arbeitskreises“, einem ideologischen Zentrum des Bonner Revanchismus

Meyer, Konrad, Prof. Dr.

vor 1945: Professor für Agrarwesen und -politik in Jena und Berlin; Obmann der unter Führung der SS stehenden „Reichsarbeitsgemeinschaft für Raumforschung“; Verfechter der „Blut- und Bodenpolitik“ und der „Volk-ohne-Raum“-Theorie; Mitarbeit am „Generalplan Ost“ (das Land bis zum Ural sollte in eine deutsche Kolonie verwandelt und 30-50 Millionen Menschen vernichtet oder ausgesiedelt werden); 1939 Leiter des Planungsstabes beim „Reichskommissar für die Festigung des deutschen Volkstums“; enger Mitarbeiter Himmlers und des Kriegsverbrechers Darre in „Germanisierungsfragen“; SS-Oberführer

nach 1945: Professor für Landbau und Landplanung an der Technischen Hochschule Hannover; Mitglied der Senatskommission für die Leitung des Akademischen Auslandsamtes; Mitglied des Auslese-Ausschusses; 1957 Mitglied der Akademie für Raumforschung und Landesplanung Hannover

Mikorey, Maximilian, Prof. Dr.

vor 1945: Dozent für Psychiatrie an der Universität München, Mitglied der faschistischen „Akademie für Deutsches Recht“, Experte für faschistische Kriminal- und Gerichtspsychologie; Antisemit und Rassenhetzer

nach 1945: Professor für Psychiatrie, Neurologie und medizinische Psychologie an der Universität München; Oberarzt der Münchner Nervenlinik

Pölnitz, Freiherr Götz von, Prof. Dr.

vor 1945: Seit 1935 Universität München; faschistischer Historiker; Antisemit

nach 1945: Professor an den Universitäten München und Erlangen; seit 1964 Gründungsrektor der Regensburger Universität

Preusker, Victor-Emanuel

vor 1945: Vertrauensmann der Dresdner Bank; als „Rassenspezialist“ bei der „Arisierung“ Wiener Bankhäuser eingesetzt; SS-Führer

nach 1945: Bundesminister für Wohnungsbau a. D.; Präsident des Zentralverbandes der deutschen Haus- und Grundbesitzer; Mitglied mehrerer Aufsichtsräte; Mitglied im Forschungsbeirat des „Gesamtdeutschen“ Ministeriums

Rabl, Kurt, Prof. Dr.

vor 1945: Berater Henleins; faschistischer Volksgruppenspezialist; 1940 Generalreferent für polnisches Verwaltungsrecht in der Regierung des Generalgouvernements; 1941 Referent im

persönlichen Stab und Leiter der Gesetzgebungs-Abteilung des „Reichskommissars für die besetzten niederländischen Gebiete“, des Kriegsverbrechers Seyß-Inquart; Mitglied der Waffen-SS; maßgeblich an der Einführung und Durchsetzung der Judengesetze in der Slowakei und in Holland beteiligt

nach 1945: Mitglied der „Bundesarbeitsgemeinschaft für deutsche Ostkunde im Unterricht“; Mitarbeiter der Zeitschrift „Deutsche Ostkunde“; Vorstandsmitglied des „Collegium Carolinum“, eines Zentrums der imperialistischen Ostforschung

Raschhofer, Hermann, Prof. Dr.

vor 1945: Lehrtätigkeit in Göttingen und an der Karls-Universität in Prag; Berater des Kriegsverbrechers K.H. Frank; schuf die juristischen Rechtfertigungen zur Vernichtung des tschechoslowakischen Staates

nach 1945: Professor für Völkerrecht und internationale Beziehungen an der Universität Würzburg

Rauch, Georg von, Prof. Dr.

vor 1945: 1936-1939 Dozent an der Universität Dorpat (Estland); 1943-1945 Dozent an der „Reichs-Universität Posen“ (Poznan); NSDAP; antisemitischer Ostforscher

nach 1945: Mitglied des „Wissenschaftlichen Prüfungsamtes für das Lehramt an höheren Schulen in Schleswig-Holstein“

Redeker, Martin, Prof. Dr.

vor 1945: Theologe in Kiel; trat mit antisemitischen Reden und Schriften hervor

nach 1945: Mitglied des „Wissenschaftlichen Prüfungsamtes für das Lehramt an höheren Schulen in Schleswig-Holstein“

Ruff, Siegfried, Prof. Dr.

vor 1945: Leiter des „Instituts für Flugmedizin der Deutschen Versuchsanstalt für Luftfahrt“, Berlin, das die unmenschlichen medizinischen Experimente mit Häftlingen des KZ Dachau für die faschistische Luftwaffe durchführte

nach 1945: Seit 1952 Leiter des „Instituts für Flugmedizin der Deutschen Versuchsanstalt für Luft- und Raumfahrt“ in Bad Godesberg; seit 1954 außerplanmäßiger Professor für Luftfahrtmedizin und Physiologie an der Universität Bonn

Schier, Bruno, Prof. Dr.

vor 1945: Experte für faschistische Volkskunde im Stab des „Reichsbauernführers“, Kriegsverbrechers Darre; Mitarbeiter im Amt des Judenmörders und Kriegsverbrechers Rosenberg und beim Reichsdozentenführer; Professor für Volkskunde an der Universität Leipzig; führte Geheimaufträge auf volkskundlichem Gebiet für Kriegsverbrecher K.H. Frank durch, trat dabei als Rassenhetzer auf; denunzierte Prof. Gesemann, Prag, als „judenfreundlich“

nach 1945: 1949 Universität Marburg; Gründungsmitglied des „Johann-Gottfried-Herder-Forschungsrates“, 1952 Universität Münster, Direktor des volkskundlichen Seminars

Schwidetzky-Roesing, Ilse, Prof. Dr.

vor 1945: 1939-1945 Dozentin an der Universität Breslau (Wroclaw); faschistische Rassentheoretikerin; Mitherausgeberin der „Zeitschrift für Rassenkunde und vergleichende Forschung am Menschen“

nach 1945: 1950 Mitglied des „Johann-Gottfried-Herder-Forschungsrates“; 1949 Professor in Mainz; 1960 Direktor des Anthropologischen Instituts der Universität Mainz; 1953 Mitglied der Akademie für Bevölkerungswissenschaft

Schwinge, Erich, Prof. Dr.

vor 1945: 1938 Dekan der Juristischen Fakultät in Marburg; 1940 Professor in Wien; Militärstrafrechtler; rechtfertigte die blutigen Unrechtsurteile der faschistischen Kriegsgesetze; Kommentator faschistischer Militärstrafgesetze

nach 1945: 1945 Professor für Straf- und Strafprozeßrecht, Militär- und Kriegsvölkerrecht; 1954-1955 Rektor der Universität Marburg; Experte für westdeutsches Militärstrafrecht; Verteidiger des SS-Mörders Simon (dieser ließ im April 1945 drei Bürger von Brettheim/Westdeutschland ermorden); Mitarbeiter an der „Neuen Zeitschrift für Wehrrecht“

Seraphim, Peter-Heinz, Prof. Dr.

vor 1945: 1937 Universität Königsberg; 1941 Universität Greifswald, dort 1943 Direktor des „Oder-Donau-Instituts“; bis 1945 Chefredakteur der antisemitischen Zeitschrift „Weltkampf“, Mitglied des vom Hauptkriegsverbrecher Rosenberg gegründeten „Instituts zur Erforschung der Judenfrage“

nach 1945: Studienleiter und Präsident der „Verwaltungs- und Wirtschaftsakademie des Industriebezirkes Bochum“

Taubert, Eberhard, Dr.

vor 1945: Ministerialrat im Propagandaministerium; dienstlicher Vorgesetzter der berüchtigten „Anti-Komintern“; verantwortlich für die gesamte faschistische Propaganda in den okkupierten Ostgebieten; Initiator eines in Form und Ausmaß bis dahin unbekanntes Verleumdungsfeldzuges gegen alle antifaschistischen Kräfte; 1938 Richter am 1. Senat des berüchtigten Volksgerichtshofes“, schickte in dieser Eigenschaft am 27. November 1942 den deutschen Antifaschisten Helmut Klotz und am 11. Januar 1943 den französischen Antifaschisten Marcel Gerbohay auf das Schafott

nach 1945: Vorsitzender und stellvertretender Vorsitzender des „Volksbundes für Frieden und Freiheit e.V.“, einer vom „Gesamtdeutschen“ Ministerium finanzierten antikommunistischen Hetzorganisation; arbeitet im Auftrage des Bonner Kriegsministeriums und der NATO an Problemen der psychologischen Kriegführung; Verbindung zu internationalen Faschistenkreisen wie dem „Anti-Komintern-Dienst“ in Bad Godesberg

Verschuer, Otmar Freiherr von, Prof. Dr.

vor 1945: 1933 Professor für Rassenhygiene und Erbbiologie; 1933-1945 Herausgeber der Zeitschrift „Der Erbarzt“; 1935-1942 Professor und Direktor des Instituts für Erbbiologie und Rassenhygiene in Frankfurt a.M.; 1937 Mitglied der Forschungsabteilung für Vererbungslehre und Rassenkunde des extrem faschistischen „Reichsinstituts für Geschichte des neuen Deutschland“. 1942-1945 Direktor des berüchtigten Kaiser-Wilhelm-Instituts für Anthropologie, menschliche Erblehre und Eugenik

nach 1945: 1949 Mitglied der „Akademie der Wissenschaften und Literatur“, Mainz; 1951 Professor und Direktor des Instituts für Humangenetik der Universität Münster (1964 emeritiert)

Wandschneider, Gerhard

vor 1945: Nazi-Landrat in Wismar; aktiver NSDAP- und SA-Führer (Kreisstellenleiter, Blockleiter, Propagandaredner); mitverantwortlich für die Hinrichtung eines nach Deutschland verschleppten polnischen Arbeiters am 21. März 1944 durch die Gestapo in Stove; mit dem Kriegsverdienstkreuz dekoriert

nach 1945: Seit 1950 Landrat im Herzogtum Lauenburg; führendes Mitglied der „Kommunalen Spitzenverbände“ in Köln; Mitglied im Forschungsbeirat des „Gesamtdeutschen“ Ministeriums

Welter, Erich, Prof. Dr.

vor 1945: Redakteur der „Frankfurter Zeitung“ und Chefredakteur der „Wirtschaftskurve“; 1944 Professor für Volkswirtschaftslehre an der Universität Mainz; Vertrauensmann des Giftgas-Konzerns IG-Farben, erkundete die Möglichkeiten zur Ausplünderung der Balkan-Länder, Vertrauensmann des Kriegsverbrechers Kehl und des „Reichsleiters“ Ammann

nach 1945: Seit 1951 Leiter des Forschungsinstituts für Wirtschaftspolitik an der Universität Mainz (emeritiert 1965); Mitglied des Forscherkreises im Forschungsbeirat des „Gesamtdeutschen“ Ministeriums

Weltz, Georg-August, Prof. Dr.

vor 1945: Faschistischer Luftwaffen-Mediziner; Leiter des Instituts für Luftfahrtmedizin an der Universität München; an medizinischen Experimenten mit Häftlingen des KZ Dachau für die faschistische Luftwaffe beteiligt

nach 1945: Seit 1952 Professor an der Universität München (1963 verstorben)

Wenke, Hans, Prof. Dr.

vor 1945: Lehrtätigkeit an der Universität Erlangen; antisemitischer Erziehungswissenschaftler; verherrlichte den Führerkult in der Nazi-Pädagogik und den Eroberungskrieg des deutschen Imperialismus

nach 1945: Rektor an der Universität Tübingen und Vorsitzender der Südwestdeutschen Rektorenkonferenz; 1954-1957 Senator für das Schul- und Hochschulwesen in Hamburg; 1958 Direktor des UNESCO-Instituts für Pädagogik; 1961 Vorsitzender des Gründungsausschusses für die neuzugründende Bochumer Universität; zum Gründungsrektor

der Bochumer Ruhr-Universität ernannt; mußte auf Grund der Proteste wegen seiner faschistischen Vergangenheit von dieser Funktion abberufen werden

Wilhelm, Theodor, Prof. Dr.

vor 1945: Antisemitischer Nazi-Pädagoge; Redakteur der Zeitschrift „Internationale Zeitschrift für Erziehung“

nach 1945: Mitglied des .Wissenschaftlichen Prüfungsamtes für das Lehramt an höheren Schulen in Schleswig-Holstein“

Wirsing, Giselher

vor 1945: Mitarbeiter des SD; SS-Sturmbannführer; einflußreicher antisemitischer Nazi-Journalist; Mitglied des .Instituts zur Erforschung der Judenfrage“ (von Hauptkriegsverbrecher Alfred Rosenberg gegründet); Herausgeber der Nazi-Zeitung .Tat“ (ab 1939 in „Das XX. Jahrhundert“ umbenannt)

nach 1945: 1948 gründete er die westdeutsche Wochenschrift „Christ und Welt“, ist seit 1954 deren Chefredakteur

Verstärkte Renazifizierung unter Kiesinger

Seit der Herausgabe des Braunbuches im Jahre 1965 sind neue Tatsachen und Dokumente über Exponenten des Nazi-Regimes in einflußreichen Positionen Westdeutschlands und Westberlins bekannt geworden. Zugleich ist der Prozeß der Konzentration ehemaliger nazistischer Führungskräfte in Staat und Wirtschaft der Bundesrepublik seit Bildung der großen Koalition unter Beteiligung sozialdemokratischer Minister und unter der Kanzlerschaft des schwerbelasteten Nazi-Propagandisten Kiesinger weiter vorangeschritten.

KIESINGER - EIN FÜHRENDER NAZI-PROPAGANDIST ALS BONNER REGIERUNGSCHEF

Es ist eines der sichtbarsten Symptome für die Konzentration schwerbelasteter NS-Führungskräfte in den Spitzen des Bonner Staates, daß im Dezember 1966 mit Kiesinger ein Mann die Geschäfte des Bundeskanzlers übernahm, der zu den Schlüsselfiguren der nazistischen Auslandspropaganda gehörte.

Kiesinger, der noch vor Ablegung der großen juristischen Staatsprüfung, am 1. März 1933, Mitglied der Nazi-Partei wurde (Mitglieds-Nr. 2633930), praktizierte in den ersten Jahren der Hitlerdiktatur als Rechtsanwalt am Kammergericht Berlin.

Nach Ausbruch des zweiten Weltkrieges wurde er, obwohl im wehrdienstfähigen Alter, nicht einberufen, sondern in eine Tätigkeit der Rundfunkabteilung des Ribbentrop-Ministeriums berufen. Diese Rundfunkpolitische Abteilung wurde in engster Zusammenarbeit mit dem Propaganda-Ministerium zur entscheidenden Zentrale für die Lenkung und Steuerung des faschistischen Ätherkrieges gegen die Antihitlerkoalition und zur Unterjochung der Völker Europas, zur Verherrlichung der faschistischen Eroberungspolitik.

Kiesinger erwarb sich sehr schnell das uneingeschränkte Vertrauen der Nazi-Führung und durchlief im Ribbentrop-Ministerium eine steile Karriere. Er wurde zunächst als Mitarbeiter der Verbindungsstelle des Auswärtigen Amtes im Funkhaus eingesetzt, avancierte bereits nach wenigen Monaten zum Leiter dieser Verbindungsstelle, übernahm die Leitung der beiden wichtigsten Referate in der Rundfunkpolitischen Abteilung - Referat A, Rundfunkeinsatz, und B, Allgemeine Propaganda, Koordinierung, Verbindung, und wurde 1942 zum stellvertretenden Leiter dieser Abteilung und Hauptverbindungsmann für die Auslands-Rundfunkpropaganda zum Goebbels-Ministerium ernannt. (Siehe Tafel 38)

In dieser Eigenschaft hatte er in erster Linie, wie es in den vorliegenden Dokumenten heißt, die „*außenpolitischen Richtlinien des Reichsaußenministers*“ durchzusetzen und die „*außenpolitischen Propagandarichtlinien*“ zu vermitteln.

Darüber hinaus wirkte er maßgeblich am Aufbau und an der Lenkung der „Interradio-AG“, einer Zentrale zur Nutzung ausländischer Sendestationen für die Zwecke der verbrecherischen Nazi-Propaganda und der ideologischen Diversion, mit.

Kiesinger organisierte die faschistische und antisemitische Rundfunkkette zur Unterdrückung des antifaschistischen Widerstandskampfes anderer Völker Europas, insbesondere der Völker Ost- und Südosteuropas, sowie die Propaganda nach dem Nahen und Fernen Osten, nach Süd- und Nordamerika. Nachgewiesenermaßen leistete er der Gestapo Zutreiberdienste.

Auf einer Pressekonferenz des Nationalrates der Nationalen Front mit Prof. Albert Norden am 22. November 1966 in Berlin wurde vor der Weltöffentlichkeit anhand von Tatsachen und Dokumenten nachgewiesen:

Altnazi Kiesinger war einer der entscheidenden Organisatoren der verbrecherischen nazistischen Auslands-Rundfunkpropaganda, ein Vertrauensmann von Ribbentrop und Goebbels.

Er setzt als Kanzler der „Großen Koalition“ die alte expansionistische und revanchistische Politik des Monopolkapitals in Westdeutschland fort. Er stützt sich dabei auf eine große Zahl seiner früheren Mitarbeiter, gleich ihm schwerbelastete Nazi-Propagandisten oder Ribbentrop-Diplomaten, die heute im Bonner Staatsapparat Schlüsselfunktionen einnehmen. Sie gehören zur unheilvollen Kameraderie alter Nazi-Aktivistinnen und Hitlerexperten, durch die das heutige Bonner Etablissement mehr denn je gekennzeichnet ist.

BELASTETE NAZI IN BONNER MINISTERIEN KONZENTRIERT

Im Bereich der wichtigsten Bonner Ministerien, insbesondere auch derjenigen, die unter Führung sozialdemokratischer Minister stehen, hat sich die Zahl der Naziverbrecher und schuldbeladenen Gehilfen des Hitlerregimes, vor allem in den leitenden Positionen, weiter erhöht:

Bundesaußenministerium

Leitende Beamte im Bundesministerium: **35**

Botschafter: **62**

Mitarbeiter in Auslandsvertretungen: **147**

Bundesjustizministerium

Abteilungs- und Unterabteilungsleiter sowie andere leitende Beamte im Bundesministerium: **18**

Juristen an Bundesgerichten: **119**

Leitende Juristen in Länderjustizministerien: **20**

Juristen an Oberlandesgerichten: **216**

Juristen an Land- und Amtsgerichten: **745**

Bundesinnenministerium

Leitende Beamte im Bundesministerium: **42**

im Bundesgrenzschutz: **9**

im Verfassungsschutz: **13**

Bundesministerium für „Verteidigung“

Führungskräfte im Bundesministerium: **17**

Generalität der Bundeswehr: **160**

Mitarbeiter der westdeutschen Vertretung beim NATO-Oberkommando: **12**

Bundeswirtschaftsministerium: 59

Bundesarbeitsministerium: 21

Bundesverkehrsministerium: 29

Bundesernährungsministerium: 19

Bundesschatzministerium: 15

Bundesfinanzministerium: 65

Eine große Anzahl weiterer schwerbelasteter Personen ist in den Bereichen der übrigen Bundesministerien zu finden, so im Bundesministerium für „gesamtdeutsche Fragen“, im Bundespresseamt, im sogenannten Vertriebenenministerium sowie in der Leitung der Bundesbank.

In das Ergänzungskapitel wurde außerdem eine Gruppe führender NPD-Funktionäre und anderer einflußreicher Neonazi aufgenommen, da auch Aufbau und Charakter der NPD vor allem von ehemaligen belasteten Nazi bestimmt werden. Zahlreiche weitere ehemalige Nazi-Aktivistinnen sind in Schlüsselfunktionen auf anderen Ebenen des NPD-Parteiparates nachweisbar.

Machtfunktionen in Staat und Wirtschaft von Nazi-Experten beherrscht

Adolf, Bernhard, Dr. jur.

vor 1945: Generaldirektor; Präsident des Zentralverbandes der Industrie für Böhmen und Mähren und Leiter der Abteilung Wirtschaft in der NSDAP-Verbindungsstelle beim Reichsprotector in Prag, gehörte zu den Hauptorganisatoren der wirtschaftlichen Ausplünderung des tschechoslowakischen Volkes

nach 1945: Generaldirektor im Chemiebau Dr. A. Zieren GmbH, Köln

Andres, Karl

vor 1945: Regierungsrat; Stellvertreter des Reichstreuhanders der Arbeit in Thüringen

nach 1945: Ministerialdirigent im Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung, verantwortlich für Arbeitslosenversicherung, zivile Verteidigung, ziviler Ersatzdienst

Anz, Heinrich

vor 1945: Landgerichtsrat beim Landgericht Bielefeld; von März 1943 bis Februar 1944 Persönlicher Referent des Reichsministers der Justiz, Dr. Thierack; anschließend NS-Richter

nach 1945: Ministerialrat im Bundesministerium der Finanzen, Leiter der Gruppe Rechtsangelegenheiten

Arlt, Fritz

vor 1945: SS-Obersturmbannführer und Beauftragter des Rassenpolitischen Amtes der NSDAP-Reichsleitung für das okkupierte polnische Gebiet Krakau (Krakow); gleichzeitig Leiter der Gruppe Bevölkerungswesen und Fürsorge bei der Regierung des Generalgouvernements

nach 1945: Mitglied der Geschäftsführung der Bundesvereinigung der (West)-Deutschen Arbeitgeberverbände (BDA) und des Deutschen Industrie-Instituts, Köln, das u. a. für die Ausrichtung von Presse, Funk, Film und Fernsehen und für die Ausarbeitung der ökonomischen und politischen Strategie des westdeutschen Finanzkapitals tätig ist

Baath, Rolf, Dr.

vor 1945: Abteilungsleiter im Stabsamt des Reichsbauernführers-Reichsnährstand; während des zweiten Weltkrieges Oberlandwirtschaftsrat und Leiter der Abteilung Recht; Oberkriegsverwaltungsrat beim Wirtschaftsstab Ost, Chefgruppe Landwirtschaft

nach 1945: Ministerialdirektor und Leiter der Abteilung Ernährungswirtschaft im Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten; Vorsitzender des Verwaltungsrates der Einfuhr- und Vorratsstelle für Getreide und Futtermittel und der Einfuhrstelle für Zucker

Baetzgen, Rudolf, Dr.

vor 1945: Ministerialrat im Reichswirtschaftsministerium; Sonderbeauftragter bei der faschistischen Horthy-Regierung in Budapest; NSDAP; SS-Führer

nach 1945: Ministerialdirektor im Bundeswirtschaftsministerium, verantwortlich für Gewerbe, Mittelstand, Absatzwirtschaft, Leistungssteigerung

Baudisch, Roman, Dr.

vor 1945: Ministerialrat im Reichswirtschaftsministerium; Leiter der Hauptabteilung Volkswirtschaft beim Reichskommissar für die besetzten norwegischen Gebiete; Leiter einer Hauptabteilung im Planungsamt des Reichsministeriums für Rüstung und Kriegsproduktion

nach 1945: Ministerialdirigent im Bundeswirtschaftsministerium, Leiter der Abteilung Handwerk, Mittel- und Kleinbetriebe, Genossenschaften

Beck, Eberhard

vor 1945: Regierungsrat im Reichswirtschaftsministerium, Referent für Wirtschaftsorganisation und Organisation der gewerblichen Wirtschaft; 1939 beim Reichsprotector in Böhmen und Mähren in Prag, Hauptabteilung Wirtschaft und Arbeit; NSDAP; SS-Führer

nach 1945: Ministerialrat im Bundeswirtschaftsministerium, verantwortlich für Recht der Versorgungswirtschaft

Beitz, Berthold

vor 1945: Kaufmännischer Direktor der Karpathen-Öl AG in Boryslaw/Polen (Aktienmehrheit Salzedtfurth-Konzern und Deutsche Bank); als Direktor der Karpathen-Öl AG an der Zuweisung und Ausbeutung von Arbeitssklaven, insbesondere jüdischen KZ-Häftlingen, beteiligt

nach 1945: Bis 1967 Generalbevollmächtigter des Krupp-Konzerns; seit 1967 Mitglied des Aufsichtsrates, Präsident der Krupp-Stiftung sowie Vorsitzender des Aufsichtsrates anderer westdeutscher Großunternehmen

Bölkow, Ludwig, Dipl.-Ing.

vor 1945: Leitender Konstrukteur im Messerschmitt-Rüstungskonzern; war gemeinsam mit Lübke im faschistischen „Jägerstab“ tätig, der u. a. für den Einsatz von Zehntausenden KZ-Häftlingen und Juden für die Zwangsarbeit in der faschistischen Rüstungsindustrie verantwortlich war

nach 1945: Chef der Bölkow-GmbH, die mit Hilfe des CSU-Vorsitzenden Strauß zu einem der wichtigsten Rüstungskonzerne auf dem Gebiet der Atom- und Raketenindustrie neu aufgebaut wurde

Britsch, Walter, Dr.

vor 1945: Oberregierungsrat im Reichswirtschaftsministerium; Reichstreuhänder für die ehemaligen Rothschild'schen Vermögen, aktiv an „Arisierungsmaßnahmen“ beteiligt

nach 1945: Ministerialdirigent im Bundeswirtschaftsministerium, Leiter für Absatzwirtschaft, Gewerbeordnung, Berufsausbildung, Verbraucherunterrichtung

Coelln, Karl-Günther von, Dr.

vor 1945: Oberregierungsrat im Reichswirtschaftsministerium, Leiter des „Judenreferats“; Blockleiter der NSDAP

nach 1945: Ministerialrat im Bundeswirtschaftsministerium, verantwortlich für Finanzierung im Inland

Deetjen, Hanns

vor 1945: Reichslandwirtschaftsrat und Leiter der Reichshauptabteilung Presse, Aufklärung, Propaganda des Reichsnährstandes; Mitglied des Reichsbauernrates; NSDAP; SS-Führer, Träger des Ehrendegens und Totenkopfringes der SS

nach 1945: Staatssekretär im Niedersächsischen Ministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten; Aufsichtsratsvorsitzender der Niedersächsischen Landgesellschaft mbH; stellvertretender Aufsichtsratsvorsitzender der Emsland GmbH; Aufsichtsratsmitglied der Hannoverschen Landes-Kreditanstalt Mittelweser AG

Donandt, Walter

vor 1945: Persönlicher Referent des Reichsministers der Finanzen; mitbeteiligt an der Eintreibung der „Sühneleistungen“ nach der „Kristallnacht“ 1938

nach 1945: Ministerialrat im Bundesministerium für Verkehr, verantwortlich für Haushaltsrecht

Dorn, Friedrich, Dr.

vor 1945: SS-Sturmbannführer beim SS-Hauptamt; Reichsbeauftragter der Prüfungsstelle Papierindustrie; als Geschäftsführer und Generaldirektor der Ost-Faser GmbH im Auftrage der IG-Farben und anderer Konzerne an der Ausplünderung der zeitweilig von der Hitlerwehrmacht besetzten sowjetischen Gebiete beteiligt

nach 1945: Vorstandsvorsitzender der Zellstoff-Fabrik Waldhoff-Mannheim; Beirat der Vereinigung der Chemischen Industrie Hessen e.V., Frankfurt a. M.; Ehrenvorsitzender der Wirtschaftshochschule Mannheim sowie Aufsichtsratsmitglied und Beirat weiterer Gesellschaften und Körperschaften

Dornier, Claudius, Prof. Dr.

vor 1945: Wehrwirtschaftsführer; Betriebsführer des Dornier-Konzerns; Leiter der Fachabteilung Flugzeugbau der Reichsgruppe Industrie

nach 1945: Inhaber der Dornier-Flugzeugwerke; als Präsident der Aero-Union (Kartell des westdeutschen Flugzeugbaus) an der Aufrüstung Westdeutschlands beteiligt

Dürre, Günther, Dr.

vor 1945: Referent im Reichswirtschaftsministerium, Abteilung Kredite; NSDAP; SS

nach 1945: Ministerialrat im Bundeswirtschaftsministerium, verantwortlich für Geld-, Kredit- und Währungswesen

Falkenhausen, Gotthard Freiherr von, Dr.

vor 1945: Direktor der Deutschen Bank; führend an der „Arisierung“ des Bankhauses Hirschland beteiligt; kommissarischer Verwalter der Westminster Foreign Bank Ltd. und anderer Banken in Paris

nach 1945: Vorsitzender des Vorstandes des Bundesverbandes des privaten Bankgewerbes, Köln; u. a. Persönlich haftender Gesellschafter des Bankhauses Burckhardt u. Co, Essen, vormals Hirschland, Essen; Ehrenpräsident der Deutsch-Französischen Handelskammer

Feaux de la Croix, Ernst, Dr.

vor 1945: Oberlandesgerichtsrat im Reichsjustizministerium; Richter beim Prisengericht Berlin

nach 1945: Ministerialdirektor im Bundesministerium der Finanzen, u.a. für Verteidigungslasten, finanzielle Verteidigungsangelegenheiten im Rahmen der NATO und WEU verantwortlich

Fesseler, Ernst

vor 1945: Als Regierungsrat bei der sogenannten Regierung im Generalgouvernement in der Hauptabteilung Wirtschaft an der Ausplünderung des polnischen Volkes beteiligt

nach 1945: Präsident der Landeszentralbank in Nordrhein-Westfalen, Düsseldorf; Mitglied des Zentralbankrates der (West)Deutschen Bundesbank sowie stellvertretender Aufsichtsratsvorsitzender der Stahlwerke Bochum AG, Bochum

Geitmann, Hans, Dr.-Ing. e.h. Dipl.-Ing.

vor 1945: Präsident der Reichsbanddirektion Oppeln (Opole), in dieser Funktion mitverantwortlich für Häftlingstransporte nach Auschwitz; NSDAP; Träger der rumänischen Medaille „Kreuzzug gegen den Kommunismus“; Kriegsverdienstkreuz I. und II. Klasse

nach 1945: Präsident der Deutschen Bundesbahn und Mitglied des Vorstandes der Deutschen Bundesbahn, sowie Vorsitzender des Kuratoriums des Oberprüfungsamtes für die höheren technischen Verwaltungsbeamten in Frankfurt a.M.

Gramse, Eberhard, Dr.

vor 1945: Regierungsrat beim Generalbevollmächtigten für die Wirtschaft, später beim Beauftragten für den Vierjahresplan und der Forschungsstelle für Wehrwirtschaft, u. a. für Fragen der Finanzierung und Besteuerung des Ghettos im damaligen Litzmannstadt (Lodz) mitverantwortlich

nach 1945: Ministerialrat und Referatsleiter im Bundesministerium der Finanzen, u. a. für Fragen des Schutzbereichsgesetzes, der Unterbringung der Stationierungstreitkräfte zuständig

Hellwig, Fritz, Dr.

vor 1945: Geschäftsführer der Bezirksgruppe Nordwest und anschließend der Bezirksgruppe Südwest der Wirtschaftsgruppe „Eisenschaffende Industrie“; an der Ausbeutung deutscher und ausländischer Zwangsarbeiter beteiligt; NSDAP

nach 1945: Mitglied der Hohen Behörde der Montanunion Kohle und Stahl; seit 1951 Leiter des Deutschen Industrie-Instituts, Köln; gehörte von 1953-1961 der CDU-Bundestagsfraktion an

Henle, Günter, Dr. jur. Dr. phil. h. c.

vor 1945: Wehrwirtschaftsführer; seit 1936 in der Leitung und seit dem Tode seines Schwiegervaters, Peter Klöckner, im Jahre 1940 alleiniger Chef des Klöckner-Konzerns; gehörte dem „Kleinen Gremium“ der Stahlkonzerne an, das einen wesentlichen Einfluß auf die Kriegspolitik Hitlers ausübte

nach 1945: Geschäftsführender Gesellschafter der Klöckner & Co., Duisburg; Vorsitzender des Aufsichtsrates der Klöckner-Humboldt-Deutz AG, Köln-Deutz; stellvertretender Vorsitzender des Aufsichtsrates der Allianz Versicherungs-AG, Westberlin-München; Mitglied des Aufsichtsrates der Siemens & Halske AG, Westberlin, München, der Deutschen Bank, der Vereinigten Glanzstoff-Fabriken AG, Wuppertal, und der VIAG; gehörte 1949-1953 als CDU-Abgeordneter dem westdeutschen Bundestag an

Humbert, Hans

vor 1945: Im Reichswirtschaftsministerium im sogenannten Judenreferat tätig; später stellvertretender Vorsitzender des Verwaltungsrates der „Ost-Erfassungsgesellschaft für Häute, Felle und verwandte Gebiete mbH“, an der Ausplünderung der okkupierten sowjetischen Gebiete beteiligt; 1943 Vertreter des Generalreferenten für Sonderaufgaben im Planungsamt des Reichsministeriums für Rüstung und Kriegsproduktion

nach 1945: Ministerialrat im Bundeswirtschaftsministerium, Referatsleiter auf dem Gebiet der Wirtschaftsbeziehungen mit dem Fernen Osten

Jantz, Kurt, Prof. Dr.

vor 1945: Oberregierungsrat und Referatsleiter im Reichsarbeitsministerium, verantwortlich für Rentenfragen bei staatsfeindlicher Beteiligung; außerdem in der Kanzlei des Führers der NSDAP tätig

nach 1945: Ministerialdirektor und Abteilungsleiter im Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung, zugleich Generalsekretär für die Sozialreform; Vertreter der Bundesrepublik in der Verwaltungskommission der EWG für die soziale Sicherheit der Wanderarbeitnehmer

Kattenstroth, Ludwig

vor 1945: Mitarbeiter der Geschäftsführung der Ausführungsgemeinschaft für Kriegsgerät (AGK) bei der Reichsgruppe Industrie; später beim Reichskommissar für die besetzten niederländischen Gebiete Verwalter holländischen Eigentums in dem von Nazi-Deutschland besetzten Polen; im besetzten Belgien und Frankreich gelang es ihm, beträchtliche belgische, holländische und englische Vermögenswerte in seine Hand zu bringen

nach 1945: Staatssekretär im Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung

Kemna, Erich, Dr.-Ing.

vor 1945: Oberkriegsverwaltungsrat; Referatsleiter des Reichswirtschaftsministeriums; später Kriegsverwaltungsabteilungschef und Abteilungsleiter im Wirtschaftsstab Ost, Chefgruppe Wirtschaft; Reichsbeauftragter und Leiter der Reichsstelle für technische Erzeugnisse, Berlin; Vorsitzender des Verwaltungsbeirates der „Vereinigung Osthandel“ und Beauftragter für die Verwertung der aus den besetzten Ostgebieten geraubten Wirtschaftsgüter

nach 1945: Geschäftsführer der Deutschen Gesellschaft für wirtschaftliche Zusammenarbeit (Entwicklungsgesellschaft) mbH, Köln

Kley, Gisbert, Dr.

vor 1945: Ministerialrat und Persönlicher Referent des Reichsministers für Ernährung und Landwirtschaft, mit Sonderaufgaben betraut, u. a. in den okkupierten Gebieten Osteuropas und der ČSR

nach 1945: Präsidialmitglied und Schatzmeister der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände (BDA); Mitglied des Präsidiums des Wirtschafts- und Sozialausschusses der EWG, verantwortlich für überseeische Entwicklungs- und Sozialfragen; Mitglied der Europäischen Atomgemeinschaft (EAG); stellvertretendes Vorstandsmitglied der Siemens-Halske AG, Westberlin-München, und der Siemens-Schuckert-Werke AG, Westberlin-Erlangen

Knolle, Herbert, Dr.

vor 1945: Oberregierungsrat im Reichsarbeitsministerium; 1942 Referent des Generalbevollmächtigten für den Arbeitseinsatz, Sauckel

nach 1945: Ministerialdirigent im Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung, zuständig für Wirtschaftspolitische und Statische Angelegenheiten, Internationale Sozialpolitik

Korff, Hans-Clausen

vor 1945: Leiter der Abteilung Finanzen in der Hauptabteilung Volkswirtschaft des Reichskommissars für die besetzten norwegischen Gebiete in Oslo; Finanzsachverständiger beim Reichsbevollmächtigten für Dänemark in Kopenhagen

nach 1945: Ministerialdirektor beim Bundesministerium der Finanzen, Leiter der Abteilung Bundeshaushalt

Kurzwelly, Friedrich-Wilhelm, Dr.

vor 1945: Oberregierungsrat im Reichsarbeitsministerium, verantwortlich für Zwischenstaatlichen Arbeitseinsatz, Durchführung des Arbeitseinsatzes außerhalb der Arbeitsverwaltung; 1944 beim Gouverneur des Distrikts Warschau, u. a. für die Deportation polnischer Zwangsarbeiter mitverantwortlich

nach 1945: Ministerialrat im Bundesministerium der Finanzen, verantwortlich u. a. für Kriegsfolgenhilfe und Arbeitslosenhilfe, Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegsbeschädigte

Leitreiter, Herbert, Dr.

vor 1945: Oberregierungsrat bei der Nazi-Regierung in Bromberg (Bydgoszcz); NSDAP, Amtsleiter in der Gaustudentenführung Danzig (Gdansk)

nach 1945: Ministerialrat im Bundeswirtschaftsministerium, für wirtschaftliche Aufgaben im Bereich von Film, Fernsehen und Rundfunk zuständig

Losacker, Ludwig, Dr.

vor 1945: SS-Obersturmbannführer; Mitarbeiter des Reichssicherheitshauptamtes und der IG-Farben-Konzernzentrale, Berlin NW 7; während der Okkupation Polens Präsident der Hauptabteilung Innere Verwaltung in der „Regierung des Generalgouvernements“ und Kommissarischer Gouverneur des Distrikts Krakau (Krakow); rechte Hand des Generalgouverneurs Hans Frank

nach 1945: Hauptgeschäftsführer der Arbeitgeberverbände der chemischen Industrie; seit 1960 Chef der Exekutive des Deutschen Industrie-Instituts, Köln

Lotz, Kurt, Dr.

vor 1945: Offizier der faschistischen Polizei; während des zweiten Weltkrieges 1. Generalstabsoffizier, zeitweise vom Oberkommando der faschistischen Luftwaffe (OKL) in der Rüstungsabteilung als Verbindungsmann zum Speer-Rüstungsministerium (RMf RuK) verwendet

nach 1945: Vorsitzender des Vorstandes des drittgrößten Elektrokonzerns in Westdeutschland, der Brown, Bovering & Cie. AG, Mannheim, bis 1967; seit dieser Zeit Generaldirektor der Volkswagenwerke; Aufsichtsratsmitglied der Dresdner Bank AG, Frankfurt a.M. u.a. Gesellschaften sowie Mitglied der westdeutschen Atomkommission u. a. Körperschaften

Malcomes, Hans, Dr.

vor 1945: Oberregierungsrat beim Reichsfinanzministerium, für Angelegenheiten des Protektorats Böhmen und Mähren zuständig; 1942 beim Reichskommissar für das Ostland in Riga tätig

nach 1945: Ministerialrat im Bundesministerium der Finanzen, verantwortlich unter anderem für Angelegenheiten des Bundesrates und der Länder sowie des Bundesverteidigungsrates

Martinstetter, Hermann, Dr.

vor 1945: Oberregierungsrat und Persönlicher Referent des Staatssekretärs im Reichsfinanzministerium; NSDAP; SS

nach 1945: Ministerialdirektor im Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten, verantwortlich für Allgemeine Verwaltung

Mittelstraß, Fritz, Dr.

vor 1945: Abwehrbeauftragter im Rohstoff- und Planungsamt des Reichsministeriums für Rüstung und Kriegsproduktion, vorher für Rohstofffragen im Reichswirtschaftsministerium tätig; NSDAP; SA

nach 1945: Ministerialrat im Bundeswirtschaftsministerium, verantwortlich für öffentliches Auftragswesen

Moehrke, Erhard

vor 1945: Leiter des Referates „Entjudung der Wirtschaft“ im Reichswirtschaftsministerium; NSDAP; SA

nach 1945: Ministerialrat im Bundeswirtschaftsministerium, zuständig für wirtschaftliche Fragen der Verteidigung

Naumann, Werner, Dr.

vor 1945: Staatssekretär im Reichsministerium für Volksaufklärung und Propaganda, engster Mitarbeiter von Goebbels; im Testament Hitlers zum Reichsminister für Volksaufklärung und Propaganda bestimmt; NSDAP vor 1933, SS-Brigadeführer; flüchtete im April 1945 mit Bormann aus der Reichskanzlei

nach 1945: Lebte in Süddeutschland zuerst unter falschem Namen; später Spitzenkandidat der Deutschen Reichspartei, einer Vorläuferin der NPD; versuchte 1953 bei den Bundestagswahlen zu kandidieren; Geschäftsführer der Wildfang-Metallwerk GmbH, Gelsenkirchen, einer Tochtergesellschaft des Quandt-Konzerns

Nieschling, Kay

vor 1945: Marinekriegsgerichtsrat; Mitglied der NSDAP und SA

nach 1945: Ministerialrat im Bundeswirtschaftsministerium; Leiter des Referats Personalangelegenheiten

Oeftering, Heinz Maria, Prof. Dr.

vor 1945: Oberregierungsrat im Reichsfinanzministerium, unter anderem für Finanz- und Kreditfragen der okkupierten ČSR zuständig

nach 1945: 1. Präsident der Deutschen Bundesbahn

Overbeck, Egon, Dr.

vor 1945: Generalstabsoffizier der Nazi-Wehrmacht

nach 1945: Vorstandsvorsitzender der Mannesmann AG, Düsseldorf, und Aufsichtsratsmitglied vieler Konzerngesellschaften; Mitgliedschaft im Kreis „Mars und Merkur“, dem etwa 80 Generalstabsoffiziere der Hitlerwehrmacht angehören, die in der westdeutschen Wirtschaft als „Ökonomie-Kommandeure“, wie sie sich selbst bezeichnen, einen entscheidenden Einfluß ausüben

Pantke, Helmut

vor 1945: Oberregierungsrat beim Beauftragten für den Vierjahresplan, Leiter des Referats Preisüberwachung, Allgemeine und grundsätzliche Fragen; während des zweiten Weltkrieges bei den deutschen Okkupationsbehörden in Polen tätig

nach 1945: Ministerialrat im Bundeswirtschaftsministerium, verantwortlich für wirtschaftspolitische Fragen der Agrarpolitik, Markt- und Preispolitik in der Ernährungs- und Landwirtschaft

Penning, Karl Heinz

vor 1945: Staatsanwalt beim Reichsjustizministerium

nach 1945: Ministerialrat im Bundesministerium der Finanzen; Leiter des Referats Finanzielle Angelegenheiten der Kapitalhilfe für Entwicklungsländer

Rannow, Hans, Dr.

vor 1945: Oberregierungsrat im Reichswirtschaftsministerium; mitbeteiligt an der Enteignung von jüdischem und tschechischem Besitz in der ČSR

nach 1945: Ministerialdirektor im Bundesministerium der Finanzen, verantwortlich für Schulwesen, allgemeine und internationale Finanzierungsfragen, Finanzbeziehungen zu den Ländern, Wirtschaftsförderung

Reusch, Hermann, Dr. phil. Dr.-Ing. e. h.

vor 1945: Mitglied des Vorstandes der Gutehoffnungshütte, Oberhausen, AG; Mitglied des Werberates der deutschen Wirtschaft und zahlreicher anderer Aktiengesellschaften; Generalbevollmächtigter für die Wirtschaft im okkupierten Serbien

nach 1945: Chef der Gutehoffnungshütte AG, Oberhausen/Rheinland und Nürnberg; Aufsichtsratsmitglied von weiteren 25 Großunternehmen; Mitglied des Präsidiums des Bundesverbandes der Deutschen Industrie (BDI), Köln, des Deutschen Industrie-Instituts, der Deutschen Atomkommission, Bad-Godesberg, u. a. Einrichtungen

Rother, Heinz, Dr.

vor 1945: Oberregierungsrat und Referatsleiter auf dem Gebiete des Handels und Gewerbes im Reichswirtschaftsministerium; Mitwirkung an „Arisierungsmaßnahmen“ im Handel und Gewerbe; galt als „unersetzliche Führungs- und Fachkraft“; Blockleiter der NSDAP

nach 1945: Ministerialrat im Bundeswirtschaftsministerium, Referatsleiter für Gewerberecht

Rust, Josef, Dr.

vor 1945: Oberregierungsrat im Reichswirtschaftsministerium (1940), später aktiv am Überfall der Sowjetunion und der Ausraubung der okkupierten Gebiete der Sowjetunion als Oberkriegsverwaltungsrat und Gruppenleiter des berüchtigten Wirtschaftsstabes Ost beteiligt; Referatsleiter im Reichsministerium für die besetzten Ostgebiete

nach 1945: Oberregierungsrat im niedersächsischen Finanzministerium (1948); Ministerialrat im Bundeskanzleramt (1949-1952); Ministerialdirektor im Bundeswirtschaftsministerium (1952-1955); Staatssekretär im Bundesverteidigungsministerium bis 1959; Vorsitzender des Vorstandes der Wintershall-AG und Mitglied verschiedener Aufsichts- und Verwaltungsräte, Intimus des CSU-Vorsitzenden Franz-Josef Strauß

Scheidemann, Karl Friedlich, Dr.

vor 1945: Mitarbeiter im „Judenreferat“ des Reichswirtschaftsministeriums; an wirtschaftlichen Zwangsmaßnahmen gegen Juden beteiligt

nach 1945: Ministerialdirigent im Bundesministerium für wissenschaftliche Forschung, Leiter der Abteilung Allgemeine Wissenschaftsförderung, unter anderem für alle Angelegenheiten der westdeutschen Hochschulen zuständig

Schiettinger, Fritz, Dr.

vor 1945: Oberverwaltungsrat beim Haupternährungsamt Wien; Hauptgeschäftsführer der Industrie- und Handelskammer Metz sowie Gruppenleiter in der Überleitungsstelle für das „volks- und reichsfeindliche Vermögen“ in Lothringen

vor 1945: Ministerialdirektor im Bundeswirtschaftsministerium, Leiter der Abteilung Geld und Kredit

Schiller, Karl, Prof. Dr.

vor 1945: Forschungsgruppenleiter am Institut für Weltwirtschaft, Kiel; NS-Dozent an der Universität Kiel; Offizier der Hitlerwehrmacht; 1944 Ernennung zum Außerordentlichen Professor und Direktor des Instituts für Agrar- und Siedlungswesen der Universität Rostock, Ausbildung faschistischer Wirtschaftskader; Politischer Leiter einer NSDAP-Ortsgruppe in Kiel; SA

nach 1945: Der Versuch der SPD-Regierung in Schleswig-Holstein, ihn als Wirtschaftsminister dieses Bundeslandes zu berufen, scheiterte damals am Einspruch der britischen Militärregierung wegen seiner NS-Vergangenheit. Schiller engagierte sich nach diesem mißglückten Versuch mit der Monopol-Bourgeoisie und wurde Mitglied in Vorständen bzw. Aufsichtsräten von 17 Aktiengesellschaften und Großfirmen, bevor er Wirtschaftssenator von Westberlin und mit der Bildung der Großen Koalition, im Dezember 1966, Bundeswirtschaftsminister wurde

Schleyer, Hans Martin, Dr. jur.

vor 1945: Gerichtsreferendar; unmittelbar nach der Annexion Österreichs vom Reichsstudentenführer mit der Leitung des Studentenwerks in Innsbruck beauftragt; von 1941-1944 im Zentralverband der Industriellen in Prag tätig; SS

nach 1945: Vorstandsmitglied der Daimler-Benz AG, Stuttgart-Untertürkheim (Flick-Konzern), und Aufsichtsratsmitglied mehrerer Gesellschaften; Vizepräsident der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände und Mitglied weiterer Unternehmerverbände

Schornstein, Johannes, Dr.

vor 1945: Leiter des Referates Allgemeine Fragen der wehrwirtschaftlichen Betriebssicherung, des wehrwirtschaftlichen Arbeitseinsatzes und wehrwirtschaftliche Transportfragen im Reichswirtschaftsministerium; abgeordnet zum Planungsamt des Reichsministeriums für Rüstung und Kriegsproduktion; später Kriegsverwaltungsrat und Gruppenleiter beim Wirtschaftsstab Ost

nach 1945: Staatssekretär im Bundesministerium für Wohnungswesen und Städtebau

Schulz, Heinz Friedrich, Dr.

vor 1945: Oberregierungsrat im Reichswirtschaftsministerium, - zuletzt stellvertretender Abteilungsleiter beim Wirtschaftsstab Ost - Chefgruppe W; NSDAP; SS-Führer

nach 1945: Ministerialrat im Bundeswirtschaftsministerium, verantwortlich für wirtschaftliche Zusammenarbeit in den zwischenstaatlichen Organisationen außerhalb der sogenannten Europäischen Gemeinschaften, Handel der Entwicklungsländer

Seiberlich, Josef

vor 1945: Oberregierungsrat im Reichsarbeitsministerium, zuständig für die Verbindung zum faschistischen Auswärtigen Amt; maßgeblich an der wirtschaftlichen Ausplünderung der okkupierten Gebiete Italiens beteiligt

nach 1945: Ministerialrat im Bundeswirtschaftsministerium und Referent der Unterabteilung Wirtschaftsbeziehungen mit dem Ausland, verantwortlich für Nordamerika, Israel

Seile, Hans Otto von

vor 1945: Im diplomatischen Dienst des Auswärtigen Amtes tätig; NSDAP vor 1933; SS-Obersturmführer

nach 1945: Oberregierungsrat und Abteilungsleiter für kommerziellen und legislativen Dienst in der Bundesstelle für Außenhandelsinformation im Geschäftsbereich des Bundeswirtschaftsministeriums

Siegert, Albrecht, Dr.

vor 1945: Regierungsrat beim Reichskommissar für die Sudetendeutschen Gebiete; NSDAP; SA-Führer

nach 1945: Ministerialrat im Bundeswirtschaftsministerium und Referent für Handwerksrecht und Handwerksorganisation

Stalman, Otto, Dr.

vor 1945: Oberregierungsrat im Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft und Referatsleiter für Fragen der Wirtschaftspolitik gegenüber der Slowakei, dem Protektorat Böhmen und Mähren, Bulgarien, Dänemark, Schweden und Norwegen

nach 1945: Ministerialdirektor im Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten, Leiter der Abteilung Außenwirtschaft

Steidle, Walter, Dr.

vor 1945: Regierungsrat in der Abteilung Devisenbewirtschaftung des Reichswirtschaftsministeriums; Mitglied der NSDAP und Blockleiter

nach 1945: Ministerialrat im Bundeswirtschaftsministerium, Referatsleiter für Fragen der Wirtschaftsbeziehungen mit Ost- und Südosteuropa

Strickrodt, Georg, Prof. Dr. jur.

vor 1945: Leitender Mitarbeiter der Wirtschaftsgruppe eisen-, blech- und metallverarbeitende Industrie und im Amt für deutsche Rohstoffe; während des Hitlerkrieges Leiter der Rechtsabteilung und der Zentralstelle in den „Reichswerken Hermann Göring“ und gleichzeitig engster Mitarbeiter Paul Pleigers. Gemeinsam mit dem von einem amerikanischen Militärgericht zu 15 Jahren Gefängnis verurteilten Kriegsverbrecher Pleiger war Strickrodt einer der Hauptschuldigen an den unzähligen Verbrechen des Konzerns gegen ausländische Zwangsarbeiter und KZ-Häftlinge

nach 1945: unmittelbar nach Kriegsende Finanzminister in Hannover; Mitglied des Aufsichtsrates der Salzgitter AG, Westberlin; Präsident der (West)Deutschen Straßenliga e.V., Bonn; Mitglied der Fachkommission V der (West)Deutschen Atomkommission; Beirat beim Bundesminister für Städtebau und Raumordnung; Vorstandsmitglied des Bundesausschusses für Wirtschaftspolitik der CDU

Süßkind-Schwendi, Alexander Freiherr von

vor 1945: Ministerialrat und Referatsleiter auf dem Gebiete des Außenhandels im Reichswirtschaftsministerium

nach 1945: Ministerialdirektor im Bundesschatzministerium; Leiter der Abteilung für Bundesvermögen, ERP-Sondervermögen und Sondervermögen für berufliche Leistungsförderung

Toepfer, Bruno, Dr.

vor 1945: Oberregierungsrat; Referatsleiter im Reichswirtschaftsministerium; später Chef der Leitungsgruppe im Planungsamt des Reichsministeriums für Rüstung und Kriegsproduktion; Aufsichtsratsmitglied des Prixkonzerns (eines Zellwollekonzerns), der ausländische Zwangsarbeiter und KZ-Häftlinge ausbeutete

nach 1945: Ministerialdirigent im Bundeswirtschaftsministerium, Unterabteilungsleiter für Wirtschaftsbeziehungen mit dem Ausland

Turowski, Lothar

vor 1945: Regierungsrat im Reichswirtschaftsministerium, zuständig für Sonderaufgaben in der okkupierten Tschechoslowakei

nach 1945: Ministerialrat im Bundeswirtschaftsministerium und Referatsleiter für Fragen des Gemeinsamen Marktes in der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft

Vorwerk, Joachim, Dr.

vor 1945: Oberregierungsrat; Referatsleiter im Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft; wirkte später beim Sonderbeauftragten für Wirtschaftsfragen an der deutschen Gesandtschaft in Rumänien

nach 1945: Ministerialrat im Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten, Referatsleiter für ländliches Genossenschaftswesen und Agrarrecht

Wenck, Walter

vor 1945: General der Panzertruppen; 1939 vom Generalstab des XVI. Armeekorps zur 1. Panzerdivision kommandiert; 1942 Generalstabschef bei der 3. rumänischen Armee; am 28. Dezember 1942 mit dem Ritterkreuz dekoriert; 1943/44 Chef der Heeresgruppe Südukraine; nach dem 20. Juli 1944 zum Chef der Operationsabteilung des Oberkommandos des Heeres ernannt; in den letzten Kriegsmonaten als Durchhaltegeneral Hitlers berüchtigt, der noch 5 Minuten nach 12 Zehntausende von Soldaten sinnlos in den Tod jagte

nach 1945: Rüstungsbeauftragter im Bundesverband der westdeutschen Industrie; vorher Generaldirektor beim Diehl-Konzern, gehört zum engsten Bekanntenkreis von Franz-Josef Strauß

Wieland, Günther

vor 1945: Kriegsgerichtsrat im Heeresjustizdienst und in der Wehrmachts-Rechtsabteilung des Oberkommandos der Wehrmacht; Mitarbeiter in einem Kreispersonalamt der NSDAP; SA; Förderndes Mitglied der SS

nach 1945: Hauptgeschäftsführer des Gesamtverbandes der metallindustriellen Arbeitgeberverbände e. V., Köln

Winkhaus, Hermann, Dr.-Ing.

vor 1945: Mitglied des Vorstandes der Mannesmann AG; Vorsitzender der Bezirksgruppe Ruhr der Wirtschaftsgruppe Bergbau; nach der Gründung der Reichsvereinigung Kohle (RVK) am 29. April 1941 - eine mit staatlichen Hoheitsrechten ausgestattete privatmonopolistische Vereinigung - Vorsitzender des Ausschusses für Technische Leitungssteigerung und Mitglied des Präsidiums der RVK; in Zusammenarbeit mit Speer und Pleiger am Einsatz ausländischer Zwangsarbeiter in der deutschen Kriegsproduktion maßgeblich beteiligt

nach 1945: Mitglied der westdeutschen Atomkommission; Aufsichtsratsmitglied des Mannesmann-Konzerns, der Ruhrchemie, des AEG-Konzerns u. a. Großunternehmen

Wohlthat, Helmuth C. H.

vor 1945: Ministerialdirektor; Beauftragter Görings für den „Vierjahresplan“; an der „Arisierung“ des Petschek-Konzerns und anderer jüdischer Unternehmen beteiligt; Mitglied der „Reichszentrale für jüdische Auswanderer“, die 1939 zur Vorbereitung der physischen Vernichtung der Juden gebildet wurde; 1941 als Wirtschaftsbeauftragter nach Japan entsandt

nach 1945: Vorsitzender des Aufsichtsrates der Raffinerie AG, Duisburg; Aufsichtsratsmitglied der Farbenfabriken Bayer AG, Leverkusen; Aufsichtsratsmitglied der Commerzbank AG, Düsseldorf, und weiterer Gesellschaften

Woratz, Gerhard, Dr.

vor 1945: Regierungsrat im Reichswirtschaftsministerium, zuständig unter anderem für wirtschaftliche Fragen der Textilversorgung des okkupierten Dänemark; Blockleiter und Rechtsberater der Gaurechtsstelle der NSDAP Ostpreußen; Voruntersuchungsführer beim Kreisgericht der NSDAP in Königsberg (Kaliningrad)

nach 1945: Ministerialdirektor im Bundeswirtschaftsministerium, Leiter der Abteilung III - Bergbau, Energie- und Wasserwirtschaft, Eisen und Stahl, Mineralöl - und der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl

Gestapo- und SS-Leute kommandieren die westdeutsche Polizei

Adam, Manfred

vor 1945: Kriminalkommissar im Reichssicherheitshauptamt, Amt IV E 2 (Gestapo)

nach 1945: Regierungs- und Kriminalrat; Stellvertreter des Leiters des Landeskriminalamtes Schleswig-Holstein

Alexnat, Heinz, Dr.

vor 1945: NSDAP und SA seit 1.10.1931; 1938 Regierungsrat beim Reichsstatthalter für den Gau Sudetenland; 1940 Kriegsverwaltungsrat beim Militärbefehlshaber Frankreich

nach 1945: Bundesinnenministerium, Abt. VII (Zivile Verteidigung); Regierungsdirektor; Referent

Altendorf, Oswald

vor 1945: Hauptmann der Schutzpolizei; NSDAP seit 1.5.1937 (Nr. 4052287); an „Juden-Aktion“ in Parzew/Polen beteiligt

nach 1945: Polizeihauptkommissar; Leiter des Polizeiabschnittes Goslar

d'Alquen, Gunter

vor 1945: SS (Nr. 8452); 1932 SS-Untersturmführer, 1937 SS-Standartenführer; 1936 beim SD-Hauptamt; Chefredakteur der SS-Zeitung „Das Schwarze Korps“; gehörte zuletzt als Kommandeur der SS-Kriegsberichterabteilung „Kurt Eggers“ zum „Persönlichen Stab RFSS“; NSDAP (Nr. 66689); Träger des Goldenen Parteiabzeichens

nach 1945: Kaufmännischer Angestellter in Essen

Augustin, Wilhelm

vor 1945: NSDAP seit 1.12.1939 (Nr. 7311319); SS (Nr. 354127); Oberleutnant der Schutzpolizei

nach 1945: Polizeiamtmann; Leiter des Kommissariats der bayrischen Grenzpolizei in Bad Neustadt/Saale

Bargatzky, Walter

vor 1945: Bis Frühjahr 1940 im Justizdienst; anschließend bis 1944 beim Militärbefehlshaber in Frankreich als Militärverwaltungsrat in der Rechtsabteilung des Verwaltungsstabes

nach 1945: 1945-1948 Polizeidirektor in Baden-Baden; 1948-1950 Direktor des Verwaltungsgerichts in Baden-Baden und Freiburg; seitdem Bundesinnenministerium; 1956 Leiter der Abteilung VI „öffentliche Sicherheit“; anschließend Leiter der Abteilung VII „Ziviler Bevölkerungsschutz“; später Staatssekretär im Bundesgesundheitsministerium; 1966 Ruhestand; jetzt Präsident des westdeutschen Roten Kreuzes; ließ in dieser Eigenschaft im April 1968 in Westdeutschland lebende Kriegsverbrecher davor warnen, solche Länder zu besuchen, in denen sie gesucht werden

Barth, Alfred

vor 1945: Oberleutnant der Schutzpolizei; unter anderem 1941 in Krakau (Krakow); ab Februar 1943 beim Stab des Befehlshabers der Ordnungspolizei für die Ukraine in Kiew/UdSSR

nach 1945: Polizeirat; Leiter der Polizeiinspektion Hannover I

Becher, Kurt

vor 1945: NSDAP (Nr. 4486195); SS-Standartenführer (Nr. 234478); bis 1944 im SS-Führungshauptamt, dann Eichmanns Wirtschaftsberater für „Judenfragen“ in Ungarn; gegen Ende des Krieges versuchte er, jüdische Menschen gegen kriegswichtige Güter auszutauschen; an der Deportation der ungarischen Juden beteiligt

nach 1945: Inhaber einer Futtermühle in Bremen

Biehusen, Wolfgang

vor 1945: NSDAP und SA; 1939 Regierungsrat; während des zweiten Weltkrieges beim „Generalkommissariat Reval“ in den okkupierten Gebieten der Sowjetunion

nach 1945: Leiter des Stadt- und Polizeiamtes (Verwaltungspolizei) von Bremen; Regierungsdirektor

Bittner, Herbert, Dr.

vor 1945: Bis 1942 Kriminaldirektor bei der Kriminalpolizeileitstelle Berlin; anschließend Stellvertreter des Leiters der Kriminalpolizeistelle Leipzig, seit Ende 1943 Leiter; zuletzt Regierungsrat; SS-Sturmbannführer seit 27.11.1940 (Nr. 290547); trat besonders hervor bei der Fahndung nach ausländischen Zivilarbeitern und Kriegsgefangenen

nach 1945: Regierungs- und Kriminalrat; Leiter der Landeskriminalpolizeistelle Osnabrück

Blaesing, Karl, Dr.

vor 1945: SA seit 1933, NSDAP seit 1937 (Nr. 4522634); Regierungsrat und Oberregierungsrat in verschiedenen Regierungsbezirken im „Reichsgebiet“ sowie in den okkupierten Ländern; zuletzt Militärverwaltungsoberrat und „deutscher Bürgermeister“ in Saloniki/Griechenland

nach 1945: Bundesinnenministerium; Leiter des Referats II B 6; Ministerialrat

Bock, Günther

vor 1945: NSDAP (Nr. 5474568); SS-Sturmbannführer (Nr. 237372); Major der Schutzpolizei

nach 1945: Polizeikommandeur, Kommandeur der Landespolizei Schleswig-Holstein

Boeltzig, von

vor 1945: Seit 1931 Wehrmachtsoffizier, zuletzt Oberst; ab 1944 im Generalstab des Heeres

nach 1945: Bundesinnenministerium Abteilung VII - Zivile Verteidigung - Referent; Oberst a. D.

Bomhard, Adolf von

vor 1945: Seit 1912 Polizeioffizier; SS-Gruppenführer (Nr. 292711) und Generalleutnant der Polizei; NSDAP (Nr. 3933982); Amtschef im Hauptamt Ordnungspolizei; Befehlshaber der Ordnungspolizei beim „Reichskommissar für die Ukraine in Kiew“, UdSSR u. a.

nach 1945: Wohnhaft in Prien am Chiemsee; gehört zu den Organisatoren des „Salzburger Kreises“, eines Geheimbundes von höheren SS- und Polizei-Offizieren, der sich mit der „Beschaffung“ von Entlastungszeugen für angeklagte SS- und Polizei-Mörder befaßt

Botte, Josef

vor 1945: Kriminalkommissar, Kriminalpolizeileitstelle Köln; später beim Chef der Sipo und des SD

nach 1945: Kriminalhauptkommissar in Düsseldorf

Boullay, Paul

vor 1945: SS-Hauptsturmführer (Nr. 382590); NSDAP seit 1. 11. 1935 (Nr. 6925155); Hauptmann der Schutzpolizei, unter anderem beim „Chef der Bandenkampf verbände“

nach 1945: Referent im Bundesinnenministerium Abteilung VII; Oberst im Bundesgrenzschutz; verantwortlich für die Bewaffnung des Grenzschutzes und der Bereitschaftspolizei

Brasse, Wilhelm

vor 1945: Seit 1942 Regierungsrat im Landratsamt Litzmannstadt (Lodz)/Polen

nach 1945: Polizeipräsident der Polizeidirektion Braunschweig

Brix, Gerhard

vor 1945: SS-Sturmbannführer seit 1. 9. 1942 (Nr. 327327); Stammabteilung 28 (Hamburg); Major der Schutzpolizei; NSDAP (Nr. 2754501)

nach 1945: Behörde für Inneres, Hamburg; Führer des Polizeiabschnittes Nord; Polizeioberrat

Brömse, Karl, Dr.

vor 1945: NSDAP (Nr. 133507), SS-Obersturmbannführer seit 1940 (Nr. 2265); beim Hauptamt Ordnungspolizei, Abteilung Verwaltung und Recht, als Ministerialrat; Gruppenleiter

nach 1945: Obersozialgerichtsrat am Sozialgericht Nürnberg

Brunk, Ernst

vor 1945: SS-Führer und Kriminalkommissar in Krakau (Krakow) und Lemberg (Lwow)/Polen

nach 1945: Leiter des Kriminalkommissariats in Ellwangen/Württemberg

Brunn, Wilhelm

vor 1945: Leutnant der Schutzpolizei bei der Polizeiverwaltung Potsdam; November 1943 Feldgendarmarie Ersatzabteilung I in Litzmannstadt (Lodz)

nach 1945: Innenministerium des Landes Niedersachsen; Polizeioberrat; Leiter des Dezernats PE - Kommando der Schutzpolizei - in der Abteilung I (Innere Verwaltung); gleichzeitig Kommandeur der Schutzpolizei beim Regierungspräsidenten in Aurich

Bühler, Karl-Heinz

vor 1945: NSDAP (Nr. 3266024); SS-Sturmbannführer (Nr. 98248); Kommandeur des n/Artillerieregiments 5. SS-Panzerdivision „Wiking“

nach 1945: Leiter des Wasserschutzpolizeiabschnittes Nordseeküste, Wilhelmshaven

Burian, Walter, Dr.

vor 1945: Regierungsassessor beim Landrat in Znaim; 1940 Regierungsrat im „Protektorat Böhmen und Mähren“; zuletzt kommissarischer Bezirkshauptmann in Strakonitz (Strakonice)/ČSR

nach 1945: Bundesinnenministerium; Leiter des Referats V, 6; Ministerialrat

Cyprian, Werner

vor 1945: NSDAP seit 1. 8. 1932 (Nr. 1287760); SS-Hauptsturmführer; Regierungsrat im Thüringischen Ministerium des Innern; 1940 beim Chef der Zivilverwaltung der I. Armee im Elsaß zum Oberregierungsrat ernannt

nach 1945: Oberregierungsrat beim Regierungspräsidenten in Stade; Dezernat 30; Verteidigungslasten-Angelegenheiten

Dierske, Ludwig

vor 1945: Ministerialdirigent; Oberst, später Generalmajor der Polizei im Reichsministerium des Innern

nach 1945: Stellvertretender Leiter der Abteilung VI Bundesinnenministerium; Ministerialdirigent, jetzt Ministerialdirigent a.D., Verfasser von Artikeln in der westdeutschen Zeitschrift „Die Polizei“ über Notstandsgesetzgebung und deren praktische Anwendung

Dreising, Wolf von

vor 1945: SS seit 15. 3. 1933, NSDAP seit 1.5.1937 (Nr. 4192209); bis 1934 im Justizdienst; dann im allgemeinen Verwaltungsdienst; Kriegs- und Oberkriegsverwaltungsrat in Polen, Belgien, Frankreich, Griechenland; zuletzt beim Oberkommando des Heeres (Generalquartiermeister)

nach 1945: Ministerialrat; Leiter des Referates 3 der Unterabteilung IB - Verwaltungsrecht, Verwaltungsorganisation - im Bundesinnenministerium

Drutschmann, Kurt

vor 1945: Major und Kommandeur der Feldgendarmarie im Bereich des Panzer-Armee-Oberkommandos 3; unter anderem verantwortlich für die Vertreibung der sowjetischen Zivilbevölkerung im Zusammenhang mit der Taktik „verbrannte Erde“

nach 1945: Polizeirat; Leiter der Polizeiinspektion Göttingen

Ebrecht, George

vor 1945: NSDAP (Nr. 597464); SS-Gruppenführer (Nr. 268990) und Generalleutnant der Polizei; stellvertretender Führer des SS-Oberabschnittes Nordost und Höherer SS- und Polizeiführer; mitverantwortlich für die Ermordung von deutschen und polnischen Patienten der Heil- und Pflegeanstalten durch den Wachsturmbann Eimann (siehe Eimann)

nach 1945: Kaufmann in Hamburg

Ehrlinger, Erich

vor 1945: NSDAP (Nr. 541195); SS-Standartenführer (Nr. 107493); Befehlshaber der Sicherheitspolizei und des SD in Minsk/UdSSR

nach 1945: 1962 vom Karlsruher Schwurgericht wegen Beihilfe zum Mord in 1045 Fällen zu 12 Jahren Zuchthaus verurteilt; im Oktober 1965 von den westdeutschen Behörden wegen seiner „angegriffenen Gesundheit“ auf freien Fuß gesetzt; bis zu seiner Verhaftung leitete er das Landesamt für Verfassungsschutz im Saarland

Eigenbrodt, Otto

vor 1945: SS-Obersturmführer und Kriminalkommissar bei der Führerschule der Sicherheitspolizei; im Reichssicherheitshauptamt zum SS-Hauptsturmführer und Kriminalrat ernannt

nach 1945: Regierungs- und Kriminalrat; Leiter der Landes-Kriminalpolizeistelle Braunschweig (Niedersachsen)

Eimann, Kurt

vor 1945: NSDAP (Nr. 1418 880); Obersturmbannführer der SS (Nr. 57319); Führer des am 3.7.1939 als „Polizeiverstärkung“ gebildeten „Wachsturmbannes Eimann“; im Raum Danzig (Gdansk) „zur Sicherung und Säuberung der ehemals polnischen Kreise“ sowie „zur Beseitigung von ... unheilbar Geisteskranken ...“ verwendet; nach Auflösung des Wachsturmbannes Führer der 36. SS-Standarte

nach 1945: Händler bei Hannover

Einecke, Erich

vor 1945: Hauptmann der Schutzpolizei bei der Dienststelle „Reichsführer SS und Chef der Deutschen Polizei“ in Berlin

nach 1945: Oberregierungs- und Kriminalrat; Leiter der Landeskriminalpolizei-steile Hannover

Ernst, Werner, Prof. Dr.

vor 1945: SA; NSDAP seit 1937 (Nr. 5295485); Oberregierungsrat im faschistischen Staatsapparat; Oberstabsfrontführer bei der „Organisation Todt“ im Bereich des „Baustab Speer-Ostbau“

nach 1945: Staatssekretär im Bundesinnenministerium bis April 1968

Feddersen, Paul

vor 1945: Kriminalkommissar im Reichssicherheitshauptamt, Amt V; 1941 Kriminalpolizeistelle Prag; später Gestapo Prag

nach 1945: Kriminaloberrat; Leiter des Landeskriminalamtes Stuttgart

Filzek, Robert

vor 1945: 1938 Referent in der Abteilung III des „Amtes des Reichsstatthalters Niederdonau“ in Wien; 1942 Major der Schutzpolizei; 1943 Referent für Schutzpolizei beim „Reichsstatthalter Danzig/Westpreußen“

nach 1945: Bundesinnenministerium - Bundesamt für Zivilen Bevölkerungsschutz; Referatsleiter in der Abteilung V; Verwaltungsoberrat

Freytag, Günther, Dr.

vor 1945: Kriminalkommissar in der Kriminalpolizeistelle Hamburg; zeitweise im Reichssicherheitshauptamt; NSDAP; SS-Bewerber

nach 1945: Polizeibehörde Hamburg; Leiter der Kriminalabteilung II; Kriminaloberrat

Gabrysch, Alois

vor 1945: SS-Hauptsturmführer und Kriminalkommissar in Breslau (Wroclaw); ab 1942 bei der Führerschule der Sicherheitspolizei und des SD in Berlin; 1.2.1944 beim Kommandeur der Sicherheitspolizei und des SD in Maribor/Jugoslawien

nach 1945: Kriminalrat in Heidelberg

Gerber, Walter, Dr.

vor 1945: Von 1933 bis 1938 Mitarbeiter von Dr. Stuckart im Reichsministerium des Innern, Abteilung I („Judensachen“); später Landrat in Witzenhausen (Kassel); versuchte Stuckart mit einer eidesstattlichen Erklärung vor dem Nürnberger Gericht zu entlasten

nach 1945: Bundesinnenministerium; Leitender Regierungsdirektor; Leiter der Abteilung V im Bundesamt für Zivilen Bevölkerungsschutz - Notstandsmaßnahmen der Verwaltung

Gille, Hermann

vor 1945: Hauptmann der Schutzpolizei seit 1938; SS seit 1.12.1940 (Nr. 382370); Hauptsturmführer unter anderem beim „Höheren SS- und Polizeiführer Mitte“; Einsatz im Osten

nach 1945: Polizeirat; Leiter des Polizeiabschnittes Stadt Osnabrück und stellvertretender Kommandeur der Schutzpolizei beim Regierungspräsidenten Osnabrück

Grunow, Erich

vor 1945: Seit 1941 Polizeioffizier; Leutnant der Schutzpolizei in Stettin (Szczecin); 1943 Oberleutnant der Gendarmerie; Führer eines motorisierten Gendarmeriezuges im „Osteinsatz“; zuletzt Gendarmeriehauptmannschaftsführer in Zagreb/Jugoslawien

nach 1945: Polizeihauptkommissar; Leiter der Polizeiinspektion Itzehoe (Schleswig-Holstein)

Guillaume, Emil, Dr.

vor 1945: 1924-1926 SA; dann SS; 1936 Referendar; Besuch des Gemeinschaftslagers „Hanns Kerrl“ in Jüterbog; Regierungsassessor bei der Preußischen Allgemeinen Staatsverwaltung Stettin (Szczecin)/ Polen

nach 1945: Ministerialrat; Leiter der Abteilung I 20 im Innenministerium von Schleswig-Holstein, zugleich Landeswahlleiter; Vorsitzender des Verbandes der Verwaltungsjuristen von Schleswig-Holstein

Hagelberg, Karl-Ulrich

vor 1945: Seit 1924 Mitglied des „Stahlhelm“; seit 1933 SA; 1938 Regierungsassessor in der preußischen staatlichen Polizeiverwaltung; danach Abteilungsleiter im Polizeipräsidium Gleiwitz (Gliwice); Regierungsrat bei der Bezirksregierung Liegnitz (Legnica); von dort zum „Reichsministerium für die besetzten Ostgebiete“

nach 1945: Ministerialdirigent; Leiter der Abteilung III im Bundesinnenministerium

Hasenjäger, Werner

vor 1945: NSDAP (Nr. 5008006); SS-Sturmbannführer (Nr. 460724); Major der Schutzpolizei in Halle/Saale

nach 1945: Polizeiobererrat; Landespolizeibereitschaft Niedersachsen

Hertel, Anton

vor 1945: Offizier der Schutzpolizei - zuletzt Hauptmann - bei verschiedenen Polizeiverwaltungen sowie im Galizischen SS-Freiwilligenregiment 7; NSDAP (Nr. 3363954) seit 1.5.1935

nach 1945: Polizeihauptkommissar; Leiter des Polizeiabschnittes Stadt Wolfsburg (Niedersachsen)

Hoffmann, Wolfgang

vor 1945: Hauptmann der Schutzpolizei in Hamburg und im Polizeibataillon 101; Teilnahme an der „Aktion Reinhard“; SS seit 1.5.1933 (Nr. 196198); NSDAP (Nr. 5994662)

nach 1945: Polizeihauptkommissar; Lehrer an der Polizeischule; Leiter einer Revierwache in Hamburg/Hamm

Japp, Erwin

vor 1945: NSDAP (Nr. 3279296); Hauptmann der Schutzpolizei; Gendarmeriekreisführer in Leipzig; 1942 Adjutant des Kommandeurs der Ordnungspolizei in Simferopol/UdSSR

nach 1945: Oberpolizeirat; Inspekteur der Schutzpolizei Schleswig-Holstein Süd, Lübeck

Kasper, Heinz

vor 1945: NSDAP (Nr. 4052930); Hauptmann der Schutzpolizei in Berlin und Kiel; während des zweiten Weltkrieges an „polizeilichen Einsätzen“ in der UdSSR teilgenommen

nach 1945: Oberpolizeirat; April 1961 bis Januar 1962 in Untersuchungshaft wegen seiner Verbrechen in der UdSSR; wegen angeblichen Mangels an Beweisen entlassen, im März 1964 wieder in sein Amt eingesetzt; seit Dezember 1967 Inspekteur der Schutzpolizei Ost, Rendsburg

Kemker, Heinrich

vor 1945: 1941 Leutnant der Schutzpolizei bei der Polizeiverwaltung Hannover; 1941/42 Kompaniechef der 8. Kompanie des berüchtigten Polizeibataillons 320; später im SS-Polizeiregiment 11 in Rußland-Süd (Rowno/UdSSR); Oberleutnant und Adjutant des Regimentskommandeurs

nach 1945: Polizeiinspektion Hannover; Polizeihauptkommissar; Leiter des Polizeiabschnittes Landkreis Hannover

Kempfler, Fritz, Dr.

vor 1945: NSDAP (Nr. 1173432); SS (Nr. 391838); SS-Standartenführer, - Angehöriger des Reichssicherheitshauptamtes; von 1939-1943 Offizier der Wehrmacht

nach 1945: Seit 1957 Mitglied des Bundestages (CDU)

Kiep, Waldemar

vor 1945: SS-Sturmbannführer (Nr. 356877); Hauptmann der Schutzpolizei in der Polizeiverwaltung Königsberg; während des Krieges Angehöriger des VI. SS-Freiwilligen-Armee-Korps

nach 1945: Polizeirat; Leiter der Polizeiinspektion Pinneberg/Schleswig-Holstein

Klopfer, Gerhard

vor 1945: NSDAP (Nr. 1 706 842); Staatssekretär; SS-Gruppenführer (Nr. 272227); nahm als Vertreter der Parteikanzlei an der „Wannsee-Konferenz“ und 1943 an einer „Juristenkonferenz über Judenrechte“ teil

nach 1945: Bei seiner Vernehmung durch ein alliiertes Militärgericht bestritt er, über die Judenausrottung informiert gewesen zu sein; ein 1960 eingeleitetes Ermittlungsverfahren wurde 1962 wieder eingestellt; Rechtsanwalt am Amtsgericht Ulm

Krause, Waldemar

vor 1945: NSDAP (Nr. 2953348); SS-Sturmbannführer (Nr. 346964); Kriminalrat im Reichssicherheitshauptamt, Referat I A 3; einer der Leiter des berüchtigten Einsatzkommandos 4b der Einsatzgruppe C

nach 1945: Bis August 1964 Regierungs- und Kriminalrat in Flensburg; Leiter der Bezirkskriminalpolizeistelle; im August 1964 wegen seiner Verbrechen als Leiter des Einsatzkommandos 4b in Untersuchungshaft; auf Grund von Bürgschaften hoher Polizeioffiziere wieder freigelassen; lebt seitdem unbehelligt und erhält eine ansehnliche Pension

Krebs, Kurt

vor 1945: NSDAP (Nr. 66288); Träger des Goldenen Parteiabzeichens; hauptamtlicher SS-Sturmbannführer (Nr. 20006) im Reichssicherheitshauptamt

nach 1945: Polizeibeamter in Düsseldorf

Kröhl, Werner

vor 1945: SS-Sturmbannführer (Nr. 308277); Major der Schutzpolizei bei den Polizeiverwaltungen Berlin und Wien sowie beim Befehlshaber der Ordnungspolizei Alpenland

nach 1945: Polizeirat; Leiter der Polizeiinspektion Hameln

Lachauer, Epimach

vor 1945: NSDAP (Nr. 5 097118) seit 1.5.1937; Oberleutnant der Gendarmerie, stellvertretender Kompanieführer im III. Polizeigebirgsjäger-Regiment 18/10; dieses Regiment war von Juli bis Oktober 1942 zur Bekämpfung von Partisanen im Oberkrain eingesetzt

nach 1945: Polizeioberinspektor; Vertreter des Leiters des Kommissariats der bayrischen Grenzpolizei

Lange, Albert

vor 1945: NSDAP (Nr. 3601181); SS (Nr. 268892); Offizier der faschistischen Polizei; u. a. an der Okkupation der ČSR beteiligt

nach 1945: Polizeihauptkommissar; Leiter der Polizeiinspektion Schleswig

Lange, Erwin

vor 1945: Polizeioffizier; Oberleutnant bei den Polizeiverwaltungen Karlsruhe und Stettin (Szczecin); SS-Sturmabführer seit 21.6.1943 (Nr. 422202); Kommandeur des Pionierbataillons der 16. SS-Panzer Grenadierdivision „Reichsführer SS“

nach 1945: Polizeirat; Leiter der Polizeiinspektion Osnabrück

Lauffs, Hans, Dr.

vor 1945: Seit 1. 11. 1933 SS; SS-Hauptsturmführer (Nr. 210397); Richter am SS- und Polizeigericht in Krakau (Krakow)/ Polen

nach 1945: Ministerialrat- und Referatsleiter in der U.-Abteilung IIB des Bundesschatzministeriums

Lechner, Hans, Dr.

vor 1945: Bereits 1935 Oberregierungsrat im Reichsjustizministerium; Gnadengesuche von zum Tode Verurteilten wurden durch ihn abgelehnt

nach 1945: Bundesinnenministerium; Leiter der Abteilung I; Ministerialdirektor

Lemke, genannt von Soltenitz, Helmut, Dr.

vor 1945: NSDAP seit 1932 (Nr. 1048073); SA-Obertruppführer; trat aus der Kirche aus, um einen Bürgermeisterposten zu erlangen; Bürgermeister von Eckernförde

nach 1945: Mitinhaber eines Rechtsanwaltsbüros; Wiedereintritt in die Kirche; CDU-Landtagsabgeordneter und Kultusminister von Schleswig-Holstein; 1962 Ministerpräsident von Schleswig-Holstein

Leuenberg, Artur

vor 1945: Bis 1943 Reichsministerium des Innern, Abteilung V - Einsatz von Beamten in den okkupierten Gebieten; ab 1943 Bürgermeister in Konitz (Chojnice)/ČSR

nach 1945: Bundesinnenministerium; Leiter des Referates IV B 3; Ministerialrat

Maack, Hans

vor 1945: NSDAP (Nr. 5363505); SS-Unterscharführer (Nr. 317919) im Sicherheitshauptamt des RFSS; später Offizier der Schutzpolizei

nach 1945: Polizeihauptkommissar; Leiter der Polizeiinspektion Heide

Malzahn, Rudolf

vor 1945: Hauptmann der Schutzpolizei in der Polizeiverwaltung Jena, Mitarbeiter beim „Höheren SS- und Polizeiführer Serbien“ in Belgrad; Adjutant und Gerichtsoffizier beim Kommandeur der Ordnungspolizei im „Generalbezirk Nordkaukasien“/UdSSR

nach 1945: Polizeihauptkommissar; Leiter des Polizeiabschnittes Landkreis Grafschaft Diepholz (Nienburg)

Maurischat, Kurt

vor 1945: NSDAP (Nr. 5480067); SS (Nr. 353156); Offizier der Schutzpolizei in Königsberg (Kaliningrad), dann beim II./SS-Polizeiregiment 6 im Süden der UdSSR; 1943 Ausbilder an einer Offiziersschule

nach 1945: Polizeirat; Leiter der motorisierten Verkehrsbereitschaft Neumünster

Moldenhauer, Reimar

vor 1945: SS-Obersturmführer (Nr. 393279); Oberleutnant bei der Gendarmeriekompanie (mot) in Posen (Poznan)/Polen und beim „Höheren SS- und Polizeiführer Rußland-Süd“/UdSSR

nach 1945: Bundesinnenministerium; seit 1.8.1967 Kommandeur der Grenzschutzgruppe Alsfeld; Oberstleutnant im Bundesgrenzschutz

Moll, Fritz

vor 1945: NSDAP (Nr. 1390587); SS-Sturmbannführer (Nr. 309829); Major der Gendarmerie in Karlsbad (Karlovy Vary) und Kattowitz (Katowice); stellvertretender Kommandeur der Gendarmerie in Rowno und Kiew/UdSSR

nach 1945: Oberpolizeirat und Leiter der Polizeidirektion Flensburg

Nath, Lothar

vor 1945: Oberleutnant der Schutzpolizei bei der Polizeiverwaltung Wilhelmshaven, - NSDAP seit 1.5.1933 (Nr. 1 906115), SS (Nr. 66 545)

nach 1945: Polizeihauptkommissar; Leiter des Polizeiabschnittes Landkreis Alfeld/Leine (Hildesheim)

Nielsen, Eduard

vor 1945: Leutnant der Schutzpolizei bei der Polizeiverwaltung Hamburg; 1942 Leiter der SW-Schule Swinemünde; anschließend Marine; SS-Untersturmführer (Nr. 422 036)

nach 1945: Leiter des Wasserschutzpolizeiabschnittes C in Hamburg; Polizeidirektor

Niggemeyer, Bernhard, Dr.

vor 1945: SA seit 1933; 1935 „Große Staatsprüfung“; Kriminalpolizei; seit 1942 Kriminalrat bei der Kriminalpolizeistelle in Karlsruhe

nach 1945: Bundesinnenministerium; Stellvertreter des Leiters des Bundeskriminalamtes; Regierungskriminaldirektor

Nitsche, Reinhold

vor 1945: Major der Gendarmerie beim Befehlshaber der Ordnungspolizei Niederlande und in Kroatien; Teilnehmer an einem Taktiklehrgang für Polizeioffiziere „unter besonderer Berücksichtigung der Eigenarten des Bandenkampfes“

nach 1945: Polizeidirektor; Kommandeur der Schutzpolizei beim Regierungspräsidenten Hannover

Platen, Detlev von

vor 1945: Seit 1931 Reichwehr; 1941 Kriegsakademie; als Nachrichtenoffizier im XXIII. Armeekorps am Überfall auf die UdSSR beteiligt; an der Dūna Partisanenbekämpfung; beteiligt an der „Vernehmung“ von Partisanen und Kriegsgefangenen, die meist mit Erschießungen endete; zuletzt Oberstleutnant im Generalstab im Stab der Heeresgruppe Mitte und des Oberbefehlshabers West

nach 1945: Bundesinnenministerium; Kommandeur des Grenzschutzkommandos Nord; Brigadegeneral im Bundesgrenzschutz

Remplik, Friedrich, Dr.

vor 1945: Regierungsrat beim Oberlandrat in Budweis/ČSR; ab Juni 1942 kommissarischer Bezirkshauptmann von Kladno; zur gleichen Zeit lief die Vernichtungsaktion gegen Lidice, das im Bezirk Kladno liegt

nach 1945: Bundesinnenministerium; Leiter der Abteilung III des Bundesverwaltungsamtes; Regierungsdirektor

Richrath, Eduard

vor 1945: NSDAP (Nr. 7548639); SS (Nr. 324977) SS-Sturmabführer und Kriminalrat im Reichssicherheitshauptamt, Amt VA 2; verantwortlich für Einweisungen von Häftlingen in KZ

nach 1945: Regierungs- und Kriminalrat in Schleswig-Holstein; Leiter der Bezirkskriminalpolizeistelle Kiel

Schiedermaier, Rudolf, Prof. Dr.

vor 1945: NSDAP (Nr. 2677304); SS-Obersturmbannführer (Nr. 340704); während des zweiten Weltkrieges Ministerialrat im Reichsjustizministerium Abteilung I; Referent in den besetzten Gebieten Polens; Beisitzer beim Standgericht des Befehlshabers der Sicherheitspolizei und des SD für Norwegen in Oslo

nach 1945: Präsident des Verwaltungsgerichts Würzburg; 1962 wegen seiner faschistischen Vergangenheit vom Dienst suspendiert, mit voller Pension in den Ruhestand versetzt; Professor an der Universität Würzburg

Schnepfel, Hans

vor 1945: 1933 Regierungsassessor bei der Gestapo; anschließend beim Reichsluftfahrtministerium für „öffentliche Sicherheit“ verantwortlich; Oberregierungsrat - Oberstintendant beim Luftgaukommando XI, Hamburg

nach 1945: Bundesinnenministerium; Leiter der Abteilung VI - Öffentliche Sicherheit -; Ministerialdirektor

Scholz, Gerhard

vor 1945: Oberleutnant der Schutzpolizei bei der Polizeiverwaltung Berlin; SS (Nr. 120799)

nach 1945: Polizeirat; Leiter der Polizeiinspektion Braunschweig/Niedersachsen

Scholze, Hans

vor 1945: NSDAP (Nr. 1747077); SS-Sturmbannführer (Nr. 382336); Major der Schutzpolizei beim SS-Personalhauptamt

nach 1945: Zunächst Mitarbeiter in der Abteilung II Ziviler Bevölkerungsschutz im Bundesinnenministerium; jetzt Abteilung Zivile Verteidigung; Oberregierungsrat

Schöneich, Gerhard

vor 1945: NSDAP (Nr. 1567 628) seit 1.3.1933; SS (Nr. 337709); Hauptmann der Gendarmerie in Troppau (ČSR) und in Stalino (UdSSR)

nach 1945: Polizeihauptkommissar; Leiter der Polizeiinspektion Eckernförde (Schleswig-Holstein)

Schulte-Overberg, Helmut, Dr.

vor 1945: Oberregierungsrat beim „Reichsstatthalter für den Sudetengau“ in Reichenberg (Liberec)/ČSR, beim Reichsarbeitsministerium sowie bei der Heeresverwaltung

nach 1945: Bundesinnenministerium; Leiter des Referates II, 3 beim Bundesamt für Zivilen Bevölkerungsschutz; Regierungsbaudirektor

Seebode, Otto

vor 1945: NSDAP; Mitarbeiter des SS-Hauptamtes „Volksdeutsche Mittelstelle“; Lagerführer des Lagers Giebeldehausen

nach 1945: Bundesinnenministerium; Referent in der Abteilung VI; Ministerialrat

Seidel, Georg

vor 1945: NSDAP (Nr. 1558513); SS-Sturmbannführer (Nr. 356882) und Major der Schutzpolizei; nahm 1944 an einem Taktiklehrgang teil, auf dem Bataillonsführer für „Bandenbekämpfung“ in Zusammenarbeit mit schweren Waffen ausgebildet wurden

nach 1945: Polizeirat und stellvertretender Leiter der Polizeidirektion Flensburg (Schleswig-Holstein)

Spahn, Franz Josef

vor 1945: NSDAP; Regierungsrat beim Landratsamt Reichenbach im Regierungsbezirk Breslau (Wroclaw); später in der Leitung der Auslandsorganisation der NSDAP; von 1943-1945 NSDAP-Landesgruppenleiter in Japan

nach 1945: Bundesinnenministerium; Leiter des Referates 2 der Abteilung V

Starrock, Karl

vor 1945: NSDAP seit 1. 5. 1933 (Nr. 2876887); SS-Obersturmführer (Nr. 285655); Oberleutnant der Schutzpolizei bei den Polizeiverwaltungen Stuttgart und Leipzig

nach 1945: Polizeiangehöriger in Baden-Württemberg

Strobel, Hans, Dr.

vor 1945: NSDAP (Nr. 387719); SS-Sturmbannführer (Nr. 15590); 1936 beim Stab des SS-Rasse- und Siedlungshauptamtes, danach bei der „Dienststelle Rosenberg“ tätig

nach 1945: Bundesinnenministerium; Referent in der Gruppe II des Bundesinstituts für ostwissenschaftliche und internationale Studien

Strobl, Johannes

vor 1945: Offizier der Schutzpolizei; zuletzt Hauptmann und Bataillonsführer im SS-Polizeiregiment 27

nach 1945: Polizeihauptkommissar; Vertreter des Leiters der Landespolizeischule Schleswig-Holstein in Eutin

Thomsen, Hans-Arnold

vor 1945: NS-Jurist; zuletzt Amtsgerichtsdirektor am Amtsgericht Flensburg; verurteilte Arbeiter auf Grund des „Heimtückegesetzes“

nach 1945: Bundesinnenministerium; Leiter der Abteilung VII; Ministerialdirektor

Tobien, Gerd

vor 1945: NSDAP (Nr.2272617); SS-Sturmbannführer (Nr. 347117); Kommandeur der Flakabteilung des V. SS-Gebirgskorps

nach 1945: Oberpolizeirat; Kommandeur der Bereitschaftsabteilung der Landespolizei Schleswig-Holstein in Eutin

Vestring, Wilhelm

vor 1945: NSDAP (Nr. 3703777); SS-Sturmbannführer (Nr. 357205) und Major der Schutzpolizei; 1941-1944 im Hauptamt Ordnungspolizei; 1942 zeitweilig Schwadronchef bei der Polizeiverwaltung II in der Ukraine/UdSSR

nach 1945: Polizeioffizier in Hamburg; verantwortlich für Personalfragen; 1964 kurze Zeit wegen seiner faschistischen Vergangenheit vom Dienst suspendiert; die Ermittlungen zeigten angeblich kein Ergebnis; jetzt Direktor des Polizeibereichs Hamburg-Ost

Völpel, Fritz

vor 1945: NSDAP (Nr. 1537145); SS (Nr. 145072); 1936 Untersturmführer und Angehöriger der 58. Stammabteilung in Köln; während des Krieges unter dem Nazi-„Reichskommissar“ Terboven in Norwegen eingesetzt; SS-Hauptsturmführer

nach 1945: Regierungsdirektor in der Regierung Schleswig-Holstein; 1959 Direktor des Landtages von Schleswig-Holstein; Ministerialrat

Wendler, Richard, Dr.

vor 1945: NSDAP (Nr. 93 116); SS-Gruppenführer (Nr. 36050); Gouverneur im Distrikt Krakau (Krakow) des „Generalgouvernements“; verantwortlich für Ermordung Tausender Juden

nach 1945: Rechtsanwalt in München; ein 1965 gegen ihn eingeleitetes Ermittlungsverfahren führte bisher zu keinem Ergebnis

Wille, Günther

vor 1945: NSDAP seit 9.4.1933 (Nr. 1937007); SS seit 1.7.1933; NS-Jurist am Oberlandesgericht Breslau (Wroclaw); dann im höheren Marineverwaltungsdienst

nach 1945: Bundesinnenministerium; Leiter der Abteilung II des Bundesverwaltungsamtes

Wirth, Hans

vor 1945: SS-Standartenführer (Nr. 314929) und Oberst der Schutzpolizei; SS-Führer beim Oberabschnitt Elbe (Stab); eingesetzt bei der Okkupation Österreichs, Polens, Norwegens und der Sowjetunion; veröffentlichte 1941 ein taktisches Handbuch für Polizeioffiziere mit dem Titel „Schutzpolizei im Kampfeinsatz“

nach 1945: Theoretiker der westdeutschen Polizei; veröffentlicht regelmäßig Artikel in der Zeitschrift „Die Polizei“, Autor des „Handbuches der Ausbildung und Taktik von Truppen- und Polizeiverbänden“; Oberst der Schutzpolizei a. D.

Wittenmayer, Friedrich

vor 1945: Offizier der Schutzpolizei (Oberleutnant) bei der Polizeiverwaltung Hannover; seit 1.4.1942 bei der Waffen-SS; am 23.1.1945 noch zum Major der Schutzpolizei und Sturmbannführer der Waffen-SS befördert; NSDAP seit 1.5.1933 (Nr. 3277327)

nach 1945: Polizeihauptkommissar; Leiter des Polizeiabschnittes Landkreis Burgdorf/Niedersachsen

Wolf, Franz, Dr.

vor 1945: NSDAP (Nr. 7039516); SS (Nr. 351278); Oberleutnant der Schutzpolizei

nach 1945: Oberpolizeirat; Vertreter des Leiters der Landespolizeidirektion Mittelfranken

Wusowski, Johannes

vor 1945: SS-Untersturmführer; Kriminalkommissar, 1942 bei der Kriminalpolizeistelle Hannover

nach 1945: Kriminalhauptkommissar; stellvertretender Leiter der Landeskriminalpolizeistelle Aurich/Niedersachsen

Zornig, Karl August

vor 1945: Oberkriegsgerichtsrat; fällt Terrorurteile gegen Tschechen, Polen, Franzosen, Italiener vorwiegend wegen „Hochverrat“ oder „landesverräterischem Waffenbesitz“

nach 1945: Regierungsdirektor im Innenministerium Schleswig-Holstein, Abteilung I 20 (Wiedergutmachung); Leiter des Landesentschädigungsamtes

Nazi-Juristen - Stützen der Justiz

Ahlich, Gerhard, Dr., geb. 19.8.1905

früher: Landgerichtsrat beim Landgericht und Mitarbeiter des Rassenpolitischen Amtes in Btieg (Brzeg); NSDAP

heute: Senatspräsident beim Oberlandesgericht in Hamm

Albrecht, Erwin Dr., geb. 21.2.1900

früher: Landgerichtsrat in Prag (Kriegsverbrecherliste ČSR Nr.A-38/61)

heute: Abgeordneter des Saarländischen Landtages

Arndt, Herbert, Dr., geb. 4.3.1906

früher: Oberlandesgerichtsrat beim Sondergericht in Kiel und Kriegsratsrat der Luftwaffe; NSDAP

heute: Bundesrichter beim Bundesgerichtshof in Karlsruhe

Baldus, Paulheinz, geb. 11.4.1906

früher: Kriegsratsrat in Kaiserslautern

heute: Senatspräsident beim Bundesgerichtshof in Karlsruhe

Baresel, Werner, geb. 9.3.1911

früher: Seit 1938 Mitarbeiter des Reichssicherheitshauptamtes; Leiter der NSDAP in Magdeburg

heute: Bundesrichter beim Bundessozialgericht in Kassel

Becher, geb. 2.9.1904

früher: Landgerichtsdirektor beim Sondergericht in Hamburg

heute: Amtsgerichtsdirektor beim Amtsgericht in Euskirchen

Beck, Max, Dr., geb. 31.5.1906

früher: Regierungsrat beim Bayerischen Ministerium des Innern

heute: Senatspräsident beim Landessozialgericht in München

Becker, Gerhard, Dr., geb. 20.10.1906

früher: Staatsanwalt am Sondergericht Naumburg

heute: Senatspräsident beim Landessozialgericht in Celle

Behr, Arnold, geb. 25.10.1907

früher: Marinekriegsratsrat in Hamburg

heute: Amtsgerichtsdirektor beim Amtsgericht in Hamburg-Wandsbeck

Bettin, Günther, geb. 7.1.1913

früher: Kriegsverwaltungsinspektor in Posen (Poznan); SS-Rottenführer

heute: Landessozialgerichtsrat beim Landessozialgericht in München

Boertzler, geb. 15.12.1909

früher: Staatsanwalt beim Sondergericht in München

heute: Bundesrichter beim Bundesgerichtshof in Karlsruhe

Bogusat, Hans-Henning, geb. 18.8.1911

früher: Staatsanwalt in Posen (Poznan); NSDAP seit 1932, SA-Scharführer

heute: Amtsgerichtsrat beim Amtsgericht in Hamburg

Bönsch, Johann, Dr., geb. 21.6.1907

früher: Amtsgerichtsrat beim Amtsgericht in Arnau (Hostinne); NSDAP, SS

heute: Amtsgerichtsrat beim Amtsgericht in Fritzlär

Börker, Rudolf, Dr., geb. 24.8.1905

früher: Kriegserichtsrat der Luftwaffe im Luftgau HI

heute: Bundesrichter beim Bundesgerichtshof in Karlsruhe

Böttcher, geb. 21.8.1903

früher: Landgerichtsrat beim Sondergericht in Halle

heute: Oberlandesgerichtsrat beim Oberlandesgericht in Schleswig

Brömse, Karl, Dr., geb. 23.6.1907

früher: SS-Obersturmbannführer und Regierungsrat im Hauptamt der Ordnungspolizei

heute: Obersozialgerichtsrat beim Sozialgericht in Nürnberg

Buchholz, Karl, Dr., geb. 15.10.1903

früher: Oberlandesgerichtsrat in Posen (Poznan); beteiligt an Terrorurteilen gegen Polen

heute: Senatspräsident beim Bundesverwaltungsgericht

Buchner, Wilhelm, Dr., geb. 29.6.1905

früher: Staatsanwalt in Dortmund und Hamm, beteiligt an Terrorurteilen gegen Antifaschisten

heute: Oberstaatsanwalt beim Landgericht in Arnberg

Burmeister, Günther, geb. 27.5.1910

früher: SS-Obersturmführer beim Hauptamt SS-Gericht, Chef des Amtes III

heute: Oberlandesgerichtsrat beim Oberlandesgericht in Schleswig

Clauß, geb. 22. 8.1907

früher: Landgerichtsrat beim Sondergericht in Posen (Poznan)

heute: Landgerichtsdirektor beim Landgericht in Arnberg

Deklerk, Hans, geb. 1.7.1906

früher: Staatsanwalt in Aachen, Kriegsgerichtsrat der Luftwaffe

heute: Erster Staatsanwalt beim Landgericht in Aachen

Dewitz, Ernst-Otto von, geb. 20.1.1904

früher: Oberstaatsanwalt beim Landgericht in Potsdam, Kriegsgerichtsrat beim Feldgericht des Luftgaaes III

heute: Staatsanwalt beim Landgericht in Düsseldorf

Dobler, Harry, Dr., geb. 18.2.1904

früher: Amtsgerichtsrat in Kattowitz (Katowice); SA-Sturmführer

heute: Oberlandesgerichtsrat beim Oberlandesgericht in Schleswig

Domdey, Martin, Dr., geb. 10.11.1907

früher: Staatsanwalt beim Sondergericht in Posen (Poznan)

heute: Rechtsanwalt in München

Dorn, Eduard, geb. 6.1.1911

früher: Staatsanwalt beim Sondergericht in Kattowitz (Katowice); NSDAP

heute: Amtsgerichtsrat beim Amtsgericht in Weißendorn/Memmingen

Dröschel, Wilhelm, geb. 3.5.1908

früher: SS-Sturmbannführer beim Hauptamt SS-Gericht

heute: Oberlandesgerichtsrat beim Oberlandesgericht in Köln

Ebert, Kurt, geb. 21.11.1908

früher: Landgerichtsdirektor beim Sondergericht in Radom

heute: Amtsgerichtsrat beim Amtsgericht in Soest

Ehlert, Hans-Heinrich, Dr., geb. 9.1.1912

früher: Landgerichtsrat beim Sondergericht in Hamburg

heute: Landgerichtsrat beim Landgericht in Hamburg

Eißfeldt, Franz, geb. 24.4.1909

früher: SS-Richter beim SS- und Polizeigericht in Braunschweig

heute: Amtsgerichtsrat beim Amtsgericht in Braunschweig

Elter, Helmut, Dr., geb. 19.3.1910

früher: Kriegsgerichtsrat beim Gericht der 32. Division in Cottbus; NSDAP und SA

heute: Rechtsanwalt in Düsseldorf

Emmerich, Kurt, Dr., geb. 24.2.1903

früher: Landgerichtsrat beim Oberreichsanwalt des „Volksgerichtshofes“

heute: Landgerichtsdirektor beim Landgericht in Karlsruhe

Ernst, Rudolf, Dr., geb. 28.7.1904

früher: Landgerichtsrat beim Landgericht in Gleiwitz (Gliwice), an „Rasseschande“-Urteilen beteiligt; Oberlandesgerichtsrat in Breslau (Wroclaw); Hauptmann d. R. und als 1 C-Offizier im Stab eines Armeekorps am Überfall auf die Sowjetunion beteiligt; NSDAP, SA-Rottenführer

heute: Ministerialdirigent beim Justizministerium in Baden-Württemberg

Feneberg, Prof. Dr., geb. 18.8.1903

früher: Kriegsverwaltungsrat, Ankläger beim Gericht der Feldkommandantur

heute: Präsident beim Verwaltungsgericht in München und Mitglied der Wahlkreis Kommission beim Bundesministerium des Innern

Figge, Karl, geb. August 1903

früher: Erster Staatsanwalt beim „Volksgerichtshof“

heute: Rechtsanwalt beim Amtsgericht in Schwelm und Landgericht Hagen

Fischer, Erich Johannes, geb. 9.7.1905

früher: Kriegsgerichtsrat beim Gericht der Kommandantur in Dresden

heute: Oberverwaltungsgerichtsrat beim Verwaltungsgericht in Hessen

Fischer, Werner, Dr., geb. 2.8.1905

früher: Oberlandesgerichtsrat in Naumburg, gleichzeitig Hilfsarbeiter im Reichsjustizministerium; NSDAP, SS

heute: Landgerichtsdirektor beim Landgericht in Stuttgart

Frank, Horst, geb. 2.7.1914

früher: Richter beim Feldgericht der 9. Infanteriedivision in Malacha-Lepaticha/Ukraine

heute: Erster Staatsanwalt beim Landesgericht in Coburg

Freund, Rudolf, geb. 18.11.1909

früher: Staatsanwalt beim Sondergericht in Kattowitz (Katowice)

heute: Amtsgerichtsdirektor beim Amtsgericht in Backnang

Friebertshäuser, Herbert, Dr., geb. 10.11.1904

früher: Amtsgerichtsrat beim Sondergericht in Wuppertal; NSDA

heute: Amtsgerichtsdirektor beim Amtsgericht in Mettmann

Friedrich, Willy, Dr., geb. 9.5.1903

früher: Landgerichtsrat beim Landgericht in Coburg, Mitarbeiter eines SD-Abschnittes in Bayreuth, SS-Oberscharführer beim Stab des Reichsführers SS, SA-Rottenführer

heute: Landgerichtsdirektor beim Landgericht in Würzburg

Frost, geb. 24.7.1906

früher: Oberkriegsgerichtsrat beim Feldgericht der 1. Flak-Division

heute: Amtsgerichtsrat beim Amtsgericht in Marne

Fuchs, Ludwig, Dr., geb. 28.2.1903

früher: Landgerichtsrat beim III. Sondergericht in Posen (Poznan); Landgerichtsdirektor beim Landgericht in Stettin (Szczecin)

heute: Landgerichtspräsident beim Landgericht in Konstanz

Gelzer, Konrad, Dr., geb. 27.10.1916

früher: Mitarbeiter im Reichssicherheitshauptamt; Regierungsreferendar beim Regierungspräsidenten von Liegnitz (Legnica); NSDAP, SA

heute: Oberverwaltungsgerichtsrat beim Oberverwaltungsgericht in Münster

Gerstenhauer, Hartmut, geb. 1.8.1903

früher: Regierungsrat und Landkommissar beim Chef des Distriktes Lublin; SS-Untersturmführer

heute: Senatspräsident beim Landessozialgericht in Schleswig

Geßler, Ernst, Prof. Dr., geb. 5.3.1905

früher: Oberregierungsrat beim Reichsjustizministerium

heute: Ministerialdirigent beim Bundesministerium der Justiz

Gisa, Albert, geb. 1.9.1909

früher: Amtsgerichtsrat und Beisitzender Richter beim Sondergericht in Cholm; NSDAP, SA

heute: Oberamtsrichter beim Amtsgericht in Leonberg

Glang, Heinz, Dr., geb. 1.12.1908

früher: Staatsanwalt beim Sondergericht in Kiel; NSDAP, SA-Rottenführer

heute: Leitender Oberstaatsanwalt beim Landgericht in Bielefeld

Gollasch, Hermann, Dr., geb. 26.3.1904

früher: Landgerichtsdirektor, NSDAP-Hauptstellenleiter für Beamte in Teschen (Cieszyn); seit 1942 Leiter der Hauptstelle „Gnadensachen“ und Parteigerichtswesen, Kreispersonalamtsleiter und SS-Sturmbannschulungsleiter

heute: Landgerichtsdirektor beim Landgericht in Hamburg

Görck, Hartwig, geb. 27.11.1905

früher: Erster Staatsanwalt beim Sondergericht in Hannover

heute: Erster Staatsanwalt in Lüneburg

Gramatzki, von, geb. 6.1.1903

früher: Kriegsgerichtsrat beim Gericht der 3. Panzerdivision

heute: Staatsanwalt beim Landgericht in Braunschweig

Gries, Hermann, geb. 29.8.1907

früher: Marineoberstabsrichter, Leitender Richter des Gerichtes Admiral norwegische Westküste; NSDAP

heute: Amtsgerichtsdirektor beim Amtsgericht in Mayen

Gröndahl, Hans-Edlef, geb. 28.3.1903

früher: SS-Richter und Vorsitzender beim SS- und Polizeigericht in Oslo- Nord

heute: Rechtsanwalt in Marne

Gündner, Otto, Dr., geb. 1.5.1910

früher: Mitarbeiter im Reichsjustizministerium

heute: Oberlandesgerichtsrat beim Oberlandesgericht in Stuttgart

Günther, Walter, Dr., geb. 6.6.1907

früher: Ankläger für politische Strafsachen beim Oberlandesgericht in Hamburg

heute: Amtsgerichtsdirektor beim Amtsgericht in Hamburg

Guntz, Eduard, Dr., geb.23. 9.1904

früher: Amtsgerichtsrat in Breslau (Wroclaw), Krakau (Krakow) und Richter beim „Volksgerichtshof“

heute: Oberlandesgerichtsrat beim Oberlandesgericht in München

Guthard, Karl, Dr., geb. 20.4.1905

früher: Kriegsgerichtsrat beim Feldgericht der 4. Flak-Division

heute: Erster Staatsanwalt bei der Staatsanwaltschaft in Stuttgart

Gürtler, geb. 18.2.1908

früher: Staatsanwalt für politische Strafsachen in Königsberg (Kaliningrad)

heute: Leitender Oberstaatsanwalt beim Landgericht in Siegen

Haack, Bruno, geb. 12.7.1903

früher: Oberlandesgerichtsrat beim Sondergericht in Hamburg

heute: Landgerichtsdirektor beim Landgericht in Flensburg

Hager, Karl, geb. 10.12.1914

früher: Landgerichtsrat beim „Volksgerichtshof“ I. Senat

heute: Landgerichtsrat beim Landgericht in Hof

Hahne, Harald, geb. 10.3.1911

früher: Staatsanwalt in Halle, Ermittlungsrichter beim „Volksgerichtshof“

heute: Oberstaatsanwalt beim Landgericht in Oldenburg

Hailer, Walter, Dr., geb. 16.3.1905

früher: Kriegsverwaltungsrat beim Militärbefehlshaber für Belgien und Frankreich

heute: Präsident beim Verwaltungsgericht in Baden-Württemberg

Hanika, Alois, Dr., geb. 11.2.1906

früher: Amtsgerichtsrat in Wiesengrund/Krs. Mies (Střibro); SS

heute: Staatsanwalt beim Landgericht in Stuttgart

Hartwig, geb. 5.11.1913

früher: Kriegserichtsrat beim Gericht der Feldkommandantur 756

heute: Verwaltungserichtsrat beim Verwaltungsgericht in Düsseldorf

Hauhs, Fritz, Dr., geb. 28.10.1908

früher: Oberkriegserichtsrat beim Gericht der Oberfeldkommandantur 372

heute: Bundesrichter beim Bundesgerichtshof in Karlsruhe

Heep, Emil, Dr., geb. 28.5.1912

früher: Landgerichtsrat beim Sondergericht in Lemberg (Lwow)

heute: Landgerichtsdirektor beim Landgericht in Bonn

Heerwagen, Werner, Dr., geb. 6.5.1900

früher: Landgerichtsrat beim Sondergericht in Litzmannstadt (Lodz)

heute: Verwaltungserichtsdirektor beim Verwaltungsgericht in Hamburg

Heider, Gottlieb, geb. 28.1.1907

früher: Landgerichtsdirektor beim „Volksgerichtshof“

heute: Landgerichtsrat beim Landgericht in Traunstein.

Hein, Fritz, geb. 1.9.1916

früher: Beauftragter Staatsanwalt beim Sondergericht II in Kattowitz (Katowice)

heute: Obersozialgerichtsrat beim Sozialgericht in Würzburg

Hennig, geb. 9.4.1915

früher: Amtsgerichtsrat beim Sondergericht III in Berlin

heute: Oberverswaltungsgerichtsrat beim Oberverswaltungsgericht in Lüneburg

Hering, Eugen, geb. 7.3.1906

früher: Landrat beim faschistischen Okkupationsregime in der Tschechoslowakei und in Polen, Rechtsberater der 19. SS-Standarte; SS

heute: Bundesrichter beim Bundesverwaltungsgericht

Hess, geb. 19.1.1910

früher: Kriegsgerichtsrat beim Gericht der 409. Division in Aschaffenburg

heute: Amtsgerichtsrat beim Amtsgericht in Lingen

Hilfenhaus, Wolfgang, geb. 30.8.1909

früher: Amtsgerichtsrat im Oberlandesgerichtsbezirk Breslau (Wroclaw); NSDAP, SS-Unterscharführer

heute: Landgerichtsrat beim Landgericht in Paderborn

Hiller, Dr. Dr., geb. 1.6.1908

früher: Heeresrichter beim Feldgericht der Wehrmachtskommandantur in Berlin

heute: Landgerichtsdirektor beim Landgericht in Mainz

Hoé, Rudolf, Dr., geb. 13.2.1906

früher: Staatsanwalt beim Sondergericht in Berlin

heute: Oberamtsrichter beim Amtsgericht in Schwalbach

Hoffmann, Werner, geb. 15.8.1904

früher: Staatsanwalt in Erfurt und Magdeburg; NSDAP, Waffen-SS

heute: Staatsanwalt beim Landgericht in Oldenburg

Hövelmann, geb. 9.3.1910

früher: Amtsgerichtsrat beim Sondergericht in Leoben

heute: Oberlandesgerichtsrat beim Oberlandesgericht in Düsseldorf

Huff, Ludwig, Dr., geb. 22.3.1904

früher: Kriegsgerichtsrat beim Gericht der Kommandantur in Smolensk

heute: Amtsgerichtsdirektor beim Amtsgericht in Landshut

Iftner, Oskar, Dr., geb. 20.3.1903

früher: Landgerichtsrat beim Sondergericht in Würzburg

heute: Landgerichtsdirektor beim Landgericht in Nürnberg-Fürth

Illers, Heinrich, geb. 12.5.1908

früher: Regierungsrat beim Befehlshaber der Sicherheitspolizei in Paris

heute: Senatspräsident beim Landessozialgericht in Celle

Illner, Franz, Dr., geb. 8.5.1904

früher: Oberlandesgerichtsrat und Richter beim „Volksgerichtshof“

heute: Landgerichtsdirektor beim Landgericht in Mannheim

Itschert, geb. 24.8.1908

früher: Staatsanwalt beim Sondergericht in Saarbrücken (1941) und Staatsanwalt in Luxemburg (1944)

heute: Generalstaatsanwalt beim Oberlandesgericht in Koblenz

Johlen, Heinrich, Dr.

früher: Staatsanwalt beim Sondergericht in Litzmannstadt (Lodz)

heute: Rechtsanwalt in Köln

Kablitz, Erich, geb. 9.4.1914

früher: SS-Angehöriger bei der „Deutschen Volksgemeinschaft“ in Lettland

heute: Oberlandesgerichtsrat beim Oberlandesgericht in Köln

Kaiser, Paul, Dr., geb. 20.2.1910

früher: Staatsanwalt beim Sondergericht in Posen (Poznan)

heute: Erster Staatsanwalt beim Oberlandesgericht in Frankfurt a.M.

Kaiserling, Werner, Dr., geb. 5.9.1910

früher: Landgerichtsrat beim Landgericht in Halle/Saale; SS

heute: Amtsgerichtsrat beim Amtsgericht in Steinheim

Kirsch, Michael, Dr., geb. 25.6.1912

früher: Sachbearbeiter beim Sicherheitsdienst des Reichsführers SS - SD-Stelle Kladno -;
NSDAP

heute: Staatsanwalt bei der Staatsanwaltschaft in Frankenthal

Knoll, Hermann, geb. 10.10.1904

früher: Staatsanwalt beim Sondergericht in Warschau

heute: Amtsgerichtsdirektor beim Amtsgericht in Dillenburg

Kohleiss, Wolfgang, geb. 27.8.1908

früher: Landgerichtsrat beim Sondergericht in Warschau

heute: Präsident beim Landesjustizprüfungsamt im Justizministerium Stuttgart

Köhler, Dr., geb. 2.2.1913

früher: Landgerichtsdirektor beim „Volksgerichtshof“ in Berlin

heute: Staatsanwalt bei der Staatsanwaltschaft in Wuppertal

Kregel, Wilhelm, Dr., geb. 20.2.1909

früher: Präsident beim Oberlandesgericht in Celle und Hannover

heute: Oberlandesgerichtspräsident beim Oberlandesgericht in Celle

Küch, Werner, geb. 25.5.1903

früher: Amtsgerichtsrat beim Sondergericht in Graudenz (Grudziadz)

heute: Ministerialrat im Landesjustizministerium Niedersachsen

Kühl, Dr., geb. 10.5.1906

früher: Staatsanwalt beim Sondergericht in Altona

heute: Landgerichtsdirektor beim Landgericht in Kiel

Lange,, geb. Ebeling, Ursula, geb. 19.4.1907

früher: Lagerleiterin des Lagers für sowjetische Frauen in Leisnig

heute: Verwaltungsgerichtsrätin beim Verwaltungsgericht in Schleswig

Laue, Werner, Dr., geb. 24.2.1905

früher: Kriegsgerichtsrat in Nürnberg

heute: Oberlandesgerichtsrat beim Oberlandesgericht in Düsseldorf

Lautz, Julius von, geb. 4.11.1903

früher: Oberregierungsrat im Reichswirtschaftsministerium, verantwortlich für Fragen der Rüstung und Kriegsvorbereitung

heute: Justizminister des Saarlandes; Mitglied des Landesvorstandes der CDU-Saarland; Mitglied im Rundfunkrat des Regierungssenders „Deutschlandfunk“

Lindscheid, geb. 10.9.1909

früher: Amtsgerichtsrat und Beisitzender Richter beim Oberlandesgericht in Kassel, II. Strafsenat, beteiligt an hohen Urteilen wegen Umgang mit Kriegsgefangenen

heute: Amtsgerichtsrat beim Amtsgericht Nastätten

Liß, Erich, geb. 18.7.1909

früher: Staatsanwalt beim Sondergericht in Prag

heute: Sozialgerichtsrat beim Sozialgericht in Düsseldorf

Lüttger, Hans, Dr., geb. 1.4.1915

früher: Kriegsgerichtsrat beim Gericht der Division zur besonderen Verwendung 406

heute: Ministerialrat im Bundesministerium für Justiz, Bonn

Maar, **früher:** Morawietz, Ewald, geb. 11.4.1906

früher: Amtsgerichtsrat in Gleiwitz (Gliwice) und Bischofshal; Waffen-SS, Kompanie „Weimar-Buchenwald“, NSDAP

heute: Amtsgerichtsrat beim Amtsgericht in Schwelm

Mader, Erich, geb. 2.3.1912

früher: Landgerichtsrat beim Sondergericht in Freiburg/Waldshut

heute: Landgerichtsdirektor beim Landgericht in Karlsruhe

Majer, Eugen, geb. 7.8.1904

früher: Oberlandesgerichtspräsident in Frankfurt a. M.

heute: Landgerichtspräsident beim Landgericht in Mosbach

Manglowski, Herbert, geb. 6.12.1905

früher: Erster Staatsanwalt beim Sondergericht in Königsberg (Kaliningrad); NSDAP-Gauredner

heute: Oberstaatsanwalt bei der Staatsanwaltschaft in Itzehoe

Matthiessen, Wilhelm, Dr., geb. 9.9.1904

früher: Marineoberstabsrichter und Anklagevertreter beim Gericht des Führers der Unterseeboote Ost, Stettin (Szczecin)

heute: Senatspräsident beim Oberlandesgericht in Hamburg

Meisel, Werner, geb. 23.11.1907

früher: Kriegsgerichtsrat der Luftwaffe in Holland und in der Sowjetunion

heute: Landgerichtsrat beim Landgericht in Stuttgart

Metz, Urban, geb. 28.6.1906

früher: Kriegsgerichtsrat der Luftwaffe in Holland

heute: Amtsgerichtsdirektor beim Amtsgericht in Bad Homburg v. d. Höhe

Mikasch, Georg, Dr., geb. 17.2.1907

früher: Stellvertretender Leiter der Abteilung Recht beim Generalkommissar Wolhynien und Vorsitzender des Sondergerichts in Brest-Litowsk; NSDAP, SA

heute: Oberamtsrichter beim Amtsgericht in Gunzenhausen

Mohr, Karl, geb. 25.11.1906

früher: Oberrichter beim Sondergericht Warschau

heute: Landgerichtsrat beim Landgericht in Bayreuth

Molzow, Heinz Karl, Dr., geb. 13.3.1909

früher: Amtsgerichtsrat, Heeresrichter beim Feldgericht der 76. Infanteriedivision

heute: Erster Staatsanwalt, Leiter der Amtsanwaltschaft beim Amtsgericht in Wiesbaden

Most, Hermann, Dr., geb. 18.6.1904

früher: Amtsgerichtsrat beim Amtsgericht in Wünschelburg; NSDAP seit 1931, SS

heute: Amtsgerichtsrat beim Amtsgericht in Duisburg

Müller, Gebhard, Dr., geb. 17.4.1900

früher: Landgerichtsrat beim Landgericht in Stuttgart; Förderndes Mitglied der SS

heute: Präsident und Vorsitzender des 1. Senats des Bundesverfassungsgerichts in Karlsruhe

Müller, Hellmut, geb. 3.4.1908

früher: Staatsanwalt beim Landgericht in Posen (Poznan); NSDAP, SS-Oberscharführer; war im Sicherheitsdienst der SS tätig

heute: Oberstaatsanwalt bei der Staatsanwaltschaft in Hagen

Münich, Hans, Dr., geb. 13.10.1913

früher: Feldkriegsgerichtsrat bei der 147. Division in Augsburg

heute: Landgerichtsdirektor beim Landgericht in München I

Neumann, Bruno, geb. 20.9.1906

früher: Mitarbeiter in der Reichsleitung der NSDAP; NSDAP, SA

heute: Landgerichtsrat beim Landgericht in Kiel

Nörr, Sigmund, Dr., geb. 8.3.1901

früher: Oberstaatsanwalt im Reichsjustizministerium; NSDAP

heute: Bundesrichter beim Bundesgerichtshof in Karlsruhe

Otto, Gerhard, Dr., geb. 15.9.1908

früher: Landgerichtsrat beim Landgericht in Liegnitz (Legnica); NSDAP, SA, SS

heute: Landgerichtspräsident beim Landgericht in Hanau

Oyen, Josef, geb. 23.7.1907

früher: Landgerichtsrat beim Landgericht in Arnshausen, Mitarbeiter im Reichsjustizministerium

heute: Landgerichtsdirektor beim Landgericht in Arnshausen

Paulus, Eduard, geb. 19.4.1906

früher: Beisitzer und Hauptmann beim Feldkriegsgericht der 82. Infanteriedivision

heute: Oberamtsrichter beim Amtsgericht in Heinsberg

Pfaff, Rupprecht, Dr., geb. 12.3.1913

früher: Amtsgerichtsrat beim Sondergericht in Nürnberg-Fürth

heute: Amtsgerichtsrat beim Amtsgericht in Fürstenfeldbrück

Pfeuffer, German, geb. 1.4.1911

früher: Landgerichtsrat beim Sondergericht in Nürnberg

heute: Landgerichtsrat beim Landgericht in Nürnberg-Fürth

Pieper, Otto, geb. 4.3.1917

früher: Amtsgerichtsrat beim „Volksgerichtshof“ 4. Senat

heute: Amtsgerichtsrat beim Amtsgericht in Dortmund

Preußner, Heinrich, geb. 16.10.1905

früher: Landgerichtsdirektor beim „Volksgerichtshof“ 2. Senat

heute: Landgerichtsrat beim Landgericht in Bielefeld

Rath, Richard, geb. 30.6.1907

früher: Feldkriegsgerichtsrat beim Gericht der Division zur besonderen Verwendung 408 in Breslau (Wroclaw); NSDAP und SA-Rottenführer

heute: Landesarbeitsgerichtsdirektor beim Landesarbeitsgericht in Tübingen

Reimer, Georg Conrad Hermann, geb. 12. 3.1907

früher: Regierungsrat im Reichsministerium für Volksaufklärung und Propaganda

heute: Bundesrichter beim Bundesverwaltungsgericht

Reimer, Johannes, Dr., geb. 24.11.1910

früher: Marinekriegsgerichtsrat beim Reichskriegsgericht

heute: Landgerichtsrat beim Landgericht in Lübeck

Reinhard, Friedrich, Dr., geb. 24.12.1912

früher: Landgerichtsrat beim Sondergericht in Brunn (Brno)

heute: Landgerichtsdirektor beim Landgericht in Köln

Reinhardt, Erich, Dr., geb. 21.8.1904

früher: Landgerichtsrat bei der Strafkammer des Sondergerichtes in Brunn (Brno)

heute: Amtsgerichtsdirektor beim Amtsgericht in Freudenstadt

Richter, Josef, Dr., geb. 28.3.1907

früher: Kriminalkommissar-Anwärter bei der Gestapo in Chemnitz; NSDAP

heute: Sozialgerichtsrat beim Sozialgericht in München

Riemschneider, Heinz, Dr., geb. 8. 4.1906

früher: Landgerichtsrat beim Landgericht in Elbing (Elblag); SS

heute: Amtsgerichtsrat beim Amtsgericht in Koblenz

Rose, geb. 13.6.1920

früher: Amtsgerichtsrat beim Sondergericht IV in Berlin

heute: Staatsanwalt bei der Staatsanwaltschaft in Mainz

Rotberg, Eberhard Hans, Dr., geb. 20.2.1903

früher: Landgerichtsrat beim Sondergericht in Naumburg

heute: Senatspräsident und Vorsitzender des politischen Senats beim Bundesgerichtshof

Rothenbücher, Josef, geb. 4.7.1911

früher: Staatsanwalt in München; SS

heute: Landgerichtsrat beim Landgericht in Regensburg

Röttgermann, Werner, Dr., geb. 1.5.1908

früher: Landgerichtsrat beim Sondergericht in Trier

heute: Landgerichtsrat beim Landgericht in Essen

Rüger, Helmut, Dr., geb. 28.5.1908

früher: Heeresrichter beim Gericht der 467. Division in München

heute: Landgerichtsdirektor beim Landgericht in Heilbronn am Neckar

Saalwächter, Werner, geb. 22. 2.1911

früher: Amtsgerichtsrat beim Amtsgericht in Guhrau; NSDAP, SS-Rottenführer

heute: Landgerichtsrat beim Landgericht in Essen

Sander, Heinz, Dr., geb. 25.4.1911

früher: Regierungsrat beim Reichsstatthalter in Posen (Poznan); NSDAP, SA

heute: Senatspräsident beim Obergerverwaltungsgericht für Niedersachsen und Schleswig-Holstein

Sandner, Georg, Dr., geb. 29.7.1910

früher: Amtsgerichtsrat in Graslitz; Sudetendeutsche Partei, SS

heute: Erster Staatsanwalt bei der Staatsanwaltschaft in Stuttgart

Sarpenseel, Carlhans, geb. 28.12.1907

früher: Amtsgerichtsrat bei der Reichsjustizverwaltung

heute: Bundesrichter beim Bundesgerichtshof

Scheffer, Wolfgang, geb. 3.8.1905

früher: Amtsgerichtsrat beim Sondergericht in Krakau (Krakow)

heute: Amtsgerichtsrat beim Amtsgericht in Gummersbach

Schiedt, Wolfgang, geb. 8. 5.1910

früher: Amtsgerichtsrat beim Amtsgericht in München; SS-Stabsscharführer

heute: Amtsgerichtsrat beim Amtsgericht in München

Schirmeister, Albrecht, geb. 28.3.1912

früher: Referendar in Karlsruhe; NSDAP, SS

heute: Oberjustizrat beim Notariat in Waldkirch

Schlitt, Clemens, Dr., geb. 16.6.1906

früher: Landgerichtsrat beim Sondergericht in Lublin

heute: Landgerichtsdirektor beim Landgericht in Koblenz

Schlüter, geb. 20.4.1906

früher: Staatsanwalt beim Sondergericht in Kattowitz (Katowice) und Gleiwitz (Gliwice)

heute: Staatsanwalt bei der Staatsanwaltschaft in Düsseldorf

Schlüter, Franz, Dr., geb. 13.4.1907

früher: Richter und Anklagevertreter beim „Volksgerichtshof

heute: Senatspräsident beim Bundespatentgericht in München

Schneider, Josef, geb. 26.10.1900

früher: Oberregierungsrat beim „Reichsprotector“ in Böhmen und Mähren

heute: Präsident beim Bundessozialgericht in Kassel

Schnell, geb. 2.4.1904

früher: Staatsanwalt beim Sondergericht in Dortmund

heute: Amtsgerichtsdirektor beim Amtsgericht in Bielefeld

Scholz, Johannes, Dr., geb. 9.12.1903

früher: Landgerichtsrat beim Oberlandesgericht in Gleiwitz (Gliwice); Anklagevertreter beim Feldkriegsgericht Generalkommando XVII. AK in Rumänien; Träger der rumänischen Auszeichnung „Kreuzzug gegen den Kommunismus“

heute: Senatspräsident beim Oberlandesgericht in Stuttgart

Schölz, Joachim, geb. 24.1.1909

früher: Oberkriegsgerichtsrat und Oberfeldrichter beim Gericht der 57. Division (UdSSR); beteiligt an Terrormaßnahmen auf der Grundlage des Nacht-und-Nebel-Erlasses

heute: Ministerialrat im Bundesministerium für Justiz, Referat für Wehrstrafsachen und –verfahren

Schulenburg, Graf von der, geb. 11.7.1906

früher: Amtsgerichtsrat beim Sondergericht in Magdeburg

heute: Verwaltungsgerichtsrat beim Landesverwaltungsgericht in Gelsenkirchen

Schulze, Georg, geb. 25.2.1905

früher: Amtsgerichtsrat in Nabburg; NSDAP, SS

heute: Amtsgerichtsrat beim Amtsgericht in Nabburg

Schulze, Karl-Heinz, geb. 18.9.1909

früher: Regierungsrat in Krakau (Krakow) und Warschau; NSDAP

heute: Sozialgerichtsrat beim Sozialgericht in Düsseldorf

Schwab, Robert, Dr., geb. 16.1.1908

früher: Amtsgerichtsrat beim Sondergericht in Posen (Poznan)

heute: Amtsgerichtsrat beim Amtsgericht in München

Seeber, Dr., geb. 20.2.1909

früher: Kriegsgerichtsrat beim Feldgericht der 14. Infanteriedivision

heute: Oberlandesgerichtsrat beim Oberlandesgericht in Köln

Siebenhaar, Heinrich, geb. 31.1.1908

früher: Staatsanwalt am Sondergericht in Stettin (Szczecin)

heute: Oberfinanzgerichtsrat am Finanzgericht in Nürnberg

Sieber, Helmut, geb. 21.4.1908

früher: Marinekriegsgerichtsrat beim Gericht des 2. Admirals, Nordseestation Wilhelmshaven

heute: Regierungsdirektor beim Bundesdisziplinarhof in Frankfurt a.M.

Sinke, Erich, Dr., geb. 13.3.1908

früher: Amtsgerichtsrat in Jitschin (Jicin); NSDAP-Propagandaleiter, SA

heute: Leitender Regierungsdirektor bei der Gefängnisbehörde in Hamburg

Stadelmann, Fritz, Dr., geb. 15.10.1907

früher: Amtsgerichtsrat beim Sondergericht in Bayreuth

heute: Landgerichtsrat beim Landgericht in München I

Stalinski, Franz, geb. 20.1.1904

früher: Landgerichtsrat beim Sondergericht in Warschau

heute: Landgerichtsdirektor beim Landgericht in Duisburg

Stankiewicz, geb. 15.10.1904

früher: Staatsanwalt beim Sondergericht in Magdeburg

heute: Amtsgerichtsrat beim Amtsgericht in Wuppertal

Starck, Hugo, geb. 5.5.1907

früher: Oberkriegsgerichtsrat beim Armee-Oberkommando 9; NSDAP, SA-Sturmmann

heute: Amtsgerichtsrat beim Amtsgericht in Ludwigsburg

Stein, Gernot, Dr., geb. 24.8.1912

früher: Landgerichtsdirektor beim Sondergericht in Celle

heute: Senatspräsident beim Oberlandesgericht in Celle

Steiner, Hans, geb. 24.4.1904

früher: Amtsgerichtsrat beim Amtsgericht in Arnstadt; Heeresrichter beim Gericht der Kommandantur in Smolensk/UdSSR; NSDAP seit 1932

heute: Amtsgerichtsdirektor beim Amtsgericht in Karlsruhe

Steppling, geb. 9.9.1914

früher: Beisitzender Richter beim Sondergericht in Koblenz

heute: Oberamtsrichter beim Amtsgericht in Koblenz

Stoldt, Richard, geb. 4.6.1908

früher: Landgerichtsrat beim Sondergericht in Altona

heute: Oberlandesgerichtsrat beim Oberlandesgericht in Schleswig

Strohm, Dr., geb. 13.8.1913

früher: Staatsanwalt beim Sondergericht in Dortmund

heute: Oberstaatsanwalt beim Landgericht in Essen

Terjung, Karl, Dr., geb. 25.12.1904

früher: Staatsanwalt beim Sondergericht in Leslau (Wloclawek)

heute: Amtsgerichtsdirektor beim Amtsgericht in Mühlheim

Thiemann, Hans, Dr., geb. 26.1.1911

früher: Staatsanwalt beim Sondergericht in Posen (Poznan)

heute: Oberstaatsanwalt beim Landgericht in Hamburg

Thiemann, Kurt, geb. 29.10.1904

früher: Kriegsgerichtsrat beim Luftgau in/IV in Berlin

heute: Landgerichtsrat beim Landgericht in Lübeck

Trümper, Ferdinand, geb. 1.12.1904

früher: Amtsgerichtsrat beim Sondergericht in Leslau (Wloclawek) und Kaiisch (Kalisz)

heute: Amtsgerichtsrat beim Amtsgericht in Duderstadt

Unger, Carl, geb. 26.8.1910

früher: Staatsanwalt beim Sondergericht II in Leipzig

heute: Amtsgerichtsdirektor beim Amtsgericht in Esslingen

Unterholzner, Walter, Dr., geb. 3.6.1907

früher: Oberkriegsgerichtsrat im Reichsministerium für Luftfahrt

heute: Oberlandesgerichtsrat beim Bayrischen Obersten Landesgericht in München

Vogel, Hans, geb. 23.6.1906

früher: Staatsanwalt beim Sondergericht in Hamburg

heute: Oberstaatsanwalt bei der Staatsanwaltschaft in Hamburg

Wagenhuber, August, geb. 20.7.1908

früher: Amtsgerichtsrat beim Amtsgericht in Landshut und Richter beim „Volksgerichtshof“

heute: Amtsgerichtsdirektor beim Amtsgericht in Dillingen

Wangemann, geb. 9.10.1905

früher: Staatsanwalt beim Sondergericht in Freiberg

heute: Erster Staatsanwalt in der Staatsanwaltschaft in Koblenz

Wattig, Helmuth, geb. 18.5.1908

früher: Amtsgerichtsrat beim Sondergericht in Leslau (Wloclawek)

heute: Landgerichtsrat beim Landgericht in Frankenthal

Weber, Otto, geb. 14.10.1902

früher: Amtsgerichtsrat in Ahrensburg, Ermittlungsrichter beim „Volksgerichtshof“

heute: Amtsgerichtsrat beim Amtsgericht in Ahrensburg

Weber-Lortsch, Rudolf, geb. 29.4.1908

früher: Oberregierungsrat beim „Reichskommissar“ für die besetzten norwegischen Gebiete; SS- und Polizeiführer im „Reichskommissariat“ Ukraine/Nikolajewsk

heute: Bundesrichter beim Bundesverwaltungsgericht

Weinheimer, Wilhelm, Dr., geb. 25.5.1901

früher: Kriegsgerichtsrat beim Feldkriegsgericht in Pavril/Frankreich

heute: Rechtsanwalt in Wiesbaden

Weinzierl, Hans, geb. 13.2.1910

früher: Gerichtsassessor beim Landgericht in Regensburg; Beisitzender Richter beim Feldgericht der Flak-Brigade VIII in Hannover

heute: Oberamtsrichter beim Landgericht in Regensburg

Welz, Dr., geb. 16.10.1913

früher: Landgerichtsrat beim .Volksgerichtshof 4. Senat

heute: Staatsanwalt beim Landgericht in Paderborn

Wersdörfer, Rudolf, Dr., geb. 1.7.1909

früher: Staatsanwalt beim Sondergericht in Düsseldorf

heute: Erster Staatsanwalt bei der Staatsanwaltschaft in Köln

Widtmann, Julius, Dr., geb. 31.8.1909

früher: Regierungsrat im Reichsministerium des Innern

heute: Oberverwaltungsgerichtsrat beim Verwaltungsgericht in München

Winkler, Ulrich, geb. 28.11.1906

früher: Amtsgerichtsrat und Vertreter der Anklage beim Sondergericht in München **heute:** Oberlandesgerichtsrat beim Oberlandesgericht in München

Winter, Friedrich, geb. 5.6.1909

früher: Amtsgerichtsrat beim Amtsgericht in Loben; NSDAP, SS

heute: Landgerichtsrat beim Landgericht in Weiden

Winterl, Josef, geb. 28.3.1909

früher: Kriegsgerichtsrat der Luftwaffe in München

heute: Oberamtsrichter beim Amtsgericht in Dachau

Wolf, Fritz Max, geb. 29.9.1910

früher: Gerichtsreferendar beim Polizeipräsidium Leipzig, Mitarbeiter der Gestapo in Leipzig

heute: Amtsgerichtsrat beim Amtsgericht in Osnabrück

Wolff, Karl, geb. 3.6.1904

früher: Oberregierungsrat beim Reichsstatthalter in Detmold; NSDAP

heute: Sozialgerichtsrat beim Sozialgericht in Münster

Zander, Joachim, geb. 7.7.1908

früher: Landgerichtsrat beim Sondergericht in Lublin

heute: Amtsgerichtsdirektor beim Amtsgericht in Unna

Zarnack, Wolfgang, Dr., geb. 9.7.1902

früher: Treuhänder des Reichswirtschaftsministeriums, war maßgeblich an der „Arisierung“ jüdischen Vermögens beteiligt, NS-Rechtsberater der SA-Brigade 31, Standarte 18 in Berlin-Brandenburg

heute: Rechtsanwalt in Frankfurt a. M.

Ziebolz, Otto, geb. 4.8.1905

früher: Kriegsgerichtsrat der Luftwaffe in Breslau (Wroclaw); NSDAP-Blockleiter

heute: Oberamtsrichter beim Amtsgericht in Landshut

Zieger, Werner, Dr., geb. 20.4.1904

früher: Volksgerichtsrat beim „Volksgerichtshof“ 1. Senat

heute: Amtsgerichtsrat beim Amtsgericht in Hamburg

Zimmermann, Herbert, Dr., geb. 22.8.1907

früher: Regierungsrat und SS-Sturmabführer; Leiter der Staatspolizeistelle Bremen; bis Ende der Okkupationszeit Chef des Sicherheitsdienstes in Bialystok

heute: Rechtsanwalt in Bielefeld

Zoller, Hans, Dr., geb. 28.9.1910

früher: Legationssekretär an der Deutschen Gesandtschaft in Zagreb

heute: Oberstaatsanwalt beim Landgericht in Ravensburg

Gestapo-Beamte, SS-Offiziere und Nazi-Juristen in den Verwaltungsspitzen Westberlins Polizei

Beiersdorf, Kurt

vor 1945: Seit 1933 Angehöriger der Schutzpolizei; 1943 Leutnant; SS-Untersturmführer (Nr. 385 634); gehörte u. a. der Feldgendarmerie-Ersatzabteilung 1 Litzmannstadt (Lodz) an

nach 1945: Leitender Polizeibeamter in Westberlin

Bethke, Ewald

vor 1945: NSDAP; SS; Reichskolonialbund; Angehöriger der Kriminalpolizeileitstelle Berlin

nach 1945: Kriminalmeister in Westberlin

Böhme, Kurt

vor 1945: Hauptmann der Schutzpolizei; SS-Hauptsturmführer; Kompaniechef bei der Feldgendarmerie

nach 1945: Verkehrsstaffel Süd in Westberlin, Leiter; Polizeirat

Borchardt, Helmut

vor 1945: Reichssicherheitshauptamt; SS-Hauptsturmführer; Polizeioberinspektor; tätig in den Referaten II C 2 und II D 5

nach 1945: Leitender Polizeioffizier in Westberlin

Brüseke, Eduard

vor 1945: SA seit 1933; SS seit 1937

nach 1945: Polizeioberwachtmeister in Westberlin

Gelleszum, Emil

vor 1945: Mitarbeiter des Reichssicherheitshauptamtes; der Gestapo-Leitstelle Berlin und der Gestapo-Stelle Zichenau-Schröttersburg

nach 1945: Polizeisekretär in Westberlin

Genschor, Josef

vor 1945: SS-Oberscharführer, Oberwachtmeister der Schutzpolizei in Berlin

nach 1945: Polizeihauptwachtmeister in Westberlin

Grundmann, Erich

vor 1945: SS-Untersturmführer beim Amt VI A 2 des Reichssicherheitshauptamtes

nach 1945: Polizeioberwachtmeister in Westberlin

Heitmann, Wilhelm

vor 1945: Kriminaloberassistent bei der Gestapo-Leitstelle Berlin

nach 1945: Kriminalsekretär in Westberlin

Hirt, Fritz

vor 1945: Kriminaloberassistent bei der Gestapo-Leitstelle Berlin

nach 1945: Kriminalobermeister in Westberlin

Kellenberger, Bruno

vor 1945: KZ-Bewacher (1944)

nach 1945: Polizeimeister in Westberlin

Kirchhoff, Josef

vor 1945: Kriminalsekretär bei der Gestapo-Leitstelle Berlin

nach 1945: Kriminalsekretär in Westberlin

Klaucke, Karl-Werner

vor 1945: Seit 1. 11. 1933 Mitglied der SS (Sturm 5/80 in Jüterbog), anschließend Arbeitsdienst, ab 1936 Wehrmacht

nach 1945: Polizeihauptkommissar in Westberlin

Koch, Heinz

vor 1945: SS-Untersturmführer bei der Waffen-SS

nach 1945: Polizeihauptwachtmeister in Westberlin

Krischke, Werner

vor 1945: SS-Hauptsturmführer

nach 1945: Angehöriger der Westberliner Polizei

Kutschka, Hans

vor 1945: Angehöriger der SS

nach 1945: Kriminalhauptkommissar in Westberlin

Lux, Harry

vor 1945: Von der Führerschule der Sicherheitspolizei und des SD in Berlin als Polizeiinspektor zum Reichssicherheitshauptamt versetzt (1942); NSDAP

nach 1945: Leitender Mitarbeiter der Westberliner Kriminalpolizei

Menzel, Werner

vor 1945: SS-Hauptsturmführer; SD-Angehöriger

nach 1945: Für kurze Zeit interniert; danach Kriminalrat, Leiter der Kriminalinspektion Westberlin-Tiergarten

Meyer, Hermann

vor 1945: Reichssicherheitshauptamt; Polizeiobersekretär im Referat IV A 2 (Gestapo)

nach 1945: Kriminalsekretär in der Westberliner Polizei

Missbach, Waldemar

vor 1945: SS-Hauptscharführer

nach 1945: Angehöriger der Westberliner Polizei

Pokath, Fritz

vor 1945: Polizeiobersekretär bei der Gestapo-Leitstelle Berlin

nach 1945: Polizeibeamter in Westberlin-Charlottenburg

Propens, Max

vor 1945: Kriminalsekretär bei der Gestapo-Leitstelle Berlin

nach 1945: Polizeirat in Westberlin

Reichert, Bruno

vor 1945: SS-Hauptsturmführer; Angehöriger der Gestapo

nach 1945: Beamter der Westberliner Kriminalpolizei

Rosenbaum, Walter

vor 1945: Leutnant der Schutzpolizei; Oberleutnant der Feldgendarmerie; 1942 SS-Obersturmführer (Nr. 421464); NSDAP seit 1.10.1937 (Nr. 6032616)

nach 1945: Polizeikommissar bei der Westberliner Polizei

Sangmeister, Wolfram

vor 1945: SA; Besuch mehrerer SA-Führerschulen; Bevollmächtigter der „Deutschen-Umsiedlungs- und Treuhandgesellschaft“ (DUT), Zentrale Berlin, die für die Vertreibung der einheimischen Bevölkerung aus den okkupierten Gebieten verantwortlich war; die DUT unterstand dem SS-Hauptamt „Volksdeutsche Mittelstelle“

nach 1945: Leiter des Landeskriminalamtes und der Kriminalpolizei in Westberlin; Kriminaldirektor

Schütze, Christian

vor 1945: Angehöriger der SS

nach 1945: Polizeihauptwachtmeister in Westberlin

Völkner, Bernhard

vor 1945: Angehöriger der Gestapo-Leitstellen Berlin und Wien; Kriminalsekretär

nach 1945: Kriminalrat in der Westberliner Kriminalpolizei

Weise, Karl

vor 1945: Angehöriger des Reichssicherheitshauptamtes; tätig in der Gestapo-Leitstelle Prag

nach 1945: Kriminalsekretär in der Westberliner Kriminalpolizei

Wesel, Martin

vor 1945: Mitglied der SS; Angehöriger der Kriminalpolizei

nach 1945: Kriminalmeister der Westberliner Kriminalpolizei

Zuckel, Rolf

vor 1945: Angehöriger der Gestapo-Leitstelle Berlin

nach 1945: Kriminalsekretär in Westberlin

Justiz

Feißel, Siegfried, geb. 20.9.1907

früher: Staatsanwalt beim Sondergericht in Berlin

heute: Oberstaatsanwalt beim Landgericht in Westberlin

Fest, Gerhard geb. 30.8.1908

früher: Landgerichtsrat in Berlin, zuständig für politische Strafsachen

heute: Amtsgerichtsrat in Westberlin

Jaeger, Artur geb. 2.2.1905

früher: Landgerichtsdirektor beim Sondergericht II in Leslau (Wloclawek)

heute: Vizepräsident beim Oberverwaltungsgericht in Westberlin

Manthey, Albert geb. 15.1.1905

früher: Amtsgerichtsrat beim Sondergericht in Schneidemühl (Pila) und beim Volksgerichtshof⁶ III. Senat

heute: Landgerichtsrat beim Landgericht in Westberlin

Nüse, Karl-Heinz, Dr. geb. 14.7.1909

früher: Staatsanwalt beim Sondergericht in Wien

heute: Oberstaatsanwalt beim Kammergericht in Westberlin

Pretzsch, Arno, Dr. geb. 9.1.1903

früher: Staatsanwalt beim Sondergericht in Berlin

heute: Erster Staatsanwalt beim Landgericht in Westberlin

Richert, Heinz geb. 8.5.1909

früher: Amtsgerichtsrat beim Sondergericht in Elbing (Elblag)

heute: Staatsanwalt beim Landgericht in Westberlin

Weitere Hitlergeneralstäbler rückten in die Führungsstäbe der Bundeswehr

Beermann, Friedrich, Dr.

vor 1945: 1934 Fahnenjunker im Artillerieregiment 1; 1945 Batteriechef; Abteilungskommandeur; zuletzt Oberstleutnant

nach 1945: seit 1955 Referent für Sicherheitsfragen beim Parteivorstand der SPD; Stellvertretender Divisionskommandeur, 3. Panzergrenadierdivision; Deutscher Bevollmächtigter Nord; Brigadegeneral

Büchs, Herbert

vor 1945: Seit 1935 bei der Luftwaffe; zuletzt Generalstabsoffizier im Führerhauptquartier; einer der ständigen Teilnehmer an den Lagebesprechungen

nach 1945: Generalleutnant; Stellvertretender Generalinspekteur; Leiter der Abteilung Streitkräfte

Domröse, Lothar

vor 1945: Ordonanzoffizier bei General Blumentritt

nach 1945: 1966 Leiter der Pressestelle im Bundes„verteidigungs“ministerium; Stellvertreter des Vorsitzenden des Bundeswehr-Verbandes; Oberst i.G.; hat 1948 im Nürnberger Prozeß den Kriegsverbrecher Hoth durch Abgabe einer falschen eidesstattlichen Versicherung begünstigt

Eck, Armin

vor 1945: Im zweiten Weltkrieg Regimentsadjutant und Bataillonskommandeur; zuletzt in verschiedenen Generalstabsstellungen

nach 1945: Brigadegeneral; seit 1.4.1967 Leiter des Amtes für Sicherheit der Bundeswehr

Grashey, Helmut

vor 1945: 1939 Oberleutnant im Gebirgsjägerregiment 99; 1943 Major i.G.; 1944 Oberstleutnant i.G.

nach 1945: Brigadegeneral; seit 1966 Kommandeur der 4. Panzergrenadierdivision

Haderecker, Hermann

vor 1945: 1934 Fahnenjunker im Infanterieregiment 20; während des Krieges bei der 10. Infanteriedivision; später bei der 10. Panzergrenadierdivision; Ritterkreuz; 1945 als Oberstleutnant und Regimentskommandeur in sowjetische Gefangenschaft; als Kriegsverbrecher zu 25 Jahren Haft verurteilt

nach 1945: 1955 zur weiteren Strafverbüßung an die Bundesrepublik ausgeliefert; 1956 Eintritt in die Bundeswehr; Kommandeur der Kampftruppenschule IV in Mittenwald; Oberst

Henrici, Eberhard

vor 1945: Hauptmann bei der Nachrichtentruppe; auf der Kriegsakademie Berlin Generalstabsausbildung

nach 1945: Vorsitzender des Europäischen Ausschusses für die Koordinierung des militärischen Nachrichtenwesens in Paris; Chef der Abteilung für Fernmeldewesen und Elektronik bei SHAPE; Generalmajor

Hopffgarten, Hans Joachim von

vor 1945: Offizier der 1. Panzerdivision; Beauftragter Guderians für die Entwicklung kombinierter Aktionen von Heer und Luftwaffe

nach 1945: 1967 Kommandeur der Abteilung Streitkräfte der Führungsakademie der Bundeswehr; Brigadegeneral

Karn, Ludwig

vor 1945: Oberst im Oberkommando des Heeres

nach 1945: Brigadegeneral im Bundes„verteidigungs“ministerium, Amt für Beschaffung und Wehrtechnik

Karst, Heinrich

vor 1945: Soldat seit 1936; Ordonanzoffizier der 10. Infanteriedivision (mot.); 1945 Kommandeur der Heeresunteroffiziersschule

nach 1945: Inspizient für Erziehungs- und Bildungswesen im Truppenamt des Heeres in Köln; Brigadegeneral

Kessel, Karl

vor 1945: 1944 Oberstleutnant und Geschwaderkommodore im Kampfgeschwader 2; Ritterkreuz

nach 1945: Kommandeur der 6. Luftwaffendivision; Generalmajor

Klennert, Wolfgang

vor 1945: 1. Generalstabsoffizier der 278. Infanteriedivision

nach 1945: Inspizient Heeresrüstung im Truppenamt; Brigadegeneral

Kobe, Gerd

vor 1945: Oberstleutnant i.G.; 1. Generalstabsoffizier der 392. (kroatischen) Infanteriedivision

nach 1945: Kommandeur der 12. Panzerdivision; Generalmajor

Kopp, Erich

vor 1945: 1943 Kapitän zur See und Chef des Stabes; Gerichtsherr beim Admiral Kanalküste, Zweigstelle Cherbourg

nach 1945: Flottenadmiral und stellvertretender Inspekteur der Marine

Kopp, Walter

vor 1945: 2. Generalstabsoffizier und Quartiermeister des 14. Panzerkorps; 1942 1. Generalstabsoffizier des Ostwall-Baukommandos; 1945 Oberst in der „Alpenfestung“; Ritterkreuz

nach 1945: Verbindungsoffizier des Wehrbereichs-Kommandos VI, München, zu den politischen Parteien; Oberst

Krupinski, Walter

vor 1945: 1939 Fahnenjunker in der Luftwaffe; Jagdgeschwader 52; Hauptmann und Gruppenkommandeur; Ritterkreuz und Eichenlaub

nach 1945: Kommandeur des westdeutschen Luftwaffen-Ausbildungskommandos USA; Brigadegeneral

Meixner, Eberhard

vor 1945: 1937 Leutnant im Pionierbataillon 18; 1944 Oberst i.G. im Wehrwirtschafts-Rüstungsamt des Oberkommandos der Wehrmacht; hielt am 16. 7. 1944 vor den Mitarbeitern Sauckels eine Rede, in der er monatlich 70000 Tote des Feldheeres einkalkulierte

nach 1945: Verantwortlich für Planung und Organisation von Alarmmaßnahmen im Notstandsfall; Vorsitzender der „Kameradschaft ehemaliger Eisenbahn pioniere“; Oberst

Middeldorf, Eike

vor 1945: 1936 Leutnant im Infanterieregiment 8; Generalstabsoffizier; 1944 bis Kriegsende Referent für Auswertung taktischer Erfahrungen im Oberkommando des Heeres

nach 1945: Chef des Stabes beim III. Korps; Brigadegeneral

Münch, Gerhard

vor 1945: 1943 Major; 1944 im Generalstab; Oberst im Oberkommando der Wehrmacht

nach 1945: Brigadegeneral im Truppenamt Köln

Ploetz, Hans von

vor 1945: Generalstabsoffizier im Reichsluftfahrtministerium; Chef des Generalstabes beim Kommandierenden General der deutschen Luftwaffe in Italien

nach 1945: Brigadegeneral bei der Vertretung der Bundesrepublik bei SHAPE

Rutz, Rudolf

vor 1945: 1936 Oberleutnant; Generalstabsausbildung; 1943 Oberstleutnant i.G.; bei Kriegsende beim Generalquartiermeister im Oberkommando der Wehrmacht

nach 1945: 1964 Dienstältester westdeutscher Offizier bei der Heeresgruppe Nord (NORSHAG) in Mönchengladbach; 1967 Leiter des Stabes Studien und Übung

Schall, Wolfgang

vor 1945: 1934 Fahnenjunker; zuletzt 1. Generalstabsoffizier der 10. Panzergrenadierdivision; bis 1955 in sowjetischer Gefangenschaft

nach 1945: 1967 Kommandeur der 2. Panzergrenadierdivision; Brigadegeneral

Schirmer, Gerhart

vor 1945: Fallschirmjäger; zuletzt Oberstleutnant; Ritterkreuz und Eichenlaub; in der Sowjetunion als Kriegsverbrecher abgeurteilt; 1955 an die Bundesrepublik übergeben

nach 1945: Chef der Heeresflieger des II. Korps; Oberst

Schulz, Siegfried

vor 1945: Generalstabsausbildung; danach Quartiermeister der 211. Infanteriedivision; 1. Generalstabsoffizier eines Armeekorps und Gruppenleiter in der Organisationsabteilung des Generalstabes des Heeres

nach 1945: Brigadegeneral; 1966 Unterabteilungsleiter im Führungsstab des Heeres

Thomsen, Rolf

vor 1945: Marineflieger; Adjutant des Kampfgeschwaders 26; 1943 freiwillig zur U-Bootwaffe als Kapitänleutnant; bei Kriegsende Chef des U-Bootstützpunktes Bergen; Ritterkreuz; erhielt noch am 29.4.1945 von Dönitz das Eichenlaub

nach 1945: 1966 zur NATO versetzt; Leiter des Arbeitsstabes des BVM im „Spezial Comitee“ der NATO. Dieser Stab befaßt sich mit der Koordinierung der nuklearen Rüstung der NATO

Tzschaschel, Joachim

vor 1945: 1944 als Major vom Panzer-Artillerieregiment 74 in den Generalstab versetzt

nach 1945: 1964 dienstältester west-Saigon/Südvietnam; wurde vom Oberbefehlshaber der Ky-Truppen mit hohen Orden ausgezeichnet

Uechtritz, Otto

vor 1945: 1939 Hauptmann und Regimentsadjutant im Infanterieregiment 49; bei Kriegsende Oberstleutnant i.G.

nach 1945: Seit 15.1.1968 Kommandierender General des 1. Korps; Generalleutnant

Viebig, Hasso

vor 1945: 1934 Artillerieregiment III in Schweidnitz; während des Krieges Batteriechef; Generalstabsausbildung; Major i.G.

nach 1945: Oberst i.G. und Pressereferent; Stellvertretender Kommandeur der 10. Panzergrenadierdivision; Brigadegeneral

Wittmann, Jürgen

vor 1945: 1943 Major; zuletzt 1. Generalstabsoffizier einer Division

nach 1945: General der Führungstruppen im Truppenamt; Brigadegeneral

Wulff, Hermann, Dr.

vor 1945: 1934 freiwillig zur Reichswehr; bei Kriegsende Kommandeur des „Führer“begleitregiments, Ritterkreuz und Eichenlaub; Oberstleutnant

nach 1945: Kommandeur der ABC-Abwehr und Luftschutzschule; Brigadegeneral

Ribbentrop-Diplomaten – Kerntruppe des Auswärtigen Amtes

Adelmann von Adelmansfelden, Graf Raban

vor 1945: Bis zur verbrecherischen Aggression gegen die Tschechoslowakei Attaché an der Gesandtschaft in Prag; dann Mitarbeiter der Botschaft in Rio de Janeiro/Brasilien; 1939 NSDAP (Nr. 7055167)

nach 1945: Legationsrat I. Klasse am Generalsekretariat der NATO

Bausenhardt, Max

vor 1945: 1939 Regierungsinspektor beim „Reichskommissariat für die sudetendeutschen Gebiete“; seit 1940 Konsulatspraktikant im Auswärtigen Amt; 1937 NSDAP

nach 1945: Kanzler an der Botschaft in Peru

Breuer, Richard, Dr.

vor 1945: 1940 Attaché in der Presseabteilung (Ostasienreferat) des Auswärtigen Amtes; danach bis 1945 als Legationssekretär in der Presseabteilung der Botschaft in Tokio/Japan tätig; 1938 NSDAP (Nr. 6095662)

nach 1945: Botschaftsrat I. Klasse an der Botschaft in Tokio/Japan

Halter, Hans-Christian, Dr.

vor 1945: 1938 als Attaché im Büro des Reichsaußenministers begonnen; danach Mitarbeiter der Informations- und Rechtsabteilung; 1937 NSDAP (Nr. 5878697)

nach 1945: Botschaftsrat I. Klasse an der Botschaft in Argentinien

Harkort, Günter, Dr.

vor 1945: Während des Krieges Referent im faschistischen Reichswirtschaftsministerium

nach 1945: Ministerialdirektor; Leiter der Abteilung für Handels- und Entwicklungspolitik im Auswärtigen Amt

Heipertz, Otto Erich

vor 1945: Bis 1942 Mitarbeiter im Reichsluftfahrtministerium (u.a. an der Erprobungsstelle in Peenemünde-West eingesetzt); danach an der Dienststelle des „Beauftragten für den Vierjahresplan“; 1944 Regierungsrat

nach 1945: Ministerialdirigent im Auswärtigen Amt

Iske, Wilhelm

vor 1945: Während des Krieges Regierungsinspektor im „Generalgouvernement“; 1942 zum Regierungsoberinspektor an der „Kreishauptmannschaft Ilza“ ernannt; 1933 NSDAP

nach 1945: Kanzler an der Botschaft in Sambia

Jakob, Erich, Dr.

vor 1945: Seit 1940 unter Kiesinger Mitarbeiter in der Rundfunkpolitischen Abteilung des Auswärtigen Amtes (Referat: Ferner Osten)

nach 1945: Konsul am Generalkonsulat in Osaka-Kobe/Japan

Kesting, Wilhelm

vor 1945: Konsulatssekretär I. Klasse am Konsulat in Sevilla/Spanien; dort 1944 zum Vizekonsul ernannt; 1935 NSDAP (Nr. 3604814)

nach 1945: Kanzler an der Botschaft in Den Haag/Niederlande

Kinderlen, Rolf

vor 1945: Bis 1939 Referent im Reichswirtschaftsministerium; dann Regierungsrat an der Dienststelle des „Beauftragten für den Vierjahresplan“; 1937 NSDAP (Nr. 4358675)

nach 1945: Generalkonsul; Leiter des Generalkonsulats in Los Angeles/USA

Köster, Hans

vor 1945: 1938 SS-Untersturmführer (Mitglieds-Nr. 114214)

nach 1945: Pressereferent an der Botschaft in Madrid/Spanien

Köster, Kajus

vor 1945: Mitarbeiter der Rundfunkpolitischen Abteilung des Auswärtigen Amtes; zunächst in der Abteilung „Allgemeine Propaganda“ unter Kiesinger tätig, danach Persönlicher Referent des Abteilungsleiters Rühle

nach 1945: Botschafter an der Botschaft in Panama

Kopf, Wilhelm, Dr.

vor 1945: Presse-Attaché an der Botschaft in Ankara/Türkei

nach 1945: Botschafter an der Botschaft in Südvietnam

Kothny, Erwin, Dr.

vor 1945: Während des Krieges im Bereich des „Reichskommissars für die sudetendeutschen Gebiete“ tätig; 1942 Landrat im Kreis Grulich; 1938 NSDAP (vorher Sudetendeutsche Partei)

nach 1945: Generalkonsul; Leiter des Generalkonsulats in Nancy/Frankreich

Krier, Hubert, Dr.

vor 1945: Referent in der Treuhandstelle Ost (HTO)

nach 1945: Botschafter an der Botschaft in Paraguay

Lilienfeld, Georg von, Dr.

vor 1945: 1941-1944 Leiter des Amerika-Referats der Rundfunkpolitischen Abteilung unter Kiesinger; danach Rundfunkreferent beim „Bevollmächtigten des Groß-deutschen Reiches in Italien“; 1943 SS-Untersturmführer

nach 1945: Gesandter, Vertreter des Botschafters in den USA

Neumann, Franz Joseph, Dr.

vor 1945: Bis zur Annexion der ČSR als Rechtsanwalt und Agent des deutschen Nachrichtendienstes tätig; danach bei Kriegsende Mitarbeiter der Wirtschaftsabteilung an der Dienststelle des „Reichsstatthalters Sudetengau“; zuletzt Oberregierungsrat und Abteilungsleiter; Mitglied der Sudetendeutschen Partei seit 1933 (Nr. 6267); 1938 NSDAP (Nr. 6 639 448)

nach 1945: Botschafter an der- Botschaft in Kinshasa

Roedel, Gerhard, Dr.

vor 1945: Obersturmführer und Abteilungsleiter im NS-Fliegerkorps, seit 1943 Regierungsrat im Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft; 1933 NSDAP (Nr. 2594757)

nach 1945: Generalkonsul; Leiter des Generalkonsulats in New Orleans/USA

Schlegelberger, Günther, Dr.

vor 1945: Wissenschaftlicher Hilfsarbeiter im Auswärtigen Amt

nach 1945: Botschaftsrat I. Klasse an der Botschaft in Brasilien

Schröder, Herbert, Dr.

vor 1945: Leiter der Nachrichten- und Informationsabteilung in der Spitzenbehörde der faschistischen Rundfunkpropaganda, der Reichsrundfunkgesellschaft, die unmittelbar dem Goebbels-Ministerium unterstand

nach 1945: Botschafter an der Botschaft in Tansania

Seeliger, Wolfgang

vor 1945: Regierungsrat im Reichswirtschaftsministerium; 1933 NSDAP (Nr. 1643424)

nach 1945: Vortragender Legationsrat im Auswärtigen Amt, Leiter des Referats Wirtschaftliche Beziehungen zu Süd- und Ostasien

Stackelberg, Herbert Freiherr von, Dr.

vor 1945: Regierungsrat an der Dienststelle des „Reichskommissars für die besetzten norwegischen Gebiete“; 1944 Leiter der Außendienststelle Narvik/Norwegen

nach 1945: Gesandter an der Botschaft in Washington/USA

Steg, Rudolf, Dr.

vor 1945: Mitarbeiter im Büro des Reichsaußenministers von Ribbentrop, zuletzt Legationsrat; 1937 NSDAP; SS-Mitglied

nach 1945: Vortragender Legationsrat I. Klasse im Bonner Auswärtigen Amt

Weinhold, Edgar, Dr.

vor 1945: Mitarbeiter der Rundfunkpolitischen Abteilung des Auswärtigen Amtes unter Kiesinger und Referent der Rundfunkpolitischen Abteilung der Botschaft in Paris

nach 1945: Gesandter; Vertreter des Botschafters in Italien

Schwerbelastete Nazi dirigieren die Revanchistenorganisationen

Aulock, Wilhelm von

vor 1945: Führer des Landbundes Weichselgau, einer von Danzig aus gegen Polen operierenden Organisation der 5. Kolonne; arbeitete dabei eng mit dem Leiter der Deutschen Stiftung, Kramer-Möllenberg, zusammen (die Deutsche Stiftung war eine der entscheidendsten Zentralen zum Aufbau und zur Anleitung von 5. Kolonnen im Ausland und unterstand dem Reichsinnenministerium)

nach 1945: Leiter der Abteilung I im Bundesministerium für „Vertriebene“; Ministerialdirektor

Bloedorn, Willi

vor 1945: Seit 1930 Gauamtsleiter für Agrarpolitik der NSDAP-Gauleitung Pommern; seit 1933 Landesbauernführer; ebenfalls seit 1933 Mitglied des Reichstages; SA-Brigadeführer; erließ am 14.2.1940 eine Richtlinie zur unmenschlichen Behandlung der in seinem Machtbereich (Pommern) eingesetzten polnischen Zwangsarbeiter

nach 1945: Vorsitzender der „Landsmannschaft Pommern“ in Niedersachsen

Boeckh, Hans von, Dr.

vor 1945: Holland-Referent im Reichswirtschaftsministerium; seit 1940 Generalreferent und später Leiter der Hauptabteilung Wirtschaft im „Generalkommissariat für Finanzen und Wirtschaft“ beim „Reichskommissar für die besetzten niederländischen Gebiete“; in dieser Funktion hauptverantwortlich für den als „Arisierung“ oder „Entjudung der Wirtschaft“ bezeichneten Raub jüdischen Vermögens in Holland; für seine „Verdienste“ in Holland mit Kriegsverdienstkreuz I. Klasse ausgezeichnet; seit 1937 NSDAP

nach 1945: Vizepräsident des „Forschungsbeirates beim Bundesminister für Gesamtdeutsche Fragen

Chyla, Ottokar, Dr.

vor 1945: Mitglied der sudetendeutschen Nazi-Partei (SdP); Mitarbeiter im Stab der Gruppe IV des „Sudetendeutschen Freikorps“ - der Henlein-SS; nach der Okkupation des Sudetengebietes NSDAP; Regierungsrat bei der Regierung in München

nach 1945: Leiter des Referates „Volkstum“ in der Unterabteilung II/A des Bundesministeriums für „Gesamtdeutsche Fragen“; Ministerialrat

Ernst, Robert, Dr.

vor 1945: Arbeitete seit 1918 für den „Anschluß“ Elsaß-Lothringens an Deutschland; seit 1933 Bundesführer des „Deutschen Schutzbundes für Grenz- und Auslandsdeutsche“; Leiter des „Volksdeutschen Klubs“; Mitglied der Reichsleitung des VDA; Vorstandsmitglied des Deutschen Ausland-Instituts, Stuttgart; seit 1940 Generalreferent des „Chefs der Zivilverwaltung im Elsaß“ und Oberstadtkommissar im okkupierten Strasbourg; NSDAP (Nr. 2499974); seit 1.8.1940 SS-Standartenführer (SS-Nr. 365141)

nach 1945: Hauptinitiator der in Mannheim erscheinenden Zeitung „Der Westen“, die revanchistische Ansprüche vor allem gegen Frankreich vertritt

Fircks, Otto Friedrich Freiherr von

vor 1945: SS-Obersturmführer (SS-Nr. 357261) beim Aussiedlungsstab für polnische Juden in Litzmannstadt (Lodz)

nach 1945: Landesgeschäftsführer des Bundes der „Vertriebenen“ in Niedersachsen

Franzel, Emil, Dr.

vor 1945: Leutnant der Schutzpolizei in der okkupierten ČSR; zugleich als Journalist an der im Auftrage von K. H. Frank als Höherer SS- und Polizeiführer in Prag herausgegebenen „Zeitschrift für die Polizei“; veröffentlichte dort zahlreiche extrem nazistische und antisemitische Artikel

nach 1945: Bis 1963 Oberregierungs- und Bibliotheksrat; Ministerialbeauftragter für das Volksbüchereiwesen in Bayern; Intimus von F.-J. Strauß; Leitartikler und Kommentator des „Bayern-Kuriers“ u. a. der CSU nahestehender Blätter

Gareis, Hanns, Dr.

vor 1945: Mitglied reaktionärer Freikorpsverbände; seit 1930 Mitglied des Stahlhelms (1933 der SA); Stabsleiter der Reichshauptabteilung I im NS-Reichsnährstand; nach der Okkupation Polens Leiter der Abteilung VI (Ernährung und Landwirtschaft) im Distrikt Krakau (Krakow) des „Generalgouvernements“

nach 1945: Mitglied im Forscherkreis und Leiter des Agrarausschusses im- Forschungsbeirat beim Bundesministerium für „Gesamtdeutsche Fragen“

Gradl, Johann Baptist, Dr.

vor 1945: Stellvertretender Geschäftsführer und Treuhänder der „Reichsgruppe Banken“, der 40000 Banken und Kreditinstitute angeschlossen waren; die „Reichsgruppe“ bot in „streng vertraulichen“ Rundschreiben ihren Mitgliedsbanken geraubtes jüdisches Vermögen an; sie spielte eine große Rolle bei der ökonomischen Ausplünderung der besetzten Gebiete

nach 1945: Mitglied des CDU-Vorstandes; Präsident des Forschungsbeirates beim Bundesminister für „Gesamtdeutsche Fragen“; Oktober 1965 bis November 1966 „Bundesvertriebenenminister“; Abgeordneter der CDU im Bundestag

Hepke, Marian

vor 1945: Redakteur der „Deutschen Rundschau“, dem Organ des nazistisch orientierten Teils der deutschen Minderheit in Polen; arbeitete eng mit der „Deutschen Stiftung“, der zentralen Einrichtung zur Anleitung der 5. Kolonne, zusammen; aktives Mitglied der nazistischen Minderheiten-Organisation „Deutsche Vereinigung“ in Westpolen

nach 1945: Kulturreferent der „Landsmannschaft Westpreußen“, Chefredakteur des Zentralorgans der Landsmannschaft „Der Westpreuße“

Knoop, Emil, Dr.

vor 1945: Regierungsrat im Reichswirtschaftsministerium, dort u. a. für Arbeitsgebiet „Auswirkungen der wirtschaftspolitischen Maßnahmen gegenüber den Juden auf das Ausland, grundsätzliche wirtschaftliche Fragen der jüdischen Auswanderung, Betätigung von Juden im deutschen Außenhandel, Auswirkung der Devisengesetzgebung auf Juden“, seit 1941 für die „angeschlossenen und eingegliederten Gebiete und für die Finanzierung der 5. Kolonne in der ČSR als Referatsleiter in der Hauptabteilung IV (Finanzen) verantwortlich

nach 1945: Leiter der Unterabteilung I/B im Bundesministerium für „Gesamtdeutsche Fragen“; Ministerialdirigent

Langguth, Heinz, Dr.

vor 1945: Sonderbeauftragter des Reichsministers für Ernährung und Landwirtschaft für die Landbewirtschaftung im okkupierten Polen (Regierungsbezirk Poznan); Kriegsverwaltungsrat in den zeitweilig besetzten sowjetischen Gebieten; NSDAP seit 1933

nach 1945: Sprecher des „Bundes der Danziger“

Lippky, Gerhard, Dr.

vor 1945: Oberregierungsrat beim „Reichsstatthalter“ des okkupierten polnischen Gebiets „Danzig-Westpreußen“; aktiv an der Germanisierung dieser Gebiete, besonders auf kulturellem und kirchlichem Sektor, beteiligt

nach 1945: Stellvertretender Sprecher der „Landsmannschaft Westpreußen“; stellvertretender Vorsitzender des „Konvents der zerstreuten Ostkirchen“; Regierungsdirektor

Möldner, Franz

vor 1945: Seit 1920 führend in der deutsch-faschistischen Bewegung in der ČSR; seit 1.11.1938 NSDAP; Vorsitzender des Gerichts der NSDAP-Kreisleitung in Deutsch-Gabel; politischer Leiter im Range eines Kreisamtsleiters der NSDAP

nach 1945: Mitglied im Bundesvorstand der „Sudetendeutschen Landsmannschaft“

Nippe, Eugen

vor 1945: Aktiver Funktionär des „Deutschen Volksverbandes“, einer faschistischen Organisation der deutschen Minderheit in Polen (Gebiet um Litzmannstadt/Lódź); Mitarbeiter der Gestapo in Lódź

nach 1945: Geschäftsführer der „Landsmannschaft Weichsel-Warthe“

Pfitzer, Albert, Dr.

vor 1945: Seit 1933 SS und NSDAP; während des Krieges Regierungsrat; seit 1941 beim Reichsminister der Luftfahrt und Oberbefehlshaber der Luftwaffe (u.a. in der Verwaltung des Luftgaukommandos Wiesbaden)

nach 1945: Seit 1951 Direktor des westdeutschen Bundesrates

Piatscheck, Konrad, Dr.

vor 1945: Direktor der Ilse-Bergbau AG in Halle; Geschäftsführer, Vorstand und Aufsichtsratsmitglied mehrerer Braunkohlenunternehmen und Konzernvereinigungen auf dem heutigen Gebiet der DDR; an der Arisierung des jüdischen Petscheck-Konzerns beteiligt; NSDAP; Rottenführer der SA; Rechtsberater einer SA-Standarte

nach 1945: Vertreter der „Interessenvereinigung kriegsgeschädigte Wirtschaft“ im Forschungsbeirat beim Bundesminister für „Gesamtdeutsche Fragen“

Schattenberg, Horst Henner

vor 1945: Oberregierungsrat und Leiter einer Unterabteilung beim Reichsstatthalter für den okkupierten Warthegau in Posen (Poznan); NSDAP seit 1.12.1931 (Nr. 813628)

nach 1945: Leiter der Unterabteilung H/A im Bundesministerium für „Gesamtdeutsche Fragen“; Ministerialdirigent

Schütz, Hans

vor 1945: Abgeordneter der Deutschen Christlich-sozialen Partei im ČSR-Parlament; führte im Frühjahr 1938 diese Partei der Henlein-Partei zu; seit November 1938 NSDAP; für seine Beteiligung an der Annexion der Sudetengebiete „Medaille zur Erinnerung an den 1. Oktober 1938“

nach 1945: Staatsminister a.D.; Mitglied im Bundesvorstand der „Sudetendeutschen Landsmannschaft“

Schwarz, Egon

vor 1945: Bereits vor 1933 Funktionär der Nazipartei in der ČSR (DNSAP); seit 1935 Henlein-Partei (SdP); nach der Okkupation Agent der Abwehrstelle (Ast) in Aussig (Usti nad Labem); am 20. 3.1942 an den SD-Leitabschnitt Prag versetzt

nach 1945: Präsident der Bundesversammlung der „Sudetendeutschen Landsmannschaft“; Landsobmann der „Sudetendeutschen Landsmannschaft“ in Hessen

Skrodzki, Bernhard, Dr.

vor 1945: Leiter der Abteilung VI (Rohstoffbewirtschaftung, Wehrwirtschaft) in der Reichsgruppe Industrie; Verantwortlicher für Fragen der „Wehrwirtschaft“, maßgeblich an der Rüstung des Nazi-Reiches beteiligt

nach 1945: Mitglied des Forschungsbeirates beim Bundesminister für „Gesamtdeutsche Fragen“; Geschäftsführer der Industrie- und Handelskammer Westberlin; Geschäftsführer des Landesverbandes Westberlin des Bundesverbandes der westdeutschen Industrie (BDJ)

Spicale, Herbert

vor 1945: Regierungsoberinspektor in der Abteilung VI (Deutschtum, Grenzlandfürsorge, Kolonialfragen, nichtdeutsche Volksgruppen) des Reichsinnenministeriums; Germanisierungsspezialist

nach 1945: Leiter des Referates III/6 („Betreuungsmaßnahmen besonderer Art“) im Bundesministerium für „Gesamtdeutsche Fragen“; Oberregierungsrat

Stadtmüller, Georg, Prof. Dr.

vor 1945: Abteilungsleiter am Osteuropa-Institut Breslau (Wroclaw), einem Zentrum der ideologischen Vorbereitung des Überfalls auf Polen; 1938 Leiter des Südeuropa-Instituts der Universität Leipzig; SA; als „rückhaltlos für das Dritte Reich eintretend“ beurteilt; führender faschistischer Südosteuropa-Spezialist

nach 1945: Mitglied im Forschungsbeirat beim Bundesminister für „Gesamtdeutsche Fragen“; Direktor des Osteuropa-Instituts München

Starke, Gotthold

vor 1945: Führender Funktionär der als 5. Kolonne in Polen wirkenden „Deutschen Vereinigung“; Chefredakteur der „Deutschen Rundschau in Polen“ - dem Zentralorgan der 5. Kolonne; bis zum Überfall auf die SU Gesandtschaftsrat in der deutschen Botschaft in Moskau; später Leiter des Osteuropa-Referats in der Presse- und Nachrichtenabteilung des Auswärtigen Amtes; in der Sowjetunion als Kriegsverbrecher abgeurteilt

nach 1945: Mitglied im Bundesvorstand der „Landsmannschaft Westpreußen“; Mitglied des Vorstandes des Göttinger Arbeitskreises; Vertreter Westpreußens im „Rat der ostdeutschen Landesvertretungen“; Legationsrat I. Klasse i. R.; Bundesverdienstkreuz I. Klasse

Thalheim, Karl C., Prof. Dr.

vor 1945: Führender „Großraumideologe“; Leiter des Weltwirtschaftsinstituts an der Handelshochschule in Leipzig; Leiter der Hochschularbeitsgemeinschaft für Raumforschung; geschäftsführender Vorsitzender der „Deutsch-Bulgarischen Gesellschaft“, Zweigstelle Leipzig; zahlreiche, oft antisemitische Schriften, mit denen er das Expansionsprogramm des deutschen Faschismus theoretisch untermauerte; seit 1943 Spitzel des SD; NSDAP; SA

nach 1945: Führender westdeutscher „Ostspezialist“; Mitglied im Forscherkreis des Forschungsbeirates beim Bundesminister für „Gesamtdeutsche Fragen“; Vorstandsmitglied der „Westdeutschen Gesellschaft für Osteuropakunde“; Direktor der Wirtschaftswissenschaftlichen Abteilung des Osteuropa-Instituts in Westberlin

Wannemacher, Walter

vor 1945: Chefredakteur „Die Zeit“, des Zentralorgans der Henlein-Partei; Mitglied der Henlein-Partei; für „Verdienste“ bei der Annexion des Sudetenlandes und später der anderen Gebiete der ČSR „Medaille zur Erinnerung an den 1. Oktober 1938“ und Spange zu dieser Medaille, die für „ganz besondere Verdienste bei der Schaffung des Protektorats Böhmen und Mähren“ verliehen wurde

nach 1945: Wirtschaftsredakteur der Zeitung „Christ und Welt“

Zahn, Friedrich von

vor 1945: Regierungs- bzw. Landrat in der Inneren Verwaltung in Sachsen; nach dem Überfall auf Polen am Aufbau der Okkupationsverwaltung in den „neuen Ostgebieten“ beteiligt

nach 1945: Leiter der Abteilung II im Bundesministerium für „Gesamtdeutsche Fragen“; Ministerialdirektor

Nazi-Aktivisten organisieren den von Bonn geförderten Neonazismus

Anrich, Ernst, Prof. Dr. phil.

vor 1945: Bereits vor 1930 NSDAP; Mitglied des NS-Studentenbundes in Bonn; 1930 Berufung in die Reichsleitung des NS-Studentenbundes und verantwortlich für die Durchführung der Schulungsarbeit; 1933 bis 1935 Gildenmeister der „Deutschen Gildenschaft Ernst Wurche“ (Korporation im Rahmen des NS-Studentenbundes); Führer des NS-Dozentenbundes der NSDAP-Gauleitung Baden; Verfasser von Schriften zur Verbreitung der nazistischen Ideologie, vor allem unter der Jugend; seine Schrift „Deutsche Geschichte 1918-1939. Die Geschichte einer Zeitenwende“ wurde den Mitarbeitern des Reichssicherheitshauptamtes und den Gestapo-Dienststellen als Lektüre empfohlen

nach 1945: Mitglied des Parteivorstandes der NPD; verantwortlich für die politische Bildung und Kulturpolitik der NPD; Mitglied des Vorstandes des Witikobundes

Böhme, Herbert, Dr.

vor 1945: Hauptabteilungsleiter beim Berliner Rundfunk; 1935-1937 Hauptschriftleiter in der Reichsleitung der NSDAP; Mitglied des Kulturkreises der obersten SA-Führung; Senator der NS-Akademie der Dichtung; 1944 an die Universität Posen (Poznan) berufen

nach 1945: Präsident des „Deutschen Kulturwerkes europäischen Geistes“, einer „Kultur“-Vereinigung, die hauptsächlich von ehemaligen Nazi gegründet wurde

Ehrhardt, Arthur

vor 1945: 1932 Obertruppführer der SA; im Ausbildungswesen der SA tätig; während des zweiten Weltkrieges Sturmbannführer der SS; Spezialist für „Bandenbekämpfung“

nach 1945: Herausgeber und Chefredakteur der Monatszeitschrift „Nation Europa“, Coburg

Fichtner, Karl-Heinz

vor 1945: 1930 NSDAP; 1936 SS-Hauptsturmführer; nebenamtlicher Führer des SS-Sturmbannes Bremen; Leiter des Bremischen Staatsamtes und der Rathausverwaltung

nach 1945: Stellvertretender Landesvorsitzender und zugleich Schatzmeister der NPD in Bremen

Grünberg, Hans-Bernhard, Dr.

vor 1945: NSDAP seit 1931; Führer des NS-Dozentenbundes in der NSDAP-Gauleitung Ostpreußen; Direktor des Instituts für „Ostdeutsche Wirtschaft“

nach 1945: Mitglied des Parteivorstandes der NPD, verantwortlich für die Verkehrs- und Raumpolitik der NPD; Beisitzer des Landesvorstandes der NPD Nordrhein-Westfalen

Gutmann, Wilhelm

vor 1945: 1932 NSDAP (Nr. 966564); 1932-1936 NSDAP-Ortsgruppenleiter von Villingen; bis 1945 NS-Bürgermeister von Tiengen/Oberrhein; hat in dieser Eigenschaft am Vorabend der „Kristallnacht“ die Bürger der Stadt aufgefordert, „mit den Juden abzurechnen“; daraufhin wurde der jüdische Friedhof in T. geschändet, die Synagoge geplündert und das geraubte Kirchengut auf einem öffentlichen Platz verbrannt; arbeitete eng mit der Gestapo zusammen, lieferte ihr aufrechte Antifaschisten aus

nach 1945: Stellvertretender Parteivorsitzender der NPD und Landesvorsitzender der NPD von Baden-Württemberg; Mitglied des Landtages

Hagen, Hans W., Dr.

vor 1945: NSDAP seit 1937; nach dem 20. Juli 1944 wegen seiner „Verdienste“ bei der Niederschlagung des Putsches vom 20. Juli zum Hauptmann befördert; Pressesachverständiger im Goebbelsministerium und kulturpolitischer Referent für nationalsozialistisches Schrifttum; Mitarbeiter an der Wochenzeitschrift „Das Reich“ und am „Völkischen Beobachter“

nach 1945: Publizist der NPD-Zeitung „Deutsche Nachrichten“, führender Mitarbeiter des „Deutschen Kulturwerkes europäischen Geistes“; erhielt 1960 den „Ehrenring der deutschen Dichtung“ durch diese Institution

Harms, Richard, Dr.

vor 1945: 1926 NSDAP (Nr. 35426); Förderndes Mitglied der SS seit 1931; kommissarischer Gauhauptstellenleiter und Kreisamtsleiter der NSDAP; 1931 NS-Abgeordneter in Dessau; 1932 NS-Stadtrat; 1934 NS-Bürgermeister von Dessau

nach 1945: Kreisvorsitzender der NPD in Hannover/Land; Oberregierungsrat und Gefängnisabteilungsleiter im Gefängnis Hannover

Joel, Georg

vor 1945: NSDAP seit 1925; 1930 NS-Stadtratsmitglied; 1931 NS-Landtagsabgeordneter in Oldenburg; 1932 Landtagspräsident; 1933 Ministerpräsident Oldenburgs; Stellvertretender Gauleiter der NSDAP; 1937 SA-Brigadeführer

nach 1945: Tätig im Propagandaapparat der NPD

Kernmayr, Erich

vor 1945: Schloß sich bereits früh den österreichischen Faschisten an; nach 1938 journalistischer Mitarbeiter des Gauleiters Bürckel in Wien und in der Saarpfalz; während des zweiten Weltkrieges Kriegsberichterstatler und Angehöriger der Waffen-SS

nach 1945: Zeitweilig Pressereferent der HIAG; Redakteur der „Deutschen Soldatenzeitung“; gehörte zu den Initiatoren der in Hannover erscheinenden „Deutschen Wochenzeitung“ (DWZ) und zählt zu den führenden Redakteuren dieser der NPD nahestehenden Zeitung; Publizist in der NPD-Zeitung „Deutsche Nachrichten“

Kleist, Peter, Dr.

vor 1945: NSDAP (Nr. 1277679); SS (Nr. 203045); Sturmabführer der SS seit 20.4.1941; Träger des Ehrendegens und Totenkopfringes des Reichsführers-SS; 1934 Geschäftsführer der Deutschen Hochschule für Politik; 1940 Leiter der Ost-Abteilung der Dienststelle Ribbentrop; 1941 Beauftragter des „Reichsministerium für die besetzten Ostgebiete“ beim kommandierenden General der Sicherungstruppen und Befehlshaber im Heeresgebiet Nord über OKH, Kurierstelle Berlin W 35; 1943 Ministerialdirigent, Leiter der Abteilung I/2 (Ostland) im „Reichsministerium für die besetzten Ostgebiete“; maßgeblich an der „Germanisierung“ der okkupierten baltischen Sowjetrepubliken beteiligt

nach 1945: Publizist in der NPD-Zeitung „Deutsche Nachrichten“, Redakteur der „Deutschen Wochenzeitung“

Körner, Georg

vor 1945: NSDAP seit 1929; Gau- und Reichsredner; Kreis-, Betriebszellenleiter im Gau Berlin; Mitarbeiter beim „Völkischen Beobachter“; 1933 Stadtverordneter und Fraktionsführer der NSDAP in Berlin-Weißensee; Reichsbetriebsgemeinschaftsleiter für Verkehr und öffentliche Betriebe in der DAF, Sitz Berlin; Träger des Goldenen Ehrenzeichens der NSDAP

nach 1945: Leitender Funktionär und Propagandaredner der NPD

Mages, Karl

vor 1945: Mitglied der NSDAP; Gaukulturwart der NSDAP Saarpfalz; 1937 NS-Intendant des Reichssenders Saarbrücken; 1940 bis 1941 Intendant des Reichssenders Wien; von August 1940 bis Oktober 1944 gleichzeitig Intendant des Reichssenders Saarbrücken

nach 1945: Chef vom Dienst und Redakteur der „Deutschen National-Zeitung und Soldaten-Zeitung“

Maier-Dorn, Emil

vor 1945: NSDAP seit 1.7.1930; Propagandist und Reichsschulungsleiter im Nationalsozialistischen Bund deutscher Techniker; leitete in der Amtsgruppe „Frontführung“ in der OT-Zentrale die Abt. Schulung und politische Ausrichtung im Range eines OT-Oberstabsfrontführers (Oberstleutnant)

nach 1945: Mitglied des Parteivorstandes der NPD; Fabrikant in Augsburg

May, Fritz

vor 1945: NSDAP seit 1933 (Nr. 1507543); absolvierte 1938 die SS-Junkerschule Bad Tölz; 30.1.1944 SS-Sturmabführer (SS-Nr. 81090); während des Krieges Sturmabführer im SS-Panzergranadier-Ersatzbataillon 10; Deutsches Kreuz in Gold, Ehrendegen und Totenkopfring des Reichsführers-SS

nach 1945: Mitglied des Parteivorstandes und Landesvorsitzender der NPD Rheinland-Pfalz; Mitglied der Landtagsfraktion der NPD

Meinberg, Wilhelm

vor 1945: 1919 Eintritt in den Völkischen Schutz- und Trutzbund; 1920 an der Niederknüppelung der Ruhrarbeiter beteiligt; Gründer der ersten Stahlhelmgruppen im Industriegebiet; Feldjägerkorps bis zu seiner Auflösung; 1929 NSDAP und SA; Parteiredner; 1932 Mitglied der NSDAP-Fraktion des Preußischen Landtags; März 1933 Präsident des Reichslandbundes; Reichsobmann des Reichsnährstandes; 1933 Mitglied des Reichstages; 1933 SS-Obersturmbannführer; 1935 SS-Brigadeführer und Landwirtschaftlicher Gaufachberater der NSDAP-Gauleitung Ostpreußen

nach 1945: Maßgeblich an der Gründung der NPD beteiligt; Redner in vielen NPD-Veranstaltungen, speziell in Bauernversammlungen

Schaumburg-Lippe, Friedrich-Christian Prinz zu

vor 1945: Reichsredner der NSDAP; persönlicher Adjutant Goebbels'; Oberregierungsrat in der Abteilung VII Ausland und Ministerialrat der Abteilung A Ref. 2 im Propagandaministerium; SA-Standartenführer; verantwortlich für die Bildpresse-Zensur

nach 1945: Aktiver Mitarbeiter und Publizist in der „Deutschen National-Zeitung und Soldaten-Zeitung“

Schimmerohn, Heinz, Dr.

vor 1945: Bereits lange vor 1933 Mitglied der NSDAP (Nr. 266440); 1938 SS-Untersturmführer (Nr. 107115) beim SD des Unterabschnitts Halle-Merseburg; 1941 Führer des SD-Abschnittes Halle; seit 9.11.1941 SS-Sturmbannführer

nach 1945: Bezirksvorsitzender der NPD in Hannover

Schütz, Waldemar

vor 1945: Absolvent der NS-Ordensburg Vogelsang, an der politische Leiter der NSDAP ausgebildet wurden; 1939 Offizier der Waffen-SS; zuletzt Hauptsturmführer der SS; NSDAP seit 1936; Beauftragter für den Gau Hessen

nach 1945: Mitglied des Parteivorstandes der NPD, verantwortlich für Presse und Information; Landtagsabgeordneter der NPD in Niedersachsen; Inhaber des Schütz-Verlages hl Göttingen; Leiter des National-Verlages und des Reichsruf-Verlages in Hannover; Mitbegründer des Plesse-Verlages in Göttingen

Schweimer, Horst-Günter

vor 1945: NSDAP seit 1931 (Nr. 1049803); SS seit 1932 (Nr. 48838); April 1936 SS-Untersturmführer; 1937 Träger des Ehrendegens und Totenkopfringes des Reichsführers-SS; 1937 Leibstandarte, zuletzt als SS-Hauptsturmführer; 1938 Eintritt in das Auswärtige Amt Ribbentrops als Legationsrat I. Klasse; während des zweiten Weltkrieges Führer einer Panzereinheit an der Ostfront

nach 1945: Mitglied des Parteivorstandes der NPD, verantwortlich für Finanzen; Landesvorsitzender der NPD in Hamburg; Reedereibesitzer in Hamburg

Votsch, Hans

vor 1945: NSDAP und SA seit 1930; SS 1934; Mitarbeiter des SD seit August 1934; 1940 Leiter der SD-Außenstelle Zittau; Leiter der SD-Außenstelle Radom im okkupierten Polen; seit 1944 Hauptsturmführer der Waffen-SS; 1941 Leiter der SD-Außenstelle Bitterfeld

nach 1945: Mitglied des Landesvorstandes der NPD Hessen

Weber, Werner, Prof.

vor 1945: NSDAP seit 1933; bis 1935 Oberregierungsrat beim Reichswissenschaftsministerium; 1935 an der Handels- bzw. Wirtschaftshochschule zum Außerordentlichen Professor ernannt; jahrelang Sekretär in der Forschungsabteilung der vom Reichsminister Dr. Frank geleiteten Akademie für Deutsches Recht an der juristischen Fakultät der Universität Leipzig

nach 1945: Mitglied der NPD und Leiter des „Komitees zur Wiederherstellung der historischen Wahrheit“

Nazi-Ideologen manipulieren die öffentliche Meinung

Beinhauer, Eugen

vor 1945: Amtsleiter und Leiter des Presseamtes der NSDAP-Auslandsorganisation; NSDAP (Nr. 602863); SS-Hauptsturmführer (Nr. 93 673)

nach 1945: Mitglied im Goethe-Institut, München; Verleger

Diehl, Günther

vor 1945: Referent in der Rundfunkpolitischen Abteilung des Auswärtigen Amtes; mitverantwortlich für die Nazi-Geheimsender; Beauftragter von Kult R des Auswärtigen Amtes in der „Einsatzstelle Brüssel“; Rundfunkreferent an der Zweigstelle Vichy der Nazi-Botschaft in Frankreich; Mitarbeiter in der Presseabteilung; danach mitverantwortlich für die Betreuung französischer Faschisten um Doriot

nach 1945: Leiter des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung; Regierungssprecher; Staatssekretär

Edding, Friedrich, Prof. Dr.

vor 1945: Während des zweiten Weltkrieges Regierungsrat beim Wirtschaftsstab Ost/Chefgruppe Wirtschaft im „Reichsministerium für die besetzten Ostgebiete“, der zentralen Nazi-Einrichtung zur Ausplünderung der okkupierten Gebiete in der Sowjetunion

nach 1945: Mitglied im wissenschaftlichen Beirat beim Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit; Mitglied des Bildungsrates der westdeutschen Regierung

Fehn, Richard

vor 1945: Hauptgeschäftsführer der Deutschen Akademie, einer Einrichtung des Goebbelsministeriums und des Auswärtigen Amtes, um unter dem Deckmantel der Kultur- und Sprachwerbung subversive Tätigkeit in anderen Ländern durchzuführen; maßgebend an der Faschisierung der Akademie 1933/34 beteiligt

nach 1945: Mitglied im Verwaltungsrat (langjähriger Vorsitzender dieses Rates) des Goethe-Institutes, München

Kausch, Hans-Joachim, Dr.

vor 1945: NS-Journalist; Redakteur der „Allgemeinen Zeitung“, Chemnitz (Karl-Marx-Stadt); Leiter der Berliner Redaktion der „Hamburger Nachrichten“; veröffentlichte u.a. extrem antisowjetische Artikel, in denen er das faschistische Okkupationsregime in den besetzten sowjetischen Gebieten verherrlichte; Teilnehmer der Pressekonferenzen der Hitlerregierung (nur ein vom Goebbelsministerium streng ausgesuchter Kreis von Nazi-Journalisten wurde geladen)

nach 1945: Leiter des Bonner und Westberliner Büros der Springer-Zeitung „Die Welt“

Knost, Friedrich A., Dr.

vor 1945: Seit 1935 im Reichssippenamt; unterzeichnete dort die auf pseudowissenschaftlicher Grundlage erarbeiteten „Abstammungsbescheide“; veröffentlichte 1936 zusammen mit dem „Judenreferenten des Reichsinnenministeriums“, Lösener „Die Nürnberger Gesetze über das Reichsbürgerrecht, den Schutz des deutschen Blutes und der deutschen Ehre nebst den Durchführungsverordnungen sowie einschlägigen Bestimmungen und den Gebührenvorschriften“

nach 1945: Vorsitzender des Vorstandes der Verwaltungs- und Wirtschaftsakademie Braunschweig; Präsident des Niedersächsischen Verwaltungsbezirks Braunschweig; Vorsitzender des (West-)Deutschen Roten Kreuzes - Landesverband Braunschweig e.V.; Ehrensensator der Technischen Hochschule Braunschweig

Krallert, Wilfried, Dr.

vor 1945: Leiter der Südostdeutschen Forschungsgemeinschaft und der Publikationsstelle in Wien - Zentren für den Aufbau einer 5. Kolonne und zur Durchführung von Spionage in Südosteuropa; SS-Hauptsturmführer; Leiter der Gruppe G im Amt VI (Auslandsspionage) des Reichssicherheitshauptamtes

nach 1945: Führender Mitarbeiter des „Hauses des deutschen Ostens“ in Düsseldorf

Lentz, Waldemar, Dr.

vor 1945: NS-Journalist; 1936-1939 Vertreter des „Völkischen Beobachters“ und des „Angriff“ in Polen, Lettland und Rom; 1939-1941 Leiter der Informationsabteilung und zeitweise Leiter der Redaktion der „Radio-Mundial“, einer Tarneinrichtung des Goebbelsministeriums, um die Rundfunkaktivität anderer Staaten zu beeinflussen; 1942

Gründung der „Holding Merkur Monaco“, ebenfalls einer Tarngesellschaft des Goebbelsministeriums

nach 1945: Mitarbeiter im Bonner Außenbüro des regierungsamtlichen Überseesenders „Deutsche Welle“

Martini, Winfried

vor 1945: NS-Journalist; seit 1940 Leiter des politischen Ressorts in der Informationsabteilung des Auswärtigen Amtes (Zentrale der „Zersetzungspropaganda in den Feindstaaten“ und der Nazi-Propaganda in den neutralen Ländern); seit 1941 als Korrespondent getarnt in Schweden tätig; in der Agentenkartei des Spionageapparates der SS (Amt VI) enthalten

nach 1945: Enger Mitarbeiter und Intimus Axel Springers; Star-Autor in den Blättern des Springer-Konzerns

Meinhold, Helmut, Prof. Dr.

vor 1945: Seit 1940 im „Institut für Deutsche Ostarbeit“ in Krakow, dem geistigen Zentrum der Germanisierungs- und Okkupationspolitik im besetzten Polen (Generalgouvernement); seit 1943 zum Führungskreis des Instituts gehörend (zeitweilig Leiter des Instituts)

nach 1945: Ordentlicher Professor für Wirtschaftliche Staatswissenschaften an der Universität Frankfurt; Mitglied im wissenschaftlichen Beirat beim Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit

Meynen, Emil, Prof. Dr.

vor 1945: Seit 1934 Leiter der Geschäftsstelle der „Volksdeutschen Forschungsgemeinschaft“, Berlin (geistige Zentrale zum Aufbau von 5. Kolonnen in anderen Staaten, unter Anleitung des Reichsinnenministeriums, seit 1943 des Reichssicherheitshauptamtes/VII); für Verdienste bei der Vorbereitung der Annexion Österreichs und der Sudetengebiete „Medaille zur Erinnerung an den 13. März 1938“ und „Medaille zur Erinnerung an den 1. Oktober 1938“ (Anfertigung von vertraulichen Gutachten und Entwurf der neuen Grenzen der Tschechoslowakei); Leiter der Sammlung des Reichsamtleiters der NSDAP, Leibbrandt (Quellen zur Erforschung des Deutschtums in Osteuropa); während des Krieges „für andere Dienststellen u. K. gestellt“, NSDAP, VDA; „Bund Deutscher Osten“

nach 1945: Direktor des Instituts für Landeskunde der Bundesanstalt für Landeskunde und Raumforschung (direkt dem Bundesinnenministerium unterstellt)

Pfeifer, Karl

vor 1945: NS-Journalist; seit 1933 Mitglied der Redaktion Außenpolitik des Zentralorgans der NSDAP „Völkischer Beobachter“; seit 1938 Redakteur im okkupierten Österreich (Wien)

nach 1945: Redakteur und Dienstleiter der Nachrichtenredaktion des Regierungssenders „Deutschlandfunk“; von 1951 bis 1953 hauptamtlicher Geschäftsführer der neonazistischen Deutschen Partei; von 1953 bis 1962 Abgeordneter dieser Partei in der Bremer Bürgerschaft

Ronneberger, Franz, Prof. Dr.

vor 1945: Nazistischer Südosteuropa-Spezialist; Leiter der Außenstelle Südost der Reichsstudentenführung; Teilnehmer am SS-Führerlager; in der Agentenkartei des Spionagedienstes der SS (Amt VI), enthalten **nach 1945:** Ordinarius und Institutsdirektor an der Universität Erlangen-Nürnberg; Leiter des Ausschusses „Südostforschung“ im Wissenschaftlichen Beirat der westdeutschen Südosteuropagesellschaft; Mitglied im Fernsehrat des Zweiten westdeutschen Fernsehens (ZDF)

Ruperti, Ernst- Justus, Dr.

vor 1945: Hauptmann, Mitarbeiter im Amt IV Wi (Auslandsspionagedienst) des SS-Reichssicherheitshauptamtes

nach 1945: Vorstandsmitglied des Goethe-Instituts, München

Seeberg, Axel

vor 1945: Dozent an der Hochschule für Politik; Mitarbeiter des unter Leitung des SS-Brigadeführers Six stehenden Deutschen Auslandswissenschaftlichen Instituts (DAWI); zusammen mit K.H. Pfeffer (heute an der Universität Münster); Leiter des Europa-Ausschusses dieses Instituts; neben seiner Tätigkeit am DAWI Mitarbeiter im „England-Komitee“ der Rundfunkpolitischen Abteilung und der Abteilung Information des Auswärtigen Amtes

nach 1945: Mitglied des Geschäftsführenden Ausschusses des Arbeitskreises für Ost-West-Fragen beim Auswärtigen Amt; Chefredakteur des „Sonntagsblatts“.

Seeher, Wolfdietrich

vor 1945: Seit 1938 im Auswärtigen Dienst, seit 1942 Legationsrat im Büro des Kriegsverbrechers Ribbentrop; NSDAP seit 1932

nach 1945: Leiter des Referates „Informationsfunk, Verbindungsstelle zu ausländischen Korrespondenten und Presse-Attachés“ im Bundespresseamt; Oberregierungsrat

Spitzeley, Konstantin

vor 1945: Mitarbeiter der dem Propagandaministerium unterstellten Auslandsabteilung der „Transocean GmbH“ (drahtloser Nachrichtendienst mit dem speziellen Auftrag, nazistisch gefärbte Artikel in die Auslandspresse zu lancieren); dort mit dem Abhören und der Auswertung ausländischer Sender beschäftigt; 1944 Leiter der Gruppe Sendungen bei „Vineta“, einer Rundfunkeinrichtung des Goebbelsministeriums

nach 1945: Leiter des Referats „Rundfunkauswertung Ost“ der Abteilung II des Bundespresseamtes

Starke, Hermann Franz Gerhard, Dr.

vor 1945: Redakteur und Nachrichtenchef der „Deutschen Allgemeinen Zeitung“; veröffentlichte zahlreiche nazistische, besonders antibritische Artikel sowie eine extrem

antisemitische Rezension des antijüdischen Hetzfilms „Jud Süß“; Mitglied des Deutschen Auslandswissenschaftlichen Instituts (de facto eine Einrichtung des Reichssicherheitshauptamtes, VII)

nach 1945: Chefredakteur der Springer-Zeitung „Die Welt“

Studnitz, Hans-Georg von

vor 1945: Auslandskorrespondent in Wien, Rom, Neu-Delhi und Kairo; seit 1940 Leiter des Referats P XVI in der Presseabteilung des Auswärtigen Amtes; Experte für die Nazi-Propaganda gegen Indien und die arabischen Länder; veröffentlichte zahlreiche oft extrem antisemitische Artikel in verschiedenen Nazi-Zeitungen (u. a. „Jude Roosevelt als Strategie“)

nach 1945: Mitglied im Redaktionskollegium der Zeitung „Christ und Welt“; Star-Autor in der Springer-Zeitung „Die Welt“

Twardowski, Fritz von, Dr.

vor 1945: Von 1935-1939 stellvertretender Leiter der Kulturabteilung im Auswärtigen Amt; 1939-1943 Leiter dieser Abteilung; Gesandter; danach bis 1945 Generalkonsul in Istanbul

nach 1945: Stellvertretender Vorsitzender des Verwaltungsrates des Goethe-Instituts, München; Großes Bundesverdienstkreuz

Voss, Karl-Andreas

vor 1945: Chefredakteur der „Magdeburgischen Zeitung“, die eine extrem nazistische und antisemitische Stellung einnahm; Verlagsdirektor des Faber-Verlages in Magdeburg; unter seiner Leitung wurde der Verlag zu einem prononciert nazistischen Unternehmen

nach 1945: Verleger; Mitinhaber des Verlages Axel Springer u. Sohn; Geschäftsführer der Axel Springer GmbH

Wagenführ, Kurt, Dr.

vor 1945: Führend am Goebbelsrundfunk tätig; Chefredakteur der Zeitschrift „Welt-Rundfunk“; mit Beginn des Krieges „Schriftleiter“ in der Rundfunkabteilung der Rundfunkkommandostelle (Einrichtung des Propaganda-Ministeriums zur psychologischen Kriegführung); Träger des NS-Kulturpreises

nach 1945: Leiter der Presseabteilung beim Regierungssender „Deutschlandfunk“

Welchert, Hans-Heinrich

vor 1945: Ressortchef für Politik bei dem NSDAP-Organ „Der Angriff“

nach 1945: Leiter des Referates „Publikationen“ der Abteilung III im Bundespresseamt

Wesemann, Hans Otto, Dr.

vor 1945: NS-Journalist; seit 1934 Vertrauensmann der Nazi-Botschaft in London; seit 8.8.1934 Agent der Gestapo in England

nach 1945: Intendant des regierungsamtlichen Überseesenders „Deutsche Welle“

Zühlsdorf, Harald, Dr.

vor 1945: Regierungsrat; Referent und Gruppenleiter in der Abteilung Auslandspresse der Presseabteilung der Nazi-Regierung (unterstand dem Goebbelsministerium); dort verantwortlich für die Anleitung der Propaganda vor allem gegen Südamerika und die nordischen Staaten sowie für die Überwachung der Presse in den okkupierten Ländern Dänemark und Norwegen

nach 1945: Generalreferent in der Abteilung IV (Auslandspropaganda) des Bundespressamtes; Ministerialrat

DOKUMENTENTAFELN

Hinweis zu den Dokumententafeln

In diesen Dokumententafeln werden teilweise Symbole von in Deutschland verfassungswidrigen Organisationen gezeigt. Dies ist nach §86 und §86a des StGB (Deutschland) strafbar.

In dem Falle dieser Dokumententafeln gilt jedoch §86, Abschnitt 3:

(3) Absatz 1 gilt nicht, wenn das Propagandamittel oder die Handlung der staatsbürgerlichen Aufklärung, der Abwehr verfassungswidriger Bestrebungen, der Kunst oder der Wissenschaft, der Forschung oder der Lehre, der Berichterstattung über Vorgänge des Zeitgeschehens oder der Geschichte oder ähnlichen Zwecken dient.

Ergänzungsliteratur

„Graubuch“
Expansionspolitik und Neonazismus in Westdeutschland

Hintergründe – Ziele – Methoden

Eine Dokumentation herausgegeben vom Nationalrat der Nationalen Front
Staatsverlag der Deutschen Demokratischen Republik
Berlin, im März 1967

Autorenkollektiv des Deutschen Instituts für Militärgeschichte

„Bundeswehr – Armee für den Krieg“

Aufbau und Rolle der Bundeswehr als Aggressionsinstrument des westdeutschen
Imperialismus

Deutscher Militärverlag

Berlin 1968

(Redaktionsschluss; 20. Februar 1967)

Weitere Informationen

Robert Allertz

„Im Visier die DDR. Eine Chronik“

2002

Edition ost

Das Neue Berlin Verlagsgesellschaft mbH,

Rosa-Luxemburg-Str. 39, 10178 Berlin

Erschienen in der Eulenspiegel Verlagsgruppe

ISBN 3-360-01039-6

Weitere Information

BKA

Dieter Schenk

" Die braunen Wurzeln des BKA "

Verlag: Kiepenheuer & Witsch (August 2001)

ISBN-10: 3462030345

ISBN-13: 978-3462030341

Neuaufgabe 2003:

ISBN-10: 359615782X

ISBN-13: 978-3596157822

"Wie aus Hitlerjungen Redakteure wurden"

Eine Rezension der Netzzeitung zu dem Buch "Der Spiegel - ein Besatzungschild" (EVA,
Hamburg, Euro 19,90) von Leo Brawand.

Zitat:

"Schwerwiegender unter heutigen Gesichtspunkten ist Brawands Feststellung: 'Allerdings stoßen einige Jahre später auch vier Männer zur Redaktion, deren Vorgeschichte nicht so einfach in die Schublade der Entnazifizierung passt.' Unter anderen zwei ehemalige

Hauptsturmführer des Sicherheitsdienstes (SD) im Reichssicherheitshauptamt, das dem SS-Reichsführer Heinrich Himmler unterstand. Einer brachte es beim 'Spiegel' zum Ressortleiter für Ausland und Internationales, der andere sogar zum stellvertretenden Chefredakteur'."